Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

ES

OHIO STATE
UNIVERSITY

A GIFT
TO THE LI-
BRARY
DEVELOPS THE
CHIEF SOURCE
OF COMMUNITY
INFORMATION
INSPIRATION
AND COMMON
IDEALS
WILLIAM OXLEY
THOMPSON

THIS BOOK THE GIFT OF
Carnegie Endowment
for International Peace

Niemeyers

Zeitschrift für Internationales Recht.

Begründet von F. Böhm (1890).

Herausgegeben in Verbindung mit

L. Beer (Berlin), W. van Calker (Freiburg i. B.), O. v. Dungern (Graz), A. Hold-Ferneck (Wien), M. Fleischmann (Halle), M. Huber (Zürich), W. Jellinek (Kiel), E. Kaufmann (Bonn), G. Kleinfeller (Kiel), R. Laun (Hamburg), M. Liepmann (Hamburg), A. Mendelssohn Bartholdy (Hamburg), Ch. Meurer (Würzburg), K. Neumeyer (München), K. Perels (Hamburg), R. Piloty (Würzburg), G. Radbruch (Kiel), W. Schoenborn (Kiel), W. Schücking (Berlin), L. Strisower (Wien), K. Strupp (Frankfurt a. M.), H. Triepel (Berlin), H. Wehberg (Berlin), Ph. Zorn (Bonn)

von

Th. Niemeyer.

XXXIV. Band.

Verlag des Instituts für Internationales Recht
an der Universität Kiel
1925

Ständig in dieser Zeitschrift angewendete Abkürzungen.

Bull. = Bulletin de l'Institut intermédiaire international.
BGB. = Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich.
C.C. = Code Civil (Napoléon).
EG. = Einführungsgesetz.
F.V. = Friedensvertrag.
Ges. = Gesetz.
GS. = Gesetzsammlung.
Hans.G.Z. = Hanseatische Gerichtszeitung.
J. = Journal du droit international (früher *Clunet*, jetzt *André-Prudhomme*).
I.P.R. = Internationales Privatrecht.
KG. = preußisches Kammergericht.
LG. = Landgericht.
NR. = Nouveau Recueil de traités etc., herausgegeben von *Triepel* (früher *Martens*, jetzt *Stoerk*).
OGH. = Oberster Gerichtshof.
OLG. = Oberlandesgericht.
R. = Revue de droit international et de législation comparée *(De Visscher)*.
Rev = Revue de droit international privé (früher *Darras*, jetzt *De Lapradelle*).
Red. = Redaktion dieser Zeitschrift.
Riv. = Rivista di diritto internazionale *(Anzilotti)*.
R.G. = Revue générale de droit international public *(Fauchille)*.
RG. = Reichsgericht.
V.V. = Vertrag von Versailles.
ZPO. = Zivilprozeßordnung.
Ztschr. = diese Zeitschrift.

Im übrigen wird auf die vom 27. Deutschen Juristentag (13. 9. 04) beschlossenen Abkürzungsformen Bezug genommen.

Römische Ziffern mit folgender arabischer Ziffer (z. B. III 399) bezeichnen Band und Seite, bei Zeitschriften Band und Heft, arabische Ziffern bei literarischen Zitaten die Seite.

Zeitdaten sind mit Ziffern bezeichnet (z. B. 5. 12. 01 = 5. Dezember 1901).

Inhaltsverzeichnis des XXXIV. Bandes.

Abhandlungen.

Seite

Rühland, Samuel Rachel, der Bahnbrecher des völkerrechtlichen Positivismus . . . . 1—112
Jus naturae et gentium (Umfrage) . . . . 113—189
Kröger, Modernes jus gentium . . . . 190—198
Reupke, Grundlagen und Verfahren der Deutsch-Amerikanischen Gemischten Kommission . . . . 199—212
Doka, Die Konzession für den Rückstau des Rheins auf Schweizer Gebiet an die „Société des Forces Motrices du Haut-Rhin“ 213—231
v. Büchler, Der Rechtszustand in Litauen . . . . 232—262
Pache, Das Familienrecht in Sowjetrußland . . . . 263—280
Brändl, Rechtsangleichung und Gesetzeskollisionen in Elsaß-Lothringen . . . . 281—297

Haager Gerichts- und Schiedsgerichtssprüche.

Spruch betr. Austausch der griechischen und türkischen Bevölkerung 299—310
Spruch betr. Polnisch-Danziger Briefkastenstreit . . . . . . 311—332

Dokumente.

1. Vertrag zwischen Schweden und den Vereinigten Staaten von Amerika 24. 6. 1924 333
2. Vertrag Italien—Schweiz 20. 9. 1924 . . . . 334—336
3. Vertrag Oesterreich—Schweiz 11. 10. 1924 . . . . 337—339
4. Vertrag Deutschland-Vereinigte Staaten von Amerika 8. 12. 1923 339—351
5. Deutsch—Siamesisches Wirtschaftsabkommen 28. 2. 1924 . . 351—354
6. Vertrag Frankreich—Vereinigte Staaten von Amerika 13. 2. 1923 354—357
7. Vertrag Estland—Lettland 1. 11. 1923 . . . . 358—359
8. Vertrag Frankreich—Tschechoslowakei 25. 1. 1924 . . . . 359—360
9. Vertrag Deutschland—Polen 5. 3. 1924 . . . . 360—365
10. Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisation . . . . 365—371
11. Genfer Schiedsklausel-Protokoll 24. 9. 1923 . . . . 371—374
12. Abkommen Deutschland—Aegypten 16. 6. 1925 . . . . . . 375—377
13. Russisches Bundesstaatsangehörigkeitsgesetz 29. 10. 1924 . . 377—379

Berichte über Staatsverträge . . . 380—414

Sprechsaal.

1. Die Wahlordnung für das Saargebiet vom 29. April 1920 . . 415—420
2. Norwegische Völkerrechtsliteratur . . . . 420—422

Rechtsprechung . . . . . . 423—471

Literaturberichte . . . . . . 472—496

Sachregister . . . . IV—VIII

353196

Alphabetisches Sachregister.

(Die Zahlen bezeichnen die Seiten.)

Aegypten, Konsulargerichtsbarkeit 375.
Aktiengesellschaften in Litauen 261.
Alabama Claims 205.
Amerika (Vereinigte Staaten), Deutsch-Amerikanische Gemischte Kommission 199, Schiedsgerichtsvertrag mit Schweden 333, Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit dem Deutschen Reich 339, Vertrag mit Frankreich betr. Kamerun 354, kein Schiedsgericht mit Deutschland gemäß V.V. 442.
Arbeiter, Landwirtschaftliche, Koalitionsrecht 369.
Arbeitskommission, Washingtoner Uebereinkommen 365.
Arbeitslosigkeit, Washingtoner Uebereinkommen 365.
Arbeitsunfälle 370.
Aufwertung 428, 435.
Ausgleichsverfahren und Beschlagnahme 460.
Ausländer, Ansprüche auf Aufwertung in Litauen 256, Erbrecht in Litauen 253, Grunderwerb in Litauen 240, Gleichberechtigung in Litauen 245.
Außerordentliche Kriegsmaßnahme 432.
Austausch der griechischen und türkischen Bevölkerung 299.
Autonomie des Rechtes 151.
Avis consultatifs des Haager internationalen Gerichtshofs 298.

Baltisches Ortsrecht in Litauen 241.
Bergelohn 455.
Berner Uebereinkommen über Eisenbahnfrachtverkehr 428, 435.
Beschlagnahme und Ausgleichsverfahren 460.
Briefkastenstreit zwischen Polen und Danzig 311.
Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Tschechoslowakei 359, zwischen Estland u. Lettland 358.

Claims 200.
Claims Commission, Mixed 199, 200.
Communis opinio doctorum 174, 190.
Conscience juridique internationale 175.

Danzig-Polnischer Briefkastenstreit 311.
Defensiv-Bündnis-Vertrag zwischen Estland und Lettland 358.
Deutsch-Amerikanische Gemischte Kommission 199.
Deutsch-Niederländischer Schiedsvertrag 457.
Deutsch-Polnischer Vertrag über den Rechtsverkehr 360.
Domestic Commissions 204.

Eherecht in Litauen 253, in Sowjetrußland 266.
Ehescheidung in Sowjetrußland 266.
Ehescheidung 439, 470.
Eheschließung in Litauen 251.
Einheit des rechtlichen Weltbildes 188.
Eisenbahnfrachtverkehr, Berner Uebereinkommen 428, 435.
Elbschiffahrt 455.
Elsaß-Lothringen, Rechtsvergleichung und Gesetzeskollisionen 281.
Enteignungsdekret der Sowjetregierung 465.
Erfüllungsort, Maßgeblichkeit des Rechtes des E. 427, 462.

Estland, Defensivbündnis mit Lettland 358.
Exterritorialität ausländischer Selbstverwaltungskörper 426.

Familienrecht in Sowjetrußland 263.
Filiale, s. Zweigniederlassung.
Frankreich, Vertrag mit Amerika betr. Kamerun 354.
Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag, amerikanisch-deutscher 339.
Friedensvertrag von Versailles, s. Versailles.

Gemeinsame Gewässer 222.
Gemischter Schiedsgerichtshof 197, 199.
Genfer Protokoll 184.
Genfer Protokoll betr. Schiedsklauseln 371.
Genfer Uebereinkommen btr. Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter 369.
Genfer Uebereinkommen betr. Arbeitsunfälle der Landarbeiter 370.
Gegenseitigkeit in Befreiung von Sicherheitsleistung 452.
Gentilis 140.
Genueser Uebereinkommen über Stellenvermittlung für Seeleute 367.
Gerichtsstand 423, 426, 442, 455.
Gerichtszuständigkeit, deutsche 442, 455.
Griechen, Austausch mit Türken 299.
Grotius 1, 113, 116, 120, 121, 122, 162, 183, 186.
Grunderwerb in Litauen durch Ausländer 240.
Grundstücke 430.

Haager Gerichts- und Schiedsgerichtssprüche 298.
Haager Ständiger Internationaler Gerichtshof 298.
Handelsagent eines deutschen Geschäftsherrn, Tätigkeit in Rumänien 453.
Heteronomie des Rechtes 151.
Hobbes 186.
Hugo Grotius 1, 113, 116, 120, 121, 122, 162, 183, 186.

Inländische Gerichtsbarkeit über ausländische Selbstverwaltungskörper 426.
Interlokales Privatrecht in Frankreich 284.
Internationales Verkehrsrecht 192.
Italien, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit der Schweiz 334.

Jus gentium 113, 190.
Jus inter gentes 190.
Jus naturae et gentium, Umfrage 113.

Kamerun, französisch-amerikanischer Vertrag 354.
Kindesverhältnis in Sowjetrußland 264, in Elsaß-Lothringen 291.
Kollektivverträge, Regesten 382.
Konsulargerichtsbarkeit in Aegypten, deutsch-ägyptischer Vertrag 375.
Konzession für den Rückstau des Rheins auf Schweizer Gebiet 213.
Konsulargerichtsbarkeit 424.
Konsularvertrag, amerikanisch-deutscher 339.
„Kriegsfall“ und „Kriegszeiten“ 231.

Landarbeiter, Koalitionsrecht 369, Unfälle 370.
Lawrence 131.
Lebensversicherungsvertrag, Recht des Erfüllungsortes 462.
Lettland, Defensiv-Bündnis mit Estland 358.
Lex fori 289.
„Lex Rabier“ 295.
Litauen, Rechtszustand 232.

Mandatsgebiet Kamerun 354.
Mixed arbitral tribunal 197.
Mixed Claims Commission 200.
Modernes jus gentium 190.
Morale internationale 189.

Nationalitätsprinzip für die Erbfolge in Litauen 254.
Natur der Sache 113, 172.
Naturrecht 1, 113, 142, 153, 165, 187, 189.
Norwegische Völkerrechtsliteratur 420.

Oesterreich, Staatsvertrag mit der Schweiz betr. ein Vergleichsverfahren 337.
Optionsrecht in Elsaß-Lothringen 284.

Polnisch-Danziger Briefkastenstreit 311.
Polnisch-deutscher Vertrag über den Rechtsverkehr 360.
Polnischer Kreisverband als Beklagter vor deutschen Gerichten 426.
Polnisches Ortsrecht in Litauen 242.
Polnisches Vormundschaftsgericht betr. deutsche Grundstücke 430.
Positivismus, völkerrechtlicher 1.
Protokoll, Genfer, betr. Schiedsklauseln im Handelsverkehr 371.
Prozeßkosten, Sicherheitsleistung 452.

Rachel, Samuel 1.
Rapallo, Vertrag von 277, 467.
Rechtsangleichung und Gesetzeskollisionen in Elsaß-Lothringen 281.
Rechtsverkehr, s. Staatsverträge.
Rechtszustand in Litauen 232.
Rhein, Rückstau auf Schweizer Gebiet 213.
Rheinschiffahrtsakte 224.
Rheinzentralkommission 227.
Rumänien, Tätigkeit eines deutschen Handelsagenten 453.
Rußland, Enteignungsdekret der Sowjetregierung 465, Scheidungsdekret 470.
Russisches Reichsrecht in Litauen 243.

Saargebiet, Wahlordnung von 1920 415.
Samuel Rachel 1.
Seeleute, Uebereinkommen über die Stellenvermittlung für 367
Selbstverwaltungskörper, ausländische 426.
Selden, John 30.
Siam, Wirtschaftsabkommen mit Deutschland 351.
Sicherheitsleistung 452.
Sittlichkeit 150, 152, 153, 164, 171.
Société des Forces Motrices du Haut-Rhin 213.
Sowjetrußland, Familienrecht in 263, Staatsangehörigkeit in 278, 377, Enteignungsdekret 465.
Suveränität der Staaten 179.
Schiedsgerichte 160, 196, 199, 207, gemäß Art. 304 V.V. 442.
Schiedsgerichtshof, Gemischter 197, 199, 200.
Schiedsgerichtsverträge, s. Staatsverträge.
Schiedsklauseln im Handelsverkehr 371.
Schiedsspruch, ausländischer, Wirkung in Deutschland 447.
Schiedsvertrag, deutsch-niederländischer 457.
Schiffsversicherung 427.
Schiffszusammenstoß 455.
Schweden-Vereinigte Staaten von Amerika, Schiedsgerichtsvertrag 333.
Schweiz, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit Italien, s. Staatsverträge.
Staatenkonsens 113, 161, 163, 172, 186, 187.
Staatsangehörigkeit in Sowjetrußland 278, 377, tschechoslowakische und österreichische 454.
Staatsverträge, Berichte über 380, Regesten von Kollektivverträgen aus der Zeit vom 1. April 1924 bis 1. Januar 1925 nebst Nachträgen für die Jahre 1921 bis 1. April 1924 382, Friedens- und Bündnisverträge 94, 97, 98.

Staatsverträge:

I. Einzelverträge:
Aegypten-Deutsches Reich, Abkommen über die Konsulargerichtsbarkeit in Aegypten 16. 6. 1925 375; Berner Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr 14. 10. 1890 388, 428, 435; Deutsches Reich-Ver-

einigte Staaten, a) Berliner Vertrag 15. 8. 1921 201, b) Abkommen betr. finanzielle Verpflichtungen aus dem V.V. 10. 8. 1922 199, 201, 207, 208, c) Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag 8. 12. 1923 339; deutsch-polnischer Vertrag über den Rechtsverkehr 5. 3. 1924 360; deutsch-siamesisches vorläufiges Wirtschaftsabkommen 28. 2. 1924 351; Estland-Lettland, Defensivbündnis-Vertrag 1. 11. 1923 358; Frankreich-Tschechoslowakei, Bündnis- und Freundschaftsvertrag 25. 1. 1924 359; Frankreich-Vereinigte Staaten von Amerika, Vertrag über das französische Mandatsgebiet Kamerun 13. 2. 1923 354; Genfer Uebereinkommen über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter 12. 11. 1921 369; Genfer Uebereinkommen über die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen 12. 11. 1921 370; Genueser Uebereinkommen über die Stellenvermittlung für Seeleute 10. 7. 1920 367; Italien-Schweiz, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag 20. 9. 1924 334; Oesterreich-Schweiz, Staatsvertrag betr. ein Vergleichsverfahren 11. 10. 1924 337; Pariser Konvention vom 8. 5. 1924 (Memelabkommen) 233; Rapallo-Vertrag vom 16. 4. 1922 277; Rendsburger Vertrag zwischen Herzog Christian Albrecht und König Christian V. 10. 7. 1675 16, 23; Rom-Karthago, Handelsvertrag 348 v. Chr. 190; Schweden-Vereinigte Staaten von Amerika, Schiedsgerichtsvertrag 24. 6. 1924 333; Washingtoner Uebereinkommen über die Arbeitslosigkeit 28. 11. 1919 365; Yay-Vertrag 1792 zwischen Großbritannien und Vereinigten Staaten von Amerika 203.

II. **Friedensverträge:**
Friedensinstrument von Osnabrück und Münster 1648 96; Friedensvertrag von Nijmwegen 1678/79 96; Friedensvertrag von St. Germain 454; Friedensvertrag vom 12. 7. 1920 mit Rußland 233; Versailler Vertrag: Anlage zu Abschnitt IV Teil III S. 417; Art. 296 S. 460; Art. 297, 297 b, 297 e, 297 h S. 191, 207, 434, 460; Anl. § 3 nach Art. 298 S. 434; Anl. § 1 nach Art. 303 S. 459; Art. 304 S. 196, 199, 200, 215, 442; Art. 358 S. 213, 219, 225, 227.

III. **Kollektivverträge:**
Regesten von Kollektivverträgen aus der Zeit vom 1. April 1924 bis 1. Januar 1925 nebst Nachträgen für die Jahre 1921 bis 1. April 1924 S. 382—414; Berner Uebereinkommen über Eisenbahnfrachtverkehr 14. 10. 1890 Art. 34 S. 428, 435; Art. 41, 42 S. 435; Genfer Uebereinkommen über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter 12. 11. 1921 S. 369; Genfer Uebereinkommen über die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen 12. 11. 1921 S. 370; Genueser Uebereinkommen über die Stellenvermittlung für Seeleute 10. 7. 1920 S. 367; Protokoll über die Anerkennung der Schiedsklauseln im Handelsverkehr („clauses d'arbitrage“), aufgelegt in Genf am 24. 9. 1923 S. 371; Washingtoner Uebereinkommen über die Arbeitslosigkeit 28. 11. 1919 S. 365.

Ständiger Internationaler Gerichtshof, Spruch in der Frage des Austausches der griechischen und türkischen Bevölkerung 298, Spruch in dem Polnisch-Danziger Briefkastenstreit 311, Regesten des Statuts 410.

St. Germain, Friedensvertrag 454.

Tribunal Arbitral mixte 197.

Tschechoslowakei, Bündnisvertrag mit Frankreich 359.

Tschechoslowakisches Ehescheidungsurteil 439.

Türkei, Sicherheitsleistung für Prozeßkosten 452.

Türkische Bevölkerung, Austausch mit Griechen 298.

Türkischer Staatsangehöriger, Depositenkonto bei einer deutschen Zweigniederlassung in Brüssel 447.

U-Boot, deutsches 457.
Uebereinkommen, Berner, über Eisenbahnfrachtverkehr 428, 435, Genfer, betr. Vereinsrecht der Landarbeiter 369, Genfer, betr. Arbeitsunfälle der Landarbeiter 370, Genueser, über Stellenvermittlung für Seeleute 367, von Washington über die Arbeitslosigkeit 365, außerdem s. Staatsverträge und Kollektivverträge.
Unionen 382.
Unlauterer Wettbewerb 423.
Urteile deutscher Gerichte 423.

Valuta, Aufwertung 435.
Vattel 140.
Vereinigte Staaten von Amerika, Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit dem Deutschen Reich 339, kein Schiedsgericht mit Deutschland gemäß Art. 304 V.V. 196, 442, Schiedsgerichtsvertrag mit Schweden 333, Vertrag mit Frankreich betr. Kamerun 354.
Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag, s. Staatsverträge.
Vergleichsverfahren, österreichisch-schweizerischer Staatsvertrag 337.
Verkehrsrecht, internationales 192.
Versailler Vertrag, Art. 304 S. 442, Art. 297e S. 207, Art. 297h S. 191, Art. 358 S. 213, 219, 225, 227; 417, 434, 459, 460, s. außerdem unter Staatsverträge.
Versicherung 427.
Vertrag von Versailles, s. Versailler Vertrag.
Völkerbund 184, 371.
Vorbehaltsklausel im interlokalen Privatrecht 296.
Vormundschaftsgericht, ausländisches, Genehmigung betr. deutsche Grundstücke 430.

Waechter 119.
Wahlordnung für das Saargebiet von 1920 415.
Warenzeichen 432.
Washington, Uebereinkommen über die Arbeitslosigkeit 365.
Wechselrecht, Versailler Vertrag 459.
Wettbewerb, unlauterer 423.
Wirtschaftsabkommen, deutsch-siamesisches 351.

Zweigniederlassung, ausländische 423, 434, 443.
Zuständigkeit deutscher Gerichte 442.

Samuel Rachel, der Bahnbrecher des völkerrechtlichen Positivismus.

Ein Beitrag zur Geschichte der Völkerrechtswissenschaft im siebzehnten Jahrhundert.

Von Dr. jur. **Curt Rühland**, Kiel.

I.

Die Entwickelung der Völkerrechtswissenschaft wird von ihren ersten Anfängen, als deren sichtbaren Ausdruck man gemeinhin des *Grotius „De jure belli ac pacis libri tres“* anzusehen pflegt, bis in die Neuzeit hinein von der Kontroverse beherrscht, die aus der Verschiedenheit der Grundauffassungen vom Ursprung, Begriff und Wesen des Völkerrechts erstanden ist. Es ist der auch heutigen Tages noch immer nicht zur Einigung geführte Gegensatz zwischen der spekulativen Richtung naturrechtlicher Anschauung einerseits und der auf das positive Recht unmittelbar gerichteten Erkenntnis andererseits, oder kürzer ausgedrückt: hie „Naturrecht“, hie „Positivismus“, oder wie man auch sagen mag: der Kampf der beiden „im aufgeweckten Bewußtsein der Menschen nebeneinander bestehenden Ideen“*), einerseits der Idee einer allgemeinen ethischen Ordnung, aus der die Idee des natürlichen Rechtes geboren wird, und der Idee einer besonderen rechtlichen Ordnung, deren reale Verwirklichung das positive Recht darstellt.

Die Geschichte der Völkerrechtswissenschaft ist zugleich die Geschichte des Kampfes der naturrechtlichen und positivistischen Grundauffassungen des Völkerrechts. Wie die Geschichte von Männern gemacht und beeinflußt wird, die der Zeit und den Völkern den Stempel ihres Geistes aufdrücken, so ist

---

*) *Niemeyer*, Rechtspolitische Grundlegung der Völkerrechtswissenschaft. Kiel 1923, S. 10.

auch die Geschichte der Völkerrechtswissenschaft die Geschichte ihrer bedeutendsten Vertreter. Hie Vertreter und Vorkämpfer naturrechtlicher Lehre, hie Vertreter und Bahnbrecher positivistischer Anschauungen. So bekunden die Geltung und Macht der naturrechtlichen Idee *Hugo Grotius* 1583—1645, *Samuel Pufendorf* 1632—1694, *Christian Thomasius* 1655—1728, *Christian Wolff* 1679—1754, *Emer de Vattel* 1714—1767, *Johann Caspar Bluntschli* 1808—1881. Die Häupter der positivistischen Richtung sind *Samuel Rachel* 1628—1691, *Johann Wolfgang Textor* 1637—1701, *Cornelis van Bynkershoek* 1673—1743, *Johann Jakob Moser* 1701—1783, *Georg Friedrich von Martens* 1756—1821.

Rachels Bedeutung in diesem Kampf völkerrechtswissenschaftlicher Grundauffassungen ist eine ganz besondere. Er war nicht nur zu seiner Zeit ein Mann, der einen geachteten Namen als scharfer Polemiker auf dem Gebiete der Wissenschaft wie auf dem der Politik hatte, dessen Ruhm bis zu seinem Tode ständig wuchs, er ist einer der hervorragendsten Männer seines Jahrhunderts gewesen. *Rachels* Opposition gegen die naturrechtliche Richtung *Pufendorfs* hat ihn zum ersten und markantesten Verfechter der positiven Wissenschaft des Völkerrechts werden lassen. Ihn darf man mit Fug und Recht als den Vater der positivistischen Auffassung des Völkerrechts ansehen, ja mit größerem Rechte, als man, wie eingangs erwähnt, *Hugo Grotius* als Vater der naturrechtlichen Doktrin des Völkerrechts gemeinhin betrachtet¹); als solcher muß vielmehr *Rachels* Gegner *Samuel Pufendorf* angesprochen werden, der allein aus dem Naturrecht das Völkerrecht herleitete, während *Grotius* neben der naturrechtlichen Quelle, wie an anderer Stelle im einzelnen zu zeigen

---

¹) *Niemeyer*, Aufgaben künftiger Völkerrechtswissenschaft, München 1917, S. 7: „Wenn man *Hugo Grotius* als Vertreter rein naturrechtlicher Auffassung des Völkerrechts betrachtet, so ist dies nicht ganz richtig. Sowohl der Gedanke des Staatenkonsenses als positiver Quelle des Völkerrechts als auch der Gedanke der Interessensolidarität als Motiv des völkerrechtlichen Staatenkonsenses findet sich bei ihm ganz klar ausgesprochen: *Sed sicut cujusque civitatis jura utilitatem suae civitatis respiciunt, ita inter civitates aut omnes aut plerasque ex consensu jura quaedam nasci potuerunt et nata apparet, quae utilitatem respicerent non coetum singulorum, sed magnae illius universitatis (Prolegomena de jure belli ac pacis).*“

sein wird, auch den Staatenkonsens als Völkerrechtsquelle anerkennt. Der von *Hugo Grotius* nur in den Schatten gedrängten Wissenschaft des positiven Völkerrechts ist durch *Pufendorf* geradezu alle Existenzberechtigung abgesprochen. *Samuel Pufendorfs* Einfluß war es gelungen, dem Studium des Naturrechts Eingang auf den deutschen Rechtsschulen zu schaffen. Er selbst hatte den ersten Lehrstuhl in Deutschland für Natur- und Völkerrecht in Heidelberg inne, allerdings noch in der philosophischen Fakultät (als „*Philosophiae et juris naturae et gentium in Facultate Philosophica Professor*“ war er 1660 in Heidelberg „immatrikuliert“ worden). Fast alle Universitäten, zuerst die norddeutschen, dann die süddeutschen nahmen naturrechtliche Vorlesungen in ihren Vorlesungsplan auf, schufen Lehrstühle für Naturrecht in Verbindung mit dem Völkerrecht, und mehr und mehr eroberte sich so die Wissenschaft des *jus naturae* die Katheder[2]).

1665 erhielt *Samuel Rachel*, von der Universität Helmstedt kommend, an der neugegründeten, von ihm mit eingerichteten Universität Kiel den Lehrstuhl des „*Professor juris naturae et gentium*“, und zwar war Kiel die erste deutsche Universität, die nach Heidelberg das Naturrecht aufnahm, auch die erste deutsche Universität, die diesen Lehrstuhl der juristischen Fakultät zuwies. So fällt *Rachels* Leben und Lehre in eine Periode, in der man sich von der „scholastisch-romanistischen“ Vorbildung, von der praktischen Routine zu einer Behandlung der Wissenschaft wendete, in der naturrechtliche, germanistische, aufklärende Elemente hervortreten. Zu allen Neuerungen hatte das Naturrecht den kräftigsten Anstoß gegeben (*Landsberg*, siehe Anmerkung). Und so kann man denn auch in den nicht speziell völkerrechtlichen Schriften *Rachels* so recht, wie *Landsberg* betont, das Hineinwachsen der naturrechtlichen Philosophie in das positive Recht erkennen. *Rachel* ist strenger Anhänger aristotelischer Moralphilosophie, mit dessen Prinzipien er sich in seinen rein philosophischen Schriften befaßt. Von seiner philologischen Schärfe und Akribie geben die von ihm edierten

---

[2]) Siehe hierüber *Landsberg*, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, 3. Abteilung. München 1898. S. 35—37.

Ausgaben der aristotelischen Ethik beredtes Zeugnis. Auf dieser aristotelischen Philosophie basiert denn auch seine Auffassung vom Naturrecht, wie sie in der Schrift *de principio actionum moralium* 1664 hervortritt. *Rachels* Grundauffassung vom Zivil- und Strafrecht ist ganz auf naturrechtliche Grundlage gestellt, er geht hier durchaus konform mit *Grotius, Pufendorf, Conring* und *Leibniz.* In dem Traktate *de poenis* Helmstedt 1661 läßt er in allen Willens- und Vorsatzfragen das Naturrecht entscheiden, die Schrift *de jurisprudentia*, Kiel 1675, ist vollkommen auf naturrechtlicher Anschauung basiert, und von seinem Hauptwerk *dissertationes de jure naturae et gentium,* Kiel 1676, zeigt die erste Abhandlung über das *jus naturae Rachel* als Verfechter des Naturrechts auf aristotelischer Fundamentierung und mit theologisierender Begründung (*Landsberg* a. a. O.).

Nun erkennen wir aber, daß *Rachel*, was seine Grundauffassung vom Völkerrecht anlangt, auf ganz anderem Boden steht. *Jus gentium* ist nicht *jus naturae,* es hat mit dem *jus naturae* nichts gemein und stammt auch nicht aus seiner Quelle. *Jus gentium* ist positives, durch menschlichen Willen gekürtes Recht. Diese positivistische Auffassung schlägt der von *Pufendorf* vertretenen durchaus ins Gesicht. Der Widerstand und die Reaktion gegen das Naturrecht auf dem Gebiete der Völkerrechtswissenschaft tritt durch *Rachels* Schrift *De jure gentium* kraftvoll und selbstbewußt auf den Plan. Mußte diese Opposition in den nächsten Jahren nach *Rachels* Tode auch wieder verstummen, was, wie *Rivier*[3]) hervorhebt, wohl insbesondere dem Einfluß des *Christian Thomasius* zuzuschreiben ist, der in *Pufendorfs* Fußstapfen trat, so war doch durch *Rachel* der Grund gelegt, auf dem die ihm nachfolgenden Vertreter der positivistischen Richtung im 18. Jahrhundert fußen und ihre Auffassung zeitweise (*v. Martens)* zum überlegenen Siege führen konnten. *Wheaton* hat die Bedeutung *Rachels* durchaus richtig erkannt, wenn er schreibt: *„This controversy about the origin and obligation of international law gave rise to two conflicting sects*

---

[3]) *v. Holtzendorffs* Handbuch des Völkerrechts. Berlin 1885. Bd.I, S.438.

among the German public jurists of the latter part of the seventeenth century. The one, adhering to Pufendorf, denied altogether the existence of any other law of nations than the law of nature applied to independent communities; whilst the latter adopted the doctrine of Rachel, founding the law of nations upon the law of nature as modified by usage and express compact[4]).“

Diese Bedeutung *Samuel Rachels* droht in heutiger Zeit der Vergessenheit gänzlich anheimzufallen. Moderne deutsche Vertreter der Völkerrechtswissenschaft erwähnen seinen Namen so gut wie nicht mehr[5]). Ein Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande, sollte das Wort auch auf *Rachel* anwendbar sein? Das Ausland ist sich der Bedeutung *Rachels* besser bewußt, das *Carnegie Endowment* in Washington hat es unternommen, *Rachels „De jure naturae et gentium dissertationes“* 1913 in der Serie *„The Classics of international law“ (ed. by James Brown Scott)* in einer Reproduktion der Auflage von 1676 mustergültig herauszugeben, *Nys* hat 1914 in einem Aufsatz über das Natur- und Völkerrecht des 17. Jahrhunderts in der *„Revue de droit international et de législation comparée“* mehrere Seiten *Rachel* gewidmet. Und gerade heute, wo die Frage nach dem Einflusse des neuzeitigen Geistes des Naturrechts auf das Völkerrecht wieder die Geister bewegt[6]), wo der zeitweise latente Kampf wieder neu aufleben wird, ist es von Wert und Wichtigkeit, die Quellen nicht verschütten zu lassen, die als Ausgangspunkt dieses Kampfes angesehen werden müssen. Die Bedeutung *Rachels* für die Völkerrechtswissenschaft aus seinem Leben und seinen Werken hervortreten zu lassen, ist die Aufgabe dieser Arbeit.

---

[4]) *Wheaton, History of the law of nations in Europe and America.* New York 1845. S. 105.

[5]) Erst *Niemeyer* hat in der „Rechtspolitischen Grundlegung der Völkerrechtswissenschaft“, Kiel 1923, auf *Rachel* wieder hingewiesen, und damit zugleich dem Verfasser dieser Abhandlung die Anregung zu eingehender Beschäftigung mit *Samuel Rachels* Leben und Schriften gegeben.

[6]) Es sei der vor kurzem von dem Direktor des Instituts für internationales Recht in Kiel, von Professor *Niemeyer* an eine Reihe bedeutender Völkerrechtler gerichteten Rundfrage über die Geltung des Naturrechts in der Gegenwart Erwähnung getan.

Man darf, um *Rachels* Einstellung zum Völkerrecht sowie seine Bedeutung richtig werten zu können, nicht sein Leben und seine Schriften für sich betrachten, man muß seine Person in ihre Zeit und ihre Umgebung hineinsetzen, man muß den Hintergrund und Untergrund der Zeitereignisse, wenn auch nur durch Aufsetzen einiger heller Lichter, malen, um *Rachel* hieraus hervortreten zu lassen. Und was seine aus seinen Schriften sich kristallisierenden wissenschaftlichen Ergebnisse anlangt, so darf man auch ihre historische Bedingtheit nicht übersehen; erst aus der Analyse der adaequaten Schriften seiner Vorgänger lernt man *Rachel* selbst richtig erkennen.

Damit ist der Weg gezeichnet, der zu gehen ist. Der Lebensbeschreibung *Rachels* muß eine Schilderung der politischen Geschichte in knappen Strichen vorausgehen, soweit sie für die Entwicklung des Völkerrechts und seiner Wissenschaft bestimmend ist, der Analyse seines völkerrechtlichen Werkes ein knapper Essay über die Lehren seiner großen Vorgänger.

II.

Noch jungen Datums war die Völkerrechtswissenschaft, als *Rachels* wissenschaftliche Wirksamkeit begann. Eine Völkerrechtswissenschaft konnte ja erst gegeben sein, als die Idee des Völkerrechts in Europa erwacht war. Und dieses war erst möglich, nachdem die Reformation die Herrschaft der mittelalterlichen Ideen der Weltherrschaft des römischen Papstes und des römischen Kaisers gebrochen hatte. Erst die Reformation und der dreißigjährige Krieg, durch welche die Universalherrschaft der katholischen Kirche und die Machtstellung des Kaisers vernichtet wurden, haben die Staaten von diesen Mächten freigemacht, und durch diese *„liberae gentes et respublicae“* war erst die politische Grundlage für ein „zwischenstaatliches“ Recht gegeben. Solange die Staaten entweder unter Kaisertum oder Papsttum standen, mithin vom ersten Viertel des sechsten bis zum ersten Viertel des 16. Jahrhunderts, ist es darum gerechtfertigt, von einer „gänzlichen Leere in Ansehung der Völkerrechtswissenschaft“ [7]) zu sprechen. Im 16. Jahrhundert erscheinen allerdings schon Schriften, wie die *Johann Oldendorps* (1506—1567, Professor in Marburg) oder des Spaniers *Ferdinand Vasquez* (1509—1566), des in England lebenden Italieners *Albericus Gentilis* (1551–1611), oder des Spaniers *Suarez* (1548—1617), die das „*jus gentium*“ behandeln, aber sie gehen doch dabei größtenteils von ganz anderen Vorstellungen aus, als diejenigen, welche im siebzehnten Jahrhundert damit verbunden werden. In der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts sehen wir, da das europäische Gleichgewicht noch nicht geschaffen ist, da noch der Krieg die sich rasch entwickelnden großen und mächtigen Staaten, Frankreich, England, Spanien, Niederlande, neben dem deutsch-römischen Reiche in seinem Bann hält, daß die Idee des Rechtsmonopols des Staates sich unter der Fackel des Krieges nicht auswirken kann, daß für ein positives auf Staatenkonsens beruhendes Völkerrecht noch kein rechter Raum ist. Im Kriegslärm dieser Zeit ist der Blick vor allem auf das Kriegsrecht gerichtet, — daher erklärt sich auch der Vorrang des *jus belli* vor dem *jus pacis* im Titel und Inhalt des Hauptwerks von *Grotius* —, oder aber man wendet sich einer „dem religiösen und philosophischen Ideeninhalt dieser Zeit entsprechenden ethischen Gesamtauffassung der Idee des Völkerrechts“ [8]) zu, der das natürliche Völkerrecht entsprach.

In den den westfälischen Frieden vorbereitenden, langwierigen Verhandlungen zu Osnabrück und Münster 1648 tritt das Prinzip des europäischen Gleichgewichts immer mehr in den Vordergrund, zum ersten Male sind fast sämtliche europäischen Mächte zur allgemeinen Beratung versammelt. Es wird durch das westfälische Friedensinstrument der neuzeitliche Staatenzustand geschaffen, der die Gleichberechtigung der christlichen Staaten ohne Unterschied der Konfession wie der Staatsform und damit die Anerkennung der christlichen Staatengemeinschaft bringt, die durch das *justum potentiae equilibrium* ihren Ausdruck findet. Danach hat jeder Staat das Recht, allein oder im Bündnis mit anderen die drohende Uebermacht einzelner Staaten abzuwehren. Die Behauptung des Rechtsmonopols des Staates, der Staatssouveränität birgt zugleich das Bestreben der unabhängigen Staaten in sich, durch Verträge miteinander auf Grund freier Bindung ein friedliches Nebeneinander zu ermöglichen, durch die Solidarität der Interessen getrieben zur Anerkennung und Befolgen dieses gewillkürten Vertragsrechtes zu gelangen. „Man betont die Unbestimmtheit und Unzulänglichkeit des allgemeinen natürlichen Völkerrechts und gelangt so zur ausdrücklichen Ablehnung seiner Berücksichtigung“ [9]). So bahnt sich nach 1648 der technische „Positivismus“ an. „Das Völkerrecht wird jetzt in seinem materiellen Bestande aufgefaßt. Die Wissenschaft des Völkerrechts wird in verschiedenen Ländern, in Holland, in England, in Deutschland, gepflegt und übt auf die praktische Führung der Staatsangelegenheiten einen tatsächlichen Einfluß aus. Die völkerrechtlichen Grundsätze werden befestigt“ [10]). Durch die Gesandtenkongresse zu Aachen 1668 und Nymwegen 1676—1679 werden die gemeinsamen Angelegenheiten auf dem Fuße gleichberechtigter, unabhängiger souveräner Staaten verhandelt. Man wird gewohnt, gemeinsamen Angelegenheiten durch bindende Staatenverträge Regelung und Bestand zu verschaffen.

---

[7]) *von Ompteda*, Litteratur des gesamten, sowohl natürlichen als positiven Völkerrechts, 1. Teil. Regensburg 1785. S. 162.

[8]) *Niemeyer*, Rechtspolitische Grundlegung der Völkerrechtswissenschaft. S. 14.

Diese allgemeine Entwicklung des Staatenverhältnisses schafft die Grundlage für *Rachels* positivistische Lehre des *jus gentium,* sie erklärt es, daß in Deutschland schon früh, „in bewußtem Gegensatz zu der naturrechtlichen Schule eine nicht nur in der Bevorzugung des positiven Stoffes, sondern auch in bezug auf das Wesen des Völkerrechts von jener Behandlung abweichende Auffassung“ [11]) in *Rachel* einen so starren Vertreter fand. Sicher ist, daß *Rachel* durch seine diplomatische Tätigkeit auf den großen Gesandtenkongressen in seiner positivistischen Grundauffassung vom Völkerrecht erheblich gestärkt wurde.

---

[9]) *Niemeyer,* a. a. O., S. 15.

[10]) *Rivier,* Lehrbuch des Völkerrechts. Stuttgart 1899. 2. Aufl., S. 21.

[11]) *Niemeyer,* a. a. O., S. 17.

III.

Der Vater *Rachels*[12]) war aus Malchow in Mecklenburg eingewandert und im Jahre 1616 zu Lunden in Dithmarschen (Schleswig-Holstein) als Prediger angestellt. *Samuel Rachel* wurde als sechstes Kind am 6. April des Jahres 1628 geboren. Seine Geburt fällt in die ersten Kriegsjahre des dreißigjährigen Krieges, drei Jahre nach Erscheinen des die ganze Welt aufrüttelnden Werks *De jure belli ac pacis* des *Hugo Grotius*. Einer seiner Brüder war der Dichter *Joachim Rachel*, der durch seine Satiren einen besonderen Namen gewann und als deutscher *Lucilius* bezeichnet wurde. Am 5. Januar 1637 starb der Vater. Nachdem *Rachel* noch zwei Jahre auf der Husumer Schule zugebracht hatte, besorgte seine Mutter ihm die Aufnahme in die Bordesholmer Gelehrtenschule[13]). Hier erhielt er durch die Munifizenz des Herzogs *Friedrich* von Schleswig-Holstein für fünf Jahre freien Unterhalt und Unterricht in den *„studiis liberalibus“*. Als die Schweden unter *Torstensen* 1643 ganz Holstein besetzten, wurden die Alumnen dieses Gymnasiums entlassen.

Rachel wandte sich nunmehr nach Hamburg und besuchte dort das Gymnasium. Da aber der Mutter die Bestreitung des Aufenthalts unerschwinglich wurde, ging er zu einem Apotheker in die Lehre. Diese gefiel ihm aber so schlecht, daß er — wenn auch ungern — in die inzwischen wiederhergestellte Klosterschule zu Bordesholm zurückkehrte. Die Jahre bis zu seinem Abgang von dieser Schule, die er als eine unerträgliche Zwangsanstalt bezeichnete, waren Jahre der Qual und der Leiden. *„Quantum autem laborum atque aerumnarum illo septennio in hoc ergastulo sustinuerim, verbis exprimi nequit et profecto animus meminisse horret“*, berichtet *Rachel* in der Autobiographie darüber, indem er Beispiele für die maßlose Strenge des Rektors und die ungesunde Lebensweise in der Anstalt erzählt[14]). *Haec vivendi ratio ac rigidissima disciplina alios ad desperatam ferociam exasperabat, alios plus quam servili metu deprimebat.* Zu den Erstgenannten scheint *Rachel* gezählt zu haben. Der Unterricht selbst war allerdings nicht schlecht, aber seine Ueberspannung, täglich 8 Stunden des Sitzens und Lernens, dazu eine Stunde Musik und eine Betstunde, setzte den Körper mancherlei Uebeln und Krankheiten aus. *Rachels* Körper war so mitgenommen, daß er oft Lebensüberdruß empfand, seine Füße durch häßliche Geschwüre so entstellt, daß er einmal fürchtete, daß der eine ihm abgenommen werden müsse. Aus dieser Zeit stammt die Hypochondrie, woran er in der Folge der Jahre litt, aus dieser Zeit der konstante heftige Kopfschmerz, der weder durch Hilfe der Apotheke noch des Arztes beseitigt werden konnte und unter dem er alle akademischen Arbeiten zutage fördern mußte. *(„Hic quoque loci adfectus hypochondriaci, quo complures annos affectus, et sinciput inprimis per συμπάθειαν excruciatum fuit, semina contraxi, ut horum sentinam profunde demersam nulla pharmacorum vi aut arte exhaurire quiverim, sed omnes labores Academicos veluti Jupiter suam Minervam, inter gravissimos capitis dolores enisus sim“.)*

---

[12]) *Rachel* hat eine lateinisch geschriebene Selbstbiographie verfaßt, die verloren gegangen ist. Von der Hand des Professors *Ol. Heinrich Moller* ist jedoch eine Abschrift erhalten, die er 1777 von dem *„autographum“ Rachels* genommen hat. Diese ist auf der Kieler Universitätsbibliothek in der Handschriftensammlung erhalten (Cod.MS. H. 180) und trägt den Titel: *„Samuelis Rachelii Curriculum vitae ab ipso conscriptum et posteriorum suorum memoriae relictum“*. Nach der 262sten Seite ist eine Lücke, worauf noch 8 Blätter folgen. Der Professor und Bibliothekar *Ratjen* hat im „Archiv für Staats- und Kirchengeschichte der Herzogtümer Schleswig, Holstein, Lauenburg und der angrenzenden Länder und Städte“ (redigiert von *Michelsen* und *Asmussen*, Altona, bei J. F. Hammerich) Bd. I 1833, S. 335—382 und Bd. III 1837, S. 99—166 einen Auszug aus dieser Abschrift der Selbstbiographie *Rachels* geliefert.

[13]) Diese war 1566 vom Herzog *Hans* zu Hadersleben aus den Einkünften des ehemaligen Klosters errichtet. Anfangs 12, später 36 Schüler erhielten hier freie Kost, Kleidung, Papier, Bücher und Unterricht. Nach vollendeten Schulstudien wurden die Alumnen mit Stipendien von 40—80 Reichstalern unterstützt, mit deren Hilfe sie auf der Universität Rostock studieren konnten, wo zwei vom Herzog erwählte und besoldete Professoren die Aufsicht über die von Bordesholm entlassenen Schüler führten. (Aus der Handschrift: *J. F. Noodt et Ulr. Petersen, miscell. Bordisholmensia.*)

---

[14]) Wegen Anstimmens eines falschen Tones in der Kirche beim „κύριε“ wurde er vom Rektor geprügelt, aus der Kirche herausgeworfen und auf drei Tage vom Mittagessen ausgeschlossen; wenn einer etwas verbrochen hatte, mußten alle dieses gemeinschaftlich büßen, ohne daß einen ganzen Monat hindurch Erlaubnis zum Spazierengehen gegeben wurde, war auch der Sommer noch so heiß; ja, die Fenster wurden vernagelt, so daß selbst das Hinausblicken unmöglich gemacht wurde, u. a. m.

Ohne Liebe und Sorgsamkeit der Eltern, die er sehr vermißte, wuchs *Rachel* in der Bordesholmer Schule heran, bis er 1648 die wissenschaftliche Reife für das akademische Studium erhielt und auf die Universität Rostock übersiedelte, um dort mit Hilfe des Bordesholmer Stipendiums auf Kosten des Herzogs ein Triennium Philosophie und Theologie zu studieren, jedoch auch die *„humanitatis studia“* nicht vernachlässigend. Das Studium der Theologie hatte er erwählt, weil seine Eltern ihn schon längst dazu ausersehen hatten und weil das Stipendium dafür besonders bestimmt war.

Rachel erkannte bald, daß er keine Anlagen zum Prediger hatte, er wünschte deshalb einen Wechsel des Studiums vorzunehmen, um seinen natürlichen Anlagen zu folgen[15]). Nachdem er vom Herzog *Friedrich* die Erlaubnis dazu erhalten, wandte er sich der Geschichte, Philosophie und Rechtswissenschaft zu. Aus dieser Zeit stammen die *„disputatio de invito ac sponte facto“*, Rostock 1650, und die *exercitatio de justitia*, Rostock 1651. Von dem Studium der Rechtswissenschaft hat er in Rostock keinen großen Nutzen mehr gehabt; es hat ihn oft gereut, daß er nicht von Anfang an Rechtswissenschaft studiert und von *Schuckmann, Schütz, Rahn, Snobel* und anderen berühmten Rechtsgelehrten Förderung erhalten hat. Sein *hospes*[16]) war M. *Lucas Bacmeister*[17]), auf höheren Befehl zwar, nicht nach eigenem Wunsch und Willen. Von ihm sagt er *„quamvis bene multos professores noverim, indoctiorem hoc nuspiam viderim, nisi forte gregalem illi addere velis*

---

[15]) *„Ad solidam enim cognitionem et eruditionem quantum felix naturae propensio momentum conferat, quis nescit?“* (S. 14 der Selbstbiographie).

[16]) Die frühere Universitätssitte, nach welcher die Studenten gewöhnlich bei einem der Professoren, ihrem *hospes*, ihren Tisch hatten, wohl auch bei ihm wohnten; siehe das Fürstliche Statut über die Stiftung der Universität Kiel vom 2. 4. 1666, § 13.

[17]) *B.* war seit 1635 in Rostock ordentlicher Professor der Theologie, war aber nicht *theologiae doctor*, konnte darum nicht der theologischen Fakultät angehören, er ging als *emeritus ob ingravescentem aetatem tum ob alias causas sonticas* von seinem Amte ab (siehe „Etwas von gelehrten Rostockschen Sachen“, Jahrg. 1737, S. 212; Jahrg. 1742, S. 376ff).

Jo. Phil. Rossmannum[18]*), Kiloniensem jurisconsultum scilicet ..... Sancte adfirmare possum, me nullum verbulum aut rem minimam ex Bacmeistero audivisse, quod mihi usui fuerit vel ad eruditionem vel ad vitam.*“

Nach dreiundeinvierteljährigem Studium in Rostock ging *Rachel* 1651 nach Leipzig und Jena, um das in Rostock versäumte Studium der Rechtswissenschaft mit besonderem Nachdruck nachzuholen. Als *hospes* erhielt er in Jena den Philosophen *Daniel Stahl*, „*cum quo mihi optime conveniebat et ex quo multa audiebam et discebam*“. Aus Geldnot sah sich jedoch *Rachel* gezwungen, die Studien in Jena abzubrechen und nach Holstein zurückzukehren, nachdem er sich auf seines „*hospes*“ Vorstellung den Gedanken, sich mit dessen ältesten Tochter zu verloben, aus dem Kopf schlagen mußte. Da die Mutter ihn nicht mehr unterstützen konnte, die Verwandten dieses nicht wollten, erwarb er sich sein Brot durch Erteilung von Unterricht. Er ward Erzieher bei den Kindern eines Adeligen (*von Rantzau*), die drückende und unfreie Lebensweise, die schlechte Behandlung (er schlief im Reitstall mit seinen Schülern), das schlechte Essen, sowie ein böses Fieber ließen ihn jedoch schon nach vier Monaten die Stelle wieder aufgeben, obwohl seine Schüler ihn sehr lieb gewonnen hatten und ihn nur ungern fortließen (*Quodsi res omnes tam brevi tempore ibi gestae essent describendae, volumen conficerent*). Durch den Herzog erhielt *Rachel* bald darauf einen Ruf als vierter Lehrer an das Gymnasium von Bordesholm. Nach einer hier geübten Lehrtätigkeit von einem Jahre nahm er, da das Schulwesen in Bordesholm von Tag zu Tag mehr verfiel, ein Angebot als Hauslehrer nach Wegeleben im Halberstädtischen Gebiet an, um die beiden Söhne der Familie *von Streithorst* zu erziehen. Nach sieben Monaten wurde er mit seinen Schülern auf die Universität Helmstedt gesandt, wo er mit ihnen zwei Jahre hindurch die berühmtesten Lehrer dieser Akademie hörte. Er widmete sich vorzugsweise der Rechtswissenschaft, hörte namentlich *in Jure publico ac Politicis* die Vorlesungen *Hermann Conrings*. Durch Empfehlung eines ehemaligen Bordesholmer Mitschülers wurde er auch mit seinem Landsmann, dem Theologen *Georg Calixtus* näher bekannt, so daß er ihn nicht nur häufig besuchte, sondern auch seine besondere Zuneigung erfuhr. Seinen Tisch hatte er bei dem Theologen *Christoph Schrader*, wo er mit vielen anderen zusammen aß und befreundet wurde.

---

[18]) 1642 in Itzehoe geboren, 1667 Syndikus der Kieler Universität, hielt 1672 unter *Rachels* Präsidium eine Inauguraldisputation *de injuriis* ab; die Fakultät war mit dem Examen nicht zufrieden, aber auf Befehl des fürstlichen Hofes mußte sie ihn zum Dr. jur. ernennen.

Gegen Ende des zweijährigen Aufenthaltes erfuhr *Rachel*, daß der Herzog *Christian Ludwig* von Celle eine Ritterakademie in Lüneburg einrichten wollte. Mit einem Empfehlungsschreiben von *Georg Calixtus* bewarb er sich um die ausgeschriebene Direktorstelle, durch besonderes Mißgeschick zerschlug sich jedoch die Sache, da der Kanzler des Herzogs durch Mißverständnis ihn nicht für die Stelle befähigt hielt. Fast zur gleichen Zeit wurde ihm durch Vermittlung von *Conring* die Anstellung als Rektor eines neu zu gründenden Gymnasiums in Frankfurt a. M. angeboten; zwar unterblieb die Gründung, *Rachel* lernte jedoch bei seinem Aufenthalt in Frankfurt a. M. den Braunschweigischen Gesandten *Johannes Schwartzkopf* kennen, der sich mit anderen fürstlichen Gesandten dort zur Kaiserwahl nach *Ferdinand III.* Tode 1657 aufhielt. *Rachel* trat als Sekretär in seine Dienste, um damit den ersten Schritt in die diplomatische Laufbahn zu tun. Auf Wunsch von *Schwartzkopf* gab er seine Bemühungen um eine Heidelberger Professur auf, durch Verwendung seines Gönners erhielt er jedoch vom Herzog *August* von Braunschweig-Lüneburg die Professur der Moral-Philosophie an der Universität Helmstedt. 1658 ward er zum *Professor moralium* ernannt. Trotz schwerer Krankheit (er litt wieder unter seinem alten Kopfschmerzleiden) gab er die „*Nikomachische* Ethik des *Aristoteles*" mit einigen anderen Dissertationen moralphilosophischen Inhalts heraus. Er bearbeitete u. a. Dissertationen über Gerechtigkeit, Naturrecht, über die ersten natürlichen Gesellschaften der Menschen, über die Majestät und politische Sophismen, und ließ darüber disputieren.

Im Oktober 1660 vermählte sich *Rachel* mit *Catharina Ursula Rohtschröder* aus Wolfenbüttel. Aus dieser Ehe erwuchsen drei Söhne, *Joachim, Moritz* und *Peter Georg,* und eine Tochter *Catharina Dorothea,* nach deren Geburt die Mutter 1667 starb.

Nach sechsjähriger Lehrtätigkeit an der *Academia Julia* wurde *Rachel* 1665 auf Wunsch *Joh. Adolf von Kielmannsegge,* des ersten Ministers des Herzog *Christian Albrecht* von Schleswig-Holstein, nach Schleswig berufen, um seinen Rat und seine Hilfe bei der Errichtung einer Landesuniversität zur Verfügung zu stellen. Er folgte dem Rufe und war eifrig bei der Einrichtung und Gründung der Universität Kiel tätig[19]. In seiner Selbstbiographie setzt er des näheren seine Reformpläne für die Förderung der Bildung durch Reform des Unterrichts und der Erziehung auf Schulen und Universitäten auseinander.

Samuel Rachel und *Ericus Mauritius* wurden die ersten zwei Professoren der juristischen Fakultät an der Universität Kiel, und zwar übernahm *Rachel* die Professur des Natur- und Völkerrechts, die erste Professur für Naturrecht in Deutschland innerhalb einer rechtswissenschaftlichen Fakultät[20]. Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit an der Universität kam es 1666 zu einem Konflikt. Gelegentlich eines Doktorexamens wurde ihm verweigert, am Examen teilzunehmen, da er den Doktorgrad noch nicht erworben habe. Ungeachtet seiner nach eigener Ansicht sehr wichtigen Stellung und seiner Verdienste um die Universität mußte er sich selbst erst examinieren lassen. Er hielt zu seiner Promotion eine Disputation *„de duellis“*. In der Folgezeit wandte sich *Rachel* den in Helmstedt begonnenen Studien zur Herausgabe eines Kommentars zu *Grotius „de jure belli et pacis“* mit besonderem Eifer zu, ohne jedoch diese Arbeiten später zum Abschluß gebracht zu haben[21]. Er hielt verschiedene Disputationen *de securitate publica, de jure, de jure natura,*

---

[19] Die Einrichtung der Universität sowie die Gründungsfeierlichkeiten sind bis in das Einzelne gehend in der Autobiographie S. 66–92 beschrieben worden. Auch die Erfindung der Universitätssiegel beschreibt *Rachel* als sein Werk.

[20] Etwas später wurden noch D. *Michaelis* und *Sonnemann* als Professoren der rechtswissenschaftlichen Fakultät berufen.

[21] Selbstbiographie, S. 104.

de jure gentium, de jure arbitrario in genere, de aequitate, de duellis.

Im Jahre 1675 wurde unter *Rachels* Vorsitz[22]) in Kiel eine Dissertation verteidigt, welche den *Monzambano*[23]) stellenweise wörtlich ausschrieb. Sie handelt von den Wahlkapitulationen *(Lindholtzii praeside Rachelio dissertatio jur. publ. de capitulatione regni Germanici, Kiloni 1675).* Diese Dissertation war der erste Versuch, eine juristische Spezialbehandlung auf *Monzambanos* Ansichten zu gründen, sie zeigt, daß *Rachel* an dem Standpunkt *Monzambanos* resp. *Pufendorfs* festhielt. In *Rachels* späteren Schriften (*Introductio ad jus publ. germ.* 1680 und *Institutiones jurisprudentiae,* 1681) wird es ausdrücklich als zweifelhaft hingestellt, ob das Reich wirklich ein Staat sei. Als nach dem Ausscheiden des Professors *Ericus Mauritius,* der nach Lübeck ging, *Magnus Wedderkop* berufen wurde, kam es zwischen diesem und *Rachel* zu Zwistigkeiten wegen der beiderseitigen Vorlesungen. Ein interessanter Brief *Rachels* an den Herzog mit einer Beschwerde über den Kollegen *Wedderkop* ist in der anläßlich des 250jährigen Bestehens der Kieler Universität von *Liepmann* herausgegebenen Festschrift „Von Kieler Professoren“ als Brief Nr. 3 abgedruckt.

Im Jahre 1676 erschienen in Kiel die *Dissertationes de jure naturae et gentium*[24]), in denen der Schwerpunkt seiner Bedeutung für die Völkerrechtswissenschaft liegt.

1672 hatte *Rachel* zum zweiten Male geheiratet und zwar die Tochter des Senators und Konsuls *Stegelmann.* Drei Söhne wurden in dieser Ehe geboren: *Christian* 1673, *Gabriel* 1675 und *Christian Albert* 1678. Kurz nach der Geburt des zweiten Sohnes gab *Rachel* seine Tätigkeit als Lehrer der Universität auf, um als Ratgeber des Herzogs *Christian Albrecht* von Schleswig-Holstein-Gottorp sich der politisch-diplomatischen Wirksamkeit zuzuwenden. Die angedeuteten Intriguen in der Fakultät erleichterten ihm zweifellos das Scheiden aus dem Lehramt. *Rachel* wurde, wie er angibt, auf Empfehlung von *Dietrich Klejus,* der Präses des Herzogtums Bremen war, zum Herzog *Christian Albrecht* 1677 nach Hamburg gerufen, wohin sich der Fürst nach der Sequestration seines Landes durch den König *Christian V.* von Dänemark geflüchtet hatte. Der Herzog *Christian Albrecht* ernannte ihn zum Rat. In dieser neuen Stellung wurden in der Folgezeit heftige Streitschriften von *Rachel* gegen König *Christian V.* veröffentlicht.

---

[22]) *Jastrow,* „*Pufendorfs* Lehre von der Monstrosität der Reichsverfassung“ in der Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde, 19. Jahrg. 1882, S. 387.

[23]) *Pufendorf:* Ueber die Lehre von der Monstrosität der Reichsverfassung *(„Severini de Monzambano Veronensis de statu imperii Germanici . . . liber unus“),* Genf 1667.

[24]) Sie wurden in einem Band veröffentlicht und trugen den Titel: *„Samuelis Rachelii, ICti, et in Illustri Holsatiae Academia Antecessoris, De Jure naturae et gentium dissertationes“.* Die beiden Dissertationen sind dem Braunschweigisch-Lüneburgischen Rat *Otto Grote,* dem *„patrono et amico“* gewidmet, mit dem er in Helmstedt zusammen studiert hatte.

So hatte *Rachel* den zwischen *Christian Albrecht* und *Christian V.* geschlossenen Rendsburger Vertrag, der sehr nachteilig für den Herzog war, in einer auf den Wunsch des Herzogs geschriebenen Schrift „*Rendsburgensia pacta non pacta*“ als erzwungen und ungültig geschildert, auch in anderen Schriften war er als Sachwalter der herzoglichen Interessen aufgetreten. Selbst am Hofe des Herzogs sollte *Rachel* vor den Intriguen seines früheren Kollegen *Wedderkop* nicht geschützt sein. Auch *Wedderkop* bemühte sich um die Gunst des Herzogs und erreichte es, an Stelle *Rachels* zu den Friedensunterhandlungen nach Nymwegen als herzoglicher Sekretär zu gehen. 1678 wurde jedoch *Wedderkop,* wie *Rachel* schreibt, wegen seines verdächtigen Wankelmutes abberufen und *Rachel* hatte die Genugtuung, als Gesandter des Fürsten nach Nymwegen gesandt zu werden. Hier verfaßte *Rachel* die *Apologia Gottorpiensis* als Entgegnung und zur Widerlegung der während der Nymweger Friedensverhandlungen von dänischer Seite verbreiteten Broschüre „Ursachen und Beschaffenheit der Streitigkeiten zwischen Ihrer Majestät zu Dänemark und Ihrer Fürstlichen Durchlauchtigkeit“. Als *Rachel* aus Nymwegen wieder an den Hof des Herzogs nach Hamburg zurückgekehrt war, nahmen die Intriguen und Kabalen hier ihren Fortgang, besonders lebte *Rachel* wieder mit *Magnus Wedderkop* im Kampf. Der Herzog hatte *Rachel* zum „Staller“ (Amtmann) von Eiderstedt ausersehen, aber auch hinsichtlich der Erlangung dieses Amtes wurden ihm aus Neid und Haß durch *Magnus Wedderkop* und *Bockel*, den neuen Kanzler des Herzogs, Schwierigkeiten und Ränke aller Art bereitet, wie *Rachel* sie in seiner Biographie mit verbissenem Grimm schildert. 1679 setzte es *Rachel* jedoch gegen den Widerstand seiner Widersacher durch, vom Herzog in das Amt als Staller von Eiderstedt eingesetzt und verpflichtet zu werden. Tönning wurde ihm zum Domizil angewiesen. An einem Fieber erkrankte *Rachel* so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wurde und der Kanzler schon seinen Sohn als Nachfolger erhoffte, aber *Rachel* gesundete wieder. Im Auftrage seines Herzogs mußte er zu der Versammlung des Niedersächsischen Kreises, welche wegen Münzangelegenheiten abgehalten wurde, nach Braunschweig reisen; er hatte bei dieser Gesandtschaft, da der Kanzler nicht zur gehörigen Zeit die Instruktion und Vollmacht ausfertigte, wie auch später, harte Kämpfe mit diesem auszufechten. In dieser Zeit verlor *Rachel* seinen zweiten Sohn im Alter von 18 Jahren infolge einer vom Arzt vernachlässigten Fiebererkrankung. Eine Freude wurde *Rachel* durch den König von Schweden zuteil, der ihm durch seinen Gesandten den Titel eines schwedischen Hofrats (*consiliarius*) überbringen ließ, aber vergeblich durch eigenhändige Empfehlung und durch Vermittlung seines Gesandten dem neuen Rate mehr Einfluß bei dem herzoglichen Hofe zu verschaffen und den Kanzler *Bockel* zu verdrängen suchte.

1682 hatte der König von Dänemark von neuem Kontributionen aus den herzoglichen Distrikten in Schleswig eingetrieben und auf andere Weise den Herzog *Christian Albrecht* bedrängt, so daß dieser abermals nach Hamburg fliehen und die Hilfe des Kaisers gegen die Gewalt des dänischen Hofes anrufen mußte. Der Kaiser verordnete zur Untersuchung und Schlichtung des Streites eine Kommission, die er dem Sächsischen Kurfürsten und dem Herzog von Sachsen-Lauenburg übertrug. *Rachel* wurde vom Herzog von Gottorp als Gesandter nach

Dresden beordert, um dessen Sache beim Kurfürsten zu vertreten. Sieben Monate verhandelte er dort, ohne etwas auszurichten, da der König von Dänemark die Kommission nicht anerkennen wollte. Nach seiner Rückkehr nach Hamburg wurde *Rachel* durch die Erkrankung und den Tod seiner zweiten Frau abermals in große Trauer versetzt.

Als in den Jahren 1681 und 1682 in Frankfurt a. M., im Haag und auf dem Regensburger Reichstage Unterhandlungen stattfanden, die gegen die französischen Uebergriffe im Elsaß Stellung nahmen, denen von Frankreich durch die Reunionskammer in Metz der Schein des Rechts gegeben werden sollte, wurde zu dem Reichstag in Regensburg vom Herzog *Christian Albrecht* wieder *Rachel* als Gesandter aus Hamburg entsandt, um bei den dortigen Verhandlungen die Gottorpischen Belange gegen Dänemark wahrzunehmen[25]. Hier wurde *Rachel* die Stelle eines Reichshofrates angeboten, die er aber ablehnte. Auf seinen Amtssitz nach Eiderstedt konnte *Rachel* in dieser Zeit nicht zurückkehren, da die Dänen in beiden Herzogtümern Schleswig und Holstein nach ihrem Belieben schalteten und die Einkünfte einzogen. Aus Angst vor den dänischen Uebergriffen hatte sich schon früher *Rachel* durch Vermittlung seines einstigen Lehrers und Freundes *Hermann Conring* (Helmstedt) bei *Baluze,* dem Sekretär *Colberts,* um den Titel eines königlichen französischen Ministers bemüht, der ihn schützen sollte.

Die Briefe *Conrings,* aus denen die Wertschätzung *Rachels* hervorleuchtet, sind in seiner Schrift *„Epistolarum Syntagmata duo una cum responsis,* Helmstedt 1694, erhalten: In dem Schreiben vom 25. Juni 1680 aus Helmstedt *(Epistula XLV ad Baluzium,* a. a. O., S. 107) schreibt *Conring:* .. *„quamvis hac vice utar ego cura Consiliarii Holsatici viri optimi pariter et doctissimi; qui inter Regios ministros petit recipi, saltem titulotenus, quo sit tutus a Danicis insidiis. Illu-*

---

[25] Ueber die große Politik der europäischen Kabinette in den Jahren nach dem Nymweger Frieden hat sich *Rachel* eingehend und mit außerordentlich scharfem Blick in seiner Biographie verbreitet.

strissimo Colberto fratri innotuit pridem Neomagi Principis sui legatione fungens: itaque nunc patronum illum suis literis adit, per me etiam nostri Maecenatis favorem sibi parari etiam atque etiam rogans. Quem Tu, perillustris Domine, huic conciliare quaeso ne dedigneris, commerente hoc ipsum viri praeclara virtute pariter atque eruditione."

Und ein Jahr später, am 11. April 1681, versucht er nochmals seine Vermittlung für *Rachels* Wünsche bei *Baluze (Epistula XLVI)*: „*Anni praecedentis die vicesimo quinto Junii mensis non duntaxat prolixas ad Te literas exaravi, sed simul Hamburgum misi cistulam plenam variis libellis meis. Omnia probe curanda suscepit Sam. Rachelius Serenissimi Holsatiae Ducis Consiliarius, magnus Tui aestimator atque meus amicus. Quin ille fecerit officium, non equidem dubito. Quoniam vere abs Te nihil responsi redditur* ...."

Einen Erfolg scheinen die Bemühungen *Conrings* und *Rachels* nicht gehabt zu haben.

Auch in seiner Gesandteneigenschaft auf dem Reichstag zu Regensburg war *Rachel* vielen Anfeindungen und Anschwärzungen von dänischer Seite ausgesetzt. 1685 schrieb er gegen eine von dem dänischen Gesandten dem Reichstag vorgelegte Schrift eine verteidigende Entgegnung: „Bedenken über zwei Hauptfragen, ob die Okkupierung Schleswigs kann justifiziert werden" usw., worin er nachwies, daß die Besitznahme Schleswigs am 30. Mai 1684 durch die Dänen und der Eideszwang der Untertanen auf keine Weise zu rechtfertigen seien. Nach 15monatiger aufreibender Tätigkeit als Gesandter verließ *Rachel* Regensburg, um sich zu seiner Familie nach Hamburg zurückzubegeben. Anfang Februar 1686 erhielt er vom Herzog einen neuen Reiseauftrag nach Nürnberg, wo Verhandlungen über ein Bündnis *pro salute publica* zwischen dem Kaiser, einigen Königen und Fürsten stattfinden sollten. Bei den im Mai nach Augsburg verlegten Verhandlungen erreichte *Rachel* die Aufnahme des Herzogs in das *foedus Augustanum.* Die im Juli wieder in Nürnberg stattfindenden Ratifikationsverhandlungen gelangten jedoch zu keinem Abschluß. Inzwischen waren in Hamburg Unruhen ausgebrochen. *Rachel*, der dänische Einmischung fürchtete, wies deshalb den Kaiserlichen Kommissar in Nürnberg darauf hin, wie wichtig es für die Ruhe der Herzogtümer sei, den Herzog *Christian Albrecht* wieder einzusetzen. Und dieses geschah durch den Altonaer Kongreß 1687—1689, nachdem die dänischen Reunionsversuche 1686 sich auch auf Hamburg zu erstrecken anfingen und man darum den Rechtsgründen des Herzogs geneigter wurde. 1689 kehrte *Rachel* zur Wiederaufnahme seiner Geschäfte als Amtmann von Eiderstedt hierhin zurück.

Bis zu seinem Tode blieb *Rachel* als Staller in den Diensten des Herzogs. Wie er diese Dienste auffaßte, zeigen die Sätze am Schlusse seiner Selbstbiographie: „*sicut mihi id evenerit, quod proverbis dici solet, aliis inserviendo consumor. Sed quid non patriae, patriaeque patri debemus? His privata commoda postponenda sunt, praesertim si spes sit, publico bono tandem privata damna pensatum iri. Quodsi etiam illa forte decollet, ipsa tamen pietas hac rectique conscientia pro mercede erit, neque dubito, saltem aliquos exstituros esse, qui quantum mihi vicissim patria debeat, aequa mente iudicent, praesertim ubi labores meos, pericula ac damna omnino cognoverint*".

Den Undank der Welt, den er schon früher hatte kennen lernen müssen, hatte er noch kurz vor seinem Tode besonders stark zu fühlen, als der Herzog ihm die Bitte abschlug, seinen ältesten Sohn *scriba provincialis* werden zu lassen: *experiundo didici quam fluxa et inconstans sit principum gratia.* Die Abweisung des Herzogs und der Konkurs, den seine Gläubiger anstrengten, hatten ihn an seinem Lebensabend so im Innersten gepackt, daß er erkrankte und sich nicht wieder erholen konnte.

Am 13. Dezember 1691 schied *Rachel* zu Friedrichstadt aus dem Leben.

Wie *Rachels* Zeitgenossen über ihn urteilten, dafür zeugen die Stimmen[26]) angesehener und kompetenter Männer wie *Hermann Conring* und *Joh. Henr. Boecler.* In den schon an anderer Stelle erwähnten Briefen *Hermann Conrings* an *Stephan*

---

[26]) *Moller, Cimbria literata.* Hanau 1744. Bd. I, S. 508 ff.

Baluzius nennt *Conring Rachel* einen „*virum optimum pariter atque doctissimum*“, der sich auszeichnet durch „*praeclara virtute atque eruditione*“, und in den „*Literae provinciales*“ lobt er insbesondere *Rachel*s außerordentlichen Fleiß („*industriam*“). *Joh. Henr. Boecler,* Professor der Geschichte und der Beredsamkeit in Straßburg, bezeichnet im „*Judicium de Sarcmasii Judiciis*“ *Rachel* als einen Mann „*magna ingenii et eruditionis vi praeditum, quem eo nomine nemo bonus et doctus hactenus non laudavit et aestimavit, amicum veris Musis et familiare Apollini nomen*“; in der *praefatio* seines Kommentars zum Buch II von *Grotius, De jure belli ac pacis* nennt er *Rachel* und *Pufendorf* als „*viros clarissimos, natos ad optima quaeque studia ornanda, Academiarum Heidelbergensis et Juliae lumina*“; *Jac. Thomasius* bezeichnet ihn in einer „*dissertatio de duellis*“ als *vir maximus*“; von dem Professor der Theologie in Helmstedt *Johann Fabricius* (in der *Oratio auspicialis Helmstadiensis, Amoenitatibus Theologicis inserta)* wird *Rachel* als „*vir acutissimus*“, von einem *Georg Paschius (Tractatum de curiosis hujus seculi inventis, cap. 5, S. 277)* „*Universitatis Kiloniensis quondam decus et ornamentum*“, von *Phil. Andr. Oldenburger* (im *Itinerario Germaniae Politico,* S. 387) als „*vir celeberrimus, juris naturae, gentium et civilis doctor incomparabilis*“ geehrt. Von *Joh. Christian Baron von Boyneburg* (im Brief an *Zach. Prüschenkius* 1663) wird er den Männern zugezählt, „*quibus nemo in morali juris, ac civili universa intelligentia exercitatior, saltem quod facultatem spectat artes illas recte tradendi*“. *Paccius* nennt die *dissertationes Rachels* in der *praefatio* der *Accessiones Ethicae* 1695 „*doctissime*“. Und von *Justus Christoph Böhmer (Progr. III Disputt. Grotianis et Pufendorfianis praemissum p. 41)* wird er als „*singulare quondam Academiae Juliae, deinceps etiam Kiloniensis, ornamentum*“ gerühmt.

Jedoch auch ein abfälliges Urteil soll nicht unterdrückt werden, das von *Conr. Sam. Schurtzfleisch* stammt, der in den *Judicia ex Parnasso de novissimis prudentiae civilis scriptoribus,* die er unter dem Decknamen *Eubulus Theosdotus*

Sarcmasius 1669 herausgab, *Rachel* vorhält, „*major est titulo quam effectu, et magis verborum quam solidus; magnum sane doctoris juris naturae et gentium insigne est, dum modo huic paria specimina edantur. Sed non omnes, qui thyrsum gerunt, sunt Bacchi. . . . Eloquentiam, si quaedam ascita exceperis, non simpliciter improbaverim; licet eloquentiam magis saepe commendet quam exerceat. In judicio etiam aliquando haud abs re quid desideraverim. Animadversiones in Grotium promisit. Sed expectationi fortasse tantae non satisfaciet; promissis, quam opera, melior scriptor. Ex unguibus leo, ex factis vir cognoscitur. Curam illam vix mihi approbabit, qui videam, eum in enucleandis Juris Naturae et Gentium principiis, duces sequi parum fidos, aut certe aliquando ancipites, et non raro plane mutos et caecos.*“ Und das Urteil des *Joh. Franc. Buddeus (Historia juris naturalis § 38, S. 51)* wirft den Schriften *Rachels* vor: „*Aristotelis legunt vestigia, nec facile quicquam, quod alibi obvium non sit, afferunt*“.

Groß ist die Zahl der Schriften, die von *Rachel* verfaßt sind. Zahlreiche philosophische und juristische Abhandlungen, *disputationes* und *dissertationes*, politische Streitschriften, sowie Kommentierung und Edierung griechischer und römischer Autoren geben von *Rachels* Vielseitigkeit Zeugnis.

Die wichtigsten Schriften sind:

Disputatio de invito ac sponte facto, Rostock 1650.
Exercitatio de justitia, Rostock 1651.
Disputatio moralis de morte voluntaria, Helmstaedt 1659.
Disputatio de bona indole, Helmstaedt 1661 (den *Dissertationes de jure naturae et gentium,* Kiel 1676 später angefügt).
Disputatio de poenis, Helmstaedt 1661.
Disputatio de scientia et ignorantia Incontinentis, Helmstaedt 1661.
Disputatio de primis societatibus naturalibus earumque justo, Helmstaedt 1662.

Disputatio de aequitate, Helmstaedt 1662.

Tractatus de actionum moralium principiis, Helmstaedt 1662 und 1664.

Disputatio politica de Majestate, Helmstaedt 1664.

Exercitatio moralis de justitia, Helmstaedt 1664.

Disputatio de jure naturae, Helmstaedt 1664.

Exercitatio de sophismatis, Helmstaedt 1665.

Disputatio juridica inauguralis de duellis, praeside D. Erico Mauritio proposita, Kiel 1666.
(Als *Tractatus de duellis* erweitert, Kiel 1666.)

Disputatio de securitate publica, Kiel 1666.

Disputatio de jure in genere, Kiel 1670.

Disputatio de Monarcharum in genere, nec non Monarcharum Europaeorum Christianorum in specie, mutua obligatione, Kiel 1670.

Disputatio de Comitiis electoralibus, quae dicuntur Kurfürstentage, *Collegial*-Tage, Nürnberg 1671.

Exercitatio e jure naturali et civili de aequitate, Kiel 1671.

Disputatio de injuriis et earum actionibus, Resp. pro doctoratu Joh. Phil. Rosmanno, Prof. Kilon., Kiel 1672.

Disputatio de jure arbitrario in genere, Kiel 1673.

Disputatio de jure gentium, Kiel 1673.

Disputatio exhibens Compendium juris controversi, sive theses et antitheses 200, ex jure civili Romano, juxta seriem digestorum, Kiel 1673.

Disputatio de revisionibus, Kiel 1674.

Disputatio de jurisprudentia, Kiel 1675.

Disputatio de justitia universali, Kiel 1675.

Dissertationes juris publici de capitulatione regni Germanici, Kiel 1675.

Dissertationes de jure naturae et gentium, Kiel 1676.

Rendesburgensia inter Sereniss. ac potentiss. principem Christianum V, Daniae regem, et Christianum Albertum, Ducem Slesvici et Holsatiae Gottorpiensem, ad. d. 10. Jul. anno 1675 quoquo modo pacta non pacta, restitutionem in integrum provocantia, anonym. 1677.

Apologia causae et scriptorum Gottorpiensium, libro Germanico Sereniss. Regis Daniae Christiani V, autoritate nuper edito, jussu Christiani Alberti, Ducis Holsato-Gottorpiensis opposita, anonym. 1679.

Responsio ad Epistolam amici ad amicum, Memoriale Ablegatorum Gottorpiensium contra Danos, Legationi Caesareae Noviomagi exhibitum, refutantem, qua Memoriale hoc vindicatur, anonym. Lübeck 1679.

Otium Neomagense, seu introductio in jus publicum Germanicum, Amsterdam 1680.

Institutionum jurisprudentiae libri IV., jus universale et Romanum certa methodo, et utriusque capita ex genuinis principiis, exhibentes, Kiel 1681.

Aristotelis Ethicorum ad Nicomachum libri X, griechisch und lateinisch, mit einer Einführung in die gesamte Moralphilosophie des Aristoteles, Helmstaedt 1660.

Veterum Scholiastarum Graecorum Commentationes in Aristotelis Opus Ethicum ad Nicomachum, Helmstaedt 1662.

Ludovici Montaltii Literae provinciales de morali et politica Jesuitarum disciplina, mit einem *Examen probalitatis jesuiticae novorumque Casuistarum,* Helmstaedt 1664.

M. Tullii Ciceronis de officiis libri tres, mit einem philosophisch-juristischen Kommentar, Helmstaedt 1661, publiziert Frankfurt 1668.

Unvollendet blieb der Kommentar „*in Hugonis Grotii libri tres de jure belli ac pacis*“, den *Rachel* in der Vorrede zum Kommentar zu *Cicero de officiis* versprochen und in der *dissertatio de Capitulatione regni Germanici* berührt hatte.

Anonym erschien ferner:

Wahrhafter Bericht desjenigen, was zwischen ihrer Königlichen Majestät zu Dennemark und des mitregierenden Hertzogen zu Holstein-Gottorf anno 1675 zu Rendsburg und nachgehends, bisz auf den Martium des 1677. Jahres, vorgekommen; nebst kurtzer Widerlegung einiger dänischer Schriften, 1677.

IV.

„*Grotius* gilt als der Vater, wie des Naturrechts, so auch besonders des Völkerrechts. Sein unsterbliches Buch hat der Lehre des *Jus gentium* (im Sinne *Isidors* und *Gratians*) eine selbständige Existenz verliehen, welche *Zouch* durch die geeignete Bezeichnung als *Jus inter Gentes* befestigt, *Pufendorf* aber durch die Unterordnung unter das Naturrecht geschmälert hat.“ Mit der Nennung dieser drei Namen hat *Rivier*[27]) die Männer herausgestellt, die als Sterne erster Größe in der Entwickelungsgeschichte der Völkerrechtswissenschaft bis in die Neuzeit hinein ihre hellen Strahlen leuchten lassen. Sie bilden Marksteine in dem ewigen Fluß der Dinge, der durch den Kampf um die Probleme des Begriffs und Wesens des Völkerrechts gezeichnet ist. Ihre Schriften insbesondere sind neben denen mancher anderer von der tiefsten und anregendsten Bedeutung für *Rachels* Einstellung zum Völkerrecht gewesen, mag er ihre Erkenntnisse als Bausteine seines eigenen Lehrgebäudes benutzt haben oder sie als falsches Fundament befunden und als unbrauchbares Element verworfen haben. Um *Rachels* Grundauffassungen vom Begriff, Wert und Wesen des Völkerrechts, dem interessantesten Teile seines Werkes *De jure naturae et gentium* in das richtige „Koordinatensystem“ in historischer und dogmatischer Beziehung hineinsetzen und werten zu können, bedarf es eines Blickes auf die Vorläufer *Samuel Rachels*. Man wird ihre dogmatische Einstellung zum Begriff, Wesen und der Einteilung des Völkerrechts herauszuheben haben, um das Bild *Rachels* in seiner historischen Bedingtheit plastischer wirken zu lassen.

---

[27]) Rivier in *Holtzendorffs* Handbuch des Völkerrechts, Bd. I, S. 395.

Schon in den ersten Sätzen der einleitenden „Prolegomena“ seines Hauptwerkes „*De jure belli ac pacis*“, durch das er der Schöpfer und Begründer des modernen Naturrechts und Völkerrechts wurde, kennzeichnet *Hugo Grotius*[28]) seine Auffassung vom Verhältnis des Naturrechts zum Völkerrecht: „*at jus illud quod inter populos plures aut populorum rectores intercedit, sive ab ipsa natura profectum, aut divinis constitutum legibus, sive moribus et pacto tacito introductum, attigerunt pauci, universim a certo ordine tractavit hactenus nemo*“. . . „*Vere enim Cicero praestabilem hanc dixit scientiam, in foederibus, pactionibus, conditionibus populorum, regum exterarumque nationum, in omni denique belli jure et pacis. . . Atque eo magis necessaria est haec opera, quod et nostro saeculo non desunt et olim non defuerunt qui hanc juris partem ita contemnerent, quasi nihil ejus praeter inane nomen existeret*[29]). *Grotius* sieht in der Wissenschaft des Völkerrechts die Wissenschaft eines wirklichen Rechts, eines Rechtes, welches von fast allen Schriftstellern bisher verkannt worden ist. Dieses so sehr vernachlässigte Völkerrecht ist verschiedenen Ursprungs, es entspringt teils der Natur, den natürlichen Gesetzen, teils ist es durch göttliche Gesetze festgesetzt, teils tritt es durch Sitten und Gebräuche und durch stillschweigendes Uebereinkommen in Erscheinung. Naturrecht, göttliches Recht und willkürliches oder, wie wir heute sagen, positives Recht sind die drei Quellen des Völkerrechts. Das Naturrecht entspringt dem den Menschen von Natur eingepflanzten Geselligkeits- und Gemeinschaftstriebe. Dieser der menschlichen Vernunft entsprechende Gemeinschaftstrieb ist die eigentliche Quelle des natürlichen Rechtes. *Inter haec autem quae homini sint propria, est appetitus societatis, id est communitatis non qualiscumque sed tranquillae, et pro sui intellectus modo ordinatae, cum his qui sui sunt generis. . . Haec vero quam rudi modo jam expressimus societatis custodia, humano intellectui conveniens, fons est ejus juris quod proprie tali nomine appellatur*[30]). Dieses Naturrecht stimmt genau mit den von Gott gegebenen Vorschriften, der anderen Quelle des Rechts, überein. Dieses Recht fließt aus dem freien Willen Gottes, dem sich zu unterwerfen die Vernunft unverbrüchlich gebietet. Letzten Grundes geht selbst das Naturrecht, das den den Menschen innewohnenden Prinzipien entspringt (wie *Grotius* oben sagt, der der Vernunft entsprechenden *societatis custodia, societatis appetitus)*, letzten Grundes geht auch das Naturrecht auf göttliches Recht zurück, da die den Menschen gegebenen Prinzipien von Gott gewollt und gegeben sind. „*Et haec jam alia juris origo est praeter illam naturalem, veniens scilicet ex libera Dei voluntate, cui nos subjici debere intellectus ipse noster nobis irrefragibiliter dictat. Sed et illud ipsum de quo egimus naturale jus, sive illud sociale, sive quod laxius ita dicitur, quamquam ex principiis homini internis profluit Deo tamen asscribi merito potest, quia ut talia principia in nobis existerent ipse voluit.*“ Aus den Prinzipien des *jus naturale* entstehen und erklären sich die *jura civilia*, das gewillkürte, das interne Recht eines Staates, das den Untertanen, den „*subjecti*“, die zur Befolgung von der machthabenden Gewalt gegebenen Vorschriften enthält. „*Deinde vero, cum juris naturae sit stare pactis (necessarius enim erat inter homines aliquis se obligandi modus, neque vero alius modus naturalis fingi potest) ab hoc ipso fonte jura civilia fluxuerunt. Nam qui se coetui alicui aggregaverant, aut homini hominibusque subjecerant, hi aut expresse promiserant, aut ex negotii natura tacite promisisse debebant intelligi, secutoros se id quod aut coetus pars major aut hi quibus delata potestas erat constituis-*

---

[28]) Darf auch die Biographie des *Grotius* als bekannt angesehen werden, scheint es doch aus Gründen der gleichen Behandlung aller der aus dem 17. und 18. Jahrhundert angeführten Autoren auch hier opportun, die wichtigsten Daten seines Lebens stichwortartig zu vermerken: *Grotius*, geb. 10. 4. 1583 zu Delft, 1618—1621 als Staatsgefangener auf der Festung Loevestein, flüchtete nach Paris, 1609 Veröffentlichung des „*Mare liberum*“, 1625 Herausgabe der „*De jure belli ac pacis libri tres*“, 1634 in schwedischen Diensten, starb 1645 zu Rostock.

[29]) *Grotius, De jure belli ac pacis libri tres,* Amsterdam 1670, *Prolegomena,* § 1, 2 und 3.

---

[30]) a. a. O. *Prolegomena*, §§ 6 und 8.

sent[31]." Wie dieses gewillkürte *jus civile* eines jeden Staates, das „Landesrecht", auf die *utilitas*, auf Nutzen und Wohlfahrt des einzelnen Staates, eingestellt ist, so hat sich auch unter allen oder mehreren Staaten durch Konsens ein *jus gentium* herausgebildet, ebenfalls aus Nützlichkeitsrücksichten, allerdings nicht zum Nutzen der einzelnen als vielmehr der *universitas*, zur Wohlfahrt der Staaten überhaupt. Und dieses aus Staatenkonsens entspringende Recht ist das „*jus gentium*", das „Völkerrecht", das also vom *jus naturalis*, vom Naturrechte zu unterscheiden ist. „*Sicut cujusque civitatis jura utilitatem suae civitatis respiciunt, ita inter civitates aut omnes aut plerasque ex consensu jura quaedam nasci potuerunt, et nata apparet, quae utilitatem respicerent, non coetuum singulorum sed magnae illius universitatis. Et hoc jus est quod gentium dicitur, quoties id nomen a jure naturali distinguimus*[32]." Neben den allgemeinen Prinzipien des im Naturrecht enthaltenen Völkerrechts erkennt *Grotius* also noch das besondere, über das Naturrecht hinausgehende gewillkürte „*jus gentium*" an, als dessen Triebkräfte und zu dessen Beobachtung er den Nutzen, mag er unmittelbar oder dauernd sein[33]), und die *justitia* und die *securitas conscientiae*, also die auf dem Gebiete der Sittlichkeit, der Ethik liegenden Motive zum Handeln ansieht. An späterer Stelle wiederholt *Grotius* seine Unterscheidung des Rechts nach den Ursprüngen: das Naturrecht ist das Recht, was sich aus der Natur der Sache (*ex naturae principiis*) ergibt, Völkerrecht das Recht, das auf einem *communis aliquis consensus*, einem gewillkürten, stillschweigenden oder vereinbarten Uebereinkommen beruht, also sich nicht ohne weiteres aus der Natur der Sache, sondern aus dem Willen der Völker ergibt. Dieser Unterschied ist aus der Materie zu entnehmen. Denn alles, was sich aus bestimmten Prinzipien durch bestimmte Argumentation nicht herleiten läßt und doch offensichtlich beobachtet wird, muß folgerichtig auf freier Vereinbarung, *ex voluntate libera,* beruhen. „*Quae in nostris quaestionibus alia*

---

[31]) a. a. O. *Prolegomena*, § 15.

[32]) a. a. O. *Prolegomena*, § 17.

[33]) a. a. O. *Prolegomena*, § 18.

esse non potest quam aut recta illatio ex naturae principiis procedens, aut communis aliquis consensus, illa jus naturae indicat, hic jus gentium: quorum discrimen non quidem ex ipsis testimoniis, sed ex materiae qualitate intelligendum est. Quod enim ex certis principiis certa argumentatione deduci non potest, et tamen ubique observatum apparet, sequitur ut ex voluntate libera ortum habeat[34]). *Grotius* versucht das positive Völkerrecht noch von der Moral zu unterscheiden, er bleibt aber bei dieser Unterscheidung nur in den Anfängen stecken[35]). Er unterscheidet von dem, was wirklich und in jeder Hinsicht Recht ist, das, was nur eine ähnliche äußerliche Wirkung wie das *jus gentium* derart hervorruft, daß man mit Gewalt sich ihm nicht widersetzen oder es auch verteidigen darf, ohne daß es striktes Recht wäre. „*Et in gentium jure discrevi id quod vere et ex omni parte jus est; et id quod duntaxat effectum quendam externum adinstat illius primitivi juris parit; nempe ne vi resistere liceat, aut etiam ut ubique vi publica, utilitatis alicujus causa vel ut incommoda gravia vitentur, defendi debeat*[36]). Im Buch I (*„quid bellum, quid jus?“*) begründet *Grotius* in ausführlicherer Darstellung den in den Prolegomena unterschiedenen Begriff des Naturrechts vom Begriff des gewillkürten Rechtes, das entweder menschliches oder göttliches ist. Das menschliche ist entweder *jus civile*, das interne Landesrecht, das von den rechtsetzenden Faktoren ausgeht, oder es ist ein *jus arctius patens*, die von diesen Faktoren nicht ausgehenden, aber abhängigen Vorschriften der *patria potestas*, und als drittes das Recht mit weiterer Geltung als das *jus civile*, das *jus latius patens*, das *„jus gentium“*, welches durch den Willen aller oder vieler Völker seine verbindliche Kraft und Geltung gewonnen hat. Bei der Einschränkung „oder vieler Völker“ ist sich *Grotius* bewußt, daß abgesehen vom Naturrecht wohl kaum ein bei allen Völkern geltendes Völkerrecht zu finden sein wird, darum ein partikulares Völkerrecht im Vordergrunde stehe. Den Beweis für das Völkerrecht ersieht er aus dem *usus continuus*, der steten Uebung, und aus dem Zeugnis der Literatur, der Völkerrechtsgelehrten erbracht. „*Juris ita accepti optima partitio est, ut sit aliud jus naturale, aliud voluntarium*[37]) .... „*jus voluntarium, quod ex voluntate originem ducit: estque vel humanum vel divinum. Ab humano incipiemus. Est ergo hoc vel civile, vel latius patens, vel arctius. Civile est, quod a potestate civili proficiscitur. Potestas civilis est, qui civitati praeest. Est autem civitas coetus perfectus liberorum hominum, juris fruendi et communis utilitatis causa sociatus. Jus arctius patens et ab ipsa potestate civili non veniens, quamquam ei subditum, varium est, praecepta patria, dominica, et si qua sunt similia in se continens. Latius autem patens est jus gentium, id est quod Gentium omnium aut multarum voluntate vim obligandi accepit. Multarum addidi, quia vix ullum jus reperitur extra jus naturale, quod ipsum quoque gentium dici solet, omnibus gentibus commune. Imo saepe in una parte orbis terrarum est jus gentium quod alibi non est, ut de captivitate ac postliminio suo loco dicemus. Probatur autem hoc jus gentium pari modo quo jus non scriptum civile, usu continuo et testimonio peritorum.* Mit klaren Worten ist damit von *Grotius* die Existenz eines positiven, willkürlichen Völkerrechts neben dem Naturrecht anerkannt, und zwar willkürliches Völkerrecht, das aus Verträgen entspringt wie auch aus der Gewohnheit.

---

[34]) *Prolegomena*, § 40.

[35]) *Kirchmann, Hugo Grotius*' Recht des Krieges und des Friedens, Berlin 1869, S. 56, weist darauf hin, daß *Grotius* das „göttliche Recht“ hier ganz übersehen hat.

[36]) *Prolegomena*, § 41.

Dieser Grundauffassung des *Hugo Grotius* steht *John Selden*[38]) nahe, er erkennt neben dem Naturrecht ein positives Völkerrecht an, das entweder als Vertragsrecht oder Gewohnheitsrecht auftritt, ein Völkerrecht, welches er „*jus gentium interveniens*“ oder „*secundarium*“ nennt, „*quod non ex communi pluribus imperio, sed interveniente sive pacto sive*

---

[37]) a. a. O. *Liber* I, cap. 1, § IX.

[38]) *Selden*, geb. 1584, gest. 1654. Das 1618 verfaßte „*Mare clausum*“ wurde erst 1635 publiziert, 1650 erschien sein Hauptwerk „*De jure naturali et gentium juxta disciplinam Ebraeorum*“.

morum usu natum est et jus gentium secundarium fere solet indigitari[39]). Diesem *jus gentium interveniens* oder *secundarium,* dem Völkerrecht im engeren Sinne, stellt *Selden* das „*jus gentium primaevum*“ oder „*primarium*“, das dem Naturrecht entspricht und entspringt, gegenüber. Das als *jus gentium primarium* auftretende *jus naturale* ist das *jus imperativum,* das *jus mundi,* das *jus universale,* es ist das allgemeine Völkerrecht, während das *jus gentium* im engeren Sinne, das *jus secundarium,* das willkürliche, nicht universale Völkerrecht ist, das nur einer Mehrzahl von Staaten zukommt, als *jus aliquot peculiare.* „*Gentium jus interdum pro jure item naturali sumitur, quoties nimirum primaevi seu primarii nomine indigitatur. Sed vero quatenus juris gentium vocamine mores et jus pluribus gentibus, nec interim universis nec semper sive ex numinis jussu imperativum, sive ex pacto aut consuetudine interveniens denotatur (quale secundarium nuncupari solet), naturalis illud non aliter atque Caesareum, Pontificium, provinciale, municipale jus, plane est additamentum, atque ex hac duntaxat notione in titulo usurpatur. Et jus naturale ita significat hic quod jus mundi seu universale, gentium jus id quod gentibus aliquot peculiare*[40]).“

Zouchaeus[41]) scheidet das „*jus gentium*“ vom „*jus inter gentes*“, einer von ihm eingeführten Bezeichnung für das durch Verträge oder Gewohnheit gekürte besondere Völkerrecht im Gegensatz zu dem vom Naturrecht abgeleiteten „gemeinen“ Völkerrecht, dem er die Bezeichnung *jus gentium* überläßt. *Zouch* teilt das Völkerrecht in das natürliche Völkerrecht ein, in das dem stillschweigenden Konsens, den „*moribus communibus*“ zugrunde liegende Völkerrecht und in das auf ausdrücklichen Abmachungen und Bündnissen basierende, vereinbarte Völkerrecht. *„Ejus (scilicet juris fecialis) vestigia ex libris sacris, ex pandectis et codice juris Romani, ex auctoribus Graecis, Latinis aliisque (quorum sententiae et testimonia, quid secundum naturalem rationem gentium moribus circa res hujusmodi receptum fuerit, suffragantur) deprehendi possunt; quia cum multi diversis temporibus ac locis idem affirmant, id ad causam universalem referri debeat, quae naturae principiis proveniens, aut communis aliquis consensus, e quibus illa jus naturae indicat, hic jus gentium. Deinde praeter mores communes pro jure etiam inter gentes habendum est, in quod gentes singulae cum singulis inter se consentiunt, utpote per acta, conventiones et foedera, cum communis rei publicae sponsio legem constituat et populi universi non minus quam singuli suo consensu obligentur“* [42]).

---

[39]) *Selden, Mare clausum, seu de dominio maris.* Lugduni 1636. I, cap. 3, 7.

[40]) *Selden, De jure naturali et gentium juxta disciplinam Ebraeorum, praefatio. Libri VII.* Argentorati 1665.

[41]) *Zouchaeus, Richard,* geb. 1590, gest. 1660, war Professor des Zivilrechts in Oxford (1620), Kanzler des Bistums Oxford, später *Judge of the Court of admiralty,* er schrieb 1636 die „*Elementa jurisprudentiae*“, 1650 das Völkerrechts-„Lehrbuch“ „*Juris et judicii fecialis sive juris inter gentes et quaestionum de eodem explicatio*“.

Die 1642 von *Thomas Hobbes* [43]) erschienenen *„Elementa philosophica de cive“* haben auf die Völkerrechtswissenschaft die tiefste, nachhaltigste Einwirkung gehabt; seine Grundauffassung vom Wesen des Völkerrechts kennzeichnet er dahin, daß es außer dem Naturrecht kein anderes Recht gibt. *Lex civile* und die *lex gentium,* das sogenannte *jus gentium*, sind ein und dasselbe Naturrecht, unterschieden nur dadurch, daß die einen Vorschriften die Beziehungen der Privatpersonen, die anderen die Beziehungen der Staaten betreffen, wobei *Hobbes* hervorhebt, daß die Staaten im Augenblick ihrer Entstehung *proprietates hominum personales,* Persönlichkeitseigenschaften erhalten. Er sagt: *„Lex naturalis est vel naturale hominum, quod solum obtinuit dici lex naturae, et naturale civitatum, quod dici potest lex gentium, vulgo autem jus gentium appellatur. Praecepta utriusque eadem sunt; sed quia civitates semel institutae induunt proprietates*

---

[42]) *Zouch, „Juris et judicii fecialis sive juris inter gentes et quaestionum de eodem explicatio“, Carnegie-Institution.* Washington 1911 Teil 1, Sektion 1.

[43]) *Thomas Hobbes,* geb. 1588, gest. 1679, schrieb 1642 eine Abhandlung des ganzen Naturrechts unter dem Titel *„Elementa philosophica de cive“*.

hominum personales, lex, quam loquentes de hominum singulorum officio naturalem dicimus, applicata totis civitatibus, nationibus sive gentibus vocatur jus gentium. Et quae legis et juris naturalis elementa hactenus tradita sunt, translata ad civitates et gentes integras, pro legum et juris gentium elementis sumi possunt" [43a]).

Auf *Hobbes'* Grundauffassung vom Naturrecht basiert *Pufendorf* [44]). Für ihn ist wie für *Hobbes* das Völkerrecht nur ein Stück Naturrecht, das nicht besonders behandelt werden darf. Die Staaten oder Völker sind moralische Personen, auf deren Beziehungen untereinander die Vorschriften des Naturrechts über Beziehungen unter Menschen anzuwenden sind. Dieses wird schon in den „*Elementa jurisprudentiae universalis*" §§ 24—26 mit voller Schärfe ausgesprochen: „*De jure gentium nunc quoque aliquid addendum, quod quibusdam nihil aliud est quam jus naturae, quatenus illud inter se summo imperio non connexae gentes diversae observant, queis eadem invicem suo modo officia praestanda, quae singuli per jus naturae praescribuntur. De quo non est, quod heic peculiariter agamus, cum ea, quae de jure naturae deque officiis singulorum tradimus, facile possint applicari ad civitates et gentes integras, quae in unam quoque personam moralem coaluerunt. Praeter isthoc nullum dari jus gentium arbitramur, quod quidem tali nomine possit designari.*" Derselben Frage nach der Existenz eines besonderen Völkerrechts neben dem Naturrecht widmet *Pufendorf* in seinem Hauptwerk „*De jure naturae et gentium*" in ausführlicher Beantwortung besondere Abschnitte [45]). Es gibt kein positives vom Naturrecht unterschiedliches Völkerrecht. Alles Völkerrecht erklärt sich aus dem Naturrecht, beide Ausdrücke haben nach *Pufendorfs* Ansicht die gleiche Bedeutung. „*Est denique et illud heic expendendum, an detur peculiare jus gentium, positivum, et juri naturali contradistinctum? Super hac re enim inter eruditos non satis convenit. Multis jus naturae et jus gentium in se unum et idem habetur, quod extrinseca duntaxat denominatione differat. Inde et Hobbes de cive c. XIV 5. 4. naturalem legem dividit in naturalem hominum, et naturalem civitatum, qua vulgo jus gentium adpellatur. Praecepta utriusque, addit, eadem sunt: sed quia civitates semel institutae induunt proprietates hominum personales, lex, quam loquentes de hominum singulorum officio naturalem dicimus, adplicata a totis civitatibus, nationibus sive gentibus vocatur, jus Gentium. Cui sententiae et nos plane subscribimus. Nec praeterea aliud jus gentium voluntarium seu positivum dari arbitramur, quod quidem legis proprie dictae vim habeat, quae gentes tamquam a superiore profecta stringat.*“ Der Doktrin *Hobbes*' folgend hält *Pufendorf* an der allumfassenden Natur des Naturrechts fest, das Naturrecht ist ein und dasselbe Recht, mag es sich auf die einzelnen Individuen beziehen und hierfür die Bezeichnung *lex naturalis hominum* tragen, oder auf die Gesamtheit der Staaten oder Völker angewandt werden und in dieser Beziehung Völkerrecht, „*jus gentium*“, „*lex naturalis civitatum*“ (*Hobbes*), genannt werden. Die Maxime des einen wie des anderen Rechtes sind genau dieselben, sie fließen aus der einen Quelle des Naturrechts, keine andere Art des „*jus gentium voluntarium seu positivum*“ wird von *Pufendorf* anerkannt, keine andere Art hat Gesetzeskraft oder verpflichtet die Völker als Ausfluß eines Höheren. „*Nos positivum aliquod jus gentium, a superiore profectum, negamus .... Et quod non nemo ad jus gentium quoque referre instituit peculiaria conventa duorum pluriumve populorum, foederibus et pacificationibus definiri solita, id nobis plane incongruum videtur. Et si enim illis stare lex naturalis de servanda fide jubet, legum tamen et juris vocabulo valde improprie veniunt. Et praeterea infinita ac*

[43a]) *Hobbes, Elementa philosophica de cive,* Amsterdam 1657, *Imperium,* cap. XIV § 4.

[44]) *Samuel Pufendorf,* geboren 1632, wurde 1660 in Leyden als Professor „immatrikuliert". In demselben Jahre erschienen die „*Elementa jurisprudentiae universalis*". 1661 berief ihn der Pfalzgraf *Karl Ludwig* an die Universität Heidelberg, wo er ihm die Professur für Natur- und Völkerrecht schuf. 1670 nahm er einen Ruf nach Lund an, 1672 erschien hier das Werk „*Juris naturae et gentium libri octo*", 1677 wurde *Pufendorf* als Historiograph und Staatssekretär nach Stockholm berufen, 1686 nach Berlin als Historiograph und Staatsrat, er starb 1694.

[45]) *Pufendorf, De jure naturae et gentium libri octo, Lund 1672 Liber II caput III § 22 und § 23.*

magna parte temporaria sunt. Quin nec magis partem juris constituunt, quam pacta singulorum civium inter se ad corpus juris civilis spectant; cum potius historia sibi eadem vindicat". Ein auf Staatsverträgen beruhendes positives Völkerrecht wird in deutlichster Weise also von *Pufendorf* negiert, die Staatsverträge lassen kein eigentliches Recht entstehen. Der aus dem Naturrecht entspringende Satz *pacta sunt servanda* läßt nicht die Erweiterung des Völkerrechts durch den materiellen Inhalt der *pacta* zu, besonders weil diese *pacta* zumeist *temporaria* und *infinita* sind. Gegenüber dem auf einem *sede aeterno* sitzenden Naturrecht ist das Vertragsrecht zeitlich begrenzt und ungewiß. Und ebensowenig wie aus den *conventa duorum pluriumve populorum* eigentliches Recht entstehen kann, so auch nicht aus dem Herkommen, aus der *consuetudo*. *„Solent denique sub nomine juris gentium venire illae consuetudines inter plerasque gentes, saltem quae cultiorum et humaniorum sibi famam vindicant, potissimum circa bellum tacito quodam consensu usurpari solitae .... quae si quis legitimum gerens bellum neglexerit, scilicet ubi per jus naturae recte fieri possunt, nulli obligationi validae contravenisse dici potest, nisi quod ruditatis vulgo arguitur, quia non ad consuetudinem eorum, queis bellum inter artes liberales nominatur, sese composuerit"* [46]. Der Einfluß und die Bedeutung der *consuetudo* auf den völkerrechtlichen Verkehr ist also nicht von der Hand zu weisen, aber diese *consuetudo* schafft kein bündiges Recht, das unbedingt zu achten ist. Die Gewohnheiten, die sich dem *jus naturale* anlehnen, können allerdings eine größere Bedeutung beanspruchen als diejenigen, die nur den *conventiones gentium,* den völkerrechtlichen Abmachungen ihren Ursprung verdanken. *„Quodsi autem aliquis mos ad jus naturale referatur, ejus dignatione sane longe magis consulitur, quam si ejus origo ad simplicem gentium conventionem referatur"*.

---

[46] *Pufendorf, Elementa jurisprudentiae universalis,* § 25.

V.

Pufendorfs Einfluß war für die Entwicklung des Völkerrechts während dreiviertel Jahrhundert bis *Wolff*, teilweise sogar bis auf *Kant* von entscheidender Bedeutung. Er brachte das Naturrecht auch auf dem Gebiete des Völkerrechts bahnbrechend zur Herrschaft.

Und „doch fehlete es von Zeit zu Zeit nicht an solchen, die darüber Zweifel hegten und dem Völkerrecht mehreren Umfang und Gewicht, ja das Recht, eine eigene Scienz auszumachen, beylegeten“ 47).

Der ernsteste und überragendste dieser Gegner ist *Samuel Rachel*, der vier Jahre nach Erscheinen der *Pufendorfschen* Schrift 1676 seine beiden *dissertationes de jure naturae et gentium* veröffentlichte, zwei Schriften, die in einem Bande publiziert wurden und einen Grundriß des Natur- und Völkerrechts enthielten.

Der Anstoß zu der Abfassung dieses Werkes scheint zum Teil von dem Baron *Johann Christian von Boyneburg* ausgegangen zu sein, der wegen des Zustandekommens eines umfassenden *Corpus juris naturae et gentium juxta disciplinam Christianorum*, so wie *Selden* ein solches *juxta disciplinam Ebraeorum* geschrieben hatte, an *Hermann Conring*, an *Boekler*, an *Rachel* und schließlich an *Pufendorf* (1663) sich gewandt hatte 48). Die von *Rachel* herausgegebenen *dissertationes* sind allerdings kein Werk geworden, wie das Vorbild

---

47) *von Ompteda*, Litteratur des gesamten Völkerrechts. Regensburg 1785. Bd. 1, S. 276.

48) Vgl. *Moller*, *Cimbria literata*, S. 510/511; *Hinrichs*, Geschichte des Natur- u. Völkerrechts, Bd. 2, S. 145, und insbesondere *Rachel* selbst, *Dissertatio de jure naturae*. *cap. CI*, S. 99, in der er schreibt: „*Seldeni dum memini, simul illustrissimi domini Joannis Christiani, liberi Baronis de Boineburg, recordor. Is, qua erat erga omnis generis studia singulari propensione, solebat viris doctis identidem eximia suggerere argumenta, in quibus ingenia sua exercerent. Itaque cum pro sua insigni humanitate variis aliis de rebus ad me scriberet, tum etiam mihi aliquoties significavit, se desiderare, qui ad imitationem Seldeni de jure naturae juxta disciplinam Christianorum commentaretur. . . . . Quod igitur Maecenati Germaniae, cum viveret, studium praestare non potui, illud saltem aliis me post ejus obitum sedulo ac publice commendasse tumulo ejus inscribo.*“

Seldens es war, aber sie dürfen doch als Entgegnung auf die Bitte des Baron *von Boyneburg* angesehen werden.

Die erste dieser beiden *dissertationes* trägt den Titel: „*De jure naturae*“; ihr sind zwei früher geschriebene kurze Abhandlungen „*de virtute morali*“ und „*de bona indole*“ angereiht worden.

In der *dissertatio de jure naturae* werden in 143 Kapiteln Ursprung, Geltungskraft, Wesen und Zweckbeziehung des Naturrechts behandelt. Das Naturrecht ist göttlichen Ursprungs, von Gott stammt seine Autorität und verbindliche Kraft. Seine Vorschriften sind der menschlichen Vernunft und der menschlichen Gemeinschaftsnatur angepaßt. Verständnis und Erkenntnis des Naturrechts ergeben sich darum aus der Vernunft: „*Primum est, jus naturae originem et autoritatem suam habere a Providentia divina. Alterum, leges et praecepta ejus hominis naturae rationali et sociali convenientissime accomodata esse. . . . Unde etiam hoc tertium fuit propositum, jus naturae etiam ideo dici, quod lumine naturae rationalis percipi et cognosci queat*“ (cap. XX). *Rachel* versteht hier unter vernünftiger, sozialer Natur des Menschen nicht die korrupte Natur desselben, welche voller Mängel ist. Diese Korruptheit verträgt sich nicht mit dem Naturrecht, welches Gott der unverderbten menschlichen Natur „*konformiert*“ hat. Daß der Mensch das Naturrecht auch ohne geoffenbartes Wort wissen und erkennen kann, ist nur durch die erleuchtende Vernunft ermöglicht. Trotzdem viele neuere und ältere Autoren das Naturrecht nicht bloß leugnen, sondern offen bekämpfen, trotzdem man behauptet, daß das Naturrecht aus der Neigung des menschlichen Triebes *(ex mera appetitus humani inclinatione)* entsteht, glaubt *Rachel* an der Auffassung festhalten zu müssen, daß das Naturrecht nicht aus menschlicher Willkür, sondern aus göttlicher Vorsehung *(providentia)* fließt; selbst wenn der Mensch durch die Neigung des ihm innewohnenden Triebes auf das Naturrecht gestoßen wird, ist doch letzten Endes auch diese Neigung, dieser „*appetitus*“ göttlichen Ursprungs. „*At, inquiunt nonnulli, hinc secuturum esse, quod jus naturae ex mera appetitus humani inclinatione oriatur. Ego vero ex iis, quae jam proposui,* *non nisi inepte hoc consectarium confici existimo. Finis enim, ad quem appetitus humanus naturae ductu excitatur, a Providentia divina, non autem arbitrio humano est constitutus*“ (cap. XXVII). Das Naturrecht fließt auch nicht aus der Quelle der Gemeinschaft, der *societatis custodia,* wie *Grotius* lehrt. *Rachel* will in scharfer Polemik *Grotius* dahin verbessern, daß man allein Gott als Quelle des Naturrechts anerkennen muß. „*Jus naturale refert ad autorem naturae Deum*“ (cap. XXVIII). Auch ist das vom Menschen empfundene Naturrecht nicht willkürliches Recht, weil der Mensch als ein freies und soziales Wesen von Gott geschaffen ist. Was von der freien und sozialen Natur des Menschen als gerecht und Recht empfunden wird, das ist auch nach dem Willen Gottes, des Gesetzgebers, als gerecht dem Menschen gegeben: „*Sunt qui hac ratione ad evertendam juris naturalis existentiam utuntur, hominem a deo libere esse conditum animal sociale, adeoque etiam jus inde arcessitum esse mere voluntarium. Quod enim natura justum est, illud utique ante voluntatem libere praecipientis legislatoris jam tale fuerit necesse est, sic ut ideo is illud voluerit et exegerit, quod sua natura justum jam sit, non autem quod ex determinatione libera voluntatis demum justum esse coeperit*“ (cap. XIX). Wenn es heißt, das Naturrecht muß der vernünftigen und auf Gemeinschaft gerichteten, der sozialen Natur des Menschen gemäß sein, so muß es, fügt *Rachel* hinzu, gleichfalls der göttlichen Natur gemäß sein. „*Dixi jus naturae accomodatum esse humanae naturae rationali et sociali. Addo jam, esse quoque idem conveniens ipsi naturae divinae*“ (cap. XXX).

Bei der Kritik der verschiedenen Definitionen des Naturrechts beruft sich *Rachel* zur begrifflichen Bestimmung des *jus naturae* auf *Grotius,* dessen Definition er als die bei weitem beste herausgreift: „*Jus naturale est dictatum rectae rationis, indicans actui alicui, ex ejus convenientia aut disconvenientia cum ipsa natura rationali inesse moralem turpitudinem aut necessitatem moralem, ac consequenter ab autore naturae Deo talem actum aut praecipi aut vetari*“ *(cap. XXXIV).* Diese Definition glaubt *Rachel* aber noch durch folgende Begriffsbestimmung verbessern zu können: *„Jus naturae est jus, a providentia divina juxta ideam legis aeternae profectum, hominis naturae rationali ac sociali accomodatum, quod in illius mente per rectam rationem promulgatum eum obligat, ut suas actiones ad hujus juris normam componat, atque ita suam felicitatem consequatur“* (cap. XXXIII). Das Naturrecht ist demnach das der göttlichen Vorsehung entstammende, mit der Idee des ewigen Rechts übereinstimmende Recht, das der Vernunft und dem Gemeinschaftstriebe des Menschen entsprechend, gemäß menschlicher Vernunft in ihm sich in der Art manifestiert, daß er es für seine Handlungen bestimmend anerkennt.

Rachel kann keinen Unterschied zwischen dem Naturrecht, *jus naturae,* und dem natürlichen Rechte, *jus naturale*, erkennen, wie es *Mevius*[49] getan hat, der das *jus naturae „ad legem dei aeternam“,* auf das göttliche Recht, das *jus naturale „ad hominem“*, auf den Menschen beziehen will. Er verwirft auch die Einteilung des Naturrechts in primäres und sekundäres, ebenso die in *jus naturalis obligativum* und *permissivum,* eine Auffassung, die *Selden* verteidigt hatte (*„De jure naturae et gentium juxta disciplinam Hebraeorum“, lib. 1).*

In weiter Auslassung, die mehr moralphilosophischer denn rechtsphilosophischer Art und Inhalts ist, verbreitet sich *Rachel* über Begriffe der Moralphilosophie wie beispielsweise der rechten Vernunft, der Moral und des Gewissens, die er aus den Prinzipien des Naturrechts historisch und dogmatisch erläutert und kritisiert. *Selden, Sharrok, Cumberland* und *Hobbes* finden hierbei eingehende Berücksichtigung.

Die verbindliche Kraft des Naturrechts erklärt *Rachel* als Ausfluß göttlichen Willens. Stammt das Naturrecht aus der göttlichen *providentia*, so ist auch die Verbindlichkeit dieses Rechtes hieraus abzuleiten, nicht etwa aus dem menschlichen Gemeinschafts- und Geselligkeitstrieb: *„providentiae divinae cum acceptum tulerim jus omne naturae, ab illa quoque ejus proficiscitur obligatio; ut adeo, si qui appetitum societatis*

---

[49]) *Prodromum jurisprudentiae gentium communis, inspect. 2 no. 5.*

ejusque conservationem juris naturalis fortem unicum esse existiment, frustra sint futuri. Si enim omnis juris obligatio principaliter suam autoritatem consequitur a deo, vel maxime eandem ab eodem autore habet jus naturae" (cap. XLV). Scholastisch-theologisch wird diese Verbindlichkeit der *leges naturales* aus der Verpflichtung des Menschen Gott gegenüber erklärt. Der Mensch wird durch die dem göttlichen Willen entstammenden *leges naturales* verpflichtet, entweder unmittelbar Gott, oder sich selbst oder anderen Menschen etwas zu leisten. *Quando deus hominem obligat, tunc ex illa obligatione diversarum legum naturalium, vel aliquid ab homine exigitur praestandum ipsi Deo immediate, vel ut ipse obligatus sibi causa quid faciat, nec ne, vel ut aliis hominibus quid praestet, quibuscum in societate vivit* (cap. CXVII). Der letzte Zweck des Menschen, *hominis finis ultimus,* ist die Uebereinstimmung und das Einssein seines Willens mit dem Willen Gottes. Diese Uebereinstimmung als das erste und letzte Prinzip des menschlichen Handelns (*actionum moralium proximum principium)* wird durch die naturrechtlichen Vorschriften zum Ausdruck gebracht. „*Hunc finem esse dico, conformitatem seu convenientiam voluntatis humanae, quae actionum moralium proximum est principium, cum voluntate divina, legibus naturalibus expressa"* (cap. CXVII). Der Mensch hat von Gott die Freiheit erhalten, zu handeln, wie er will, aber diese physische Freiheit ist durch natürliche Gesetze eingeengt, damit er nur solche Handlungen vollbringt, die der *norma legum naturalium* entsprechen, durch welche der auf Handeln gerichtete menschliche Wille dem göttlichen Willen gemäß gerichtet wird (cap. CXVIII). Solche der Norm natürlichen Rechtes entsprechende *actiones* sind *actiones virtutum,* moralische, ethische Handlungen, im Gegensatz zu den dem *jus naturali* zuwiderlaufenden „*Turpia*", den ungerechten Handlungen, dem Unrechttun.

Rachels Untersuchung schließt mit der Frage nach dem Sinn und Zweck des Naturrechts: „*Quis tandem sit cogniti juris naturalis usus?*" (cap. CXXXIII). Die Antwort wird der Moralphilosophie entnommen: „Damit Du werdest wie Gott!"

Das Naturrecht läßt den Menschen Gottes Willen erkennen, und ermöglicht ihm, diesem Willen gemäß die gottentstammenden Normen des Naturrechts zum Kanon seines Handelns werden zu lassen, es läßt ihn erkennen, was gut und böse ist (cap. CXXXIII). Solange die Menschen makel- und fehlerlos lebten, waren sie in diesem Zustande der „*integritas*“ gottähnlich und ihr Wille war dem göttlichen konform. Nach dem Sündenfall, dem *lapsus*, büßten sie die Gottähnlichkeit ein, und nur die Vernunft bleibt ihnen, mit deren Hilfe sie das göttliche Gesetz in ihrem Innern noch erkennen können, um diesem Gesetz gemäß ihr Tun und Handeln zu regeln. „*Quamvis enim post lapsum homo voluntatem suam voluntati divinae et actiones suas normae juris naturalis exacte conformare nequeat, non minus tamen eo post quam ante lapsum homo fuit obligatus. Alter igitur hinc redundans usus, isque longe maximus est, ut sciat homo quid etiam post lapsum agere in vita omnino, quid sequi, quid fugere, quibus regulis suas actiones attemperare debeat, etiamsi tam prompte, tam libenter, et tam perfecte idipsum jam quidem praestare nequeat* (cap. CXXXIII). Allumfassend ist das Band des Naturrechts, es umfaßt und bindet Vereinigungen jedweder Art, und speziell die Staaten, die Gemeinwesen, die Völker und Fürsten. „*Sed et eo proficit juris naturae disciplina, ut intelligamus ejus praecipue vinculo omnes societates, et speciatim civitates, respublicas, liberasque gentes aut principes constringi ac conservari*“ (cap. CXXXV).

Und hier am Schluß der *dissertatio de jure naturae* kommt *Rachel* auch auf das Verhältnis des Völkerrechts zum Naturrecht zu sprechen: „*Cum enim quaeque respublica sit autonomos, et altera alterius sive legibus sive judiciis obnoxia non sit, neque commune judicium ab hominibus institutum agnoscant, nisi forte ex conventione tale inter ipsas et ab ipsis fuerit constistutum, quale, ni fallor, olim fuit inter Graeciae populos Areopagus; jure naturae et judicio omnium hominum communi harum controversiae necessum est definiantur. Sane si jure gentium vel communi vel speciali utantur, atque hinc illae lites decidi possint, et hujus magna* *est autoritas. Absque hoc jure gentium, aut communi judicio conventionali, debita autoritate praedito, si sit, secundum jus naturae illarum causae et actiones examinari atque expediri oportet, quod illius obligationi omnes et singulae sint obnoxiae, et tam hujus quam providentiae divinae autoritatem, quae illud condidit, venerari et pie amplecti debeant*" (cap. CXXXV). *Rachel* erkennt in dem *jus gentium* ein besonderes Recht, das dazu bestimmt sein kann, Streitfälle zu schlichten zwischen freien, autonomen Staaten, die keiner fremden Gerichtsbarkeit unterworfen sind, sofern sie nicht konventionell sich hierzu verpflichten (und das wäre Völkerrecht!). Er verkennt die *autoritas*, die verpflichtende Kraft des *jus gentium* nicht, wenn sich die Völker ihm ebenso unterwerfen wollen, wie dem vereinbarten *commune judicium*, aber abgesehen und abseits von diesem *jus gentium* müssen doch alle menschlichen Handlungen dem Naturrecht unterstellt und an ihm ob ihrer Rechtmäßigkeit gemessen werden, da diesem Rechte nicht nur alle Menschen, sondern auch alle Völker verpflichtet sind und ihm als von Gott stammend und mit göttlicher „*autoritas*" ausgestattet sich getreulich und gehorsam zu beugen haben.

Dient allgemein das Naturrecht dazu, dem Menschen als Prinzip seines Handelns zu dienen, so haben insbesondere die Gesetzgeber das größte Interesse an der Beschäftigung mit dem Naturrecht, auf daß sie nicht Gesetze sanktionieren, die dem *jus naturae* zuwiderlaufen; solchen, dem Naturrecht widersprechenden Gesetzen kann keine verbindliche Kraft innewohnen (cap. CXL). Aber nicht nur von Interesse und Nutzen, sondern durchaus notwendig ist die Wissenschaft des Naturrechts für Richter und Rechtslehrer, damit sie für jeden Vorfall richtiges Recht anwenden und eine richtige *interpretatio juris* gewährleistet wird. Für diese *interpretatio* bietet das Studium des Naturrechts eine solche Uebung, daß, wer diese Wissenschaft nicht beherrscht, nicht den Namen eines Juristen verdient (cap. CXLI).

In Form eines Anhangs läßt *Rachel* der ersten *dissertatio de jure naturae* die kleinen Abhandlungen „*de virtute morali*" und „*de bona indole*" folgen, in der ersten behandelt er die

Moral vom Standpunkt der Aristotelischen Philosophie, unter besonderer Beziehung auf *Grotius*, in dem zweiten Exkurs „von der guten Veranlagung“ (*εὐφυία*) will er zum tieferen Verständnis des *jus naturae* die natürliche Veranlagung für die *virtus moralis* untersuchen, unter besonderem Hinweis auf *Aristoteles* und dessen Moralphilosophie, sowie auf *Cicero* und *Galenus*.

VI.

In der dargestellten Abhandlung des Naturrechts, in der sich *Rachel* als strenger Aristoteliker[50]) zeigt, ist — abgesehen von dem mitgeteilten Zitat des Kapitels CXXXV über die Beziehungen des Naturrechts zum Völkerrecht — dem Völkerrecht keine Beachtung geschenkt, aus ihr kann darum die Bedeutung *Rachels* für die Völkerrechtswissenschaft nicht erhellen. Aber es bedurfte der kurzen Würdigung ihres Inhaltes, um kenntlich zu machen, wie zwischen dem Naturrechtler und dem Völkerrechtler *Rachel* scharf zu scheiden ist. Das Naturrecht hat den Anspruch zu erheben, unbedingt maßgebende, verbindliche Norm zu sein, eine Norm, welcher man selbst da zu folgen hat, wo das bürgerliche Recht das Gegenteil vorschreibt. Das positive Recht hat hinter den willkürlich abstrakten Normen des Naturrechts zurückzutreten.

Diese Anschauung von der Maßgeblichkeit des Naturrechts dem Zivil- und öffentlichen Recht gegenüber hat *Rachel* völlig geändert bei der Betrachtung völkerrechtlicher Verhältnisse in der zweiten Abhandlung, der *dissertatio „de jure gentium“*. Hier bekennt er sich im Gegensatz zu *Pufendorf* zum positiven Völkerrecht, wie es auf Verträgen oder bloß stillschweigendem Uebereinkommen zwischen zwei oder zwischen mehreren oder den meisten zivilisierten Völkern beruht. Er kommt auf diesem Wege weit über die naturrechtlich gegebenen Normen hinaus.

Rachel kann und darf man als den ersten Vertreter, als den Vater des völkerrechtlichen „Positivismus“ bezeichnen. Naturrecht ist kein Völkerrecht. Das Völkerrecht steht dem Naturrecht als ein besonderes Recht gegenüber. Durch diese Grundauffassung unterscheidet sich *Rachel* einerseits von *Grotius,* der das Völkerrecht als ein Konglomerat aus dem Naturrecht wie aus dem gewillkürten Recht angesehen hat, andererseits aber insbesondere von *Pufendorf,* der dem Völkerrecht jede Sonderexistenz außerhalb des Naturrechts, der einzigen von ihm anerkannten Rechtsquelle, abspricht. *Rachel* unterscheidet göttliches und menschliches Recht. *Ex divina providentia,* göttlichen Ursprungs ist das Naturrecht, ein universelles Recht, das die gesamte Menschheit umspannt und verpflichtet. Menschlicher Willkür entspringen die *jura positiva,* deren *Rachel* je nach ihrer Beziehung drei unterscheidet: das zivile und das öffentliche Recht auf der einen Seite als *jura, „quibus in qualibet Republica imperantes sibi suos subditos, vel etiam hi sese obstringerent,“* und als drittes das Völkerrecht auf der anderen Seite als Gesamtheit der *jura, „quibus illud (scilicet genus humanum) in liberas gentes diversasque civitates dispertitum pro communi obligationis vinculo uteretur, gentesque rebus publicis et numero diversae his placitis, mutua fide subnixis, continerentur“* (cap. I). Das Völkerrecht ist also nicht, wie das Naturrecht, ein universales Band, ein *vinculum universale,* sondern nur gemeinsames Band, ein *vinculum commune,* es hat auch keine allgemeine Geltung beanspruchende Normennatur, nicht *leges et praecepta* werden durch das Völkerrecht gegeben, sondern es kennt nur willkürliche Verabredungen und Verträge der Völker, *„pactis gentium jus gentium est constitutum“.* *Rachel* begründet diese Auffassung von der Vertragsnatur des Völkerrechts mit den zum Begriff der *liberae gentes,* der unabhängigen Staaten, gehörenden Prinzipien der *αὐτονομία* und *αὐτοκρατορία,* der Souveränität der Staaten: *Cum enim una respublica in alteram, aut una libera gens in alteram nihil autoritatis habeat, ... sed singulae suam habeant αὐτονομίαν et αὐτοκρατορίαν, hinc si quo jure arbitrario inter se sociantur, cui ab omnibus ita sociatis omnino parendum sit, pactis illud constitui necesse est. ... Liberi populi gentesque ... aliusque juris positivi, quod pro communi inter illas vinculo obtineat, capaces non sunt* (cap. II). Zum

---

[50]) *Rachel* ist philosophisch stets ein Aristoteliker geblieben.

Begriff des Völkerrechts gehört aber nicht nur die auf freiem Willen der Völker beruhende vertragliche Konstituierung, sondern auch, daß eine zwischenstaatliche Bindung und Verpflichtung dadurch hervorgebracht wird. „*Primum est quod per pacta jus gentium a liberis populis constituatur. Alterum quod hoc ipso inter se consocientur et invicem obligentur*“. *Rachel* erkennt darum nicht als Völkerrecht das Recht an, das in mehreren Staaten dasselbe und gleiche ist. Dieses Recht, dessen Besonderheit die Gleichheit in mehreren Staaten ist, war noch von *Grotius* als „*jus gentium improprie*“ oder als „*quasi-jus gentium*“ bezeichnet, trotzdem er die nicht völkerrechtliche Natur dieses Rechtes durchaus betonte[51]. Das mit einem solchen *jus gentium improprie* nichts gemeinhabende „eigentliche Völkerrecht“, das *jus gentium proprie,* ist ein *jus arbitrarium,* ein willkürliches Recht, und zwar eine gewichtige *species* dieses Rechtes, das nicht mit dem Naturrecht verwechselt werden darf. *Apparet hinc, jus gentium proprie dictum juris arbitrarii speciem, eamque praecipuam esse, et omnino male hoc ipsum cum jure naturae confundi. Non (tamen) jus naturae juris gentium vocabulo promiscue insigniri, tot erroribus occasio inde praeberi, et jura toto genere diversa confundi debuerant* (cap. IV). Dieser Grundauffassung vom Völkerrecht entspricht es, daß von *Rachel* die Unterscheidung eines „*jus gentium primaevum*“ oder „*primarium*“ und eines „*jus gentium secundarium*“ verworfen wird, eine Unterscheidung, die besonders *Selden* gemacht hat, der als *jus gentium primarium* das dem Naturrecht entspringende allgemeine Völkerrecht, und als *jus*

---

[51] „*Germaniae populi thesauros, ut et alia ἀδέσποτα addixerunt principi: atque id nunc jus commune est, et quasi gentium. Nam et in Germania, et Gallia et Anglia et Hispania et in Dania id observatur*“ *(De jure belli ac pacis, lib. II cap. VIII n. 7).* „*Hoc autem non est jus illud gentium proprie dictum; neque enim pertinet ad mutuam gentium inter se societatem, sed ad cujusque populi tranquillitatem: unde et ab uno populo aliis inconsultis mutuari potuit, imo et hoc evenire ut aliis locis atque temporibus longe alius mos communis, ac proinde jus gentium improprie dictum introduceretur*“ (a. a. O., *lib. II cap. VIII n. 1*). „*Quod si quis dicat videri jus gentium esse ut id liceat, respondebo, etiamsi in aliena parte orbis id communiter ita receptum est, aut fuerit, non tamen habere vim pacti inter gentes, sed esse jus civile plurium gentium distributum, quod a singulis tolli potest*“ *(*a. a. O., *lib. II cap. III n. 5).*

gentium secundarium oder *interveniens* das gewillkürte, staatsvertragliche Völkerrecht bezeichnet. *Rachel* kennt nur ein Völkerrecht, das eine *species juris arbitrarii,* ein *jus per pacta constitutum* ist. Diese *pacta,* auf denen das Völkerrecht beruht, sind entweder ausdrückliche oder stillschweigende, *„pacta igitur, quibus jus gentium innititur, vel sunt expressa, vel tacita, sic ut ex his de consensu vel per praesumptionem, vel evidentiora etiam indicia multo certius constet“* (cap. X).

Es ist zur Anerkennung eines *jus gentium* nicht notwendig, daß alle Völker, die Gesamtheit aller Staaten diese *pacta* geschlossen haben, es ist auch noch nicht einmal eine bestimmte Zahl von *„gentes“* erforderlich, innerhalb derer durch diese *pacta* ein *jus gentium* hervorgebracht und ihm verpflichtende Kraft verliehen wird. Selbst wenn es ein *jus arbitrarium* gibt, auf das alle Völker, die auf der Erde überhaupt existieren, sich gemeinsam geeinigt hätten und durch das sie sich verpflichtet fühlen würden, muß doch das *jus gentium* nicht so eng gefaßt werden, sondern weiter ausgedehnt werden auch auf das *jus gentium*, das durch *pacta* mehrerer oder vieler Völker entsteht. Diese Auffassung wird durch den Hinweis *Rachels* erhärtet, daß es, da nicht einmal alle auf der Erde existierenden Völker bekannt seien, unmöglich sein würde, ihrer aller ausdrücklichen oder stillschweigenden Konsens oder ihren Willen zur Anerkennung des willkürlichen Rechts festzustellen. *„Neque certum gentium numerum ineo, aut definio, intra quem istius juris obligatio vel observantia concludatur . . . Minime vero hoc volo, ac si omnes omnino universi orbis gentes in tale aliquod jus arbitrarium commune consenserint, seque invicem eo obligari voluerint . . . cum enim ne quidem cognitae sint omnes gentes, quomodo de illarum omnium sive expresso sive tacito consensu aut voluntate in re arbitraria constare poterit?“* (cap. XI). Ja, es ist auch nicht einmal zum Begriff des *jus gentium* nötig, daß durch dieses Recht alle bekannten Völker gemeinsam verpflichtet werden. Trotzdem es Prinzipien eines *communis juris gentium,* eines „allgemeinen“ Völkerrechtes gibt, das von allen zivilisierten Völkern, die er *„moratiores“* nennt, anerkannt wird, so ist eine solche Allgemeingeltung doch nicht prinzipiell für das *jus gentium* zu fordern. „*Et quamvis sint quaedam juris gentium communis capita, quibus omnes ex cognitis Moratiores obligentur, non tamen in genere de quolibet jure gentium idipsum adseverabo*“ (cap. XI) .Nach *Rachels* Auffassung genügt zum allgemeinen Begriff des Völkerrechts, daß mehrere *gentes* vertraglich gebunden sind; eine bestimmte Anzahl zu fordern geht nicht an, auch die nur von einzelnen (d. h. wenigstens zwei) Völkern konsentierten Rechtssätze sind Völkerrecht. „*Mihi ad significationem juris gentium in genere considerati sufficiunt plures gentes, numero certo licet haud definitae, etiamsi illae vel duae fuerint, cum et hae numerum pluralem conficere possint.*“

Schon *Grotius* hatte dieses „spezielle“ oder „partikulare“ Völkerrecht, wie es heutigen Tages[52]) bezeichnet wird, anerkannt, indem er dem von allen Völkern gewillkürten Völkerrecht, das nur durch eine Vielheit vereinbarte als gleichwertig an die Seite stellte: „*Latius patens est jus gentium, id est quod gentium omnium aut multarum voluntate vim obligandi accepit. Multarum addidi, quia vix ullum jus reperitur, extra jus naturale, quod ipsum quoque gentium dici solet, omnibus gentibus commune. Imo saepe in una parte orbis terrarum est jus gentium, quod alibi non est*“ [53]).

Diese Ansicht des *Grotius* dient *Rachel* ebenso zur Stützung seiner eigenen Auffassung, wie die *Hermann Conrings*[54]), daß unter Völkerrecht das unter mehreren Völkern vertraglich festgesetzte Recht zu verstehen ist, indem auch das zwischen nur zwei Völkern vereinbarte Recht dem zwischen vielen oder der Mehrzahl der Völker konsentierten Rechte gleichgestellt werden muß. „*Gentium lex est, quam plures gentes non fortuito, aut altera alterius imitatione, sed quasi ex compacto sibi inter se con-*

---

[52]) *Niemeyer*, Völkerrecht S. 14.

[53]) *De jure belli ac pacis, lib. I cap. I n. 14.*

[54]) *Hermann Conring*, geb. 1606, gest. 1681, Mediziner, Rechtslehrer und Historiker an der Universität Helmstedt. 1730 erfolgte die Publikation seiner gesammelten Werke in 6 Foliobänden in Braunschweig. Einer seiner zahlreichen Schüler war *Samuel Rachel.*

stistuerunt. Plures, dico eo modo, quod apud grammaticos plurale singulari opponitur, non quasi id solum quod inter multas aut plerasque gentes jus intercedit, gentium jus dici mereatur". Nachdem *Conring* ein Beispiel einer ausdrücklichen zweistaatlichen Vereinbarung und eines stillschweigenden gewohnheitsrechtlichen *pactum* gegeben hat, stellt er fest: „*Utraque certe lex gentium est, etsi quidem illa duarum sit, haec plerarumque fuerit*" [55]). Dieselbe Auffassung teilt auch schon *Richard Zouch*, der das gewillkürte *jus gentium* aus zwei Quellen ableitet, einerseits „*a communi aliquo consensu*", dem allgemeinen Konsens, und aus den „*mores communes*", der allgemeinen Uebung, andererseits aus den Vereinbarungen einzelner Völker untereinander „*pro jure etiam inter gentes habendum est, in quod singulae gentes cum singulis inter se consentiunt, utpote per pacta, conventiones et foedera*" [56]).

Von dem durch die bisherige Untersuchung über den Begriff und das Wesen des Völkerrechts gewonnenen Standpunkt des Konsensprinzipes ausgehend gibt *Rachel* dem Begriff des Völkerrechts die enge Definition: „*Jus igitur gentium est jus, plurium liberarum gentium pacto sive placito expresse aut tacite initum, quo utilitatis gratia sibi invicem obligantur*" (cap. XVI). Völkerrecht ist also das durch ausdrücklicke oder stillschweigende Vereinbarung einer Mehrzahl von freien (d. h. souveränen) Völkern gewillkürte und aus Utilitätsrücksichten von diesen als gegenseitig verpflichtend anerkannte Recht.

Schon gelegentlich der Begriffsbestimmung des Völkerrechts war von *Rachel* die *Selden'sche* Einteilung des Völkerrechts in ein *jus primaevum* oder *primarium* und in ein *jus secundarium* verworfen (cap. XVII). Auch die von *Selden* gemachte Einteilung des Völkerrechts in *jus gentium imperativum* und in *jus interveniens* [57]) kann *Rachel* als eine auf das „eigentliche Völkerrecht" nicht anwendbare Einteilung nicht anerkennen. Er gibt zu, daß sie „*juxta disciplinam Ebraeorum*“, für welche *Selden* diese Einteilung in *jus gentium imperativum*, in Völkerrecht aus göttlichem Willen, und *jus gentium interveniens,* in Völkerrecht menschlicher Willkür getroffen habe, passen möge. Im übrigen aber muß ein *jus gentium imperativum* ebenso wie das *jus gentium primarium* aus dem Grunde geleugnet werden, weil ein Völkerrecht überirdischen, göttlichen Ursprungs nicht existiert. „*Existimo itaque, neutrum ad jus gentium proprie dictum referri posse, seu de utroque Seldenus disserit. . . . . Bene enim notandum est, Seldenum suo opere non tractasse jus naturae absolute, sed juxta disciplinam Hebraeorum. Perinde quoque descripsit jus gentium non absolute, et quod mentem ab omni singulari Republica abduxisset, sed etiam hactenus ad usum Reipublicae et disciplinam Hebraeorum se adstrinxit* (§ XVIII).

---

[55]) *Disputatio de legibus, These XXIV* (wurde unter dem Vorsitz *Hermann Conrings* von *Augustus Giese* gehalten).

[56]) *Zouchaeus, Jus inter Gentes, pars 1 sect. 1.*

[57]) *Selden, De jure naturali et gentium juxta disciplinam Hebraeorum, lib. 2 cap. 5* und *Selden, Mare clausum, lib. I cap. 3.*

Die richtige Einteilung des Völkerrechts ist nach *Rachels* Ansicht die in *jus gentium „commune“* und *jus gentium „proprium“*, in das allgemeine, „generelle“ und das besondere, „spezielle“, partikulare Völkerrecht. Eine jede Bezeichnung würde von *Rachel* anerkannt werden, sofern man nur denselben Sinn mit ihr verbindet. (*Aliis nominibus si quis res easdem designare malit, cum eo non contendam*). Was will *Rachel* unter *jus commune* und *jus proprium* verstanden wissen? „*Commune appello, quo complures, aut forte pleraeque gentes, saltem moratiores, pro jure inter se utuntur et consociantur. Proprium quod in paucarum et forte duarum liberarum gentium peculiarem usum et communionem est conditum, sic ut ad ejus observantiam reliquae gentes adstringi nequeant* (cap. XXIII). Unter dem *jus gentium commune* ist demnach das Völkerrecht zu verstehen, das viele, oder jedenfalls die Mehrzahl der Völker, insbesondere die zivilisierten Völker als „internationales“, „zwischenstaatliches“ Recht anerkennen und durch das sie sich verbunden fühlen, und zwar ist dieses Recht fast durchweg auf stillschweigende Vereinbarungen gegründet. „*Id protinus monendum hic erit jus gentium commune tacitis, proprium expressis fere pactis introductum esse*“

(cap. XXIV). Das *jus gentium proprium* ist das Völkerrecht, das auf den durchweg ausdrücklichen Vereinbarungen weniger, vielleicht nur zweier souveräner Völker beruht und auch nur für diese Kontrahenten seine besondere Geltung und Verbindlichkeit hat, ohne daß andere nicht am *pactum* beteiligte Völker zur Beobachtung dieses besonderen Völkerrechtes völkerrechtlich verpflichtet wären.

Diesen Unterschied zwischen dem *jus gentium commune* und *proprium* hat in gewisser Weise schon *Grotius* gefühlt, allerdings ist er zu einer klaren begrifflichen Scheidung wie *Rachel* nicht durchgedrungen. *Grotius* spricht schon vom „*jus gentium quod gentium omnium aut multarum voluntate vim obligandi accepit, . . . imo saepe in una parte orbis terrarum est jus gentium, quod alibi non est*“. Er spricht vom „europäischen“ Völkerrecht und dem der zivilisierten Völker im Gegensatz zum *jus universale*: „*sed hoc (scilicet* vergiftete Waffen) *quoque contra jus est gentium non universale sed gentium Europaearum et si quae ad Europae melioris cultum accedunt*“[58]), und an anderer Stelle[59]) setzt er dem *jus gentium omnium* das *jus gentium meliorum*, das Völkerrecht der zivilisierten Völker gegenüber, und ebendort spricht er auch vom „christlichen Völkerrecht“, „*atque id inter Christianos observari par est, non tantum ut disciplinae militaris partem, sed et ut partem juris gentium*“. Dem *jus gentium proprium Rachels* entspricht es insbesondere, wenn *Grotius* von einem „*recentius jus gentium inter Europaeos populos introductum*“[60]) spricht, wozu allerdings der Wittenberger Professor *Kaspar Ziegler* (1621—1690)[61]) in seinem Kommentar zum *Grotius* die „*nota*“ zu dieser Stelle macht: „*abusive a Grotio dici jus gentium, quod inter populos duos, tres, quatuorve mutuis conventionibus receptum est*“.

Das *jus gentium commune* kann, darin folgt *Rachel* einer von *Grotius* gemachten Einteilung, seinerseits wieder eingeteilt werden in ein *jus late, quod non semel universale nuncupat, et minus late patens, quod a moratioribus tantum populis, vel Christianis observetur* (cap. XXIII), in ein umfassendes, generelles, das *Grotius* universales nennt und in ein engeres, das nur zwischen den zivilisierteren oder christlichen Völkern besteht.

---

[58]) *De jure belli ac pacis, lib. III cap. IV § 16.*

[59]) *eodem loco, lib. III cap. IV § 19.*

[60]) *eodem loco, lib. III cap. VI § 3.*

[61]) *Notae et animadversiones in Hugonem Grotium*, 1666.

Zu dem *jus gentium proprium* sind alle Verträge und staatlichen Vereinbarungen einzelner Völker zu zählen, die von diesen des speziellen, eigenen Nutzens wegen, *peculiaris utilitatis gratia,* abgeschlossen sind. Die *peculiaris utilitas* ist das Prinzip, das die „freien" Völker bestimmt, die „*vim juris*" dieser durch freie Vereinbarungen zustandegekommenen Bestimmungen anzuerkennen, da eine ihnen übergeordnete zwingende Gewalt nicht vorhanden ist. Was durch freien Willen der Völker vereinbart ist — die Zahl der Vertragschließenden ist belanglos —, und als bindendes Recht diese Gemeinschaft der Vertragskontrahenten umschließt, das ist *jus gentium proprium,* partikuläres Völkerrecht. Diese völkerrechtschaffende Kraft der Verträge ist nicht zu leugnen. *Nam quodcumque libero gentium sive duarum sive plurium arbitrio introductum, vim juris inter illas obtinet, societatemque illarum continet ac conservat, illud est juris gentium*" (cap. XXIV). *Rachel* muß ob dieses *jus gentium proprium* sehr viel bekämpft sein, denn mit besonderem Nachdruck betont er immer wieder die Völkerrechtsnatur des *jus proprium,* er versteht sich, um seinen Gegnern entgegenzukommen, dazu, einzuräumen, daß allerdings das *jus gentium commune* das *jus gentium* κατ' ἐξοχήν ist (cap. XXIV), und, wenn man im gewöhnlichen Sprachgebrauch von Völkerrecht spricht, dieses *jus gentium commune* damit bezeichnet wird.

Anerkennung und Geltung, „*autoritas et effectus*" erhält das nur stillschweigend vereinbarte, ungeschriebene, allgemeine Völkerrecht durch den langen einförmigen Gebrauch und die hieraus notwendigerweise sich ergebende Vermutung für die Einwilligung derer, die es betrifft. Diese Natur des ungeschriebenen, des auf Gewohnheit beruhenden Völkerrechtes ist nach *Rachels* Auffassung ganz analog der Natur aller ungeschriebenen Gesetz- und Gewohnheitsrechte. Wie im römischen Zivilrecht und -prozeß aus der *conniventia* und aus der *consuetudo* sich die *juris autoritas et effectus,* und schließlich eine *lex non scripta* entwickelt hat, so ist ein analoger Vorgang der Entstehung des *jus gentium commune* zu Grunde zu legen. Einer solchen *consuetudo,* die die Rechtsverbindlichkeit erlangt hat, entsprechen analog die *pacta tacita,* auf denen das *jus gentium commune,* das allgemeine Völkerrecht beruht. „*Quemadmodum igitur legem publicam scriptam seu expressam pactum expressum, ita consuetudinem juris autoritatem consecutam ea in re imitantur pacta tacita, quibus jus gentium commune inniti diximus*“ (cap. XXIX).

Rachel scheint es wahrscheinlich, daß das allgemeine Völkerrecht, das *jus gentium* κατ᾽ἐξοχήν, aus dem *jus gentium proprium,* dem auf ausdrücklichen Verträgen einzelner Völker beruhenden besonderen Völkerrecht erwachsen ist. Diese Entwicklung des *jus gentium commune* aus dem *jus gentium proprium* glaubt er dadurch erklären zu können, daß besondere von mehreren, vielleicht nur von zwei Völkern getroffene völkerrechtliche Vereinbarungen, also *pacta expressa* des *juris gentium proprii,* ihrer Zweckmäßigkeit und allgemeinen Nutzens wegen auch von anderen, nicht an dem ausdrücklichen Vertrag beteiligten Völkern, deren Zahl ständig wuchs, angewandt wurden, und so das materielle Recht dieser Vereinbarungen im Laufe der Zeiten durch stillschweigenden Konsens ununterbrochen nachgeahmt, angewandt und als gültig und allgemein verbindlich angesehen und anerkannt wurde. „*Cum enim paucis, et forte duabus, gentibus placuisset, expressis pactis certos quosdam legitimosque belli effectus inter se sancire, . . . et varia alia negotia mutua obligatione constringere voluissent, frequentatis paulatim bellis, aliisque istius modi inter gentes et civitates negotiis, idem jus ab aliis successu temporum quoque usu comprobatum videtur, non sane ut sui tantum causa singulae gentes paucas illas ea in re imitarentur, sed ut hae omnes paulatim inter se idem jus constituerent, autoritatem illi placito tacito adstruente propagata per gentes longumque satis tempus, communi utilitati illarum* *hoc ipso serviente, consuetudine*" (cap. XXX). Daß durch dauernde Uebung, *usu continuo,* Völkerrecht sich bilden kann, war auch schon von *Grotius* betont, der den Beweis für das *jus gentium non scriptum* außer in der ununterbrochenen Uebung noch im Zeugnis der „*peritorum*", der Männer der Wissenschaft erblickte. „*Probatur autem hoc jus gentium pari modo quo jus non scriptum civile, usu continuo et testimonio peritorum*[62])". *Grotius* führt dazu noch eine treffende Bezeichnung des *Dio Chrysostomus* an: Dieses Recht ist ein *εὕρημα βίου καὶ χρόνου*, ein *repertum temporis et usus.* Der maßgebende Gesichtspunkt für die Umgrenzung und Begriffsbestimmung des Völkerrechts — das ist auch *Rachels* Ueberzeugung — ist das pulsierende Leben selbst, das im Auf und Ab der Zeit immer neue Probleme des Völkerrechts erwachsen läßt. Demgemäß muß die Betrachtung des Völkerrechts eine soziologisch-rechtspolitische sein, von den lebendigen Tatbeständen und deren Zusammenhängen ausgehen[63]).

Durch Nachahmung, „*imitatio*", hat sich das *jus gentium commune* entwickelt, indem die Mehrzahl der Völker es von nur wenigen *per imitationem* (cap. XXXI) angenommen hat; infolge dieser stillschweigenden Zustimmung und anhaltender Uebung hat das partikulare Recht Geltung und verbindliche Kraft, *autoritatem juris et obligationis*, auch bei der Mehrzahl der am Vertrag nicht beteiligten Völker gewonnen.

Eingehende Kritik läßt *Rachel* in einem Exkurs den älteren Autoren *Vasquez, Boeckler, Mevius* und besonders *Albericus*

---

[62]) *Grotius, De jure belli ac pacis, lib. I, cap. I § 14 e.*

[63]) An dieser Auffassung des Völkerrechts als „*εὕρημα βίου καὶ χρόνου*" muß man festhalten, wenn man den Stoff und die Tatbestände internationaler Gemeinschaft ganz erfassen will. In diesem Sinne ist der Begriff des Völkerrechts als Wissenschaftszweig von *Niemeyer* (Völkerrecht, Kap. 1, § 1, S. 9-10) aufgefaßt: „Der für die Begriffsbestimmung des Völkerrechts maßgebende Gesichtspunkt muß rechtspolitisch sein, d. h. gemäß dem soziologisch ermittelten Lebensbedürfnis der Staaten und Völker bestimmt sein. ... Die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen über die ganze Erde, ... die auf internationale Solidarität hinweisenden Lebens- und Kulturbedürfnisse ihrer Bewohner, die moralischen und intellektuellen Kräfte der Menschen und der Völker ... alles dieses und vieles andere, was über die Staatsgrenzen hinausreichend den Tatbestand internationaler Gemeinschaft darstellt, bildet den Stoff, aus welchem sich die Probleme des Völkerrechts ergeben."

Gentilis hinsichtlich ihrer Theorien über Ursprung und Einteilung des Völkerrechts zuteil werden[64]. *Ferdinand Vasquez* oder *Vasquius*[65] dem sich *Rachel* zunächst zuwendet, versteht unter dem *jus gentium primaevum* das Naturrecht als Völkerrechtsquelle, mit dem *jus gentium secundarium* bezeichnet er das innerstaatliche Recht, das mehrere Völker, unabhängig voneinander, übereinstimmend haben, und das nun gleichmäßig und gemeinsam von diesen Völkern ohne Abrede und Verbindung des einen Volkes mit dem anderen beobachtet wird, und so in Völkerrecht, in *jus gentium* umgebogen ist. „*Jus gentium secundarium naturale non tam est quam positivum; nam ea omnia, quae sunt juris gentium, prius fuerunt juris tantum civilis; sed paulatim serpserunt aut velociter transvolarunt ad reliquas gentes et regiones, sicque cum primum ab uno vel altero homine vel regione inventum fuisset et receptum, tunc juris tantum civilis non etiam juris gentium id fuit. Postquam vero eo jure omnes omnino aut pleraeque aliarum gentium uti quoque coepissent, jam juris gentium effectum videtur, inque jus gentium conversum et transformatum est*[66]. *Rachel* kennzeichnet den neuen Begriff, den *Vasquez* dem *jus gentium* unterlegt, als wenig glücklich und gänzlich verschieden von dem von ihm selbst geprägten Begriff, er verwirft ihn als mit eigentlichem Völkerrecht nicht zusammenhängend.

---

[64] *Rachels* Vorliebe für das Zitieren älterer Autoren, besonders auch der griechischen und römischen Philosophen und Juristen, entspricht dem Zug der Zeit, mit recht viel Gelehrsamkeit und Belesenheit zu prunken, wofür ja *Grotius* das beste Beispiel ist Die Zitate sind aber doch von besonderer Bedeutung. Sind sie doch Zeugnis dafür, welche Schriftsteller, deren Namen heute vielleicht teilweise schon ohne diese Zitate der Vergessenheit angehören würden, zu jener Zeit von solchem Einfluß waren, daß man sie entweder zur Stützung der eigenen Ansicht oder zur Bekämpfung der von ihnen verbreiteten Thesen wert und würdig erachtete.

[65] *Vasquez,* ein Spanier, geb. 1509, gest. 1566, schrieb *Controversiae illustres.* Im Buch 2, cap. 54, § 2—6 berührt er das Völkerrecht. Wie *v. Ompteda* ausführt, ist er einer der ersten, die das Völkerrecht in *jus gentium primaevum* und *secundarium* einteilten.

[66] *Controversiae illustres, lib. II cap. 54, § 4. Vasquez* ist der Auffassung, daß ein solcher Verwandlungsprozeß auch wieder rückläufig möglich ist. Durch *desuetudo,* meint er, kann Völkerrecht auch wieder in *jus civile* zurück „transformiert“ werden, wenn es durch *desuetudo* nicht mehr bei mehreren Völkern gleiches Recht ist, sondern schließlich nur noch in einem Staat geübt wird. Eine gar wunderliche Auffassung vom *jus gentium!*

Urteil über *Zouch* wohl mildern müssen, wenn er nicht nur die *Elementa jurisprudentiae,* sondern auch das vierzehn Jahre später erschienene das Völkerrecht umfassende Werk *„Juris et judicii fecialis sive juris inter gentes et quaestionum de eodem explicatio . . .“* berücksichtigt hätte. Warum er diese Schrift mit Stillschweigen übergangen hat, entzieht sich der Kenntnis. *Zouch* hat seine Auffassung vom Begriff und Wesen des Völkerrechts hierin sehr korrigiert. Er sieht nicht mehr im Naturrecht die alleinige Quelle des Völkerrechts, sondern neben der Existenz des natürlichen Völkerrechts, dem er den primären Rang nicht nimmt[69], erkennt er auch das positive, willkürliche Recht als wichtige Quelle eines *jus inter gentes* an. Er teilt das Völkerrecht ein in das natürliche Recht, *„jus naturae“ quid secundum naturalem rationem gentium . . . ex naturae prinipiis proveniens* ist, in das auf stillschweigende Vereinbarung, *communis aliquis consensus,* sich gründende Völkerrecht, das *„jus gentium“*, und drittens in das zwischenstaatliche Recht, oder „zwischenvölkerliche“ Recht, das *„jus inter gentes“*, das auf ausdrücklicher, durch besondere *pacta* hervorgerufener Vereinbarung zwischen bestimmten Völkern beruht. Er sagt[70]: *„Quod est posterioris generis, jus inter gentes placet appellare, quod apud Romanos, speciali nomine jus feciale vocatur . . . De hoc jure libri, qui conscripti sunt, interierunt, ejus tamen vestigia, ex libris sacris, ex pandectis, et codice juris Romani, ex authoribus Graecis, Latinis aliisque (quorum sententiae et testimonia, quid secundum naturalem rationem, gentium moribus circa res hujusmodi receptum fuerit, suffragantur) deprehendi possunt, quia cum multi diversis temporibus, ac locis idem affirmant, id ad causam universalem referri debeat, quae alia esse non potest quam recta conclusio ex naturae principiis proveniens, aut communis aliquis consensus, e quibus illa jus naturae indicat, hic jus*

---

[69] *Riviers* Meinung (Lehrbuch des Völkerrechts, S. 32), daß *Zouch* „die Existenz eines natürlichen Völkerrechts nicht bestreite“, doch ihm offenbar das positive, willkürliche Recht, das auf geschichtlich bewährtem Brauch beruht, die Hauptsache ist, muß als irrtümlich bestritten werden.

[70] *Zouch, Juris et judicii fecialis sive juris inter gentes explicatio, Pars I, Sect. I no. 1.*

gentium. Deinde praeter mores communes pro jure etiam inter gentes habendum est, in quod gentes singulae cum singulis inter se consentiunt, utpote per pacta, conventiones et foedera, cum communis reipublicae sponsio legem constituat, et populi universi non minus quam singuli suo consensu obligentur".

Mevius[71]) hat das *jus gentium* als *jus ratiocinationis* bezeichnet, das er sekundäres menschliches Recht nennt, weil es mittels der Vernunft aus dem Willen der Völker entsteht, im Unterschied von dem primären natürlichen Völkerrecht, welches Gott zum Urheber hat. Das sekundäre *jus gentium* hat als Ursache die *necessitates vitae humanae.* Nach Erfahrung so vieler Uebel und Erschütterungen, die sich an den Sündenfall des Menschen aus dem Stand der Integrität, an die *depravatio,* wie *Mevius* sich ausdrückt, anschlossen, erfanden die Völker das sekundäre Recht der „*ratiocinatio*", das „Recht des vernünftigen Schließens"[72]), der vernunftgemäßen Beratschlagung, um aus der *depravatio* heraus sich wieder dem natürlichen Recht des primitiven Zustandes zu nähern. Das *jus ratiocinationis* soll der Bewahrung des Friedens dienen, es stammt aus freiem, von der Vernunft diktiertem Willen, wird durch Gewohnheit und Gebrauch gebilligt, und erhält seinen bindenden Zwang aus der Uebereinstimmung. Im „*Prodromum jurisprudentiae gentium*" heißt es: „*Ratiocinatio ex naturalibus dictatis intendit rectitudinem vitae et morum, naturae integrae quam maxime congruam. At quae parit gentium jus, ex necessitatibus et usu vitae humanae depravationi redditae obnoxiae, colligit, quid pro securitate et usu hominum quam maxime commodum et expeditum. Ut utrumque jus discrepat*

---

[71]) *David Mevius,* geboren zu Greifswald 1609, dort auch Professor der Rechtswissenschaft, späterhin Syndikus zu Stralsund, schließlich Vicepräsident des Tribunals zu Wismar, gestorben 1670; die Herausgabe seines Lebenswerks „*Systema jurisprudentiae gentium communis,* welches er 50 Bogen stark zu Stande gebracht haben soll (*von Ompteda* I, S. 268), ist durch seinen Tod verhindert. Als ein Vorläufer dieses Werkes verfaßte er „*Prodromus jurisprudentiae gentium communis*", das 1671, ein Jahr nach seinem Tode erschien.

[72]) *Hinrichs,* Geschichte des Natur- und Völkerrechts, Bd. II, Leipzig 1848, S. 138.

fine et mediis, sic et quae ad id constituendum atque noscendum tendit ratiocinatio. Quod ad evitandam utriusque confusionem et errorem, jus naturale ratiocinationis confundentium, notari meretur.“ [73]) *Rachels* Polemik wendet sich gegen *Mevius* wegen seiner Unterscheidung des Völkerrechts in *jus primaevum* und *secundarium*, insofern *Mevius* — wie *Zouch* — das erste durch „*ratio*“, das zweite durch „*ratiocinatio*“ entstanden wissen will. Darin allerdings stimmt *Rachel* der Anschauung des *Mevius* zu, daß dieser anerkennt, daß das *jus naturae* nicht nur aus obersten Prinzipien, *primis principiis*, sondern auch aus „*conclusionibus per ratiocinationem collectis*“ erkannt werden könne. *Rachel* kann allerdings nicht die Vorrangstellung der Prinzipien des natürlichen Völkerrechts, die *Mevius* verficht, anerkennen. Er betont mit Nachdruck, daß das gewillkürte Völkerrecht nicht nur durch „*ratiocinatione, ratiocinando*“ entwickelt, sondern auch aus Prinzipien, wie beispielsweise dem der *utilitas* hervorgerufen wird.

Als letzter der Reihe der Autoren, deren Definition und Einteilung des Völkerrechts *Rachel* kritisiert (cap. XXXVI), zitiert er *Albericus Gentilis* [74]), der das Völkerrecht *(quod omni generi humano commune est)* folgendermaßen bestimmt: „*Aiunt autem, jus esse gentium, quo gentes humanae utuntur: quod naturalis ratio inter omnes homines constituit et apud omnes peraeque custoditur. Hoc jus naturae est. Jure consensio omnium gentium lex naturae putanda est. Atque ista non sic sunt capienda, quasi convenerint unquam gentes omnes, et jus istud constituerint. Non sic dicunt: Non necesse est, sic capere verbum „omnes“, ut de omnium usu quum dicitur, etiam de omnibus omnino gentibus intelligatur,*

---

[73]) *Mevius, Prodromus jurisprudentiae gentium communis, Inspectio V, § 9.*

[74]) *Albericus Gentilis*, geb. 1551, gest. 1611, ein geborener Italiener, flüchtete als Protestant aus seinem Vaterlande nach England, war *professor juris* in Oxford, sein Hauptwerk sind die „*Commentationes de jure belli*“, London 1588/89, neubearbeitet als „*libri tres de jure belli*, Hanau 1598, völkerrechtlichen Inhalts sind außerdem die Schriften „*De jure maris*“ und „*De legationibus*“.

quae numero innumerae, regionibus immensum disjunctae, moribus prorsum discrepantes, linguis variis manerent incognitae. Non te decipiat jurisconsultus magnus Hugo Donellus, qui definitiones sic accipit et propterea improbat quoque. Sed quod successive placere omnibus visum est, id totius orbis decretum et consilium fuisse existimetur. Et vero jus non scriptum, ut hoc est, item ut consuetudo, aliter non inducitur“ [75]). *Gentilis* erklärt also die Natur und den Begriff des *jus gentium* als *ex compacto gentium* entstanden. Indessen scheint ihm doch mehr das durch langjährigen Gebrauch bei mehreren Völkern eingeführte gemeine Naturrecht, als das besondere Völkerrecht vorgeschwebt zu haben. *Rachel* wirft ihm vor, daß er nicht *jus naturae* und *jus gentium* auseinanderhält, sondern beide völlig durcheinander wirft, so daß man weder das eine noch das andere klar herausschälen kann. Im übrigen aber begrüßt er die richtige Auffassung des *Gentilis*, daß das durch allgemeinen Konsens als *jus gentium omnium* angesehene Recht nur *successive* konsentiert sein kann, weil anders es infolge der Unzahl und der weiten räumlichen Trennung der Völker nicht angenommen sein kann. Auch darin fühlt sich *Rachel* mit *Gentilis* verbunden, daß dieser — wie *Rachel* — von der Auffassung ausgeht, daß durch *usu frequentato, propagato, inveterato et pro vinculo societatis admisso,* durch anhaltend geübte Gewohnheit im Bewußtsein gemeinsamen Gebundenseins dieses *jus gentium* von den Völkern angenommen ist und so durch ständige Uebung allmählich ein „*jus non scriptum consuetudinis*“, ein ungeschriebenes Gewohnheitsrecht sich auszubilden pflegt. Während *Rachel* aber dieses so konsentierte allgemeine Völkerrecht scharf vom Naturrecht trennt, ist *Gentilis* sich dieser Unterscheidung noch nicht klar geworden. Für ihn ist auch das „*jus gentium particula divini juris, quam deus nobis post peccatum reliquam fecit*“ (a. a. O. S. 10), es ist also seiner Herkunft nach Naturrecht. „*Isthaec autem adprobatio nec cognosci non potest: quemadmodum quod omnium gentium, generumque hominibus videretur, deum*

---

[75]) *Gentilis, De jure belli libri tres,* Hanau, *lib. 1 cap. 1,* S. *11.*

esse" (a. a. O. S. 11). Darum ist auch dort, wo *Rachel* eine Uebereinstimmung mit *Gentilis* feststellen zu können glaubt, in Wahrheit eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihnen: die Kluft zwischen der naturrechtlichen und positivrechtlichen Grundanschauung.

Rachel kommt auf die Verbindlichkeit des Völkerrechts zu sprechen. Was die stillschweigende Einwilligung, die *pacta tacita* des *jus gentium commune* angeht, so stellt er fest, daß nicht bloß durch *facta,* durch Handlungen, sondern schon durch *praesumptiones,* durch Vermutungen sich ein stillschweigendes *pactum* feststellen läßt. Gerade bei einigen wichtigen Grundsätzen des Völkerrechts ist man auf Vermutung angewiesen, daß sie durch Völkerkonsens angenommen sind. Denn durch fortdauernde Uebung und Gewohnheit hat sich allmählich ihre verpflichtende Kraft, die *obligatio* eingestellt, sie ist nicht offen zu einem bestimmten Zeitpunkt verkündigt, sondern sie erwächst *sensim sine sensu. „Dixi de quibusdam juris gentium capitibus per praesumptionem constare, quod inter liberas gentes consensu illarum sint recepta. Cum enim usu et consuetudine paulatim illa obligatio inducatur, non aperte nec uno momento promulgetur, sed sensim sine sensu invalescat",* (cap. XXXVII). Und so stützt sich der Beginn der Gewißheit über die bindende Kraft eines solchen *jus gentium commune,* die im frühesten Stadium liegen kann, nur auf Vermutung. Wenn die Völker erst durch äußere Indizien oder durch Handlungen Zeugnis des stillschweigenden Konsenses ablegen, dann ist damit eine zur Gewißheit gesteigerte *praesumptio* gegeben, daß die Kristallisierung eines *jus gentium commune* vollendet vorliegt.

Die stillschweigende Vereinbarung kann aber anstatt aus Vermutungen, *praesumptionibus,* auch aus Handlungen *factis,* gefolgert werden. Solche *tacita pacta,* deren Anerkennung die Völker durch *facta* bezeugen, unterscheiden sich nach *Rachels* Auffassung nicht viel oder garnicht von den *pacta expressa,* die durch ausdrückliche Worte vereinbart sind (cap. XXXIV).

Zum Schluß des ersten, allgemeinen Teiles des Völkerrechts wird der Zweck allen Völkerrechts von *Rachel* klargestellt: jegliches Völkerrecht wird nur *utilitatis gratia,* des allgemeinen Nutzens wegen, aus Zweckmäßigkeitserwägungen geboren. Jedes *jus arbitrarium* findet hierin seinen Ursprung und sein Ende, so auch das *jus gentium* als Teil des *jus arbitrarium.* Unter der *utilitas* ist auch die *necessitas* mit umfaßt, denn die *necessitas* ist die *utilium magistra.* „*Quo enim magis res quaedam nobis sunt necessariae, eo magis iis tanquam utilibus indigemus*" (cap. XXXVIII). Dieser Nutzen offenbart sich bei einer Materie des Völkerrechts mehr und bei der anderen weniger, aber er ist doch stets das treibende Motiv zur Gestaltung jeglichen Völkerrechts.

Die bisher dargestellte Materie über Begriff und Wesen des Völkerrechts, der besondere Aufmerksamkeit wegen ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Völkerrechtswissenschaft zu schenken war, ist von *Rachel* in den ersten Kapiteln I—XXXVIII der *dissertatio de jure gentium* zusammenhängend dargestellt worden. Im folgenden Kapitel XXXIX tritt er in die Erörterung des besonderen, positiven Teils des *jus gentium,* insbesondere in die Darstellung des Kriegs-, Vertrags- und Gesandtenrechts ein, der die Kapitel XXXIX—LXXIX gewidmet sind. Innerhalb dieser Ausführungen kommt *Rachel* jedoch in Veranlassung der harten, unbilligen völkerrechtlichen Bestimmungen über die Geiselbehandlung in einem Exkurs in zwei Kapiteln auf Begriffs- und Wesensfragen des Völkerrechts zurück und vom Kapitel LXXIX wendet er sich wieder allgemeinen Erörterungen zu, in denen er den Beweis der Existenz und der Notwendigkeit des *jus gentium* gegen *Hobbes* und insbesondere gegen *Pufendorf* führt.

Es erscheint angebracht, in der Darstellung der Lehre *Rachels* nicht der von ihm selbst eingeschlagenen Folge nachzugehen, sondern in der kritischen Betrachtung und Analyse des durch den positiven, besonderen Teil zerrissenen allgemeinen Teils seiner Erörterungen fortzufahren, um erst daran die Darstellung des systematischen Teiles anzuknüpfen.

Neben der Einteilung des *jus gentium* in ein *jus gentium commune,* das allgemeine Völkerrecht, und ein *jus gentium proprium,* das partikulare Völkerrecht, glaubt *Rachel* noch eine andere Einteilung des *jus gentium* machen zu können, nämlich die Einteilung in ein *jus gentium verum* und ein *jus gentium putativum.* Diese Unterscheidung, lehrt *Rachel,* muß man machen, wenn man die Rechtssätze des konsentierten, gewillkürten Rechtes an den Vorschriften des *jus naturae* mißt und abwägt. Es muß dann auffallen, daß die *placita* des gewillkürten *jus gentium* teils dem Naturrecht entsprechend, teils härter, teils sogar geradezu ungerecht und unmenschlich sind. Das dem Naturrecht entsprechende Völkerrecht ist als das *jus gentium „verum“*, das ihm widersprechende als das *jus gentium „putativum“* zu bezeichnen. Dieses letztere ist, auch wenn es am Naturrecht gemessen *injustum* ist, in seiner Eigenschaft als Vertragsrecht doch als zurecht bestehend anzusehen; Abmachungen und Zugeständnisse solchen Inhalts müssen vor menschlichem Forum als erlaubt, als rechtmäßig und straflos erachtet werden, vor dem Forum der Moral und des Gewissens, der *conscientiae,* müssen sie jedoch vom Standpunkt des Naturrechts verdammt werden. *Rachel* gibt diesen Gedanken folgende Formulierung: „ . . . *quaedam capita, juris effectum ex placito gentium habentia, . . . si ad stateram juris naturalis appensa examinentur, partim recta sunt, partim dura, partim injusta prorsus et inhumana. Itaque jus gentium nova adhuc distinctione dividere licebit, in Verum et Putativum. Istud appello, quod juri naturae non repugnat. Hoc, quod ei adversatur, et cui adeo jus naturae contradicit. Postremi enim generis quae sunt, habentur quidem pro justis, sed a jure naturae injusta pronuntiantur: et licet in foro humano tales sanctiones vel conventiones dent licentiam et impunitatem, atque hactenus ceu justae venditentur, cum tamen in foro conscientiae a jure naturae damnentur, intrinsecus spectatae sunt sane illarum justa saepe injustissima*“ (cap. LVI). Der göttlichen Natur des *jus naturae* entspricht es, daß dieses stets *rectum,* gerade, gerecht ist, als Emanation göttlicher Vorsehung kann es nicht ungerecht, unbillig sein, während das menschlicher Willkür entspringende *jus arbitrarium*, als dessen Teil nach *Rachels* Auffassung das *jus gentium* anzusehen ist, nicht selten fehlt, ja ungerecht ist[76]). Solche den Prinzipien des Naturrechts — nach heutiger Auffassung würde man sagen: dem natürlichen Rechtsempfinden — zuwiderlaufenden unbilligen und inhumanen Teilbestimmungen des *jus gentium* müssen — *Rachel* beruft sich hier auf *Grotius* — soviel als möglich eingeschränkt werden, man muß sie mildern, auf dem natürlichem Rechtsempfinden angemessene Grundsätze zurückführen, ja man muß sie nötigenfalls unwirksam machen, sie als wilde Schößlinge vom Baume des *jus gentium* abhauen, so wie es *Grotius* schon gefordert hat, der ein solches *jus gentium putativum* ein *jus gentium externum (De jure belli ac pacis*, Buch III, cap. IV) nennt, dessen Auffassung von einem solchem Recht die ist: *„Legenda mihi retro vestigia, et eripienda bellum gerentibus pene omnia, quae largitus videri possum, nec tamen largitus sum. Nam cum primum hanc juris gentium partem explicare sum aggressus, testatus sum, juris esse, aut licere, multa dici eo, quod impune fiant, partim etiam quod judicia coactiva suam illis autoritatem accomodent, quae tamen aut exorbitant a recti regula, sive illa in jure stricte dicto, sive in aliarum virtutum praecepto posita est, aut certe omittantur sanctius, et cum majori apud bonos laude“*[77]). Von *Grotius* und von *Rachel* werden hier Probleme des Gegensatzes von Recht und Moral, von Recht und Sittlichkeit innerhalb des Völker- und insbesondere des Kriegsrechts berührt, die vom größten Interesse sind. *Rachel*, der so ganz die reinliche Scheidung zwischen *jus naturae* und *jus gentium* durchführt, kann doch auf die das *jus gentium* regulierende Kraft des Naturrechts, das auf moraltheologischer Grundlage basiert, nicht verzichten; an der ewigen Gerechtigkeit und dem sittlichen Maßstabe naturrechtlicher Sätze ist das Völkerrecht stets zu messen. Es muß das Naturrecht — eine Auffassung *Rachels,* die späterhin *Johann Ludwig Klüber*[78]) wiederholt — dem „System des unter den Staaten durch ausdrückliche oder stillschweigende Verträge festgesetzten Rechtes zur Grundlage“ dienen. *Rachel* fühlt, daß das Völkerrecht, trotz seiner auf willkürlichen Vereinbarungen beruhenden Positivität, trotz seiner Realität, in seinem Ziel der ethischen Idee sich anpassen, ihr treu bleiben muß. Das Völkerrecht muß „im Sinne einer ethischen Idee arbeiten“ [79]). Darum ist es nötig, nicht nur die *decreta* des *jus gentium putativum,* sondern auch die des *jus gentium verum,* wenn diese *dura et rigida* sind, in ihrer Rigorosität zu mäßigen, zu mildern, oder zu unterdrücken. Die *Aequitas* als *correctio juris legitimi* ist fürsorglichst anzuwenden: *„restringendo aequitas suum officium faciet cum in aliis juris gentium quibusdam conventionibus, tum inprimis, ubi foedera interpretationem poscunt. Nam quia multa sunt dubiae interpretationis, patet semper perplexandi materia“* (cap. LVII). Zur Interpretation des positiven Völkerrechts wird also das Naturrecht — die *„aequitas“* darf als *pars pro toto* angesehen werden — heranzuziehen sein. Diese Auffassung *Rachels* kommt dem Grundzug der Entwickelung der Idee des Völkerrechts in der Gegenwart nahe, die durch das „Bewußtsein des Unterschiedes zwischen dem Völkerrechtsideal und dem positiven auf Staatenkonsens beruhenden Völkerrecht[80]) gekennzeichnet ist.

---

[76]) *Rachel* hat sich in der *disputatio de jure arbitrario*, Kiel 1673, *thesis 6* hierüber des näheren ausgelassen. Er betont, daß insbesondere im Kriegsvölkerrecht (*in jure gentium bellico*) solche Ungerechtigkeiten vorkommen, je mehr das Kriegshandwerk menschliches Empfinden brutalisiert und unempfindlich macht.

[77]) *Grotius, De jure belli ac pacis, lib. III, cap. 10, § 1.*

Klüber[81]) hat das, was *Rachel* richtig fühlte, aufgenommen und ihm besonderen Nachdruck verliehen: „So oft weder Verträge noch Analogie über das Rechtsverhältnis unter unabhängigen Staaten hinlängliche Bestimmung liefern, muß dieselbe aus dem natürlichen Völkerrechte entnommen werden. Auch ist dasselbe ein wichtiges Hilfsmittel für Theorie und Lehrvortrag des positiven Völkerrechts und bei Anwendung desselben[82])."

---

[78]) *Klüber,* Europäisches Völkerrecht, 2. Aufl., Schaffhausen 1851, § 5.

[79]) *Trendelenburg,* Naturrecht auf dem Gebiete der Ethik. 2. Aufl. 1868, S. 565.

[80]) *Niemeyer,* Rechtspolitische Grundlegung, S. 19 f. „Daß die staatsvertragliche Feststellung und Fortbildung des Völkerrechts in steigendem Maße als Bedürfnis anerkannt und gepflegt worden ist, daß andererseits gleichzeitig die Unzulänglichkeit dieses Weges immer wieder und immer deutlicher erkannt ist, bedeutet den Fortschritt der Idee des Völkerrechts“.

[81]) *Johann Ludwig Klüber* (1762—1837), Professor in Erlangen und Heidelberg, zuletzt Privatgelehrter in Frankfurt, war Staatsbeamter in Preußen, in Baden und wieder in Preußen. 1819 erschien sein *„Droit des gens moderne de l'Europe* (1821 deutsch als „Europäisches Völkerrecht“).

Im Kapitel LXXX—LXXXIII berührt *Rachel* den für die Begriffsbestimmung des Völkerrechts maßgeblichen Gesichtspunkt der Umgrenzung des Stoffes des Völkerrechts, allerdings nur im negativen Sinne, indem er die Teilung der Sachen (*„res dividere“*, d. h. das Recht des Eigentums) und zweitens die Bestrafung der Schuldigen (*„punire sontes“*) als nicht in den Bereich der Probleme des Völkerrechts gehörend bezeichnet. *Hugo de Roy*[83]) hatte in seiner Schrift *„De eo, quod justum est“* die Auffassung vertreten, daß *„res dividere“* und *„punire sontes“* wichtige Bestandteile des Völkerrechtes seien. *Rachel* widerlegt diese Behauptung damit, daß die Teilung der Sachen (der Erde) unter die verschiedenen Völker, mit anderen Worten „das Recht des Eigentums“ dem Naturrecht angehört. *„Dividunt quidem etiam gentes inter se res, easque maximi pretii, provincias, regna; uti vero divisio est facti; ita jura dominii quae forte divisionem exigunt, non tantum ex pactis gentium placitisque arbitrariis, sed saepe ex jure naturali suam mensuram accipiunt“*. Das zweite von *de Roy* als Teil des Völkerrechts angesehene Recht, „die Schuldigen zu strafen“, *punire sontes*, wird von *Rachel* ebenfalls als irrig zurückgewiesen und als ein aus dem Gesetzgebungsrecht der Staaten abzuleitendes Recht dargestellt.

---

[82]) Europäisches Völkerrecht, 2. Aufl., Schaffhausen 1851, § 5.

[83]) *Hugo de Roy* schrieb vor *Pufendorf „de eo quod justum est“*, näheres hat sich über sein Leben nicht feststellen lassen. Außer *Rachel* berichtet *Johann Gröning, Bibliotheca juris gentium europaea seu de juris naturae et gentium principiis*, Hamburg 1703 (Lib. III cap. XII § 2-4), über seine Lehre. *De Roy* sieht wie *Rachel* in dem *jus gentium* menschliches, gewillkürtes Recht, das aus Gründen der Notwendigkeit (*necessitas*) und der Nützlichkeit (*utilitas*) im Lauf der Zeiten in Uebung und Gewohnheit der Völker überging, so daß es infolge dieser Herkunft weit vom Naturrecht sich unterscheidet, das von *de Roy* nicht wie üblich *„jus gentium primarium“*, sondern mit der von ihm stammenden Bezeichnung *„jus gentium antiquum“* benannt wird. Seine Auffassung aber über die Prinzipien des *jus gentium primarium* und des *jus gentium secundarium* sind so absurd und unverständlich, daß *Rachel* diese Ausführungen als konfus und chaotisch bezeichnet.

„Jus vero puniendi sontes proxime cohaeret cum legislatoria potestate et ordine judiciorum; quae generatim considerata una cum jure puniendi sontes ad jus naturae recte referuntur“ (cap. LXXXII).

In den Kapiteln LXXXIV-LXXXVIII wird in ausführlicher Begründung von *Rachel* der Erweis für die Existenz des Völkerrechts erbracht. Vier Gründe sind es, auf die man nach *Rachels* Ansicht die Auffassung stützt, daß es überhaupt kein Völkerrecht gibt und daß es darum zu bekämpfen ist. Der erste ist der, daß alle Völker ohne Ausnahme durch das Völkerrecht gebunden sein müssen, daß es aber durchaus unwahrscheinlich ist, daß durch Konsens aller Völker ein gewillkürtes Recht, *jus aliquod arbitrarium*, unter ihnen konstituiert wird, *„non fit verisimile, quod omnium gentium consensu jus aliquod arbitrarium inter ipsas sit constitutum“*. Der zweite Einwand nimmt darauf Bezug, daß nicht alle Sätze des Völkerrechts auf ausdrückliche Verträge sich zurückführen lassen und daß keine genügend allgemeine Uebung oder Gewohnheit aller Völker nachzuweisen ist, woraus eine stillschweigende Abrede dieser Völker auf ein *jus gentium* hin sich ableiten läßt, *„quod nulla appareat tam generalis consuetudo vel usus omnium gentium, ex quo illarum in hoc jus factus consensus vel pactum tacitum colligi aut praesumi queat“*. Der dritte Grund zur Leugnung des Völkerrechts wird daraus hergeleitet, daß verschiedene Gesetze des Völkerrechts von den Völkern und ihren Herrschern nicht genau beachtet werden, daß diese vielmehr sich darüber hinwegsetzen[84]), *„quod gentes et principes factis suis subinde profiteantur, ac si jus gentium quod vulgo venditatur, ad se nihil pertineat, suaeque scenae haec fabula mimime conveniat.“* Und letzter Grund, das Völkerrecht zu bekämpfen, ist der, daß es keines Völkerrechts bedarf, daß das Naturrecht allein schon vollauf ausreichend sei, *„quod illa capita, quae ad jus gentium referri*

---

[84]) Die Auffassung vom „papiernen Völkerrecht“, wie sie zu Beginn des Weltkrieges 1914 weit verbreitet war mit dem Motto: das Völkerrecht ist nur ein *„scrap of paper“* (vergl. *de Niem* in der Deutschen Juristen-Zeitung 1914, S. 1128).

solent, partim jure naturae sustineantur, ut adeo juris gentium arbitrarii fictione opus non sit, partim omni jure destituantur" (cap. LXXXV).

Jedes dieser vier Argumente, die gegen die Existenz des Völkerrechts ins Feld geführt werden, wird im einzelnen von *Rachel* widerlegt als *levis aut nullius momenti.* Gegen das erste Argument, daß dem Völkerrecht nicht aller Völker Einwilligung zugrunde liege, hat *Rachel* schon im ersten Teil seiner Schrift[85]) Front gemacht und es in den Kapiteln XI, XII und XXXVI widerlegt. Er hat darauf hingewiesen, daß es nicht nötig ist, daß gerade alle Völker ihre Einwilligung zu solchem *jus gentium* gegeben haben, er hat außerdem die besondere Unterscheidung von *jus gentium commune* und *jus gentium proprium* gemacht, wodurch erwiesen wird, daß auch ein partikulares Völkerrecht selbst nur zweier Staaten existieren kann (cap. XXIV und LXXIII). Ein Blick auf die verschiedensten Verträge der verschiedensten Völker muß Beweis genug sein, daß es ein *jus gentium proprium* gibt. Aus den von mehreren Völkern durch Uebung anerkannten Vereinbarungen geht evident hervor, daß auch ein *jus gentium commune* existiert, das nicht so sehr vom *jus gentium proprium,* als vielmehr scharf vom *jus naturae* zu unterscheiden ist (cap. LXXXVI).

Dem zweiten Einwand, der auf die Art der Entstehung des *jus gentium commune* abzielt, und Anstoß daran nimmt, daß nicht alle Sätze des Völkerrechts auf ausdrückliche Verträge sich zurückführen lassen, begegnet *Rachel* damit, daß es für die Existenz, Anerkennung und Geltung des Völkerrechts nicht darauf ankommt, daß es von allen Völkern auf einmal ausdrücklich vereinbart ist, sondern daß es aus Nützlichkeitserwägungen, *propter communem utilitatem*, infolge stillschweigender Anerkennung durch die Völker gebilligt und angenommen ist. Allerdings sind Ursprung und Ausbreitung des *jus gentium commune* noch viel mehr im Dunkeln, als es die Momente sind, die das Entstehen des durch Uebung und Gewohnheit infolge Nachahmung sich ausbreitenden *jus gentium pro-*

---

[85]) Siehe S. 46 ff. dieser Abhandlung.

prium bedingen: „*Sufficit nobis, quod aliunde constet, esse quaedam jura gentium, eaque inter illas pro legibus et olim et nunc observata esse, etsi originem et modum eorum primigenium nonnisi conjectura verisimili, adsequi possumus.*“ Es genügt also, daß ein *tacitus consensus* vorhanden ist, und daß etwas als Recht anerkannt und beobachtet wird, auch wenn der Ursprung der Norm im ungewissen liegt (cap. LXXXVII).

Und wenn drittens gegen die Existenz des Völkerrechts geltend gemacht wird, daß Vorschriften des Völkerrechts oft nicht beobachtet und vernachlässigt werden, so ist das für *Rachel* nicht ausschlaggebend für Sein oder Nichtsein des Völkerrechts. Aus der häufigen Nichtbeobachtung einer Norm darf man nicht ohne weiteres die Nichtexistenz oder das Aufhören des Existierens folgern. Die Kraft der *desuetudo* ist allerdings nicht zu leugnen, es ist nicht in Abrede zu stellen, daß *desuetudine* Völkerrechtsvorschriften abrogiert werden können, weil ihre Anwendung unter den Völkern keine Ausbreitung gefunden hat, da sie nicht ihrem Willen entsprechen, oder für sie kein Bedarf vorhanden ist. Doch diese *desuetudo* oder *abrogatio* muß ebenso als auf der Vereinbarung der Völker basierend angesehen werden, wie es einst die Sanktion dieser völkerrechtlichen Regeln war. Was die Nichtbeobachtung der allzu rigorosen, allzu harten Vorschriften des Völkerrechts betrifft, so beruft sich *Rachel* auf seine Ausführungen in den Kapiteln LVI und LVII, die sich auf die Unterscheidung des *jus verum* und *jus putativum* beziehen. Die „*aequitas naturalis*“, das kollektive Gewissen der Völker ist angelegentlichst anzuwenden, solche „*capita juris gentium nimis rigida*“ entweder auszuschalten oder sie zu mildern. Sind diese Völkerrechtsregeln aber nicht nur *rigida,* sondern *injusta,* wird die Milderung oder Ausmerzung durch das Naturrecht und mehr noch durch die *christiana pietas* geradezu gefordert. Die Existenz des Völkerrechts kann durch Nichtbeobachtung, Abschaffung oder Abänderung seiner Vorschriften nicht berührt werden. Sind die *placita* des *jus gentium* aber frei von den oben genannten Mängeln, weder *rigida* noch *injusta,* sind sie unter dem Zwang der *utilitas* und *necessitas* ins Leben gerufen, dann können sie nicht leichtfertig von einzelnen Völkern geändert oder abgeschafft werden. Wenn sich Völker durch die Vorschriften des Völkerrechts nicht binden lassen, nicht seinen Normen entsprechend handeln wollen, so wird dadurch noch nicht die Autorität des Völkerrechts, die Achtung vor ihm und die Heiligkeit der Verträge gemindert. Wenn *Rachel* die Drohung anschließt, daß demjenigen, der die durch das Völkerrecht gegebenen Vorschriften verletzt und sich damit als Feind Gottes der tyrannischen Willkür hingibt, die göttliche Vorsehung in den Zügel zu fallen und Strafen aufzuerlegen pflegt, so ist das eine Argumentation, auf die das moderne Empfinden nicht mehr eingestellt ist, sie zeigt aber, wie zu jener Zeit die Völkerrechtswissenschaft noch fest auf dem Boden der Moralphilosophie und Theologie verankert ist, Fesseln, von denen sich auch der Begründer der positivistischen Schule noch nicht frei machen kann.

Der vierte Einwand, den man gegen die Existenz und Existenzberechtigung des Völkerrechts ins Feld führt, scheint *Rachel* der gewichtigste und bestfundierte zu sein: des *„imaginären"* Völkerrechts bedürfe es nicht, da die Völker zur Genüge durch das Naturrecht in ihrem Verhalten zueinander bestimmt und gebunden seien, und — man erinnert sich des von *Rachel jus gentium putativum* genannten Völkerrechts — es Bestimmungen im Völkerrecht gibt, die nicht einmal den Namen eines „Rechts" verdienen. *Rachel* bestreitet, wie wir wissen, solche Bestimmungen des gewillkürten Völkerrechts, die dem Naturrecht und der *„pietas christiana"* widersprechen, keinesfalls. Bestimmungen dieser Art kann und muß man ausrotten, da ihnen keine Geltung und bindende Kraft zukommen darf, weil immer die *„maxima autoritas"* des göttlicher Vorsehung entsprossenen Naturrechts sie unwirksam macht. Aber hieraus zu argumentieren, daß allein durch das Naturrecht Völker und Staaten geleitet und verpflichtet werden, unter Ausschluß jeglichen willkürlichen Völkerrechtes, ein Einwand, der besonders von *Hobbes, Sharrok* und *Pufendorf* gegen das Völkerrecht erhoben wird, wird von *Rachel* in weitgehenden Widerlegungen bekämpft und zurückgewiesen. Zu diesem Behufe zitiert *Rachel* zusammenfassend die Thesen der genannten drei Autoren, die ihrer Grundauffassung Ausdruck verleihen. Es wird angebracht sein, unter Hinweis auf die im dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit kurz skizzierten naturrechtlichen Grundanschauungen von *Hobbes* und *Pufendorf* und die dort schon angeführten Textstellen die von *Rachel* zitierten Sätze hier zu wiederholen. *Th. Hobbes*[86]) faßt seine Auffassung vom Völkerrecht in die Worte zusammen: *„Legem naturalem esse vel naturalem hominum, vel civitatum, quae vulgo jus gentium appellatur. Praecepta utriusque eodem sunt: sed quia civitates semel institutae induunt proprietates hominum personales, lex, quam loquentes de hominum singulorum officio naturalem dicimus, applicata totis civitatibus, nationibus sive gentibus, vocatur jus gentium“. Samuel Pufendorf*[87]) macht sich diese Sätze zu eigen und fährt dann fort: *„Cui sententiae et nos plane subscribimus, nec praeterea aliud jus gentium voluntarium seu positivum dari arbitramur, quod quidem legis proprie dictae vim habeat, quae gentes tanquam a superiore profecta stringat“. Robert Sharrok*[88]) sieht auch im Völkerrecht lediglich Naturrecht und stimmt darin wenigstens sachlich mit *Hobbes,* den er im übrigen, wie *Rachel* hinzufügt, zu bekämpfen scheint, überein. Seine Ansicht formuliert er dahin: *„Nec quidem a jure naturae jus gentium quidquam mihi videtur differre, audacter ego pronuntiare ausim, neminem fore principem jure gentium offensi reum, qui ad hic positam naturae normam se in omnibus accomodaverit“* [89]). *Sharrok* fügt Beispiele betr. Verträge, Gesandte und andere völkerrechtliche Materien an, deren Verstoß er nicht als Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern als Verstoß gegen die Prinzipien des Naturrechts ansieht.

---

[86]) *Hobbes*, *Elementa philosophica de cive*, Amsterdam 1657, cap. XIV, § 4.

[87]) *Pufendorf, De jure naturae et gentium libri octo,* Lund 1672, *lib. II cap. III, § 22.*

[88]) *Robert Sharrok,* englischer Philosoph, geboren 1640, erzogen zu Oxford, Archidiakonus von Winchester, gest. 1684. Er schrieb u. a. die gegen *Hobbes* gerichtete Schrift *„Hypotheses de officiis secundum jus naturae,* worin das 10. Kapitel *„De jure gentium“* betitelt ist.

[89]) *Hypotheses de officiis, cap. X, p. 129.*

Die Auffassung *Pufendorfs,* es gäbe kein *jus gentium voluntarium* oder *positivum,* da außerhalb des *jus naturae* kein *jus* existiere, findet durch *Rachel* folgende Widerlegung: Auch wenn *Pufendorf* zugegeben werden muß, daß das *jus gentium* kein aus göttlichem Willen entspringendes Recht wie das Naturrecht ist, so kann es dennoch ein „Recht“ sein, allerdings keine *lex* im hergebrachten Sinne, die „*a legislatore subditis lata est*“, sondern ein *jus* im besonderen Sinne; denn „*non tamen ideo pacta omni, neque etiam proprie dicto jure sunt privanda*“. Weder die Natur noch die Gesetzgebung hat für alle Vorkommnisse des Lebens eine feste, bestimmte Norm bestimmt; wie im Privatrecht neben dem Naturrecht „gesetztes Recht“ der „*legislatores*“ besteht, wie die Privatpersonen ein Recht konstituieren können, das erst durch gegenseitigen Vertrag geschaffen wird, so können auch die Völker unbeschadet ihrer Souveränität und ihrer rechtlichen Unabhängigkeit sich doch wie durch ein „*verum jus*“, durch richtiges Recht binden, wenn sie aus freiem Willen durch Verträge sich dazu verpflichteten. *Rachel* erkennt, daß die Analogie zwischen den privatrechtlichen Verträgen und den Staatsverträgen sich doch nicht ganz durchführen läßt, denn hinter der Vertragsfreiheit und dem Vertragsrecht der Privaten steht der Gesetzgeber, der dieses Recht nicht nur ihnen konzediert, sondern garantiert hat, zu dessen Schutz er jederzeit seinen starken Arm in Form der Gerichtsbarkeit leiht. *Rachel* weiß, daß ein „*commune judicium*“, ein internationaler Gerichtshof, „*inter liberas gentes*“ fehlt, so daß nötigenfalls an dessen Stelle die Entscheidung durch Kriegsgewalt treten muß. Der Krieg ist das Zwangsmittel, das den *liberis gentibus* in die Hand gegeben ist, um den vertragsbrüchigen Gegner als Rechtsbrecher zur Innehaltung der Verträge anzuhalten. Allerdings, muß *Rachel* eingestehen, ist der Ausgang des Krieges *dubius* und *incertus,* aber — hier zeigt sich wieder der Moralphilosoph, — der gegen den perfiden Vertragsbrecher zum Krieg als Zwangsmittel greifende Staat wird ja nicht nur die übrigen „*gentes justitiae studiosas*“, sondern auch *ipsum Deum*, Gott selbst als den höchsten Sachwalter der Vertragstreue „*supre-*

mum fidei sequestrum et arbitrum", auf seiner Seite haben (cap. XCI). Ob *Rachel* heute noch diese Sätze schreiben würde? Diese Aussicht, solche Sachwalter auf seiner Seite zu haben, wird heute wohl keinem Staat unbedingtes Vertrauen geben, das Zwangsmittel des Krieges erfolgreich gegen einen Rechtsbrecher anwenden zu können. Mag die Menschheit mit einer noch viel kräftigeren Energie, als sie heute zeigt, die „Ausdehnung der Herrschaft des Rechts und die Kräftigung des Gefühls der Gerechtigkeit[90]" anstreben und verwirklichen, eine Gewähr wird nie gegeben sein, daß die Völker, das solidarische Rechtsgefühl höher stellend als ihr egoistisches Interesse, sich stets als Sachwalter gegen den Vertragsbrüchigen zusammenfinden werden.

Die Fehlerhaftigkeit der Lehre *Sharroks,* daß die Materie des Völkerrechts restlos dem Naturrecht angehöre, beleuchtet *Rachel* durch Beispiele, deren Quintessenz die ist, daß es doch völkerrechtliche Beziehungen gibt, für die sich keine Verpflichtung aus dem Naturrecht, sondern nur aus dem eigenen willkürlichen Konsens und der eigenen freien Bindung findet, die getreulich zu halten in *subsidium natura jubet. Rachel* erkennt an, daß Bestimmungen und Materien in Bündnissen und anderen Vereinbarungen vorhanden sind, die *„a jure naturae normam et insuper a „jure gentium proprio" parendi necessitatem"* empfangen haben, ja damit konkurrierend kann noch eine Verpflichtung aus dem *„jus gentium commune"* sich ergeben; eine doppelte Bindung ist insofern denkbar, daß neben dem Naturrecht noch ein besonderes Vertragsrecht die Völker in ein und derselben Materie bindet, aber im allgemeinen wird man feststellen können, daß entweder die Verpflichtung auf Naturrecht oder auf willkürlicher Vereinbarung der Völker beruht (cap. XCIII).

Hobbes' Einteilung der *lex naturalis* in eine *lex hominum* und eine *lex civitatum,* welch letztere *jus gentium* zu nennen sei, wird von *Rachel* als *„inepta et ad tegendum veterum*

---

90) Aus der Denkschrift von *Politis* zum Genfer Protokoll vom 2. 10. 1924 (*Niemeyers* Zeitschrift für internationales Recht, Bd. XXXIII, S. 177).

jurisconsultorum errorem comparata" verworfen. Denn — so argumentiert *Rachel* — aus der Verschiedenheit der *subjecti*, der Adressaten des Naturrechts *(homines* oder *civitates)* folgt noch kein verschiedenes Naturrecht, es ist in jedem Falle das gleiche, was *Hobbes* selbst durch die Worte anzuerkennen scheine „*eadem utriusque praecepta*". Diese Vorschriften sind für die Menschen bindend, gleichgültig, ob für den Einzelmenschen oder für die in staatlicher oder sonstiger Gemeinschaft verbundenen Menschen. So gewiß die Völker und Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen in erster Linie dem Naturrecht Gehorsam schulden, mit derselben Gewißheit weisen *ratio* und *experientia*, vernunftgemäße Ueberlegung und Praxis darauf, daß in manchen Beziehungen des völkerrechtlichen Verkehrs die Völker nicht auf Grund bestimmter Naturrechtssätze, sondern allein auf Grund freier Uebereinkunft und vertraglicher Bindung, d. h. also völkerrechtlich gebunden sind, was sich in besonderer Deutlichkeit im *jus gentium proprium,* dem partikularen Völkerrecht offenbart. Dessen Vertragsbedingungen haben keinen anderen Ursprung, keine andere „*causa obligationis*", als diejenige freier Willkür der Völker. Hiermit hat *Rachel* den Beweis für die Sonderexistenz des Völkerrechts erbracht: Das gemeinsame Bewußtsein der Staaten erkennt die Normen des Völkerrechts als verbindlich, als Rechtsnormen an, sowohl ausdrücklich wie implicite bekunden die Staaten die Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit völkerrechtlicher Bestimmungen, eine Tatsache, die nicht wegzuleugnen ist. „Recht ist, was gilt!" Es mögen die Worte *Rachels* hier folgen: „*Uti vero certum est, gentes et civitates, qua sunt tales, primario etiam inter se juris naturalis debere esse observantes; ita quoque certissimum esse ostendit cum ratio tum experientia, quod plurima inter illas negotia intercedere queant, quae a jure naturae nullam determinatam obligationem, sed demum ex illarum libero consensu et pacto acceperint: unde sane aliud et a jure naturae diversi generis jus emergere omnino necessum est. Res plana est in jure gentium proprio, quod foederum, aliarumve conventionum publicarum conditiones fere soleant esse tales, quas uti natura arbitrio gentium* *determinandas permisit, ita quoque aliunde obligationis originem et causam non. habent*“ (cap. XCIV).

Glaubt *Rachel* somit den Beweis der Existenz des Völkerrechts erbracht zu haben, so liegt ihm nicht minder daran, auch die Notwendigkeit des Völkerrechts, seine Existenzberechtigung zu erweisen. Seine Beweisführung geht davon aus, daß für den größeren Teil der Beziehungen, die zwischen den einzelnen souveränen Völkern eintreten, keine vorherbestimmte Vorschrift des Naturrechts existiert. Unter dem Druck mannigfacher Bedürfnisse fühlen die Völker das Verlangen nach Austausch gegenseitiger Dienste, gegenseitigen Handelsverkehrs, gegenseitiger Hilfe und Freundschaft; bei diesem dem Bedürfnis der Völker entsprechenden verschiedenen Verkehr der Völker untereinander ist mit Notwendigkeit der Zwang zu völkerrechtlicher Bindung und Verbindung gegeben. Wie der einzelne Mensch ganz natürlich *per indigentiam,* aus der Not, dem Bedürfnis heraus getrieben, die gemeinschaftliche Verbindung, die „*societas*“, sucht, so werden die einzelnen Völker aus eben der „*indigentia*“ dazu getrieben, sich mit anderen Völkern zu Schutz, Hilfe und Güteraustausch zusammenzutun und die Regelung[91]) dieser gegenseitigen Dienste wird nicht immer nach dem *jus aeternum,* dem Naturrecht, sondern mehr nach dem *jus arbitrarium,* dem gewillkürten Rechte bestimmt. Dieses vom Naturrecht verschiedene, durch Willkür unter den Völkern frei vereinbarte und konstituierte Recht kann kein anderes als das Völkerrecht, das *jus gentium*, sein, dessen Existenzberechtigung und Notwendigkeit aus dem Bedürfnis des Völkerlebens und Völkerverkehrs evident *Rachel* erwiesen scheint. „*Ipsa necessitas pactis gentes conjungit, ut quaeque suo desiderio certo et constanter potiatur, et ad praestanda officia vel commercia fide data se obstringant . . . Sicuti vero illa indigentia variorum bonorum desideria, et saepe subito, excitat, eaque*

---

91) Vgl. *Mevius, Prodromus jurisprudentiae gentium communis, Stralsund 1671, insp. 5 no. 4: „Etiam contra civitates civitatibus remedio opus est: quo nomine aliquando plures civitates unam inter se societatem inibant vel ut una fierent, velut foedere quodam se invicem ad auxilia devincirent.“*

modo diuturna, modo brevia esse jubet, ita quoque horum officiorum communicatio non semper aeterno jure, sed magis arbitrario dirigitur. Illud vero inter gentes arbitrio earum constitutum jus non potest esse aliud, quam quod quaerimus, jus gentium“ (cap. XCVI).

Die Existenz und Notwendigkeit des Völkerrechts wird aber auch durch das eigene Zeugnis der Völker erwiesen, welche vielfältig auf das Völkerrecht sich berufen, der beste und stärkste Beweis für seine Existenz. Wenn nämlich ein Volk sich über Rechtsverletzungen eines anderen beklagt, wird oft diese Klage nicht gegründet auf den Verstoß gegen das Naturrecht, sondern auf den gegen das Völkerrecht. Wie widersinnig ist es, wenn die, die sich auf das Völkerrecht berufen, die sich und andere daraus gebunden erachten, versuchen wollten, seine Wirksamkeit und Geltung zu negieren[92]) (cap. XCVII). Daß die Völker nicht etwa infolge irrtümlicher Bezeichnung das *jus naturae* meinen, wenn sie sich auf das *jus gentium* berufen, beweist *Rachel* durch einzelne Beispiele (cap. XCVIII—CV), durch die vieles von den Völkern als völkerrechtliche, von den Völkern gewillkürte Vorschrift beobachtet wird, was aus dem Naturrecht sich nicht ableiten läßt, ja was dem Naturrecht durchaus zuwiderläuft, und daß andererseits manches, was dem Naturrecht entspricht, nicht diesem entsprechend angewandt oder beobachtet wird, sondern daß man sich vielmehr auf Regeln beruft, die *Pufendorf* allerdings nur als „bloße Gewohnheiten der Völker“ bezeichnet, womit er aber doch zugibt, daß diese Gewohnheiten etwas anderes als naturrechtliche Vorschriften sind, ja geradezu die Existenz eines Völkerrechts einräumen muß. Denn solche Gewohnheiten, solche gewohnheitsmäßig geübte und beobachtete

---

[92]) In *Mevius* findet *Rachels* Beweisführung einen Gewährsmann, der a. a. O. n. 54 ebenfalls in dem Zeugnis der Völker selbst das Indiz für die Existenz des Völkerrechts erblickt: „*Frequens ad consuetudinem gentium inter gentes provocatio argumentum est hujus necessitudinis. Unde non inepte colliges, tacita quadam illarum conventione jus gentium niti. Quod multoties in historiis legimus, populos et principes diversarum civitatum de iis, quae juri gentium assignamus, se invicem reos agere, accusare, indignari, indicium est inter illos vinculi communis.*“

Gebräuche sind ja, wenn die Völker ausdrücklich oder stillschweigend sich auf sie als bindend berufen, das Völkerrecht, das *jus gentium,* das — wie *Rachel* nicht müde wird, immer wieder scharf zu betonen — *„a jure naturae distinctum est"*. Als solche rein völkerrechtliche Vorschrift wird beispielsweise von *Rachel* die ausdrückliche Kriegserklärung genannt, denn ein Staat kann *„jure naturae propitio bellum movere, etiamsi illud non fuerit denuntiatum, . . . ex gentium vero instituto hoc amplius requiritur, ut praecedat belli denuntiatio, eaque apud multas solennis"* (cap. XCVIII). Als weiteres Beispiel für das, was *„juris gentium, non naturalis placitum est"*, erwähnt *Rachel* die Tötung des Feindes mit vergifteten Waffen. Die praktische Erfahrung, *experientia,* lehrt, daß diese *„ex pacto tacito a melioribus gentibus"* zugelassen wird, also völkerrechtlich erlaubt ist, während das Vergiften von Wurfgeschossen hingegen für völkerrechtlich unerlaubt angesehen wird. Während vom Naturrecht Zerstörung und Wegnahme feindlichen Eigentums nicht nur nicht erlaubt, sondern verboten ist, wird die Rechtmäßigkeit dieser Handlungen durch völkerrechtliche Regel eingeräumt. Für alle diese und ähnliche Beispiele, auf die sich die Völker als ausdrückliches Völkerrecht berufen, findet *Pufendorf* nur die Bezeichnung *„consuetudines"*: *„apud multos quoque sub vocabulo juris gentium venire solent quaedam consuetudines, inter plerasque gentes, saltem quae cultiorum et humaniorum sibi famam vindicant, potissimum circa bellum tacito quodam consensu usurpari solitae . . . caeterum consuetudines illae licet videantur continere obligationem ex pacto saltem tacito ortam; tamen si legitimum bellum gerens eas neglexerit, modo contrarium earundem per jus naturae recte fieri possit, nullius alterius peccati arguatur, quam cujusdam ruditatis . . . igitur, si quis justa gerit bella solo naturae jure, neglectis illis consuetudinibus, ea potest regere, ni forte ob commodum aliquod suum easdem malit observare"*. *Pufendorf* erkennt also wohl an, daß durch eine Art stillschweigender Vereinbarung zwischen mehreren Völkern gewisse Gewohnheiten besonders in der Kriegführung sich herausbilden können, daß diese auch eine gewisse, *ex* *pacto tacito* geborene Verpflichtungskraft in sich tragen, er erkennt sie aber trotzdem nicht für „Recht“ an, sie braucht man nicht beobachten, sofern man nur den Vorschriften des Naturrechts gerecht wird.

Rachel wirft dieserhalb *Pufendorf* vor, daß er nur seiner *„hypothesis“*, nur seiner Doktrin zu Liebe, um deren Willen er außerhalb des Naturrechts kein anderes Recht anerkenne, offenbar sich so winde, die Existenz des *jus gentium* zu leugnen. *„Si enim“*, argumentiert *Rachel*, *„actus bellici non solo jure naturae reguntur, sed insuper ex tacito gentium consensu norma iis est praescripta, quae obligationem continet, hujus profecto juris quis non potest esse negligens, etiamsi juris naturalis observans fuerit, modo juris gentium leges sint tales, quae isti non repugnent“* (cap. CII). Die Völker selbst sind es, die *Rachel* gegen *Pufendorf* Recht geben. Denn *„ipsae illae gentes, quae laesi juris gentium forte insimulantur, non solent jus illud repudiare, aut profiteri, quod ejus obligationi non sint aut nolint esse obnoxiae, sed quaslibet alias causas obtendere, et potius negare, jus gentium a se violatum esse“* (cap. CII). Sehr geschickt ist dieser indirekte Beweis für die Existenz des Völkerrechts von *Rachel* geführt: Wenn die Völker, die wegen einer Verletzung beschuldigt sind, obwohl sie *Pufendorf*'scher Explizierung folgend die Existenz dieses Völkerrechts ableugnen könnten, dieses nicht tun, seine rechtliche Wirksamkeit nicht in Abrede stellen, vielmehr zu beweisen versuchen, daß keine Verletzung des Völkerrechts ihrerseits vorliege, so ist dieser Beweis für die Existenz des Völkerrechts, das großenteils auf stillschweigender Anerkennung der Völker beruht, besonders klar und überzeugend. Und im Gefühl, hiermit den Trumpf seinen Gegnern, insbesondere *Pufendorf* gegenüber ausgespielt zu haben, hält *Rachel* den Leugnern der Rechtsnatur des Völkerrechts Versündigung an der Kulturgemeinschaft entgegen: *„Male profecto de publico merentur, qui ita philosophantur, ut magis magisque praesidia securitatis, utilitatis, aut salutis gentium destruantur“* (cap. CII).

Ein letzter und mit besonderem Nachdruck[93]) von *Rachel* angeführter Beweisgrund für die Existenz und Notwendigkeit des Völkerrechts, dem er die Kapitel CVI—CXVIII widmet, erscheint auf den ersten Blick befremdlich und sonderbar: Die Benutzung des Geldes und dessen Gültigkeit und Kurs bei allen Völkern. Daß alle Völker Münzen als Wertmesser und Tauschmittel benutzen und gegenseitig im internationalen Verkehr anerkennen, ist nicht aus dem Naturrecht abzuleiten und zu erklären, sondern nur aus der Existenz des Völkerrechts *„saltem plerumque et apud plerasque gentes ex illarum conventione valet nummi usus, ut sit mensor pretiorum, et instrumentum commerciorum“* (cap. CXVIII). *Rachels* weitläufige Argumentation ist in kurzen Strichen die: Es ist notorisch, daß die Menschen eines vielfältigen Handelsaustausches und Verkehrs bedürfen. Da ohne *commercium* keine menschliche Gemeinschaft sein kann, muß etwas da sein, das diesem Handelsaustausch als gemeinsamer Wertmesser dient. Dieser gemeinsame Wertmesser, *communis mensura*, ist zwiefach, der eine ist *naturalis*, von Natur gegeben: nämlich der Bedarf, *indigentia*, der andere ist *ex conventione et instituto hominum*, menschlichem Willen und menschlicher Vereinbarung entsprossen: nämlich die Münze, *nummus* (cap. CVIII). Hieran knüpft *Rachel* einen langen, interessanten Exkurs über die Geschichte der Entstehung der Münzen und deren Umlauf, deren äußere Form und inneren Wert, Gültigkeit und Kurs unter den Völkern. Den Beweis für die Existenz des Völkerrechts aus dem internationalen Münzverkehr erblickt er im folgenden: Damit die Münzen als Wertmesser im internationalen Verkehr dienen können, muß notwendigerweise ihre *„quantitas“* und ihre *„aestimatio“*, ihre allgemeine Geltung und Anerkennung als Wertmesser beim internationalen Güteraustausch *„publico gentium usu et consensu“*, durch internationalen Gebrauch und Konsens approbiert sein. Die Benutzung der Münzen als Tauschmittel setzt also voraus, daß man sich hierüber vertraglich geeinigt hat. „*Hominum concessione, conventione et consensu ita decretum est, nummoque id tributum, quod hoc inter se ita statuerint, et concesserint homines. Sicuti igitur tot alia inter gentes jura fuere recepta, ita quoque hoc de nummi usu placitum, pacto forte primum expresso, quod mox aliae atque aliae gentes imitatae, non solum in suas quaeque civitates, sed quoque inter se receperunt, sic ut paulatim tacita conventione nummi usus pene inter omnes aut plerasque gentes fuerit receptus, ut dubitem, an ullum juris gentium exemplum magis possit exhiberi evidens, ad illud demonstrandum, quodque simul tam exacte modum prodat, quo propagari, et juris autoritatem adipisci solent ea, quae diuturno usu gliscentia tacito pacto confirmantur, ipsasque liberas etiam gentes suae obligationis vinculo continent*“ (cap. CXVI). Durch die Anerkennung der Münzen als internationaler Wertmesser und internationales Tauschmittel, die täglich durch das Leben selbst evident wird, die nur durch internationale ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung, d. h. durch Völkerrecht möglich und denkbar ist, wird also zur Evidenz gebracht, daß ein *jus gentium* existiert und notwendig ist.

---

[93]) *„Unum denique adhuc exemplum adferam, quo dubito an ullum ad probandum juris gentium existentiam ejusque usum sit certius et evidentius: quod cum sit obvium, et quotidie frequentetur, miror iis, qui talia argumenta sollicite alias conquisiverunt, illud, quod equidem sciam, non venisse in mentem“* (cap. CVI).

VII.

Damit sind die allgemeinen Ausführungen erschöpft, die *Rachel* auf historischem und spekulativem Wege zur Darlegung seiner Grundauffassung über die Existenz, die allgemeine Natur, die Einteilung, die obersten Prinzipien und das Gültigkeitsgebiet des Völkerrechts gemacht hat. Somit ist der notwendige Unterbau zum besonderen, systematischen Teil geschaffen, dem *Rachel* die Kapitel XXXIX—LXXIX gewidmet hat.

Eine systematische Gliederung des Stoffes ist von ihm nur dahin angedeutet, daß er an erster Stelle das allgemeine Völkerrecht, *jus gentium commune,* und nachfolgend das besondere, partikuläre Völkerrecht, *jus gentium proprium* darstellen will. „*Transeundum ergo jam est ad specialia quaedam capita, in quibus vim et effectus juris legitimos jus illud gentium* *commune obtinuit. De his enim primo, deinde de jure gentium proprio, eoque pertinentibus agemus*“ (cap. XXXVIII). Die Darstellung des *jus gentium commune* umfaßt das Kriegsrecht und das Gesandtschaftsrecht; als *jus gentium proprium* wird von *Rachel* das Recht der Staatsverträge behandelt.

Daß *Rachel* als einen der wichtigsten Gegenstände des Völkerrechts den Krieg ansieht und ihn an die Spitze stellt, darf nicht wundernehmen, er folgt darin nur dem großen Vorbilde *Hugo Grotius*. Begründet wird diese Vorrangstellung des Kriegsvölkerrechts aus den Zeitumständen, die von der Fackel des Krieges hell erleuchtet waren. *Rachel* selbst hat als Kind und als Mann am eigenen Leibe die Schrecknisse des Krieges erfahren müssen, als er aus Bordesholm und später aus Eiderstedt und Hamburg vor den Feinden fliehen mußte.

In seiner diplomatischen Praxis, in seiner eigenen Gesandtentätigkeit hat er das völkerrechtliche Gesandtschaftsrecht kennen gelernt, woraus sich die eingehende Darstellung des Gesandtenrechts erklären läßt. Daß ihn als dritte Materie die völkerrechtliche Behandlung der Staatsverträge reizte, ist um so verständlicher, als seine politisch-diplomatische Tätigkeit ihn darauf verwies. Seine politischen Streitschriften und seine Missionen haben gerade die völkerrechtliche Anerkennung, Auslegung, Gültigkeit oder Ungültigkeit der Verträge zu besonderem Gegenstand. Damit dürfte die Darstellung gerade dieser drei *specialia capita* des *jus gentium* begründet sein, sofern man sie nicht auch daraus schon genügend erklärt sieht, daß in dem von *Rachel* behandelten Stoffe die hauptsächlichsten Vorschriften des Völkerrechts jener Zeit erschöpft sind.

Die Darstellung des Völkerrechts des Krieges beginnt *Rachel* mit der Feststellung, daß sowohl das Naturrecht als auch das Völkerrecht für die Kriegführung bestimmend sind. „*Ut vero ipsum jus est duplex, naturale et arbitrarium, ita utrumque suam in bellis autoritatem habet. Hoc tamen non omne, sed quod gentium diximus*“ (cap. XXXIX). Das in Anwendung kommende Naturrecht verlangt „*justam causam*“, einen gerechten Anlaß zum Kriege: eine erlittene, nicht unerhebliche Beleidigung, denn um einer geringfügigen Verletzung willen darf nicht das furchtbare *„praeter-naturale remedium“* des Krieges zur Anwendung kommen. Nicht nur *justa*, auch *necessaria* muß nach Naturrecht die *causa* sein. Diese Notwendigkeit fehlt, wenn *satisfactio aut reparatio injuriae offeratur, aut exacta ulla alia ratione placida haberi possit*[94]). „Das mag für die Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“, der Sinn dieses Gemeinspruches wird *Rachel* vorgeschwebt haben, wenn er eingestehen muß, *„dolemus vehementer, ab illa sanctitate gentilium tam longe Christianos abesse“*. Es scheint nicht, als ob die *„Christiani“* heutigen Tages *Rachel* weniger Schmerz bereitet hätten! Weiter fordert das Naturrecht, daß das Ziel des Krieges der Friede sein muß, der *„ambabus manibus prehendi et bello semper praeferri debet“*. Gerade die Kriege, die *Rachel* erleben mußte, zeigten ihm aber, wie wenig diese Maxime des Naturrechts in *praxi* Beachtung fand. So gilt denn den Fürsten seiner Zeit die Mahnung: *„quanto majori igitur sollicitudine a Christianis principibus vel tentanda sunt bella, vel fugienda potius, imo justa et necessaria etiam quantocyus abrumpenda: quibus omnibus et singulis in re tam atroci suscipienda vel tractanda convenit esse Christianissimis, hoc est, Christi praeceptorum, et inprimis charitatis observantissimis?“* (cap. XLII). Endlich aber verlangt das Naturrecht, daß der Krieg auf gehörige Art geführt wird, daß nur erlaubte Mittel von den Kriegführenden zur Anwendung gebracht werden. Hier reicht das Naturrecht schon nicht aus, hier tritt das Völkerrecht in Erscheinung: Durch ein *„tacitum pactum“*, durch stillschweigende Vereinbarung und *„usus“*, durch Übung haben die Völker *„certa belli jura arbitraria“* aufgestellt *„ad modum belli vel legitime capessendi vel gerendi, vel finiendi determinandum pertinentia“* (cap. XLIII).

---

[94]) Diese Sätze sind vor 250 Jahren von *Rachel* geschrieben. 250 Jahre mußten vergehen, um heute in allerschwierigsten Verhandlungen die Menschheit zu diesen einfachen Vorschriften des Naturrechts im Genfer Protokoll vom 2. 10. 1924 wieder gelangen zu lassen. Es ist nichts Neues, wenn man heute den „Angreifer“ definieren will, nichts Neues, wenn man „ungerechte Kriege“ verbannen will.

Ein nach dem *jus gentium,* nach Völkerrecht rechtmäßiger Krieg — damit kommt *Rachel* zu den völkerrechtlichen Vorschriften des Krieges — hat außerdem zur Voraussetzung, daß er von der höchsten Gewalt des Staates unternommen und durchgeführt wird (cap. XLIV), und daß sein Beginn dem Gegner in gehöriger Form feierlich, oder wie die Sitte es fordert, angezeigt und bekanntgemacht wird: „*Nec tamen hoc sufficit, ut bellum secundum jus gentium perfecte justum sit, sed tum demum, si ita a majestate civili sit publice decretum, ut ejus significatio ab altera partium alteri solenniter seu more recepto facta sit, quod fieri solet per solennem promulgationem, indictionem, denuntiationem seu clarigationem*" (cap. XLV)[95]. Das Völkerrecht setzt der Befugnis, seinem Feinde im Kriege auf alle mögliche Art zu schaden, gewisse der Menschlichkeit gemäße Schranken in bezug auf das, was „erlaubt" ist. Dieser Ausdruck „erlaubt", „*licitum*" ist verschiedener Deutung fähig, entweder das „*licitum*" entspricht dem „*honestum*", dem „anständig-ehrenhaften" in dem Sinne, daß man das, *quod licitum est,* tun darf und muß; oder es ist etwas zwar „*licitum*", aber nur in dem Sinne, daß man es trotz des „*licere*" besser unterläßt, drittens kann das „*licitum*" indifferent sein, und viertens kann man etwas als „*licitum*" zwar ungestraft tun, aber es ist nicht „*honestum*" und nicht den „*officiorum regulis*" entsprechend. Einem solchen „*licere*" entsprechen die Vorschriften des Völkerrechts, die von *Rachel* als *jus gentium putativum,* als dem Naturrecht zuwiderlaufend bezeichnet sind. Jede Abstufung des „*licere*" ist im Kriegsrecht vorhanden. Dieses „erlaubte Recht", „*licentiae jus*" wie *Grotius*[96]) es nennt, hat einen weiten Umfang angenommen: für völkerrechtlich erlaubt gilt für *Rachel* noch, Kinder und Frauen zu töten, die Gefangenen jederzeit zu verstümmeln und die Feinde zu töten, die sich ergeben wollen, nicht aber solche, die bereits Gefangene geworden sind, es sei denn, daß sie sich auf Gnade oder Ungnade ergeben haben; alles dieses ist erlaubt nach dem sogenannten *jus belli gentium externum,* einem Ausdruck von *Grotius,* oder *putativum,* wie es von *Rachel* an anderer Stelle bezeichnet ist.

---

[95]) *Grotius* nennt einen so begonnenen und erklärten Krieg „*solenne*" gemäß Völkerrecht, „*sed ut certe constaret, non privato ausu, sed voluntate utriusque populi, aut populi capitum, geri bellum. Nam inde nati sunt effectus peculiares, qui neque in bello adversus praedones, neque in eo, quod rex gerit in subditos, locum habet*" *(De jure belli ac pacis, lib. III. cap. 3 § 11).*

[96]) *Grotius, De jure belli ac pacis, lib. III cap. IV § 6.*

Das Völkerrecht zivilisierterer Völker *(meliorum gentium)* verbietet dagegen, den Feind zu vergiften, vergiftete Wurfwaffen zu gebrauchen und Brunnen zu vergiften (cap. XLVII). Sachen, welche dem Feinde gehören, können nach Völkerrecht vernichtet oder weggenommen werden. Dafür zählt die Kriegsgeschichte genug Beweise auf von Städten und Burgen, die dem Erdboden gleichgemacht sind und von ausgebrannten Häusern, nicht einmal die dem Gottesdienst geweihten Sachen und Stätten sind nach Völkerrecht davon ausgenommen; ja, die Wegnahme oder Zerstörung feindlichen Gutes darf nicht nur mit Gewalt, sondern auch mit List, sofern man nur nicht *„perfide“* vorgeht, bewerkstelligt werden[97]) (cap. XLVIII). Was in dem nach Völkerrecht rechtmäßigen Kriege *(bellum solenne)* dem Feinde abgenommen ist, geht in das Eigentum des Wegnehmenden in der Weise über, daß das Eigentum ihm als von dem betreffenden Staate überlassen gilt, und allgemein als sein rechtmäßiges Eigentum oder seiner Rechtsnachfolger geachtet werden muß. Dabei ist es völkerrechtlich belanglos, ob das Weggenommene öffentliches oder privates feindliches Eigentum gewesen ist[98]). Auch das steht völkerrechtlich einwandfrei fest, daß, wenn das dem Feinde abgenommene Eigentum von diesem vorher einem anderen ebenfalls nach demselben Völkerrecht entrissen war, dieser andere das Eigentum vom Sieger nicht vindizieren kann[99]).

---

[97]) Der List und dem Betrug im Kriege widmet *Grotius* das Kapitel I des Buches III a. a. O., wo er im § 6 auf die Kontroverse, ob die List völkerrechtlich erlaubt sei, hinweist: *„an et dolis uti liceat quaeri solet“.*

[98]) Aehnlich bestimmt das Allgemeine Preußische Landrecht II, Tit. 9, § 193: „Das Recht, im Kriege Beute zu machen, kann nur mit Genehmigung des Staats erlangt werden. Wem der Staat dies Recht erteilt, der erwirbt durch die bloße Besitzergreifung das Eigentum der erbeuteten Sache. Kriegs- und Mundvorräte muß er zum Gebrauch des Staates abliefern. Unbewegliches Eigentum ist niemals ein Gegenstand der Beute.“

[99]) *Grotius,* a. a. O. *lib. III, cap. VI § 7: „Illud vero extra controversiam est jus gentium respicimus, quae hostibus per nos erepta sunt, ea non posse vindicari ab his qui ante hostes nostros ea possederant et bello amiserant, quia jus gentium hostes primum dominos fecit dominio externo, deinde nos“.*

Nach Völkerrecht ist es zwar erlaubt, die Gefangenen zu Sklaven zu machen, aber dieses Recht ist, wie auch von *Grotius* bezeugt wird, nicht immer angewandt und auch nicht von allen Völkern angenommen worden. Die christlichen Völker haben es längst fallen lassen und ebenso die Mohamedaner. *Rachel* sieht in diesem so eingeschränkten Völkerrechtssatze ein Beispiel für das *„jus gentium commune minus late patens"*, das er in cap. XXIII in Gegensatz zum *„jus gentium commune late"* gesetzt und mit diesem als Unterabteilungen des *jus gentium commune* bezeichnet hatte, eine Einteilung, die er von *Grotius* übernommen hat (cap. L). Ueber einen im siegreichen Kriege völlig unterworfenen Staat oder über einen unterworfenen Teil dieses Staates erlangt der Sieger volle Herrschaft und Gewalt. Wie bei der Gefangennahme mit der Person auch ihr Eigentum vom Sieger erworben wird, so geht auch das Staatseigentum mit dem Staat selbst in die Gewalt des Eroberers über (cap. LI).

Das Kapitel LII fällt aus dem Rahmen des bisher behandelten Kriegsvölkerrechts heraus. Aus welchem Grunde dieses Kapitel über die Auslieferung der Verbrecher hier inmitten des Kriegsrechts seinen Platz gefunden hat, ist nicht ersichtlich; es fehlt ebenso jeder Zusammenhang mit der vorhergehenden wie mit der nachfolgenden Darstellung, man wird die Begründung wohl nur in redaktionellem Versehen suchen müssen. *Rachel* erklärt in diesem Kapitel als eine Vorschrift des Völkerrechts, daß der nach Verübung eines Verbrechens ins Ausland geflüchtete Verbrecher von dem ausländischen Staat auf Ersuchen entweder bestraft oder zur Aburteilung ausgeliefert wird. Denn es ist dem ersuchenden Staate, auf dessen Gebiet das Verbrechen begangen ist, nicht gestattet, den Verbrecher mit bewaffneter Hand außerhalb seiner Hoheitssphäre zu verfolgen[100]).

Dem Völkerrecht entspricht auch die gehörige Beobachtung des Waffenstillstandes. Jede gewaltsame, kriegerische Handlung gegenüber dem Feinde während dieser Zeit ist völkerrechtswidrig, denn im Wesen des Waffenstillstandes liegt ja gerade der Eintritt der vereinbarten Waffenruhe mitten im Kriege, *bello manente,* begründet. Jedoch ist nach Völkerrecht eine Ausnahme zur Aufnahme kriegerischer Gewalt gegeben: wenn ein Waffenstillstand erbeten und erteilt wird zu ganz bestimmten ausdrücklich bezeichneten Zwecken, und rechtswidrig andere als die für die vereinbarten Zwecke zu vollbringende Handlungen während des Waffenstillstandes ausgeführt werden. Gegen den Sinn und Wortlaut eines Waffenstillstandsvertrages, der den Belagerten nur zur Bestattung der Gefallenen gewährt ist, wird also nicht verstoßen, wenn man mit Waffengewalt die Versuche der Belagerten unterdrückt, während dieses Waffenstillstandes Hilfe und Zufuhr zu erhalten[101]) (cap. LIII). Auch das Rückkehrsrecht *(jus postliminii)* wird von *Rachel* als Bestimmung des Völkerrechts bezeichnet. „*Est vero Postliminium jus, quod nascitur ex reditu in limen, id est fines publicos*“ [102]). Dieses Recht findet nicht nur Anwendung, wenn ein Kriegsgefangener hinter die eigenen Linien zurückkehrt, sondern auch, wenn er von den Bundesgenossen oder von einem alliierten oder befreundeten Herrscher aufgenommen wird, der derselben Kriegspartei angehört wie der Gefangene selbst. Ist dieses nicht der Fall, wendet sich der Kriegsgefangene nur einem „*amicus*“ zu, der nicht zugleich Kriegspartei ist, so wird dadurch sein „*status*“ als Gefangener nicht geändert, es sei denn gemäß einem besonderen *pactum* (cap. LIV).

---

[100]) *Grotius*, a. a. O. *lib. II, cap. XXI § 5*, beschränkt diese völkerrechtliche Vorschrift nur auf Kapital- und Staatsverbrechen: *„Caeterum jus hoc deposcendi ad poenas eos, qui extra territorium profugerunt, hoc et proxime actis seculis in plerisque Europae partibus circa ea demum crimina usurpatur, quae statum publicum tangunt, aut quae eximiam habent facinoris atrocitatem. Minora mutua dissimulatione transmitti invaluit, nisi foederis legibus propius quiddam convenerit."*

Im letzten dem Kriegsvölkerrecht gewidmeten Kapitel (cap. LV) wird die völkerrechtliche Stellung der Geiseln an der Hand der verschiedensten Beispiele dargestellt „*Perfrequens etiam fuit quondam fidei ac securitatis inter gentes confirmandae modus, datis obsidibus*“. Ohne vom Völkerrecht der Geiseln der Gegenwart zu sprechen oder seine eigene Auffassung verlautbar werden zu lassen, berichtet *Rachel* nur über früheren

---

[101]) Ebenso *Grotius*, a. a. O. *lib. III cap. XXI.*

[102]) *Grotius*, a. a. O. *lib. III cap. IX*, behandelt eingehend das *Postliminium*, im § 2 gibt er eine philologische Erklärung des Wortes, die von *Rachel* aufgenommen ist.

Brauch, daß beispielsweise neben den Männern auch Frauen und Kinder[103]) als Geisel gegeben wurden, daß sie bei Verletzung der *fides* oder *securitas,* um deren willen sie gestellt waren, nach Völkerrecht bestraft und getötet werden konnten, ebenso bei einem Fluchtversuch, „*quod in securitatem dati illa ratione eam maxime ipsi laedere conantur*“, daß es schließlich völkerrechtlich erlaubt war, alle Geiseln nach der Flucht auch nur eines von ihnen zu töten, sofern dieses durch die Vereinbarung bedingt war[104]) (cap. LV).

Der an dieses Geiselrecht in den Kapiteln LVI und LVII sich anschließende Exkurs über die Unterscheidung des *jus gentium putativum* und *jus gentium verum* ist bei der Darstellung des allgemeinen Teils über Begriff und Wesen des Völkerrechts behandelt worden, und darf darum hier füglich übergangen werden.

Vierzehn Kapitel sind dem Gesandtenrecht vorbehalten, das *Rachel* als „*humanissimum vero jus gentium, quo legatorum securitatem iis munire placuit*“, bezeichnet. Wenn man versucht, eine gewisse systematische Gliederung in der von *Rachel* gegebenen Darstellung des Gesandtschaftsrechts zu erblicken, so dürfte es die sein: Geschichte und Terminologie (cap. LVIII), Arten und Rang der Gesandten (cap. LIX), das aktive Gesandtschaftsrecht (cap. LX—LXI), das passive Gesandtschaftsrecht (cap. LXII—LXVI), die „Exterritorialität“ *(securitas)* der Gesandten (cap. LXVII—LXX), das Gesandtschaftspersonal und -gebäude (cap. LXXI) und die Folgen der Verletzung des Gesandtschaftsrechts (cap. LXXII).

Nicht auf alle Gesandten, die gemeinhin im Sprachgebrauch „*legati*“ heißen, für die man auch die Bezeichnung „*oratores*“, „*nuntii*“, „*interpretes*“ gebraucht, beziehen sich die Vorschriften des Völkerrechts. Die durch das Völkerrecht gewährten Vorrechte genießen nur Gesandte, die die Bezeichnung „*legati*“ im engeren, im besonderen Sinne verdienen, nur die nämlich, die von der höchsten Autorität (*τὸ κύριον*) eines Staates, vom Staatshaupt „*penes quos est summa reipublicae potestas, seu majestatis civilis*“ an die höchste Autorität, das Staatshaupt eines anderen Staates entsandt werden[106]. Völlige Gleichstellung und Ebenbürtigkeit der Absendestelle wie der Empfangsstelle ist also für diese *legati* die Voraussetzung. Die von *Grotius* als „*legati provinciales, municipales atque alii*“ bezeichneten Gesandten (siehe unten Anmerkung) werden von *Rachel* in zwei Klassen eingeteilt: die von einem Fürsten niederen Ranges und Stellung an einen solchen höheren Ranges entsandten Vertreter heißen „*agentes*“ oder „*residentes*“, die Abgesandten der „*magnae civitates*“ die „*commissarii*“, „*deputati*“ und „*syndici*“. Eine interessante Bemerkung knüpft *Rachel* an diese Benennungen: „*Caeterum in hujusmodi appellationibus usus saepiscule quid mutat, et felicius fere hoc legatorum discrimen jam lingua Gallica aut Italica exprimitur*“. Daraus ist zu schließen, daß einerseits in Italien und Frankreich das Gesandtenwesen besondere Ausbildung erfahren, von diesen Ländern seinen Ausgang genommen hat — infolgedessen hat sich hier eine feste Bezeichnung herausbilden können —, andererseits ist aber auch der Schluß vielleicht nicht falsch, im Hinweis auf die französische Sprache die Entwicklung des Französischen zur Diplomatensprache, die darum die Ausdrücke für Gesandte als *termini technici* besonders auszubilden hatte, zu erblicken. Daß die „*legati magnarum civitatum*“, die nicht „*legati principum*“ sind, vielerlei Rechte und Privilegien haben, die mit denen der *legati principum* übereinstimmen, ist *ex usu cujusque gentis vel civitatis* bezeugt.

---

[103]) *Grotius,* a. a. O. *lib. III cap. IV § 14.*

[104]) Vgl. *Albericus Gentilis, De jure belli, lib. II cap. XIX,* und *Grotius, De jure belli ac pacis, lib. III cap. XX.*

Man hat *legati ordinarii* und *extraordinarii* zu unterscheiden, die *legati ordinarii* sind ständige Gesandte an den Höfen, an die sie entsandt werden, um dort bis zu ihrer Abberufung zu bleiben. Die Bedeutung der *legati extraordinarii* ist insofern eine höhere, als sie mit einer zeitlich begrenzten besonderen Mission beauftragt sind *„vel officii, vel negotii, vel honoris causa"*, d. h. solcher Missionen, die einer dem Absender auferlegten Sühne- oder Wiedergutmachungspflicht entsprechen, oder geschäftlicher Natur sind oder einer besonderen Ehrung gelten. Als eine besondere Klasse werden von *Rachel* noch zu den *„legati"* die Verhandlungsbevollmächtigten gezählt, die im Kriege zum Feind entsandt werden, die früher als *„feciales"*, *„caduceatores"* und jetzt als *„heraldi"* oder *„heroldi"* bezeichnet werden.

---

[106] Derselben Auffassung ist *Grotius*: „*Qualecumque est hoc jus gentium, ad eos legatos pertinet, quos mittunt, qui summi imperii sunt compotes inter se. Nam qui extra hos legati sunt provinciales, municipales, atque alii, non jure gentium, quod inter gentes est diversas, sed jure civili reguntur*“ (a. a. O. *lib. II cap. XVIII § 2*).

Zweierlei völkerrechtliche Prinzipien erwachsen dem Gesandtenrecht: die *legati* müssen zugelassen werden und sie sind unverletzlich. Doch für jede dieser Vorschriften läßt das Völkerrecht Ausnahmen zu. Nur ein schwerwiegender Grund, eine *„justa causa"* rechtfertigt die Zurückweisung der Gesandten, die in der Person des Absenders, in der Person des Gesandten selbst oder in seiner Mission begründet sein kann[107]) (cap. LXII). So darf beispielsweise der Empfang einer bestimmten Person als Gesandter verweigert werden, weil sie sich dem Empfangsstaat feindlich erwiesen hat, oder dem empfangenden Staatshaupt *exosus*, nicht *persona grata* ist. Oder ein anderes Beispiel: ein Gesandter desjenigen Staatshauptes kann abgelehnt werden, der diesen zwar *sub specie officii aut amicitiae* zu entsenden vorgibt, jedoch dringend verdächtig ist, *„non serio rem agere"*, es nicht ehrlich zu meinen, vielmehr die Gesandtschaft zu Spionagezwecken oder zu sonstigen Nachteilen für den Empfangsstaat benutzen will (cap. LXIII). Darum entspricht es völkerrechtlichem Brauch, *„pro jure gentium nonnunquam inter liberos populos principesque observatur"*, vor der Akkreditierung beim Empfangsstaat anzufragen, ob der in Aussicht genommene Gesandte *„persona grata"* ist, oder den Gesandten der Hoheit des Empfangsstaates zu unterstellen, bis seine Akkreditierung erfolgt oder ihm die „Exterritorialität" gewährt ist. Andernfalls muß sich der Gesandte gefallen lassen, vom Empfangsstaat an der Grenze angehalten zu werden, bis der Grund dieser

---

[107]) Von *Grotius*, a. a. O. *lib. II cap. XVIII § 3* werden Beispiele hierfür erbracht.

Mission geklärt oder die „*dignitas*“ des Gesandten geprüft ist (cap. LXIV). Nicht nur nach Völkerrecht, auch nach Naturrecht darf der Gesandte eines Herrschers zurückgewiesen werden, der sich zum Atheismus bekennt. Mit flammenden Worten macht hier *Rachel* gegen den um sich greifenden Atheismus Front. Wie kann man dem, der Gott als den *supremum fidei et societatum arbitrum ac sospitatorem* leugnet, redliche Absicht, redliche Vereinbarungen zutrauen, wie seinem Worte Vertrauen schenken! „*Atheismum enim qui profitetur, fidei omnis, et societatis, et ordinis, et juris divini humanique contemptorem et eversorem se profitetur, qui inter homines ne quidem tolerandus est, nedum ut aptus sit, qui reipublicae alteri aut se aut ipsam rempublicam suam obligare idonee queat, alterumve, cum quo ipsi negotiu sit, satis securum reddere*“ 108) (cap. LXV). Während *Grotius* noch der Auffassung das Wort redete, daß die Zulassung der ständigen Gesandtschaften, der „*assiduae legationes*“, verweigert werden könne, da sie unnötig seien („*optimo autem jure rejici possunt, quae nunc in usu sunt legationes assiduae, quibus quam non sit opus, docet mos antiquus, cui illae ignoratae*“) 109), erkennt sie *Rachel*, obwohl er sie auch nicht für nötig hält, doch als völkerrechtliche Institution an, die *usu gentium* sich eingebürgert hat. Deshalb kann der Gesandte eines Herrschers, der ihn als „ständigen Gesandten“ entsenden will, nicht aus diesem Grunde zurückgewiesen werden, wenn der Souverän, der ihn empfängt, seiner-

---

108) In diesen sprühenden Sätzen verleugnet sich nicht die Herkunft *Rachels* aus dem Pastorenhause und der Einfluß seiner theologischen Studien, diese Sätze sind aber auch wertvoll für die Wertung der Persönlichkeit *Rachels*, ein starker positiver christlicher Glaube spricht aus seinen Worten, mit denen er den Kampf gegen den Atheismus aufnimmt, indem er fortfährt: „*Cum vero Atheismus tantopere inter homines jam invaluerit, ut ne quidem latere cupiat, sed majores subinde vires adquirat, parumque absit, quin gigantum malesano exemplo coelum ipsum huic addicti fratres rescindant, si pacta, foedera, amicitiae in perpetuum quidem conceptae, vix sint solstitiales, atque hoc restibile vinetum, deficiente fide, quotannis, aut etiam saepius eodem anno sit repastinandum; opus est vel maxime cum ad hanc, tum ad rem omnem civilem recte constituendam et administrandam iis hominibus et ministris, qui veram prudentiam, non simulatam adfectant: a quo longissime absunt, qui optimo politicorum vocabulo, sed sensu pessimo insigniri superiori seculo coeperunt*“ (cap. LXV).

109) *Grotius*, a. a. O. *lib. II cap. 18 n. 3* am Schluß.

seits ebenfalls einen ständigen Gesandten am Hofe des anderen *princeps* hält, und dieser Gesandte dort anerkannt ist. Wenn etwas anderes beiderseits vereinbart ist, oder ein schwerwiegender Grund dafür spricht, ist eine andere Regelung möglich und völkerrechtlich gestattet.

Trotz der völkerrechtlichen Anerkennung der *legationes assiduae* ist nach *Rachels* Ansicht und Urteil rechtspolitisch nur zu wünschen, daß dieser Brauch der ständigen Gesandtschaften wieder verschwindet, denn die Wahrheit des französischen Sprichwortes, ein ständiger Gesandter ist ein Verräter, ohne daß dieser Verrat als ein Verbrechen gestempelt würde, wird durch allzu reichliche Beispiele belegt. *„Sane si vel voti vel consilii haec res esset, praestaret morem hunc perniciose receptum abrogare. Nam veritatem adagii Gallici, adsiduum legatum esse sine crimine proditorem, nimis multa exempla comprobant“* (cap. LXVI). Was *Rachel* durch das zitierte Sprichwort so ungeschminkt ausspricht, entbehrt nicht des wahren Kerns. Auch heute ist das Odium, das den ständigen Gesandtschaften in Zeiten politischer Verwickelungen und Spannungen anhaftet, nicht von der Hand zu weisen, und leider auch durch Beispiele der letzten Jahrzehnte durchaus zu belegen. Und doch haben *Grotius* und *Rachel* Unrecht, diese Gesandtschaften als *„non necessariae“* zu bezeichnen; ohne sie wäre der Völkerverkehr nicht mehr denkbar.

In der Streitfrage über den Umfang der Exterritorialität der Gesandten, ob sie nur gegen ungerechte Gewalt geschützt, oder auch von der Gerichtshoheit des Landes eximiert sind, oder ob von dieser Exemption wiederum das *crimen laesae majestatis* ausgenommen werden muß, entscheidet sich *Rachel* für die These, daß nach Völkerrecht die Gesandten von der Gerichtsbarkeit des Aufenthaltlandes befreit sind. Allerdings können sie von dem Staate, von dem ihnen ein Vergehen vorgeworfen wird, in ihren Heimatstaat abgeschoben werden und zwar unter Darlegung der Gründe und mit dem Ersuchen um Bestrafung oder Auslieferung zu diesem Zwecke. Die *securitas*, die gesicherte Exterritorialität des Gesandten muß, da die

Funktionen des Gesandten nicht nur vorteilhaft und nützlich, häufig vielmehr durchaus notwendig sind, den Vorteil, den die Bestrafungsmöglichkeit bietet, unbedingt überwiegen. „*Cum vero legatorum munus non tantum sit utile, sed saepe summe necessarium, utique gentes majorem iis ac praecipuam quandam securitatem tribuere voluisse videntur: id quod Grotius confirmat partim illarum voluntate expressa, partim praesumpta. Et licet juris naturalis autoritas sit maxima, neque temere delicta, quibus illud violatur, debeant esse impunita, non tamen necessum est, neque conditioni legatorum ex jure gentium convenit, ut puniantur illi ab ea republica, ubi deliquerint, sed possunt remitti ad suum dominum cum elogio, postulata ab eo vindicta, vel deditione. Nam securitas legatorum utilitati, quae ex poena est, praeponderat, inquit bene Grotius*“ 110). Aeußersten Falles jedoch — darin ist *Rachel* mit *Grotius* einig — darf, wenn für den Staat durch den Gesandten eine drohende Gefahr heraufbeschworen und diese nicht anders abzuwenden ist, der Gesandte aus Notwehr, nicht zur Strafe, „*per modum defensionis, non per modum poenae*“, festgenommen werden, ja selbst seine Tötung ist dann gerechtfertigt (cap. LXVIII).

Zur Beobachtung der Exterritorialität des Gesandten ist ein Staat völkerrechtlich, *ex jure gentium per tacitam conventionem* nur verpflichtet, wenn der Gesandte von ihm angenommen ist; Gesandte, die nicht besonders zugelassen sind, genießen auch in keiner Weise den besondern Schutz der Exterritorialität, der *securitas*. Man kann, „*non accepta venia*“, d. h. wenn die Gesandten das Akkreditiv des Empfangsstaates nicht erhalten haben, ihnen feindlich begegnen, man darf sie mit Gewalt entfernen, sie festnehmen und unter Umständen sogar töten (cap. LXIX). Ist jedoch eine Gesandtschaft zugelassen, so genießt sie das Vorrecht der Immunität („*legati praesidium habent*“) selbst beim Feinde. Denn für manche Angelegenheiten im Kriege gibt es keinen andern Weg, als daß sie durch Gesandte ihre Erledigung finden, auf andere Weise kann selbst der

---

110) *Grotius*, a. a. O. *lib. II cap. XVIII § 4.*

Friedensschluß nicht zustande kommen[111]). Hieraus glaubt *Rachel*[112]) die noch neue Vorschrift des Völkerrechts *(novum illud inter gentes jus)* erklären zu können, daß auch den „Parlamentären“, den *„tubicines“,* deren man sich zur Vermittlung von Botschaften zwischen den Kriegsparteien bedient, das Gesandtenprivileg besonderen Schutzes gewährt wird; wieweit dieses *novum jus* auf das *antiquum gentium jus* der *caduceatores* sich zurückführen läßt, läßt *Rachel* dahingestellt sein (cap. LXXI).

Nicht nur die Gesandten, sondern auch das Gesandtschaftspersonal und sein Hausgerät sind in die *„securitas“* mit einbezogen, auch sie sind unverletzlich. Die *ministri* und *comites,* das Personal, dessen der Gesandte bedarf, gelten als *partes legatorum,* ebenso die *„instrumenta et quatenus usus sit iis“* stehen unter besonderem Schutz der Gesandtentätigkeit. Im Falle eines schweren Delikts seitens eines Mitgliedes seiner Begleitung kann dieses von dem Gesandten zur Auslieferung verlangt werden; weigert sich dieser oder gibt er keine Genugtuung, so ist man befugt, gegen ihn selbst mit den schon beschriebenen Mitteln vorzugehen (cap. LXXI).

Daß dieses Gesandten-Völkerrecht von weittragendster Bedeutung ist, daß seine Nichtbeobachtung und die Verletzung der Gesandten die schwersten Folgen nach sich ziehen kann, davon zeugen die häufigen Kriege, die dadurch veranlaßt sind. Während *Rachel* den Krieg als Sühne solcher Völkerrechtsverletzungen nicht zu schwer zu erachten scheint, mißbilligt er jedoch das *jus talionis,* die Retaliation, die teilweise anerkannt und geübt wird. Die Retaliation widerspricht dem Sinne des Prinzips der *securitas,* die gemäß Völkerrecht dem Gesandten zugebilligt ist und die nicht hintangesetzt werden darf, um

---

[111]) *Grotius,* a. a. O. *lib. II cap. 18 § 6: „Nam in bello plurima incidunt negotia, quae nisi per legatos transigi non possunt, et ipsa pax vix est ut aliter coeat“.*

[112]) *Rachel* spricht hier beachtenswerterweise nicht wie an anderen Stellen vom *novum jus gentium,* sondern er sagt, daß ein *„novum jus inter gentes exstitisse“.* Ob diese Bezeichnung mit Vorbedacht hier gewählt ist, um eine gekünstelte Unterscheidung zwischen der zwischenstaatlichen Regel und dem *jus gentium,* wie *Zouch* es getan, zu machen, läßt sich nicht entscheiden.

Vergeltung zu üben. „*Jus enim gentium non solum mittentis dignitati, sed et ejus, qui mittitur, securitati prospicere ac cavere voluit*“ (cap. LXXII).

Der dritte Hauptteil der systematischen Darstellung des positiven Völkerrechts, das *jus gentium proprium* erfährt eine wesentlich kürzere Behandlung als die vorangehenden Abschnitte des *jus gentium commune,* als das Kriegsrecht und Gesandtenrecht. In sechs Kapiteln wird das Recht der einzelstaatlichen Verträge dargestellt, insbesondere das der Friedens- und Bündnisverträge. Die Systematik dieses Teiles ist folgende: Begriff und Wesen des *jus gentium proprium* (cap. LXXIII bis LXXV), generelle Einteilung der Verträge (cap. LXXVI), die Friedensverträge im besonderen und ihre Einteilung (cap. LXXVII), die Bündnisverträge und ihre Einteilung sowie die Handelsverträge (cap. LXXVIII).

Das *jus gentium proprium* beruht auf ausdrücklichen Vereinbarungen einer bestimmten Anzahl Völker, dessen verpflichtende Kraft sich nur auf die einzelnen Staaten erstreckt, die diese Verträge zu eigenem Nutzen, *definite suae utilitati* geschlossen haben. Darum kommt diesem partikularen Völkerrecht grundsätzlich auch nicht der dem *jus gentium commune* innewohnende Charakter der Ausdehnungsmöglichkeit auf andere als die ursprünglichen Vertragsstaaten zu. *Rachel* leugnet jedoch nicht, daß zuweilen ein *jus gentium proprium* zwischen wenigen einzelnen, ja zwischen nur zwei Staaten auch durch *consuetudo,* also durch ein *pactum tacitum* als gewohnheitsrechtliches Völkerrecht entstehen könne, wenngleich diese Ausnahme nicht häufig ist. Die hierfür aus der griechischen und römischen Geschichte gewählten Beispiele können allerdings nicht überzeugend wirken. *Rachel* erinnert an die Sitte, die Gefangenen an den Tagen des Triumphzuges zu töten, die zwar in Rom anerkannt sei, aber nicht in Griechenland, doch von einigen griechischen Völkern geübt würde. Hier habe man es offenbar mit einem *jus proprium* zu tun. Dem kann jedoch entgegnet werden, daß hier überhaupt kein „*jus gentium*“ vorliegt, sondern ein Brauch eines einzelnen Volkes, den man nicht in die Sphäre des Völkerrechts heben darf. Der Nachweis eines nicht auf staatsvertraglicher Basis entstandenen gewohnheitsrechtlichen partikulären Völkerrechts zwischen einzelnen wenigen Staaten ist schwer festzustellen, wenn auch ein solches Recht theoretisch denkbar ist.

Rachel betont nachdrücklichst, daß durch das *jus gentium proprium* die *placita dura, aspera et rigida,* die zu harten Sätze des *jus gentium commune* zumeist gemildert werden, und wenn nicht alle Unbilligkeit behoben werden kann, doch wenigstens einige Materien wesentlich gemäßigt werden. Insbesondere glaubt er diese Humanisierung dem *„jus proprium“* derjenigen Völker zuschreiben zu können, die dem Einfluß des Christentums und seiner *„regulae charitatis“* unterliegen (cap. LXXIV). Diese Auffassung *Rachels* ist besonders verständlich, wenn man sich der Sätze des Kriegsrechts erinnert, die *Rachel* dem „allgemeinen Völkerrecht“ zugeschrieben hat. Daß die einzelnen Völker — es handelt sich im allgemeinen ja nur um die christlichen Völker — durch einzelne Sonderverträge oder durch gewohnheitsmäßige Uebung, die auch nach allgemeinem Völkerrecht noch erlaubten grausamen Methoden der Kriegführung zu mildern versuchen, war zu *Rachels* Zeiten nicht weniger Bedürfnis als heutigen Tages, wofür der Weltkrieg Beweise genug gegeben hat, in dem beispielsweise partikuläres Kriegsgefangenenrecht auf Grund besonderer Abkommen entstand, um noch über die Bestimmungen des Haager Abkommens hinaus mildernd zu wirken.

Die *pacta* oder *placita* des *jus gentium proprium* werden von *Rachel* in *foedera* und *pactiones aliae,* Bündnisse und andere (ausdrückliche) Verträge, eingeteilt. *Grotius*[113]) nennt neben diesen beiden Arten der *publicae conventiones* noch die der *sponsiones.* Letztere werden von *Rachel* ausdrücklich mit der Begründung abgelehnt, daß die *sponsiones,* „Unterhandlungsvereinbarungen“, nicht zum Völkerrecht gehören. Denn diese *sponsiones,* welche durch Unterhändler, ohne daß sie genügende Vollmacht dazu haben, im Namen des Staates abgeschlossen werden, können zwar vom Staat späterhin ratifiziert werden („*ratae habeantur*“), und damit *solidum juris effectum*, Rechtskraft erlangen, hören aber mit diesem Augenblick auch auf, *sponsiones* zu sein, und verwandeln sich in *pactiones*. *Sponsiones* sind keine *conventiones publicae* des Völkerrechts, deren Bedeutung und Prinzip nicht darin liegt, daß sie materiell staatsgeschäftlichen Inhalts sind, als vielmehr, daß sie formell *ipsius reipublicae autoritate,* auf Weisung und mit Vollmacht der höchsten Staatsgewalt abgeschlossen werden „*hae enim demum proprie est conventio publica: qua de re plura commentatus sum ad d. c. Grotii*“ [114]) (cap. LXXV).

---

[113]) *Grotius,* a. a. O. *lib. II cap. XV (de foederibus et sponsionibus) § 2: „publicas has conventiones dividere possumus in foedera, sponsiones, pactiones alias“.*

Die *publicae conventiones* umfassen einen größeren Kreis vertragschließender Staaten, oder nur einen kleineren, ja zu Zeiten werden sie, wie von *Rachel* früher schon hervorgehoben ist, nur von zwei Staaten abgeschlossen. Nach dem Umfang dieser Beteiligung ist die Unterscheidung des „*jus gentium proprium latius patens*“ und „*arctius*“, weiteres und engeres partikulares Völkerrecht möglich [115]). „*Jus gentium proprium possit subdividi in latius patens et illo arctius. Illud est, quo satis multae gentes, hoc, quo paucae admodum pactis ad definitum usum comparatis consociatae mutuo obligantur*“ (cap. LXXVI). Als Beispiele des *jus gentium proprium latius patens* nennt *Rachel* die großen Friedensverträge seiner Zeit, das Friedensinstrument von Osnabrück und Münster 1648, das alle Hauptmächte Europas umfaßt, und die Verhandlungen zum Abschluß des Friedensvertrages von Nimwegen, die 1676, als *Rachel* sein „Völkerrecht“ herausgab, angebahnt waren und dazu führen sollten, „*plures certe gentes, respublicas et principes obligatione seu jure*“ vertraglich zu binden. Die scheinbar gleiche Einteilung des *jus gentium proprium* wie des *jus gentium commune* in dieselben Unterabteilungen birgt doch einen gewichtigen

---

[114]) *Rachel* erwähnt hier seinen Kommentar zum *Grotius*, der unvollendet und unveröffentlicht geblieben ist.

[115]) Diese Unterscheidung in *jus latius patens* und *jus minus late patens* hat *Rachel* in Anlehnung an *Grotius* auch dem *jus gentium commune* unterstellt (cap. L).

Unterschied in sich. Der Natur des *jus gentium commune* entsprechend dienen seine Regeln der Vielheit der Staaten, (*„multae gentes“)*, zum Nutzen und Vorteil, sie beziehen sich nicht auf die *utilitas,* den egoistischen Nutzen bestimmter Einzelstaaten, sie sind vielmehr um der allgemeinen Wohlfahrt willen von den meisten oder doch allen kultivierteren Staaten angenommen. Das *jus gentium proprium* hingegen bindet vertraglich nur zwei oder eine Vielheit von Staaten *(„multae gentes“)* gegenseitig in Hinblick auf verschiedenste Materien, aber immer nur *ad usum proprium vel singularum vel paucarum gentium,* zum ureigensten Interesse dieser einzelnen wenigen, sich vertraglich gegenseitig bindenden Staaten. Bei dieser Unterscheidung ist zu bemerken, daß der Begriff *„multae gentes“*, die Vielheit der Staaten, der zur Unterscheidung des *jus latius patens* und des *jus minus late patens* sowohl im *jus gentium commune* wie im *jus gentium proprium* zur Anwendung kommt, absolut oder relativ *(„absolute vel comparate“)* verstanden werden kann; im *jus gentium commune* ist der Begriff *multae gentes* absolut aufzufassen, im Sinne einer umfassenden Vielheit von Staaten, im *jus gentium proprium* im relativen Sinne zu verstehen, im Sinne einer Mehrzahl von Staaten, die der „Einzahl“ des bilateralen Vertragsverhältnisses zweier Staaten gegenüber steht.

Besonders neuzeitlicher Völkerbrauch ist es, die Friedensverträge in einen Hauptvertrag, *„conventio publica pacis principalis“*, und einen Zusatzvertrag, *„conventio publica accessoria“*, zu teilen. Der Hauptvertrag hat den Friedensschluß zum Inhalt *(„ita est, quae spectat ipsum finem principalem, pacem“),* der akzessorische Vertrag dient der Aufnahme von Bestimmungen, die den im Hauptvertrage vereinbarten Friedensschluß dadurch besonders sichern sollen, daß die am Vertrag beteiligten Staaten beispielsweise sich gegenseitig die Rückgabe des Eigentums, die Sicherheit und Schutz garantieren[116]). Zuweilen werden die

---

[116]) Die alte Benennung für einen solchen akzessorischen Vertrag ist darum auch *„Guarantia“*, der Garantiepakt. Daß eine solche Garantie oft nur eine trügerische Sicherheit, ein *„praesidium lubricum“* ist, könnte man, wie *Rachel* bezeugt, durch reichliche Beispiele belegen.

Friedensvertragsbestimmungen durch die Uebernahme einer Garantie durch dritte, nicht unmittelbar am Vertrag beteiligte Staaten als Garanten des Friedens gesichert, sei es, daß auf diese sich die Bedingungen des Friedensvertrages überhaupt nicht beziehen, sei es, wenigstens nicht in der Hauptsache, nicht *principaliter* (cap. LXXVII).

Die Bündnisverträge, *foedera,* werden von *Rachel* als die „*conventiones notissimae et frequentissimae*" bezeichnet. Vom Staatshaupte feierlichst abgeschlossen, machen sie den gesamten Staat für die Innehaltung und Beobachtung ihrer Bestimmungen nach göttlichem und menschlichem Recht verantwortlich. Sie sind entweder *foedera aequalia,* Bündnisse zu gleichem Rechte, oder *foedera inaequalia,* ungleiche Bündnisse, je nachdem, ob auf beiden Seiten den Vertragskontrahenten gleiche Rechte und gleiche Pflichten gegeben werden, oder die eine Vertragspartei größere Rechte, die andere größere Lasten auf sich nimmt[117]). Die *foedera* können verschiedenen Inhalts und Zweckes sein: *pacis causa* und *societatis bellicae gratia*, diese letzteren Bündnisverträge sind entweder Defensiv- oder Offensiv-Bündnisse, sie sind entweder bestimmt „*ad tuendas forte fines*", zum Schutz gegen den Angriff eines Dritten, oder „*ut auxilia promittantur ad certum bellum aut in certos hostes*", als spezielles Offensivbündnis gegen einen bestimmten Feind, zu einem bestimmten Krieg, oder „*ut auxilia promittantur ad quodvis bellum, contra quemvis hostem*", als genereller Allianzvertrag (cap. LXXVIII).

Mit dem kurzen Hinweis auf die „*foedera commerciorum causa*", die Handelsverträge, die zur Sicherung des Handels oder zu seiner Ausgestaltung dienen, schließt *Rachel* diesen Teil seiner Darstellung ab, der eine knappe, aber die wichtigsten Materien des positiven Völkerrechts umfassende Uebersicht über „das, was völkerrechtlich gilt", gibt.

---

[117]) *Grotius* wird von *Rachel* als Gewährsmann zitiert, der a. a. O. *lib. II cap. XV § 6* sagt: „*Conventiones, quae juri naturae aliquid adjiciunt, aut aequales sunt aut inaequales. Aequales sunt, quae utrimque eodem modo se habent . . . ex aequalibus qualia sint inaequalia, facile est intellegi. Promittuntur autem inaequalia aut ex parte digniori, aut ex minus digna.*"

Besonderer Hervorhebung bedarf noch ein Kapitel (cap. LXXIX), das dem systematischen Teile angegliedert ist, in dem *Rachel* betont, daß von den Rechtsgeboten die Gebote der Moral, der internationalen Höflichkeit, das internationale Zeremoniell zu unterscheiden ist. *Rachel* hat schon erkannt, daß die Art der Geltung von Recht und Sitte nicht verschieden ist. Beide beanspruchen Zwangsgeltung *(autoritas et necessitudo)*, Recht und Sitte sind verwachsen, wesensgleich, sie unterscheiden sich nur dadurch, daß die Benennung *jus* des „formalen, juristischen Rechts“ [118]) im Gebiet der Sitte dem Worte „*officium*“ weichen muß und die Zwangsgeltung nicht immer die gleiche ist. „*Cum vero in moralibus latius patet officii quam juris nomen, et saltem non semper utriusque sit eadem autoritas et necessitudo*“. So sehr es zu bedauern ist, daß *Rachel* nur flüchtig die Probleme des Verhältnisses von Recht und Sitte streift, so ist aus den wenigen Worten doch seine Grundauffassung zu erkennen, die als „organisch-ethische“ zu bezeichnen ist, welche im Gegensatz zur „juristischen“ Anschauung Recht und Sitte nicht scharf trennt, sondern „beide Gebiete als Einheit“ auffaßt. Wie in der Sitte, in *moralibus,* sieht *Rachel* auch im Völkerrecht gewisse *officia,* Verpflichtungen, die aus der Völkerpraxis unzweifelhaft ihren Ursprung haben, „*etiam in jure gentium recepta esse videmus quaedam officia, quae .... omnia ex instituto gentium descendere certum est*“. Solche „Völkerrechtssitte“ (Völkercourtoisie, *comitas gentium*) [120]) sind die Zeremonien beim Empfang, bei dem Weggange, der Behandlung der Gesandten, die Höflichkeitsbezeugungen bei Reisen unter fremder Gerichtshoheit, bei der Durchreise nahe einer Festung oder bei der Rückreise. Daß diese Gebote internationaler Höflichkeit, diese *officia* die gewissenhafteste aufmerksamste Beobachtung zu finden pflegen, *„magna sedulitate ab istarum rerum peritis observari solent,* ist eine von *Rachel* besonders betonte Feststellung.

---

[118]) Vgl. hierzu *Niemeyer,* Rechtspolitische Grundlegung der Völkerrechtswissenschaft, S. 8—10; derselbe, Recht und Sitte, Akademische Festrede, Kiel 1902, S. 13, und „Völkerrecht“, S. 35—37.

[119]) *Niemeyer,* Rechtspolitische Grundlegung, S. 9: „Sowohl in dem geschichtlichen Leben der Völker als in der Gedankenwelt der Wissenschaft lassen sich zwei verschiedene Grundauffassungen erkennen, deren eine Recht und Sitte scharf scheidet, während die andere beide Gebiete als Einheit auffaßt. Die erstere Anschauung kann man als juristische, die andere als organisch ethische bezeichnen“.

[120]) *Isay, Ernst,* Völkerrecht, Breslau 1924, S. 21. „Die Völkerrechtssitte .. ist so wenig Völkerrecht, wie der Handelsbrauch Handelsrecht ist. Sie wird befolgt, nicht um einer Rechtspflicht, sondern um dem Herkommen und der Anstandspflicht zu genügen“.

Wirkungsvoll stellt *Rachel* zum Schlusse seines Werkes (cap. CXIX—CXXI) die rechtspolitische Forderung auf, die, soweit feststellbar, bei *Hugo Grotius*[120] zum ersten Male, allerdings nur andeutungsweise, dann aber auch von *Pufendorf* aufgestellt ist, daß der Ausbruch von Kriegen durch völkerrechtliche Mittel, wenn nicht ganz zu verhindern, so doch zu erschweren und seltener zu machen ist. In geradezu neuzeitlichem Geiste tritt *Rachel* für die Idee der internationalen Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit ein, durch die alle unter den Völkern entstehenden Streitigkeiten zu entscheiden und zu schlichten sind. Gerade diese Ausführungen lassen *Rachel* als Mann fortschrittlicher Gesinnung und scharfen, praktischen Blickes erkennen, der nicht in der Erdenferne theoretischer Wissenschaft thront, der vielmehr diese zur Dienerin des Wohles und Fortschrittes der Menschheit zu machen bestrebt ist. Und doch mußte seine Stimme ungehört verhallen, noch mußten über zwei Jahrhunderte vergehen, bis daß die Völker seine Gedanken und Forderungen in die Tat umsetzten oder umzusetzen versuchten. Wie *Rachel* durch das Blut und den Jammer des dreißigjährigen Krieges und der ihm folgenden Verwickelungen gewißlich veranlaßt wurde, den Völkern den Weg zur Vermeidung solcher Völkerkriege zu zeigen, internationale Gerichte zu fordern, so waren all der Schrecken und alle die fürchterlichen Leiden der Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts,

---

[121] *Grotius*, a. a. O. *lib. II cap. 23 § 8: „maxime autem Christiani reges et civitates tenentur hanc inire viam* (scilicet des Schiedsgerichts) *ad arma vitanda.“ . . . Et tum ob hanc tum ob alias causas utile esset, imo quodammodo factu necessarium, conventus quosdam haberi Christianarum potestarum, ubi per eos quorum res non interest, aliorum controversiae definiantur: imo et rationes ineantur cogendi partes ut aequis legibus pacem accipiant.*

insbesondere des Weltkrieges nötig, um die Völker reif zu machen, die von *Rachel* gewiesenen völkerrechtlichen Mittel als Schutzwall gegen den Krieg ins Leben zu rufen.

Rachel glaubt zu genüge den Nachweis erbracht zu haben, daß die Regeln des Völkerrechts von allen Völkern anerkannt werden, daß diese sich darauf berufen und von seiner Rechtsverbindlichkeit überzeugt sind. Dieses Band, das die Völkergemeinschaft umspannt, wird von denen jedoch unverantwortlicherweise zerrissen, die die Existenz des Völkerrechts bestreiten. Durch Leugnung des Völkerrechts wird aber eine ungeheure Gefahr für die Wohlfahrt und Kultur der Völker heraufbeschworen. Zum Besten dieser Völkerwohlfahrt ist es darum besonderer Anerkennung wert, verrät es tiefstes Verständnis für das Völkerrecht, wenn man die Völker, die Staaten und deren Lenker vor allem dazu veranlaßt, ein „*Collegium aliquod Fecialium*“, eine *Cour internationale*, ein internationales Kollegium, aus freier Entschließung durch einen allgemeinen Vertrag einzusetzen, durch das über alle unter den Völkern entstehenden Streitigkeiten verhandelt, erkannt und entschieden wird. Der Krieg ist alsdann die „*extrema necessitas*“, das letzte Mittel, zu dem nur geschritten wird, wenn er gegen einen Staat unternommen werden muß, der sich dem Urteil jenes Gerichtshofes nicht beugen, oder auf sonstige Weise die Autorität und die Beschlüsse dieses Kollegiums nicht anerkennen will („*ita ejus eximium studium bonamque mentem profitentur, qui gentibus, civitatibus, principibus hoc consilium jam ante hac commendarunt, ut ipsorum arbitratu Collegium aliquod Fecialium communi conventione constituatur, in quo controversiae inter gentes ortae primo omnium cognoscantur, disceptentur et judicentur, neque bello nisi extrema necessitas viam aperiat, sic ut illud in eos demum suscipiatur, qui forte judicatum facere nolint, aliisve modis hujus collegii autoritati ac decretis contumaciam suam objiciant*“) (cap. CXIX).

Rachel ist sich der Schwierigkeit, die der Ausführung dieser Idee in der Praxis der Völkergemeinschaft entgegensteht, vollauf bewußt, er weiß und sieht, daß die Völker für sie noch nicht reif sind, aber er tritt für sie trotzdem mit der Glut seines Herzens, im wahrhaften Idealismus ein, weil er von ihrer Richtigkeit überzeugt ist. „*Videri quidem haec multis idea bonae mentis, et, si tempora moresque spectes, videri poterit.*“ Wie Philosophen und Historiker den Ideal-Staat oder den Ideal-Staatslenker nach der ihrem eigenen Hirn entsprungenen Idee gestaltet haben und hier und da Männer gefunden haben, die diesem Ideal nachlebten, die ihre Dogmen fruchtbringend zur Anwendung auf den eigenen Staat brachten, so ist auch *Rachels* Idee des Völkergerichtshofes keine Utopie, für die sie auf den ersten Blick wohl gehalten werden kann, sondern der Art, daß ihre Verwirklichung im Völkerleben von unübertroffenem Nutzen ist. „*Profecto haec idea non est ejus notae, cujus Platonis rerum omnium communio, sed et talem haberi posse non est impossibile, ejusque utilitas futura esset longe maxima*“. Wenn er auch resigniert sich bescheidet, daß man allen oder der Mehrzahl der Völker, „*omnibus gentibus aut plerisque*“, die Ueberzeugung von dem gewaltigen Nutzen des internationalen Gerichtshofs nicht vermitteln kann, so legt er doch den christlichen Völkern die Befolgung seiner Anregung als im Sinne der Lehre ihres Schöpfers ganz besonders ans Herz. Diesen Plan der Errichtung eines Völkergerichtshofs sollen alle christlichen Herrscher erwägen, wie ihn König Heinrich IV. von Frankreich [122] gehegt hat. Sie sollen aber nicht nur einen solchen Plan hegen, sondern ihn auch zur Ausführung bringen, einen Plan, dessen Gestaltung von ihrem Willen und Belieben abhängt. Die Leiter der Staaten sind die ersten Diener der Gerechtigkeit. Je mehr sie hiernach trachten, um so einleuchtender und annehmbarer muß ihnen der Plan internationaler Gerichtsbarkeit sein. „*Qui civitatibus regendis praesunt, justitiae debent esse observantissimi. Hujus quo quis fuerit studiosior, eo lubentius hoc*

---

[122] *Schücking*, Die Organisation der Welt, Leipzig 1909, S. 46 erwähnt, daß dieser Plan nicht von *Heinrich IV.*, sondern von seinem Minister *Sully* ausging, der mit besonderem Geschick seinen Ideen dadurch einen besonderen Glanz zu verleihen wußte, daß er sie dem König *Heinrich IV.* unterschob, der nur durch seinen jähen Tod von der unmittelbaren Verwirklichung des „*grand dessin*“ abgehalten sei.

consilium amplectetur“. Für alle diejenigen freilich, die von Ehrsucht, Herrschsucht, von Lust an Kriegen, am Blutvergießen, von „*gloire*“ getrieben werden, ist ein solcher Vorschlag eines internationalen Gerichtshofs unannehmbar. Und mit beredten, eindringlichsten Worten werden von *Rachel* die Segnungen geschildert, die nach Verwirklichung dieses Planes den Völkern erblühen: Keine Unterdrückung des Schwachen durch den Mächtigeren, denn die Gerechtigkeit wird zu Gericht sitzen, der Schwache braucht nicht mehr die Uebermacht des Stärkeren beargwöhnen, keine unnötigen, die Untertanen bis zur Armut aussaugenden Ausgaben für die Heere; Neid, Haß und Mißgunst hören auf, oder lassen wenigstens es nicht mehr zu blutigen Kriegen kommen. Man glaubt, eine Schrift unserer Tage vor sich zu haben, wenn man die warmen, von leidenschaftlichem Impuls getriebenen Sätze *Rachels* liest: „*Si qui vero ambitione, avaritia, imperitandi libidine et insolentia aliisque vitiis ducti bella ex bellis serere, plurimumque per caedes hominum sanguinem effundere, pro ludo aut gloria ac potentiae materia habent, his certe hoc consilium nullo modo probari potest, cum illud in praesidium non eorum sit cessurum, qui injurias inferre velint, sed qui pati nolint. Quippe hoc consilio admisso, potentior inferiorem non opprimet, quia Deum et Justitiam superiores se agnoscit, unde tantum abest, ut quid decedat potentiae et dignitati alicujus regis, ut potius tanto major sit futura ejus laus animique generositas. Infirmior qui sit, non suspectas habebit aut sibi formidabiles potentioris vires; non tanto sumptu et subditorum ad extremam paupertatem praecipitantibus impensis alentur milites et exercitus: simultates, invidiae et similes pestes vel cessabunt, vel certe non facile tunc in cruenta bella prorumpent. Otio vero depellendo et ignaviae declinandae alia, eaeque commoda, et Christiano orbi plurimum profutura remedia supererunt*“ (cap. CXX).

Wenn aber die Verwirklichung eines Völkergerichtshofs auch *Rachel* kaum zu erhoffen wagt, so ist ein solcher Gerichtshof doch besonders zum Gedeihen und zur Befriedung der deutschen Stämme von der größten Bedeutung.

Von Tag zu Tag zerfällt das Reich mehr in seine Teile infolge der Streitigkeiten und Kriege der einzelnen Stämme und Staaten, Deutschland wird durch die inneren Streitigkeiten und das Hereinziehen auswärtiger Mächte immer mehr in seinem einheitlichen Gefüge gelockert. Und doch bilden in Wahrheit die deutschen Staaten ein einheitliches Reich[123]). Die Schäden der Zersplitterung durch innere Kämpfe zu heilen, dazu bedarf es eines solchen Gerichtshofes zur Entscheidung der Streitigkeiten der deutschen Einzelstaaten. Als Beispiele solcher Einrichtungen für die Vermeidung von Kriegen innerhalb eines größeren Ganzen nennt *Rachel* den Achaischen Bund, den Bund der Schweizer Kantone, sowie den Bund der sieben belgischen Provinzen. Ein *„Collegium aliquod Fecialium“* für die Gesamtheit der im Deutschen Reich vereinigten Staaten, das über Krieg und Frieden und über die gemeinsame Politik gegenüber allen Machinationen von außen und innen nach festen Regeln entscheiden soll, ist darum die Forderung und Empfehlung, in die *Rachel* sein „Völkerrecht“ ausklingen läßt: *„Maximo Imperii et singulorum Ordinum bono Collegium aliquod Fecialium excitari, cui res ad pacem bellumque et continendam reipublicae nostrae adversus molitiones sive internas communionem pertinentes, certis legibus, quales quidem nostrarum rerum conditio suggeret, committi queant, prudentiorum deliberationi relinquo, commendo“.*

VIII.

Nys[124]) hat die Frage aufgeworfen: *„Rachel fut-il un novateur?“* Er glaubt die Frage verneinen zu müssen, und zwar motiviert er seinen Standpunkt damit, daß seit dem Ende des 17. und im Anfang des 18. Jahrhunderts Gelehrte, die sich mit *Rachels* Schrift „*De jure naturae et gentium*“ befaßten, festgestellt haben, daß die Grundideen dem bedeutenden Vorgänger *Hermann Conring* entnommen waren, daß schon vor *Rachel Johann Conrad Dürr*[125]) die Unterscheidung von Naturrecht und Völkerrecht in der *dissertatio* „*De jure gentium cum jurenaturae consensu*“ (1671) unternommen hat. *Nys* hat die besondere Bedeutung *Rachels* nicht erkannt, *Rachel* war durchaus ein „Neuerer“ und muß als solcher gewertet werden, die dagegen von *Nys* herangezogenen Gründe sind nicht überzeugend. Daß *Rachel* Grundideen von *Hermann Conring* übernommen hat, ist, wie aus *Rachels* eigenen Zitaten hervorgeht, gewiß nicht abzuleugnen, nimmt auch nicht Wunder, wenn man sich erinnert, daß *Rachel* in Helmstädt *Conrings* Schüler und späterer Freund und Kollege war. Grundideen hat er ebenso *Hugo Grotius* entnommen. Und wenn 1686 *Johann Nikolaus Hertius* (Gießen 1652—1710) durch einen seiner Schüler namens *Viselius* eine Doktorarbeit *Commentatio de lytro* verfertigen ließ, in der behauptet wird, daß *Hermann Conring* die Bezeichnung „Völkerrecht“ für die zwischen den einzelnen Völkern abgeschlossenen Staatsverträge gegeben hat, und daß *Rachel* hierin *Conring* folgte, aber andere Autoren sich dieser Ansicht nicht angeschlossen hätten, so mag das zutreffend sein. Auch *Barbeyrac* hat in seiner kommentierten französischen Uebersetzung von *Pufendorfs* „*de jure naturae et gentium libri octo*“, *editio nova,* zu lib. II, cap. III, § 23[126]) die Notiz gemacht, daß sich diese Sätze, in denen *Pufendorf* die positivistische Doktrin des Völkerrechts, allerdings ohne Namensnennung *Rachels*, bekämpft, auf *Samuel Rachel* beziehen, welcher *Hermann Conring* folge[127]).

---

[123]) *Rachel* beruft sich hier auf seinen Helmstädter Lehrer und späteren Freund *Hermann Conring*: *„Illud enim perpendendum relinquo, annon principes Germaniae singuli propemodum singulas habeant respublicas, et totum sanctum Romanum imperium non sit vere una respublica, utut multa adhuc habeat communia omnibus. Relinquo hoc perpendendum aliis“ (De pace perpetua inter Imperii Ordines, § 2, concl. 17).*

[124]) *Nys, „Le droit de la nature et le droit des gens au XVII siècle“, Revue de droit international et de législation comparée,* 1914, Bd. XVI, S. 285.

---

[125]) *Johann Conrad Dürr*, geb. 1625, 1654 Professor der Theologie und Philosophie an der Universität Altorf, schrieb 1671 die *dissertatio de jure gentium cum jure naturae consensu,* starb 1677.

[126]) „Ich weiß wohl“, sagt *Pufendorf*, „daß ein gewisser Gelehrter zum Völkerrecht die einzelnen Verträge von zwei oder mehreren Staaten hat hinzunehmen wollen, die durch Bündnisverträge oder Friedensverträge ins Leben gerufen werden. Aber meiner Meinung gibt es keinen schieferen Gedanken als diesen. Denn mag man auch verpflichtet sein, diese Verträge unverletzlich zu halten mit Rücksicht auf die Maxime des natürlichen Rechts, das uns unser Wort zu halten gebietet, man würde ihnen hierauf nur in einem sehr unpassenden Sinne den Ausdruck „Recht“ geben können. Uebrigens gibt es eine unbegrenzte Zahl dieser Art Verträge, und meistens ist ihre Dauer begrenzt. Und vor allem begründen sie keine andere spezielle Art vom Recht, als die speziellen Verträge zwischen Einzelpersonen, die ganz gewiß keinen Teil des *corpus juris* bilden, vielmehr der Geschichte angehören“. (Siehe S. 34 u. 35 dieser Abhandlung.)

Rachels Verdienst bleibt es trotzdem, als erster diesen Begriff des Völkerrechts methodisch verwertet und ausgestaltet zu haben. Daß schon vor *Rachel Johann Conrad Dürr* die Unterscheidung von Natur- und Völkerrecht vorgenommen hat, — das zweite von *Nys* angeführte Argument gegen die Auffassung, daß *Rachel* als Bahnbrecher und Gründer der positiven Völkerrechtswissenschaft anzusehen ist, — hat auch schon *v. Ompteda*[128]) festgestellt. Aber zwischen der Anschauung *Rachels* über den Begriff des Völkerrechts und der *Dürr's* besteht doch ein nicht zu übersehender, weitgehender Unterschied. *Johann Dürr* unterscheidet allerdings zwischen Naturrecht und Völkerrecht, er definiert das *jus gentium* als „*jus ex communi consensu populorum non barbarorum et tacita promulgatione introductum, ad conservandam inter illos naturam officiorum et contractuum necessariorum communionem et tranquillitatem publicam*“ (a. a. O. § 30), nur das allgemeine auf Gewohnheitsrecht beruhende Völkerrecht versteht also *Dürr* unter dem Völkerrecht, das von *Rachel jus gentium proprium* genannte partikulare Vertragsrecht erkennt er nicht als Völkerrecht an, er schließt auch nicht wie *Rachel* das Naturrecht als Völkerrecht aus, legt es vielmehr zugrunde; er ist also weit mehr als „Grotianer“ denn als Positivist zu bezeichnen, wie aus folgender Stelle (a. a. O. § 21) unmißverständlich hervorgeht: „*ex hactenus dictis sole meridiano clarius apparet, nullum esse jus gentium, quod non fluat e jure naturae cum et in genere nulla lex positiva sit justa, si a lege naturae discederet. Porro formalis ratio juris gentium indetur in eo consistere, quando juris*

---

[127]) *Barbeyrac* muß jedoch zugeben, daß er *Rachels* Schrift nicht kenne, vielmehr die Notiz aus der *dissertatio de lytro* von *Hertius* habe, der im § 11 *Rachels* Dissertation zitiere (Anmerkung 7 und 10 von *Barbeyrac* zu lib. II cap. III § 23).

[128]) *v. Ompteda*, Litteratur des gesamten Völkerrechts, Teil I, S. 285.

naturae praeceptis accedit consensus communis populorum non semper expressus saltem tamen tacitus et interpretativus, quo mediante repetitur quasi jus naturae et ad commodius feliciusque ineundos mutuos populorum congressus et contractus attemperatur." Mehr als *Johann Dürr* könnte man den Helmstädter Theologen *Heinrich Uffelmann* als Vorgänger *Rachelscher* Grundauffassung vom Völkerrecht ansehen, der in einer 1674 geschriebenen *dissertatio de jure naturae, gentium et civili* ebenfalls den Nachweis für ein vom Naturrecht gesondertes Völkerrecht zu erbringen sucht, und das Völkerrecht definiert als „*jus positivum, quod voluntaria multarum praecipue moratiorum gentium consensione tacitave pactione vim obligandi habet, necessitate aut commodiore vivendi ratione exigende.*" Aber auch *Uffelmann* weiß noch nichts vom partikularen „besonderen Völkerrecht", er erkennt ebenfalls wie *Dürr* nur das Gewohnheitsvölkerrecht an.

So darf man daran festhalten, daß *Rachel* durchaus ein „*novateur*" war. Und als solchen hat ihn auch schon *v. Ompteda* eingeschätzt, der *Rachel* als einen der ersten Gegner *Pufendorfs* bezeichnet, der den Satz, daß das Völkerrecht eine eigene Scienz ausmache, mit vieler Gründlichkeit ausgeführt hat. *v. Ompteda* ist, wie es scheint, der erste, der *Rachels* bahnbrechende Bedeutung für den völkerrechtlichen Positivismus erkannt und dieser Auffassung literarischen Ausdruck verliehen hat, indem er schreibt: „nachdem *Rachel* sich so vollständig über diesen Gegenstand geäußert, und dem *Pufendorf* entgegengesetzet hatte, so entstanden hierdurch zwey Partheyen, deren eine es in Ansehung des Begriffs von der Völkerrechtswissenschaft mit diesem, die andere mit jenem hielt. *Pufendorf* hatte freilich die mehrsten auf seiner Seite, wozu jedoch wohl weniger die Gerechtigkeit seiner Sache, als der blinde Anhang, den er sich durch den großen Ruf seines Namens und seiner Gelehrsamkeit erworben hatte, beytrug, und welches um so weniger zu verwundern ist, wenn man bedenket, daß es in den damaligen Zeiten noch weit mehr als jetzt gewöhnlich war, *jurare in verba magistri*. *Rachel* fand indessen ebenfalls seine Nachfolger, und so, wie es um die damalige Zeit fast eine litterarische Modebeschäftigung, die zwar den wenigsten glücklich von statten ging. ward, der Beschaffenheit des Natur- und Völkerrechts und dem Unterschiede zwischen beiden weiter nachzuspühren, so haben mehrere Gelehrte diesen Gegenstand, zwar nicht in ausführlichen Werken, wohl aber teils in kleineren Abhandlungen, teils beyläufig in größeren Werken, welche anderen Wissenschaften, besonders dem römischen Rechte gewidmet sind, behandelt“ [129]).

Rachels Begriffe vom Gewohnheits- und Vertragsvölkerrecht entspringen der induktiven, nicht der deduktiven Methode, wie sie *Hobbes* und *Pufendorf* insbesondere gegangen sind. *Rachel* erkennt, daß sich für die rechtlichen Beziehungen der Völker zueinander aus den dem Naturrecht entnommenen Prinzipien keine festen Rechtssätze erschließen lassen, die im Völkerverkehr vorschreiben könnten, was recht, was rechtswidrig ist, sie sind nur Mittel zum Zweck. Er erkennt, daß induktiv, aus der Erfahrung, aus dem *usus*, sich Rechtssätze des Völkerrechts entwickeln lassen, die als solche bald allgemeinen, bald besonderen Rechtes anzusehen sind. *Rachel* folgt dem Empirismus, auf den er durch *Zouch* schon gewiesen ist, ohne jedoch den Rationalismus zu verlieren. Die obersten Prinzipien, die deduktiv dem Recht der Vernunft, dem Naturrecht zu entnehmen sind, läßt er Richtschnur und Maßstab werden für das empirisch gewonnene, der Erfahrung induktiv entnommene Recht. Er erkennt an, daß diese empirisch, induktiv gewonnenen Rechtssätze des Völkerrechts oft hart und unbillig sind, daß sie oft den deduktiv, durch spekulative Betrachtung erschlossenen Regeln des Naturrechts zuwiderlaufen, und hier macht er dem Naturrecht eine Konzession; er empfiehlt aus Billigkeitsrücksichten die Normen des Naturrechts zur Milderung dieser Rechtssätze, ohne aber Naturrechtsnormen als Normen des *jus gentium* anzuerkennen. Dem ungeschriebenen höheren Gesetz müssen sich die ihm widerstreitenden Sätze des Völkerrechts anpassen, sofern sie nicht nur vor menschlichem Forum allerdings zu respektierendes, auf langer Uebung, auf stillschweigendem oder ausdrücklichem Konsens beruhendes Machtgebot, sondern Rechtssatzung sein wollen.

---

[129]) *v. Ompteda,* a. a. O., S. 284.

Wenn sich *Rachel* auch noch nicht frei machen kann, theologisch-moralisierende Betrachtungen zur Begründung oder Ablehnung positiver Vorschriften des Völkerrechts zu machen, so fährt er doch konsequent auf dem von *Grotius* beschrittenen Weg, das Recht von den Prinzipien der Theologie zu befreien, fort, um an ihre Stelle die weltlichen, auf menschlichem „*appetitus*" begründeten Prinzipien wie die der *utilitas,* der *necessitudo* zu setzen. Auf dieser Grundlage baut *Rachel* eine Lehre, ein System des Völkerrechts auf, das in bewußter Abkehr vom Naturrecht, in bewußter Reaktion gegen die von *Pufendorf* und seiner Schule verfochtene Allgewalt und Alleinherrschaft des Naturrechts den positiven erdgeborenen Charakter des Völkerrechts betont, dem Völkerrecht die Sonderstellung neben und außerhalb des Naturrechts einräumt.

Noch niemand vor ihm hat mit solcher Entschiedenheit, solcher Klarheit den rechtlich-bindenden Charakter des Völkerrechts betont. *Rachel* hat dem auf Grund induktiver Methode gewonnenen Prinzip volle Gestaltung gegeben, daß auch aus Vertragsinhalt nicht nur subjektives, sondern auch objektives Recht hervorgehen kann. Hatte *Grotius* als sekundäre Quelle den „*consensus gentium*" zwar noch neben dem beherrschenden Naturrecht Raum gegeben, so berücksichtigten seine unmittelbaren Nachfolger, mit Ausnahme des Engländers *Richard Zouch,* fast ausschließlich nur das Naturrecht. Durch *Pufendorf* war der „Wissenschaft des positiven Völkerrechts geradezu alle Existenzberechtigung abgesprochen"[130]. *Pufendorfs* Autorität verschaffte dieser Auffassung durchschlagende Geltung. Diese Lehre war für die Entwickelung der Völkerrechtswissenschaft gefährlich, denn ihr zufolge war die Umwandlung der Sitte und Uebung in bindendes Völkerrecht unmöglich, das den Normen des Naturrechts zu entnehmende natürliche Völkerrecht mußte seiner Natur nach starr und inflexibel sein und bleiben, es konnte dem stetig fortschreitenden Völkerverkehr mit seinen stets neuen, stets lebendigen Tatbeständen und den sich aus ihrer rechtlichen Regelung ergebenden Problemen nicht gerecht werden. Die naturrechtliche Auffassung verkannte, daß aus den Bestimmungen von willkürlichen, den subjektiven Interessen der Völker und Staaten dienenden Verträgen sich objektives Recht durchsetzen kann, und daß Vereinbarungen, die gesetzt sind, um zwischen nur wenigen bedeutenden Kulturstaaten Recht zu schaffen, allmählich als objektives positives Völkerrecht auch von Nichtvertragsstaaten als maßgebend angesehen und befolgt werden.

---

[130] *Landsberg,* Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, München 1898, S. 17.

Wenn man diese Auswirkungen naturrechtlicher Doktrin *Pufendorfs* und seiner Schule ins Auge faßt, wird man *Rachels* Bedeutung für die Entwicklung der Völkerrechtswissenschaft richtig einschätzen. *Rachel* bedeutet die Reaktion gegen diese Doktrin. *Rachels* Verdienst ist es, diese naturrechtliche Auffassung, die das gesamte Völkerrecht „auf den schwankenden Boden von vermeintlich aprioristisch gefundenen naturrechtlichen Prinzipien“ [131]) stellt, als erster bekämpft zu haben und als erster dem positiven Gewohnheits- und Vertragsvölkerrechte den Platz neben dem Naturrecht gegeben und die Würde einer besonderen Wissenschaft beigelegt zu haben. Wie *v. Ompteda* hervorgehoben hat, ist allerdings *Rachel* in das andere Extrem verfallen, daß er unter dem Namen des Völkerrechts „das natürliche, die eigentliche Grundlage allen Völkerrechts, ohne welches dasselbe in seinem ganzen Umfange genommen sich durchaus nicht gedenken lässet, nicht mit versteht“. Allerdings, meint *v. Ompteda*, ist dieses nur ein Fehler der Form, ein Fehler nur in Worten, kein materieller Fehler; nicht in der Sache selbst irre *Rachel,* da er vollkommen erkenne, daß das Naturrecht die erste Regel in Ansehung des Verhältnisses der Völker untereinander ausmache. Aber, darauf weist *v. Bar* mit Recht, so unerheblich ist dieser von *Ompteda* gerügte Fehler doch nicht, denn nach *Rachels* Auffassung ist kein Raum für das Naturrecht, als maßgebende Norm überall da in Erscheinung zu treten, wo die positiven Normen Lücken und Zweifel lassen, wo man das positive Recht für seine Anwendung in konkreten Fällen nach den Prinzipien des Naturrechts, oder nach der Natur der Sache, wie es moderne Doktrin will, interpretieren muß. Hier offenbart sich eine Auffassung *Rachels,* die der unserigen nicht konform ist. Denn das Naturrecht muß hinter jedem positiven Rechtssatz stehen, es muß durch alle seine Maschen hindurchlugen; bei jeder Interpretation, bei jeder Ausfüllung von Lücken im Recht muß das Auge auf das hinter dem positiven Recht stehende Naturrecht blicken, es muß stets ergänzend herangezogen werden können. Und überall dort, wo man in Mißachtung, Verkennung und Verdunkelung dieses Vorbildes das Recht in andere Bahnen durch positive Normen zwingt, oder nach den Interessen menschlicher Willkür auslegt, nur auf die Gassen der alltäglichen Welt achtend, nicht auf die Sterne des idealen Reichs des Naturrechts im modernen Sinne schauend, wird das positive Recht auf die Dauer unbefriedigt bleiben und nicht bestehen können.

---

[131]) *von Bar's* Einleitung zur von *„Carnegie Institution of Washington“* veranstalteten Textausgabe von *Rachels dissertationes de jure naturae et gentium.* 1916.

„Doch man handelt unbillig, wenn man verdienstvollen Gelehrten, die in Berichtigung der Völkerrechtswissenschaft allererst das Eis brachen, und mit so vielen, bis dahin herrschenden irrigen Begriffen zu kämpfen hatten, es zur großen Schuld anrechnen will, daß sie nicht immer in ihren Distinktionen die vollkommenste Genauigkeit beobachtet haben. Genug, sie kannten die Sache, von der die Rede war, und wir stehen auf ihren Schultern". Diese Worte, mit denen *v. Ompteda* seine kritischen Bemerkungen über *Rachel* abschließt, sollen auch hier am Platze sein.

Rachels Werk steht unter dem Zeichen schärfster Reaktion, und so ist es nur natürlich, daß es nach der entgegengesetzten Seite weit ausschlägt. Diese durch *Rachel* ins Leben gerufene Opposition gegen den Pufendorfianismus fand besonders starke Resonanz bei *Johann Wolfgang Textor*[132]), der 1680 in der *Synopsis juris gentium* das, was *Rachel* nur vorgezeichnet hatte, weiter auszuführen suchte und zeigte, daß sich das Völkerrecht als eine für sich bestehende Wissenschaft behandeln lasse. Daß mit dem Schluß des 17. Jahrhunderts diese Opposition jedoch wieder verstummte[133]), daß die naturrechtliche Lehre fast für die nächsten hundert Jahre den Sieg davontrug, kann an der Bedeutung *Rachels* für das Völkerrecht nichts mindern, die darin besteht, daß er der Vorläufer, ja der erste Vertreter des Positivismus des 18. und 19. Jahrhunderts ist. Eine eigentliche Kontinuität, eine direkte Einwirkung ist, was *Rivier* betont, zwischen *Rachel* und den Positivisten der folgenden Jahrhunderte nicht nachweisbar.

---

[132]) *Johann Wolfgang Textor,* 1637—1701. Professor in Heidelberg, später Protosyndikus in Frankfurt a. M., schrieb 1680 *„Synopsis juris gentium"*.

Rachel war wie ein feuriger Komet am Nachthimmel hell strahlend vorübergezogen, nach ihm ward es dunkel, aber die Strahlen, die von ihm ausgingen, hatten das Feuer positiven Völkerrechts entzündet, das, als die Zeit erfüllet ward, als die großen Vertragssammlungen im 18. Jahrhundert veröffentlicht waren, zu siegreicher leuchtender Flamme erwuchs, als in *Johann Jakob Moser* (1701—1785) und besonders in *Georg Friedrich v. Martens* (1756—1821) sich die positivistische Schule aus der „Fülle positiven Lebens“ und der „üppigen, immerdar frischen Quelle der Gewohnheit die Fundamente für ihr System der Völkerrechtswissenschaft“ [134]) entnahm.

---

[133]) 1694 verfaßte *Johann Heinrich Hertius* (Gießen 1652—1710) die *commentatio de jurisprudentia universali*, an mehreren Stellen zitiert er den Namen und die Schriften *Rachels*, aber er gibt doch *Pufendorfs* Lehre vor der *Rachels* den Vorzug.

[134]) *v. Kaltenborn*, Die Vorläufer des *Hugo Grotius* auf dem Gebiete des *jus naturae et gentium*, sowie der Politik im Reformationszeitalter, Leipzig 1848.

Jus naturae et gentium.

Eine Umfrage zum Gedächtnis des Hugo Grotius.

Mit nachstehender Umfrage wendete sich der Herausgeber Anfang Dezember 1924 an eine Reihe geschätzter Fachgenossen behufs Veröffentlichung der Antworten in der Zeitschrift für internationales Recht.

„Ist für die naturrechtliche Grundauffassung des Völkerrechts welche in dem jus naturae et gentium des 17. und 18. Jahrhunderts gemäß der Grotianischen Lehre theoretische Geltung gewonnen hatte heutige Geltungskraft in Anspruch zu nehmen? — das heißt: gilt sie in Ergänzung und in praktischer Interpretation des auf dem Rechtswillen der Staaten („Staatenkonsens“) beruhenden positiven internationalen Rechtes derart daß internationale und nationale Gerichte und Schiedsgerichte ihr folgen müssen?

Wenn und soweit die vorstehende Frage zu bejahen ist: Bedeutet jene Grundauffassung den Maßstab der Sittlichkeit oder denjenigen der internationalen Interessensolidarität oder denjenigen des wohlverstandenen subjektiven Interesses der Staaten? Oder welche andere Formel ist vorzuziehen?“

„La théorie du droit naturel en matière du droit des gens, jus naturae et gentium, enseignée par Grotius, répandue au cours du 17. et 18. siècle, est-elle en vigueur aujourd'hui? — c'est à dire: les tribunaux internationaux et nationaux ainsi que les cours d'arbitrage, doivent-ils suivre les principes de cette théorie pour interpréter et compléter le droit international positif, créé par l'accord de volontés des états?

En cas de réponse affirmative à la question posée ci-dessus: est-ce que c'est la loi de la moralité qui forme la base de l'application pratique de la dite théorie, ou est-ce que c'est la solidarité objective des intérêts de la communauté internationale ou plutôt l'interêt subjectif, bien considéré, de chacun des états? Ou quelle autre formule serait préférable?“

Die folgenden Herren haben ihre Auffassung in Gestalt der hierunter in alphabetischer Folge angeschlossenen Antworten zum Ausdruck gebracht:

Barclay, Sir Thomas, LL. B., Ph. D., Membre de l'Institut de Droit International.

Baty, Thomas, LL. D. der Universitäten Oxford und Cambridge, Beirat des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten in Tokio, Associé de l'Institut de Droit International.

Brown, Philip Marshall, Professor für Internationales Recht an der Universität Princeton, Associé de l'Institut de Droit International.

Burckhardt, Walter, Dr. jur., Professor an der Universität Bern.

Catellani, Enrico, Professor an der Universität Padua, Membre de l'Institut de Droit International.

Dupuis, Charles, Docteur en Droit, Membre de l'Institut de Droit International, Sousdirecteur de l'Ecole des Sciences Politiques, Paris.

Fedozzi, Prospero, Professor an der Universität Genua, Membre de l'Institut de Droit International.

Fleiner, Fritz, Dr. jur. et scient. polit. h. c., Professor an der Universität Zürich.

Le Fur, Louis-E., Docteur en Droit, Professor an der Universität Rennes, Associé de l'Institut de Droit International.

Gemma, Scipione, Professor des Internationalen Rechtes an der Universität Bologna, Membre de l'Institut de Droit International.

Giese, Friederich, Dr. jur., Professor an der Universität Frankfurt a. M.

Higgins, Alexander Pearce, LL. D., C. B. E., M. A., Professor an der Universität Cambridge, Membre de l'Institut de Droit International.

Hill, David Jayne, M. A., LL. D., Botschafter a. D., Associé de l'Institut de Droit International.

His, Eduard, Dr. jur., Professor an der Universität Zürich.

Hold-Ferneck, Dr. jur., Professor an der Universität Wien.

Holland, Sir T. Erskine, K^{t}, D. C. L., K. C., LL. D., Professor an der Universität Oxford, Membre de l'Institut de Droit International.

Kaufmann, Wilhelm, Dr. jur., Professor an der Universität Berlin, Membre de l'Institut de Droit International.

Kebedgy, M., Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

Kleinfeller, Georg, Dr. jur., Geheimer Justizrat, Professor an der Universität Kiel.

Laun, Rudolf, Dr. jur., Professor an der Universität Hamburg.

Louter, T. de, Dr. jur., Professor an der Universität Utrecht, Membre de l'Institut de Droit International.

Mausbach, Joseph, Dr. theol., Dr. phil. h. c., Päpstlicher Hausprälat, Domprobst, Professor an der Universität Münster.

Meurer, Christian, Dr. jur. et phil., Geheimer Hofrat, Professor an der Universität Würzburg.

Neumeyer, Karl, Dr. jur., Professor an der Universität München, Associé de l'Institut de Droit International.

Opet, Otto, Dr. jur., Professor an der Universität Kiel.

Phillimore, The Rt. Hon. Lord, D. C. L., LL. D., J. P., Membre de l'Institut de Droit International.

Piloty, Robert, Dr. jur., Professor an der Universität Würzburg.

Politis, Nicolas S., Docteur en Droit, Professor an der Universität Paris, Griechischer Gesandter in Paris, Membre de l'Institut de Droit International.

Radbruch, Gustav, Dr. jur., Reichsjustizminister a. D., Professor an der Universität Kiel.

Rostworowski, Michel, Comte de, Professor an der Universität Krakau, Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

Rouard de Card, Edgard, Docteur en Droit, Professor an der Universität Toulouse, Membre de l'Institut de Droit International.

Schiffer, Eugen, Reichsjustizminister a. D., Wirklicher Geheimer Rat.

Schoen, Paul, Dr. jur., Professor an der Universität Göttingen.

Strisower, Leo, Dr. jur., Professor an der Universität Wien, Membre de l'Institut de Droit International.

Strupp, Karl, Dr. jur., Privatdozent an der Universität Frankfurt.

Taube, Michel de, Baron, Dr. jur., Professor des Internationalen Rechts, Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

Thoma, Richard, Dr. jur., Geheimer Hofrat, Professor an der Universität Heidelberg.

Tönnies, Ferdinand, Dr. phil., Dr. jur. h. c., Geheimer Regierungsrat, Professor an der Universität Kiel.

Triepel, Heinrich, Dr. jur. et scient. polit., Geheimer Justizrat, Professor an der Universität Berlin.

Verdroß, Alfred, Dr. jur., Professor an der Universität Wien.

Weiß, André, Docteur en Droit, Professor an der Universität Paris, Vizepräsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

Barclay, Sir Thomas, LL. B., Ph. D.,
Membre de l'Institut de Droit International.

1ère Question. Je n'admets pas le détachement du droit international positif des principes moraux qui en sont la base. L'absence d'un droit écrit laisse intact le „jus naturae“ qui n'est autre chose en Europe que la morale des pays qui acceptent les principes fondamentaux du Christianisme.

La manière de penser sur le droit international a été viciée en Europe Continentale par la codification des lois qui pratiquement supprime le Droit coutumier non écrit. En Angleterre on

a conservé le Droit Coutumier qui n'est que la morale pratiquée dans les rapports entre des citoyens et les tribunaux l'appliquent et par des précédents successifs la modifient pour le mettre en harmonie avec l'évolution morale.

Il me semble que le Droit International occupe identiquement la même situation au point de vue de la distinction entre le droit positif et le „jus naturae“.

2ème Question. A cette question je crois avoir répondu en général dans la réponse à la première. J'ajoute, toutefois, que l'intérêt de chaque état est subordonné à la considération que les autres états fassent honneur aux principes de la morale tels qu'ils sont conclus dans sa propre pratique.

Baty, Thomas, LL. D. der Universitäten Oxford und Cambridge; Beirat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Tokio, Associé de l'Institut de Droit International.

J'estime, que la théorie du droit naturel existe encore parcequ'il n'existe pas d'autre. Selon moi, les trois formules, qui se trouvent en présence ne sont, en vérité, qu'une unique formule. La réalisation, dans les rapports des Etats, du Beau, — ce qui enfin est le même partout, dans ses grandes lignes — voilá l'objet du Droit International.

Brown, Philip Marshall, Professor für Internationales Recht an der Universität Princeton; Associé de l'Institut de Droit International.

Your questionnaire concerning natural law interests me greatly. It is a matter to which I have given much thought. I venture to quote from a small volume of mine entitled International Realities which was published in 1917 as a kind of credo:

„It would seem true that the law of nations, receiving its inception at the hands of Grotius, as it did, as a moral protest against the existing state of international anarchy, has ever since sought to play the rôle of the preacher, the teacher, the reformer, the moral idealist, rather than to serve as the juristconsult, the lawgiver, the practical statesman.

The special evidence of this regrettable fact is to be found in the attempt to identify International Law with the Law of Nature, that mysterious, sovereign legislation, that supreme authority to which men are supposed to submit all their human affairs. The pity of it all is that the followers of Grotius would seem, in the main, to have misunderstood his purpose in invoking the Law of Nature. Grotius himself was most scientific in method, and a careful study of his statements does not indicate that he confused International Law with the Law of Nature. On the contrary, wherever he could ascertain an undoubted principle of law through an exhaustive examination of international usages, customs, and precedents of all kinds, there he was content to rest his case. But where, as for example in the matter of mitigating the horrors of war, he found little or no support for his humane contentions in usage, custom, or precedent, he then appealed to the Law of Nature in the obvious hope that, in the absence of a supreme Imperial or Church authority, mankind would aknowledge the dictates of reason and humanity expressed in terms of Natural Law. The most that Grotius would seem to have implied by such an appeal was a challenge to the reason of man, to his sense of equity to his sentiments of justice. And this, apparently, is about all that any of us really mean when, outside of the field of religion, we venture to appeal to „natural rights“. We merely ask each other to give the assent of our reason that certain propositions are self-evident.

There are, of course, many facts of this character which are daily accepted without question or serious discussion. We do not, however, appeal to a Law of Nature for their recognition. We know that human affairs must necessarily be carried on by discussion and argument, by an ultimate appeal to reach. If the minds of men are not convinced of the truth of an assertion, an alleged principle or right, it is useless to invoke the authority of any law, whether it be termed natural or divine“ (p. 7).

I would add that I can see no utility in appeals to Natural Law. It seems to me to tend to confuse thought, and to encourage loose vague conceptions. Whatever the service of Natu-

ral Law may have been, the time would no seem to have arrived when we should regard law as a very rational process of serving the interests of men and of nations. We must first determine the exact nature of these interests, and then formulate the principles best suited to serve these interests. I like the conception of law advanced by Roscoe Pound in his lecture at the University of Leyden a year or so ago when he spoke of the „engineering“ function of law. He means that we should regard law as an engineer would regard engineering projects, namely, as practical measures for the needs of a given situation or problem. It all seems to me to come back to the „rule of reason“. If we can convince nations of the rationality of the law of nations, we are getting the greatest of sanctions. If we cannot convince nations of the rationality of the law of nations, we cannot with safety or justice appeal to authority of any kind, whether of a vague Law of Nature or of the arbitrary commands of some executive like the League of Nations.

Burckhardt, Walter, Dr. jur.,
Professor an der Universität Bern.

Von der naturrechtlichen Grundauffassung des Völkerrechts sind die von den Naturrechtslehrern vertretenen Rechtssätze des Völkerrechts zu unterscheiden: von einer Grundauffassung kann man m. E. nicht sagen, sie gelte oder gelte nicht; sondern nur: sie sei richtig oder unrichtig. Geltung dagegen können Rechtssätze beanspruchen. Die zu beantwortende Frage wird nun sein, ob die Natur des Völkerrechts (nach richtiger „Grundauffassung“) dazu führe anzunehmen, daß in der Praxis des Völkerrechts Rechtssätze angewendet werden können und müssen, die sich vor der Vernunft rechtfertigen und weil sie sich vor der Vernunft rechtfertigen, oder, wie es die positivistische Auffassung meint, nur Rechtssätze, die sich als positive, für den Rechtsanwendenden gegebene, ausweisen? Die erste Auffassung stellt darauf ab, ob ein Rechtssatz richtig (gerecht und billig) ist; die zweite darauf, ob er tatsächlich gelte?

Der nationale wie der internationale Richter muß, so scheint es, das Recht anwenden, das gilt. Was ist aber

„gelten“? Ich habe in meiner Schrift über die „Unvollkommenheit des Völkerrechts“, Bern 1923, S. 15ff. auszuführen versucht, daß die Tatsache der Geltung eines Rechtes nur vorliegt, wenn hinter dem Recht tatsächlich eine organisierte Zwangsgewalt steht; da der Völkerrechtsordnung keine solche Gewalt entspricht, kann man auch nicht eigentlich sagen: ein Völkerrechtssatz gelte; mit andern Worten: der Inhalt des Völkerrechts ist nicht formal bestimmt, sondern als verbindlich hat der Richter immer anzusehen, was sich als billig und gerecht erweist. Das ist selbstverständlich nicht ein feststehendes System von Vernunftregeln, sondern die jeweils nach den tatsächlichen Voraussetzungen zu bestimmenden Regeln; aber auch nicht eine für den Richter gegebene Norm, wie die des Gesetzes für den nationalen Richter gegeben ist, sondern eine von ihm durch seine praktische Urteilskraft zu findende Praxis wie Doktrin mögen hierin aufklärend helfen; bestimmend sind sie nicht.

Catellani, Enrico, Professor an der Universität Padua, Membre de l'Institut de Droit International.

Credo che la dottrina del diritto naturale corrisponda anche ora alla verità, e che ad essa debbano uniformarsi cosi i rapporti fra gli Stati come lo studio dottrinale del loro sistema.

Il diritto internazionale positivo è, di epoca in epoca, il prodotto della volontà degli Stati. — Ma quella volontà, come insegnava il Wächter a proposito del Diritto Internazionale privato, è determinata da ispirazioni uniformi derivanti da uniformi cause d'ordine materiale e d'ordine morale. Queste cause variano, col mutare della condizioni materiali del mondo e col modificarsi e perfezionarsi della coscienza collettiva e delle esigenze della socialità.

Solto l'impero di due fattori dei quali sopratutto quello morale progressivamente si perfeziona, la solidarietà obbiettiva degli interessi della comunità internazionale, disciplinante gli interessi subbiettivi, ispira e determina un sistema di rapporti giuridici e di norme giuridiche in perpetua vicenda di completamento e di perfezionamento. É dunque l'impero del diritto

naturale, non rigidamente eterno ed immutabile in tutti i suoi istituti e le sue norme come secondo l'antica dottrina, ma, nel costante mutamento delle norme particolari, conservante la identità del rapporto fra le esigenze della coscienza collettiva e le incidenze della vita pratica.

Dupuis, Charles, Docteur en Droit, Membre de l'Institut de Droit International, Sousdirecteur de l'Ecole des Sciences Politiques, Paris.

A mon avis la théorie du droit naturel en matière de droit des gens, enseignée par Grotius, répandu au cours du 17ème et 18ème siècle n'a jamais eu et n'a encore qu'un valeur purement doctrinale. Elle ne fait pas partie du droit des gens positif, qui ne comprend d'autres règles que celles qui résultent de la coutume ou des traités. Sans doute à défaut de règles précises résultant de la coutume ou des traités, les tribunaux internationaux et nationaux ainsi que les cours d'arbitrage doivent s'inspirer, ainsi que l'indique l'article 38 du statut de la Cour Permanente de Justice Internationale, des principes généraux de droit reconnus par les nations civilisées et des décisions judiciaires et de la doctrine des publicistes les plus qualifiés, comme moyens auxiliaires de déterminations des règles de droit. Mais ces décisions ou doctrines n'ont de valeur qu'en tant qu'elles constituent des interprétations exactes de la justice et du droit naturel; elles n'ont nullement la valeur de règles impératives ne pouvant résulter que du consentement des Etats constaté par les traités ou par la coutume. Les tribunaux sont donc libres d'appliquer ou de ne pas appliquer les décisions judiciaires ou les opinions des auteurs selon qu'ils les jugent en harmonie ou en opposition avec les principes généraux du droit.

L'article 38 du statut international de la Cour permanente de justice internationale semble, dans son alinéa dernier, exclure la faculté de statuer en équité, à moins que les Etats ne la lui en aient conférée. Cette disposition qui se comprend fort bien, s'il s'agit d'interdire à la Cour de statuer en équité, à l'encontre des règles établies du droit international, se comprend beaucoup moins s'il s'agit d'interdire à la Cour de statuer en équité à défaut des règles du droit applicables à la solution du litige; car elle aboutirait alors à mettre la Cour dans l'impossibilité de statuer.

J'estime qu'il serait désirable que dans les affaires soumises à des jurisdictions internationales quelles qu'elles fussent les Etats en litige reconnussent à ces jurisdictions le pouvoir de statuer en équité à defaut de règles de droit reconnues et que dans certaines affaires ils leur reconnussent la faculté de donner le pas à l'équité sur le droit strict, si le droit strict durait entrainer des solutions fâcheuses, comme ils l'ont fait pour les litiges de frontière fixées par les traités anciens en pays d'Amérique ou d'Afrique encore mal connus ou encore inexplorés au moment des accords intervenus.

Je crois d'ailleurs que le pouvoir de statuer en équité suffirait en tout cas et qu'il y aurait plus d'inconvénients que d'avantages à introduire parmi les idées qui devraient „inspirer les tribunaux la notion vague et incertaine de la solidarité objective de la communauté internationale ou de l'interêt subjectif bien considéré, de chacun des Etats“.

Fedozzi, Prospero, Professor und Rektor der Universität Genua, Membre de l'Institut de Droit International.

Jo non credo al diritto naturale o almeno non vi credo che sotto la specie di una idealità giuridica, la quale può servire di stregua per giudicare della bontà del diritto esistente e promuoverne il progressivo perfezionamento.

Fleiner, Fritz, Dr. jur. et Dr. scient. polit. h. c., Professor an der Universität Zürich.

Aus der Grotianischen Lehre haben wir meines Erachtens bis zum heutigen Tag nur die eine Grundauffassung beibehalten, daß auch im Verkehr zwischen Staaten in einem bestimmten Umfange Rechtsregeln gelten müssen. Der Inhalt dieser Rechtsregeln dagegen hat sich gewandelt seit Hugo Grotius, und wir dürfen daher grotianische Lehren nur insoweit als Rechtsgrundsätze anerkennen, als sie durch ein Gewohnheitsrecht sanktioniert worden sind, das ununterbrochen in der Praxis der Staaten in die Erscheinung tritt.

Le Fur, Louis-E., Docteur en Droit, Professor an der Universität Rennes, Associé de l'Institut de Droit International.

La théorie du jus naturae et gentium de Grotius n'est que l'application aux rapports internationaux de la théorie traditionnelle très ancienne, puis qu'elle remonte bien au-delà du christianisme, qui distingue entre un droit posé par les hommes, le droit positif, et un droit antérieur et supérieur à la volonté de l'homme. Au siècle où écrivait Grotius, on hésitait parfois à appliquer à l'Etat souverain les principes du droit, soit pour des raisons de pure logique abstraite tirées de la nature de la souveraineté, soit pour des considérations politiques comme celles qui inspirent Machiavel; dès que l'Etat était en jeu, ce qui est toujours le cas en droit international, il semblait que la question de droit ne se posât plus du tout comme entre individus. Or, l'Etat n'est qu'un groupement d'hommes, dirigé par des hommes; il peut, par l'intermédiaire de ses gouvernants, nier la morale et le droit et ne tenir compte que de ses intérêts, c'est-à-dire, pratiquement, de sa force; mais, s'il reconnaît des règles morales et juridiques, elles ne peuvent reposer pour lui sur d'autres fondements que pour les individus. C'est la vérité qu'entrevoit Grotius, avec moins de netteté souvent que tel de ses prédécesseurs de l'école espagnole, Vitoria ou Suarez; appliquée au droit international, elle est l'ultime conséquence de cette contatation d'expérience que l'homme est ce qu'on a pu appeler un „être juridique“, un être dont la caractéristique est d'être régi par le droit.

I.

L'homme est un être juridique parce qu'il est doué de raison et de moralité et que, pour un être dont la nature comporte ces deux éléments — qui n'existent, à ce point tout au moins, que chez lui —, pour un être qui, d'un autre côté, nous apparaît comme nécessairement sociable, la vie du droit est la seule qui soit adéquate à ces modalités.

La vie du droit, c'est une vie qui est dirigée vers une fin raisonnable et morale, puisque l'observation nous montre que telle est la nature de l'homme, au lieu d'être dominée par la loi de la lutte pour la vie comme dans la nature animale ou végétale. A moins de nier l'évidence, l'homme, homo sapiens, tel que nous le connaissons aujourd'hui et depuis les temps historiques, nous apparaît comme possédant certains caractères propres qui le distinguent des autres êtres animés. Comme tout être d'une espèce distincte, il a ses lois propres; sa loi naturelle à lui, celle qui lui est imposée par sa nature, c'est la vie en société; donc, puisque c'est un être intelligent et libre, ou tout au moins paraissant tel, la vie sous des règles munies de sanctions, parce qu'il peut se refuser à les respecter. Ces sanctions sont nécessaires pour lui — alors qu'elles sont inutiles et même incompréhensibles pour le reste de la nature, régie par le pur déterminisme —, et ces règles de la vie sociale ainsi sanctionnées constituent précisément le droit.

Le droit positif est, pour chaque pays déterminé, posé par les gouvernants, organes de l'Etat, et que, pour cette raison, on confond parfois avec lui. C'est donc l'Etat (au sens de l'Etat-pouvoir, par opposition à l'Etat-nation), qui est chargé aujourd'hui de dire le droit pour tous ses ressortissants. Je dis aujourd'hui, car l'Etat est bien loin d'être la première société civile, il en est seulement la forme actuelle la plus élevée, mais il a succédé à beaucoup d'autres, et le droit, même positif, a donc existé bien avant lui: ubi societas, ibi jus. Ce seul fait montre combien lourde est l'erreur de ceux qui confondent l'Etat et le droit, et considèrent le premier comme la condition nécessaire du second; il montre aussi l'erreur commise par l'Etat lorsqu'il refuse de se reconnaître comme lié par le droit dans ses rapports avec les autres Etats (alors qu'il le reconnaît aujourd'hui en tant que Rechtsstaat dans ses rapports avec ses ressortissants), et qu'il arrête le droit à lui, entravant ainsi son évolution finale et empêchant la création d'un droit international au sens propre du mot.

L'Etat est chargé de dire le droit pour tous ses ressortissants. Il le dit pour des individus — car en dehors d'eux et de leurs groupements, à qui le droit pourrait-il s'appliquer? Il est donc bien loin de pouvoir le dire arbitrairement, de le „créer“; il ne peut le faire qu'en tenant compte de la nature propre de ces êtres que le droit va régir, il doit les prendre tels qu'ils sont, avec leur caractère d'êtres doués de raison et de sens moral.

II.

Quelle peut être cette fin raisonnable qui est l'objet du droit positif? Un premier point incontestable, c'est qu'on ne peut concevoir une législation sans but; la loi commande en vue d'un but déterminé; dépouiller le droit de toute finalité, ce serait aussi incompréhensible en théorie que contraire à toutes les données de l'expérience positive. Cette fin raisonnable, conforme à la nature de l'homme, qu'il comprend grâce à son intelligence et à laquelle il est tenu de se conformer, ce ne peut être que le bien de l'ensemble des membres du groupe, ce qu'on appelle plus brièvement le bien public ou le bien commun. Il faut l'entendre au sens le plus large du mot, aussi bien spirituel que matériel, car le bien moral, le juste, est bien entendu l'un des premiers éléments du bien commun; cela implique donc, pour résondre les conflits qui se présentent, des jugements de valeur, un élément de hiérarchisation tiré lui aussi de la nature même de l'homme.

Une pure morale scientifique, ou plus exactement la science des moeurs, ne serait ici d'aucune utilité. Car la science proprement dite est positive, non normative, elle constate et ne commande pas. Vain aussi, pour la même raison, est le recours à une solidarité de pur fait. Cette solidarité existe certes dans la nature, c'est celle du carnassier et de sa proie; il lui est même arrivé d'être reconnue par le droit: l'esclavage suppose et crée à la fois une solidarité très étroite du maître et de l'esclave. Mais ce n'est pas dans ce sens là sans doute que le droit moderne cherche à s'orienter. Cette simple remarque montre qu'en présence d'une nature amorale, qui nous fournit indifféremment de multiples faits de bonne ou de mauvaise solidarité, il est impossible de se passer d'un criterium du bien et du mal, d'une notion du juste et de l'injuste. Du fait seul on ne peut faire sortir le droit, d'une constatation une obligation morale; or il en faut une à la base du droit si on ne veut pas le faire reposer sur la seule force; on a pu très exactement définir le droit un „minimum d'éthique", le minimum de moralité nécessaire à la vie sociale, accordé du mieux possible avec les nécessités économiques de l'époque, et sanctionné par les pouvoirs publics en vue d'y plier, le cas échéant, les récalcitrants.

C'est la vérité profonde qu'a exprimée, sous des noms divers, la sagesse de tous les temps; si l'on a pu parler de philosophia perennis,. il y a quant aux principes essentiels un jus perenne qui s'impose avec plus d'évidence encore. Ces noms divers, ce sera le droit naturel, ou rationnel, ou objectif, tous ces termes exprimant une même vérité, que le droit, règle de la vie sociale, la seule possible pour l'homme, n'est pas une création arbitraire de ce dernier. Nul être ne pose lui-même les lois qui régissent sa vie. Quelle que soit la forme du gouvernement d'un peuple, monarchique ou démocratique, les gouvernants ne peuvent que reconnaître le droit, le dégager des faits interprétés par la raison, l'harmoniser avec les circonstances de temps et de milieu. Car, immuable dans son élément premier — qui n'est autre qu'un principe moral, l'idée de justice, âme du droit —, le droit est très variable au contraire dans son application, puisque, suivant le degré de civilisation, les circonstances de la vie sociale sont susceptibles de varier dans des proportions assez étendues, au triple point de vue économique, intellectuel et moral, et les trois choses sont loin de marcher toujours de front.

A côté du droit objectif, dont la réalisation complète exprimerait le droit le plus adéquat à un temps et à un pays donné, existe le droit positif, beaucoup plus dépendant de la volonté de l'homme. En fait, il constituera toujours plus ou moins une déformation du précédent; mais, pour constituer un droit juste, et souvent aussi un droit utile, bien adapté à la société qu'il doit régir, il doit s'en éloigner le moins possible; il a pour mission de le constater et de le sanctionner pour assurer le respect par les citoyens des règles nécessaires à la vie sociale. Ce qui a compromis, et parfois rendu presque ridicule la notion de droit naturel, ce sont les erreurs qu'on y a ajoutées au XVIII^e siècle; tantôt en y voyant le droit d'un prétendu état de nature, antérieur à l'état de société; tantôt avec Kant et l'idéalisme subjectiviste, en en faisant un droit non plus objectif, mais immanent à l'homme; tantôt encore en y voyant une sorte de code complet, à la fois précis et immuable, écrit dans le coeur de l'homme qui peut, par une simple lecture en quelque sorte, y trouver le modèle tout tracé d'une législation idéale sur un point quelconque. Mais, si l'on rejette ces erreurs qui n'étaient pas celles de la théorie traditionnelle du droit naturel, et que personne ne soutient plus aujourd'hui, la distinction entre le droit positif et un droit objectif ou naturel, pour lui laisser son appellation ancienne, donc l'existence propre de ce dernier, sont choses si incontestables que, d'une façon ou de l'autre, elles sont reconnues par tous en dernière analyse [1]). Nier en effet qu'il puisse exister autre chose que le droit positif — sous prétexte par exemple qu'il n'y a pas de droit sans sanction et que le droit positif est le seul à en posséder une —, c'est affirmer que celui-ci est nécessairement ce qu'il doit être, c'est se retirer tout droit de critique à son égard. Or, cela, il n'est personne qui l'admette; tout le monde part de ce fait incontesté qu'une législation peut être bonne ou mauvaise, ne serait-ce que par ses résultats, qui ne sont sans doute pas les mêmes aujourd'hui par exemple pour la Russie bolcheviste et pour les Etats-Unis.

L'homme est ainsi fait qu'il ne peut pas ne pas émettre de jugements de valeur sur les institutions qui le régissent. Un criterium s'impose donc, et c'est précisément l'irréparable lacune de la théorie sociologique de n'en pouvoir offrir un.

---

[1]) Je laisse de côté ceux qui, comme M. *Carré de Malberg* par exemple, sans nier la transcendance d'une loi morale s'imposant au législateur, ne veulent voir dans le droit qu'une pure forme: pour eux, le droit c'est la règle munie de sanction par le législateur; elle peut être immorale ou absurde, contraire aux lois économiques les plus certaines; elle n'en est pas moins le droit, et le droit parfait en tant que tel, dès qu'elle est posée dans les formes voulues. C'est alors une pure question de définition sur laquelle il suffirait de s'entendre; mais il est clair que, d'après la terminologie habituelle, ce système commet une confusion entre le droit et la loi; il ne veut connaître d'autre droit que le droit positif, alors que, de tout temps, le langage courant comme la langue technique, se refusant à séparer les notions de droit et de juste, ont vu dans le droit une règle s'imposant à l'homme, et pas seulement par la force. Tous les dictionnaires en font foi; il y a même eu un échange de sens constant et fort curieux entre les deux radicaux d'où viennent les termes jus et directum (V. *E. Picard,* Le droit pur, p. 38, et Les grandes fresques encyclopédiques du droit, p. 18). Ce sont des faits historiques, économiques et moraux qui forment la trame de la vie sociale, donc aussi les données premières du droit qui la réglemente; or ces faits ne relèvent pas plus de la libre appréciation des gouvernants que ceux qui sont à la base des sciences physiques et naturelles.

Admettons qu'on dise avec Durkheim (La division du travail social, p. 48): „Il ne faut pas dire qu'un acte froisse la conscience commune parce qu'il est un crime, mais qu'il est criminel parce qu'il froisse la conscience commune. Nous ne le réprouvons pas parce qu'il est un crime, mais il est un crime parce que nous le réprouvons.“ Qui cela, nous? Spécialement pour ceux qui voient une fantasmagorie dans cette Société être vivant, doué d'une volonté propre, supérieure à celle des individus et les dominant de droit, que reste-t-il alors sous ce „nous“ en dehors de la volonté des plus forts? Et pour les sociologues même, qui prétendent se laisser guider exclusivement par les faits, chacun sait qu'ils n'ont pu sortir de leur fameuse distinction des faits normaux et anormaux, dont les premiers seuls devraient être encouragés et les seconds contrariés ou réprimés. Sans parler de la contradiction qu'il y a, pour ceux qui se disent déterministes, à croire à la possibilité d'une intervention volontaire du législateur en un sens ou en l'autre, si on se refuse à faire appel à l'idée de justice, quelle autre base peut-on trouver, en dehors du plus ou moins grand nombre de ces faits, à la distinction nécessaire entre actes licites ou illicites? Est normal le fait le plus fréquent; si donc, dans une société donnée, la dénatalité par les mesures anti-conceptionnelles ou l'avortement, la destruction de la famille par le divorce, ou encore l'alcoolisme, deviennent plus fréquents que l'état de choses opposé, ces faits constituent par là même la règle, et c'est eux que la société devra encourager!

Cette abdication aurait de telles conséquences, elle serait si contraire au plus élémentaire instinct de conservation, qu'elle n'a jamais été sérieusement proposée. Les sociologues les plus positivistes ont, à défaut du criterium moral qui leur échappe, un criterium tiré de l'utilité sociale. Mais, en admettant même que les individus aient une claire vue du bien social, pourquoi seraient-ils tenus de l'accomplir au détriment de leur bien propre en cas de conflit? Si les notions de justice et de devoir envers autrui ne sont que des mots, qu'est-ce qui peut empêcher l'individu de se préférer à la société? La force seule peut-être, et c'est toujours le redoutable dilemme: ou droit à fondement moral, ou droit à base de force. Les sociologues n'ont donc plus d'autre ressource que de s'en remettre, pour le criterium des faits à interdire, à tolérer ou à sanctionner, à la volonté toute puissante des gouvernants, sauf à alléguer comme essai de justification que, dans l'Etat démocratique moderne, leur volonté se confond pratiquement avec celle de la masse de la nation dont elle émane.

Certes, le sentiment de la masse joue un grand rôle dans la vie juridique; le droit ne peut être établi là où il n'est pas compris et en principe admis par l'opinion publique; mais il faut bien se garder de renverser l'ordre des choses. Que l'opinion publique soit d'accord dans un Etat donné, ou même dans le monde entier, sur les principes fondamentaux du droit — ne pas causer injustement de tort à autrui, sinon le réparer; en conséquence, respecter les engagements pris —, cela n'est pas douteux, mais ce n'est aucunement parce que ces principes ont été librement posés par l'opinion publique, c'est-à-dire par la masse des individus, mais bien au contraire parce qu'ils constituent pour eux un „donné“ naturel, le fondement nécessaire pour assurer une vie juridique régulière et, par là, le bien commun du groupe qui a su s'y soumettre.

Il résulte de ce qui précède que tout rapport juridique peut être conçu de deux façons, ou si l'on préfère, qu'il y a bien deux sortes de droits: un droit naturel ou rationnel, à fondement moral, en lui-même vérité abstraite, comme toutes les lois naturelles, existant objectivement, toujours comme ces dernières, mais ignoré des hommes aussi longtemps qu'il n'a pas été dégagé par le travail de l'esprit humain — et un droit positif par lequel les gouvernants tentent de la réaliser —, tous deux ayant pour but le bien commun du groupe à régir, famille patriarcale, tribu, cité ou Etat.

III.

Ces développements sur l'existence et les caractères du droit naturel sont exactement aussi vrais en ce qui concerne le droit international que pour le droit interne; le droit international n'est pas un droit de nature particulière; il n'est que l'ultime développement de la notion de droit, son extension au groupe le plus vaste, la communauté internationale; il y a donc une double sorte de droit international, naturel et positif, comme il y a une double sorte de droit interne. Nous savons que l'Etat n'est pas un être à part; il n'a pas toujours existé et ne possédera sans doute pas toujours la prétendue souveraineté absolue qu'il revendique encore dans certaines circonstances; simple groupement d'individus, il ne peut pas plus qu'eux se mettre en dehors et au dessus du droit, qu'il s'agisse de ses relations avec ses ressortissants ou avec les autres Etats. Il faut nécessairement, ou bien nier le droit international, admettre que les nations vivent dans un état préjuridique, sans règle objective ni conventionnelle qui s'impose à elles, la guerre, expression du droit du plus fort, constituant le seul mode de solution des conflits, — ou bien reconnaître l'existence d'un droit international naturel ou objectif, qui n'est pas une pure forme couvrant n'importe quel contenu, mais bien un droit juste et utile, conforme au bien commun; et le bien commun ici, c'est celui de la communauté internationale tout entière. Exactement comme en droit interne, c'est, non pas des volontés humaines arbitraires, mais bien un triple donné, historique, économique et moral, qui conditionne le droit international.

Il est donc inexact de parler d'un droit international positif, créé par les Etats, posé arbitrairement par un accord de leur libre volonté, c'est-à-dire en pratique par leurs gouvernants du moment. Cette affirmation n'est qu'une des nombreuses conséquences fausses auxquelles menait tout droit la théorie de l'autonomie de la volonté. Pour ceux d'après lesquels il n'y a pas de droit en dehors d'une libre convention, l'Etat est le produit du contrat social, et la communauté internationale elle-même, pour exister régulièrement, ne peut être à son tour, elle et ses règles, qu'une création volontaire des Etats.

On est bien revenu aujourd'hui de cette conception, qui dominait à la fin du XVIII^e siècle; on a abandonné l'idée que le contrat crée à la fois le droit et la société civile, qui est en réalité une société naturelle, comme la famille; on ne voit plus dans le contrat que ce qu'il est en effet, un instrument de la vie sociale, un des plus puissants d'ailleurs, reconnu par le droit parce qu'il est nécessaire pour la réalisation du bien commun, et en tant seulement qu'il lui est conforme. C'est la justice qu'on place au-dessus de la liberté, le droit au-dessus de la souveraineté, et non l'inverse. On n'admet plus qu'un chef d'Etat, arguant de sa souveraineté interne ait le droit absolu de massacrer une partie de ses sujets pour des différences de race ou de religion, sans que nul autre Etat puisse intervenir au nom de l'humanité; de ce que deux Etats seraient d'accord pour recourir en temps de guerre à des moyens barbares ou perfides, on n'en concluerait pas moins qu'ils violent le droit international; des dispositions de plus en plus nombreuses, comme l'article 17 du pacte de la Société des Nations, et tout récemment l'article 16 du protocole de Genève d'octobre 1924, n'hésitent pas à faire l'application de principes, considérés comme le droit commun de l'humanité, à des Etats qui n'y ont jamais souscrit. Que signifie tout ceci, sinon que déjà le dernier stade de l'évolution commence à s'affirmer, qu'on reconnaît aujourd'hui, même dans les rapports entre Etats, l'existence d'un droit objectif qui préexiste à leur volonté, bien loin de l'avoir comme unique fondement?

Ceux même qui le contestent, entraînés par la force de la vérité, ne peuvent éviter de faire constamment appel à ces principes de raison, de morale et d'économie politique, dont l'existence est absolument indépendante de ce fait qu'un plus ou moins grand nombre d'Etats a bien voulu ou non se prononcer en leur faveur. L'idée de justice est si profondément ancrée en nous que ceux-là même qui prétendent la subordonner à la volonté de l'Etat y recourent sans cesse inconsciemment. On a pu dire avec raison que tout le secret de certains juristes de l'école de l'exégèse consistait à présenter comme le reflet de la volonté de l'Etat des constructions directement élevées sur le fondement de l'élément expérimental et de l'élément rationnel du droit; on pourrait en dire exactement autant de ceux qui prétendent faire sortir tout le droit international des accords entre Etats; dans les deux cas l'illusion est la même et, ce qu'on trouve dans la volonté de l'Etat, c'est ce qu'on a préalablement supposé devoir s'y trouver. A défaut de ce procédé, il est singulier de voir à quelles contradictions aboutissent fatalement les partisans de la pure méthode historique, qu'ils traitent bien à tort de méthode positive ou d'observation, alors qu'ils négligent précisément pour l'homme les données psychologiques et morales fournies par l'observation de tous les siècles.

Il serait facile de multiplier les exemples de ce que j'avance là; je n'en citerai qu'un des plus remarquables, parce qu'il porte sur un ouvrage très connu, présenté parfois, et non sans raison à d'autres points de vue comme un des meilleurs sur le droit international, les Principes de Droit International, de *Lawrence*. Peu d'auteurs insistent plus que lui sur la nécessité de voir dans le droit international non pas ce qui devrait être, mais ce qui est, de le considérer non pas comme „une règle transcendante de droit liant les Etats en tant qu'êtres moraux, qu'ils l'observent ou non en fait, mais comme une science, dont le principal objet est de dégager, au moyen de l'observation, les règles actuellement suivies par les Etats dans leurs rapports entre eux“; il appuie fréquemment sur „la nécessité de la méthode historique“ à substituer à „une recherche a priori de ce que doivent être les règles des relations internationales“[1]). Laissons de côté cette accusation d'a-priorisme — elle tombe tout à fait à faux à l'égard d'une doctrine qui prétend au contraire s'appuyer sur une observation plus complète de l'homme et de sa nature —; ne retenons que la nécessité, d'après l'auteur, de s'en tenir, en droit international, à la méthode historique.

Mais Lawrence a aussi, et c'est à son honneur, le sentiment de la justice; s'il déclare qu'il faut placer „le droit international dans les règles que les Etats observent effectivement, sans égard à leur bonne ou mauvaise qualité“, il ne peut s'empêcher d'ajouter aussitôt: „Nous ne pensons pas que la valeur morale de ces règles soit chose indifférente“, même en droit, remarquons le. „Ces deux catégories de règles diffèrent par leur nature, par leur méthode de solution, et rien de bon ne peut résulter d'une tentative de les unir", continue-t-il. „Pourtant, il est souvent du devoir des juristes de placer les considérations morales au premier plan". Et il revient à plusieurs reprises sur l'utilité qu'il y a souvent pour le juriste à ce qu'il „base son raisonnement sur de hautes considérations de moralité"; il insiste sur ce que „les principes éthiques devraient être mis au premier plan par tous les écrivains qui s'occupent de ces questions" [1]).

---

[1]) Principes de droit international, p. 2 et s., 12, 13 et passim.

Si on le voulait, on prolongerait indéfiniment cette double série de textes parallèles, — le mot est d'autant plus juste en ce qui les concerne qu'il serait difficile en effet de les faire se rencontrer jamais en une signification commune. Il faudrait cependant choisir et savoir laquelle des deux méthodes on doit placer „au premier plan", le respect des principes de justice et de moralité considérés comme s'imposant à l'homme, ou au contraire la méthode historique, ou plus exactement statistique, le calcul du plus grand nombre des Etats suivant en fait, actuellement, une règle donnée. Bien entendu, la même opposition se rencontre tout le long du livre, au cours de l'application faite à chaque question discutée, et elle en rend la lecture tout à fait curieuse [2]).

A deux reprises, pour le caractère nécessaire de la déclaration de guerre et pour le droit d'intervention, il semble que Lawrence veuille s'en tenir effectivement à une règle sortant de la pure constatation des faits; aussi, dans ces deux cas, ne peut-il aboutir à rien de précis. Il faut insister sur ce point pour mettre en évidence toutes les difficultés auxquelles mène la méthode d'investigation historique; rien ne fait mieux voir sur le fait l'impossibilité qu'il y a, en droit comme en morale, à poser une règle normative en partant de la simple constatation des faits.

---

[1]) Loco cit. p. 14 et s.

[2]) V. notamment dans le sens d'un droit international à base de consentement général des Etats, pages 2, 12 à 13, 35 à 36, 38, 41 à 43, 52, 101, 343, 356; — dans le sens d'un droit international à base de justice, p. VIII, X à XII, 2, 14, 15, 32, 34, 36, 39, 95, 135, 212 et s., 517, — et en fin de compte l'essai de conciliation dans une formule bizarre où tout voisine, la loi morale, l'opinion publique et la sanction positive (p. 10), sans qu'on sache auquel de ces éléments donner la préférence en cas de désaccord entre eux.

En ce qui concerne l'intervention d'humanité d'abord, il y a des cas où sa légitimité paraît si indiscutable — lorsqu'il s'agit du massacre froidement calculé de tout un groupe ethnique, comme pour les Maronites en 1860 et les Arméniens à diverses reprises —, que personne n'ose plus la nier, et Lawrence admet de bonne grâce qu'„une manière d'agir si anti-sociale qu'elle met en danger l'intérêt de la société peut être arrêtée dans l'intérêt de la société“ (p. 135). Mais au nom du faux dogme de la souveraineté absolue de l'Etat, le XIX^e siècle avait cru pouvoir poser le principe de non-intervention, et décider qu'un gouvernement peut commettre chez lui les pires horreurs sans que les autres Etats aient rien à y voir, aussi longtemps que leurs propres nationaux restaient indemnes. Que décider en présence d'un fait historique de ce genre, qui n'est pas douteux? Voilà Lawrence bien embarrassé! Il déclare qu'il y a de bonnes et de mauvaises interventions, et que chacune doit s'apprécier selon ses mérites. C'est exact, et c'est d'ailleurs retomber en plein dans l'application d'un principe de justice supérieure. Mais lequel, puisqu'en bonne méthode historique, il n'y en a pas qui prévale contre le consentement général des Etats, fait acquis au XIX^e siècle? Et en tout cas, il faudrait un criterium de la bonne et de la mauvaise intervention, et lequel sera-ce? Car c'est évidemment une question de fond, et non une simple question de statistique, le calcul par exemple du plus ou moins grand nombre de ces interventions à relever!

L'embarras de Lawrence redouble et il en sort par des déclarations bien vagues et embrouillées. „Une intervention pour arrêter une cruauté abominable et barbare, nous dit-il est ‚un bel acte politique au-dessus et au-delà du domaine du droit‘ (citation d'Historicus). Destitué de légalité technique, il peut être moralement juste et même hautement louable. Quand en 1860, les grandes puissances d'Europe sont intervenues pour faire cesser la persécution et le massacre des Chrétiens dans la région du Mont Liban, leurs actes étaient dignes d'éloges, bien qu'ils ne fussent pas conformes à la stricte lettre du droit.“

Comme si une opposition était possible entre la morale et le droit! La morale va plus loin que le droit, c'est entendu et là même où un acte est juste, moral, il ne saurait être question de toujours l'imposer juridiquement. L'intervention est un droit-faculté, non une obligation — sauf en cas d'engagement formel, comme un traité de garantie ou le fameux article 10 du Pacte de la Société des Nations, dans certaine interprétation —; mais quand, en fait, un Etat a cru pouvoir intervenir utilement et a eu le courage de le faire, il est inadmissible de dire que cet acte est hautement louable au point de vue moral, mais contraire au droit! Tout au plus faudrait-il ajouter: au droit international positif d'une époque donnée, et alors ce serait une preuve que ce droit positif est dans l'erreur.

L'application de cette même méthode d'interprétation historique à la question de la déclaration de guerre n'est pas plus heureuse. La déclaration de guerre constitue-t-elle une formalité obligatoire ou non? Lawrence constate que, dès le moyen-âge, l'envoi de hérauts déclarant solennellement la guerre était une coutume générale, et que la grande majorité des anciens auteurs de droit international se prononce en ce sens. Et il y a en effet à cela des raisons évidentes qu'il indique lui-même: c'est une obligation sociale majeure aussi bien pour les belligérants que pour les neutres, que de fixer le moment précis de l'interruption des relations, non seulement entre les Etats, mais aussi aujourd'hui entre les sujets des belligérants; pour les neutres même, au point de vue de l'application des règles sur la contrebande de guerre et le blocus, il est indispensable de savoir exactement le moment où le droit de guerre se substitue à l'état de paix normal. L'attaque brusquée d'un Etat par un autre dans une période de paix sans avoir d'abord formulé de réclamation et tenté d'obtenir satisfaction par voie diplomatique, „équivaudrait, déclare-t-il lui-même, à un acte de brigandage international“ (p. 356).

C'est donc qu'une déclaration formelle ou tout au moins une manifestation de volonté précise doit être reconnue comme nécessaire? Mais c'est aussi une constatation de fait qu'assez souvent il n'a pas été tenu compte de cette règle au XVII^e^

siècle, et son omission devient presque la règle au XVIII^e, en bonne partie d'ailleurs du fait de la pratique anglaise. Or, précisément, Lawrence est Anglais et il a beaucoup de peine à condamner son pays; il conclut donc que la déclaration n'est pas nécessaire et que ceux qui soutiennent le contraire retombent dans la vieille confusion entre ce qui devrait être et ce qui est. Et il ajoute, non sans quelque naïveté, que d'ailleurs l'état de choses créé par l'abominable procédé de l'attaque brusquée n'en serait pas moins la guerre! Singulier motif de consolation! On voit comment avec cette théorie, tout progrès est impossible en droit international, puisqu'il suffira que les actes les plus iniques aient été commis à certaines reprises pour qu'on puisse affirmer qu'ils ne sont pas contraires au droit international!

La conclusion s'impose, étant donné le point de départ, mais c'est un tel aveu d'impuissance que, dans presque toutes les autres grandes questions controversées du droit international, Lawrence abandonne nettement sa méthode; il ne cherche pas seulement à voir si la règle en question, à défaut de l'unanimité impossible des Etats, en réunit une majorité imposante, mais bien si elle est conforme ou non au bien social, aux besoins fondamentaux de la société internationale. Par exemple, quand il discute la grave question de la propriété ennemie sur mer: „S'il est vrai, dit-il, que la capture de la propriété privée sur mer abrège considérablement la guerre, il sera sage d'en maintenir la pratique, car il ne faudrait pas que la somme totale des souffrances et des pertes en fût accrue et non diminuée“; sinon, il faut absolir le droit de prise (p. 517). Et à la même page, nous trouvons cet aveu remarquable, à propos de cette aggravation ou diminution des souffrances de l'humanité: „C'est ici, nous dit-il, le noeud du problème moral et nous voyons de suite comment il touche au problème matériel“. C'est donc la réintroduction, non seulement des arguments de raison positive, mais aussi des raisons d'ordre moral; les motifs de justice pour et contre sont pesés, en vue d'arriver à l'établissement de la règle de droit (naturel ou rationnel), que devront suivre les Etats (droit positif), et qui n'en sera pas moins le droit, alors même qu'elle aurait été violée en fait par ces derniers, comme cela peut toujours arriver.

Il serait facile de multiplier les constatations; on pourrait citer à l'appui toutes les grandes questions discutées du droit international: l'Etat est-il le seul sujet du droit international, comme on l'admettait autrefois, ou faut-il aussi reconnaître ce caractère aux individus (p. 74); — doit-on ou non admettre le principe de la liberté des fleuves internationaux (p. 212 et s.), — reconnaitre la légitimité de l'embargo, du blocus, pacifique ou non, des représailles, etc? Mais il faut se borner, et je ne citerai plus que l'aveu très franc de la page 95, à propos des annexions et cessions de territoires: c'est la constatation attristée que, si on cherche en cette matière à poser des règles tirées de la pratique des Etats, on ne peut que se heurter à un chaos de règles contradictoires!

Ainsi, dès qu'on se trouve en présence d'une question difficile, les partisans les plus décidés d'un pur droit international positif, c'est-à-dire basé uniquement sur la coutume ou les traités internationaux conclus par un plus ou moins grand nombre d'Etats, sont obligés d'abandonner leur méthode purement historique et de discuter la question au fond; c'est-à-dire que partout c'est le droit, en d'autres termes les besoins sociaux, les exigences de la justice et de l'humanité, qui l'emporteront sur des usages anciens qui ont cessé de leur être conformes. Et c'est avec raison, car le droit, aussi bien international qu'interne, ce n'est pas la volonté arbitraire de l'Etat, c'est-à-dire de gouvernants qui passent; c'est une règle à fondement scientifique et non une question de majorité, une règle à base de justice et de science économique que l'Etat peut méconnaître, comme il peut méconnaître toutes les lois morales ou économiques, mais qui n'en existe pas moins; et, le plus souvent, les lois méconnues se vengent cruellement, la Russie bolcheviste d'aujourd'hui nous en offre un terrible exemple. De sorte que ce n'est pas seulement au nom de principes théoriques, mais au nom de l'utilité pratique, qu'il est nécessaire de réagir contre cette lourde erreur que la volonté des Etats, en droit international comme en droit interne, fait seule le droit, et que tout ce qu'ils décident est non pas seulement légal, mais juste, légitime.

En droit international, il y a même plus de raisons encore qu'en droit interne, et de très graves, pour rejeter la volonté de l'Etat commé fondement du droit. Admettons que la théorie du consentement général soit, à la rigueur, applicable en droit interne, parce que nous nous trouvons là en présence d'une volonté précise, celle de l'Etat, qui est censé être, dans les gouvernements d'opinion, l'interprète de la volonté générale. Chacun sait d'ailleurs que l'unanimité est impossible à réaliser, de sorte qu'en fait on ne peut avoir tout au plus qu'une majorité, et la minorité est contrainte de s'incliner, — sauf à s'entendre expliquer par Rousseau que lorsque sa volonté est contraire à la volonté générale, c'est elle qui se trompe, et que la majorité sait mieux qu'elle-même ce qu'elle veut!

Mais, en droit international, l'expédient de la loi de la majorité ne peut fonctionner, puisqu'il s'agit d'un droit entre Etats proclamés souverains; l'unanimité est donc nécessaire; une simple majorité, même là où elle est incontestée, ne suffit plus; il faut le consentement général au sens propre du mot, et le plus souvent il ne se trouve pas réalisé. Que pourra-t-on alors décider? Logiquement une seule solution est possible; puisque la volonté des Etats souverains est le seul fondement du droit, là où l'accord de tous n'est pas réalisé, il n'y a pas de droit! Mais pratiquement, ce serait le renoncement au droit international.

Aussi est-il curieux de voir les efforts désespérés auxquels doivent se livrer les partisans de ce système, pour s'évader du principe qu'ils ont eux-mêmes posé, et qui les conduit fatalement à une impasse. Faute d'autre issue, certains d'entre eux ne reculent pas devant l'affirmation à première vue incompréhensible que, puisque la volonté de l'Etat est le seul fondement du droit, même en droit international, en l'absence d'une majorité trop souvent impossible à obtenir, c'est à l'intérêt subjectif de chaque Etat qu'il faut s'attacher, et c'est lui seul qui sera compétent pour déterminer, en en tenant compte, les règles de droit qui lui sont applicables.

Au fond, malgré toutes les atténuations de forme dont on cherche à masquer cette affirmation, c'est bien à cela que revient le système de l'auto-limitation. Quelle garantie de sérieux et de stabilité peut présenter, par rapport aux autres Etats, le principe d'une limitation purement volontaire et que, par là même, chacun est toujours libre de faire cesser quand il l'estime contraire à son intérêt bien considéré? Admettre en matière internationale que le droit est posé par chaque Etat conformément à son intérêt subjectif, — c'est-à-dire pratiquement dans les limites de sa force —, c'est la négation du droit; c'est même ici une sorte de contradiction in adjecto; on tourne le dos au but poursuivi, qui est évidemment la création d'un droit international unique, et non pas d'autant de droits internationaux qu'il y a d'Etats particuliers, — sauf en pratique la possibilité pour les Etats les plus forts d'imposer leur volonté aux autres.

Il est aussi déraisonnable de prendre en matière internationale l'intérêt subjectif de l'Etat pour seul guide, qu'il le serait, à l'intérieur de l'Etat, de s'attacher uniquement aux intérêts individuels si souvent contradictoires entre eux; dans toute société, c'est le bien commun qu'il faut considérer, et ce sera le plus souvent aussi le meilleur moyen de réaliser celui de ses membres qui, dans ses grandes lignes, et en ce qu'il a de juste, en est forcément solidaire. L'indépendance absolue, la possibilité de ne tenir compte que de soi ne peut se concevoir que dans le prétendu état de nature — l'état d'isolement — rêvé par les hommes du XVIII^e^ siècle. Cet état serait le pire de tous, parce que l'indépendance absolue à l'égard des autres hommes serait rachetée, et bien au-delà, par une effroyable dépendance à l'égard des forces naturelles et des évènements de tout ordre; aussi bien n'a-t-il jamais existé pour l'individu, qui ne peut vivre qu'en société. Il pourrait, à la rigueur, exister entre Etats; en fait, depuis l'époque historique, l'isolement, du moins entre Etats voisins, a rarement été absolu; en tout cas, cet état de choses a pris fin maintenant. Depuis le siècle dernier spécialement, grâce au développement inoui des communications, au demi-isolement des siècles précédents a succédé une interdépendance de plus en plus étroite; la division du travail et la spécialisation agricole ou industrielle ont débordé le cercle de l'Etat pour s'étendre au monde international.

Des faits de ce genre, une fois acquis, sont définitifs; un retour en arrière n'est pas à craindre à ce point de vue, — à part le cas d'une catastrophe imprévue où disparaîtrait la civilisation. Or c'est sans doute l'état de choses actuel qu'il faut considérer; le droit international de notre époque est fait pour la communauté internationale telle qu'elle existe aujourd'hui, et non pour des Etats sans rapports entre eux, — puisqu'aussi bien alors le besoin d'un droit international ne se ferait pas sentir. Entre Etats aujourd'hui, comme anciennement entre individus, la vie en société est indispensable au progrès de la civilisation; mais, de même encore qu'entre individus, elle est impossible entre Etats sans l'abandon d'une partie de leur indépendance, — largement compensé d'ailleurs par les avantages qui en résultent dans une société bien organisée. La notion de souveraineté absolue n'a jamais été exacte, même en droit interne, et elle est évidemment en contradiction avec celle de droit international, tout le monde aujourd'hui s'en rend compte. La soumission à une règle commune, l'obligation de recourir en cas de conflit à une juridiction ou à des arbitres, la possibilité d'une sanction en cas de violation des engagements pris, tout cela est nécessaire pour qu'on puisse parler d'un droit international positif qui ne soit pas condamné à rester toujours une lex imperfecta; or, tout cela est incompatible avec l'ancienne notion de souveraineté absolue. Ici encore, il faut choisir, et le choix de l'humanité semble bien fait aujourd'hui; il n'est pas douteux qu'elle tend à renoncer de plus en plus à cette notion; elle est nettement inexacte dès qu'on en fait un principe absolu, et elle a le tort immense de rendre impossible la dernière étape de l'évolution du droit, son extension à l'Etat, le dernier groupe qui prétende encore parfois se mettre au-dessus de lui.

Il est facile maintenant de répondre à la question posée: existe-t-il un droit naturel ou objectif, c'est-à-dire indépendant de la volonté de l'Etat, qui se borne à le constater et à le sanctionner? Et l'on voit bien que la réponse ne peut être qu'affirmative. Lorsqu'une question de droit se présente, chaque fois que la règle actuelle est incomplète ou obscure, — et le cas peut être plus fréquent encore en droit international qu'en droit interne, faute d'un pouvoir législatif organisé, — il faut, par hypothèse, pour que la loi positive devienne applicable au litige survenu, qu'elle soit développée ou interprétée. La Cour d'arbitrage ou le tribunal saisi devront nécessairement s'inspirer, non pas exclusivement des intérêts subjectifs des Etats en jeu, qui seront ordinairement d'ordres différents sinon contradictoires, mais d'abord des principes de justice et d'équité naturelle qui, joints aux nécessités économiques, interprétées à la lumière de la solidarité internationale, doivent inspirer toute législation positive. En d'autres termes, comme le fait le juge national en cas d'insuffisance de la loi, ils doivent accomplir, faute de règle juridique préexistante, ce qu'aurait dû faire le législateur international, — ce qu'il fera, le jour où la communauté internationale aura réussi à instituer, à côté du juge qui existe déjà, un organe chargé de dire le droit, non plus dans un cas déterminé, mais d'une façon générale et à l'avance.

Gemma, Scipione, Professor des Internationalen Rechtes an der Universität Bologna, Membre de l'Institut de Droit International.

Non mi sembra possibile rispondere alla primo domanda senza porre una distinzione. Ove cioè ci si chieda soltanto se sia tuttora in vigore quella scuola del diritto naturale che, nelle sue applicazioni ai rapporti fra gli Stati, si inizia con l'opera di Alberico Gentili e tiene incontrastato il campo sino ad Emerico Vattel, non si può certo rispondere in senso affermativo. È ben noto com'essa sia stata soppiantata, dallo storicismo prima dal positivismo poi, in tutti i campi del diritto, e, sia pure con maggior difficoltà, anche in quello del diritto internazionale.

Ma sarebbe invece un grave errore considerare quella scuola gloriosa come un puro ricordo storico e tutto il suo conte-

nuto come irrilevante sia per la valutazione del diritto positivo accertato, sia per l'accertamento di esso, quando necessario.

Nel primo caso invero non può disconoscersi che l'indagine scientifica non deve arrestarsi alla pura contemplazione del diritto esistente mentre la stessa attività politica degli Stati, che è azione solo in quanto esprime un atteggiamento psichico dei soggetti agenti, si rinuova continuamente in rapporto a quelle esigenze naturali e razionali sulle quali la vecchia dottrina giusnaturalistica aveva tanto insistito.

Ma anche nel caso di incertezza sull'esistenza, o sull'estensione, o sul preciso significato di una norma positiva di diritto internazionale, poichè non è a presumersi che gli Stati abbiano voluto qualche cosa di ingiusto o di irragionevole, molte delle osservazioni e delle deduzioni della vecchia scuola restano sempre un ottimo ausilio interpretativo.

È poi osservazione comune che qualsiasi ordinamento giuridico è più forte quanto è più conforme ad una volontà espressa da motivi psicologici tanto elevati da rendere spontanea al massimo l'esecuzione dei suoi dettati. Se questo è vero per tutto il diritto, lo è a maggiore ragione per il diritto internazionale dove le coazioni sono sempre limitate, incerte, pericolose. Onde non par dubbia, per quest' ultimo, la necessità d'una base morale, sia pura intesa nel suo senso più lato, comprendendovisi cioè anche un'adegnata valutazione degli interessi, rispettivi e communi.

Giese, Friedr., Dr. jur., Professor
an der Universität Frankfurt a. M.

Da ich jedwede positive Geltung des sogen. Naturrechts — auch im Völkerrecht — leugne, kann ich der naturrechtlichen Grundauffassung des Völkerrechts, wie sie im jus naturae et gentium des 17. und 18. Jahrhunderts gemäß der Grotianischen Lehre theoretische Geltung gewonnen hatte, genauer: der einzelnen daraus abgeleiteten Norm des Völkerrechts, für die Gegenwart nur insofern und nur insoweit rechtliche Bedeutung beimessen, als einer solchen Norm heute nachweisbar der Charakter ungeschriebenen Völker-(Gewohnheits-)Rechts eignet.

Higgins, Alexander Pearce, LL. D., C. B. E., M. A., Professor an der Universität Cambridge, Membre de l'Institut de Droit International.

In my opinion the Grotian view of the basis of International Law is not that which is now generally held. The prevailing view, certainly among English writers, is that of the Positivists, viz: that it is to be deduced from the practice of states. Appeals are, however, made to the underlying principles of the Law of Nature under the name of Reason or Justice when a test is sought for existing rules, or as a means of suggesting new rules to fill the gaps in the law which modern conditions disclose.

Hill, David Jayne, M. A., LL. D., Botschafter a. D., Associé de l'Institut de Droit International.

My own position is that unless there is somewhere, either in the nature of the state or of the human individuals composing the state, some necessary basis of morality all law, national or international, is simply a matter of expediency and, I may add, of what is expedient for the party acting since if there is no moral basis there is no ground for considering the rights or the interests of another. In brief, a purely mechanistic world will naturally be ruled by a mechanistic law, that is by the power of the stronger.

I have written an editorial for the January number of the American Journal of International Law on the Commemoration of the Three Hundredth Anniversary of Grotius Great Work, in which I have touched upon this subject from several points of view. When it is printed, I shall be pleased to send you a copy, and on that account I do not undertake in this present letter to make further statements upon this subject.

His, Eduard, Dr. jur., Professor an der Universität Zürich.

Die im ersten Absatz gestellte Frage, ob das positive, durch Staatenkonsens geschaffene Völkerrecht durch die Gerichte mit Normen des „Naturrechts“ ergänzt oder praktisch interpretiert werden dürfe, kann ich nur mit einem Vorbehalt be-

jahen. Denn vom Standpunkte einer modernen Rechtsphilosophie und Rechtstheorie scheint es mir kaum zulässig, noch mit dem unklaren Begriff des „Naturrechts“ zu operieren. Ich untersuche daher die historische Bedeutung und Tragweite des Naturrechts des 17. und 18. Jahrhunderts hier nicht. Ich sähe die Frage lieber so gestellt: welches ist nach moderner Rechtstheorie — und diese kann in der Praxis doch allein Geltung beanspruchen — die zulässige richterliche Ergänzung und Interpretation des durch Staatenkonsens geschaffenen Völkerrechts?

Damit komme ich zu den im zweiten Absatz gestellten Fragen, ob die Sittlichkeit, die internationale Interessensolidarität, das wohlverstandene subjektive Staatsinteresse oder was sonst für den anzulegenden Maßstab bestimmend sei.

Alles objektive Recht, somit auch das Völkerrecht, verfolgt in letzter Linie den Zweck, das äußere Zusammenleben von Menschen und Menschenverbänden nach sittlich unanfechtbaren Grundsätzen zu normieren. Darum ist die einzig zulässige Interpretation von positivem Völkerrecht diejenige, die den Normen der Sittlichkeit (materiellen Gerechtigkeit) entspricht. Wo es in casu zweifelhaft erscheint, ob die kontrahierenden Staaten oder einer derselben einen Zweck verfolgten, der sittlich anfechtbar ist (z. B. Täuschung, Vergewaltigung des Gegenkontrahenten), da ist der Rechtswille zugunsten der sittlichen Auslegung zu deuten; wo jenes indes nicht zweifelhaft sein kann, muß die Auslegung sich an den eindeutigen Rechtswillen halten, selbst wenn ein gültiges pactum turpe vorläge.

Wo innerhalb der abgeschlossenen Normierung einer einheitlichen Materie der völkerrechtlich formulierte Rechtswille eine Lücke aufweist, darf der Richter eine selbständige Ergänzung vornehmen, falls er nicht annehmen muß, die Lücke sei beabsichtigt gewesen, um der einen Partei die Handlungsfreiheit oder die Wahrung des bisherigen Rechtszustandes zu ermöglichen. Die Ergänzung, falls zulässig, hat ebenfalls zu erfolgen nach den Normen der Sittlichkeit (materiellen Gerechtigkeit), sofern nicht das positive Recht zwingend den Weg eines sonstwie „zweckmäßigen“ Analogieschlusses weist.

Die sittliche (gerechte) Lösung internationaler Rechtskonflikte kann entweder darin bestehen, daß man das Interesse der Staatenmehrheit an einem solidarischen Verhalten schützt, oder auch umgekehrt darin, daß man das Interesse eines einzelnen Staates an seinem selbstgewollten Verhalten schützt; es ist quaestio facti, welche Lösung die gerechte sei. Auch staatliche Selbständigkeit und Selbsterhaltung ist ein vom Völkerrecht zu schützendes Rechtsgut, obwohl man im Zweifel geneigt wäre, dem Gesamtinteresse der Mehrheit den Vorzug zu geben.

Die hier gegebenen Ausführungen wollen eine grundsätzliche Antwort sein; in der Praxis des Völkerrechts, die ja mehr als die Praxis anderer Disziplinen noch abhängig ist von Gewalt- und Machtbestrebungen der Subjekte (Staaten), wird eine solche sittliche Auffassung stets großen Schwierigkeiten begegnen. Das sollte einen unabhängigen Richter oder Lehrer des Völkerrechts aber nicht abhalten, jene idealen Grundsätze zu verfechten.

Hold-Ferneck, Dr. jur., Professor an der Universität Wien.

Ich meine, daß die Instanzen, die nach Völkerrecht über Ansprüche zu entscheiden haben, nicht befugt sind, „naturrechtliche“ Normen heranzuziehen, es wäre denn, daß Gesetz oder Vertrag es ihnen vorschreiben (solche Gesetze oder Verträge sind mir freilich nicht bekannt). Andernfalls haben sie, wenn sich der erhobene Anspruch in Wahrheit nicht auf eine völkerrechtliche Norm gründet, ihn abzuweisen, mag dies auch der „Moral“, dem „Kollektivinteresse“ oder sonst einem Interesse widersprechen. Es wäre natürlich denkbar, daß die Instanz nach Gesetz oder Vertrag in derartigen Fällen ein „non liquet“ zu sprechen hätte — aber ich habe von dergleichen nie gehört.

Holland, Sir T. Erskine, K., D.C.L., K.C.,
LL. D., Professor an der Universität Oxford,
Membre de l'Institut de Droit International.

En réponse au questionnaire que je viens de reçevoir de votre part, je suis d'avis que la théorie du droit naturel en matière du droit des gens n'est pas en vigueur aujourd'hui. C'est à dire que les cours qui s'occupent de questions de droit international sont dispenseés de la considération des principes de cette théorie.

Kaufmann, Wilhelm, Dr.-jur., Professor an der Universität Berlin, Membre de l'Institut de Droit International.

In dem Frageblatt, welches Sie mir unter dem 30. November d. J. übersandt haben, gehen Sie von zwei Annahmen oder Voraussetzungen aus:

1. Annahme: „Die naturrechtliche Grundauffassung des Völkerrechts habe in dem jus naturae et gentium des 17. und 18. Jahrhunderts gemäß der Grotianischen Lehre theoretische Geltung gewonnen".

2. Annahme: „Das positive internationale Recht beruhe auf dem Rechtswillen der Staaten („Staatenkonsens")".

Ihre erste Annahme soll, wenn ich Sie richtig verstehe, in Ihrem Sinne etwa besagen: Jene naturrechtliche Grundauffassung hätte im 17. und 18. Jahrhundert bei Denkern und Forschern, bei Lehrern und Schriftstellern des Völkerrechts und in den Köpfen der von jenen Belehrten und der Leser der Werke von jenen weite Verbreitung und überwiegende Zustimmung gefunden.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle zu erörtern, ob ich der Formulierung Ihrer zweiten Annahme völlig beipflichten kann.

Auf der Grundlage obiger beiden Annahmen fragen Sie:

1. ob für jene naturrechtliche Grundauffassung des Völkerrechts, welche im 17. und 18. Jahrhundert theoretische Geltung gewonnen habe, heutige Geltungskraft dergestalt in Anspruch zu nehmen sei, daß internationale und nationale Gerichte und Schiedsgerichte ihr in Ergänzung und in praktischer Interpretation des positiven internationalen Rechtes folgen müßten.

Auf eine so formulierte Frage glaube ich mit „nein" antworten zu müssen.

Es sei auf Art. 38 Ziff. 4 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag hingewiesen. Danach hat dieser „die Lehren der anerkanntesten Autoren als Hilfsmittel zur Feststellung der Rechtsnormen“ anzuwenden. Mit dem Ausdruck „die Lehren der anerkanntesten Autoren“ dürfte etwa dasselbe gemeint sein, was Sie als „theoretische Geltung“ der oben erwähnten Grundauffassung bezeichnet haben. Nach dem zitierten Art. 38 Ziff. 4 sollen aber die „Lehren der anerkanntesten Autoren“ oder also in Ihrer Ausdrucksweise die „theoretisch geltenden Lehren“ von dem Gerichtshof nicht als Rechtsnormen, sondern als Hilfsmittel zur Feststellung der Rechtsnormen angewandt werden. Ferner: Nach dem zitierten Art. 38 Ziff. 4 sollen von dem betreffenden Gerichtshof als Hilfsmittel zur Feststellung der Rechtsnormen doch jedenfalls diejenigen und nur diejenigen Lehren herangezogen werden, welche gegenwärtig als die Lehren der anerkanntesten Autoren oder als theoretisch geltend sich darstellen. Aus der bloßen Tatsache, daß jene naturrechtliche Grundauffassung früher einmal, im 17. und 18. Jahrhundert, theoretisch gegolten hätte, würde daher nach dem Sinne des Art. 38 Ziff. 4 sich noch keineswegs ergeben, daß dieselbe die vorerwähnte Maßgeblichkeit für den Ständigen Internationalen Gerichtshof heutzutage hätte. Es könnte ja sein, daß inzwischen im 19. und 20. Jahrhundert andere Grundauffassungen, z. B. positivistische oder sonstige, „theoretisch geltend“ geworden wären.

Aber vielleicht war Ihre Frage anders gemeint, als ausgedrückt. Vielleicht wünschten Sie eine Antwort, ob jene naturrechtliche Grundauffassung des 17. und 18. Jahrhunderts auch heutzutage als „theoretisch geltend“ zu erachten sei oder ob dieselbe — unabhängig von ihrer allgemeinen theoretischen Anerkennung — von dem Beantworter Ihrer Frage als richtig erachtet werde, und ob und welche Rechtskraft für die Gerichte nach der Auffassung des Beantworters Ihrer Frage, sei es aus ersterem oder aus letzterem Grunde, derselben beizumessen sei.

Jene naturrechtliche Grundauffassung des 17. und 18. Jahrhunderts dürfte gegenwärtig nicht als in dem oben umschriebenen Sinne „theoretisch geltend“ zu erachten sein. Dem steht die heutige weite Verbreitung ausschließlich positivistischer Anschauungsweisen und anderes entgegen, obwohl der bloße Positivismus den Höhepunkt seiner Anerkennung überschritten haben dürfte und in immer weiteren Kreisen für sich allein als unzureichend erkannt wird. Die formale Geltungskraft jener naturrechtlichen Grundauffassung für die Gerichte könnte also nicht auf ihre derzeitige „theoretische Geltung“ gegründet werden.

So bliebe nur die Frage, ob nach der Auffassung des Beantworters Ihrer Frage jene naturrechtliche Grundauffassung des 17. und 18. Jahrhunderts richtig ist, und ob aus dieser vorausgesetzten Richtigkeit derartige Geltungskraft derselben für die Gerichte und die Schiedsgerichte folge, daß diese in Ergänzung und in praktischer Interpretation des positiven internationalen Rechtes ihr folgen müßten.

Auf die Frage nach der Richtigkeit läßt sich m. E. überhaupt keine einfache, summarische Antwort geben, und es ist natürlich ausgeschlossen, an dieser Stelle im einzelnen darzulegen, was ich an den keineswegs identischen naturrechtlichen Grundauffassungen der Völkerrechtstheorie zweier Jahrhunderte im einzelnen für richtig oder für nicht richtig erachte.

Aber eine formelle Geltungskraft für die Gerichte in dem von Ihnen umschriebenen Sinne würde m. E. auch aus der „Richtigkeit“ jener naturrechtlichen Grundauffassung nicht herzuleiten sein.

Aus der Art Ihrer Fragestellung scheint mir ein zu starker „Positivismus“ hervorzuleuchten, als ob der praktische und speziell der praktisch-gerichtliche Einfluß gewisser Grundauffassungen einfach von dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Normbefehl des Normsetzers an den Normanwender abhänge oder abhängig gemacht werden könne. Das kann auch nicht aus dem Art. 38, Ziff. 3 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag gefolgert werden, welcher besagt, dieser wende an:

„3. die allgemeinen, von den Kulturstaaten anerkannten Rechtsgrundsätze“.

Bei dem Einfluß gewisser Grundauffassungen handelt es sich keineswegs um eine bloße Frage zwischen Normsetzer und

Normanwender (Gericht), welche durch Befehl des ersteren an den letzteren im Wege formaler Geltungskraft-Bestimmung abgemacht werden kann.

Vielmehr wirkt der Einfluß von Grundauffassungen auf das Recht in allen seinen Teilen, Beteiligten und Funktionen. Er wirkt auf den Normsetzer und den Normanwender, er wirkt auf den Denker und Forscher, auf den Lehrer und Schriftsteller des Rechtes, und er wirkt auf diejenigen, für welche das Recht gilt, und welche ihre Verhältnisse nach Maßgabe des Rechtes gestalten.

Wenn also hier die ausschließliche Frage des Herrn Fragestellers nach der formalen Geltungskraft für die Gerichte verneinend beantwortet wurde, so soll damit gewiß nicht der von mir als außerordentlich groß, tiefgehend und wichtig erachtete Einfluß von Grundauffassungen auf die ganze Rechtsgestaltung und so auch auf die Rechtsanwendung durch die Gerichte in Abrede gestellt werden. Der bloße sogen. Positivismus ist m. E. unzulänglich, ja im Grunde eine Unmöglichkeit und war vielfach und nicht bloß zufällig von schweren Abirrungen begleitet.

Auch hinsichtlich der Fragestellung in Ihrer zweiten Frage muß ich einwenden, daß das Problem, welches darin angeschnitten wird, sich m. E. keineswegs mit einer Antwort auf die Frage deckt, was die naturrechtliche Grundauffassung des 17. und 18. Jahrhunderts, welche damals theoretisch gegolten habe, bedeute.

Vielmehr kommt es darauf an, ob und welche tieferen Kräfte und Grundkräfte am Werke sind und — unter der äußerlich-oberflächlichen Erscheinungsform des Rechtes und speziell des Völkerrechts — Normsetzer und Normanwender und alle die anderen oben Bezeichneten in ihrer Rechtsbetätigung tatsächlich und berechtigter- und notwendigerweise beeinflussen und beeinflussen sollten.

Dies Problem wird sich schwerlich mit einer einfachen Formel erledigen lassen.

Aber soviel kann nach meiner Auffassung gesagt werden: Gewiß kann und darf das Völkerrecht nicht von dem Wurzelboden der Ethik und der internationalen Gemeinschaft gelöst werden, ohne großes Unheil und Zustände herbeizuführen, in welchen das formale Recht leicht materielles Unrecht, innerlich halt- und wurzellos und in den von dunklen Mächten und Leidenschaften entfesselten und aufgepeitschten Stürmen ein Spott und eine Farce wird. Die Kräfte jenes Wurzelbodens sind unentbehrlich und müssen maßgeblich sein für alle, welche am Völkerrecht mitzuwirken haben, mag es in der Funktion als Normsetzer, als Richter oder in irgendeiner anderen Funktion sein.

Aus der Verbindung des Wesens der Individuen, Menschengruppen, Völker, Völkergemeinschaften mit jenen tieferen im Rechte nach Ausdruck ringenden Kräften ergeben sich dann auch die Grundrechte gegenüber aller äußeren formalen Bestimmungsmacht eines Staates, einer Staatengemeinschaft oder von sonst jemand. Aeußere formale Bestimmungsgewalt kann dieselben ihrem Wesen zuwider behandeln und wie im Sturme hin und her peitschen. Aber solange ihr Wesen nicht gebrochen ist, richten sie sich diesem gemäß mit innerer Notwendigkeit und aller formalen äußeren Bestimmungsgewalt zum Trotz wieder auf.

Solches Grundwesen staatlich organisierter Völker mag gar manchmal (keineswegs immer) in dem, was man das wohlverstandene subjektive Interesse derselben nennt, zu entsprechendem Ausdruck gelangen. Jedoch bildet dies wohlverstandene subjektive Interesse der (einzelnen) Staaten an sich und für sich allein keine genügende und mögliche Basis des Völkerrechts. Auch die sogen. internationale Interessensolidarität reicht, weil zu sehr an der Oberfläche haften bleibend, für sich allein dazu keineswegs immer und keineswegs vollständig aus.

Auf eine einfache Formel läßt sich das ganze komplizierte, schwere und tiefgreifende Problem, wie gesagt, wohl kaum bringen.

Kebedgy, M., Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

Question:

Les tribunaux internationaux et nationaux, ainsi que les cours d'arbitrage, doivent-il suivre les principes de la

théorie du Droit naturel (répandue au cours des 17ᵉ et 18ᵉ siècle) pour interpréter et compléter le Droit international positif, créé par l'accord de volontés, des Etats?

Réponse:

Je vondrais, pour la réponse à cette question, me borner à n'envisager ici que le Droit conventionnel, pour lequel, me semble-t-il, l'intérêt pratique est le plus grand.

Si le Droit international ne devrait être considéré que comme une spéculation théorique, on aurait été peut-être tenté de répondre affirmativement à cette question. Mais si l'on considère le Droit international comme réglant les rapports des Etats et des Peuples, en vue surtout de leur état normal entre peuples civilisés: la paix, il semble que la réponse négative s'impose, et cela pour les raisons suivantes.

Les règles actuellement admises, généralement, pour l'interprétation des conventions — notamment celle d'après laquelle les conventions doivent être exécutées de bonne foi — sont suffisantes dans le très-grand nombre des cas. Dans les cas où, exceptionnellement, il en serait autrement, chaque Etat s'efforçant à faire prévaloir son point de vue à lui, on ne peut sortir de cette impasse qu'en s'en remettant à l'appréciation de tiers désintéressés et de bonne foi.

Kleinfeller, Georg, Dr. jur., Geheimer
Justizrat, Professor an der Universität Kiel.

Auf die in dem ersten Absatz gestellte Frage antworte ich mit Ja, auf die in dem zweiten Absatz enthaltenen Fragen: Ich nehme an, daß jene Grundauffassung den Maßstab der Sittlichkeit bedeutet, weil das Recht nicht um der bloßen Nützlichkeit willen geschaffen ist, sein Dasein einer sittlichen Forderung entspricht. Das Sittliche ist auch das Vernünftige.

Laun, Rudolf, Dr. jur., Professor an der Universität Hamburg.

Ihre Anfrage betrifft eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme, die bis zu den letzten Grundfragen der Rechtswissenschaft zurückführen. Ueber diese Grundfragen

habe ich mich kürzlich in meiner Rektoratsrede, Hamburg, 10. November 1924, ausgesprochen (im Druck, Verlag Boysen, Hamburg).

Ich habe in dieser Rede versucht, der bisherigen Lehre von der Heteronomie des Rechtes eine neue Theorie von der Autonomie des Rechtes entgegenzusetzen und bin zu dem Ergebnis gelangt, daß Recht und Sittlichkeit eines und dasselbe sind, nämlich das autonome Sollen des Individuums, ein Erlebnis seines Gewissens oder Rechtsgefühls, während das sogenannte positive Recht, Gesetze, Staatsverträge, Gewohnheiten, soweit sie nicht von dem autonomen Sollen, vom Rechtsgefühl oder Gewissen derjenigen getragen werden, die sie mit ihren Befehlen belasten, nichts als bedingtes kausales Müssen, nichts als die Androhung oder Anwendung der Gewalt des Stärkeren gegen den Schwächeren darstellen.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheinen mir alle juristischen Theorien, ganz gleichgültig, ob sie naturrechtlich oder positivistisch sind, als Ausflüsse des subjektiven Rechtsgefühls und Gewissens des Autors, der immer gewisse Voraussetzungen, z. B. die Kompetenz des Gesetzgebers, nur gefühlsmäßig bejaht. Eine über das Individuum hinausgehende Bedeutung gewinnen die juristischen Theorien entweder als ein Versuch, vorauszusagen, was die Machthaber und ihre Organe tatsächlich erzwingen werden, oder als eine Hypothese über das Rechtsgefühl anderer.

Als solche Hypothesen sind m. E. auch die naturrechtlichen Theorien des 17. und 18. Jahrhunderts von sehr großer Bedeutung. Jeder Autor wollte doch dasjenige darstellen, was nach seiner Meinung kraft natürlicher Vernunftgesetze jeder empfinden mußte. Daher haben die Ansichten dieser Autoren desto mehr Gewicht für uns, je mehr sie untereinander übereinstimmen, je weniger sie untereinander abweichen. Ihre Stimmen fallen daher meines Erachtens unter Umständen wesentlich schwerer in die Wagschale als die vieler positivistischer Autoren, die den Wortlaut irgendwelcher Gesetze und Verträge kritiklos als „Recht“ gelten lassen und nicht einmal merken, daß sie an die „dogmatische“ Interpretation des Textes mit einem subjektiv bedingten Sprachgefühl herantreten. Nur wo in bestimmten Fragen die Tatsachen sich geändert haben, beispielsweise bezüglich der Tragweite der Geschütze, kann man die älteren Theorien nicht ohne weiteres, sondern nur sinngemäß heranziehen. Im übrigen wird man sie nur unbeachtet lassen können, wenn man behaupten kann, das allgemeine Rechtsgefühl habe sich seit damals in bezug auf eine bestimmte Frage ganz grundsätzlich gewandelt.

Ihre erste Frage ist daher m. E. mit Entschiedenheit zu bejahen, und die zweite ist dahin zu beantworten, daß jene Grundauffassung des 17. und 18. Jahrhunderts ebenso wie alle spätere juristische Literatur als Maßstab der Sittlichkeit von Bedeutung ist.

Louter, T. de, Dr. jur., Professor an der Universität Utrecht, Membre de l'Institut de Droit International.

Meines Erachtens ist eine strenge Unterscheidung zwischen dem positiven auf dem Rechtswillen der Staaten beruhenden und in der Gewohnheit (usus, coutume) und den Verträgen (consensus) zum Ausdruck gebrachten Rechte und der ethischen Gerechtigkeit, der früheren naturrechtlichen Grundauffassung, unbedingt notwendig. Nur in dem Fall, daß das Recht fehlt oder schweigt oder Zweifel erregt, darf es der richterlichen oder sonstigen im einzelnen Fall kompetenten Autorität, einschließlich der wissenschaftlichen, überlassen bleiben, eine Entscheidung der höheren Gerechtigkeit zu entlehnen, — zwar unter der Bedingung, die Quelle ausdrücklich anzuzeigen. Also kann allmählich eine ständige Jurisprudenz, bezw. Lehre, sich bilden, welche aber nur durch Gewohnheit oder Vertrag in das eigentliche Recht übergehen kann: wachsendes noch nicht vollwüchsiges Recht.

Mausbach, Joseph, Dr. theol., Dr. phil. h. c., Päpstlicher Hausprälat, Dompropst, Professor an der Universität Münster.

Da ich zur Behandlung gewisser Grund- und Grenzfragen des Rechts nicht als juristischer Fachmann, sondern als Ethiker und Theologe geführt worden bin, so kann ich zu den gestellten

Fragen praktischer internationaler Rechtspflege nur mit Zurückhaltung Stellung nehmen. Soweit ich es im folgenden tue, lege ich dabei nicht so sehr „die Grotianische Lehre“ über die naturrechtliche Grundlage des Völkerrechts zugrunde, als vielmehr die auf Thomas von Aquin fußende Naturrechtslehre der großen Spätscholastiker Vittoria, Suarez, Molina, Lugo u. a., die im wesentlichen in der katholischen Moraltheologie heimisch geblieben sind, die auch, wie bekannt, von einem juristischen Sachverständigen wie J. Kohler besonders gerühmt und der Grotianischen Theorie vorgezogen worden ist.

Um den springenden Punkt klar hervorzuheben und Wiederholungen zu meiden, beantworte ich zunächst die zweite Frage des Zirkulars, die Frage nach der grundsätzlichen Bedeutung des Naturrechts. Ist die naturrechtliche Norm und ihre Anwendung auf die internationale Rechtsprechung identisch „mit dem Maßstab der Sittlichkeit“? Oder aber fällt sie zusammen mit der Solidarität der internationalen Interessen, oder schließlich mit dem Standpunkt des „wohlverstandenen subjektiven Interesses“ der einzelnen Staaten?

Nach der von mir angenommenen Naturrechtstheorie läßt sich keine dieser Fragen mit einem glatten Ja beantworten. Wohl aber besteht zwischen dem Naturrecht und der Sittlichkeit wenn nicht volle Wesenseinheit, so doch eine innerliche, wesenhafte Verbindung.

Der Begriff des Sittlichen im natürlichen Sinne — die spezifisch christliche, übernatürliche Seite des Sittlichen sei hier ausgeschieden — umschreibt den ganzen Kreis der Normen und Pflichten, die sich aus der Wesensidee des Menschen und der Menschheit, aus der Natur der Dinge und Lebensverhältnisse ergeben. Zu diesem sittlichen Naturgesetz gehört, wie auch die ganze Antike erkannte, die religiöse Gesinnung im allgemeinen, die Ehrfurcht vor Gott, der private und öffentliche Dienst Gottes; weiterhin die Pflichten des Menschen gegen sich selbst, die Tugenden der Mäßigkeit, Keuschheit, Geduld, Hochherzigkeit usw. Dagegen beschäftigt sich das Naturrecht im engeren und eigentlichen Sinne nur mit den sozialen Beziehungen des Menschen, mit seinen Pflichten gegen den Nebenmenschen, gegen Familie, Staat, Gesellschaft. Ja auch innerhalb der sozialen Ordnung stehen eine Reihe sittlicher Normen und Pflichten außerhalb des Naturrechts, z. B. die Nächstenliebe, die Mildtätigkeit, die Freigebigkeit. Die antike und christliche Ethik ordnete die Mannigfaltigkeit der sittlichen Tugenden unter die sogen. vier Kardinal- oder Grundtugenden. Von diesen ist es einzig die Tugend der Gerechtigkeit, die in Wesensbeziehung zum Naturrecht steht und gleichsam die Brücke zur Rechtsnorm und Rechtsübung schlägt. Sie ist nach der älteren Schule das genaue sittliche Korrelat zum Recht; ihre Wesenstendenz (obiectum formale) ist die Schaffung und Wahrung des Rechts. Gerechtigkeit ist nichts anderes als „der Wille zum Recht“. Gerechtigkeit bedeutet sowohl die sittliche Anerkennung und Achtung der subjektiven Rechtsbefugnisse und Rechtsinteressen anderer wie auch die pflichtschuldige Achtung und Befolgung der objektiven, gebietenden Rechtsnormen.

Demgemäß bildet das natürliche Recht als die Wechselbeziehung solcher Ansprüche und Pflichten einen Ausschnitt, einen wichtigen Teil der sittlichen Ordnung: Und zwar besitzt dieses Sondergebiet der Sittlichkeit eine eigenartige Prägung und Wirkungskraft gegenüber anderen sittlichen Tugendgebieten. Das allgemeine „Du sollst“ der Sittlichkeit verlangt und empfängt im Rechtsgebiet eine strengere äußere Bindung und Bürgschaft seiner Verwirklichung; es fordert und findet einen machtvollen Schutz und Zwang, wie er bei sonstigen Forderungen der Sittlichkeit nicht begründet und nicht möglich ist. Daraus erklärt sich auch die Aussonderung des natürlichen Rechts als einer eigenen Wissenschaft aus dem Gesamtbegriff der sozialen Ethik. Thomas und seine Nachfolger erklären und rechtfertigen diese Eigenart der Gerechtigkeit und des Rechts aus der klassischen Definition, die seit Ulpian für die Rechtsgesinnung herrschend geblieben ist: „Jedem das Seine geben!“ Im Begriff des Mein, Dein, Sein finden sie nämlich eine eigenartige, ausschließende Hinordnung und Zueignung des Rechtsguts an den Rechtsträger, kraft deren die Sache oder Leistung ihm als „Mittel“ zum „Zweck“ der Selbstbehauptung dient, seiner freien Verfügung und Herrschaft untersteht. Während z. B. Nächstenliebe und Wohltätigkeit das Gemeinsame im Sein und Haben betonen, während sie die Scheidung des Ich und Du, des Mein und Dein zu überwinden streben, stellt das Recht jeden Menschen auf eigene Füße, schafft ihm einen materiellen und ideellen Rechtsboden, auf dem er vollkommen selbständig gegen fremde Macht und Willkür gesichert ist. Dadurch ergeben sich hier, auf dem Gebiete des Rechts, auch deutlichere und strengere Maßstäbe der Pflicht, schärfere Grenzlinien zwischen Gut und Böse, Recht und Unrecht, als auf anderen Tugendgebieten, wie z. B. Wohltätigkeit und Dankbarkeit. Auf beiden Eigentümlichkeiten des Rechts und der Gerechtigkeit fußt endlich die Erzwingbarkeit der Rechtspflicht, die seit Kant vielfach als das Wesen des Rechts bezeichnet wird. Nach jener älteren Schule ist die Möglichkeit des äußeren Zwanges nicht das begriffliche Wesen des Rechts, wohl aber eine unmittelbare Folgerung dieses Wesens.

Auf die Existenz des Naturrechts habe ich hier nicht einzugehen. Tatsächlich sind gewisse Vergehen, wie Raub, Ehebruch, Mord, Verleumdung, Vertragsbruch, zu allen Zeiten und von allen Rechtslehrern als Verletzungen der Gerechtigkeit, als Unrecht im eigentlichen und strengen Sinne anerkannt und gebrandmarkt worden; wogegen Lieblosigkeit, Trunkenheit, Unkeuschheit, Lüge zwar allgemein als Sünde, als sittliches „Unrecht“ anerkannt, aber nicht als Antastung und Störung des Rechts verurteilt werden.

Anderseits erhellt auch die enge Verbindung und Verwandtschaft des Naturrechts mit dem positiven Recht. Wenn die Entstehung des natürlichen Rechts auch innig zusammenhängt mit der Rechtspersönlichkeit, d. h. mit der Selbstheit und Selbstherrschaft des Individuums, so will doch die Vernunftidee des Rechts jedem das Seine geben; sie drängt daher zu einer allgemeinen, äußeren Anerkennung und Sicherung der Rechte. Eine solche allen gebietende Rechtsordnung aber ist nur möglich auf Grund der sozialen Organisation der Menschen, speziell auf Grund der Staatsordnung und ihrer Autorität. Die Staatsgewalt ist ferner dazu naturrechtlich notwendig, um die vielen strittigen oder durch Leidenschaft und Roheit verdunkelten Normen des natürlichen Rechts durch positive Satzung zu klären und einzuschärfen. Sie ist endlich notwendig, um den naturrechtlich erlaubten Zwang zur Verteidigung des Rechts durch eine unparteiische Rechtsprechung und einen machtvollen, übertragenen Rechtsvollzug so zu gestalten, daß dabei der allgemeine Friede gewahrt bleibt.

Ist nun im Staate einmal eine solche öffentliche Instanz zur Festigung, Ergänzung und Durchführung des Rechts geschaffen, so kann diese Instanz je nach der Kulturhöhe des Staates auch einzelne rein sittliche Forderungen, Forderungen der Billigkeit, der Pietät, der Humanität, zu Ansprüchen des positiven, strengen Rechts erheben.

Wie von den Staaten der Weg der Entwicklung zur Völker- und Staatengemeinschaft weitergeht, so wiederholt sich hier in ähnlicher Weise auch die Geltung und Bildung des Rechts; zunächst die des Naturrechts im Verkehr der Staaten, so z. B. der Grundsatz, daß internationale zwischenstaatliche Verträge zu halten sind, weiterhin die des positiven Rechts, sei es auf Grund wirklicher Staatsverträge, oder durch Bestimmung einer (etwaigen) internationalen gesetzgebenden Macht. Da aber eine überstaatliche Rechtsinstanz nicht dauernd und regelmäßig existiert, hat bis heute das Naturrecht im Verkehr der Völker eine größere und anerkanntere Bedeutung als im innerstaatlichen Rechtsverkehr.

Mit dem Gesagten scheint die zweite Frage nach der positiven Seite hin erledigt: Die Geltung des Naturrechts ist aufs engste verwoben mit der Geltung des Sittengesetzes, ohne daß eine Identität der beiden Normkreise besteht. Das Rechtsgebiet ist ein spezifischer, scharfumrissener Teil der sittlichen Ordnung, wie die Idee der Gerechtigkeit eine der welt- und geistbeherrschenden Ideen, und die Tugend der Gerechtigkeit eine der grundlegenden Charaktertugenden des Menschen ist.

Hierzu gestatte man eine Bemerkung. Wir beobachten heute, daß die allgemeine Wert- und Geltungsphilosophie sich immer mehr von der positivistischen Auffassung ababwendet und zur Anerkennung objektiver, überzeitlicher Norm-

und Seinsverhältnisse zurückkehrt. Damit wird die Möglichkeit nähergerückt, daß auch die theoretische und praktische Tragweite der natürlichen Rechtsnormen in der heutigen Wissenschaft wieder stärker und allgemeiner zu Ehren kommt. Innerhalb der theistischen Weltanschauung läßt sich auch die Einrede, eine solche Rechtsordnung schwebe in der Luft, da sie des gesetzgebenden Willens entbehre, vollbefriedigend lösen, sie findet ihre Antwort in der Zurückführung der ganzen Ideen- und Seinswelt auf Gott, den geistigen Urgrund des Alls, der sowohl ewige Wahrheit wie weltbeherrschende Macht und Heiligkeit ist.

Mit dieser positiven Beantwortung der gestellten Frage ist sogleich auch negativ entschieden, daß die Geltung des Naturrechts nicht aus dem „wohlverstandenen Interesse“ des Einzelstaates oder der Staatenfamilie herzuleiten ist. Ebenso unmöglich erscheint diese Ableitung, wie der Versuch, die Geltung des Sittengesetzes, den Unterschied von Gut und Böse, aus dem Nutzen des Einzelnen oder der Gesamtheit abzuleiten. Letzteres wäre der Standpunkt des ethischen Eudämonismus oder Utilitarismus. Die eudämonistischen Systeme der Ethik haben aber nicht allein durch Kant, sondern auch infolge der neuesten Entwicklung der Ethik und ihrer Abwendung vom Moralpositivismus fortschreitend an Boden verloren. Gewiß wird die Rücksicht auf das eigene Wohl und auf die Wohlfahrt der Gesellschaft stets eine berechtigte Anziehungskraft auf den Willen des Menschen ausüben; sie wird als Hilfskraft und Stütze des sittlichen Imperativs für alle Zeiten unentbehrlich bleiben. Allein der gewaltige Ernst, der unvergleichliche Wert, die absolute Verpflichtung und Weihe des Sittlichen kann nun einmal nicht aus dieser Quelle herstammen!

Das Gleiche gilt für den Staat und die Staatengesellschaft. Gewiß darf und muß der Staat in allen Aktionen sein Macht- und Wohlfahrtsinteresse im Auge behalten. Ja, der Staat ist wesensgemäß stärker und strenger dazu gehalten als der Einzelmensch. Er kann und wird auch in seinen internationalen Beziehungen nicht aus bloßer Sittlichkeit, nicht aus romantisch selbstloser Gesinnung Entschlüsse fassen. Aber das Recht als solches, seine innere, bezwingende Logik, seine ethische Würde und Majestät, seine verpflichtende Macht, das alles läßt sich nimmer erklären aus dem empirischen Nutzen, aus der wechselnden, zufälligen Konstellation nationaler oder internationaler Interessen. Eine solche Zurückführung des Naturrechts auf isolierte oder gehäufte Egoismen würde auch praktisch diesem Rechte jede durchschlagende Kraft rauben; sie müßte gerade dann am sichersten versagen, wenn man im Einzelfall an das Naturrecht appellieren muß, um den unsittlichen und unbändigen Egoismus eines Staates in Schranken zu weisen. Grundsätzlich ist das Verhältnis von Recht und Nutzen umgekehrt zu fassen: Die Achtung, Befolgung und Durchsetzung des Rechts, des natürlichen wie des positiven, ist die grundlegendste Bürgschaft für die Wohlfahrt der Staaten und der Menschheit!

Dieselben Erwägungen und Abgrenzungen ermöglichen uns nun auch die Beantwortung der ersten Frage. Es handelt sich bei ihr darum, ob das jus naturae et gentium „in Ergänzung und in praktischer Interpretation“ des positiven internationalen Rechts Geltung hat, so zwar, daß „internationale und nationale Gerichte und Schiedsgerichte“ ihm folgen können. Aus dem eingangs angedeuteten Grunde mangelnder persönlicher Rechtspraxis beschränke ich mich auf folgende kurze Bemerkungen:

Was die Tätigkeit der eigentlichen Gerichte angeht, d. h. die Anwendung des strengen Rechts auf einzelne Fälle, die autoritative Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten oder Bestrafung von Rechtsverletzungen, der eine zwingende Vollstreckung zu folgen hat, so ist es offenbar nicht Aufgabe der Gerichte, neues Recht zu schaffen; demnach auch nicht ihre Aufgabe, sittliche Forderungen zu Forderungen des Rechts zu erheben und mit zwingender Rechtskraft auszustatten. Nun würde aber die Ergänzung des positiven Rechts durch Normen und Forderungen der Sittlichkeit faktisch eine Art von Neuschaffung von Rechtssätzen sein. Somit würde auch die Heranziehung jener Bestandteile des „Naturrechts“, die ich vorhin als bloße Forderungen der Moral, der Billigkeit, der Humanität usw.

bezeichnete, zur Ergänzung, zur Ausfüllung von Lücken des positiven Rechts, nicht zulässig sein. — Wohl aber könnten und müßten Forderungen der strengen Gerechtigkeit, des Naturrechts im engeren und eigentlichen Sinne, zur Ergänzung des positiven Rechts dienen können. Denn nach unserer Theorie sind sie wirkliches Recht, ein natürliches Recht, das in sich, aus der Idee der Gerechtigkeit und der Menschheitsbestimmung heraus Geltung hat, das nicht notwendig einer positiven, nationalen Anerkennung und Bestätigung bedarf. Selbstverständlich handelt es sich um sichere Sätze des Naturrechts. Zu deren fortschreitender Klärung und Anerkennung hätte vor allem die Wissenschaft forschend und fördernd beizutragen. Daß schon heute die öffentliche Meinung der gesitteten Welt eine gewisse Zahl solcher Sätze allgemein annimmt und beachtet wissen will, hat sich in den letzten zehn Jahren genugsam gezeigt.

Für die Interpretation, die praktische Auslegung des positiven Rechts dürfen wir den Begriff und den Gebrauch des Naturrechts weiter fassen; so zwar, daß auch die sittlichen Gedanken und Normen, die nicht Rechtssätze sind, bei Entscheidungen der Gerichte sachgemäß verwertet werden dürfen. Denn die Auslegung des Gesetzes ist nicht notwendig eine rechtsschöpferische Funktion; sie steht den Gerichten als solchen zu, ja auch der Wissenschaft, der Gewohnheit und Sitte im Volke in größerem oder geringerem Umfange. Bei ihr sind nicht nur strengrechtliche, sondern auch sittliche und soziale Gesichtspunkte wirksam und berechtigt. Die staatliche Gesetzgebung selbst betont gelegentlich, daß in zweifelhaften Fällen die der „guten Sitte“ entsprechende Deutung vorgezogen werde. Zum jüngsten Prozeß über das Verhalten des Reichspräsidenten ist von den verschiedensten Seiten her betont worden, daß man den Begriff des Landesverrats auch nach der juristischen Seite hin gar nicht loslösen kann von den sittlichen Motiven und Umständen, die im Einzelfalle die Handlungsweise bestimmen. Um so mehr gilt es von internationalen Rechts- und Vertragsbestimmungen, deren Begriffe viel weniger scharf geprägt sind, daß in zweifelhaften Fällen außer dem strengen Recht auch die Rücksichten der Billigkeit, der Menschlichkeit, des sittlichen und kulturellen Fortschritts mit zur Deutung heranzuziehen sind.

Das Gleiche ist in noch umfassenderem Sinne von den Schiedsgerichten zu sagen. Ich verstehe darunter Gerichte, die nicht einen Rechtsstreit entscheiden, eine Rechtsverletzung bestrafen dadurch, daß sie durch höhere Gewalt die Parteien zwingen; die vielmehr die Aufgabe haben, einen Streit der Parteien bezw. Staaten zu verhüten, oder eine freie und friedliche Verständigung zwischen den Streitenden herbeizuführen. Es liegt im Wesen dieser Aufgabe, daß ein solches Schiedsgericht nicht nur rechtliche, sondern auch sittliche, soziale und kulturelle Gründe bei seinen Vorschlägen und Schiedssprüchen berücksichtigen darf; und zwar gilt dies sowohl im Sinne der Ergänzung wie auch der Auslegung des positiven Staats- und Völkerrechts. Ja, nicht nur diese Gründe und Gesichtspunkte natürlicher Ethik sind zulässig; auch die übernatürlichen Ziele und Motive der Religion, die christlichen Gedanken des Friedens, der Versöhnlichkeit, der einen weltumfassenden Gottesfamilie gehören hierher. Die tatsächlichen Bemühungen des Papstes Benedikt XV. um Beilegung des Weltkriegs sprechen laut für diese Folgerung. Und derselbe Grundgedanke macht es dringend wünschenswert, daß auch in der kommenden Organisation des internationalen Schiedswesens die sittlich-religiöse Macht des Papsttums nicht unvertreten bleibt.

Meurer, Christian, Dr. jur. et phil., Geheimer Hofrat, Professor an der Universität Würzburg.

Die Naturrechtler des 17. und 18. Jahrhunderts haben für die Fortbildung des Völkerrechts höchst anregend gewirkt; aber ihre Lehren waren nicht schon ohne weiteres wirkliches Recht und sind es auch bei mangelndem Staatenkonsens nicht geworden. So hoch man auch ihre Verdienste de lege ferenda einschätzen mag, so wird man doch als Jurist dabei zu bleiben haben, daß selbst die bestbegründete Forderung eines Gelehrten noch kein geltendes Recht ist, daß vielmehr darüber erst die größere oder kleinere Völkerrechtsgemeinschaft das entscheidende Wort hat.

Neumeyer, Karl, Dr. jur., Professor an der Universität München, Associé des Institut de Droit International.

1. Gegen die Annahme, daß „für die naturrechtliche Grundauffassung des Völkerrechts, welche in dem jus naturae et gentium des 17. und 18. Jahrhunderts gemäß der Grotianischen Lehre theoretische Geltung gewonnen hatte, heutige Geltungskraft in Anspruch zu nehmen" sei, erhebe ich entschiedenen Widerspruch. Wo das positive Völkerrecht Bindungen nicht aufstellt, ist der Staat frei, nach seinem Gutbefinden zu verfahren; er ist rechtlich nicht verpflichtet, diese Freiheit aus Rücksichten der Billigkeit, des gemeinen Nutzens oder nach ähnlichen Maßstäben einzuschränken.

2. Es kann sein, daß positives Völkerrecht Verweisungen auf außerrechtliche Normen enthält, die zu Erwägungen führen, wie sie gleichlautend das Naturrecht anstellt.

So kraft Rechtssatzes die Verweisung: Staatsverträge sind nach Treu und Glauben auszulegen.

So kraft Rechtsgeschäftes — nach dem deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag — die Verweisung: ein Schiedsgericht solle nach den Grundsätzen entscheiden, die nach seiner Ansicht die Regel des internationalen Rechts sein sollten.

3. Wäre von der Grundlage des alten Naturrechts auszugehen, so hätten dessen Lösungen nicht bloß ergänzende und auslegende Bedeutung, sondern sie hätten den Vorrang vor jedem, auch einem abweichenden Rechtssatz des positiven Völkerrechts zu beanspruchen. Und es könnte sich eine solche Wirksamkeit des Naturrechts auch nicht auf das Völkerrecht allein beschränken.

Opet, Otto, Dr. jur., Professor an der Universität Kiel.

1. Das auf dem Staatenkonsens beruhende positive internationale Recht genügt nicht zur Regelung der internationalen Verhältnisse. Die notwendig werdende Auslegung und Ergänzung läßt sich nur aus dem von der allgemeinen Ueberzeugung als Völkerrecht anerkannten Gewohnheitsrecht gewinnen. Dies Gewohnheitsrecht entspringt, wie die englisch-amerikanische Doktrin stets anerkannt hat und die deutsche Doktrin neuerdings

ebenfalls überwiegend anerkennt, der im Sinne von Grotius als Naturrecht zu bezeichnenden Rechtsquelle. Die internationale Gerichts- und Schiedsgerichtsbarkeit hat also die naturrechtliche Theorie zur Auslegung und Ergänzung des positiven internationalen Rechts zu verwenden.

2. Diese naturrechtliche Grundauffassung ist der Sittlichkeit konform. Da das wohlverstandene subjektive Interesse des Einzelstaats die Berücksichtigung der Sittlichkeit verlangt, das subjektive Interesse der Einzelstaaten, wenn es wohlverstanden sein soll, aber auch die Berücksichtigung der Interessen der übrigen Staaten erheischt, so bildet die Sittlichkeit zugleich den Maßstab der internationalen Interessensolidarität.

Phillimore, The Rt. Hon. Lord, D.C.L., LL.D.,
J. P., Membre de l'Institut de Droit International.

À mon avis la théorie du droit naturel en matière du droit des gens enseignée par Grotius est toujours en vigueur aujourd'hui, mais seulement dans le sens suivant, c'est à dire comme étant la base du droit international positif créé par l'accord de volontés des états.

Mais pour les tribunaux internationaux de toute sorte ce serait hasardeux de faire recours à cette théorie pour interpréter ou compléter le droit international positif actuellement en vigueur, ou d'y chercher de nouveaux maximes de jurisprudence, ornisso medio.

Aujourd'hui le terrain de jurisprudence internationale est tout occupé par les règles positives; et la théorie de Grotius ne sert maintenant que comme base philosophique de la jurisprudence actuelle, ou au plus pour fournir des raisons pour une législation nouvelle qui serait agréée par des traités ou des conventions entre États.

La seconde question serait donc sans importance pratique. Mais au point de vue philosophique je dirais que la source de la théorie de Grotius était pour lui la loi morale, et que pour la plupart elle peut se baser sur la moralité; mais qu'elle pourrait se baser aussi sur la solidarité objective des intérêts

de la communauté internationale ou (ce qui est de mon avis la même chose toujours autrement envisagée) sur le vrai intérêt subjectif de chacun des états.

La reservation que j'ai faite au sujet de la loi morale comme base de la totalité des règles de droit international positive les cas ou ces règles n'ont pas, pour ainsi dire, une couleur morale, mais sont plutôt des règles de bon sens ou ayant un but pratique; ce que les écrivains de la depêche envoyée par la Grande Bretagne au roi de Prusse en 1753 ont appelé „the reason of the thing". (Phillimore, International Law, vol. 1, section 20.)

Pour la Cour Permanente Internationale, la première question est resolue par l'article 38 du Statut ainsi conçu:

La Cour applique:

1. Les conventions internationales, soit générales, soit spéciales, établissant des règles expressément reconnues par les États en litige;

2. La coutume internationale comme preuve d'une pratique générale acceptée comme étant le droit;

3. Les principes généraux de droit reconnus par les nations civilisées;

4. Sous réserve de la disposition de l'article 59, les décisions judiciaires et la doctrine des publicistes les plus qualifiés, comme moyen auxiliaire de détermination des règles de droit.

Piloty, Robert, Dr. jur., Professor an der Universität Würzburg.

1. Das positive internationale Recht wird seine Geltung stets aus dem Rechtswillen der Staaten (Staatenkonsens) beziehen. Unser Rechtswille wird sich aber niemals vollständig aus gemeinsamen und ausdrücklichen Kundgebungen der Staaten ermitteln lassen. Es muß deshalb zur Ergänzung und praktischen Interpretation dieses Willens auch heute und in Zukunft auf jene überstaatliche Vernunft zurückgegriffen werden, welche seinerzeit als naturrechtliche Grundauffassung des Völkerrechtes in der Grotianischen Lehre ihren vollkommensten Ausdruck und dadurch theoretische Geltung erlangt hat. Jene naturrechtliche

Grundauffassung hat allerdings seither durch Fortschritte der Philosophie namentlich in religionsphilosophischer und völkerpsychologischer Richtung mannigfache Korrektur und Vertiefung erfahren und ist dadurch in noch schrofferen Gegensatz zur Staatenpraxis geraten als damals. Nur in dieser Fortentwickelung kann jene naturrechtliche Grundauffassung auch heute noch und künftig als normative und dogmatische Lehre Geltung auch für das positive Völkerrecht und internationale sonstige Recht behaupten. In dieser übernationalen und überkonfessionellen fortentwickelten Gestalt aber müssen dieser Grundauffassung internationale und nationale Gerichte folgen. Sie sind sogar in erster Linie berufen, ihr praktischen Ausdruck zu geben, wo die Staaten in der Kundgebung ihres latenten Rechtswillens versagen. Sie müssen im Verein mit der wissenschaftlichen Lehre des Völkerrechtes diesem latenten Staatenkonsens praktisch zum Ausdruck verhelfen, indem sie seine Uebereinstimmung mit jener geläutert naturrechtlichen Grundauffassung in jedem einzelnen gegebenen Fall nachweisen.

Insoweit also ist die erste der beiden gestellten Fragen zu bejahen. Die Fragestellung kann als brauchbar hingenommen werden, dürfte freilich einer etwas klareren Formulierung fähig sein.

2. Sittlichkeit, Interessensolidarität und wohlverstandenes subjektives Interesse der Staaten sind keine gegensätzlichen Wertkategorien, sondern nur drei verschiedene Beurteilungsstandpunkte, bezogen auf das gleiche Objekt des internationalen Normensystems. Alle drei Standpunkte ergänzen sich und sind in einer geläutert naturrechtlichen Grundauffassung enthalten. Unter den drei genannten Beurteilungsstandpunkten besteht indes ein Rangunterschied, indem das subjektive Staateninteresse den niedrigsten, die Sittlichkeit den höchsten, das Solidaritätsbewußtsein einen mittleren Rang einnimmt. Die Sittlichkeit als übernationales und überkonfessionelles Wertmaß muß nach ihrem höchsten inneren Gesetz auch das letzte Motiv der Entwickelung bilden, in der die naturrechtliche Grundauffassung des Völkerrechtes jeweils ihre Korrekturen an der inneren Einheit aller Kulturwerte findet.

Politis, Nicolas S., Docteur en Droit, Professor an der Universität Paris, Griechischer Gesandter in Paris, Membre de l'Institut de Droit International.

I. a) Les principes du droit naturel, d'après la théorie de Grotius, doivent inspirer les juges et les arbitres dans l'interprétation du droit international positif, car ils en sont l'indispensable complément.

b) Mais ils ne peuvent pas servir pour compléter le droit positif, c'est-à-dire pour en combler les lacunes. C'est là une oeuvre proprement législative qui, dans l'état actuel des relations internationales, appartient aux Gouvernements.

II. La base d'application pratique de la théorie du droit naturel pour l'interprétation du droit positif ne peut être que la solidarité objective des intérêts de la communauté internationale, car elle est le seul substratum du droit positif et elle constitue d'ailleurs la plus sérieuse expression de la moralité d'une époque comme des intérêts subjectifs bien entendus des Etats, tandis que chacune de ces deux dernières notions, prises isolément, comporte, l'une par son caractère vague et l'autre par son aspect d'utilitaire égoïsme, un véritable danger pour le juge dont l'impartialité ne doit jamais être suspectée.

Radbruch, Gustav, Dr. jur., Reichsjustizminister a. D., Professor an der Universität Kiel.

Je mehr die Rechtsprechung internationaler Gerichte an Boden gewinnt, um so dringlicher wird die Frage, aus welchen Quellen die Lücken des auf Staatenkonsens gegründeten völkerrechtlichen Rechtsbestandes ausgefüllt werden können. Denn das auf Staatenkonsens beruhende Völkerrecht als eine lückenlos geschlossene Rechtsordnung anzusehen ist ebenso unmöglich, wie mangels einer Regelung zur Erörterung stehender Rechtsfragen durch Staatenkonsens den Gerichten die Ablehnung jeglicher Entscheidung zuzugestehen oder sie auf das argumentum e contrario, also auf die Verneinung jeder durch Staatenkonsens nicht vorgesehenen Rechtsfolge, zu verweisen.

Vielmehr muß auch für internationale Gerichte der klassische Einleitungssatz des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

entsprechend gelten: „Das Gesetz (im gegebenen Falle: die völkerrechtliche Vereinbarung) findet auf alle Rechtsfragen Anwendung, für die es nach Wortlaut oder Auslegung eine Bestimmung enthält. Kann dem Gesetz (der völkerrechtlichen Vereinbarung) keine Vorschrift entnommen werden, so soll der Richter nach Gewohnheitsrecht und, wo auch ein solches fehlt, nach der Regel entscheiden, die er als Gesetzgeber aufstellen würde. Er folgt dabei bewährter Lehre und Ueberlieferung".

Nur daß bei der relativistischen Vieldeutigkeit des rechtlichen Endziels, der Unsicherheit des Abstiegs von ihm zu den Einzelfragen, der erhöhten Gefährlichkeit gerade völkerrechtlicher Rechtsunsicherheiten und Fehlentscheidungen die Anlehnung an bewährte Lehre und Ueberlieferung, an communis opinio, Präjudizien, Autoritäten, für das Völkerrecht nötiger ist als für andere Rechtsgebiete.

Unter diesem Gesichtspunkte erlangt aber größte Bedeutung die Tatsache, daß das Naturrecht auch heute noch nicht tot, nicht eine überwundene Idee ist, sondern eine mächtig fortwirkende Wirklichkeit. Ernst Troeltsch hat unvergeßlich gezeigt, wie die Ideen des „Naturrechts" und der „Humanität" in der westeuropäisch-amerikanischen wie in der katholischen Gedankenwelt mächtige Lebensgefühle sind und daß eine Wiederannäherung der deutschen, historisch-organisch-positiven Denkweise an diesen westlerischen Gedankenkreis erwünscht und unvermeidlich ist (Ernst Troeltsch, Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik 1923). Wenn bei völkerrechtlichen Verträgen auf „die höchsten Grundsätze der internationalen Politik", auf das „internationale Sittengesetz", auf die „unverzichtbaren Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit" wie auf etwas Selbstverständliches Bezug genommen wird, so ist damit diese naturrechtliche Gedankenwelt gemeint. Nicht als eine Vernunftnotwendigkeit, wohl aber als eine mächtige Geschichtstatsache, als eine Erscheinungsform „bewährter Lehre und Ueberlieferung" haben diese naturrechtlichen Denkmotive, wie sie für die Entstehung des Völkerrechts entscheidend waren, so auch seiner Weiterbildung als Leitstern zu dienen. Man darf die naturrechtliche Gedankenwelt freilich nicht als ein Arsenal ansehen,

dem völkerrechtliche Rechtsgedanken fertig entnommen werden könnten, vielmehr nur als eine Atmosphäre, in der solche Rechtsgedanken sich bilden. Man mag, um deutlicher zu werden, diese Atmosphäre noch mit einem andern Wort bezeichnen als die der „Zivilisation“.

Rostworowski, Michel, Comte de, Professor an der Universität Krakau, Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

Dans le domaine du droit interne, la conception purement positiviste ne peut, malgré la perfection relative du droit codifié, être intégralement réalisée: elle est obligée de fléchir parfois devant une tendance inévitable, marquée par les tribunaux, de puiser, dans le réservoir d'idées morales de la nation, des principes, des maximes et des préceptes, propres à suppléer à l'insuffisance du droit positif.

Il en est, à fortiori, de même, dans le domaine du droit international, où la codification, sous forme d'accord explicite des volontés des Etats, commandé parfois par des considérations politiques, ne se développe que fort lentement et reste toujours en arrière de ce que réclament les vrais besoins de la société internationale. Une conception positiviste absolue de droit des gens, élevant son imperfection momentanée à la hauteur d'une vertu, risquerait de géner singulièrement le développement de ce droit. Le droit naturel, droit non-écrit, croît, s'enrichit, évolue sans trève dans les consciences des hommes capables de s'élever au-dessus de leurs communautés nationales et de penser et raisonner au moyen de catégories internationales. L'appel à ses principes me paraît non seulement utile, lorsqu'il s'agit de résoudre par ex. certaines situations de fait, dont une solution basée sur le droit positif constituerait une „maxima injuria“, mais parfois nécessaire, lorsqu'il faut corriger par ex, les effets du soi-disant droit public européen-droit, qui, sans former un code de règles abstraites, se contente d'être l'ensemble d'accords ayant le caractére de „Rechtsgeschäfts-Verträge“ et, couvert par la maxime „pacta sunt servanda“, menace de sanctionner et de perpétuer parfois des écarts considérables par rapport aux principes du droit tant positif que naturel.

Pour répondre à la deuxième question du questionnaire, je me permets de faire remarquer que le fait de poser les trois alternatives, entre lesquelles on doit se prononcer, ne laisse pas d'être un peu embarrassant, dans ce sens notamment, qu'en choisissant l'une d'elles, on peut nullement entendre renoncer à adopter les deux autres. — Sans s'exclure mutuellement, elles se complètent plutôt et soulèvent, en fait, la question de priorité. — Or, en cet ordre d'idées, je me prononcerais en faveur de l'attribution du rôle désicif à la morale-morale sociale internationale, qui se confond pour moi avec la base d'existence de toute société humaine d'ordre supérieur.

L'intérêt subjectif bien compris de chacun des Etats et l'intérêt objectif de la communauté internationale ne se présentent à mon esprit que comme un reflêt, soit individuel, soit global, de l'idée morale, qui permet à cette dernière de se frayer la voie jusque dans les consciences de très larges masses de la population, incapables du coup et par elles-mêmes d'en saisir les bienfaits éventuels, lequels ne sont aperçus que d'une élite de penseurs et de philosophes.

Opérer avec l'aide d'arguments tirés soit de la solidarité internationale, soit des intérêts egoïstes des Etats particuliers, me semble être un procédé parfaitement justifiable au point de vue de la propagande, mais un procédé insuffisant pour étayer des principes et des préceptes prêtendant à une force obligatoire sur une base vraiment solide.

Rouard de Card, Edgard, Docteur en Droit, Professor an der Universität Toulouse, Membre de l'Institut de Droit International.

Je m'empresse de répondre au questionnaire que vous avez bien voulu m'adresser. Suivant moi, la théorie du droit naturel en matière de droit des gens a cessé d'etre en vigueur: elle a été abondonnée par la Communauté internationale.

En effet, la Conférence de la Haye de 1907 a adopté une convention, relative à l'établissement d'une cour internationale

des prises, qui contient un article 7, ainsi conçu: „Si la question de droit à résoudre est prévue par une Convention en vigueur entre le belligérant capteur et la Puissance qui est partie au litige ou dont le ressortissant est partie au litige, la Cour se conforme aux stipulations de la dite convention, à défaut de telles stipulations la Cour applique les règles du droit international. Si des règles, généralement reconnues, n'existent pas, la Cour statue d'après les principes généraux de la justice et de l'équité.“

Cette théorie, plus claire et plus nette, que la théorie du droit naturel, a le grand avantage de ne point donner lieu aux interminables et fastidieuses discussions que vous indiquez dans le second paragraphe du questionnaire.

Schiffer, Eugen, Reichsjustizminister a. D., Wirklicher Geheimer Rat.

Zunächst glaube ich in der Annahme nicht fehlzugehen, daß die Anfrage keineswegs bloß theoretisch gemeint ist, sondern einem starken praktischen Bedürfnisse entspringt. Für die Einrichtung und Wirksamkeit von Gerichtshöfen des internationalen Rechts ist jetzt mehr als je vorher die Stunde gekommen: Die Notwendigkeit ist stärker, die Zeitströmung günstiger als früher. Mit der Frage der Errichtung und der Tätigkeit solcher Gerichtshöfe ist die Frage des von ihnen anzuwendenden Rechtes untrennbar verknüpft. Nun stehe ich allerdings auf dem ketzerischen Standpunkt, daß bei der Klassifizierung der verschiedenen Elemente der Rechtsprechung die Persönlichkeit des Richters an erster, die Regelung des Verfahrens an zweiter und das materielle Recht erst an letzter Stelle steht. Ein tüchtiger Richter wird mit einem mangelhaften Verfahren und einem unzulänglichen materiellen Recht immer noch fertig; und wenn er gar noch ein gutes Verfahren zur Verfügung hat, wird er über das Fehlen oder die Fehler des materiellen Rechtes zumeist hinwegkommen. Auf der andern Seite nützt das beste materielle Recht nichts, wenn es in seiner Verwirklichung durch ein untaugliches Verfahren gelähmt oder in die Hände eines unbefähigten Richters gelegt wird. Ich spreche hier aus eindringlicher eigener Erfahrung; denn ich habe den Zivilprozeß, den Strafprozeß und das Verwaltungsstreitverfahren durch langjährige Tätigkeit beim Amtsgericht, beim Landgericht, beim Kammergericht und beim Oberverwaltungsgericht und das internationale Gerichtsverfahren beim Weltgerichtshof im Haag sehr genau kennen gelernt. Schon aus diesem Grunde würde ich Wert darauf legen, in jedem Fall die Errichtung internationaler Gerichtshöfe und die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit zu fördern und ihre Verfassung und das von ihnen anzuwendende Verfahren zu statuieren. Das anzuwendende materielle Recht würde für mich jedenfalls keine Voraussetzung für erstere Maßnahmen bilden, mit denen ich deshalb auch nicht warten würde, bis sie erfüllt ist. Hierzu kommt noch ein anderer Gesichtspunkt. Die Geschichte des Preußischen Oberverwaltungsgerichts beweist, daß ein höchster Gerichtshof, der wirklich auf höchster Höhe steht, sich schließlich sein materielles Recht selbst schafft, wie doch wohl überhaupt die Rechtsschöpfung für ein oberstes Gericht die Hauptsache und wichtiger ist als die Rechtsfindung im einzelnen Falle, der gewissermaßen nur den Anlaß und das Objekt für die rechtsschöpferische Tätigkeit des Tribunals ist. Ich verweise gerade auf das Preußische Oberverwaltungsgericht, weil es sein rechtliches Substrat, das Verwaltungsrecht, sich selbst eigentlich erst schaffen mußte und gewissermaßen aus dem Nichts geschaffen hat. Deshalb bin ich auch nicht darüber im Zweifel, daß ein hoher internationaler Gerichtshof an dem zu handhabenden materiellen Recht nicht scheitern wird, vielmehr wird es gerade seine Hauptaufgabe und sein größter Wert sein, das fließende Material internationaler Abmachungen und völkerrechtlicher Manifestationen durch einen usus fori zu festigen und aus der Sphäre der Gelegenheitsaktionen politischer Art auf das Niveau fester und stetiger Rechtssätze zu bringen.

Immerhin verkenne ich natürlich nicht, daß die Frage des materiellen Rechts auch für höchst qualifizierte Gerichte von weittragendster Bedeutung ist. Ich verkenne ferner nicht die Schwierigkeit, die sich gerade aus der Zusammensetzung dieser Gerichte mit ihren aus den verschiedensten Rechtsgebieten, politischen, kulturellen und sozialen Einstellungen stammenden Mitgliedern für die Herstellung einer gemeinsamen materiell rechtlichen Basis ergeben. Deshalb ist die Frage nach der Beschaffenheit einer solchen Basis durchaus berechtigt; und bei der Art des Völkerrechts, dessen positive Bestandteile durch die letzten Weltereignisse arg geschmälert und erschüttert sind, wird das Problem des subsidiären Rechts geradezu dringlich. Als solches kann nun m. E. in der Tat nur die von Ihnen skizzierte naturrechtliche Grundauffassung des Völkerrechts in Betracht kommen. Ich wüßte wenigstens kein anderes Recht, das die Lücken des positiven internationalen Rechtes ausfüllen könnte. An diese naturrechtliche Grundauffassung würde ich aber weder den Maßstab der internationalen Interessensolidarität noch denjenigen des wohlverstandenen subjektiven Interesses der Staaten anlegen. Erstere besteht nicht oder doch nicht in der Art, daß nicht gerade sie den Gegenstand des Streites bilden würde, da ja aus dem Konflikt der Interessen dieser Streit entstanden wäre. Das subjektive Interesse eines Staates gegenüber seiner eigenen Auffassung in der Weise festzustellen, daß man es als wohlverstanden ihm aufzwingt, heißt wiederum nichts anderes, als unter einer wohlwollenden Phrase eine Entscheidung zu erlassen, die die für sie maßgebenden Gesichtspunkte in Wahrheit aus ganz anderen Richtungen entnimmt. Diese Richtungen dürften sich nur in den Geboten der Sittlichkeit finden. Jedoch ist die Sittlichkeit im internationalen Verkehr der Völker ihrer Natur nach von der privaten und privatrechtlichen Sittlichkeit verschieden. Das Lebensrecht eines Volkes ist nicht wie das Lebensrecht eines Einzelnen der Gegenstand des souveränen Befindens und Beliebens eines Monarchen, einer Regierung oder eines Staatsmannes; und so sind den sittlichen Anforderungen an ein Volk engere Schranken gezogen als sie anderwärts bestehen, und Ansprüche eines Volkes werden vom sittlichen Standpunkte aus vielleicht auch dann noch als gerechtfertigt gelten können und müssen, wenn die für die Einzelnen maßgebende Sittlichkeit ganz anders urteilen würde. Ist diese Betrachtung richtig, so zeigt sie aufs deutlichste das fließende Element im anzuwendenden Völkerrecht und die Notwendigkeit, aus dem Strome der Erscheinungen heraus gewisse klare Richtlinien mit der Eigenschaft der Stetigkeit herauszuarbeiten.

Schoen, Paul, Dr. jur., Professor an der Universität Göttingen.

Als Anhänger der Willenstheorie kann ich eine unmittelbare Geltungskraft der naturrechtlichen Auffassung des Völkerrechts heute nirgend annehmen. Man wird jedoch auch heute noch da, wo das positive internationale Recht Lücken oder Unklarheiten aufweist, um diese auszufüllen oder zu klären, zurückgreifen müssen auf Erwägungen der Natur der Sache, d. h. auf das Naturrecht. Denn es ist anzunehmen, daß die Staaten das ihre Beziehungen regelnde Recht, wo solches nötig ist, ergänzt wissen wollen durch Normen, die vernünftige Erwägung aus der Natur der Sache ableitet.

Die Basis für den Rückgriff auf die Natur der Sache ist aber das wohlverstandene subjektive Interesse der Staaten, von dem nach der Willenstheorie das ganze Völkerrecht getragen wird. Denn es entspricht dem wohlverstandenen subjektiven Interesse aller Staaten, Lücken der zwischenstaatlichen Rechtsordnung so zu ergänzen, wie die Natur der Sache es nach vernünftiger Ueberlegung gebietet.

Strisower, Leo, Dr. jur., Professor an der Universität Wien, Membre de l'Institut de Droit International.

Das Völkerrecht beruht nicht auf dem Staatenkonsens, wenn auch der Konsens von Staaten Völkerrecht schaffen kann. Das Völkerrecht beruht, ähnlich anderem Rechte, darauf, daß gewisse Grundsätze des Verhaltens und des Anspruchs auf bestimmtes Verhalten, in der Staatengemeinschaft oder in einem Teile derselben, mit dem Bewußtsein, daß dies die rechtliche Ordnung erfordert, tatsächlich gelten, nämlich sich so durchsetzen, daß sich die Staaten von vornherein darauf verlassen können, daß sie sich durchsetzen werden. Ein Willensakt des einzelnen Staates ist zu seiner Bindung nicht erforderlich. Allerdings kann er sich im allgemeinen der verbindlichen Kraft eines neuen Rechtssatzes leicht entziehen, indem er durch Widerspruch die Geltung des Rechtssatzes gegenüber ihm, im obigen Sinne, ausschließt.

Die naturrechtlichen Auffassungen über das gebotene Verhalten sind noch nicht geltendes Recht. Aber naturrechtliche

Auffassungen, die in einer gewissen Zeitperiode zutage treten, bestimmen leicht das Verhalten der Staaten, und wenn sich die Staaten diesen Grundsätzen gemäß verhalten, so tun sie es leicht auch in dem Sinne, daß dies die wirkliche, sich allgemein durchsetzende Rechtsordnung fordere. So setzen sich denn tatsächlich naturrechtliche Sätze leicht im einzelnen durch, und namentlich bei wiederholter Uebung und sonach erhellender allgemeiner Verbreitung des Rechtsbewußtseins ist das Vertrauen auch objektiv begründet, daß der Satz sich regelmäßig durchsetzen werde und er ist geltendes Recht. Die Begründung der betreffenden Anschauung aus Naturrecht mag übrigens ihre Ueberzeugungskraft verlieren.

Bestimmte naturrechtliche Anschauungen können zur Interpretation (im weitesten Sinne) eines Völkerrechtssatzes herangezogen werden, wenn dem Rechtssatz diese naturrechtliche Anschauung, die seine Bildung bestimmte oder später hinzutrat, zugrunde liegt. Dabei kommt natürlich auch etwa der allgemeine Gedanke in Betracht, aus welchem diese naturrechtliche Anschauung stammt.

Strupp, Karl, Dr. jur., Privatdozent an der Universität Frankfurt.

I. In voller Würdigung der Bedeutung des Naturrechts, das, vermittelt durch Grotius und andere große Autoren der Frühneuzeit, in wichtigen Fragen zu gewohnheitsrechtlicher Bildung von Völkerrechtssätzen (Umsetzung von Postulaten in positives Recht) geführt hat, erscheint mir die Auffassung abzulehnen, daß naturrechtliche Sätze zur Ergänzung und Interpretation positiven Völkerrechts herangezogen werden dürfen, wenn nicht in Staatenvereinbarungen, sei es auch in vager Form (vgl. etwa Art. 36 I Ziff. 4 und II des Statuts für die Cour de Justice Internationale) solche Möglichkeit ausdrücklich zugelassen ist. Bei stärkster Anerkennung der — häufig mit naturrechtlichen Sätzen verwechselten — Analogie kann im allgemeinen vor Anwendung naturrechtlicher „Normen“, solange diese nicht gewohnheitsrechtlich in das Völkerrecht rezipiert und damit ihrer Postulatsnatur entkleidet sind, nur gewarnt werden.

II. Dabei verstehe ich unter Naturrecht Sätze, die ohne als positive Völkerrechtssätze nachweisbar zu sein, aus Motiven der Sittlichkeit oder der wohlverstandenen Interessensolidarität oder des wohlverstandenen subjektiven Staateninteresses (worunter doch wohl ein altruistisch gefärbter sacro egoismo zu verstehen ist) postuliert werde und deren ganze mögliche Gefährlichkeit sich gerade aus der letzten Eventualität der Frage ergibt.

Taube, Michel de, Baron, Dr. jur., Professor des Internationalen Rechts, Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

1. Je considère que „la théorie du droit naturel en matière du droit des gens, jus naturae et gentium", — telle qu'elle a été „enseignée par Grotius et répandue au cours du 17^e et 18^e siècle" — n'est plus en vigueur aujourd'hui.

2. Cette réponse négative à la première question posée par l'Institut n'épuise pourtant pas le problème. Car je pense que la théorie d'un droit naturel dans les rapports entre Etats continue son existence jusqu'à nos jours, mais dans d'autres formes, — chaque période, étape ou forme historique de civilisation possédant sa propre notion d'un droit naturel supranational, qui doit expliquer, compléter et même améliorer le droit international positif.

3. Cette dernière notion est la résultante d'une action conjointe de différents facteurs humanisants de la vie internationale (selon l'époque) — des principes généralement reconnus de la religion, de la morale ou de la jurisprudence dans le sens le plus large de ce terme. Ainsi, comme le „jus naturae et gentium" de Grotius découlait sans aucun doute du droit naturel de ses précurseurs (canonistes et légistes) du moyen âge, notre droit naturel à nous repose à son tour, en partie, sur l'enseignement de Grotius et de son école, en tant que cet enseignement a été adopté par la conscience juridique du monde civilisé.

4. Il est naturellement assez difficile de dégager de la communis opinio doctorum les principes de ce droit

naturel moderne en matière du droit des gens. Il est toutefois clair que le droit conventionnel est encore loin d'embrasser toute la sphère du droit international actuellement en vigueur. Je pense que la principale base de ce droit des gens naturel — ou de cette conscience juridique internationale — se trouve dans les lois de la morale, dite chrétienne (formant en réalité un minimum de la véritable morale du Christ), généralement reconnue encore dans le monde qui se nomme civilisé.

De ce chef je considère le droit des gens naturel comme obligatoire pour les Gouvernements et les tribunaux nationaux ou internationaux appelés à interpréter ou à compléter le droit international positif.

5. Il faut espérer que sa détermination fera, entre autre, l'objet des travaux de la Commission spéciale pour la codification du droit international qui vient d'être créée au sein de la Société des Nations.

Thoma, Richard, Dr. jur., Geheimer Hofrat, Professor an der Universität Heidelberg.

Dem Versuch einer Beantwortung der Frage ist der Vorbehalt vorauszuschicken, daß es mir vielleicht nicht gelungen ist, ihren Sinn richtig zu erfassen. Sie ist mir aber willkommen, als Anlaß, einige Grundanschauungen über das Wesen des Völkerrechts auseinanderzusetzen.

I. Es muß zunächst festgestellt werden, was der Antwortende als „Grundauffassung des Völkerrechts im Sinne des jus naturae et gentium des 17. und 18. Jahrhunderts" ansieht. Dabei muß man unterscheiden zwischen der von dieser Grundauffassung gelehrten Norm und der von ihr gelehrten Sanktion.

Die Norm besagt: es soll eine Rechtsordnung gelten, die über allen (oder mindestens allen christlichen oder allen zivilisierten) Völkern und ihren Staatsgewalten steht und ihr Können und Dürfen im zwischenstaatlichen Verkehr in der Weise des Rechts unbedingt bestimmt. In dieser Rechtsordnung sollen mancherlei unmittelbare Rechtssätze gelten. Unter diesen unmittelbaren Sätzen sollen zwei sein, aus denen sich mittelbar ein reicherer, aber historisch wandelbarer Normenschatz entwickeln kann. Der eine heißt: pacta sunt servanda; der andere heißt: zwischen allen oder einigen Staaten kann durch Zusammentreffen von Rechtsüberzeugung und tatsächlicher Uebung Gewohnheitsrecht entstehen, das als verpflichtend angesehen werden soll. Zu den unmittelbaren gehören ferner u. a. die Sätze: für rechtswidrig zugefügten Schaden muß Ersatz geleistet werden; zum Krieg, überhaupt zur Gewalt, darf nur geschritten werden zum Zwecke der Verteidigung oder Wiederherstellung oder Durchsetzung von Rechten. Zu diesen Rechten wurde allerdings auch das der Selbsterhaltung gerechnet und Vattel hat dieses Recht so weitherzig aufgefaßt und die Befugnis der Staatsregierungen, frei darüber zu entscheiden, ob es gefährdet sei und was zu seiner Sicherung unternommen werden dürfe, so allgemein gelehrt, daß in bezug auf das Recht zum Kriege und die Befugnis zur Ausbeutung eines Sieges das Postulat der Rechtsschranken hinter der autonomen Souveränität beinahe verschwand[1]).

Was nun die Frage betrifft, ob die so skizzierte Weltrechtsordnung gelte und wodurch sie ihre Sanktion empfange, so waren die Naturrechtslehrer einig im Prinzip der Beantwortung. Oder richtiger: durch Annahme dieses Prinzips erweisen sie sich als Anhänger derjenigen Rechtsphilosophie, die man Natur- oder Vernunftrechtslehre nennt. Es ist beschlossen in der Ueberzeugung, daß sich mittels der ratio, d. h. verstandesmäßig, aus der Natur der societas und dem Wesen des Rechts die Richtigkeit und damit auch die normative Geltung einer Rechtsordnung und ihrer einzelnen unmittelbaren Normen eindeutig erschließen und demonstrierbar (more geometrico) beweisen ließen.

Die Anwendung dieses Prinzips auf die societas humana hat allerdings nicht alle Naturrechtsphilosophen zu dem gleichen Ergebnis geführt. Spinoza zeigte den Gegensatz zwischen „Natur“ und „Vernunft“ und Thomas Hobbes deduzierte die Schrankenlosigkeit der staatlichen Souveränität als richtiges und geltendes Recht. Die communis opinio aber „bewies“ die Geltung des Völkerrechts und seiner Prinzipien aus der Vernunft und leitete daraus die Geltung der auf consensus beruhenden Einzelsätze ab.

---

[1]) Vgl. C. van Vollenhofen: Die drei Stufen des Völkerrechts. 1919.

II. Als nun zum Teil die historische Rechtsschule, mehr noch die philosophische Erkenntniskritik die Unhaltbarkeit der naturrechtlichen Deduktion dargetan und gezeigt hatten, daß sich die Geltung eines Rechtssatzes nur induktiv aus geschichtlichen Tatsachen nachweisen, die Richtigkeit nur aus unbeweisbaren subjektiven Werturteilen deduzieren läßt, entstand das Problem, ob man auch den Inhalt der hergebrachten Völkerrechtslehre als „Naturrecht“ aus dem Bereiche des geltenden Rechts verbannen müsse oder ob man auf andere Weise seine Geltung dartun könne.

Eine Behandlung dieses Problems hat einleuchtenderweise zur Voraussetzung, daß zunächst eine Antwort gewonnen werde auf die Kardinalfrage, worin denn überhaupt der Geltungsgrund der als Völkerrecht bezeichneten Normen für das gegenseitige Verhalten unabhängiger Staaten gefunden werden könne, nachdem feststeht, daß der Nachweis ihrer Vernünftigkeit, selbst wenn er zu führen wäre, hierfür nicht ausreichen würde.

Auf diese Kardinalfrage gibt es nur zwei wissenschaftlich mögliche Antworten. Die verbreitete und von hohen Autoritäten (insbesondere Georg Jellinek) getragene Meinung, es gäbe noch eine dritte Lösung — nämlich die, daß die Verpflichtungskraft des Völkerrechts auf einer zu unterstellenden „Selbstverpflichtung“ der Staaten oder Völker aufgebaut werden könne — beruht auf einer Verkennung des springenden Punktes. Man kann alles mit der Selbstverpflichtung erklären, nur das eine nicht: daß nämlich, wenn Völkerrecht sein soll, eine Fremdverpflichtung bestehen muß, kraft deren die freie Selbstlösung aus der angeblich freien Selbstbindung Rechtsverletzung wäre. Das war immer einleuchtend, wird übrigens z. B. von Triepel, obwohl er an der Selbstverpflichtungstheorie festhält, im Grunde eingeräumt²), und braucht heute, nach der siegreichen Kritik dieser Theorie

---

²) Völkerrecht und Landesrecht, 1899, S. 82.

durch Nelson, Kelsen und Verdroß nicht mehr ausführlich dargetan zu werden.

1. Die eine der beiden möglichen Lehren geht dahin, daß der Grund der Rechtsverpflichtung eines jeden Staates durch die Normen des sogenannten Völkerrechts in dem eigenen Gesetz eines jeden Staates zu finden sei, bestenfalls in seinem Verfassungsgesetz (das aber doch auch, wiewohl meistens unter Erschwerungen, zu seiner Disposition steht und überdies durch Revolution oder Staatsstreich autonom zerbrochen werden kann). Dann gibt es echte Souveränität im Rechtssinne, d. h. Höchstheit der eigenen Satzungsberechtigung. Es gibt dann aber kein wirkliches internationales Völkerrecht. Denn was an seinen Normen „Recht“ ist, ist es dann nur, weil und insoweit diese Normen mit dem staatlich veränderlichen „äußeren Staatsrecht“ des in das Spiel gekommenen Staates übereinstimmen. Und was an ihnen international ist, macht sich dann nur geltend in der Weise von Normen der Sitte oder der Sittlichkeit oder der Religion oder in der Weise bewährter Regeln der politischen Klugheit. Von diesem Standpunkt der sogenannten Leugner des Völkerrechts führt, wie mir scheint, keine Brücke zu der Grundauffassung des jus naturae et gentium. Er ist ihr Widerspiel.

2. Die andere mögliche Lösung des Problems behauptet die Existenz eines den staatlichen Regenten und Gesetzgebern übergeordneten, von Rechts wegen verpflichtenden internationalen Gewohnheitsrechts. Darin steckt, wenn man die Sache genau betrachtet, die Verknüpfung von zwei Behauptungen. Die eine geht dahin, daß faktisch in allen Staatsbevölkerungen der Kulturwelt eine so große Zahl von hierfür maßgebenden Individuen (Regierende, Rechtsgelehrte, Politiker, Träger der öffentlichen Meinung) hinsichtlich eines Völkerrechts überhaupt und seiner Normen im besonderen die Ueberzeugung der Notwendigkeit ihrer rechtlich-kategorischen Geltung haben (die opinio necessitatis), daß man von einer „allgemeinen“ Rechtsüberzeugung reden könne und müsse. (Viele Schriftsteller sprechen von Rechtsüberzeugungen der Staaten, was aber nur als abgekürzte Redewendung aufzufassen ist, weil es sonst Unsinn wäre.) Das ist

die eine Säule der durch Induktion gewonnenen Behauptung von der Positivität des internationalen staatenverpflichtenden Gewohnheitsrechtes. Die andere Säule ist die Behauptung des usus, d. h. der im staatlichen Verkehr, insbesondere auch in Grenz- und Konfliktsfällen regelmäßig bewährten und in der schließlichen Rechtsdurchsetzung gegenüber Völkerrechtsverletzungen durch die Reaktion der staatlichen Umwelt wenigstens hinreichend häufig bewährten, rechtsgehorsamen Anwendung der Völkerrechtsnormen. Hinreichend nämlich, um sagen zu können: hier ist geltendes Recht.

Ist diese Bejahung des Völkerrechts — die einzig mögliche — haltbar, dann gibt es von Rechts wegen keine Souveränität der Staaten im Sinne der üblichen Definitionen[3]) oder, um die Sache minder aufreizend auszudrücken, dann ist zu definieren: Souverän im juristischen Sinne ist ein Staat, der von Rechts wegen keinen anderen Rechtsnormen Gehorsam schuldet, als denen des Völkerrechts. Die Souveränität ist relativiert. Die Rechtsidee ist über die Staatsidee gesetzt, wenigstens für die juristische Betrachtung der Dinge. Folgerichtige Logik muß nun freilich, wie Kelsen gezeigt hat, noch fragen, warum denn Regierungen souveräner Staaten rechtlich verpflichtet sein sollen, sich an dieses Gewohnheitsrecht zu kehren. Darauf kann nur geantwortet werden: weil der Satz, daß sie dies sollen, von der hier vorgetragenen Grundauffassung als „Ursprungsnorm“ allen Rechtes postuliert und in autonomem Entschlusse gesetzt wird, womit die „Einheit des rechtlichen Weltbildes“ hergestellt und die staatliche Gesetzgebung als durch die Weltrechtsordnung ermächtigt begriffen wird. Naive Positivisten werden das als Rückfall in Naturrecht bezeichnen wollen. Das steht ihnen, wiewohl es verwirrend ist, terminologisch frei, wenn sie nur einsehen, daß keine Rechtsordnung ohne eine solche logisch postulierte und rein voluntaristisch gesetzte Grundnorm denkbar ist. Auch das rechtliche Weltbild der Vielheit absolut souveräner Staatsgesetzgebungen bedarf für jeden Staat einer logisch postulierten Ursprungsnorm. Sie kann hier gewonnen werden, indem man bei irgendeinem historischen Ereignis Halt macht, also z. B. für das heutige Deutschland den Satz als Ursprungsnorm annimmt: was die Nationalversammlung des Jahres 1919 gesetzt oder bestätigt hat, ist verpflichtendes Recht. Aber eben dieses willkürliche Haltmachen zeigt die Unzulänglichkeit des Pluralismus, der in der Annahme vieler absolut souveräner rechtsetzender Staaten steckt. Das Reduktionsbedürfnis der Rechtsphilosophie kommt nur dann zur Ruhe, wenn sie entweder alles Recht auf eine die ganze Humanitas verpflichtende Ursprungsnorm zurückführt, oder alles Recht überhaupt leugnet (nicht nur das Völkerrecht) und das, was man Recht nennt, entlarvt als täuschenden (indes vielleicht höchst wertvollen) Abglanz des Zusammenspiels von Interesse, Gewalt und Gewöhnung. Für einen logischen Kopf bleibt nur die strenge Wahl zwischen Rechtsuniversalismus und Rechtsnihilismus. Die Entscheidung ist subjektiv und nicht rationalistisch beweisbar [4]).

---

[3]) Vgl. hierzu Kelsen: Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts. 1920. — Verdroß: Die Einheit des rechtlichen Weltbildes. 1923.

Es ist nun an der Zeit zu bekennen, daß ich von der Richtigkeit der zweiten Theorie überzeugt bin. Ich sage: bekennen, denn ein Komplex subjektiver Werturteile ist hier, wie soeben gezeigt wurde, nicht auszuschalten. Ja, so fein und verwickelt liegen die Dinge, daß jeder Schriftsteller, Professor oder Staatsmann, der für die Bejahung oder die Verneinung des Völkerrechts Zeugnis ablegt, dazu mithilft, daß er recht hat. Der Streit zwischen der Suprematie des Völkerrechts und der Suprematie der absoluten Staatssouveränität entscheidet sich genau so wie der um die Suprematie von Staat oder Kirche in den Köpfen der Menschen und ist in gewissem Sinne von jeder Generation neu auszutragen. Wer den Normen des internationalen Verhaltens den Charakter überstaatlicher Verpflichtungskraft abspricht — sei es im Tone schmerzlicher Resignation, sei es im triumphierenden Pochen auf die Macht, sei es im Sinne Hegel'scher Geschichtsphilosophie — der schwächt die Partei des Rechts. Wer, trotz allem Gegenschein, den Völkerrechtsüberzeugungen eine in der Praxis immer wieder sich durchsetzende Macht über die Gemüter zuspricht und demnach die überstaatliche rechtliche Geltung des Völkerrechts lehrt, schafft selbst einen lebendigen kleinen Beweis der Richtigkeit seiner Lehre. Einen Beweis, den die induktiv verfahrende Theorie mit anderen Beweisen summieren darf. Das ist so, gleichgültig, ob er die Lehre vorträgt mit jenem leisen Unbehagen, das sich bei Autoren einzumischen pflegt, die mächtigen und vermeintlich nicht saturierten Imperien angehören, oder mit jener Freudigkeit, wie sie etwa bei Schweizern, Belgiern, Skandinaviern hervortritt, als Angehörigen von Staaten, für die sich die Sache des Rechts mit der Sache der nationalen Freiheit und Würde unlöslich verknüpft, und an deren Seite sich heute der realpolitisch denkende Deutsche des entwaffneten Reiches geführt sieht.

---

[4]) Vgl. unten Anm. 7.

III. Abgelöst vom brüchigen Fundament rationalistischer Deduktion, neu untermauert durch den der Absicht nach induktiv gewonnenen Rechtsgrund der Realität internationalen Gewohnheitsrechts: vermag so das heutige Völkerrecht auf Inhalte des alten jus naturae et gentium als einer subsidiären Rechtsquelle zurückzugreifen? Diese Frage ist in bezug auf gewisse oberste Prinzipien gewiß zu bejahen. Denn ohne Sätze wie die, daß die gesamte Staatenwelt der zivilisierten Völker eine rechtsverbundene und rechtsgebundene societas bilde, daß Verträge gehalten, zugefügtes Unrecht wieder gutgemacht werden müsse, kann ein Völkerrecht überhaupt nicht gedacht werden. Indes ist damit offenbar nichts gewonnen.

Worauf es ankommt ist, ob bestimmte, umreißbare Grundauffassungen der Naturrechtslehrer als heute geltendes Recht derart nachgewiesen werden können, daß auf sie zurückzugreifen ist, wenn Vertragsnormen und historisch belegbares völkerrechtliches Herkommen versagen. Insofern fordert die Formulierung der gestellten Aufgabe zur Kritik heraus. Sie hätte nicht nur abheben dürfen auf „die“ naturrechtliche Grundauffassung, sondern mindestens daneben eine Anzahl bestimmter Grundauffassungen aufzählen und formulieren müssen.

Meine Antwort auf das vorgelegte Problem lautet also: für die naturrechtliche Grundauffassung ist auch inhaltlich eine allgemeine heutige Geltungskraft nicht in Anspruch zu nehmen. Nur einzelnen naturrechtlich deduzierten oder als Gegenstand eines Consensus von den Autoren des jus naturae et gentium vorgetragenen Lehren kommt heutige Geltung zu, weil die traditionelle Doktrin sie zu Bestandteilen allgemeiner Rechtsüberzeugung gemacht hat, oder weil sie zu den Voraussetzungen allen Völkerrechts gehören. Diese Lehren aufzusuchen, wäre eine weitläufige Arbeit. Fruchtbarer und interessanter ist es zu fragen, welche in die naturrechtliche Grundauffassung eingebetteten Lehren und Folgerungen heute nicht mehr gelten. Auch das kann hier natürlich nicht methodisch und umfassend untersucht werden. Ich begnüge mich damit, zwei Punkte herauszugreifen, die allerdings von der größten Bedeutung sind.

Die Grundauffassung des Naturrechts und, von ihr beeinflußt, der oft so gedankenlosen und dem lebendigen Leben nachhinkenden Doktrin der Lehr- und Handbücher des 19. Jahrhunderts ist

1. durchaus etatistisch. Sie nimmt einen jeden Staat, so wie er aus der Werkstatt der Geschichte hervorgeht und bis er etwa wieder zerstört oder verkleinert ist, als vollkommen besitz- und existenzberechtigt. Die heute lebendige Rechtsüberzeugung der europäischen und amerikanischen Kulturnationen dagegen hat diesen Etatismus modifiziert durch schrittweise Konzessionen an die nationale Idee und den National-Demokratismus. Wieweit diese Modifikation geht, welche Bedeutung für die Bestimmung ihres Umfangs gewissen Ereignissen und Verträgen zukommt, insbesondere aus neuester Zeit dem verpflichtenden Notenaustausch vom 5. November 1918, dem Völkerbund, den Friedensverträgen, den Plebisziten, den Minderheitsschutzverträgen, kann hier nicht ausgeführt werden⁵). Es sei nur

---

5) Vgl. dazu neuestens Carl Schmitt: „Die Kernfrage des Völkerbundes“, Schmollers Jahrb. XLVIII 4, S. 1 ff. Carl Schmitt bezweifelt die wirkliche Geltung des Selbstbestimmungsrechts und meint pessimistisch, der Besitzende werde ewig im Rechte wohnen.

grundsätzlich betont, daß staatliche und internationale Gerichte und Schlichtungsinstanzen, wenn sie in die Lage kommen, auf ungeschriebene Prinzipien des Rechts zurückzugreifen, diesen Wandlungen Rechnung tragen müssen und nicht einfach mit den starren Prinzipien des Selbsterhaltungsrechts und der Nichtintervention arbeiten können, die den Grundauffassungen des 17. und 18. Jahrhunderts eigen sind.

Diese Auffassungen sind entstanden in einer Umwelt monarchisch-absolutistisch regierender Souveräne und im Rahmen eines die Zwischenstufen zwischen Menschheit und Individuum degradierenden individualistischen Rationalismus. Diese Sorte Kosmopolitismus ist heute tot. Heute leben wir im Zeitalter der vom Feuer des Nationalgefühls durchglühten (und freilich auch, wenn sie gerade militärisch mächtig sind, von den Angstvorstellungen der Geopolitik und den Raub- und Haß-Instinkten des Nationalismus gehetzten) Demokratien. — „Nation“ verstanden im politischen Sinne des Wortes als eine die Zusammengehörigkeit wollende Gruppe. — Heute ist aller Kosmopolitismus mittelbar und sucht selbst der radikale Pazifismus seine Rechtfertigung in der Hoffnung, er könne der Verwirklichung der nationalen Idee höhere Dienste leisten, als alle Machtpolitik. Wie sollte die massenpsychologische und ethische Basis, wie sollte die Praxis des Völkerrechts zweier so verschiedener Zeitalter die gleiche sein können?

Die Notwendigkeit, beim Rückgriff auf allgemeine Prinzipien das lebendige Rechtsgefühl zu Rate zu ziehen, hat bedeutsame Anerkennungen gefunden in Art. 38 des Statuts des ständigen Internationalen Gerichtshofes, in Art. 5 des deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags vom 3. Dezember 1921, in anderen Verträgen und in Schiedsgerichtsurteilen.

2. Im Tiefsten gewandelt hat sich auch die Auffassung vom Wesen des Krieges. Für Hugo Grotius und seine naturrechtliche Gefolgschaft, deren Nachzügler bis in die Gegenwart reichen und beim Versailler Friedensvertrag mit seinen Schuld- und Strafklauseln Pate gestanden haben, ist justum bellum ein Krieg, weil und sofern er um ein verletztes oder verweigertes

Recht geführt wird, und erscheint der siegreiche Staat, sofern das objektive Recht auf seiner Seite steht (worüber es allerdings keinen objektiven Richter gibt), als ein zu Strafe und Vollstreckung befugtes Organ der internationalen Rechtsgemeinschaft. Die heutige Rechtsauffassung verwirft diesen Gedanken bekanntlich nicht völlig, aber sie modifiziert ihn nach drei Richtungen.

Einmal durch die vielfältig bekräftigte Ueberzeugung, daß es ein Frevel wäre, um reine Rechtsstreitigkeiten Kriege zu führen; daß vielmehr in diesem Falle die Staaten die Pflicht trifft, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen.

Sodann durch die Einsicht, daß es sich bei den großen und tiefgehenden Konflikten der Staaten und Völker immer um Kollisionen handelt, bei denen Recht gegen Recht steht in einem tragischen Interessenstreit zwischen höchsten staatlich-nationalen Lebensinteressen. Hier allein kann allenfalls nach heutiger Rechtsauffassung der Krieg eine Stätte finden als bellum justum mindestens einer, vielleicht sogar beider Parteien. Denn solche Konflikte spotten der konkretisierenden Rechtsanwendung und fordern individualisierende Rechtsschöpfung.

Der Völkerbund endlich wagt es, sogar dem Interessenkonflikt ein Schlichtungsverfahren zu oktroyieren, ja sein Statut kennt die Möglichkeit eines verpflichtenden Schlichtungsspruchs. Mag dies immerhin nur auf dem Papiere stehen und mag das Genfer Protokoll, welches eine ausnahmslose Verbindlichkeit der Schlichtungssprüche vorsieht, immerhin Entwurf bleiben, der niemals ratifiziert werden wird; so zeigen sich hier doch Grundauffassungen, die von denen der Vernunftsrechtslehrer im Fundamente verschieden sind. Denn diese kamen niemals los von der Sanktionierung des im gegebenen Augenblick bestehenden status quo. Auch Wolff's civitas maxima, auch Kants und Fichtes Ideen vom künftigen, das Recht verwaltenden Völkerbund bleiben, wie mir scheint, in diesem Banne.

Das Neue liegt in der Anerkennung der Würde von staatlichen und nationalen Forderungen auf Aenderung des Rechts- und Besitzstandes, und in ihrer Verknüpfung mit dem Postulat, hierüber schöpferische Schlichtungssprüche entgegenzunehmen.

Dadurch vollzieht sich die Versöhnung des wandelbar strömenden Lebens mit dem Rechtsgedanken, der ohne diesen variablen Faktor zu einem Element des erstarrenden Konservativismus würde. Die der naturrechtlichen Völkerrechtsliteratur (nicht natürlich dem Naturrecht überhaupt) eigentümliche Ethik des Etatismus ist also im Rückzug gegen andere Ethiken, die uns allerdings in einer bedrückenden Pluralität gegenüberstehen[6]), unter denen aber zurzeit die Ethik der nationalen Idee und der national-demokratischen Selbstbestimmung die Führung hat.

IV. Was den zweiten Absatz der Frage betrifft, so beruht alle echte und tragfähige Bejahung des Völkerrechts notwendig auf einem ethischen Fundament. Das ist auch in der Grundauffassung des Naturrechts nicht anders. Ihre Eigentümlichkeit besteht nur in dem erkenntnistheoretischen Irrtum, als könne das Licht der ratio nicht nur dem Subjekt die Wege des für dieses Subjekt wahrhaft Vernünftigen und deshalb (mindestens in der Meinung des Rationalismus) wahrhaft Sittlichen weisen[7]), sondern auch objektiv beweisbare Inhalte des rechten Verhaltens dartun. Notwendig also liegt ein „Maßstab der Sittlichkeit“ zugrunde. Soweit ein Autor die „internationale Interessensolidarität“ zum Maßstab des Völkerrechts macht, setzt er stillschweigend oder ausdrücklich voraus, es sei sittliche Pflicht, sich in den Dienst des Gemeinwohls dieser solidarischen Gruppe zu stellen.

Das Argument des „wohlverstandenen subjektiven Interesses der Staaten“ endlich ist offenbar weder als Fundament, noch als Maßstab überstaatlichen Völkerrechts zu gebrauchen. Es ist ein (übrigens im größten Umfang zutreffendes und überzeugendes) Argument des gütlichen Zuredens an Etatisten und Nationalisten, die gegen die Ueberordnung einer Weltrechtsordnung rebellieren wollen.

---

[6]) Vergl. dazu die Schlußbemerkung meiner Kritik von Feilchenfeld „Völkerrechtspolitik als Wissenschaft“ im Arch. f. Soz. Wiss. u. Soz. Pol. 52 (1924), S. 839 ff.

[7]) Ueber die Verwurzelung allen Rechtes als Recht in der sittlichen Autonomie des Individuums vgl. jetzt die gedankenreiche Rede von Rudolf Laun „Recht und Sittlichkeit“, Hamburg 1925.

Tönnies, Ferdinand, Dr. phil., Dr. jur. h. c., Geheimer Regierungsrat, Professor an der Universität Kiel.

Ich beantworte die Fragen des ersten Absatzes mit „ja". Und zwar knüpfe ich diese Bejahung nicht an de Groot (ohne dessen Bedeutung für das Völkerrecht in Frage zu stellen), weil für ihn das Wesen des Rechtes noch mit dem der Moral vermischt war: er glaubte noch in mittelalterlichem Geiste an eine übernatürliche Beglaubigung beider. Sondern ich beziehe mich für meine Bejahung auf Hobbes, der das streng-rationale Naturrecht dadurch begründet hat, daß er ausschließlich das gemeinsame richtig erkannte Interesse aller Beteiligten, mithin die Vorschriften der Vernunft, m. a. W. die Logik, für die Regeln des vorstaatlichen natürlichen Rechtes entscheidend sein ließ. Und zwar als die richtig erschlossenen Folgerungen aus dem Axiom der formalen Gleichheit, d. i. der Gleichberechtigung, und dem des beständig drohenden Konflikts der Interessen, der nur durch Anerkennung gemeinsamer Rechtsgrundsätze — eben des natürlichen Rechtes — gelöst und dem nur dadurch vorgebeugt werden könne. Wenn diese Theorie auf voneinander unabhängige, daher potenziell immer einander feindselige Individuen zugeschnitten war, so kommt doch ihren Prinzipien das Dasein voneinander unabhängiger Staaten weit näher. Und wenn Hobbes eine Verwirklichung des natürlichen Rechtes zwischen Individuen ohne eine einheitliche und unbedingte Staatsgewalt für ausgeschlossen hielt, so stellt jedoch das Völkerrecht insofern, als es Geltung hat und auch seine Kraft zur Entscheidung und Verhütung von Streit, also von Krieg, geltend macht und bewährt, ein in diesem Sinne wirksames Naturrecht dar, so sehr es der Ergänzung und Auslegung durch einen Gerichtshof und endlich auch durch eine vollziehende Gewalt bedürfen mag. In diesem Sinne hat Kant den Gedanken des Hobbes bewußt zu Ende gedacht. — Da der Staatenkonsens ohne Zweifel, sofern er aus freien Entschließungen der einzelnen Staaten hervorgegangen ist oder doch darin beruht, ebenso auf das wohlverstandene eigene Interesse jedes Staates zurückgeht, so involviert er die Anerkennung jener Grundsätze, sofern sie richtig erschlossen sind. Sie müssen daher dem positiven internationalen Recht ebenso zugrunde liegen wie die Verfassung eines Staates seiner Gesetzgebung, gelten folglich auch in Ergänzung des positiven Rechts.

Eben damit sind auch die Fragen des zweiten Absatzes beantwortet, und zwar dahin:

Aus dem wohlverstandenen subjektiven Interesse der Staaten folgt eine Interessensolidarität, die auch als Maßstab der internationalen Sittlichkeit zu deuten freisteht. Aber die Sittlichkeit ist ihrem Wesen nach etwas anderes als das Recht. Teils geht ihr Bereich weit über das Bereich des Rechts hinaus, teils schneiden sich ihre Bereiche, so daß der Gebrauch, der von einem subjektiven Rechte gemacht wird, durchaus unsittlich sein kann. Werden auch die Grundsätze der Moral ausschließlich auf das wohlverstandene Interesse begründet und als solche auch von Staaten angenommen, so bedeutet dies, daß gewisse Handlungsweisen (oder Unterlassungen) als normale und korrekte erwartet und gepflegt werden, ohne daß ein rechtlicher Anspruch darauf erhoben werden kann. Ein rechtlicher Anspruch ist ein Anspruch, von dem gedacht wird, daß der gerechte Richter ihn als notwendig zu erfüllenden (unter Umständen erzwingbaren) anerkennen und behaupten muß.

Triepel, Heinrich, Dr. jur. et scient. polit., Geheimer Justizrat, Professor an der Universität Berlin.

Nach meiner Auffassung gibt es ein Naturrecht für den Verkehr zwischen den Staaten ebensowenig wie für den Verkehr zwischen den Individuen. Was die Schule seit Grotius unter dem Namen Naturrecht begreift, ist subjektive Ansicht von dem, was gelten soll, nicht ein Recht, das gilt. Völkerrecht beruht nur auf Staatenkonsens. Dieser kommt freilich nicht nur in der Form schriftlich fixierter Verträge zustande, sondern liegt ebenso oft, in den Grundfragen sogar immer, der in ständiger Praxis betätigten Uebung zugrunde. Dabei halte ich aber für sicher, daß es allgemeine Grundsätze gibt, die allein schon aus der Tatsache des Gemeinschaftsbewußtseins der Staaten, insofern diese ihre Gemeinschaft als rechtliche empfinden, abgeleitet werden können. Es gibt Normen, die aus dem Wesen des Rechts oder, wenn man will, aus der Natur des Rechts unmittelbar zu entnehmen sind, da das Recht als Versuch der Verwirklichung einer Gerechtigkeitsidee nicht mit dieser Idee in Widerspruch treten kann. Um ein Beispiel zu nehmen, so folgt die Forderung, daß ein völkerrechtliches Zwangsmittel, etwa eine Repressalie, im Verhältnis zu dem Zwecke stehen muß, den es erreichen soll, unmittelbar aus dem Wesen des Rechts. Will man solche immanente Prinzipien des Rechts Naturrecht nennen, so habe ich nichts dagegen.

Verdroß, Alfred, Dr. jur., Professor an der Universität Wien.

Meines Erachtens ist das alte Naturrecht nur soweit heranzuziehen, als es von der Staatenpraxis rezipiert wurde.

Die Staatenpraxis anerkennt jedoch nicht nur das Gewohnheitsrecht und Vertragsrecht als Völkerrechtsquelle, sondern außerdem die subsidiäre Quelle der „internationalen Gerechtigkeit“, wie sich beinahe aus jeder Analyse der Schiedssprüche ergibt (vgl. darüber meine „Einheit des rechtlichen Weltbildes“, Tübingen 1923).

Dieser Rechtszustand wird durch Art. 38, 3 des Statutes für den Ständigen Internationalen Gerichtshof kodifiziert, zufolge welches die außerhalb vom Vertragsrecht und Gewohnheitsrecht anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze als subsidiäre Rechtsquelle heranzuziehen sind. Diese durchleuchten daher das ganze Völkerrecht, da sie überall durchgreifen, wo die anderen Quellen schweigen oder zweifelhaft sind.

Diese allgemeinen Rechtsgrundsätze decken sich nicht mit der Sittlichkeit, doch sind sie jene Prinzipien, die die Kulturstaaten aus dieser für den internationalen Verkehr ableiten. Sie sind daher nicht schlechthin unveränderlich, sondern können sich mit der Kulturauffassung wandeln.

Weiß, André, Docteur en Droit, Professor an der Universität Paris, Vizepräsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, Mitglied des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes, Membre de l'Institut de Droit International.

Ma réponse est nettement affirmative. Elle tient tout entière dans la définition que j'ai donnée du droit international, dans la 9 édition de mon Manuel, Paris, 1925, p. XI, et qui résuma, selon moi, la doctrine généralement acceptée dans les milieux scientifiques de mon pays: „Le droit international est l'ensemble des règles pratiquées habituellement entre les Etats, avec appréciation de ces règles au point de vue du droit naturel“.

J'ajoute que, dans ma pensée, ce droit naturel, qui doit servir à interpréter, et aussi, le cas échéant, à compléter et à suppléer le droit positif, c'est avant tout la morale internationale, étant d'ailleurs très convaincu que l'intérêt bien entendu de la communauté des nations sera presque toujours d'accord avec les enseignements moraux, qui dominent la vie des peuples comme celle des individus.

Modernes Jus gentium.

Von Rechtsanwalt Dr. Dr. **Hermann Kröger,** Halle a. d. S.

Daß das *jus gentium* nicht etwa identisch war mit Völkerrecht, ist bekannt. Auch Rom kannte schon Völkerrecht, hauptsächlich zur Zeit, als das Amtsrecht, das der Prätor schuf, in Blüte stand und später erst recht, als das römische Recht „entnationalisiert“ wurde und auch zur Zeit, als die „Orientalisierung des römischen Rechts“ (*Mayr,* Römische Rechtsgeschichte I, 1) begann und sich durchsetzte. Das Völkerrecht war das *jus inter gentes,* nur das Recht, das allein die Beziehungen von Staaten untereinander regelte, z. B. Handelsverträge, Bündnisverträge, Friedensverträge, Subsidienverträge und so fort. Der Vertrag Roms mit Karthago vom Jahre 348, der den Schutz der Bürger beider Staaten gegen Seeräuber an Küsten der kampanischen Städte zum Gegenstand hatte, enthielt völkerrechtliche Bestimmungen. Das ist eins der ältesten Beispiele. Ansprüche aus solchen Verträgen wurden nicht vor dem römischen Gerichtsherrn geltend gemacht, sondern regelmäßig im Wege der Selbsthilfe durchgesetzt. Völkerrecht ist stets ein Recht zwischen Völkerschaften gewesen und ist es auch noch heute. Gewiß kann man Begriffe mit neuem Inhalt füllen, man kann sich daran gewöhnen, Worte auf andere Erscheinungskomplexe als bisher anzuwenden. Das ist selbstverständlich, da das Wort ja keine feststehende Erscheinung ist, sondern lediglich ein überliefertes oder neu gebildetes geistiges Hilfsmittel bei dem Orientierungsversuch in der Erscheinungswelt: „ . . so sind in unserem geistigen Leben die Worte die relativ festen Mittelpunkte von Assoziationen und Vor-Urteilen, die Menschen vor uns gebildet haben. Die Worte sind die Hilfen oder die Ruhepunkte bei dem schwierigen psychologischen Geschäfte des Begreifens“ (*Mauthner,* Wörterbuch der Philosophie I, S. 99). Aber die Klarheit des Wortes — seine Eindeutigkeit — leidet darunter, wenn häufig neue andersartige Erscheinungen unter das Wort gebracht werden zu ihrer Kennzeichnung. Das Wort wird dann „wässerig“. Und das ist sehr unzweckmäßig. Wässerig wird auch der Begriff des Völkerrechts und völlig unklar, wenn er den z. B. von Rechtsanwalt *Isay*[1]) gewünschten Inhalt haben oder erhalten soll. Auch die Motivierung *Isays* für diese Inhaltsänderung ist nicht stichhaltig. Nach Aufzählung einer Reihe von Beispielen wie: „Nach Art. 297 h haben deutsche Staatsangehörige einen eigenen und unmittelbaren Schadenersatzanspruch gegen die neugebildeten Staaten“, führt *Isay* aus: „Daß dies Ansprüche des Völkerrechts sind, dürfte wohl nicht bestreitbar sein. Was für Ansprüche sollten es wohl auch sonst sein können? Landesrechtliche doch gewiß nicht. Sie werden ja auch nicht vor den Landesgerichten geltend gemacht“. Oh ja, es ist sehr bestreitbar, daß diese Ansprüche dem heute gebrauchten Begriff: „Völkerrecht“ oder *„law of nations“* oder *„droit des gens“* und so fort subsumiert werden können. Und darauf kommt es an: in welchem Sinne wird heute ein Begriff allgemein gebraucht! In welchem Sinne der Begriff „Völkerrecht“ heute gebraucht wird, wurde schon erwähnt. *Isay* selbst äußert sich hierzu: „Aber über einen Punkt kann man wohl eine *communis opinio doctorum* feststellen, daß nämlich das Völkerrecht eine Ordnung zwischen den einzelnen Staaten darstellt in dem Sinne, daß Subjekt der nach den Regeln des Völkerrechts entstehenden Rechte und Pflichten die einzelnen Staaten, nicht aber Privatpersonen sind“. Von dieser Tatsache muß ausgegangen werden bei Prüfung der Frage, ob eine Rechtserscheinung unter diesen Begriff gebracht werden kann. Daraus folgt: der Anspruch der Privatpersonen gegen einen ausländischen Staat ist kein Anspruch des Völkerrechts, da die Privatperson niemals Träger eines völkerrechtlichen Anspruchs — diesen Begriff in dem heute üblichen Sinne gebraucht — sein kann. Ob dieser Anspruch in einem völkerrechtlichen Vertrag geregelt ist, ist völlig gleichgültig. Durch Abschluß des Vertrages entsteht der Anspruch nicht für die betreffende Einzelperson, sondern erst durch die verfassungsmäßige bindende Erklärung des Einzelstaates an seine Angehörigen, daß die fragliche Bestimmung für sie Gesetz sei. Nach Reichs-Verfassung gelten bekanntlich die „allgemein anerkannten Regeln des „Völkerrechts“ als „bindende Bestandteile des Deutschen Reichsrechts“ (Art. 4). Und nach Art. 45 bedürfen die durch Vertrag mit fremden Staaten geschaffenen besonderen Regeln der Zustimmung des Reichstags. Durch Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen dem Reich und einem anderen Staat werden nur die beiden Kontrahenten verpflichtet, die in dem Vertrag etwa enthaltenen Bestimmungen, die eine Einzelperson oder eine Gruppe von Einzelpersonen betreffen, zu einer diese Einzelpersonen bindenden Gesetzesbestimmung zu machen. Und wenn das nun geschieht, zu welcher Gattung von Rechten — in den üblichen Begriffsformen — gehört dann dieser Anspruch oder diese Verpflichtung? Die Antwort ergibt sich aus der Ueberschrift dieser Abhandlung.

---

[1]) „Die Stellung der Privatpersonen im Völkerrecht“. Juristische Wochenschrift 1924, S. 1317 f., vergl. auch *Strupp*, Völkerrecht, S. 35 ff.

Das *jus gentium* war im Gegensatz zum *jus Quiritium*, das ursprünglich identisch war mit *jus civile*, dasjenige Recht, das die Beziehungen des Römers zum Nichtrömer regelte und umgekehrt, sowie der Nichtrömer untereinander, soweit sie vor dem römischen Gericht Recht suchten und suchen konnten. Auch eine *civitas* konnte Träger von Rechten und Pflichten nach *jus gentium* sein. Allerdings hat sich der Gedanke, daß ein Staat oder eine Gemeinde als juristische Person Rechtsfähigkeit haben kann, im römischen Volksrecht nie, im römischen Amtsrecht erst spät durchgesetzt. „Als allgemeine Rechtserscheinung blieb sie dem klassischen Recht wohl allezeit fremd“ (*Mayr II,* 2, 1 S. 37). Später waren die *civitates liberae* „selbständige juristische Personen“. „In der Kaiserzeit ..... galt jede Stadtgemeinde als selbständiges Rechtssubjekt“ (ebenda S. 39). „Die Rechtsfähigkeit der Gemeinden *inter vivos* stand im allgemeinen der physischer Personen gleich“ (ebenda S. 39). Das nur nebenbei, um zu zeigen, daß auch nach römischer Rechtsauffassung der Anspruch der Privatperson gegen den fremden Staat möglich war. Eine gute und gebräuchlich gewordene Uebersetzung des „*jus gentium*“ ist: „Internationales Verkehrsrecht“ (vgl. *Mayr I,* 2 S. 6 u. a). Ueber die Eigenart dieses *jus gentium* schreibt *Mayr* (II, 1 S. 80ff): „Das *jus* *gentium* war nicht .... ein Völkerrecht in dem heutigen Sinne .... Es war auch nicht ein bei allen Völkern übereinstimmend geltendes Recht .... Andererseits war das *jus gentium* auch nicht etwa wie das heute sogenannte internationale Privatrecht nur eine Summe von Kollisionsnormen, die lediglich den Weg zur Anwendung dieses oder jenes nationalen Rechtes wiesen. Der Gedanke, daß der Richter unter Umständen ausländisches Recht anwenden müsse, war vielmehr der antiken Welt durchaus fremd. Das *jus gentium* war ein dem *jus civile* gleichwertiges, ein neben dem *jus civile* stehendes positives Rechtssystem für die Fremden, ein für die Gesamtheit aller (auswärtigen) Völker geltendes Recht. Formell wurzelt es im prätorischen Edikt, sachlich war es — das will vermutlich die Bezeichnung *jus gentium* ausdrücken — im wesentlichen ein von außen gekommenes, ein Recht der auswärtigen Nationen, wenn auch ein Teil dieser Rechtsmasse in Rom schon längst vor allem Fremdenverkehr heimisch gewesen, nur eben nicht als Recht anerkannt gewesen sein mag. Das *jus gentium* war formell, seiner Entstehungsquelle nach, „römisches Amtsrecht".

Selbstverständlich ist das heutige „*jus gentium*" nicht etwa identisch mit dem antiken Recht dieses Namens, es ist auch nicht etwa eine Rezeption römischer Rechtsgedanken, sondern es ist lediglich entwicklungsgeschichtlich „homolog" und darum ist die Bezeichnung in der Ueberschrift auch nur symbolisch verwendet. Als „homolog" bezeichnet bekanntlich die Biologie die morphologische Gleichwertigkeit von Organen. *Spengler* hat in seiner Kulturphilosophie diesen Begriff in die historische Methode eingeführt und bezeichnet damit die in den verschiedenen Kulturen entwicklungsgeschichtlich einander entsprechenden, gleichwertigen Erscheinungen; als Beispiele nennt er die pergamenische Kunst und „Richard Wagner", „Hannibal und der kürzlich erledigte Weltkrieg" u. a. In diesem Sinne der entwicklungsgeschichtlichen Gleichwertigkeit ist der Begriff auch hier verwendet. Auch das heutige *jus gentium* ist aus der Notwendigkeit des Verkehrs des Inländers mit dem Ausland hervorgegangen und dient der Regelung dieses Verkehrs. Es ist internationales Recht insofern, als das inhaltlich gleiche

Recht für die Angehörigen der beteiligten Vertragsstaaten gilt. Es ist aber zugleich auch nationales Recht insofern, als es für die Angehörigen der einzelnen Staaten bindendes Recht nur wird, weil es als Gesetz in jedem einzelnen Staat und zwar in verfassungsmäßiger Form verkündet ist. Es unterscheidet sich von dem alten *jus gentium* schon dadurch, daß es formell, d. h. bezüglich der Bindung als Gesetz nicht mehr zu unterscheiden ist von dem übrigen Recht eines Landes. Einen Unterschied von Amts- und Volksrecht, wie er in Rom bestand, kennen wir nicht mehr.

Das Internationale Privatrecht gehört heute ebenfalls zum „Internationalen Verkehrsrecht“. Aber es bildet nicht den alleinigen Inhalt, sondern ist eine besondere Gruppe des letzteren. Es regelt lediglich den Verkehr zwischen Einzelpersonen verschiedener Staatsangehörigkeit, nicht aber den Verkehr der Einzelperson zum fremden Staat als dem Träger von Hoheitsrechten. Es ist national insofern, als es nur infolge seiner verfassungsgemäßen Form für die Staatsangehörigen des einzelnen Landes bindendes Recht und zwar Gesetzesrecht wird (für das Gewohnheitsrecht gibt es keine „verfassungsmäßige“ Form), es ist international insofern, als die gleiche Rechtssatzung nur in schon sprachlich verschiedener Form der nationalen Gesetze in verschiedenen Ländern gilt. Nur wenn letzteres vorliegt — was heute bei den meisten Rechtsnormen dieser Art schon deshalb der Fall ist, weil sie meist auf Grund völkerrechtlicher Verträge in den einzelnen Ländern in Gesetzesform gebracht sind —, gehört dieses Recht zum Internationalen Verkehrsrecht, dagegen dann nicht, wenn das Wesen der Gleichartigkeit in verschiedenen Ländern fehlt, also ein Staat einseitig die Beziehungen des Staatsangehörigen zum Fremden regelt. Andrerseits ist aber eine Rechtsnorm nicht schon deshalb internationales Verkehrsrecht, weil das Wesen der Gleichartigkeit in verschiedenen Ländern gegeben ist etwa auf Grund völkerrechtlicher Vereinbarung, ohne daß jedoch durch diese Rechtsnorm eine internationale Beziehung geregelt werden soll (z. B. ein Wechsel- oder Scheckgesetz, das auf Grund völkerrechtlicher Vereinbarung in den beteiligten Ländern den gleichen Wortlaut hat, — abgesehen natürlich von den durch die Sprachverschiedenheit bedingten Aenderungen —, ohne daß internationale Beziehungen berührt werden). Die typischen Wesenseigenheiten des internationalen Verkehrsrechts bestehen also darin:

1. es regelt Beziehungen der Einzelperson zu fremdstaatlichen Personen oder zu fremden Staaten,

2. es ist national, d. h. gesetzliches (oder Gewohnheits-) Recht einer Nation,

aber zugleich:

3. es ist international, d. h. die gleiche Rechtsnorm ist bindendes Recht in mehreren oder allen bestehenden Staaten.

Ein Gesetz ist stets national, aber nicht immer die in ihm zum Ausdruck gelangte Rechtsnorm. Daß übrigens die Begriffe: national-international nicht im logischen Gegensatz stehen, bedarf wohl nicht des Hinweises. Sie stehen logisch zueinander im Verhältnis der möglichen Ergänzung; denn sie weisen beide auf mehrere Beziehungen eines Gegenstandes zu anderen hin, welche (die Beziehungen) gleichzeitig nebeneinander bestehen können.

Das ganze internationale Recht kann man demnach in zwei Gruppen von Rechtsnormen teilen:

1. Internationales Staatenrecht (= Völkerrecht). Es regelt die Beziehungen selbständiger Staaten untereinander.

2. Internationales Verkehrsrecht. Es regelt die Beziehungen der Einzelpersonen entweder:

a) zur fremdstaatlichen Einzelperson — internationales Privatrecht,

oder b) zur fremden Staatsgewalt (denn der fremde Staat als privatrechtliche juristische Person — Fiskus — wird nicht anders behandelt als die fremdstaatliche Einzelperson).

Für diesen 2. Teil des Internationalen Verkehrsrechts fehlt noch die Bezeichnung. Es ist ein internationales „öffentliches“ Verkehrsrecht im Gegensatz zu dem internationalen Privatrecht. Vielleicht ist die kurze Bezeichnung „Internationales Verkehrsrecht“ für diese 2. Gruppe von Rechtsnormen am angebrachtesten, wenngleich ja nicht nur diese Gruppe unter den Begriff fällt.

Vor welcher Gattung von Gerichten ein Anspruch aus dem Internationalen Verkehrsrecht geltend zu machen ist, kann für seine Artbestimmung nicht maßgebend sein. Ein Anspruch eines preußischen Beamten auf Zahlung seines Gehaltes ist ein öffentlich-rechtlicher Anspruch; dadurch, daß er vor den Zivilgerichten geltend zu machen ist, wird er nicht zu einem privatrechtlichen. Die Bestimmung der Gerichtszuständigkeit ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Ansprüche aus dem Internationalen Privatrecht sind meistens vor die Landes-Zivilgerichte zu bringen, abgesehen z. B. von Ansprüchen aus Verträgen der in Art. 304 des Friedensvertrages genannten Art. Für die öffentlich-rechtlichen Ansprüche aus dem Internationalen Verkehrsrecht — aber nicht nur für sie — sind besondere Gerichtshöfe geschaffen worden, bestimmte Schiedsgerichte, und zwar nicht etwa eines für derartige Ansprüche der Angehörigen aller Länder, sondern je eins für die Ansprüche der Angehörigen je zweier beteiligten Länder wenigstens als Regel, z. B. ein Deutsch-Englisches, Deutsch-Französisches, Deutsch-Italienisches Schiedsgericht und so fort. Diese Schiedsgerichte sollen nicht über die Streitigkeiten der beteiligten Staaten untereinander entscheiden. Zu letzterem Zweck bedient man sich des *„Cour permanente d'arbitrage“* im Haag oder irgendeines im Einzelfall ernannten Schiedsrichters. Die obigen Schiedsgerichte entscheiden über Ansprüche aus dem Internationalen Verkehrsrecht bestimmter Art (siehe Art. 304 des Friedensvertrages), insbesondere über alle Ansprüche dieser Art der Einzelperson gegen den fremden Staat. Jedes dieser Gerichte gehört stets den beiden beteiligten Ländern an und ist entsprechend mit Staatsangehörigen dieser Länder als Richter besetzt. Ihre Urteilswirkung ist die gleiche wie die der Landesgerichte.

In Deutschland ist das ausdrücklich bestimmt durch Gesetz vom 10. August 1920 (RGBl. 20, S. 1569 ff). § 3 dieses Gesetzes sagt, daß die Entscheidungen die Wirkungen eines rechtskräftigen Urteils hätten. § 4 bestimmt, daß grundsätzlich für die Zwangsvollstreckung aus Entscheidungen dieser gemischten Schiedsgerichtshöfe die Vorschriften der deutschen Gesetze gelten. Lediglich nationale, also Landesgerichte eines einzelnen Landes sind diese Gerichte auf keinen Fall, da sie ja gleichzeitig zwei Ländern angehören. Ob sie zugleich als nationale und internationale Gerichte, entsprechend der Wesensart des Internationalen Verkehrsrechts, zu bezeichnen sind, hängt von der Begriffsbestimmung des nationalen oder Landesgerichtes ab. Versteht man darunter nur solche, die nur mit Staatsangehörigen des betreffenden Staates besetzt sind, dann muß die Frage verneint werden. Versteht man dagegen darunter solche, die der Einzelstaat durch Gesetz als zuständiges Gericht für die Geltendmachung bestimmter Ansprüche seiner Staatsangehörigen bezw. gegen diese oder fremder Staatsangehörigen gegen ihn selbst und umgekehrt legitimiert hat, dann sind obige Schiedsgerichte zugleich nationale Gerichte im gleichen Sinn wie jedes Landesgericht, aber nicht nur, wie schon erwähnt. Im Friedensvertrag, den Schiedsgerichtsordnungen und der entsprechenden Gesetzgebung der Einzelländer heißt das Gericht bezeichnenderweise „Gemischter Schiedsgerichtshof“ *(Mixed Arbitral Tribunal; Tribunal Arbitral mixte)* — was offenbar aus dem Zustand zu erklären ist, daß die Richter verschiedener Staatsangehörigkeit sein müssen — aber nicht etwa völkerrechtlicher Gerichtshof. Meines Erachtens kann die Frage, ob ein Gericht ein nationales, also Landesgericht ist oder nicht, nicht abhängig gemacht werden von der Frage, welcher Staatsangehörigkeit die Richter sind. Man denke sich den Fall, ein winziger souveräner Stadtstaat läßt auf Grund völkerrechtlicher Vereinbarung die Prozesse seiner Angehörigen von den Gerichten eines anderen Staates entscheiden und hat die Zuständigkeit durch Gesetz bestimmt. Dann sind diese Gerichte selbstverständlich die nationalen oder Landesgerichte des Stadtstaates. Meines Erachtens ist daher die Frage, ob die Gemischten Schiedsgerichtshöfe zugleich nationale Gerichte sind, zu bejahen. Ob noch das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz die Staatsangehörigkeit für die Richter der Landesgerichte vorsieht, und zwar für sämtliche Richter, ist gleichgültig, da hier durch besondere Reichsgesetze ein Ausnahmefall geschaffen ist.

Der Rechtszustand ist demnach folgender: Die Institution und Besetzung des Gemischten Schiedsgerichtshofes, z. B. des

Deutsch-Englischen, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, beruht auf völkerrechtlicher Vereinbarung der beteiligten Staaten. Er ist ein gesetzliches Landesgericht, vor welchem bestimmte Ansprüche geltend zu machen sind, für den deutschen Reichsangehörigen auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmung, für den englischen Staatsangehörigen auf Grund englischen Landesgesetzes und so fort. Die Einrichtung ist jedenfalls eine neuartige. Sie wird höchstwahrscheinlich mit der Erledigung der Rechtsfragen des Internationalen Verkehrsrechtes aus dem Friedensvertrag nicht verschwinden, sondern vielleicht jetzt schon eine dauernde Gerichtsstätte werden zur Entscheidung sämtlicher Streitigkeiten aus dem Internationalen Verkehrsrecht, das nicht identisch ist mit dem Völkerrecht, sondern neben diesem als besondere Rechtsinstitution der einzelnen Länder besteht. Das Deutsch-Englische Schiedsgericht hat mithin durchaus recht und dieser Ansicht stimmt ja auch *Isay* als der allein richtigen bei, wenn es sagt: „*It is to be observed, that it is the nationals of Allied and Associates Powers who are entitled to compensation, and not the Powers themselves*“, aber die übliche Auffassung des Völkerrechts braucht deshalb noch nicht geändert werden, sondern nur das Bestehen des *jus gentium,* das die erste zarte Andeutung der späteren *united states of Europe* ist genau wie die homologe Erscheinung im Altertum der Vorbote der Völkervereinigung im römischen Weltreich war, anerkannt werden, was ohne komplizierte Begriffskonstruktionen möglich ist.

Grundlagen und Verfahren der Deutsch-Amerikanischen Gemischten Kommission.

Von Dr. **Hans Reupke,** Berlin.

I. Die nähere Regelung der durch die Friedensverträge Deutschland auferlegten Verpflichtungen der Entschädigung für Kriegsverluste und der Schuldenregulierung gegenüber den Staatsangehörigen der Gegnerstaaten sieht internationale Schiedsinstanzen vor, die, obwohl sie im großen ganzen übereinstimmende Ziele verfolgen[1]), doch in Grundlagen und Verfahren beachtliche und interessante Unterschiede aufweisen.

Dies sind die Gemischten Schiedsgerichtshöfe einerseits und die deutsch-amerikanische Gemischte Kommission andererseits. —

Deutschland ist durch die politische Lage zu Kriegsende die Mitwirkung an der Errichtung der Schiedsgerichte versagt geblieben. Ihre Verfassung wie das materielle Recht, nach dem sie urteilen, ist ausschließlich ein Produkt der Gegenseite. Aber auch hiervon abgesehen, blickt Deutschland auf keine namhaften Erfahrungen in internationalen Schiedsgerichten zurück.

Nach einer Aufstellung von *Politis*[2]) ist Deutschland zwischen 1798 und 1914 an nur 15 Schiedsgerichtsfällen beteiligt gewesen, darunter mehr als die Hälfte interner Natur. England und die Vereinigten Staaten haben zusammen eine Beteiligung von 140 Sachen, die übrigen Großstaaten von 75 aufzuweisen.

Vor allen haben die Vereinigten Staaten von Amerika seit ihrer Begründung einen reichen Schatz von internationalen Schiedsfällen aufgesammelt, woraus sie eine ganz bestimmte, ihnen eigentümliche Praxis und Lehre entwickelt haben. Nichts ist natürlicher, als daß diese seit anderthalb Jahrhunderten verfolgte Methode einen Niederschlag im gegenwärtigen Kommissionsverfahren zwischen Deutschland und Amerika gefunden hat.

---

[1]) Vergl. Art. 304 b des V.V. und Art. I des Abkommens vom 10. August 1922 zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. RGBl. II, 113.

[2]) *La Justice Internationale,* Paris 1924, S. 35.

Bevor indes im einzelnen auf diese, der Tradition entspringende Wurzel der *Mixed Claims Commission* (M.Cl.C.) eingegangen wird, sei ein kurzer Rückblick auf die Verfassung der Gemischten Schiedsgerichte des V.V. (M.TA.) gestattet, da der Vergleich mit diesen in Deutschland bekannteren Institutionen eine weitere Erkenntnisquelle für das Wesen der M.Cl.C. zu liefern geeignet ist.

Die Tendenz des V.V. geht dahin, dem Privaten für seinen Anspruch einen selbständigen und direkten Rechtsanspruch gegen die deutsche Regierung bezw. den deutschen Schuldner zu verschaffen.

Die Schiedsgerichte arbeiten hierbei unabhängig von irgendwelchen politischen Beziehungen, die aus der Anwendung und eventuellen Modifizierung des Vertrages entstehen; in der Tat bilden der Art. 304 und die darin in Bezug genommenen materiellen Rechtssätze einen vom übrigen politischen Inhalt des Vertrages reinlich zu trennenden Schiedsvertrag.

Dominus litis ist der Private, der nach privatrechtlichen Grundsätzen der Inhaber des Entschädigungsanspruchs oder der Forderung ist, Gegner ist die deutsche Regierung oder der deutsche Schuldner[3]).

Ein Gerichtsverfahren findet statt, das den Erfordernissen einer nationalen Rechtsprechung genügt, mit Schriftsatzwechsel, mündlicher Verhandlung und unmittelbarer Beweiserhebung. Das Urteil ergeht für und wider die Parteien, und enthält eine von den betreffenden Regierungen zu vollziehende Vollstreckungs- und Zahlungsordnung.

Die Teilnahme der Regierungen, soweit dieselben nicht unmittelbar interessiert sind, geschieht im wesentlichen im Beistand des Klägers oder Beklagten oder ist durch die Eigentümlichkeiten des Ausgleichsverfahrens bedingt, unbeschadet der materiellen und prozessualen Stellung des Klägers.

---

[3]) Vergl. hierzu *Partsch* in „Auslandsrecht“ 1924, S. 35; *Isay* in Juristische Wochenschrift 1924, S. 1317 ff.

Ihrem Charakter nach sind die Schiedsgerichtshöfe, die mit je einem nationalen Richter und einem neutralen Vorsitzenden besetzt sind, ein Mittelding zwischen den beiden großen Systemen der Schiedssprechung[4]), dem amerikanischen der Gemischten Kommission und dem europäischen der Schiedssprechung durch fremden Souverän oder sonstige unabhängige Persönlichkeit bedeutenderer Stellung. Von dem einen haben sie die von den beteiligten Nationen ernannten Richter, von dem anderen den neutralen ausschlaggebenden Vorsitzenden übernommen, der im übrigen Sitz und Stimme im Gerichtshof selbst hat.

Zum Unterschied hiervon ist die Deutsch-Amerikanische Gemischte Kommission nach dem Berliner Vertrag vom 15. August 1921 und dem Abkommen vom 10. August 1922 nicht als Schiedsgericht zur Erledigung einzelner Schadensklagen gedacht. Ihre Aufgabe sollte vielmehr sein:

„die Summen festzusetzen, die Deutschland in Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen aus dem zwischen den beiden Regierungen am 25. August 1921 abgeschlossenen Vertrag zu zahlen hat . . . . .“

Sie hat also die Aufgabe, die Höhe der deutschen Gesamtverbindlichkeiten festzustellen. Da die Umschreibung der finanziellen Verpflichtungen an sich den Hauptinhalt des Berliner Vertrages ausmacht, so ist die Aufgabe der Kommission, als mit der Vertragserfüllung eng zusammenhängend, eine in hohem Maße politische.

Nach der Aufzählung des Abkommens vom 10. August 1922 setzt sich die deutsche Schuldverpflichtung zusammen aus drei besonderen Kategorien, nämlich:

1. Ansprüche amerikanischer Bürger, die seit dem 31. Juli 1914 aus der Schädigung der Beschlagnahme ihrer Güter, Rechte und Interessen erwachsen sind, einschließlich jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen sie beteiligt sind, innerhalb des Deutschen Reichsgebiets, wie es am 1. August 1914 bestand;

---

[4]) *Politis,* S. 76.

2. andere Ansprüche aus Verlust oder Schaden, den die Vereinigten Staaten oder ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges durch Verletzung von Personen oder von Gütern, von Rechten und Interessen, einschließlich jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen amerikanische Staatsangehörige beteiligt sind, seit dem 31. Juli 1914 erlitten haben;
3. Schulden der Deutschen Regierung oder deutscher Staatsangehöriger an amerikanische Bürger.

Es sind also Privatansprüche, die die deutsche Schuldsumme ausmachen, und zwar solche, die im wesentlichen identisch sind mit denen, die der Zuständigkeit der M.T.A.'s unterliegen.

Die Errichtung eines dem V.V. analogen Apparates hätte nahegelegen, um so mehr als beim Abschluß des Abkommens die Schiedsgerichte schon auf eine erhebliche Tätigkeit zurückblickten und zu erwarten stand, daß die judizielle Seite der Kommissionstätigkeit doch einen erheblichen Umfang annehmen würde.

Dies ist nicht geschehen, wenn auch die Regierungen in unserem Falle dazu übergegangen sind, eine äußerliche Annäherung herbeizuführen und jeden Einzelanspruch prüfen und seinem Wert nach festsetzen zu lassen. Daß es nicht geschehen ist, daran hat zweifellos die mit dem Gedanken, wie er in den Schiedsgerichtshöfen verkörpert liegt, unvereinbare amerikanische Theorie vom Wesen der Schiedssprechung über private Ansprüche an fremde Staaten einen erheblichen Anteil.

Diese bedarf daher eines kurzen Eingehens.

Internationale Schiedsgerichte mit ähnlichen Aufgaben sind keine Erfindung der neuesten Zeit, sie reichen vielmehr in die vorchristliche Zeit zurück[5]).

Einer der ältesten, mit allen modernen Erfordernissen versehenen Schiedsfälle ist die „*Sentence of Arbitration, passed between Oliwer Cromwell, Protector of England and the Lords the States-General of the United Provinces of the Netherlands*" vom 31. Juli 1654, worin vier Schiedsrichter über den

---

[5]) *Mérignhac, Traité Théorique et Pratique de l'Arbitrage International,* Paris (*Moore, History and Digest,* Bd. V. S. 4821 ff.).

Schaden einen Spruch fällen, der englischen Kaufleuten durch Wegnahme von Schiffen und Ladungen innerhalb dänischer Gewässer entstanden war. Die Schiedsrichter sollten „die Forderungen der Kaufleute prüfen und festsetzen“, sie haben „jeglichem Respect und Beziehung zu ihren Staaten zu entsagen“ und ihr Spruch sollte „bindend und verpflichtend sein für beide Teile“.

Die neuzeitliche Periode in der internationalen Schiedssprechung auf den verschiedensten Gebieten, auch auf dem der Privatansprüche, wird eingeleitet durch den Yay-Vertrag von 1792 zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika[6]).

Unter den verschiedenen Kommissionen, die dieser Vertrag vorsah, befand sich auch eine, die die Geldansprüche britischer Untertanen an die Vereinigten Staaten regeln sollte. Zwei Kategorien von Ansprüchen standen zur Entscheidung: die Entschädigung der „Loyalisten“ für die Einziehung ihrer Güter und die Zahlung der privaten Schulden, die durch Kriegsmaßnahmen einzelner Staaten der Union verhindert worden war. Die Kommission bestand aus fünf Mitgliedern.

Die Entscheidungen der Kommission sollten bindend sein im Verhältnis der Regierungen wie der Privaten. Die Arbeiten erwiesen sich als ungeheuer langwierig, die geforderte Summe schwoll auf 25 000 000 $ an, und Schwierigkeiten tauchten auf, die auch für jetzt schwebende Verfahren wieder charakteristisch sind: ungeheuerliche Ueberforderung, mangelhafte Beweise, zweifelhafter Kausalzusammenhang, weiterhin die aufs neue erwachten Fragen der außerordentlichen Kriegsmaßnahmen, des Zinsenlaufs, der Ausschließlichkeit der Kommission.

Durch Vertrag vom Februar 1802 zahlten die Vereinigten Staaten schließlich die Pauschalsumme von 2 664 000 $. Die Verteilung blieb der britischen Regierung überlassen.

„Von da an“, sagt *Politis*[7]), „entwickelt sich die Schiedsgerichtsbarkeit überraschend schnell. Nachdem die Erfahrung des Yay-Vertrages gelungen war, griffen die Vereinigten Staaten von Amerika mit einer zunehmenden Häufigkeit darauf zurück“.

---

[6]) *Moore, History and Digest,* Bd. I, S. 271 ff.

[7]) a. a. O., S. 32.

Die politische und wirtschaftliche Ausdehnung der Vereinigten Staaten und die ungeklärten Verhältnisse der Neuen Welt während des 19. Jahrhunderts waren der Entstehung großer und kleiner Streitfälle, die einer Erledigung durch Schiedsspruch zugänglich waren, überaus günstig; in der Tat ist auch dieses Jahrhundert mit einer überraschenden Menge von Schiedsfällen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen amerikanischen Staaten ausgefüllt[8]). Ein großer Prozentsatz umfaßt die Regelung privater Schadenersatzansprüche aus den verschiedensten Tatbeständen. Hierbei ist zu beobachten, daß vereinzelte Fälle einfach dadurch erledigt werden, daß die Schiedsrichter nach Prüfung des Falles die Schadenssumme festsetzen und die beteiligten Staaten die Zahlung regeln. Bei größeren Fällen, wobei Hunderte von Geschädigten in Frage kommen, hat schon der Nachvertrag zum Yay-Vertrag, um das Verfahren nicht allzusehr in die Länge zu ziehen, die Zahlung einer Pauschalsumme festgesetzt. Die Verteilung auf die einzelnen Geschädigten mußte dann Sache eines zweiten nationalen Verfahrens sein.

In der Tat zählt *Moore* 11 solcher Fälle auf, in denen *„Domestic Commissions“* tätig wurden. Als Beispiel für diese Art der Erledigung greifen wir den berühmten Alabama-Fall heraus.

Die Vereinigten Staaten erhoben gegen England den Vorwurf der Neutralitätsverletzung, weil dieses im Bürgerkrieg den Bau und das Auslaufen konföderierter Handelskreuzer geduldet hatte, darunter die „Alabama“, welche der Schiffahrt der Nordstaaten enormen Schaden zufügte.

Nach anfänglichem Sträuben stimmte England einem Schiedsvertrag zu, der seine Verantwortlichkeit dem Grunde nach schon festlegte. Das Schiedsgericht, bestehend aus zwei nationalen und drei neutralen Richtern, tagte ab 1871 in Genf und sprach den Vereinigten Staaten eine Entschädigung in Höhe von 15½ Millionen Dollar zu.

---

[8]) Hierüber der schon zitierte *Moore*, ***History and Digest of the International Arbitrations to which the United States has been a Party***, in 6 Bänden.

Die schwierige Frage der Verteilung auf die Geschädigten übernahm der durch Gesetz von 1874 konstituierte *„Court of Commissioners of Alabama Claims“*.

Die Entscheidungen dieser nationalen, nach Art eines Gerichtshofes aufgezogenen Kommission — für das schwebende Verfahren in materieller wie prozessualer Hinsicht von höchstem Interesse — ergingen über die Ansprüche der einzelnen Geschädigten an den *„fund“*.

Eine Beschleunigung des Verfahrens wurde auch hiermit nicht erzielt, allerdings war die ganze Angelegenheit der internationalen Gefahrenzone entrückt.

Aus dieser reichen Praxis hat dann das State-Department der Vereinigten Staaten bestimmte Grundsätze entwickelt, die die Wissenschaft aufgenommen und vertieft hat[9]).

Im völkerrechtlichen Verkehr wird der Private als Rechtssubjekt nicht anerkannt. Ein Anspruch eines solchen gegen einen fremden Staat liegt solange nicht vor, als nicht sein eigener Staat die Beschwerde aufnimmt, sich zu eigen macht und dem Gegnerstaat präsentiert. Damit entsteht genau genommen erst der Anspruch, der ein solcher rein internationaler Natur ist, da er das *„national wrong“* zum Gegenstand hat, das der Nation in Person ihres Angehörigen zugefügt worden ist. Anspruchsinhaber ist nur der Gläubigerstaat, er hat es in seiner Gewalt, den Anspruch geltend zu machen, fallen zu lassen, seine Höhe zu bestimmen. Der Geschädigte ist an dem Verfahren überhaupt nicht beteiligt; eine Einigung mit dem Schuldnerstaat — ob auf diplomatischem oder schiedsrichterlichem Wege — betrifft stets nur den verfolgenden Staat.

Auch im internen Verhältnis zwischen dem Privaten und seinem Staat entsteht keine rechtliche Bindung, selbst nicht, wenn Zahlung durch den Schuldnerstaat erfolgt ist. Die Materie ist durch Gesetz von 1896 geregelt; ausdrücklich ist aber auch hier bestimmt, daß der Private einen Rechtsanspruch gegen den Staatssekretär des Auswärtigen als Vertreter des

---

[9]) Vor allem *Borchard, Diplomatic Protection of Citizens Abroad,* New York 1922, S. 350 ff. Vgl. auch *Administrative Decision* Nr. II u. V der M.Cl.C.

Fiskus in keinem Falle hat. Die Verfügung über die Entschädigungssumme bleibt dem diskretionären Ermessen der Regierung überlassen. Stellt sich beispielsweise noch nach Schluß des Schiedsverfahrens heraus, daß der Spruch auf Grund falscher Aussagen zustande gekommen ist, so wird die Auszahlung ohne weiteres verweigert und der gezahlte Betrag an den verurteilten Staat zurückerstattet.

Es bleibt nun zu prüfen, wieweit sich die gegenwärtige Kommission den oben skizzierten Grundsätzen angepaßt hat[10].

Zuvor verdient hervorgehoben zu werden, daß sie eine internationale Kommission des älteren, besonders von den Vereinigten Staaten gepflegten Typs ist, insofern als sie von zwei nationalen Schiedsrichtern und einem Oberschiedsrichter besetzt ist, der nur bei Dissens der Kommissare in Tätigkeit tritt.

Im Gegensatz zu den Schiedsgerichten hat sie sich den streng internationalen Charakter gewahrt. Eine Beteiligung der Privaten findet in keinem Stadium des Verfahrens statt. Der Spruch der Kommission ist bindend nur im Verhältnis der Regierungen[11]. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtet sich als alleinigen Inhaber der Ansprüche, diese werden von ihr „*on behalf of the individual Claimant*" eingereicht.

Wie bereits erwähnt, hat die Regierung der Vereinigten Staaten, die hierin als verfolgende Partei die Initiative hat, das Verfahren eingeschlagen, die Ansprüche einzeln, nicht in einer Gesamtrechnung zu präsentieren. Dieses Verfahren hat die weitere Folge, daß wegen der hierbei in großer Zahl auftretenden Rechtsfragen sowie wegen der Beurteilung der Angemessenheit der einzelnen Forderungen eine Art Prozeßverfahren eingeschlagen werden muß. Immer sind aber — und das ist das Entscheidende — nur die Regierungen hieran beteiligt.

Unter diesen Umständen gewinnt die Frage der internen Anwendung des Kommissionsergebnisses hohe Bedeutung. Das Vorgehen der amerikanischen Regierung deutet darauf hin, daß sie entschlossen ist, bei der internen Abrechnung mit den

---

[10] Hierzu und zu folgendem vgl. *Kießelbach,* die M.Cl.C. in Washington. Juristische Wochenschrift 1924, S. 602 ff.

[11] Art. VI des Abkommens vom 10. August 1922.

Interessenten die Entscheidungen der Kommission zugrunde zu legen, und daß sie nicht etwa nochmals eine „*domestic Commission*" wegen der Auszahlung seiner Quote an den einzelnen Gläubiger in Tätigkeit setzen will. Wie sie die einstweilen fehlende Rechtskraft der Entscheidung dem privaten Gläubiger gegenüber herstellt, ist noch nicht geklärt.

Ein bedeutend komplizierteres Verhältnis besteht zwischen Kommission, Deutscher Regierung und deutschem Schuldner, soweit die Nr. 3 des Art. 1 des Abkommens vom 10. August 1922 — Regelung der Kontraktschulden — in Frage kommt. Die Regelung der privaten Schuldverbindlichkeiten paßt sich überhaupt schwer einem internationalen Verfahren an[12]). Dennoch scheint für die Liquidierung der Vorkriegsverträge durch staatliche Vermittlung ein großes Bedürfnis zu bestehen, das schon der Yay-Vertrag anerkannt hat.

Der V.V. ist diesem Bedürfnis durch die Einrichtung des Ausgleichsverfahrens nachgekommen, womit wir uns nicht weiter zu befassen haben, da die Vereinigten Staaten ihm nicht beigetreten sind. Die Vereinigten Staaten haben vielmehr konstruktiv die Abwicklung der privaten Schuldverbindlichkeiten der Kategorie der staatlichen Schadensersatzleistungen einzureihen versucht unter dem Gesichtspunkt, daß durch die deutschen Zahlungsverbote die Entwertung der Mark auf die amerikanischen Guthaben übergegriffen habe, wofür eine Haftung nach Art. 297 e V.V. gegeben sei.

Diese Theorie, die eine primäre und vor allem alleinige Haftung der Deutschen Regierung nach sich ziehen würde, ist abgewendet worden mit dem Erfolg, daß nunmehr der ursprüngliche Schuldgrund bestehen bleibt, der Privatschuldner zusammen mit der Deutschen Regierung verklagt wird, er seine Einwendungen durch den deutschen Staatsvertreter geltend machen kann und die Möglichkeit besteht, ihn intern zu einer Beitragsleistung heranzuziehen.

II. Die Verfassung internationaler Schiedsgerichte wird üblicherweise im Abkommen über ihre Errichtung festgesetzt, das auch die Zuständigkeit begrenzt und weitere Anweisungen materieller Art an die Kommission erlassen kann[13]).

---

[12]) Hierüber besonders scharf *Borchard*, a. a. O., S. 281 ff.

Demgemäß bestimmt das Abkommen vom 10. August 1922 in Art. I über die Zuständigkeit, in Art. II über die Zusammensetzung der Kommission (zwei nationale Kommissare und ein Oberschiedsrichter) *(Umpire)*[14]), in Art. III den Sitz der Kommission *(Washington)*, in Art. IV über die Einrichtung eines Sekretariats, in Art. V über die Kosten, in Art. VI über die Tätigkeit der beiderseitigen Staatsvertreter (*Agents*), und setzt gleichzeitig die bindende Kraft der Entscheidungen gegenüber den beteiligten Regierungen fest.

Dagegen ist die Regelung des Verfahrens der Schiedsgerichte diesen selbst überlassen und wird durch Aufstellung von Prozeßordnungen im Beschlußwege vorgenommen[15]).

Die Geschäftsordnung der *M.Cl.C.* (*Rules of procedure*)[16]) geht davon aus, daß die Ansprüche einzeln bei der Kommission angemeldet werden sollen, sieht indes auch eine pauschale Erledigung vor.

Interessant ist, daß die Kommission es ausdrücklich ablehnt, sich die „Maschinerie" des V.V. für die Erledigung der Ansprüche zu eigen zu machen. Ebenso ausdrücklich weist sie darauf hin, daß Private als Kläger nicht zugelassen werden[17]).

Die Geschäftsordnung zerfällt in 13 *Rules* und soll im folgenden inhaltlich kurz wiedergegeben werden.

Rule I (Definition of Terms) betrifft die Definition der verwendeten Ausdrücke.

Rule II (*Place and Time of Hearings*) bestimmt als Sitz der Kommission Washington, wo auch im regelmäßigen Verlauf die Verhandlungen stattfinden sollen.

---

[13]) *Ralston, International Arbitral Law and Procedure,* 1910, S. 7 u. 19.

[14]) Seine Bestellung ist aus internationaler Courtoisie dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika überlassen worden.

[15]) Vgl. Art. 304 d des V.V.; *Ralston,* a. a. O., S. 136.

[16]) Im RGBl. (zum Unterschied von den Prozeßordnungen der M.T.A.) nicht veröffentlicht.

[17]) *Order* vom 15. Februar 1923.

Rule III (*Docket*): Die einlaufenden Ansprüche werden von den Sekretären in ein Register gebracht. Jeder Anspruch soll für sich eingereicht werden.

Rule IV (*Claims*): Die Anspruchsanmeldung geschieht durch Einreichung eines Schriftsatzes einschließlich urkundlichen Beweismaterials. Der amerikanische Staatsvertreter hat den Schriftsatz mindestens gegenzuzeichnen. Der deutsche Staatsvertreter hat innerhalb von 15 Tagen zu antworten. Innerhalb von 6 Monaten nach dem 9. Oktober 1922 sind alle Ansprüche, wenn auch nur nach Listen, durch den amerikanischen Staatsvertreter einzureichen.

Rule V (*Evidence*): Diese Regel, die die Beweisführung behandelt, enthält zwei interessante Bestimmungen: Im allgemeinen werden nur urkundliche Beweise zugelassen, mündliche Beweiserhebung findet regelmäßig nicht statt. Als Beweismittel dient aber auch das *Affidavit* der Parteien, eine vor kompetenter Behörde beschworene schriftliche Aussage. Dies Beweismittel ist typisch amerikanisch, es unterliegt in seiner Anwendbarkeit natürlich den Sätzen des amerikanischen Rechts[18]). Durch die Verordnung vom 28. Juni 1923 ist die Aufnahme von *Affidavits* für unsere Zwecke in das deutsche Rechtssystem eingeführt worden.

Rule VI (*Hearings*) regelt die Verhandlung eines Anspruchs vor der Kommission, die nach Verständigung unter den Staatsvertretern oder auf Anordnung der Kommission stattfindet. Regelmäßig soll ein formeller Schriftsatzwechsel mit „briefs" vorausgehen. Eine mündliche Verhandlung ist nicht erforderlich. Die Kommission kann ferner für eine Reihe gleichgelagerter Ansprüche *„general rules"* erlassen.

Rule VII behandelt die Pflichten der Sekretäre,

Rule VIII (*Decisions*) die Art und Weise, wie die Entscheidung der Kommission zustande kommt. Können sich demnach die zwei Kommissare nicht einigen, so haben sie dem Oberschiedsrichter den Streitpunkt zu unterbreiten, mit schriftlicher Begründung des jeweiligen Standpunktes. Dieser entscheidet dann allein. Im übrigen brauchen die Kommissare keine schriftliche Begründung ihrer gemeinsamen Entscheidung zu geben.

---

[18]) Ueber die Frage der Zulassung jedes möglichen Beweises, ohne Rücksicht auf nationale Zulässigkeit, vor den internationalen Schiedsgerichten, *Ralston*, a. a. O., S. 142 ff.

Rule IX und X betreffen die Abänderung der Prozeßordnung und die Kosten des Verfahrens.

Durch drei spätere *Rules* ist eine Erweiterung erfolgt, die den besonderen Umständen Rechnung trägt:

Rule XI (*Agreed Statement*) sieht vor, daß die Staatsvertreter über einen Anspruch eine gemeinsame Erklärung an die Kommission richten können, die den Tatbestand des Falles und einen Vorschlag über die weitere Behandlung enthält.

Diese Bestimmung ist, wie des weiteren ausgeführt werden soll, das Rückgrat des ganzen Verfahrens.

Rule XII bringt eine besondere Bestimmung über *Private debts* (Nr. 3, Art. 1 des Abkommens), die durch die vielfach abweichende Behandlung dieser Klagenkategorie (s. oben) notwendig geworden ist.

Rule XIII schließlich sieht die Abweisung eines Anspruchs *a limine* vor, wenn trotz Aufforderung der Kläger keine Beweise bringt.

Zur Ausführung des Abkommens vom 10. August 1922 ist eine deutsche Verordnung vom 28. Juni 1923 (RGBl. II, 299) erlassen worden. Sie begründet die Rechtshilfepflicht der Gerichte und Verwaltungsbehörden u. a. dem deutschen Staatsvertreter gegenüber (§ 1) und stellt Vorschriften über die gerichtliche Aufnahme eidlicher Erklärungen zum Zwecke der Verwendung vor der Kommission auf (§ 2ff.), § 3 setzt die Pflicht für die Abgabe solcher Erklärungen auch für den Schuldner und seine Angehörigen fest. § 7 regelt die Zustellungen und Ladungen. § 8 bestimmt, daß der Schuldner zu hören ist, und daß im Verhältnis zwischen ihm und dem Deutschen Reiche eine der Interventionswirkung ähnliche abgeschwächte Rechtskraft mit Bezug auf die Entscheidungen der Kommission besteht.

Die Kommission hat ihre Arbeiten im Herbst 1922 aufgenommen. Sie hat bisher eine Reihe von Entscheidungen veröffentlicht, teils in Form von „*Administrative Decisions*“, die generelle Rechtsregeln aufstellen, teils in Form von „*Opinions and Decisions*“, die einzelne oder eine Reihe von gleichgelagerten Fällen entscheiden. Die Schwierigkeit, diese Entscheidungen an sich und in ihrem Zusammenhang mit der fortschreitenden Abwicklung der Aufgaben der Kommission zu würdigen, ist darin begründet, daß der Schwerpunkt der geleisteten Arbeit nicht so sehr bei der Kommission selbst, als bei den beiderseitigen Regierungsvertretern liegt.

Diese Staatsvertreter (*Agents*) sind in weit höherem Maße, als wir dies bei den M.T.A.'s kennen, Herren des ganzen Stoffs, stehen in einer weit engeren gegenseitigen Verbindung, während die Kommission sich auf eine passivere Rolle als die Schiedsgerichtshöfe beschränkt[19]).

Das formlose, sich lediglich unter den Staatsvertretern abspielende Vorverfahren verleiht der Kommissionstätigkeit die ihr eigentümliche Note. Jeder Anspruch wird zunächst unter den Staatsvertretern, also direkt von Regierung zu Regierung verhandelt; hierbei wird versucht, den Anspruch durch Vergleich *(Agreed Statement,* vergl. *Rule XI)* aus der Welt zu schaffen. Die Kommission fällt dann auf Empfehlung der Staatsvertreter den entsprechenden Spruch *(Award)*, ohne daß es einer weiteren Verhandlung bedarf.

Diese Methode, die ein erhebliches Verantwortlichkeitsgefühl, Geschick und gegenseitigen Takt erfordert, bringt es mit sich, daß rasche Arbeit geleistet werden kann; andernfalls wäre bei der Fülle von 12 000 präsentierten „*Claims*“ ein Ende der Kommissionstätigkeit nicht abzusehen.

Die diplomatische Behandlung eröffnet, im Gegensatz zu der judiziellen, gleichzeitig die Möglichkeit, Gesichtspunkte bei der Erledigung der Schadenersatzansprüche anzuwenden, die einer richterlichen Behörde verschlossen bleiben.

Keineswegs bedeutet dies einen Nachteil.

---

[19]) Auch diese Stellung der *Agents* ist der amerikanischen Praxis typisch, *Ralston* a. a. O., 130: *The powers of the agent before an international Tribunal are exceedingly large* .... Die Vollmacht des Staatsvertreters hängt natürlich im einzelnen von der betreffenden Regierung ab.

Es wirkt sich vielmehr als Fehler aus, die Liquidation anormaler völkerrechtlicher Zustände auf dem Gebiet des Ausgleichs privater Schäden als die Summe unabhängiger einzelner Ansprüche aufzufassen, die auf dem Wege einer formalen Jurisprudenz unter Berücksichtigung lückenhafter und sogar anerkannt schlechter materieller Rechtsregeln aufzulösen sind. Solche Prozesse sind nur geeignet, Unruhe in weiteste Kreise zu bringen und wachzuhalten, also das genaue Gegenteil der „Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen“ zu erreichen.

Der Gesichtspunkt, daß es sich um eine Abrechnung im Völkerverkehr handelt und ein im einzelnen wie hauptsächlich im ganzen tragbares und vernünftiges Resultat erreicht werden muß, ist ein von Gerichtshöfen nicht anwendbares Regulativ[20]). Dennoch ist es von der größten Wichtigkeit. Schnelligkeit und Reibungslosigkeit der Abwicklung sind hier Grundsätze, die über dem der peinlichen Genauigkeit in der Zumessung der Schadenssumme stehen; im Interesse des Privatgläubigers, der eine rasch und billig erlangte Quote seiner Forderung einem hartnäckigen und zweifelhaften Prozesse vorzieht, im Interesse des verfolgenden Staates, der bei der Durchfechtung seiner Ansprüche nicht mit einem renitenten Gegner zu rechnen hat, und im Interesse des Schuldnerstaates, der ein Ende und eine vernünftige Begrenzung seiner Verpflichtungen abzusehen vermag.

---

[20]) Sehr lehrreich in dieser Beziehung *Moore* V 4518, wo die *Awards* in Ausführung des Florida-Vertrages proratarisch gekürzt werden, weil die durch diplomatische Verhandlung festgesetzte Gesamtsumme nicht ausreicht. Ebenso V 4570, 4589.

Die Konzession für den Rückstau des Rheins auf Schweizer Gebiet an die „Société des Forces Motrices du Haut-Rhin à Mulhouse S. A.“.

Von Rechtsanwalt Dr. **Carl Doka,** Zürich.

Auf Grund der Beschlüsse der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vom 16. Dezember 1921 und 10. Mai 1922 sowie des Uebereinkommens zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz, das in Abänderung eines von der französischen Regierung in Ausführung des Art. 358 des Vertrages von Versailles vorgelegten Projektes den durch das Stauwehr von Kembs erzeugten Rückstau flußaufwärts bis zur Birs, d. h. auf Schweizer Gebiet ausdehnt, verleiht der Schweizer Bundesrat der *Société des Forces Motrices du Haut-Rhin à Mulhouse S. A.* „*le droit d'étendre le remous du Rhin sur territoire suisse jusqu'à l'embouchure de la Birse*“. Diese Konzession ist der Gegenstand der folgenden Ausführungen.

I.

Die Anlage des Kraftwerkes, das Stauwehr sowie die Ableitung des Oberwasserkanals aus dem Rheinstrom fallen unter französische resp. deutsche Gebietshoheit. Die erforderlichen Maßnahmen tangieren die schweizerische Hoheit nur dann, wenn Frankreich resp. das Deutsche Reich über die in Frage stehende Rheinstrecke nicht das ausschließliche Verfügungsrecht haben mit Rücksicht auf einen völkerrechtlichen Anspruch der Schweiz, oder wenn sich Rückwirkungen auf das schweizerische Hoheitsgebiet ergeben.

Die Einschränkung des freien Verfügungsrechtes über den betr. Rheinabschnitt als Ausfluß der uferstaatlichen Souveränität fußt auf dem durch die Wiener Schlußakte von 1815 geschaffenen Stromgebietsrecht, das nicht nur den Rheinanliegerstaaten, sondern allen „Nationen“ ein Recht auf Befahrung des Rheins vom „*point où il devient navigable jusqu'à son embouchure*“ verleiht. Die Kembser Rheinstrecke fällt unter diese völkerrechtliche Schiffahrtsfreiheit [1]). Es konkurrieren also die Souveränität des Territorialherrn und das Schiffahrtsrecht des Dritten. Kraft ausdrücklicher Satzung reduziert sich der aus der Souveränität fließende Anspruch, soweit er mit dem andern in Widerspruch steht. Der Gebietsherr hat aber nicht nur allen Schiffen gemäß Völkerrecht freien Durchpaß zu gewähren, sondern ist auch verpflichtet, die Befahrung nicht durch bauliche Maßnahmen zu gefährden oder zu verunmöglichen. Es ist lediglich eine Formulierung dieser Pflicht, wenn Art. 30 der revidierten (Mannheimer) Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 bestimmt: „die Uferregierungen werden dafür Sorge tragen, daß die Schiffahrt auf dem Rheine durch Mühlen, Triebwerke, Brücken oder andere künstliche Anlagen keinerlei Hindernis finde, und daß namentlich der Durchlaß der Schiffe durch die Brücken ohne Verzug bewirkt werde“. Auf diese Vorschrift stützte sich der Schweizer Bundesrat, als er in seiner Note vom 11. April 1919 an die Pariser Friedenskonferenz den schweizerischen Standpunkt geltend machte [2]). Art. 358 des Versailler Vertrages wäre daher vom Gesichtspunkte der verbrieften Schiffahrtsfreiheit aus eine Usurpation, wenn Frankreich das Recht zugestanden wird, „zur Speisung der bereits gebauten oder noch zu bauenden Schiffahrts- und Bewässerungskanäle oder für jeden anderen Zweck Wasser aus dem Rhein zu entnehmen ....“, und wenn es als allein berechtigt erklärt wird zur Ausführung aller Nutzbarmachungs-, Stau- und sonstigen Anlagen, die es zur Krafterzeugung für erforderlich hält. Die salvatorische Klausel, welche den Einklang mit dem Schiffahrtsrecht herstellen soll, liegt in dem Satze desselben Artikels, daß die Ausübung der erwähnten Rechte weder im Rheinbett noch in den etwa an seine Stelle tretenden Ableitungen die Schiffahrtsfreiheit beeinträchtigen oder die Schiffahrt erschweren darf, und daß ferner alle Bauentwürfe der Zentralkommission zur Feststellung, ob diese Bedingungen erfüllt sind, mitgeteilt werden müssen. Diese Bestimmungen kontrastieren zweifellos nicht mit den geltenden Verträgen; das Frankreich zugestandene Recht läßt sich zwanglos eingliedern in die ihm zustehenden Fakultäten „unbeschadet seiner Verpflichtung, den Bestimmungen des Mannheimer oder des an seine Stelle tretenden Abkommens sowie den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nachzukommen“ (Art. 358, Abs. 1). Die Frage ist nur die, wie dieses Recht ausgelegt wird, wie man seine obere und untere Grenze bemißt[3]). Die Gefahr der Beeinträchtigung erworbener Rechte drohte, weshalb die schweizerische Opposition wirksam werden mußte, bevor an die Ausführung geschritten wurde.

---

[1]) Es sei im übrigen auf die umfangreiche Literatur verwiesen; eine sehr gute Orientierung bietet der Bericht des Schweizer Bundesrates über sein bisheriges Vorgehen in der Rheinfrage vom 11. August 1922 (Schweiz. Bundesblatt 1922, Bd. II, S. 192 ff.) sowie der „Ratschlag“ der Basler Regierung an den Großen Rat des Kantons Basel-Stadt vom 3. Oktober 1924.

[2]) Schweiz. Bundesblatt 1922, II, S. 379.

Prima facie durfte man sich fragen, ob nicht die Schiffahrt gegenüber jeder anderen Nutzungsart das Recht der Priorität genießt. Die Schiffahrtsfreiheit ist völkerrechtliches Attribut des Rheinuferstaates, die Kraftausbeutung hat ebenfalls ihre juristische Basis; ruht sie nicht auf verbrieftem Recht, so doch auf Völkergewohnheitsrecht. Allein der Schweizer Bundesrat konnte sich richtigerweise „der Einsicht nicht verschließen, daß die Krafterzeugung seit dem Wiener Kongreß und auch seit dem Inkrafttreten der Rheinschiffahrtsakte eine nicht vorauszusehende Bedeutung gewonnen hatte. Seine Auffassung war vielmehr die, daß soviel als möglich beiden Bestrebungen Rechnung getragen werden müsse, und daß nach den Umständen des Falles zu entscheiden sei, welcher von beiden größere Bedeutung zukomme, daß aber allerdings beim Rhein die internationale Schiffahrt, die einem Binnenstaat eine unersetzliche Verbindung mit dem offenen Meere sichert, als das bedeutendere und vor jeder anderen Nutzung zu schützende Gut zu betrachten sei“ [4]).

---

[3]) Schweiz. BBl. a. a. O., S. 981: „Art. 358 bot keine genügende Gewähr dafür, daß die Schiffahrt auf dieser Strecke einer internationalen Ordnung unterstellt werde, welche in technischer und rechtlicher Hinsicht dieselben Sicherheiten und Entwicklungsmöglichkeiten bieten würde wie der offene Strom, und daß insbesondere auch der Kanal wie der Strom abgabenfrei bleiben werde“.

[4]) Schweiz. BBl. a. a. O., S. 985.

Ein Ausgleich der Interessen hat stattzufinden; eine absolute Priorität kann wirtschaftliches Unheil anrichten[5]). Angesichts dieses Standes der Dinge konzentrierte die schweizerische Delegation ihre Bemühungen darauf, einen möglichst günstigen Ausbau des Seitenkanals für die Zwecke der Schiffahrt und „unabhängig von der allfälligen Erstellung einer zugleich Gewerbezwecken dienenden künstlichen Wasserstraße“, die Regulierung des Rheines in Angriff zu nehmen. Der dem französischen Projekt anhaftende Mangel der zu großen Wassergeschwindigkeit im projektierten Kanal führte auf den Vorschlag der deutschen Delegation, den Rückstau des Rheins über die französisch-schweizerische Grenze hinaus auszudehnen zwecks Reduzierung der Wassergeschwindigkeit. Bis dahin hatten sich der Widerstand und die Bedenken der schweizerischen Delegation einzig und allein auf das Schiffahrtsrecht der Wiener Akte stützen können, obwohl sie formell infolge einer Note des Bundesrats vom 18. November 1920, die einer Anerkennung des für die Schweiz durch den Versailler Vertrag geschaffenen Zustandes gleichkommt, insbesondere aber seit der erstmaligen Teilnahme an den Sitzungen der Rheinzentralkommission Einwände auf Grund des Art. 43 der Mannheimer Akte erheben konnte. Nunmehr wurde direkt das schweizerische Hoheitsgebiet tangiert.

II.

Muß der Gebietsherr den Rückstau gestatten, event. in welchem Umfang? Hinsichtlich des projektierten Staus stehen die Schweiz und Frankreich resp. Deutschland zueinander im Verhältnis von Ober- und Unterliegerstaat. Nicht die Kraftanlage liegt auf beiderseitigem Hoheitsgebiet, was ohne weiteres nach geltendem Recht und namentlich auch nach der deutsch-schweizerischen[6]) resp. französisch-schweizerischen[7]) Praxis einer Verständigung rufen würde, sondern die Auswirkung dieses auf nichtschweizerisches Territorium fallenden Werkes resp. seines Stauwehres reichen auf schweizerisches Gebiet. Dieser Rückstau ohne Anlage des Kraftwerkes auf dem Staatsgebiet, in welchem er sich auswirkt, steht keineswegs allein da. Die Stauung des Luganersees, insbesondere aber die Anlage eines Stauwehres bei Sesto Calende am Ausfluß des Langensees, wie sie von italienischer Seite schon längst ins Auge gefaßt wurden, sind typische Beispiele. Am Bodensee kann nach der neuesten Sachlage derselbe Vorgang praktische Gestalt annehmen[8]).

---

[5]) Eine Abstufung der Nutzungsarten findet sich in Art. VIII des britisch-amerikanischen Vertrages vom 11. Januar 1909: *The following order of the precedence shall be observed among the various enumerated hereinafter for these waters, and no use shall be permitted which tends materially to conflict with or restrain any other use which is given preference over it in its order of precedence:*

Uses for domestic and sanitary purposes;

Uses for navigation, including the service of canals for the purposes of navigation;

Uses for power and for irrigation purposes.

The foregoing provisions shall apply to or disturb any existing uses of boundary waters on either side of the boundary. — Vergleiche die Ausführungen im Schweiz. BBl. 1922, Bd. II, S. 985 über die Verhandlungen der „Internationalen Studienkommission“ zum Studium der in Art. 23 e des Völkerbundspaktes umschriebenen Aufgaben.

Die eingangs gestellte Frage war bisher in der Diskussion über internationales Wasserrecht von untergeordneter Bedeutung gegenüber der andern, wieweit der Oberliegerstaat Territorialgebiet des Unterliegerstaates beeinflussen dürfe, letzterem also eine Duldungspflicht obliege. Die österreichischen Wasserrechtsjuristen stellten sich auf den Standpunkt, daß die Souveränität des Oberliegerstaates die dominierende sei, weil sie sich in den natürlichen Verhältnissen begründet finde[9]). In ihrer vollen Schärfe wurde diese Auffassung von *Bousek* zum Ausdruck gebracht[10]): „Hierbei ist, was die Frage der Erhaltung der Wassermenge anbelangt, unbedingt daran festzuhalten, daß der Oberlieger in jenem Maße ohne jede Einschränkung und ohne jede Entschädigungsverpflichtung zum Wasserverbrauch berechtigt ist, um die in die hydrographischen Bereiche eines Gewässers fallenden Gebiete mit Wasser für den Gebrauch von Menschen und Tieren zu versorgen .... und dieses Gebiet zu bewässern. Diese Ansprüche eines Landstriches auf das von ihm abfließende Gewässer sind primärer Natur und können in keiner Beziehung durch die ausländische Berechtigung geschmälert werden“. *Bousek* steht auf dem Boden der absoluten Territorialhoheit des Oberliegerstaates. Demgegenüber haben die beiden Referenten der I. Internationalen wasserwirtschaftlichen Konferenz, *M. Huber* und *Burckhardt*, betont, daß diese absolute Territorialhoheit nicht anerkannt werden könne, daß der höherliegende Staat die Interessen jenseits der Grenze in dem Umfange zu berücksichtigen habe, als er gleichartige Interessen innerhalb seines eigenen Gebietes respektieren würde (*Huber*[11]), ja, daß das Gewässer Gemeinschaftsgut der anliegenden Staaten sei, und „derjenige, der zufällig unten ist, braucht nicht zu gestatten, daß ein erheblicher Teil des Gewässers abgeleitet werde zu seinem Schaden“ *(Burckhardt*[12]). Die gegenteilige Auffassung, welche nur den Oberliegerstaat berücksichtigt, übersieht Interessen des Unterliegerstaates, die unmöglich negiert werden können. Die Kraftnutzung vermag unter Umständen erst dann praktisch durchgeführt zu werden, wenn das Gewässer gestaut wird derart, daß die Stauwirkung auch den fremdstaatlichen Gebietsanteil in Mitleidenschaft zieht. Soll nun der unten liegende Staat seine Gewässer nicht ebenso frei nutzen dürfen, wie derjenige, der über ihm steht? Worin läge die offensichtliche Benachteiligung begründet? Die Antwort wird lauten dürfen, daß keiner von beiden Staaten als berechtigt angesehen werden darf, vom Prinzip der Territorialhoheit den extremsten Gebrauch zu machen, vielmehr bietet das Recht, auch ohne spezielle Vereinbarung, einen natürlichen Interessenausgleich. *Neminem laedere!* Das Recht des Ueberstaues durch den Unterliegerstaat auf das Gebiet des Oberliegerstaates kann von letzterem nicht bestritten werden, wenn ihm ein Schaden nicht entsteht, wenn seine Interessen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Allerdings liegt eine Einwirkung auf fremdes Hoheitsgebiet vor und qualifiziert sich formell als Hoheitsverletzung; es läßt sich aber nicht übersehen, daß das Wassergebiet die strikte Anwendung der für das Landgebiet geltenden Rechtssätze über die Souveränität nicht gestattet, auch wenn es sich um Binnengewässer handelt. Die Natur des Wassers, die Art seiner Nutzung drängt den Unterschied auf. Und überdies darf der römisch-rechtliche Satz Geltung beanspruchen: *minima non curat praetor.* Der Oberlieger- wie der Unterliegerstaat müssen kleine Schädigungen, bedingt durch Maßnahmen des einen oder anderen, in Kauf nehmen. Was in *casu* unter einer derartigen Kleinigkeit zu verstehen ist, bleibt Tatfrage; hier funktioniert beim unparteiischen Dritten das freie Ermessen. Soweit der Spielraum durch den Unterliegerstaat überschritten wird, kann der Oberliegerstaat den Einwand erheben, daß er in seiner Souveränität verletzt sei.

---

[6]) Art. 5 der schweizerisch-badischen Uebereinkunft betr. den Wasserverkehr auf dem Rhein von Neuhausen bis unterhalb Basel vom 10. Mai 1879; Konzessionierung der Kraftwerke Rheinfelden (1889—1894), Laufenburg (1906), Augst-Wylen (1907), Eglisau (1913).

[7]) Uebereinkunft mit Frankreich betr. die Gewinnung der Wasserkräfte der Rhone zwischen dem projektierten Kraftwerk von la Plaine und einem noch zu bestimmenden Punkt oberhalb der Brücke von Pougny-Chancy vom 4. Oktober 1913.

[8]) Zu verweisen auf schweizerisch-interkantonale Verhältnisse (Zürich-See, Vierwaldstätter See, Genfer See usw.), wo sich dasselbe Problem stellt. Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, daß es sich hier um Fälle engerer Konnexität handelt als bei solchen internationaler Natur. Zudem gibt Art. 6 des schweizerischen Wasserrechtsgesetzes die Möglichkeit, renitenten (kantonalen) Willen zu brechen.

[9]) So Dr. *Götzinger* in der Diskussion der I. Intern. wasserwirtschaftlichen Konferenz, Protokoll S. 46. — Allerdings gesteht er dem Unterliegerstaat ein reduziertes Einspruchsrecht zu, namentlich, wenn es sich um die Wahrung des sog. Vorflutrechtes handelt.

---

[10] Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht, Bd. VII, S. 40 ff.

[11] Protokoll S. 31.

[12] Protokoll S. 45.

Diese Grundsätze gelten für quergeteilte Gewässer, in denen nicht eine Längsachse die Grenze bildet, sondern eine von Ufer zu Ufer gezogene Marke. Das ursprüngliche Projekt für das Kembser Werk ließ den Rückstau bis zur deutsch-schweizerischen Grenze im Rhein zirka 200 m oberhalb der Schiffbrücke, welche die beiden Hüningen verbindet, reichen. Dieses Stauende war begründet in der französischen Einsicht, daß der Rückstau ohne schweizerische Zustimmung an der Schweizer Grenze Halt machen müsse[13]. Gestützt auf eigene Territorialhoheit war ein Einspruch der Schweiz nicht möglich, sondern nur unter Hinweis auf ihre Rechtsstellung als Rheinuferstaat und lediglich, soweit die freie Schiffahrt in Frage kam. Die Situation änderte sich, als die deutsche Delegation mit ihrem Ausgleichsvorschlag auftrat; zur Erreichung einer Maximalgeschwindigkeit von 70 m/sek. war das Stauende vor die Biersmündung (auf schweizerisches Hoheitsgebiet) zu verlegen. Bedeutsam ist zunächst, daß die Wirkung des Staues über die Dreiländergrenze oberhalb der sog. Hüningerschiffbrücke hinausreicht, nicht weil die französisch-schweizerische Ländergrenze in ihrer Längs- wie in ihrer Querrichtung vor dem Rheinhafen St. Johann trifft, sondern den gesamten Rheinanteil des Kantons Basel-Stadt beeinflußt in der Längs- wie in der Querrichtung. Kommen nun hinsichtlich der Stauung verschiedene Rechtssätze zur Anwendung, je nachdem man es mit einer Grenzziehung in Längs- oder Querrichtung zu tun hat? Mit dem *Institut de Droit international* wird die Frage verneint werden dürfen[14]. Dessen Auffassung ist im wesentlichen auch auf der I. Internationalen Wasserwirtschaftskonferenz, mit Ausnahme österreichischer Opponenten, angenommen worden. Es läßt sich unschwer der vom Ueberstau betroffene Rheinabschnitt als Ganzes betrachten, trotz des verschiedenen Grenzlaufes. Wesentlich bleibt, daß vom Unterliegerstaat keine Veränderungen ohne Zustimmung des Oberliegerstaates vorgenommen werden dürfen, soweit sie dessen Gebiet betreffen. „Ein Ueberstau in ein fremdes Rechtsgebiet ... ist nur auf Grund einer Konzession derjenigen Behörde möglich, welche in dem oberhalb der Grenze liegenden Gebiet über das Gewässer verfügt; eine Erzwingung ist nicht möglich“ [15]. Der

---

[13] Gegenüber dem Deutschen Reich ist die Berechtigung in Art. 358 des Versailler Vertrages gegeben.

---

[14] 1⁰ *Lorsqu'un cours d'eau forme la frontière de deux Etats, aucun de ces Etats ne peut, sans l'assentiment de l'autre, et en l'absence d'un titre juridique spécial et valable, y apporter par des particuliers, des sociétés etc. des changements préjudiciables à la rive de l'autre Etat. D'autre part, aucun des deux Etats ne peut, sur son territoire, exploiter ou laisser exploiter l'eau d'une manière qui porte une atteinte grave à son exploitation par l'autre Etat ou par les particuliers.*

2⁰ *Lorsqu' un cours d'eau traverse successivement les territoires de deux ou de plusieurs Etats:*

a) Le point où ce cours d'eau traverse les frontières des deux Etats, soit naturellement, soit depuis un temps immémorial, ne peut pas être changé par les établissements de l'un des Etats sans l'assentiment de l'autre ..... Un Etat en aval ne peut pas faire ou laisser faire dans son territoire des constructions ou établissements qui pour l'autre Etat produisent le danger l'inondation.

[15] *M. Huber*, „Internationales Wasserrecht“, in Schweiz. Wasserwirtschaft, Band IV, S. 2 ff. / S. 220. — Natürlich sind auch hier die sogenannten unbedeutenden Wirkungen ausgeschlossen.

Straßburger Kompromiß vom 10. Mai 1922 spiegelt deutlich die Rechtslage wider, wenn er von der „Einreichung des Gesuchs um die Konzession für die Ausnützung des auf schweizerischem Gebiet liegenden Gefälles" spricht. Die Konzessionsurkunde selbst wird ausgestellt „zum Zwecke der Errichtung und des Betriebs einer Kraftwerk- und Schiffahrtsanlage am Rhein bei Kembs" mit dem „Recht des Rückstaus des Rheins auf Schweizergebiet bis zur Birsmündung".

Es läßt sich eine zwischenstaatliche Uebereinkunft vorstellen, die einen bestimmten Rückstau bezweckt und diesen abschließend normiert. Der Fall trifft beim Kembser Werk zu. Er liegt nicht anders hinsichtlich der Stauung der schweizerischen Grenzseen. Andererseits zeigt die Staatenvertragspraxis Konventionen, welche für Grenzgewässer allgemeingültige Normen aufstellen, unter die der einzelne Fall zu subsumieren ist. Der badisch-schweizerische Vertrag von 1879 wurde mehrfach als vorbildlich bezeichnet, da er einen außerordentlich freien Spielraum läßt trotz der Verpflichtung der beiden Regierungen, dafür zu sorgen, daß keine Anlage vorgedachter Art, sowie überhaupt keine Bauten, welche auf den Wasserabfluß eine erhebliche Einwirkung ausüben könnten, im Fluß oder an dessen Ufer, soweit dasselbe innerhalb des Bereichs des höchsten bekannten Wasserstandes (Innudationsgebiet) liegt, errichtet oder wesentlich geändert werden, bevor der zuständigen Behörde des anderseitigen Staates die Pläne der Anlage zur Geltendmachung der in Betracht kommenden Interessen und zur tunlichsten Herbeiführung eines Einverständnisses mitgeteilt werden (Art. 5, Abs. 2). Eindeutig ist Art. 9 des österreichisch-rumänischen Grenzvertrages vom 25. November / 7. Dezember 1887 [16]), demzufolge an Flüssen und Bächen, welche die Grenze bilden, weder die vertragschließenden Regierungen noch Dritte Dämme oder Stauwerke errichten können, durch welche der natürliche Lauf des Wassers abgelenkt würde, oder welche zur Benutzung der Wasserkraft zu industriellen oder anderen Zwecken dienen sollten, ohne daß vorher mit der benachbarten Regierung das

---

[16]) *Martens, Nouveau Recueil Général 2 sér.* Bd. 15, S. 611.

Einverständnis getroffen wäre. Bemerkenswert ist die zwischen Norwegen und Schweden abgeschlossene Konvention von Karlstad vom 26. Oktober 1905, in deren Unterabschnitt über die Seen und gemeinsamen Wasserläufe *„conformément aux principes généraux du droit international"* die Wasserbauten nur im gegenseitigen Einverständnis ausgeführt werden können; der Fall des Rückstaus ist darin einbegriffen[17]. Als Typus eines allgemeinen Vertrages über die Benutzung von Grenzgewässern gilt heute noch der am 11. Januar 1909 zwischen den U.S.A. und Großbritannien gefertigte[18]. Die Uebereinkunft respektiert prinzipiell die Territorialhoheit in vollem Umfang; nur da erleidet diese eine Einbuße, wo ihre volle Ausnutzung die andere Territorialhoheit in Mitleidenschaft zieht[19]. Spezialabkommen sind immer noch möglich hinsichtlich der einzelnen zu errichtenden Werke. Was hier interessiert, das ist die Erkenntnis, daß die Mitwirkung der Hoheitsinhaber erforderlich wird[20][20a].

---

[17] Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht, Bd. I, S. 83. *„S'il est question, sur le territoire de l'un des deux Etats, d'endigner un lac, d'en abaisser le niveau ou d'en dériver les eaux, d'établir des constructions dans un cours d'eau, d'en dériver les eaux ou de prendre d'autres mesures en vue d'en modifier la profondeur, le lit ou la direction" — (art. 1) — „Il est entendu que les travaux mentionnés à l'article 1 ne pourront être exécutés dans l'un des deux Etats sans le consentement de l'autre chaque fois que ces travaux, en influençant les eaux situés dans l'autre Etat, auraient pour effet soit de mettre des entraves sensibles à l'utilisation d'un cours d'eau pour la navigation ou le flottage, soit d'apporter autrement des changements sérieux aux eaux d'une région d'étendue considérable" (art. 2).*

[18] *Martens,* N.R.G. 3 sér. Bd. IV, S. 208.

[19] Art. II.

[20] *The High Contracting Parties agree that, except in cases provided for by special agreement, between them, they will not permitt the construction or maintenance in their respective sides of the boundary of any remedial or protective works or any daws or other obstructions in waters flowing from boundary in rivers flowing across the boundary, the effect of which is to raise the natural level of waters on the other side of the boundary unless the construction or maintenance thereof is approved by the aforesaid International Joint Commission (art. IV).* Hierzu Art. III.

[20a] Diese Mitwirkung hat auch zu erfolgen und kann nicht verwehrt werden, wenn sich nur die Gefahr, die Möglichkeit einer Wirkung auf fremdstaatliches Gebiet, ohne daß sie im „Plane" liegt, einstellt. *A. A. v. Kisker,* „Zur Frage der mehreren Staaten gemeinsamen Gewässer", in Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht Bd. 11, S. 533 ff.

III.

Die Gewährung des Rückstaus erfolgt als Einräumung eines Sondernutzungsrechtes, zur Begründung eines Nutzungsrechtes an einer bestimmten Gewässerstrecke. Da das internationale Recht ein „internationales“ Konzessionsverfahren nicht kennt, bleibt die Landesbehörde zur Erteilung der Nutzungsbewilligung kompetent. International ist lediglich die Vereinbarung der Staaten hinsichtlich der dem Konzessionär aufzuerlegenden Bedingungen[21]), die sich nicht widersprechen dürfen. Das verlangt naturgemäß die Einigung über die Anlage.

Die Kompetenz der Landesbehörde zur Erteilung der Konzession für ihr Gebiet involviert die Anwendung des nationalen Rechts. Gemäß der Forderung des Schweizerischen Bundesrats[22]) wurde für den Konzessionsakt ausdrücklich die schweizerische Gesetzgebung vorbehalten, selbstverständlich von der Schweizergrenze an aufwärts[23]). Aus der Hoheit folgt auch das Aufsichtsrecht[24]). Immerhin erfährt dasselbe eine Einschränkung durch Art. 4 der französisch-schweizerischen Vereinbarung, nach der während der Betriebsperiode eine technische Kommission zuständig ist für die Prüfung und Lösung sämtlicher Fragen, welche gleichzeitig für die französische und die schweizerische Verteilung von Interesse und Bedeutung sind[25]).

---

[21]) Sie findet sich in der vorgesehenen Konvention *„pour les règlements entre la France et la Suisse“*, „damit die erforderliche Uebereinstimmung zwischen den von jeder der beiden vertragschließenden Parteien erteilten Verleihungen“ zugesichert werden kann (Art. 1). Vide Abschnitt IV.

[22]) Schweiz. BBl. 1922, Bd. II, S. 1006.

[23]) Vereinbarung zwischen der deutschen, franz. und schweiz. Delegation vom 10. Mai 1922, sub. I 2 sowie Konzessionsurkunde sub. Art. 3. — *Huber* a. a. O., S. 2, sowie die Verhandlungen der I. Intern. Wasserwirtschaftskonferenz. — Im allgemeinen Uebereinkommen der Karlstader Konvention wird bestimmt (Art. 1): *S'il est question, sur le territoire de l'un des deux Etats . . . d'établir des constructions dans un cours d'eau . . . c'est la législation de cet Etat qui sera appliqué en ce qui concerne le droit d'entreprendre les travaux, quand même ceux-ci pourraient influencer les eaux situés dans l'autre Etat.* Aehnlich Art. III des britisch-amerikanischen Vertrages vom 11. Januar 1909.

[24]) Art. 8 der Verleihungsurkunde.

[25]) Dieselbe Kommission ist zuständig, um während der Bauzeit die Ausführung der Arbeiten für das Kraftwerk Kembs, also auf franz. Territorium zu überwachen.

Nicht ausgeschlossen ist eine Kollision wegen Art. 4 letzter Absatz, demgemäß sich die Regierungen verpflichten, innerhalb ihrer Staatsgebiete die von der Kommission gegenüber dem Konzessionär im Rahmen der Verleihungen gefaßten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Daraus darf wohl geschlossen werden, daß mit der Konzession in Widerspruch stehende Beschlüsse der internationalen technischen Kommission nicht ausgeführt werden müssen. Es hätte sich auch ein Organ denken lassen, das selbständig, über die Einzelstaaten hinweg, vollstreckbare Beschlüsse faßt. Allein, soweit geht selbst die Rheinschiffahrtsakte von 1868 nicht, deren Art. 46 bestimmt, daß die Beschlüsse der Zentralkommission für die Uferstaaten erst dann Verbindlichkeit erlangen, wenn die Regierungen derselben dazu ihre Genehmigung erteilt haben. Die neue Kommission hat eine weitere Kompetenz erhalten, indem sie ihren Beschlüssen verpflichtende Kraft auferlegen kann (unter Vorbehalt der Uebereinstimmung mit den erteilten Konzessionen). Es läßt sich auch fragen, ob es nicht empfehlenswert gewesen wäre, die Befugnisse dieser technischen Kommission der Rheinzentralkommission zu überbinden. Allein solange letztere keine Erweiterung ihrer Kompetenzen erhalten hat, namentlich im Sinne einer Aufhebung der Beschränkung auf Schiffahrtssachen, müßte die Frage verneint werden. Es ist im übrigen auch problematisch, ob die International Joint Commission des amerikanisch-britischen Vertrages von 1909 als Vorbild dienen könnte.

IV.

Für die Gewährung des Rückstaus bedingt sich die Konzessionsbehörde gewisse Leistungen aus. Sie sind abschließend in der Konzessionsurkunde niedergelegt. Die öffentlich-rechtliche Natur des Konzessionsaktes bringt es mit sich, daß auch die Leistungen einen derartigen Charakter annehmen. Hinsichtlich des Rückstaues können unterschieden werden staatsvertraglich gesicherte und solche, die durch bloße Verleihung umschrieben sind.

In die erste Kategorie fällt der „der Schweizerischen Eidgenossenschaft zukommende Anteil an der vom Kraftwerk Kembs erzeugten elektrischen Energie“, die festgesetzt wird „auf zwanzig

Prozent (20 %) dieser Energie, entsprechend der Energie des Gefälles, welches dem Rückstau auf Schweizer Gebiet entspricht“ [26]).

Die Leistung erhält den Charakter einer Vorteilsausgleichung, deren Besonderheit darin liegt, daß der Vorteil außerhalb des Gebietes zufällt, dem er entspringt. Dem entspricht die Verpflichtung des Konzedenten, also der Schweiz, die Leistung nicht zu verunmöglichen, ja noch mehr: den Betrieb des Kraftwerkes überhaupt nicht zu beeinträchtigen [27]). Die Pflicht steht um so mehr fest, als die Konzession an die Gesellschaft letzten Endes auf völkerrechtlicher Basis beruht, da die vorgesehene französisch-schweizerische Konvention geradezu einen zwischenstaatlichen Garantieakt zugunsten des Konzessionärs darstellt. Der Konzedent hat dafür zu sorgen, daß die Wasserführung [28]) des Rheins nicht zuungunsten der Gesellschaft geändert wird. Dagegen ist letztere nicht berechtigt, über die durch zulässigen Aufstau ihr zuführbare Menge ohne jede Einschränkung bereits an der Grenze des Rückstaus zu verfügen. Art. 17 der Verleihung behält für die auf die Ableitung flüssiger oder fester Stoffe in den Rhein auf Schweizergebiet bezüglichen Fragen die schweizerische Gesetzgebung vor; für Schädigungen durch flüssige oder feste Stoffe hat der Konzessionär keinen Schadenersatzanspruch gegenüber der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Kantonen Basel-Land sowie Basel-Stadt [29]). Der Konzessionär muß die Ableitung von Wassermengen aus dem auf Schweizergebiet liegenden Teil des Rheins zu öffentlichen, industriellen oder landwirtschaftlichen Zwecken dulden. Jedoch darf eine solche den Betrieb des Kraftwerkes nicht in nennenswerter Weise beeinträchtigen[30]).

---

[26]) Art. 2 der vorgesehenen Konvention, Art. 25 der Konzessionsurkunde. Ueber die Kraftverteilung Art. 26/27. Gegenüber Deutschland ist für Frankreich maßgebend Art. 358 Ziff. b des Versailler Vertrages. Nach dem Kompromiß mit der Schweiz blieben für die Unterliegerstaaten 80 %, für jeden von beiden 40 %.

[27]) Der Fall geht hinaus über den gewöhnlichen, bei dem es sich um die ungehinderte Benutzung auf der konzedierten Strecke des Unterliegerstaates handelt. Hierüber die etwas merkwürdige Aufassung *Bouseks* a. a. O.

[28]) Art. 2 der Konzession.

[29]) Art. 17 Abs. 2 der Konzession. Vorbehalten bleibt die zivilrechtliche Haftung Dritter. — Haften event. andere Rheinuferkantone? Die Limitierung des Haftungsausschlusses auf die zwei genannten Kantone läßt die Frage bejahen.

Die Form eines Vorteilsausgleiches nimmt ferner die Leistung des Art. 2, Abs. 2 der vorgehenden Konvention an, derzufolge für die der Schweiz zukommende elektrische Energie Frankreich während der Dauer der Verleihung auf sämtliche Gebühren, Abgaben oder sonstige öffentlich-rechtliche Beschränkungen irgendwelcher Art verzichtet. Es wird praesumiert, die Energie sei in der Schweiz erzeugt, weshalb für den Verbrauch auf ihrem Territorium selbstverständlich auch kein Ausfuhrzoll erhoben werden darf. In der Konzessionsurkunde ist die Verfügungsgewalt über diesen Energieanteil derart geordnet, daß sogar eine Ausfuhrbewilligung für denselben in den von der schweizerischen Gesetzgebung vorgesehenen Formen erteilt werden kann. Der Fall ist geradezu einzigartig: für die Ausfuhr aus Frankreich bedarf der französische Konzessionär einer Bewilligung der schweizerischen Behörde[31]).

Art. 3 der Uebereinkunft mit Frankreich enthält die Bestimmung, daß die französische Regierung der schweizerischen von den hauptsächlichsten Plänen und Berechnungen für das Gesamtprojekt des Kraftwerkes Kenntnis geben werde mit der Maßgabe, daß ihre Einwände vor Inangriffnahme der Bauarbeiten entgegenzunehmen sind. Bemerkenswert ist, daß diese Einwände keineswegs als Rechtseinsprachen im Sinne des innerstaatlichen Baurechts qualifiziert werden können. Das ist deshalb ausgeschlossen, weil der „Einsprecher“ keine Einspruchsgründe als Nichtgrundeigentümer geltend machen kann. Es handelt sich weder um eine privatrechtliche noch um eine öffentlichrechtliche Einsprache gemäß Landesrecht, sondern um eine

---

[30]) Art. 28 der Konzession. Quantitativ bemessen ist die Ablenkung des Wassers im Vertrag vom 11. Januar 1909 Art. V hinsichtlich des Niagara River sowie der Niagara-Fälle, und Art. VI hinsichtlich der St. Mary und Milk Rivers.

[31]) Ein Gegenstück liegt dann wieder in Art. 27 der Konzession, wonach der Konzessionär, aus elektrizitätswirtschaftlichen Gründen, „vom Kraftwerk Kembs oder andernorts erzeugte Energie nur mit Ermächtigung des Bundesrates“ nach der Schweiz liefern darf, soweit die 20% überschritten werden. Selbstverständlich unterliegen diese weiteren Energiemengen nicht den in der Konvention und der Konzession enthaltenen Einschränkungen.

„observation“, deren Geltendmachung völkerrechtlich sichergestellt ist. Den Entscheid über die Berechtigung des Einwandes trifft wiederum nicht die französische Baubehörde, sondern die gemischte technische Kommission. Maßgebend für die zulässigen Einsprachen der schweizerischen Regierung[32]) ist die Resolution der Rheinzentralkommission vom 10. Mai 1922, sowie die Resolution vom 16. Dezember 1921[33]), ferner Art. 358 des Versailler Vertrages. Nicht der Einsprache, sondern einer von der französischen und schweizerischen Behörde zu vereinbarenden, dem Konzessionär zu erteilenden Bewilligung unterliegen „die Ausmaße der für den Wasserabfluß vorgesehenen Bauwerke, die Bedingungen für die Standfestigkeit und Sicherheit des Stauwehrs, sowie die Vorschriften für die Bedienung des Stauwehrs und des Kraftwerkes, soweit sie die Wasserverhältnisse auf Schweizergebiet betreffen“.

Weil Stauwehr usw. mit dem Rückstau in engstem Zusammenhang stehen, muß der französische Konzessionär, um den Rückstau überhaupt zu erreichen, dem schweizerischen Territorialherren diesen Eingriff in seine Rechtssphäre gestatten. Es handelt sich um eine Kompensation für die gegenseitigen Eingriffe. Letztere, Maßnahmen zur „Vermeidung von Schädigungen auf der schweizerischen Rheinstrecke und in den vom Rückstau berührten schweizerischen Anlagen“ (Art. 29) finden sich in der Konzessionsurkunde wieder (Art. 30, 31, 32) resp. sind dort näher umschrieben. Dagegen behält für die Maßnahmen auf Schweizergebiet der Oberliegerstaat das alleinige Entscheidungsrecht, selbstverständlich im Rahmen des Vertragsverhältnisses; so ist auch das Aufsichtsrecht zu verstehen, das soweit geht, ihm auf Schweizergebiet sämtliche als nötig erachteten Aenderungen aufzuerlegen und im Falle der Weigerung durch Ersatzvornahme auf Kosten des Konzessionärs zu erzwingen. Damit tritt der Konzessionär völlig in den Hoheitsbereich des schweizerischen Konzedenten ein, ohne am französischen einen Rückhalt zu finden. Da der Rückstau auf Grund der schweizerischen Gesetzgebung zu bewilligen ist, werden dem Konzessionär auch die besonderen Bedingungen gemäß derselben auferlegt[34]. Ebenso sind die wirtschaftlichen Konditionen mit Ausnahme derjenigen betr. die Energieabgabe völlig von der schweizerischen Behörde allein festzusetzen.

---

[32]) Nur die Regierung kommt in Frage, da nur die Eidgenossenschaft Rechte aus dem Vertrag ableiten kann — keineswegs Private.

[33]) Die Resolution vom 10. Mai 1922 bestimmt in Ziffer I Abs. 5: „Es ist vereinbart, daß die oben umschriebenen technischen Bedingungen in keinem Falle als verbindlicher Vorentscheid bei der Prüfung der Projekte für die anderen Kanalstufen angerufen werden können“. — Für Deutschland hat Art. 358 des Versailler Vertrages die vertragliche Pflicht der Zustimmung zu den von Frankreich allein auszuführenden Nutzbarmachungs-, Stau- und sonstigen Anlagen geschaffen. Zu diesem Zwecke gesteht es Frankreich ein Anlage- und Wegerecht zu. Die ausdrücklich als Dienstbarkeiten qualifizierten Auflagen involvieren das Recht Frankreichs, dieselben in ihrem Umfang selbst festzusetzen, wobei Deutschland die Entschädigung an den Eigentümer obliegt. Die für den Ausbau des Rheins aufgestellten Projekte usw. sind Frankreich auszuliefern.

Damit der Rückstau den *status quo* hinsichtlich Schiffahrt, Flößerei und Fischerei in der effektiven Nutzungsmöglichkeit nicht beeinträchtige, ist der Konzessionär verpflichtet, die natürliche Gesamtwassermenge des Rheins kontinuierlich durch Stauwehr und Maschinenhaus hindurch abfließen zu lassen und Revisionsarbeiten vorzunehmen; er hat ferner die Flößerei unter Bedingungen zu ermöglichen, „die den zur Zeit der Einräumung der Verleihung bestehenden gleichwertig sind (Art. 36)", „und sich der Fischereigesetzgebung der Schweiz sowie den internationalen Uebereinkünften zu unterwerfen"[35]. Diese Bestimmung muß einschränkend interpretiert werden. Daß auf dem schweizerischen Gebiet der Rückstau der schweizerischen Gesetzgebung sowie den internationalen Uebereinkünften untersteht, ist erklärlich. Hingegen erscheint es zweifelhaft, ob für den nichtschweizerischen Teil, resp. den Oberwasserkanal eine derartige Kondition standhält. Man kann sich keineswegs behelfen mit der Berufung auf Ziffer 2 der Vereinbarung vom 10. Mai 1922 sowie Art. 1 der mit Frankreich abzuschließenden Kondition, derzufolge die Konzession des Rückstaus auf Schweizergebiet dem schweizerischen Gesetze untersteht. Tatsächlich besagt Art. 23 des schweizerischen Wasserrechtsgesetzes, daß die Werkbesitzer verpflichtet sind, zum Schutze der Fischerei die geeigneten Einrichtungen zu erhalten und zu verbessern, sowie überhaupt alle zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen. Daraus ergibt sich für die Konzessionsbehörde die Möglichkeit, Auflagen zu stellen, oder die Erfüllung von Bedingungen zu fordern; eine solche liegt in der Unterstellung unter die schweizerische Fischereigesetzgebung.

---

[34] Garantieleistung (Art. 10); Verpflichtungen zur Unschädlichmachung des Rückstaus im Gebiete der Stadt Basel, als Teil des Vorteilsausgleiches (Kanalisation, Grundwasser, Ableitungen, Uferschutz, Baggerungen zur Hebung des Abflußvermögens, hygienische Maßnahmen, Heimatschutz), Ziff. III der Konzession.

[35] Gemeint sind: der Berliner Vertrag zur Regelung der Lachsfischerei im Rhein vom 30. Juni 1885 sowie die Uebereinkunft zwischen der Schweiz, Baden und Elsaß-Lothringen betr. die Fischerei im Rhein und seinen Zuflüssen, einschließlich des Bodensees vom 18. Mai 1887.

In den Bereich der zwischenstaatlichen Vereinbarung fallen hingegen wieder die Bestimmungen über Beginn und Ende der Bauzeit[36]), Beginn und Ende der Konzession. In letzterer Hinsicht sind namentlich die Artikel über Heimfall und Rückfall von Bedeutung. 15 Jahre vor Ablauf der auf 75 Jahre erteilten Konzession (Art. 38) werden sich die beiden Regierungen über die Erneuerung der Konzessionen, einen event. Heimfall oder den Eingang der Kraftanlage verständigen. Daraus kann geschlossen werden, daß die Bedingungen, bezüglich welcher eine Verständigung zu erzielen ist, über die in den Artt. 2—7 gesetzten hinausgehen und solche betreffen können, die heute von der französischen resp. schweizerischen Behörde allein auferlegt werden. Der Text des Art. 8 ist eindeutig *(si les concessions doivent être renouvelées et quelles conditions)*. Wie weit greift hier der Vorbehalt zugunsten des schweizerischen Rechtes ein? Die Frage scheint heute, 60 Jahre vor dem maßgeblichen Zeitpunkt, verfrüht; aber sie dürfte des Interesses wegen doch statthaft sein[37]).

Daß über den Heimfall eine Verständigung erfolgen muß, ergibt sich aus der Natur der Sache. Ist eine Einigung über die Erneuerung der Konzession und ebensowenig über die Ausübung des Heimfalls- oder des Rückfallsrechtes nicht möglich, dann wird entweder das Kraftwerk eingehen oder der Rückstau auf die Schweizer Grenze reduziert werden müssen[38]).

---

[36]) Art. 6 der vorgesehenen Uebereinkunft mit Frankreich.

[37]) Art. 8 letzter Absatz der Konvention fixiert im voraus die Beibehaltung der Energieanteile auf 80% bezw. 20% — *„et les conditions du nouveau régime seront déterminées de manière à en assurer aux deux Etats les avantages dans la même proportion“*.

Allerdings verlangt Art. 11 der Konvention, daß bei Erlöschen der Verleihung aus irgend einem Grund die durch den Rückstau auf Schweizergebiet geschaffenen Verhältnisse nur im Einverständnis der beiden Regierungen verändert werden dürfen. Die Verleihung kann hinfällig werden infolge Ablaufs, Heimfall, Rückkauf[39]) oder Verwirkung[40]). Es ist ja möglich, daß in allen vier Fällen trotz Erlöschen einer Verleihung der Betrieb infolge einer neuen Konzession, resp. der Uebernahme durch die beiden Regierungen fortgesetzt wird, so daß sich eine Veränderung der Verhältnisse wegen „Erlöschen der Verleihung" erübrigt. Die Bestimmung des Art. 11 ist offensichtlich zugeschnitten auf den Fall einer Einstellung des Kraftwerkbetriebes. Man stelle sich vor, daß der Oberwasserkanal geschlossen, das Stauwehr beseitigt und infolgedessen der Rückstau aufgehoben wird. Die in Ziff. III der Konzession aufgeführten Maßnahmen zur Unschädlichmachung des Rückstaus im Gebiet der Stadt Basel können dann gerade eine schädliche Wirkung ausüben. Vor allem müßte die Situation von Schiffahrtsanlagen prekär werden, die unter Berücksichtigung des Staus errichtet wurden.

---

[38]) *M. Huber* a. a. O., S. 33: . . überhaupt hat der Heimfall in solchen Verhältnissen eigentlich keine Berechtigung. Das Heimfallsrecht bedeutet die Rückkehr einer öffentlichen Sache, die für eine bestimmte Dauer der Privatwirtschaft überlassen worden ist, in die Herrschaft des Gemeinwesens. Hier aber stehen sich Staat und Staat, öffentliches und öffentliches Interesse gegenüber; es wäre deshalb zweckmäßiger, bei solchen Werken überhaupt von einer zeitlichen Begrenzung abzusehen und beim Ablauf der Konzessionsdauer einen Anspruch auf die weitere Erhaltung und eventuell den gemeinsamen Betrieb eines derartigen internationalen Werkes anzuerkennen.

[39]) Art. 9 des Abkommens: Sollte die franz. Regierung im Einverständnis mit der schweizer. Regierung das Rückkaufsrecht allein ausüben, so verpflichtet sie sich zur Uebernahme und zur Befolgung sämtlicher Bedingungen der schweizerischen Verleihung bis zum Ablauf ihrer Dauer. — Nachher kommen die Bestimmungen des Art. 8 über den Heimfall in Anwendung. Der Rückkauf durch die schweizerische Regierung findet sich in Art. 40 der Konzession und betrifft natürlich nur das schweizerische Rückstaugebiet.

[40]) Art. 10 der Konvention mit Frankreich, Art. 11 der Konzession. Die Verlusterklärung an den Konzessionär erfolgt im Einvernehmen mit der französischen Regierung.

Zur Frage der Aufrechterhaltung der Verträge im Kriegsfall liefert Art. 13 der vorgesehenen Konvention Frankreich—Schweiz einen Beitrag. Die Bestimmung lautet: *Les stipulations de la présente convention seront maintenues en temps de guerre,* die deutsche Uebersetzung des schweizerischen Bundesrates (die nicht als Vertragstext gilt) besagt: Die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens bleiben auch im Kriegsfalle in Kraft. Daß die beiden Texte nicht korrespondieren, ist kaum zweifelhaft. „*En temps de guerre*“ gibt offenbar einen weiteren Begriff wieder und umfaßt den Konflikt einer der Vertragsparteien mit einer dritten Macht, ja es ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, daß dies der Sinn der Klausel sein soll. Der deutsche Text kann diesen Fall ebenso in sich schließen, der Uebersetzer hat aber offenbar den französischen Passus auf den Kriegsfall, den Konflikt zwischen den Kontrahenten beschränkt, andernfalls hätte er den weiteren Begriff der „Kriegszeiten“ oder des „bewaffneten Konfliktes mit einer dritten Macht“ gebrauchen müssen.

Der Rechtszustand in Litauen.

Von Universitätsdozent **O. v. Büchler.**

Wenn das Rechtsbewußtsein jedes einzelnen Bürgers sich in Familie, Schule und Leben bildet, dann kann ein einheitliches Rechtsbewußtsein aller Staatsbürger sich wohl nur dort bilden, wo das Leben in Familie, Schule und Leben einheitlich abläuft, d. h. in Staaten mit einem Staatsvolk. Weitere Voraussetzung ist Einheitlichkeit der Vermittelung der Rechtsgedanken durch eine einheitliche Sprache. Fehlen, von weiterem abgesehen, diese beiden Voraussetzungen, so kann ein einheitliches Rechtsbewußtsein im Sinne des Wissens des eigenen Rechts im Volke nicht vorliegen; man könnte nur von einem Rechtsunterbewußtsein, von einem Recht-Fühlen, sprechen. In dieser Lage befinden sich alle Staaten, denen die Geschichte eine ungehindert selbständige Entwickelung auf völkisch-nationaler Grundlage nicht beschieden hat.

In zwiefacher Hinsicht trifft dies auch auf die Republik Litauen zu. Im mächtigen, alten litauischen Reiche (14. s. von der Ostsee [„Weißes Meer“] bis zum „Schwarzen Meer“) bildeten die staatliche Grundlage zum allerkleinsten Teile Litauer, und die staatliche Selbständigkeit ging nach der Lubliner Union mit Polen (1569) verloren. Ferner aber: die Sprache der führenden Schichten des Volkes, die Staatssprache, war nicht litauisch (weißrussisch, polnisch). Wenn es zur Bildung eines nationallitauischen Rechtsbewußtseins gekommen war — davon scheint das, allerdings nicht in litauischer Sprache verfaßte, „Litauische Statut“ (1529) zu zeugen —, so ist es jedenfalls im Laufe der Geschichte wieder verloren gegangen. Ein organischer Zusammenhang zwischen dem alten litauischen Recht, insbesondere zwischen dem im alten litauischen Reiche in Geltung gewesenen „Litauischen Statut“ (das 1840 für

Litauen formell aufgehoben wurde) und den heute in der Republik Litauen geltenden Gesetzen besteht nicht. Eine für die Bedürfnisse des heutigen Rechtslebens genügend entwickelte Sprache ist das Litauische heute noch nicht.

Diese vom Standpunkt der Rechtssicherheit bei der Rechtsanwendung bedauerliche Tatsache hindert indessen nicht, den Rechtszustand in Litauen vom Standpunkte positiven Gesetzesrechtes aus zu betrachten.

Die völkerrechtlichen Grundlagen eines Staates: Gebiet, Bevölkerung, unabhängige höchste Gewalt, sind gegeben. Die Unabhängigkeitserklärung erfolgte, losgelöst von etwaigen Vereinbarungen und entgegen gegebenen Versprechungen, am 16. 2. 1918. Demgegenüber haben die späteren ‚de jure‘-Anerkennungen seitens der anderen Staaten keine konstitutive Bedeutung. Freilich trat auch die faktische Unabhängigkeit erst viel später ein, jedenfalls nicht vor der Bildung des ersten Ministeriums (11. 11. 1918). Das Staatsgebiet ist im Süden und Osten streitig, der strittige Teil — namentlich Vilnius (Wilna) — in der tatsächlichen Gewalt der Polen. Die ältere rechtliche Grundlage für die Grenzziehung bildet der Friedensvertrag vom 12. 7. 1920 mit Rußland, welcher der litauischen Republik eine Grenze über Augustavas (Augustowo), Gardinas (Grodno), Lida, Molodeczno hinaus zuspricht. Das Memelgebiet ist mit Reservierung einer weitgehenden örtlichen Autonomie von den Ententestaaten durch die Pariser Konvention vom 8. 5. 1924 (Ztschr. Bd. XXXIII, S. 219) an Litauen abgetreten.

Die staatsrechtliche Grundlage bildet die von der Nationalversammlung *(Steigiamasis Seimas)* am 1. 8. in dritter Lesung angenommene, am 6. 8. 1922 in Kraft getretene „Konstitution des Litauischen Staates“ (VŽ.[1]) Nr. 100/799, 108 Paragraphen). Sie erklärt Litauen zu einer unabhängigen demokratischen Republik, in der die unabhängige Staatsgewalt dem Volke zusteht (§ 1). Ihre Ausübung erfolgt (§ 2) durch den Seimas (Landtag, §§ 22—39), die Regierung (§§ 40—63:

---

[1] Vyriausybes Zinios (vgl. Text). Ž (stimmhaft) — Sh = frz. „j“. Im folgenden werden, unter Fortlassung der Abkürzung „VŽ“, nur (in Klammern) oder — Gedankenstrichen — die Nummern angeführt, z.B. (100/799; — 98/793 —.

Präsident der Republik (§§ 40—55) und Ministerkabinett (§§ 56 bis 63), und das Gericht (§§ 64—69). Die Wahlen zum Seim regelt das Wahlgesetz vom 19. 7. 1922 (98/793 und /794), abgeändert durch Ges. vom 6. 10. 1922 (109/852), ergänzt durch Ges. vom 7. 10. 1922 (111/871): allgemeines, direktes, gleiches, geheimes Proportionalwahlrecht für Männer und Frauen mit Listenwahl; (selbstgegebenes) Statut (Geschäftsordnung) vom 18. 6. 1924 (163/1152). Gesetze erhalten verbindliche Kraft mit dem 14. Tage nach Verkündung in dem „Regierungsanzeiger“ (*Vyriausybės Žinios* = *VŽ*), Gesetz vom 5. 12. 1923 (146/1049), §§ 5 und 7. In neuerer Zeit werden die Gesetze nach dem Tage der Annahme im Seim in dritter Lesung angeführt. Für die erste Zeit wird bald der der Annahme in dritter Lesung (im „Volksrat“, *Taryba*), bald der Tag der Ausfertigung genannt. Daraus erklärt sich im folgenden die Anführung doppelter Daten für dasselbe Gesetz.

Die Rechtsgrundlage des öffentlichen Lebens wird durch die alten russischen Gesetze, die „vor dem Kriege“ in Kraft waren, gebildet, soweit sie nicht der Verfassung widersprechen oder durch Gesetz ausdrücklich aufgehoben oder abgeändert sind (Konst. § 106). Dieser Grundsatz war bereits in jeder der vier vorangegangenen „Einstweiligen Konstitutionen“ aufgestellt: 1. Grundgesetze der Einstweiligen Konstitution des Litauischen Staates vom 28. 10. 1918, angenommen vom Volksrat (*Taryba*) am 2. 11, veröffentlicht und in Kraft getreten am 13. 11. 1918 (Tageszeitung „Lietuvos Aidas“ Nr. 130 vom 13. 11. 1918) (1/1a); 2. Grundgesetze der Einstweiligen Konstitution des Litauischen Staates vom 4. 4. 1919 (als Broschüre veröffentlicht) (6/24a); 3. Einstweilige Konstitution (ohne Datum) von Mitte Mai 1920 (von der Nationalversammlung erlassen); 4. Einstweilige Konstitution des Litauischen Staates vom 10. 6. 1920 (37/407).

Die Organisation des Ministerkabinetts und der Oberen Verwaltungsbehörden beruht zum größten Teile auf der „*de facto*“-Entwickelung. Durch „Statut“ geregelt ist nur die Zusammensetzung des Ministeriums für die Auslandsangelegenheiten mit vier Abteilungen (Politik, Verwaltung, Recht, Wohlfahrt) (Erlaß des [Ministerpräsidenten, zugleich] Außenministers vom 14. 12. 1922, in Kraft 1. 1. 1923; (122/935). Im übrigen erfolgt die Regelung nur durch das alljährliche (Konst. § 93) Etatsgesetz. Es bestehen zurzeit (Mai 1925) acht Ministerien: Aeußeres, Inneres, Krieg, Finanz, Justiz, Kultus, Landwirtschaft, Verkehr; als selbständige Staatsbehörde daneben (Konst. § 92) der Staatskontrolleur.

Im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stand in Litauen von Anbeginn an die „Bodenreform", und dies so sehr, daß die Nationalversammlung (15. 5. 1920 bis November 1922) ihr mehr Aufmerksamkeit und Arbeit widmete als selbst der Schaffung der Konstitution. Wenn man von den völkisch-nationalen und politischen Motiven und Zielen absieht, bildet die „Bodenreform" (*Žemės Reforma*) eine Agrarreform im Wege der Enteignung bestehender Privatrechte, insbesondere des Eigentums an ländlichen Grundstücken, unter Preisgabe des Grundprinzips kapitalistischer Wirtschaft: voller Entschädigung. Infolge der großen wirtschaftlichen Bedeutung der „Reform" wird es nicht ohne Wert sein, die ergangenen positivrechtlichen Anordnungen zusammenzustellen. Sie lassen sich in 7 Gruppen ordnen: Behörden, Wald, Verpachtung von Gutsland, Landfonds, Reform, Gutsarbeiterverhältnisse, Versorgung der Heeresangehörigen mit Land. Dabei bleiben außer Betracht Maßnahmen reinen Meliorationscharakters und das landwirtschaftliche Schul- und Unterrichtswesen. Den Mittelpunkt dieser Anordnungen bildet das „Gesetz über die Bodenreform" (ŽR). Da die vorangegangenen Gesetze, Befehle, Verordnungen, Vorschriften, Regeln, Erlasse usw. nicht im einzelnen, sondern nur allgemein, „soweit sie dem Gesetz über die Bodenreform widersprechen", aufgehoben sind und im Reformgesetze vielfach auf sie verwiesen wird, müssen sie alle der Vollständigkeit wegen aufgeführt werden. Sachlich gehören hierher auch diejenigen Vorschriften, nach denen verlassene Güter, Wälder, Unternehmen usw. in staatliche „Obhut" genommen werden, obwohl formell die Obhutnahme durch die „unbekannte Abwesenheit" (Zivilgesetze [*Swod Zakonoff* Bd. X, Teil 1] § 1243) den Anschein rechtlicher Rechtfertigung erhielt.

a) Behörden-Organisation.

1. Bekanntmachung über die Sammlung statistischen Materials vom 2. 7. 1919 (9/124) (Festlegung der Begriffe: Landarmer, Landloser, Landarbeiter).
2. Gesetz über die Regelung der ländlichen Verhältnisse vom 14. 11. 1919 (17/205).
3. Regeln für die Tätigkeit der Kommissionen für die Bodenreform vom 8. 1. 1920 (19/230). (Die Tätigkeit der Kommission endigte mit Erlaß des Gesetzes zu e 1.)
4. Verordnung über die Geltung der Vermessungsarbeiten der früheren (russischen) Landregulierungsbehörden (ohne Datum) (24/297), veröffentlicht 18. 3. 1920.
5. Gesetz über die Organisation der Behörden zur Durchführung der Bodenreform vom 3. 5. 1922 (90/757).
6. Regeln über die private Erledigung von Bodenregulierungs- und Vermessungsarbeiten vom 25. 6. 1923 (135/1000).
7. Regeln über Belohnungen für Beamte der Behörden der Bodenregulierung (ohne Datum) (165/1159), veröffentlicht 11. 7. 1924.

b) Wald.

1. VO. zur Verhinderung der Vernichtung der Wälder vom 5. 12. 1918, veröffentlicht „Lietuvos Aidas“ Nr. 149 vom 5. 12. 1918 (1/4a).
2. VO. über die Staatsaufsicht über die Privatforsten vom 4. 2. 1919 (9/113).
3. Ausführungsverordnung zum Gesetze über die Einleitung der Bodenreform (vergl. d 9) vom 14. 10. 1920 (49/488).
4. Ergänzungsverordnung zum Gesetze über die Einleitung der Bodenreform (vgl. 3) vom 14. 10. 1920 (50/492).
5. Verbot der Holzausfuhr vom 10. 2. 1923 (124/953).
6. Vorschriften für die Waldkommissionen vom 1. 10. 1923 (144/1039).

c) Verpachtung von Gutsland.

1. Gesetz über die Pacht (Verpachtung) von Gütern vom 23. 3. 1919 (5/68) (in erster Linie sind zu bedenken: Landlose und Landarme).

2. VO. über die Fürsorge für nicht bestelltes Ackerland vom 8. 5. 1919 (8/100).
3. Gesetz über die Pacht (Verpachtung) von Privatwirtschaften vom 30. 11. 1919 (17/200) (Ergänzung zu 1 und zu d 4, betrifft verlassene Güter über 50 ha; sie werden für 3—6 Jahre verpachtet).
4. Gesetz über die Regelung der Pacht (Verpachtung von Privatwirtschaften) vom 31. 3. 1920 (26/303) (Ergänzung zu 2) ergänzt durch Gesetz vom 22. 4. 1920 (30/347) (die Norm wird von 200 h [Größe der Landgüter] auf 100 ha herabgesetzt; Höchstmaß für Pachtbesitz bleibt 50 h) vgl. Nr. 5.
5. (Vgl. 4) Ergänzungsgesetz vom 27. 7. 1920 zum Gesetz über die Regelung der Pacht von Privatwirtschaften vom 31. 3. und 22. 4. 1920 (42/433) (Annullierung rechtskräftiger gerichtlicher Entscheidungen; Kleinpächter [50 ha] dürfen nicht exmittiert werden, exmittierte — werden wieder eingesetzt) — vgl. d 7.

d) Bildung eines Landfonds.

1. VO. über Majorate vom 14. 12. 1918 und Ausführungsbestimmungen vom 20. 12. 1918, veröffentlicht „Lietuvos Aidas“ Nr. 161 vom 20. 12. 1918 (1/5a, 1/6a) (Majorate werden zugunsten des Staates enteignet).
2. Gesetz über die litauische Staatsangehörigkeit vom 9. 1. 1919 (2/3—220) (§ 4: Ausländer dürfen keinen Grundbesitz erwerben; § 5: die Ländereien der Kolonisten, die sie durch Vermittelung der Bauernbanken oder der Adelsbanken erworben haben, werden zugunsten des Staates enteignet).
3. VO. über die Ländereien der ehemaligen Bauernbanken vom 19. 1. 1919 (9/111) (sie werden zugunsten des Staates enteignet).
4. Gesetz über die Fürsorge für verlassene Güter vom 19. 1. 1919 (10/131); (aufgehoben durch d 10) und: . . . für gewerbliche Unternehmen vom 28. 7. 1920 (44/453) (sie werden in staatliche „Obhut“ genommen).

5. Gesetz über Erwerb und Verpfändung von Grundbesitz vom 28. 1. (3. 2.) 1920 (20/242) (nicht mehr als 50 ha dürfen in eine Hand kommen; Gutsland von Gütern über 200 ha darf nur mit Genehmigung des Landwirtschaftsministers veräußert werden); abgeändert durch Ges. vom 19. 4. 1920 (29/337) (aufgehoben durch d 8).
6. Regeln über die Erhebung von Gebühren für Landregulierungs- und Vermessungs-Arbeiten (ohne Datum) (20/257), veröffentlicht und in Kraft getreten 4. 3. 1920. (Ergänzung dazu vom 6. 7. 1920) (40/426).
7. Gesetz über die Veränderung von Rechtsverhältnissen hinsichtlich Wald und hinsichtlich der im Wege erleichterten Erwerbes erworbenen Landgüter vom 28. 5. 1920 (36/402). Jede Veräußerung, jede Rückgabe an den Eigentümer bedarf der Genehmigung des Landwirtschaftsministers; Einschränkung der Genehmigungen zur Holzfällung. (Aufgehoben durch 9) — vgl. c 5.
8. Gesetz über Erwerb, Veräußerung und Verpfändung von Land vom 28. 6. 1920 (39/414), (Einschränkung der staatlichen Genehmigungen; diese werden einer Kommission übertragen; Erwerber dürfen nur landlose oder landarme Landarbeiter sein; Höchstmaß 20 ha; Vorkaufsrecht hat Pächter; Strafbestimmungen für Umgehung des Gesetzes: Gefängnis 2 Monate bis 1 Jahr oder Geldstrafe) — vgl. 5.
9. Gesetz zur Einleitung der Bodenreform vom 11. 8. 1920 (45/454), (Enteignung von Wäldern über 25 ha, Sümpfen, Torfbrüchen, offenen Gewässern, Flußläufen, Seen, Mineralquellen, Bodenschätzen und der zu ihrer Gewinnung notwendigen Erde, wenn sie Privatbesitzern von mehr als 70 ha Land gehören; entschädigungslose Enteignung von Majoraten, Lehnsgütern, seitens der russischen Regierung unentgeltlich verliehenen Gütern, Land und sonstigem unbeweglichen Vermögen, sowie von zu erleichterten Bedingungen erworbenen Landgütern. Als zu erleichterten Bedingungen erworben gelten auch alle im Wege der Zwangsversteigerung von 1901—1905 erworbenen Wirtschaften über 60 ha).

10. Gesetz über die Benutzung des Privateigentümern gehörenden Landes vom 15. 10. 1920 (51/497), (betrifft Landgüter über 70 ha, die vom Eigentümer oder Pächter nicht persönlich bewirtschaftet werden; sie werden in staatliche Obhut genommen und an Landarbeiter, Landarme, Kleinpächter verpachtet: 5—20 ha für eine Familie).

e) Reform.

1. Gesetz über die Bodenreform (77 Paragraphen) vom 15. 2. 1922 (83/721), nebst Abänderung vom 14. 4. 1924 (158/1118).
2. Plan für die Durchführung der Bodenreform (ohne Datum) (102/802), veröffentlicht 17. 8. 1922.
3. Instruktion zur Ausführung des Gesetzes über die Bodenreform (ohne Datum) (102/803), veröffentlicht 17. 8. 1922; (221 Paragraphen); geändert durch VO., (ohne Datum) (185/1259), veröffentlicht 12. 3. 1925; ergänzt durch VO. (ohne Datum) (154/1090), veröffentlicht 21. 3. 1924.
4. Regeln über die Berechnung der Landkaufrenten in Roggen (ohne Datum) (102/804), veröffentlicht 17. 9. 1922.
5. Regeln über die Bildung gemeinschaftlichen Eigentums vom 7. 6. 1923 (139/1015), und Regeln über die Bildung und Regelung gemeinschaftlichen Eigentums der Landarmen (ohne Datum) (191/1296), veröffentlicht 9. 5. 1925.
6. Ausführungsbestimmungen über zur Parzellierung ungeeignete Landstücke vom 6. 7. 1923 (136/1001); geändert 11. 12. 1923; (145/1047), (aufgehoben durch 8).
7. Regeln über Kreditgewährung an Neusiedler vom 23. 10. 1924 (142/1025).
8. Ausführungsbestimmungen über zur Parzellierung ungeeignete Landstücke (ohne Datum) (181/1238), veröffentlicht 2. 2. 1925.

f) Gutsarbeiter.

1. Gesetz über die Entlassung von Gutsarbeitern wegen Verminderung der Arbeit vom 5. 7. 1919 (9/113), (Entlassung verboten, das Gut muß den Arbeiter unterhalten), (aufgehoben durch 5).
2. Gesetz über die Entlassung von Gutsarbeitern vom 2. 10. 1919 (13/163), (Verlängerung der Geltungsdauer von 1, bis

23. 4. 1920); ergänzt durch Ges. vom 14. 11. [22. 11] 1919; (15/183), (aufgehoben durch 5).

3. Gesetz über die Versorgung der Familien der im Heere befindlichen Gutsarbeiter vom 18. 11. 1919 (15/181); (das Gut muß sie unterhalten).
4. Gesetz über die Entlassung von Gutsarbeitern vom 20. 4. 1920 (29/336); (aufgehoben durch 5).
5. Gesetz über die Entlassung von Gutsarbeitern vom 15. 7. 1920 (40/419); (aufgehoben durch 6).
6. Gesetz über das Mieten und die Entlassung von Gutsarbeitern vom 30. 3. 1920 (62/557); (aufgehoben durch 7).
7. Gesetz über das Mieten und die Entlassung von Gutsarbeitern vom 11. 4. [13. 4.] 1922 (86/739); (aufgehoben durch 8).
8. Gesetz über das Mieten und die Entlassung von Gutsarbeitern vom 12. 2. 1924 (155/1095); abgeändert 14. 4. 1924; (159/1122).

g) Versorgung von Heeresangehörigen mit Land.

1. Gesetz über die Versorgung von Heeresangehörigen mit Land vom 20. 6. 1919 (8/95); ergänzt Ges. vom 10. 5. 1920; (31/338).
2. Ausführungsverordnung dazu vom 7. 9. 1919 (15/189).
3. Regeln über die Versorgung der Heeresangehörigen mit Land vom 10. 3. 1920 (23/284); ergänzt 26. 6. 1920; (40/423).
4. Gesetz über die Versorgung der Heeresangehörigen mit Land vom [25. 7.] 3. 8. 1920 (47/465); in Kraft 26. 8. 1920; teilweise aufgehoben durch das Reformgesetz; e 1).

Ausländern ist Kauf (Erwerb) von Land schlechthin untersagt (ŽR. § 66), Pachtung — von der Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums abhängig, die für ländliche Grundstücke nur zur Einrichtung von Musterwirtschaften und — mit Zustimmung des Finanz-(Handels-)Ministeriums — auch von industriellen Anlagen, für städtische Grundstücke — auch zu anderen Zwecken erteilt werden kann (§§ 67, 68). Selbst nach Erwerb der litauischen Staatsangehörigkeit dürfen (frühere)

Ausländer Land erst nach Ablauf von 10 Jahren erwerben (§ 69). Eine Ausnahme gilt nach § 5 für Erwerb im Wege des Erbrechts. In dieser Beziehung galt noch das russische Recht (Ges. über die Stände, *Swod Zakonoff* Bd. IX, Art. 830, Anm. 2, Beilage (Gesetz vom 14. 3. 1887); vgl. Ztschr. Bd. XXXIII, S. 25). Die 3jährige Frist begann sogar erst mit Verkündung des Reformgesetzes (31. 3. 1922) zu laufen; sie ist aber in jedem Falle mit dem 31. 3. 1925 abgelaufen[2]). Denn durch die Bestimmung des § 5 ist nicht etwa die gesetzliche Bestimmung des Art. 830, Anm. 2, Beilage des russischen Gesetzes von 1887 aufrechterhalten, sondern nur — das einzelne am 31. 3. 1922 erworben gewesene Recht des Ausländers. Eine äußerst unklare Rückausnahme wird in der Anmerkung zu § 5 für erbrechtlichen Erwerb nach ehemaligen russischen Untertanen gemacht, indem für ihn die Ausnahme nicht gelten soll; unklar deswegen, weil fast alle jetzigen litauischen Untertanen „ehemalige russische Untertanen" sind. Offenbar aber sind unter „russischen Untertanen" — Russen (als Nationalität) gemeint.

Während die neueren Gesetze, nicht immer, aber meistens, immer aber stillschweigend, Geltung für den ganzen Bereich des Staates prätendieren, einschließlich der vom „Feinde" besetzten Gebiete, und sogar einschließlich des Memellandes, ist nicht außer acht zu lassen, daß es in der Republik Litauen — und nicht nur für das Privatrecht — drei verschiedene Rechtsgebiete gibt: des baltischen Ortsrechts, des polnischen Ortsrechts, des russischen Reichsrechts. Hier wird vom Memellande, dem durch das Abkommen vom 8. 5. 1924 (Art. 2) Autonomie auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung garantiert wird, abgesehen. Eine genaue Umgrenzung des Geltungsbereichs des baltischen Ortsrechts innerhalb Litauens läßt sich nur negativ ausdrücken: dasjenige Gebiet, das ehemals zu dem russischen Gouvernement Kurland gehörte und im Wege des Austausches, der Grenzregulierung, von Lettland an Litauen gekommen ist. Die Grenzregulierung ist noch nicht durchgeführt. Dazu würde ein formelles Gesetz gehören (Konst. Art. 4); ein solches ist nicht ergangen. Die Grundlage der Grenzfestsetzung bilden: 1. ein unter Vermittelung des englischen Oberst *Tallent* zwischen den beiden Schwesterrepubliken am 28. 9. 1920 zustande gekommener Vertrag (von Litauen ratifiziert am 8. 10. 1920) (56/537); 2. die Entscheidung des beiderseits angerufenen Schiedsrichters, des englischen Professors *Simpson*, die nicht publiziert ist, und 3. eine Vereinbarung beider Republiken vom 14. 5. 1921 über die Durchführung des Schiedsgerichts (70/621). In der Hauptsache handelt es sich um den dünnen Küstenstreifen von der memelländischen Grenze bis zur Heiligen Aa (Polangen). Er gehörte bis 1819 zu dem rein litauischen Gouvernement Kowno (Kaunas), gehörte damit dem Geltungsbereich des „Litauischen Statuts“ an, trat mit dessen Aufhebung (1840) unter die reichsrussischen Gesetze und 1864 unter das neu geschaffene „Liv-, Est- und Kurländische Privatrecht“ (baltisches Ortsrecht). Ebenso unbestimmt wie die Nordgrenze Litauens, ist, wie erwähnt, auch die Südostgrenze links der Memel. Das Rechtsgebiet selbst indessen ist fest umgrenzt; es ist das Gebiet des polnischen Ortsrechts. Freilich trägt es den Namen zu unrecht. Denn dem Wesen nach ist es germanisches Recht (französisches Zivil- und Handelsrecht, Wechsel- und Konkursrecht und preußisches Hypothekenrecht), und zu einem selbständigen Staate Polen gehörte dieser Teil nur in der kurzen Zeit von Errichtung des Herzogtums Warschau (1807) bis zur Errichtung des mit Rußland vereinigten „Königreichs“ Polen (Wiener Kongreßakte vom 9. 6. 1815, Art. 1). In diese Zeit fällt die Einführung des *„code civil“ („code Napoleon“) (c. c.)* und des *code de commerce (c. comm.)*, die — mit Aenderungen — auch heute noch in diesem Landesteile gelten. Wichtigere und größere Abänderungen bezw. Ergänzungen aus der Russenzeit (1815—1915) enthalten folgende, noch heute geltende Gesetze:

---

[2]) Durch am 26. 6. in dritter Lesung angenommenes, aber noch nicht verkündetes Gesetz über Aenderung des Bodenreformgesetzes ist die Frist um ein Jahr verlängert.

1. Gesetz über die urkundliche Festlegung des Eigentumsrechts am unbeweglichen Vermögen, über Vorrechte und Hypotheken vom 14. (26). 4. 1818, in Kraft getreten

örtlich nach Wojwodschaften (Gouvernements) zu verschiedenen Zeitpunkten, spätestens 1. 1. 1826 (Art. 145).

2. Bürgerliches Gesetzbuch für das Königreich Polen vom 1./13. 6. 1825, in Kraft 1. 1. 1826. (Es ersetzt Buch I des c. c. sowie von Buch III die Titel 5 über Eheverträge), (§§ 1387—1581) und Titel 8 (über Privilegien und Hypotheken) (Einf.-Ges. vom 1./13. 6. 1825, Art. 1).
3. Gesetz über Vorrechte und Hypotheken vom 1./13. 6. 1825, in Kraft 21. 7. 1825 (vgl. Bürg. Gesetzb. Art. 1).
4. Gesetz über den Ehebund vom 16./28. 3. 1836, i. Kr. 12./24. 6. 1836. Es ersetzt u. a. die Kap. 1—4 (§§ 143 bis 178) des 5. Abschnitts des (Buch I) Bürgerlichen Gesetzbuchs, und von Kap. 5 die §§ 179—181 sowie die Kap. 1 und 2 des 6. Abschnittes (über Voraussetzungen, Form, Nichtigkeit der Eheschließung; Gründe und Form der Ehescheidung), und hält in den §§ 182—245 nur die Bestimmungen über die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten aufrecht und in den §§ 260—270 die Wirkungen der Ungültigkeit, Scheidung der Ehe.

Das dritte, größte Rechtsgebiet umfaßt das ganze übrige Litauen, dessen südliche und östliche Grenze wegen des Streites mit Polen um Vilnius (Wilna) noch nicht feststeht; es ist das Gebiet des russischen Reichsrechts, das nach Aufhebung des „Litauischen Statuts“ (1840) allenthalben gilt und für Ortsrechte keinerlei Platz übrig läßt. In diesen drei Gebieten sind, wie erwähnt, die vor dem Kriege in Kraft gewesenen Gesetze in Kraft geblieben, soweit sie nicht gesetzlich ausdrücklich aufgehoben oder geändert sind oder nicht den Grundgesetzen der Verfassung oder einer der vorangegangenen vier Einstweiligen Konstitutionen widersprechen. Diese Rechtsfindungsklausel — so möchte ich sie nennen — trifft vor allem Gesetze, die sich auf der Gliederung der russischen Staatsbürger in politische Stände mit verschiedenen Rechten und Vorrechten aufbauen (davon weiter unten) und fast alle das Staatsrecht und Verwaltungsrecht regelnden Gesetze, insbesondere soweit sie den Kaiser und das Kaiserhaus betreffen.

In allen drei Gebieten war ziemlich einheitlich: die Gerichtsorganisation, Zivilprozeß, Notariat, Strafprozeß, und zwar in der Form, welche durch die Gerichtsorganisationsgesetze Kaiser Alexanders II. (*Swod Zakonoff* Bd. XVI, Teil 1) eingeführt wurde (1864, in Polen 1875, in den Ostseeprovinzen 1889). Die Abweichungen für die Gebiete mit Ortsrecht sind enthalten im Gerichtsverfassungsgesetz: für Polen §§ 462—555, für die Ostseeprovinzen §§ 556—605; Zivilprozeßordnung: (vgl. Ztschr. Bd. XVI, S. 415, 537, 541) für Polen §§ 1482 bis 1798, für die Ostseeprovinzen §§ 1799—2097 (vgl. Ztschr. Bd. XXXIII, S. 23); Notariatsordnung: für Polen §§ 218 bis 270, für die Ostseeprovinzen §§ 271—377; Strafprozeßordnung: für Polen §§ 1286—1331, für die Ostseeprovinzen §§ 1332—1349. Der Konkurs (vgl. Ztschr. Bd. XV, S. 31 ff.) ist nach dem Vorbilde des c. comm. (Art. 437 ff.) in der Handelsprozeßordnung (*Swod Zakonoff* Bd. XI, Teil 2) geregelt (§§ 384—549). Die Gerichtsorganisation sowie das Verfahren wurde in der Hauptsache beibehalten (lit. Gesetz ohne Datum, VŻ. Nr. 2/3), zugleich aber in den Grundzügen für das ganze Staatsgebiet einheitlich geregelt. Es fielen im Gebiete links der Memel fort: die Gemeindegerichte (mit gewählten Laienrichtern und -beisitzern), und im ganzen Staatsgebiete — mangels geeigneten Materials — die Geschworenen (in Strafsachen). Es besteht ein höchster Gerichtshof (Oberstes Tribunal, nur höhere Instanz), vier Bezirks-(Land-)Gerichte (Kaunas, Suvalkai, Šiauliai, Panevėžys = Kowno, Suwalki, Schaulen, Ponjewjesh) und 56 Friedensgerichte. In letzteren entscheiden Einzelrichter, in den anderen Gerichten Kollegien von drei Richtern. Die (zehn) Friedensrichtertage (Plenum) sind fortgefallen, ihre Funktionen auf das Bezirksgericht übergegangen, was erheblich zur Hinausziehung der Prozesse beitrug. Das Verfahren, sowohl im Zivilprozeß als auch im Strafprozeß, ähnelt dem der deutschen Gerichte, leidet aber noch mehr an äußerst verschleppendem Gange. Das Richtermaterial ist überwiegend weder wissenschaftlich noch auch nur schulmäßig genügend durchgebildet. Die noch in Kraft stehende Bestimmung des Gerichtsverfassungsgesetzes (§ 19) verlangt für Friedensrichter nicht einmal Mittelschulbildung (entspricht der Tertia eines humanistischen Gymnasiums), sondern begnügt sich mit dreijähriger praktischer Tätigkeit an geeigneter Dienststelle, sogar bloß mit allgemeinem Vertrauen im Gerichtsbezirke (§ 34). Wahl durch die Ortseingesessenen (§ 32) findet aber nicht mehr statt. Selbst für Mitglieder der höheren Gerichte wird weder unbedingt Universitätsbildung noch auch nur unbedingt Mittelschulbildung verlangt (Ges. vom 11. 12. 1919, VŽ. Nr. 18/220, §§ 2, 13). Zuständigkeit des Friedensgerichts — bis 5000 Lit (500 amer. Dollar), in Strafsachen — bis ein Jahr Gefängnis. Eine aus dem russischen Strafprozeß übernommene Eigentümlichkeit ist die Möglichkeit, im Strafprozesse eine zivile Schadensersatzforderung — nicht „Buße“ des deutschen Str.-Pr. — geltend zu machen. Übersteigt diese Forderung 5000 Lit, so ist stets das Bezirksgericht zuständig (VŽ. Nr. 2/3, § 27). Das Tribunal ist zugleich Oberstes Gericht des Memellandes (Ges. vom 31. 1. 1924 (151/1078).

Der Grundsatz der Gleichberechtigung der Ausländer ist in den Gesetzen jedes der drei Rechtsgebiete ausgesprochen (BGB. für Polen, Art. 7; Baltische Ortsgesetze, Einl. Art. VII; Ges. über die Stände (*Swod Zakonoff* Bd. IX, Ausg. 1899, Art. 822). Auch hinsichtlich des Fremden-Prozeßrechts ist der Vorkriegszustand unverändert (vgl. Ztschr. Bd. XXXIII, S. 33, 34). Die prozessuale Gleichstellung mit dem Inländer ist den Angehörigen des anderen Staates zugesprochen in der Konvention zwischen Lettland und Litauen über die Rechte der Staatsangehörigen vom 14. 5. 1921 (70/620) und in den Handelsverträgen mit der Tschechoslowakei vom 27. 4. 1923 (144/1030, 145/1040, Art. 1) und mit dem Deutschen Reiche vom 1. 6. 1923 (173/1196, Art. 3). Noch weitere Vergünstigungen gestehen sich in einer gemeinsamen Konvention über einige Angelegenheiten des internationalen Privatrechts vom 12. 7. 1921 (157/1116) gegenseitig zu: Litauen, Estland und Lettland. (Das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. 7. 1905 [vgl. RGBl. 1909, S. 409] soll — mit einigen Abänderungen — inhaltlich Anwendung finden.) — Eine „Gesellschaft“ ist der russischen Rechtswissenschaft unbekannt, sowohl als ‚societas‘ als auch als deutschrechtliche Gesamthandgesellschaft. Auch der Entwurf eines Obligationenrechts (1913) kennt eine Gesellschaft nur als ‚societas‘, wobei diese als solche Dritten gegenüber nie, sondern stets nur jeder Gesellschafter aus dem mit ihm geschlossenen Vertrage haftet (§ 681). Die Frage der Prozeßfähigkeit betrifft daher stets nur ausländische juristische Personen. Sie wurde von der herrschenden Meinung verneint in dem Sinne, daß zur Anerkennung der Rechtspersönlichkeit ein Akt staatlicher Zustimmung gefordert wurde (Konventionen, Gegenseitigkeit, Verleihung, besondere Genehmigung zum Geschäftsbetriebe u. a.). Damit steht in Einklang die Bestimmung des Art. 7 des deutsch-litauischen Handelsvertrages vom 1. 6. 1923 (VŽ. Nr. 173/1196), die schon durch ihren Wortlaut an die russische Konvention mit Frankreich von 1863 und später folgende (Belgien 1865, Deutschland 1885 u. a.) erinnert (Sw. Zak. Bd. X, T. 1; Zivilgesetze Art. 2139, Anm. 2) und sich nur auf juristische Personen des Handelsrechts bezieht. Aktiengesellschaften gelten nicht ohne weiteres als Kaufleute. Sie waren im Zivilkodex geregelt (X. 1), Art. 2139 ff. (Ueber die jetzige Regelung siehe unten). Eine ganz ähnliche Bestimmung wie die des Art. 7 findet sich in dem Handelsvertrage mit der Tschechoslowakei. Eine Vollstreckung ausländischer Urteile findet nur insoweit statt, als Konventionen abgeschlossen sind (ZPO. Art. 273). Eine solche besteht nur zwischen Litauen, Lettland und Estland, und auch nur in beschränktem Umfange. — Rechtshilfe wird — abgesehen von Konventionen (Konvention vom 12. 7. 1921 mit Estland, Art. 19, und von demselben Tage mit Lettland, Art. 19) -- auf der Grundlage der Gegenseitigkeit — *de facto* gewährt. Die Zulassung unmittelbaren Rechtshilfeverkehrs ist nur zwischen Litauen, Lettland, Estland (Art. II) vorgesehen, von Litauen indessen noch nicht durchgeführt. Dazu würde vor allem eine, noch nicht bewirkte, öffentliche Bekanntmachung der betroffenen Behörden gehören (Art. II, Punkt a). Vielmehr hat noch immer das Rundschreiben des Justizministers vom 2. 12. 1920 (VŽ. Nr. 54/575) Geltung, welches in Erinnerung bringt, daß die Gerichtsbehörden mit allen an die Behörden des Auslandes, an deren diplomatische Vertreter in Litauen und an die litauischen diplomatischen Vertretungen im Auslande gerichteten Schreiben sich gemäß Gerichtsverfassungsgesetz Art. 190 an den Justizminister wenden müssen, der dann das Gesuch um Veranlassung des Erforderlichen an das Außenministerium richtet.

Im Strafrecht trat eine einschneidende Aenderung des Strafensystems ein, das äußerlich den westeuropäischen Vorbildern (Todesstrafe, Zuchthaus, Gefängnis, Haft, Geldstrafe) angepaßt wurde, aber sich von ihnen dennoch wesentlich durch den Strafvollzug unterscheidet. Letzterer ist, unvollständig, geregelt: durch Gesetz über die Häuser für Häftlinge (ohne Datum), veröffentlicht 22. 5. 1919 (7/78), und durch die gleichzeitig veröffentlichte Ausführungsinstruktion (7/79). Als Strafgesetzbuch wird das russische vom 22. 3. 1903 von den Gerichten angewendet; es ist *in toto* niemals eingeführt, sondern wurde, da es von der deutschen Okkupationsverwaltung auf Grund des Haager Abkommens vom 18. 10. 1907 (RGBl. 1910, S. 107 ff.) wie ein geltendes Gesetz angewendet worden war (Bef.- u. V.-Bl. Obost, Ziff. 62, 578), als selbstverständlich geltend beibehalten, obwohl große Teile noch nie in Kraft gesetzt waren (von im ganzen etwas mehr als 687 Paragraphen nur etwas mehr als 160). Gestrichen wurden die §§ 82—84, 88, 89—96, 98, 99—107 und 134, welche den Schutz der Religion, insbesondere der griechisch-orthodoxen, sowie den Schutz des Zarenhauses betrafen. Strafbestimmungen enthalten auch eine Reihe von zahlreichen neuen Gesetzen, die freilich ohne grundlegende Bedeutung sind. Charakteristisch ist z. B. die hohe Strafe für geheime Branntweinbrennerei (Gefängnis bis zu 1 Jahr und außerdem Geldstrafe bis 10 000 Lit; VŽ. Nr. 145/1042) und für Pferdediebstahl (mindestens 1½ Jahre Zuchthaus; Ges. vom 7. 3. 1921, VŽ. Nr. 59/544).

Auf dem Gebiete des Zivilrechtes gelten in der Hauptsache die alten Gesetze fort. Unanwendbar sind natürlich alle Vorschriften, die sich auf den früheren Ständeunterschied gründen. Dies betrifft vor allem das Vormundschaftsrecht und das Immobiliarrecht sowie Erbrecht. Die notwendig gewordenen Aenderungen der gesetzlichen Grundlage für viele Ländereien (Lehnsgüter, Fideikommisse [erbliche, zeitliche], Majorate, Domänen [„Kronsgüter“] usw.) sind nicht vorgenommen. Einen praktischen Wert hat dies deswegen nicht, weil durch das oben erwähnte Gesetz über die Bodenreform und eine Reihe von überleitenden Gesetzen alle diese Güter zwecks Bildung des staatlichen Landfonds enteignet und ins Eigentum des Staates übergegangen sind. Damit haben sie ihre rechtliche Sonderstellung verloren. Ob dies auch hinsichtlich der Stammgüter zutrifft, ist zweifelhaft. Stamm-(Familien-)Güter sind solche Immobilien, die im Wege der „gesetzlichen“ Erbfolge oder aber sonst irgendwie an eine zum Kreise der gesetzlichen Erben gehörende Person gelangt sind (X 1, Art. 399). Über sie kann nicht testiert werden (X 1, Art. 1068), unter Lebenden unentgeltlich nicht verfügt werden (X 1, Art. 967). Bei entgeltlicher Veräußerung haben die Blutsverwandten desjenigen Geschlechtes, aus dem das Stammgut herrührt, ein gesetzliches, absolutes Rückkaufsrecht (X 1, Art. 1346). Es ist dies Näherrecht ein veralteter Rest russischen Rechts aus der Zeit, da das Stammgut noch nicht im Sondereigentum des einzelnen stehen konnte, sondern Geschlechtseigentum war, ist aber keineswegs ein Vorrecht eines besonderen Standes (Adel; Senatsentsch. Nr. 136 für 1884 bei *Tjutrjumoff*, Zivilgesetze Note 3 zu X 1, Art. 1346). Andererseits griff es nicht Platz, wenn die entgeltliche Veräußerung an den Angehörigen eines anderen Standes erfolgte (X 1, Art. 1350). Letzteres ist aber eine Ausnahmebestimmung (Senatsentsch. 1884/136). Die Stammgutseigenschaft und Näherrecht wird daher auch heute noch anerkannt, und zieht Unwirksamkeit einer letztwilligen oder sonst unentgeltlichen Verfügung, die zugunsten einer einem anderen Geschlechte angehörenden Person erfolgt, nach sich. Uebrigens war der Begriff des (ererbten) Stammguts auch dem „Litauischen Statut“ bekannt, bezog sich aber nur auf im Wege der gesetzlichen Erbfolge erworbene Ländereien (vgl. X 1, Art. 400), und Stammgüter unterlagen nicht den Verfügungsbeschränkungen unter Lebenden (vgl. X 1, Art. 970), auch nicht dem Näherrecht (vgl. X 1, Art. 1354). Nach Ortsrecht links der Memel gelten die Bestimmungen über Stammgüter und Näherrecht nicht. Auch das kurländische Ortsrecht der Ostseeprovinzen (Artt. 975, 1654) kennt Stammgüter und Näherrecht in dem erwähnten Sinne nicht. Ausnahmen für adlige Stammgüter (Artt. 2002, 2530) müssen als fortgefallen bezeichnet werden. — Im Erbrechte als solchem wurde durch die Standeszugehörigkeit ein Unterschied nicht begründet (in keinem der drei Rechtsgebiete), wohl aber für die Erbfolge in Grundstücke. Soweit Eigentum, Besitz, Verwaltung bestimmter Grundstücke an Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stande geknüpft war, z. B. Fideikommisse (Adel), sind die Beschränkungen seit Beseitigung der Standesunterschiede hinfällig, aber wegen der Enteignung solcher Ländereien auch ohne praktische rechtliche Bedeutung. Als ein unfreiwilliger Witz, den der litauische Gesetzgeber sich leistete, kann die Aufhebung des Punkt 5 X 1, Art. 1184 und des Art. 13 Buch I (über den Bauernstand) sowie Art. 149 Buch IV Teil 4 (Ortsstatut über die Versorgung der Bauern mit Land) des Gesetzes über die Stände (Bd. IX, Beilage) durch das lit. Gesetz vom 2. 12. 1921 (VZ. Nr. 85/732) I.A.B.C. bezeichnet werden. Durch jene Vorschriften (russ. Gesetz vom 19. 2. 1861) wurde den Bauern als Ausnahme von den allgemeinen erbrechtlichen Vorschriften des russischen Gesetzes und Rechtes das Vorrecht eingeräumt, daß die Erbfolge in ihren Grundbesitz sich nach örtlichem Gewohnheitsrechte richtet. Die, freilich unverschuldete, Unfähigkeit, das einheimische Recht zu erfassen und zu erhalten, übertrug blinden Haß auf diese, in ihrem Inhalte noch unschuldigeren, Bestimmungen. Ihre Aufhebung bedeutet theoretisch: Aufhebung des einheimischen, Einführung des volksfremden Rechts (!).

Im Vormundschaftsrechte klaffte nach Beseitigung der Standesunterschiede — außer im Rechtsgebiete links der Memel — eine empfindliche Lücke, die gesetzlich auch heute noch nicht ausgefüllt ist. Die Vormundschaftsbehörden waren Verwaltungsbehörden und ständisch aufgebaut (Allgemeine Gouvernementsverwaltung Artt. 1152—1198, *Swod Zakonoff* Bd. II, Teil 1). Eine gesetzliche Neuregelung ist nicht erfolgt. Aber im Dienstaufsichtswege ist den Friedensrichtern vorgeschrieben, bis zur anderweiten Regelung durch Gesetz die Obliegenheiten der Vormundschaftsbehörde wahrzunehmen.

Im übrigen waren die Standesunterschiede für das Familienrecht in Rußland ohne Bedeutung. Die Ehefrau war in vermögensrechtlicher Beziehung vom Manne unabhängig. Dem Manne stand weder Verwaltung noch Nutznießung am Frauengut zu (X 1, Art. 109). Vertragliche Regelung des Güterrechts war zulässig. Nur zur Eingehung einer Verpflichtung zu persönlichen Dienstleistungen bedurfte eine Frau der Zustimmung des Mannes (X 1, Art. 2202). Auch war die Frau nur beschränkt wechselfähig. Indessen sind diese beiden Beschränkungen der Ehefrau bereits durch russisches Gesetz vom 12. 3. 1914 abgeschwächt. Zur weiteren Gleichstellung ist durch lit. Gesetz vom 2. 12. 1921 (85/732) ausgesprochen, daß die Ehefrau die ehelichen Lasten (Lebensunterhalt) in angemessener Weise neben dem Manne, bei Armut und Erwerbsunfähigkeit desselben sogar ganz, trägt. Links der Memel (Gesetz vom 1./13. 6. 1825) stand die Ehefrau in größerer Abhängigkeit von dem Manne: sie teilte seinen Wohnsitz (§ 33), sie bedurfte seiner Zustimmung zu allen Rechtshandlungen (§ 66), zum Auftreten vor Gericht (§ 182), zu Schenkungen (c. c. 905), Annahme von Schenkungen (c. c. 934), des Amts als Testamentsvollstrecker (c. c. 1029). Sie konnte nicht Zeuge bei Aufnahme eines Personenstandsaktes sein (§ 78), dem Manne stand Verwaltung und Nutznießung am Frauengut zu (§ 192), einschließlich ihrem Arbeitserwerb (§ 204). Diese Beschränkungen sind indessen ebenfalls durch das erwähnte lit. Gesetz vom 2. 12. 1921 aufgehoben. Die Frau ist dem Manne völlig gleichgestellt. Nicht aufgehoben sind die Artt. 207, 209 des BGB. für Polen, nach denen Eheverträge über die Rechtsbeziehungen der Ehegatten nur vor der Eheschließung geschlossen und später nicht geändert werden können. Das reine Eherecht wurde und wird vom Kirchenrecht beherrscht. Es gelten in jedem Rechtsgebiete für jedes der verschiedenen Bekenntnisse verschiedene besondere Vorschriften. Ehesachen unterstehen in der Hauptsache den geistlichen Gerichten (Konsistorien). Die kirchlichen Behörden führen auch die Personenstandsregister. Ein Versuch, die Registrierung von Personenstandsakten fakultativ den kommunalen Selbstverwaltungen zu übertragen (8. 4. 1924, VŽ. Nr. 157/1117), wurde wieder rückgängig gemacht, ohne daß die Aufhebung der Anordnung öffentlich bekanntgemacht worden wäre. Die gesetzliche Regelung ist in den Grundzügen in den Zivilgesetzen enthalten (Zivilkodex X 1; Gesetz vom 1./13. 6. 1825; baltisches Ortsrecht Artt. 1—4), die Einzelheiten teils in dem Gesetz über die geistlichen Konsistorien (für Griechisch-Orthodoxe)[3], teils in dem Gesetz über die fremdländischen Bekenntnisse (*Swod Zakonoff* Bd. XI, Teil 1). (Für Katholiken Buch 1 [§§ 16—251], für Protestanten Buch 2 [§§ 252—1108] usw.) Nach Ortsrecht links der Memel bestanden besondere Vorschriften für Organisation und Verfahren in den Konsistorien, insbesondere Verfahren in Ehesachen (sowohl für Katholiken [§§ 133—237] als auch für Protestanten — für Lutheraner §§ 899—983, für Reformierte §§ 1027—1035 — und auch für andere Bekenntnisse, z. B. Mennoniten, Baptisten §§ 1100—1108). Während die gesetzliche Grundlage für die übrigen Bekenntnisse unverändert geblieben ist, wurden hinsichtlich der Lutheraner durch lit. Gesetz vom 28. 11. 1923 (146/1059) die Vorschriften der §§ 899—983 ersetzt durch diejenigen der §§ 252—898, die bis dahin nur für den reichsrussischen Teil galten. Damit sind auch aufgehoben: das Statut der Evangelisch-Augsburgischen Kirche im Königreich Polen vom 8./20. 2. 1849 und die „Organisation des Gerichts des Evangelisch-Augsburgischen Konsistoriums“ vom 17./29. 1. 1861. — Die Eheschließung, auch von Ausländern, erfolgt nach allen Religionsbekenntnissen in allen drei Rechtsgebieten kirchlich. Eine Ausnahmestellung ist den Staatsangehörigen der Republik Lettland, die durch Gesetz vom 18. 2. 1921 fakultative Zivilehe einführte (vgl. Ztschr. Bd. XXXIII, S. 24), durch die Konsularkonvention vom 12. 7. 1921 (157/1113), Art. 15 zugebilligt. Sie können in Litauen die Ehe vor dem Konsul ihres Heimatstaates schließen. — Dasselbe gilt für estnische Staatsangehörige (Konsularkonvention vom 12. 7. 1921 (157/1112). Die von litauischen Untertanen im Auslande, wo kirchliche Trauung zulässig ist, eingegangene Zivilehe gilt nicht als eheliche Verbindung (Senatsentsch. 39 für 1899 bei *Tjutrjumoff,* Zivilgesetze Note 1 zu X 1, Art. 61; vgl. auch RG. Zivilsachen Bd. 70, S. 139).

---

[3] Dieses Gesetz ist in die „Zusammenstellung der Gesetze des Kaiserreichs Rußland“, kurz: *Swod Zakonoff*, nicht aufgenommen.

Der bürgerliche Name wird im allgemeinen durch den Familienstand bestimmt. Indessen kann der Name durch Beschluß des Ministerkabinetts auf Antrag bei wichtigem Grunde geändert werden (Gesetz vom 17. 1. 1922, — 79/696). Die Schreibweise der Familiennamen muß sich den Lautgesetzen der litauischen Sprache anpassen (!) (VO. vom 20. 1. 1920, — 19/233).

In diesem Zusammenhange mögen auch die Persönlichkeitsrechte (geistiges Eigentum, Urheberrechte) Erwähnung finden. Es gelten noch die russischen Gesetze. Eine internationale Vereinbarung, baldigst Verträge über den Schutz des „intellektuellen Eigentums“ zu schließen, befindet sich nur in dem Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei vom 27. 4. 1923, Art. 57. (Ueber das gewerbliche Urheberrecht vgl. unten.) Das russische Recht hatte sich zunächst über die Vorstellung des geistigen Eigentums nicht erhoben und regelte das literarische und das künstlerische sowie das musikalische Eigentum in der Beilage zu Anm. 2 des Art. 420 Zivilkodex (X 1), der vom Eigentumsrechte handelt (Artt. 420—431). Durch Gesetz vom 20. 3. 1911 wurde der neue Begriff des Autorrechts aufgestellt, und das Gesetz über das Autorrecht als Kap. VIII neben die Vorschriften über die anderen Vermögensrechte (Eigentum, Besitz, Obligationenrecht, Recht auf Entschädigung, Recht auf Gerichtsschutz) des 2. Buchs in den Zivilkodex als Artt. 695^{1}—695^{75} eingereiht. Auf einen „Allgemeinen Teil“ (Artt. 695^{1}—695^{26}) folgt das Urheberrecht an literarischen (695^{27}—695^{41}), an musikalischen (695^{42}—695^{46}) Erzeugnissen, das Aufführungsrecht an dramatischen, musikalischen oder dramatisch-musikalischen Erzeugnissen (695^{47}—695^{50}), das Autorrecht an künstlerischen Erzeugnissen (695^{51}—695^{58}), an photographischen Erzeugnissen (695^{59}—695^{64}) und Herausgebervertrag (der richtiger Verlagsvertrag zu nennen wäre; 695^{65}—695^{75}).

Im Erbrechte bestand nach den Ortsrechten Rechtsgleichheit für Männer und Frauen. Dagegen waren nach reichsrussischem Rechte die Frauen zurückgesetzt. Bis zum Erlasse des Gesetzes vom 3. 6. 1912 waren, neben Söhnen oder Abkömmlingen von solchen, Personen weiblichen Geschlechtes von der „gesetzlichen Erbfolge“ ausgeschlossen; nur Töchter hatten Anspruch auf eine „gesetzliche Erbportion“ ($^1/_{14}$ vom unbeweglichen, $^1/_8$ vom beweglichen Vermögen). Das erwähnte Gesetz stellte die weibliche Linie in der Hauptsache der männlichen gleich. Aber bei der Erbfolge in (außerstädtischem) Landbesitz erhielten die Töchter neben Söhnen nur $^1/_7$, jedoch nicht mehr als Sohnesteil (Zivilkodex, Art. 1128, Abs. 2). Diese Bestimmung ist durch das oben erwähnte lit. Ges. vom 2. 12. 1921 aufgehoben, und damit das Erbrecht weiblicher Kinder dem der männlichen völlig gleichgestellt (Zivilkodex, Art. 1128, Abs. 1). Aehnlicherweise erfolgte durch dasselbe lit. Gesetz eine annähernde Gleichstellung von Ehefrau und Mann. Während nach russischem Rechte die Ehefrau ein gesetzliches Erbrecht nach dem Manne (ebenso wie umgekehrt) nicht hatte, sondern nur den Anspruch auf den „zugewiesenen Teil“ (Erbportion, $^1/_7$ des unbeweglichen, $^1/_4$ des beweglichen Vermögens; Zivilkodex, Art. 1148), ist sie seit 20. 4. 1922 (Tag des Inkrafttretens des Gesetzes vom 2. 12. 1921) nach dem Manne stets Erbe zu $^1/_4$ und hat, wenn Abkömmlinge des Mannes nicht vorhanden sind, daneben auch den Nießbrauch am Rest ($^3/_4$) bis Lebensende bezw. bis zur Wiederverheiratung. Nicht aufgehoben ist die Bestimmung des Art. 1151, nach welcher die Witwe eines ohne unbewegliches Vermögen verstorbenen Sohnes von dessen Vater $^1/_4$ von demjenigen Anteile am unbeweglichen Vermögen des letzteren verlangen kann, der ihrem Mann, dem Sohne, zugestanden hätte! Ausländer sind grundsätzlich von der Erbfolge nicht ausgeschlossen (Zivilkodex, Art. 1106, Ziff. 1). Aber der in Rußland (Litauen) verbliebene Nachlaß wurde vom Territorialprinzip beherrscht, d. h. nach dem Rechte des Wohnsitzes bezw. letzten Wohnsitzes des Erblassers richtete sich die Erbfolge in seinem Nachlaß. Für unbeweglichen Nachlaß galt dies ohne Ausnahme, für beweglichen Nachlaß war zugunsten in Rußland verstorbener Deutscher (Reichsdeutscher) durch die Konvention vom 31. Okt. bis 12. Nov. 1874 das Nationalitätsprinzip anerkannt. Aber dies war eine Ausnahmevorschrift; sie ist durch den Weltkrieg hinfällig geworden. Eine bemerkenswerte Ausnahme wird durch die beiden völlig gleichlautenden Konsularkonventionen vom 12. 7. 1921 (157/1112 und 157/1113, Art. 13, Punkt i, k, l, m) für litauische und estnische bezw. litauische und lettische Staatsangehörige gemacht. Für sie gilt das Nationalitätsprinzip hinsichtlich der Erbfolge auch ins unbewegliche Vermögen, ohne Rücksicht auf Wohnsitz, dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt, sowie Ort des Todes, örtliche Lage der Nachlaßgüter, und sogar die Gerichtsbarkeit des Heimatstaates ist ausschließlich zuständig.

Im Sachenrechte sind erhebliche rechtliche Aenderungen nicht eingetreten. Die Aufhebung der Wald- und Weide-Servituten (Ges. vom 2. 6. 1922, — 96/785) beseitigt nicht dieses Rechtsinstitut, sondern stellt eine besondere Art der Enteignung dar. Beispielsweise sind die gesetzlichen Vorschriften über die Servituten in allen drei Rechtsgebieten unangetastet gelassen (Zivilkodex, Art. 452—466; c. c. 637—710; Hypothekengesetz von 1818, Art. 45, 46; baltisches Ortsrecht, Art. 1089 ff.). Auch die „Bodenreform“ stellt eine Aenderung des Sachenrechts nicht dar.

Im Schuldrechte sind hervorzuheben:

1. Gesetz über die Wohnungsmiete in Städten vom 27. 5. 1924 (162/1146). Dadurch sind aufgehoben:
   a) VO. über die Regulierung des Mietszinses für Wohnungen, Zimmer und Wohnhäuser in Städten vom 10. 9. 1919 (12/151);
   b) authentische Auslegung hierzu vom 2. 11. 1919 (15/182);
   c) Gesetz über die Höhe des Mietszinses für Wohnhäuser, Wohnungen und Zimmer in Städten vom 9. 8. 1920 (45/455), und
   d) Ergänzungsgesetz vom 30. 6. 1921 (69/618).

2. Gesetz über die Requirierung von Privatwohnungen, Zimmern und von anderen Gebäuden vom 27. 9. 1922 (112/885). Dadurch sind aufgehoben:
   a) Gesetz über die Requirierung von privatem Besitz für Staatszwecke zur Zeit eines Krieges vom 4. 4. 1919 (12/152).
   b) Abänderung zu 1 vom 12. 3. 1920 (23/288);
   c) Ergänzung dazu vom 3. 7. 1921 (68/606);
3. Gesetz über die Münzeinheit vom 9. 8. 1922 (103/806) (1 Lit = $1/10$ amerik. Dollar = 0,150462 gr Gold).
   Einführungsverordnung dazu vom 25. 9. 1922 (108/840).
   Ausführungsverordnung dazu vom 12. 10. 1922 (111/879).
   Ausführungsverordnung dazu vom 20. 10. 1922 (114/901).
   Ergänzungsverordnung dazu vom 27. 11. 1922 (119/922).

Seitdem müssen alle Geldangaben, in Urkunden, in „Lit“ gemacht werden und Zahlungen, selbst früherer geldlichen Verpflichtungen, auf Verlangen in Lit geleistet werden zu einem vom Finanzminister festzusetzenden Kurse. Ein Aufwertungsgesetz, das am 3. 4. 1925 vom Seim in dritter Lesung angenommen, aber noch nicht veröffentlicht ist[4], sieht eine einheitliche Aufwertung von 20% vor, indem es bestimmt:

a) Zwischen litauischen Staatsbürgern vor dem 1. 9. 1915 entstandene Rubelverbindlichkeiten werden in Lit im Verhältnis 1 Rubel = 1 Lit geregelt, nach dem 1. 9. 1915 entstandene Verbindlichkeiten, auch anderer Währung als Rubel, werden in Dollar umgerechnet und im Verhältnis 1 Lit = $1/2$ Dollar geregelt. Zwei Ausnahmen: 1. Bei Ansprüchen aus letztwilligen Zuwendungen, auf Lebensunterhalt und aus unerlaubten Handlungen tritt volle Aufwertung ein; es wird 1 Rubel = 5 Lit gerechnet bezw. bei Entstehung nach dem 1. 9. 1915 wird die Forderung auf Dollar umgerechnet und 1 Dollar = 10 Lit gerechnet. 2. Besitzer von Pfandverschreibungen können, wenn der in ihnen angegebene Betrag ein Restkaufgeld für ein Grundstück darstellt, eine Aufwertung bis höchstens 40% beanspruchen, je nach dem Werte des Pfandobjekts zur Zeit der Realisierung der Pfandforderung. — Zinsen laufen in diesen Fällen erst vom Tage der (erneuten) Mahnung, d. h. rückständige Zinsen werden nicht aufgewertet.

---

[4] Das Gesetz wurde vom Präsidenten der Republik auf Grund Konst. 50 Abs. 3 an den Seim zurückverwiesen, fand bei erneuter Beratung nicht die erforderliche Stimmenmehrheit ($1/2$ + aller Abgeordneten), und ist nach Umarbeitung am 23. 6. in dritter Lesung angenommen; die Veröffentlichung ist noch nicht erfolgt.

b) Die bei der Staatskasse oder bei Kreditinstitutionen hinterlegten oder auf laufende Rechnung eingezahlten Gelder werden, wenn die Einzahlung in Mark, Ostmark vor dem 1. 10. 1922 — Tag der Einführung des Lit — erfolgte, in Lit zum Kurse von 175 ℳ = 1 Lit umgerechnet bezw., wenn die Einzahlung in fremder Währung später erfolgte, in dieser oder in Lit zum Kurse am Tage der Einzahlung.

c) Von der Aufwertung werden Geldverbindlichkeiten ausgeschlossen, wenn sie nach gegenseitiger Uebereinkunft oder durch Hinterlegung bereits geregelt sind, oder wenn über sie oder über die Aufwertung bereits rechtskräftig entschieden ist.

d) Die Aufwertung muß innerhalb von 6 Monaten nach Verkündung des Gesetzes (gerichtlich) geltend gemacht werden.

e) Die Ansprüche der Ausländer auf Aufwertung richten sich nach ihrer Staatsangehörigkeit und danach, welche Aufwertung in ihrem Heimatstaate einem litauischen Bürger zusteht. Die Höchstgrenze bildet die Norm des litauischen Gesetzes.

Im Handelsrechte ergingen eine ganze Reihe von neuen Gesetzen. Unverändert ist die Wechselordnung vom 27. 5. 1902, von der das Justizministerium eine Uebersetzung ins Litauische anfertigen ließ. Für das Rechtsgebiet links der Memel gilt *code de commerce* (Buch 1, Abschn. 8, Artt. 110 bis 189). — Das Seerecht ist enthalten in Buch 2 des „Handelsstatuts“ (*Swod Zakonoff* Bd. XI, Teil 2), Artt. 164 bis 653. Dazu kommen — in der litauischen Praxis nicht wirksam gewordene — Aenderungen, Ergänzungen: Erhebung einer Schiffs- und Pud-Steuer (Artt. 653^1 bis 653^{15}) von den Kongressen der Schiffsführer (Artt. 653^{16} bis 653^{54}), der Freiwilligenflotte (Artt. 653^{55} bis 653^{109}). Ein litauisches Gesetz vom 7. 5. 1924, — 161/1144 — über Erhebung einer Steuer von ausländischen Schiffen im litauischen Zollgebiet ist durch Gesetz vom 20. 3. 1925, — 189/1277 —, wieder aufgehoben. Das Seerecht des c. comm. (Buch 2, Artt. 190—436) fand links der Memel „wegen der geographischen Lage des Landes“ keine Anwendung. Das baltische Ortsrecht hatte keine Sonderbestimmungen. — Im wenig entwickelt gewesenen privaten Handelsrechte sind einschneidende Aenderungen nicht eingetreten. Größer ist die Zahl der das öffentliche Handelsrecht behandelnden neuen Gesetze. Dahin gehört die Einführung des Metersystems mit Wirkung vom 1. 1. 1922 (Gesetz vom 7. 2. [6. 5.] 1920, — 34/388 —) (Pariser Konferenz 1889). Dadurch wurde Teil 3 (Handelsmaße und Gewichte, Artt. 714 bis 765) des Buch 3 (Handelseinrichtungen) des russischen Handelsstatuts inhaltlich aufgehoben. Auch formell aufgehoben sind die Vorschriften des russischen Handelsstatuts über die kaufmännischen und Mäklerbücher (Buch 3, Teil 2, Artt. 669—688) durch lit. Gesetz (vom 24. 7. 1924, — 171/1190 —) über die Rechnungsbücher der Handels-, Industrie- und Kredit-Anstalten. Es wird genau vorgeschrieben, welche Bücher jede der verschiedenen Klassen von Handels- und Industrie-Unternehmen zu führen haben. Die Begriffsmerkmale des Handelsrechts, das übrigens als Teil des Zivilrechts gilt, werden weder den im Handel tätigen Personen (Kaufleute) noch den durch sie getätigten Rechtsgeschäften (Handelsgeschäfte) entnommen, sondern teils prozessualen (Handelsprozeß), teils Steuervorschriften (Gesetz über die Reichserwerbssteuer vom 8. 6. 1898; *Swod Zakonoff* Bd. V im Gesetz über die direkten Steuern, Art. 447 ff.). Im Steuerinteresse sind die Handelsunternehmen in fünf, die Industrieunternehmen in acht Klassen geteilt.

Die Benennung des erwähnten Gesetzes über die Rechnungsbücher spiegelt die Mangelhaftigkeit der russischen (litauischen) Rechtsanschauung über Handel, Industrie, Kredit, Gewerbe, Handwerk wieder. Der Begriff des Gewerbes (im Sinne der deutschen Gewerbeordnung) ist dem russischen Rechte fremd geblieben. Auch das Handwerk war nicht besonders geregelt. Vielmehr fanden die einschlägigen Bestimmungen in dem „Industriestatut“ (*Swod Zakonoff* Bd. XI, Teil 2, Ausg. 1893) Platz. Erst bei Neuausgabe (1913) dieses „Gesetzes“ wurden die besonderen Vorschriften über die Aufsicht über die Industrie-Unternehmen, über die Betriebsbedingungen in ihnen und über den Schutz der Arbeiter und Angestellten in einem besonderen Teile „Gesetz über die gewerbliche Arbeit“ zusammengefaßt, und das „Industriestatut“ wurde umbenannt in „Statut über das Fabriks-, Werkstätten- und das Handwerks-Gewerbe“ [5]). Ferner ist hervorzuheben die aus administrativen und Gründen der Finanzaufsicht durchgeführte Trennung von Handel und Kredit. So ergibt sich eine Teilung des Oberbegriffs „Handel“ in Gewerbe, Kredit und Handel im engeren Sinne, über welch letzteren weiteres nicht zu erwähnen ist. (Wegen Aktiengesellschaften vgl. unten.)

In das Gebiet gewerblicher Aufsicht fallen:

1. Gesetz über die Arbeitsbörsen (ohne Datum; — 7/81) veröffentlicht 22. 5. 1919.
2. Ausführungsinstruktion dazu (ohne Datum; — 7/80) veröffentlicht 22. 5. 1919.
3. Gesetz über die Errichtung eines Departements für Arbeitsinspektion vom 16. 6. 1919 (8/94), aufgehoben durch 6.
4. Gesetz über Umwandlung des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge in ein Departement beim Innenministerium vom 29. 10. 1919 (16/200).

---

[5]) Das russische Wort „promysl“ = Vorsehung liegt den drei Begriffen: „Gewerbe“, „Erwerb“, „Industrie“ zugrunde. Das Adj. Promyslovyj bedeutet „erwerblich“ (Reichserwerbssteuer), aber auch „gewerblich“ (vgl. im Deutschen „gewerbsmäßig“ und „gewerbemäßig“). Das Verbaladj. Promyschlennyj ist von promyslit, promyschljat abgeleitet. Das Verb ist teils trans. (etwas betreiben, verschaffen, herstellen), teils intrans. (handeln mit, Sorge tragen für, etwas treiben). Von der ersten Bedeutung hat das Verbaladj. den Sinn „Industrie-“ angenommen, von der zweiten — „erwerblich“, „gewerblich“. So gewinnt das adjektivische Subst. „promyschlennost“ (wörtlich: Vorbedenklichkeit) die Bedeutung: Industrie, Gewerbe, Erwerb. Aehnlich liegt es bei dem nachgebildeten litauischen Worte „pramonė“; es bedeutet: Industrie, aber auch: Gewerbe, dagegen fehlt die Schattierung: „Erwerb“.

5. Gesetz über die Länge der Arbeitszeit am Tage vom 30. 11. 1919 (17/214).
6. Gesetz vom 22. 3. 1921 (61/552) über Entschädigung der Arbeiter bei vorzeitiger Entlassung.
7. Gesetz über die Technische Inspektion vom 31. 10. 1924 (176/1214).
8. Gesetz über die Arbeitsinspektion vom 14. 11. 1924 (179/1228).
9. Gesetz über die Feier- und Ruhetage vom 18. 11. 1924 (181/1236), ergänzt durch Gesetz vom 5. 5. 1925 - 191/1299 -.
10. Ausführungsverordnung dazu (ohne Datum; — 185/1257), veröffentlicht 12. 3. 1925.

Hierher gehört auch das gewerbliche Urheberrecht (vgl. oben S. 252). Es ist in drei Gesetzen geregelt, von denen nur das Warenzeichengesetz neu erlassen ist (Gesetz vom 27. 1. 1925; — 183/1241)[6]), das aber wenig mehr ist als eine, dazu schlechte, Uebersetzung des russischen Gesetzes vom 26. 2. 1896 („Industriestatut", *Swod Zakonoff* Bd. XI, 2, Artt. 124—146, Ausgabe 1914). Hervorzuheben ist, daß das Prüfungssystem beibehalten ist, und daß Ausländer vier Monate lang nach Anmeldung im Heimatstaate auch in Litauen den Vorrang für ihr Warenzeichen behalten, falls ihr Heimatstaat der *„Union internationale pour la protection de la propriété industrielle"* (Paris 1883) angehört, und zwar — solange Litauen ihr ebenfalls angehört. Ob letzteres der Fall ist, ist nicht bekanntgegeben. Das Bestehen besonderer Staatsverträge über den Schutz des gewerblichen Eigentums ist nicht zur Bedingung gemacht. Im übrigen gilt das Patentgesetz (Gesetz vom 20. 5. 1890) über Privilegien wegen Erfindungen und Verbesserungen („Industriestatut", Ausgabe 1914, Artt. 69—123) und das russische Gesetz über Eigentumsrecht an Fabrikzeichnungen und Modellen vom 11. 11. 1864 („Industriestatut", Artt. 147—157). Den Unterschied zwischen Geschmacks- und Gebrauchsmustern, den das deutsche Recht macht, kennt das russisch-litauische Recht nicht. Für Ausländer gilt wohl noch das russische Gesetz vom 9. 6. 1912 („Industriestatut“, Artt. 86, 157), wonach für den Schutz ausländischer Erfindungen und Muster das Bestehen eines Staatsvertrages auf der Grundlage der zeitlichen Priorität Vorbedingung des Schutzes und des Vorrechtes ist.

---

[6]) Eine deutsche Uebersetzung ist abgedruckt in Nr. 57 der in Kaunas erscheinenden „Litauischen Rundschau" vom 12. 3. 1925 und in Nr. 43 vom 1. 4. 1925 des „Osteuropamarkt".

Die das Kreditwesen regelnden Gesetze sind im „Kreditstatut“ in 13 Abschnitten mit in sich selbständig fortlaufend numerierten Paragraphen enthalten. Ihre formelle Aufhebung ist nirgends ausgesprochen. Materielle Neuregelungen sind:

1. Gesetz[7]) über die Bankhäuser, Bankkontore und Wechselstuben vom 31. 10. 1924, — 177/1218. Die Errichtung hängt von der Genehmigung des Finanzministers ab. Der Unterschied liegt im Gegenstande des genehmigten Geschäftsbetriebes. Wechselstuben dürfen nur fremde Valuta-, Prozent- und andere Wertpapiere kaufen und verkaufen; Bankkontore dürfen alle (Bank-) Operationen vornehmen außer Annahme von Einlagen (Depositen), Bankhäuser alle Operationen ohne Ausnahme. Das Betriebskapital muß betragen bei Wechselstuben 100 000 Lit, bei Bankkontoren 250 000 Lit, bei Bankhäusern 500 000 Lit. Bei Verlust bis auf die Hälfte muß innerhalb eines Monats Auffüllung oder Liquidation eintreten. Vom Betriebskapital müssen 15 % in sicheren Papieren (nach Ermessen des Finanzministers) oder in bar bei der Staatskasse als Pfand hinterlegt werden. Ausländer dürfen nur Wechselstuben errichten, nicht Bankkontore oder -häuser.
2. Gesetz[7]) über die Aktienbanken vom 31. 1. 1925 — 190/1290 —. Es gibt zwei Arten: für kurzfristigen und für langfristigen Kredit. Erstere dürfen Einlagen (Depositen) annehmen, die letzteren nicht; dagegen dürfen jene nicht, wohl aber diese Pfandbriefe ausgeben. Jene gründen ihre Sicherheit auf bewegliche, diese auf unbewegliche Pfänder; Mindestkapital 2 000 000 Lit. Dem Vorstande

---

[7]) Eine deutsche Uebersetzung ist abgedruckt im „Auslandsrecht“ Nr. 6/25.

und dem Aufsichtsrate dürfen keine Ausländer angehören; Ausnahmen kann der Finanzminister gestatten (nicht mehr als 1/3 der Mitglieder). Die Gründung unterliegt der staatlichen Genehmigung, für Aktienbanken für langfristigen Kredit — im Wege des Einzelgesetzes, für andere — durch den Finanzminister. Für die Gründung und die Leitung der Aktienbanken gilt das Gesetz über die Aktiengesellschaften (vgl. 3). Selbständig geregelt ist die „Litauische Bank" (Emissionsbank, Gesetz vom 11. 8. 1922, — 104/818 —; Grundkapital: 120000 Namensaktien je 100 Lit.; Statut, vom Ministerkabinett bestätigt, — Gesetz § 60 — vom 10. 11. 1922, — 118/916 —, geändert 1. 12. 1922, — 119/918 —) und die Landbank (für ländlichen Kredit, Gesetz vom 15. 4. 1924, — 159/1119 —; Grundkapital: 50000 Inhaberaktien je 1000 Lit, Statut ohne Datum, vom Ministerkabinett Gesetz § 62 bestätigt, — 167/1172 — veröffentlicht 8. 8. 1924).

3. Gesetz[8]) über die Aktiengesellschaften vom 31. 10. 1924, — 179/1227 — mit Uebergangsverordnung des Finanzministers — Gesetz § 72 —, ohne Datum, — 186/1266 —, (veröffentlicht 28. 3. 1925). In der äußeren Form macht sich Anlehnung an das deutsche HGB. (§ 178 ff.) bemerkbar. Aber es bestehen wesentliche Unterschiede: a) die Gründung (Statut) unterliegt staatlicher Genehmigung (Finanzminister); b) Gründer brauchen Aktien nicht zu übernehmen; c) Aktienkapital mindestens 100000 Lit, einzelne Aktie mindestens 100 Lit; d) der Geschäftsbetrieb umfaßt nur die einzelnen nach der Art der zu tätigenden Operationen genau aufzuführenden Geschäftszweige; e) der Aufsichtsrat trägt nicht öffentliche Verantwortung, sondern ist nur der Generalversammlung verantwortlich; f) die Bilanzen unterliegen der Genehmigung durch den Finanzminister; g) der Generalversammlung dürfen Vertreter des Finanzministeriums beiwohnen; h) Fusionen sind unzulässig.

---

8) Eine deutsche Uebersetzung wird in dem nächsten Hefte der Ztschr. f. d. ges. HR. abgedruckt werden.

4. Gesetz vom 19. 12. 1924, — 181/1237 — über die Errichtung von Handels- und Industriekammern nebst Ausführungsverordnung des Finanzministers (ohne Datum), — 186/1267 — (Geltungsbereich: ganz Litauen ohne Memelland; Sitz: Kaunas; Zahl der Mitglieder: 21) und Wahlverordnung (ohne Datum), — 186/1268 —, beide veröffentlicht 28. 3. 1925.

Endlich sei zum Schlusse noch erwähnt das Gesetz über Kooperations-Gesellschaften und -Verbände vom 30. 1. 1919, — 4/14a. — Es sind die Genossenschaften des deutschen Rechts. Als Kriterium ist „Wechsel des Bestandes an Mitgliedern und an Kapital“ angegeben. Eine Form unbeschränkter Haftung ist nicht anerkannt. Die Haftung darf das Fünffache der satzungsgemäßen Einlage nicht überschreiten (§ 12 Ziff. 2); die Haftungsgrenze bestimmt das Statut. In der Praxis wird die Bestimmung nicht eingehalten, und gewöhnlich das Zehnfache als Haftungsgrenze festgesetzt. Das Institut des „Verbandsrevisors“ ist dem Gesetze nicht bekannt. Bemerkenswert ist, daß hier bei den „Kooperativen“ der einzige Fall einer Entstehung (juristischer Persönlichkeit) durch Eintragung auf Grund des Prinzips der Normativbestimmungen vorliegt, während sonst überall das Prinzip staatlicher Genehmigung von den Russen übernommen ist.

Das Familienrecht in Sowjetrußland*).

Von **M. B. Pache.**

Die bolschewistische Rechtsauffassung hatte, wie bekannt, in der Sturm- und Drangperiode der russischen Revolution mit fast allen den Kautelen aufgeräumt, die eine vielhundertjährige Erfahrung in Europa für die Rechtsprechung aufgestellt hat. Während das bürgerliche Recht des alten Rußland auf der Anerkennung des Privateigentums, einer freilich starken Einschränkungen unterworfenen Vertragsfreiheit und auf der Ehe beruhte, sind seit der Revolution vom 7. November 1917, die der Räteregierung die Macht verlieh, grundstürzende Umwälzungen in den alten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere auf dem Gebiete des Rechts vorgenommen worden mit dem von den Sowjetmachthabern erklärten Ziel, das Fundament für einen völlig neuen gesellschaftlichen Bau zu legen, der sich von dem alten bürgerlich-feudalen grundsätzlich unterscheidet. Die völlige Veränderung der politisch-geographischen Struktur des Landes kann für das hier behandelte Gebiet außer Betracht bleiben. Nirgends tritt wohl die scharfe Scheidung zwischen geschriebenem Gesetz und den Verhältnissen und Formen des täglichen Lebens, zwischen Recht und Wirklichkeit, so kraß in die Erscheinung wie in Sowjetrußland. Schon das Negieren jedes Rechtswerts an sich, das Fehlen jeglicher Rechtstradition, der fließende Charakter der gesetzgeberischen Tätigkeit und die ganz offen zugegebene Abneigung der Gesetzgeber, sich an rechtliche Normen zu binden, das alles macht das Studium des Rechts Sowjetrußlands so überaus schwierig. Ein allseitiges Erfassen dieser merkwürdig anmutenden Rechtsbegriffe wird zweifellos nur für den möglich sein, der in diesem Lande, der

---

*) Vergl. *A. G. Goichbarg*-Moskau, „Ehe-, Familien- und Vormundschaftsrecht“. Moskau 1920 (russisch). — *M. I. Hanfmann*, „Familien- und Erbrecht“ in „Prawossowetskoj Rossiji“. Prag 1925 (russisch). — Dr. *Freund*, „Das Zivilrecht Sowjetrußlands“. Bensheimer Verlag. Mannheim 1924. — Professor Dr. *Freiherr von Freytagh-Loringhoven*, „Die Gesetzgebung der russischen Revolution“. Halle 1920.

unter der Wirkung und den Erscheinungsformen dieses Rechts lebt. Wohl hat sich in den zwei Jahrhunderten seit Peter dem Großen, der den moskowitischen Staat wenigstens äußerlich europäisierte, vieles geändert, allein die Denk- und Empfindungsweise des russischen Volkes ist dieselbe geblieben. Man mag zu dem Sowjetsystem stehen, wie man will, die Richtigkeit des alten Erfahrungssatzes, daß die Dinge stärker sind als die Menschen, hat sich jedenfalls auch dem kommunistischen Experiment gegenüber bereits bewahrheitet. Die Einschlagung des neuen Kurses in der Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands um die Jahreswende 1920/21 (die sogenannte „Nep-Politik“, die eine Mischung kommunistischer und freiwirtschaftlicher Grundsätze darstellt) bedeutet jedenfalls die von den harten Tatsachen diktierte Abkehr von der bisherigen Auffassung des „revolutionären Rechtsempfindens“, das seinerzeit im Art. 22 des Dekrets über das Volksgericht zum obersten Grundsatz für die Rechtsprechung erhoben worden war.

Das Ziel der Sowjetmachthaber ist, wie schon Art. 3 der Verfassung der R.S.F.S.R. (Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik) besagt:

> „Die Beseitigung der Ausbeutung eines Menschen durch den andern, die völlige Aufhebung der Einteilung der Gesellschaft in Klassen; die schonungslose Unterdrückung der Ausbeutung, die Schaffung einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft und der Sieg des Sozialismus in allen Ländern“.

Die neue revolutionäre Gesetzgebung will, wie von ihren Verfassern selbst ausgesprochen wird, „mit veralteten juristischen Begriffen und Vorstellungen, mit althergebrachten Gepflogenheiten des juristischen Denkens, die sich im *circulus vitiosus* der bürgerlichen Rechtsordnung bewegen“, brechen, um einer neuen sozialpolitischen Gesetzgebung die Wege zu ebnen. Daß sie dabei Fehler begeht, wird offen zugegeben, aber damit motiviert, daß „der Gesetzgeber dem reißenden Strom des Lebens, dem Vorstürmen der geschichtlichen Entwickelung im Zeitraum der Revolution nicht folgen kann und sich daher auch nicht anmaßt, mit erschöpfenden systematischen *Codices* hervorzutreten“. (Aus dem Vorwort der juristischen

Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates zur „Sammlung der wirtschaftlichen Dekrete und Verordnungen 1918—1920“.)[1]

„Recht ist ein System (eine Ordnung) gesellschaftlicher Beziehungen, das den Interessen der herrschenden Klasse entspricht und durch die organisierte Gewalt derselben beschützt wird“[2]. Diese Definition des Rechtsbegriffs in der Verordnung des Volkskommissariats für Justiz betr. Grundsätze des Strafrechts der R.S.F.S.R. vom 12. Dezember 1919 (Gesetzsammlung 1919, Nr. 66, Art. 590) gilt auch für das hier behandelte Gebiet des Familienrechts in Sowjetrußland.

Bereits im Dezember 1917 erschienen die ersten Dekrete über die bürgerliche Ehe, Ehescheidung, über die Kinder und die Führung der Personenstandsregister. Im Jahre 1918 wurde dann der „Kodex über den Personenstand, Ehe-, Familien- und Vormundschaftsrecht“ herausgegeben (Gesetzsammlung Nr. 76/77, Art. 818), der auch durch die Novelle vom 27. September 1921 (Gesetzsammlung 1921, Nr. 67, Art. 512) in seinem Wesen nicht berührt worden ist. Es war dies der erste Sowjetkodex und er zeigt, welche Bedeutung die Sowjetmacht schon zu Beginn ihrer Errichtung der radikalen Reform gerade des Familienrechts beimaß. Die neue revolutionäre Gewalt ging davon aus, daß es gerade auf diesem Gebiete am leichtesten gelingen müßte, den völligen Bruch mit Althergebrachtem herbeizuführen und einigen Erfordernissen Rechnung zu tragen, die längst als dringlich erkannt waren und in der Losung „fort mit der Versklavung der Familie“ gipfelten, die in der russischen radikalen Intelligenz bereits weite Verbreitung gefunden hatte. Die Sowjetgewalt konnte sich hierbei der Normen des bereits von den alten russischen Juristen ausgearbeiteten liberalen „bürgerlichen“ Familienrechts bedienen. Der antiklerikale Radikalismus in der Reform des Familienrechts, insbesondere des Eherechts, bewegt sich indes in der Richtung des Programms der Sozialdemokratischen Partei und wurde von den Verfassern der Dekrete mehr zu agitatorischen Zwecken benutzt. Er zeigt sich insbesondere, wie schon erwähnt, beim Eherecht, das in seinem Wesen den europäischen Gesetzgebungen entlehnt ist und das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat in der Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Zivilehe normiert. Dagegen ist die Idee der Fürsorge für Mutter und Kind in der Sowjetgesetzgebung vermischt mit dem Bestreben, Ehe und Familienbeziehungen voneinander loszulösen und damit die feindliche Gegenüberstellung zu der heutigen, auf dem Ehebündnis aufgebauten Form der Familie außerhalb Sowjetrußlands zu unterstreichen.

---

[1] Zitiert bei Dr. *W. Hahn* und *A. von Lilienfeld-Toal*, „Regelung des Handels und Verkehrs in Rußland“. Jena 1921.

[2] Zitiert bei Dr. *W. Hahn* und *A. von Lilienfeld-Toal*, „Regelung des Handels und Verkehrs in Rußland“. Jena 1921.

Nach Ansicht der Sowjetjuristen muß die Ehe in einem sozialistischen Staatswesen eine Vereinbarung darstellen zwischen Personen beiderlei Geschlechts, Mann und Frau, frei geschlossen und frei zu lösen ohne jede Einmischung von seiten der Staatsgewalt. Die auf der Ehe aufgebaute Familie, behaftet mit Rechten und Pflichten gegenüber Ehegatten, Eltern und Kindern, wird von den Sowjetgesetzgebern abgelehnt; an ihre Stelle tritt die staatliche Organisation für gemeinschaftliche Erziehung und soziale Fürsorge. Familie sowohl wie Verwandtschaft fundieren nach Sowjetrecht nicht auf der „gesetzlichen Ehe“, sondern auf der Abstammung. Daher auch die scharfe Scheidung zwischen Ehe einerseits und Geburt bezw. Familie andererseits. Das Eherecht stipuliert nur die verschiedenen Rechtsnormen zwischen den Personen, die die Ehe eingegangen sind. Die Ehe, ob faktisch bestehend oder nicht, wie überhaupt alle Abmachungen der Eltern, berühren in keiner Weise die Rechte der Kinder. In gleicher Weise bricht die Sowjetgesetzgebung mit früheren Bräuchen, mit der früheren individualistischen Organisation der Vormundschaft. Alle der elterlichen Fürsorge beraubten Kinder, die der Fürsorge in der einen oder anderen Form benötigen, unabhängig davon, ob sie vermögend sind oder nicht, unterliegen der staatlichen Fürsorge. In einzelnen Fällen kann diese Fürsorge von bestimmten Personen oder Gruppen, die zu Vormündern bestellt sind, ausgeübt werden. — Wie man sieht, überall schrankenlose Freiheit in bezug auf Eingehung und Scheidung einer Ehe, daraus resultierend die ständig betonte Gleichheit in den Rechtsverhältnissen zwischen Ehegatten und Kindern, sowie die völlige

Beseitigung jeder Spur von elterlicher Gewalt und der Versuch, die Vormundschaft nicht auf der Basis der Familie, sondern auf der staatlichen Organisation aufzubauen. Gegenüber diesem Versuch, auf dem Wege des Sozialismus die Form für die künftigen familienrechtlichen Beziehungen zu schaffen, steht freilich das Anerkenntnis der Gesetzgeber, daß bei Aufstellung des Kodex das sozialistische Regime noch nicht endgültig triumphiert hat und daher die individuelle Familie ein notwendiges Uebel ist. Hiervon ausgehend hat der Kodex eine Reihe von Bestimmungen des „bürgerlich-feudalen“ Rechts über die Alimentationsrechte der Mitglieder einer Familie übernommen, die die sozialistische Auffassung von der Familie ignorieren. Obwohl in der Folgezeit, während der Periode des reinen Kommunismus, verschiedene Dekrete ergingen über unentgeltliche staatliche Versorgung der Kinder, über die obligatorische unentgeltliche Arbeitsschule, wie überhaupt weitgehendste soziale Fürsorge aus staatlichen Mitteln, blieben die radikalen Reformen, die den Boden bereiten sollten für die Verwirklichung des sozialistischen Ideals der Familie, doch nur auf dem Papier und verloren mit dem Beschreiten des neuen Kurses in der Wirtschaftspolitik (der bereits erwähnten „Nep-Politik“) formell ihre Geltung. Der tiefe Widerstreit der Ideen, welche die Verfasser des Kodex hatten verwirklichen wollen, tritt hierbei in die Erscheinung. Auf der einen Seite das Bestreben, die moralischen und religiösen Grundlagen der Familie, als eines auf der Ehe aufgebauten und gefestigten Dauerbündnisses zu diskreditieren und zu untergraben, auf der anderen Seite die Belastung der Familie, oder richtiger des Vaters, mit einer ganzen Reihe drückender materieller Verpflichtungen gegenüber Mutter und Kind. Dieser Widerstreit der Ideen, der noch kompliziert wird durch die völlige Ignorierung der Lebensformen und Lebensauffassung des Volkes, führte dazu, daß selbst durchaus verständige und zweckmäßige Bestimmungen des Kodex, die das Wohl für Mutter und Kind betreffen, die gegenteiligen Resultate, als erwartet, ergaben. Die Stellung der Frau verschlechterte sich nicht nur in moralischer, sondern auch in materieller Hinsicht. Bei der großen Leichtigkeit der Ehescheidung mußten schließlich die strengen Vorschriften des Kodex über die Alimentierung von Mutter und Kind ein toter Buchstabe bleiben. Zur Vertretung der Interessen von Mutter und Kind beruft der Kodex die Staatsgewalt in Gestalt des Gerichts. Das Gericht bestimmt die Vaterschaft, den Familiennamen, greift in die Erziehung ein, setzt den Unterhalt und die Höhe desselben fest, usw.

Der „Kodex über den Personenstand, Ehe-, Familien- und Vormundschaftsrecht“ ist, wie bereits angegeben, das Fundament für das Familienrecht in Sowjetrußland; die grundlegenden Bestimmungen der Dezemberdekrete von 1917 sind darin aufgenommen. Er zerfällt in vier Teile mit 246 Artikeln. Teil I (Artt. 1—51) behandelt die Zivilstandsakte, Teil II (Artt. 52 bis 132) die Normen des Eherechts, Teil III (Artt. 133—183) das Familienrecht, die gesetzlichen Bestimmungen über Abstammung, Rechte und Pflichten der Kinder und Eltern, sowie das Verwandtschaftsverhältnis, Teil IV (Artt. 184—246) das Vormundschaftsrecht. Als Beilage enthält der Kodex eine Instruktion über die Untersuchung von Geisteskranken bei Einleitung einer Vormundschaft, ferner Vordrucke für die Personenstandsregister. Formell gilt der Kodex lediglich für das Territorium der R.S.F.S.R., faktisch erstreckt er sich auf das gesamte Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (S.S.S.R.). In der Ukraine sind fast sämtliche Bestimmungen des Kodex in den Dekreten über die bürgerliche Ehe und die Führung der Zivilstandsregister der U.S.S.R. (Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik) vom 17. Februar 1919 und über die Ehescheidung vom 20. Februar 1919 enthalten.

Eine interressortliche Kommission unter Vorsitz des z. Zt. wohl bekanntesten Interpreten des Sowjetrechts, Professor *A. G. Goichbarg* in Moskau, ist jetzt mit einer Ueberprüfung des Ehe- und Familienrechts beschäftigt.

Die Bestimmungen des Kodex über die Eltern und Kinder, sowie über das Verwandtschaftsverhältnis bezwecken, „mit den komplizierten und verworrenen Systemen der bürgerlich-feudalen Gesetze aufzuräumen“. Nach der Beseitigung der bürgerlich-feudalen Stände erscheint den Sowjetgesetzgebern das bisherige traditionelle Familienrecht als unnötiger Ballast. An seine Stelle hat in der Hauptsache die Sicherung der Rechte des Kindes auf Grund der Abstammung zu treten.

> „Als Fundament der Familie wird die tatsächliche Abstammung anerkannt. Ein Unterschied zwischen ehelicher und unehelicher Geburt wird nicht anerkannt.
>
> Anmerkung 1. Kinder, deren Eltern miteinander nicht verheiratet sind, stehen in jeder Hinsicht in ihren Rechten den Kindern gleich, die von Personen geboren sind, die miteinander in registrierter Ehe leben.
>
> Anmerkung 2. Die Bestimmung dieses Artikels erstreckt sich auch auf die unehelichen, vor der Veröffentlichung des Dekrets über die Zivilehe vom 20. Dezember 1917 geborenen Kinder (Art. 133)."

In der Kommentierung dieser Bestimmung geißelt *Goichbarg* die Ignorierung der Abstammung, der Gemeinsamkeit des Blutes, im alten russischen Recht bis 1902. (Im Jahre 1902 trat das neue Gesetz über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder in Kraft, das Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand aufwies.)

Nach Art. 134 des Kodex „gelten als Vater und Mutter eines Kindes die Personen, die als Eltern im Geburtsregister eingetragen sind". Die Registrierung ist also nicht unanfechtbar. Der Vater sowohl wie die Mutter haben das Recht, die Frage der tatsächlichen Abstammung des Kindes gerichtlich entscheiden zu lassen. Stellt das Gericht fest, daß die Registrierung unrichtig ist und auf wissentlich falschen Angaben desjenigen, der sich als Erzeuger des Kindes registrieren ließ, beruht, so wird er wegen falschen Zeugnisses strafrechtlich verfolgt. — Das von der vorerwähnten Kommission verfaßte Projekt läßt die Anfechtung der registrierten Vaterschaft nur im Interesse des Kindes zu.

Recht eigenartig sind die Bestimmungen der Artt. 140—144 des Kodex über die vorzeitige Feststellung der Vaterschaft im Interesse des Kindes.

> „Eine geschwängerte, nicht verheiratete Frauensperson hat spätestens drei Monate vor ihrer Niederkunft eine Anmeldung

an das Amt für Registrierung von Personenstandsakten an ihrem Wohnorte zu richten, in welcher der Zeitpunkt der Empfängnis, sowie Name und Wohnort des Schwängerers anzugeben sind.

Anmerkung. Die gleiche Anmeldung kann auch eine in registrierter Ehe lebende Frau erstatten, wenn das von ihr empfangene Kind nicht von ihrem Manne herrührt (Art. 140)."

Erhebt der als Erzeuger Aufgegebene nicht innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der diesbezüglichen Nachricht an ihn seitens des betreffenden Amts die gerichtliche Einrede gegen die Geschwängerte wegen Unrichtigkeit der Anmeldung, so wird dies als Anerkennung des Kindes als eigenes angesehen (Art. 141).

Das neue Projekt des Familienkodex sieht vor, daß die Vaterschaftserklärung auch nach der Geburt des Kindes abgegeben werden kann, und zwar unbefristet.

Bei der während der Ehe der Eltern erfolgten Geburt eines Kindes gilt der Ehemann als der „offizielle" Vater. Ist ihm indes bekannt, daß das Kind nicht von ihm stammt, so darf er sich bei Gefahr strafrechtlicher Verfolgung nicht als Vater eintragen lassen.

Bestreitet der als Erzeuger Angegebene die Vaterschaft, wird aber festgestellt, daß „nach dem natürlichen Verlauf der Dinge er als Erzeuger des Kindes anzusehen ist, so erklärt das Gericht ihn als Vater und trifft Entscheidung über die Schwangerschafts- und Entbindungskosten, sowie über den dem Kinde zu gewährenden Unterhalt" (Art. 143).

Stellt das Gericht jedoch die *exceptio plurium* fest, so trifft es Bestimmung, daß auch die anderen Personen, die mit der Geschwängerten geschlechtlich verkehrt haben, zu den im Art. 143 bezeichneten Kosten herangezogen werden (Art. 144). *Goichbarg* bemerkt hierzu, daß das Gericht in einem solchen Falle wohl die Beteiligung an den Kosten bestimmt, nicht aber, daß auch sämtliche Beklagte Väter des Kindes sind. „Vater des Kindes ist einer von ihnen, gleichwohl aber ist der Vater unbekannt".

Nach Mitteilung *Goichbargs* in den „Iswestija“ des Zentral-Exekutivkomitees vom 16. 9. 1923 sind im Jahre 1922 in ganz Rußland 1700 Anmeldungen von Vätern vor der Geburt des Kindes registriert worden.

Bei der Konstruktion der elterlichen Gewalt sind im Kodex zweierlei Tendenzen festzustellen: erstens die völlige Gleichberechtigung von Vater und Mutter in Ausübung der elterlichen Gewalt, zweitens das Bestreben, diese Gewalt ausschließlich zu Pflichten der Eltern für die Wahrung der Interessen des Kindes zu stempeln.

Kinder aus registrierter Ehe tragen den Familiennamen der Eltern. Kinder, deren Eltern nicht in registrierter Ehe miteinander leben, können mit dem Familiennamen des Vaters, der Mutter oder dem Namen beider benannt werden. Die Familiennamen solcher Kinder werden bestimmt auf Grund Uebereinkommens der Eltern, falls aber ein solches nicht zu erzielen ist, durch das Gericht (Art. 145).

Bei Scheidung oder Nichtigkeitserklärung einer Ehe können die Eltern den Familiennamen der Kinder vereinbaren; mangels einer Vereinbarung bestimmt der örtliche Einzelrichter, bei Streit der Parteien das örtliche Kollegialgericht den Familiennamen der Kinder (Art. 146).

„Bei verschiedener Staatsangehörigkeit der Eltern wird die Staatsangehörigkeit der Kinder, wenn eine Partei die russische Staatsangehörigkeit besitzt, durch Vereinbarung der Eltern bestimmt, die von ihnen bei der Eheschließung der Abteilung für Registrierung der Personenstandsakte gegenüber anzugeben ist.

Anmerkung. Beim Fehlen eines Uebereinkommens der Eltern in diesen Fragen gelten die Kinder als russische Staatsangehörige mit der Maßgabe, daß sie mit Erreichung der Volljährigkeit (bei Personen männlichen Geschlechts das 18., bei Frauenspersonen das 16. Lebensjahr) berechtigt sind, der Staatsangehörigkeit des anderen Elternteils zu folgen“.

(Nach Art. 103 des Kodex ist die Eheschließung auf die Staatsangehörigkeit der Eheleute ohne Einfluß.)

Die Eltern können nach *Goichbarg* auch dahin übereinkommen, daß beispielsweise nicht alle Kinder der Staatsangehörigkeit des einen Elternteils folgen, daß Knaben z. B. der Staatsangehörigkeit des Vaters, Mädchen der Staatsangehörigkeit der Mutter folgen usw.

Die Eltern können nach Art. 148 hinsichtlich der Zugehörigkeit der Kinder unter 14 Jahren zu dem einen oder anderen Religionsbekenntnis Vereinbarung treffen. Mangels einer Vereinbarung der Eltern gelten Kinder bis zum 14. Lebensjahre als konfessionslos. Die Vereinbarung über die Zugehörigkeit der Kinder zu einem Religionsbekenntnis muß in schriftlicher Form erfolgen.

Bei Abfassung dieses Artikels gingen die Gesetzgeber noch von der Tatsache der Zugehörigkeit der Sowjetbürger zu dem einen oder anderen Religionsbekenntnis aus. In den letzten Jahren sind indes energische Anstrengungen gemacht worden nach der Richtung hin, die Kinder von den „religiösen Vorurteilen“ der Eltern zu emanzipieren. Die Erziehung eines Kindes in religiösem Geiste gilt beispielsweise für die Mitglieder der kommunistischen Partei als Verstoß gegen die Parteidisziplin.

Das neue Projekt des Familienrechts („Iswestija“ vom 30. 9. 1923) sieht vor, daß alle Kinder bis zur Erreichung der Volljährigkeit als konfessionslos zu betrachten sind. Mehr noch: in Abänderung des Art. 148 soll bestimmt werden, daß eine Vereinbarung zwischen den Eltern über die Zugehörigkeit der Kinder zu einem Religionsbekenntnis jeglicher rechtlicher Bedeutung entbehrt.

Elternrechte stehen den Eltern zu gegenüber Kindern männlichen Geschlechts bis zu 18 Jahren, bei Kindern weiblichen Geschlechts bis zu 16 Jahren (Art. 149). Die elterliche Gewalt wird von Vater und Mutter gemeinschaftlich ausgeübt ohne jedwede Bevorrechtigung des Vaters. Bei Streitigkeiten entscheidet das Gericht. — Wenn ein Elternteil stirbt, geht die elterliche Gewalt ohne weiteres auf den anderen über. Eine Vormundschaft darf in einem solchen Falle nicht noch besonders angeordnet werden.

Werden die Elternrechte nicht ausschließlich im Interesse der Kinder verwirklicht, so kann das Gericht den Eltern die Elternrechte aberkennen (Art. 153). Die Initiative für die Herbeiführung gerichtlicher Entscheidung steht hierbei der Staatsgewalt in gleicher Weise wie jeder Privatperson zu. Ebenso kann auch ein Elternteil die Entziehung der Elternrechte von dem anderen Teil beantragen. Werden einem Teil die Elternrechte entzogen, so gehen diese in vollem Umfange auf den anderen Elternteil über. „Die Entziehung der Elternrechte ist keine Familienangelegenheit, sondern Sache der Allgemeinheit“ *(Goichbarg).*

Die Eltern haben die Sorge für die Person und das Vermögen der minderjährigen Kinder (Art. 155). Die Aberkennung der elterlichen Gewalt entbindet die Eltern jedoch nicht von der Sorge für die Person und das Vermögen der Kinder. Bei Getrenntleben der Eltern entscheidet Vereinbarung, bei wem die minderjährigen Kinder leben sollen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet das Gericht (Art. 158). Bei Aberkennung der Elternrechte behalten die Eltern das Recht, die Kinder zu sehen, „es sei denn, daß festgestellt würde, daß ein solches Sehen auf die Kinder schädlich und verderblich wirken könnte“ (Art. 159).

Die Bestimmungen über die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sind in den Artt. 160 bis 171 des Kodex behandelt.

Die Kinder haben danach keinerlei Rechte auf das Vermögen der Eltern und umgekehrt (Art. 160).

Die Eltern sind unter Begrenzung des Werts des vererblichen Nachlasses auf 10000 Goldrubel berechtigt, ihr Vermögen den Kindern zu vererben bezw. nicht über einen gewissen Betrag hinaus zu schenken, da Schenkungen nach dem Dekret über Schenkungen auf eine bestimmte Höhe beschränkt sind. (Schenkungen über einen 10000 Rubel übersteigenden Betrag sind unzulässig, unter diesem Betrage jedoch an gewisse Formalitäten geknüpft und mit einer besonderen Steuer belegt.)

Die Unterhaltspflicht liegt den Eltern ob gegenüber den minderjährigen, arbeitsunfähigen und notleidenden Kindern

(Art. 161). Diese Unterhaltsverpflichtung kann nach den Erklärungen der Sowjetjuristen nur solange Sinn haben, als nicht die endgültige Verwirklichung der staatlichen Fürsorge herbeigeführt ist.

Wenn Kinder Vermögen besitzen, obliegt den Eltern die Verwaltung darüber; es steht ihnen indes keinerlei Nutznießung daran zu. — Als „arbeitsunfähig“ gelten nach *Goichbarg* die Minderjährigen beiderlei Geschlechts bis zu 16 Jahren.

Die Unterhaltspflicht haben die Eltern gemeinschaftlich, Vater und Mutter in gleicher Weise, unabhängig davon, ob sie in registrierter Ehe leben oder nicht, ob die Ehe geschieden oder für nichtig erklärt oder durch den Tod gelöst ist, da die familienrechtlichen Beziehungen durch die Ehe nicht berührt werden.

„Der von jedem Elternteil für den Unterhalt aufgewendete Betrag darf sich nicht unter der Hälfte des Existenzminimums halten, das für ein Kind an dem betreffenden Orte festgesetzt ist. Eltern, die ihren Anteil nicht voll entrichten können, zahlen einen Teil davon“ (Art. 162).

Die Unterhaltspflicht der Eltern erstreckt sich nur bis zum Eintritt der Volljährigkeit der Kinder (16 bezw. 18 Jahre). Hingegen ist „die Verpflichtung der Kinder, ihren Eltern, die arbeitsunfähig und bedürftig sind, Unterhalt zu gewähren, wenn letztere vom Staate keinen Unterhalt auf Grund des Gesetzes über die Versicherung gegen Krankheit und Alter oder über Maßnahmen der sozialen Fürsorge erhalten“, unbefristet und an kein Lebensalter der Eltern gebunden (Art. 163).

Im Falle der Verweigerung des Unterhalts (Eltern wie Kindern gegenüber) ist zwangsweise Verwirklichung der Verpflichtung durch die Abteilung für soziale Fürsorge bei dem betreffenden Gouvernement zulässig. (Die Bestimmungen über das hierbei anzuwendende Verfahren sind in den Artt. 108-118 enthalten.)

Bei Scheidung der Ehe ergeht zugleich mit dem Urteil richterliche Entscheidung in der Frage des Unterhalts für die Kinder (Artt. 166/167).

Im Falle des Todes, der Todes- oder Verschollenheitserklärung erhalten die hinterbliebenen Eltern bezw. Kinder die unmittelbare Verwaltung und Verfügung des Vermögens des Verstorbenen zusammen mit etwaigen anderen Personen, die zur Empfangnahme des Vermögens in Verwaltung und Verfügung berechtigt sind. Diese Regelung erfolgt jedoch nur dann, wenn das Vermögen des Verstorbenen bzw. für tot oder verschollen Erklärten 10000 Rubel nicht übersteigt, wenn es insbesondere aus einer Arbeitswirtschaft, aus Hausrat und den Produktionsmitteln der Landwirtschaft in Stadt und Dorf besteht (Artt. 171 bezw. 129). Bei Streitigkeiten entscheidet das örtliche Gericht.

> „Rechte und Pflichten der im Verwandtschaftsverhältnis zueinander stehenden Personen“

sind in den Artt. 172—181 des Kodex behandelt.

Der Kreis dieser Personen ist in Art. 172 bestimmt; es sind dies „Verwandte in gerader aufsteigender und absteigender Linie, voll- und halbbürtige Geschwister. Ein Unterschied zwischen ehelicher und nichtehelicher Verwandtschaft besteht nicht“. Die Unterhaltspflicht ist in diesem Falle nur eine subsidiäre; sie tritt nach Art. 173 nur dann ein, wenn diese Personen Unterhalt von Ehegatten, den Kindern oder Eltern nicht erhalten können (infolge Abwesenheit oder Vermögenslosigkeit). Die Artt. 174—177 enthalten Bestimmungen hinsichtlich der gerichtlichen Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen des vorbezeichneten Personenkreises. Rechtsunwirksam sind Abreden über Verzicht auf den Unterhaltsanspruch (Art. 178).

Die Schwägerschaft, das Verhältnis zwischen Ehegatten und den Verwandten des anderen Ehegatten, entbehrt jeglicher rechtlichen Bedeutung, ist im Kodex daher auch nirgends erwähnt. Ein Hinweis auf Schwägerschaft findet sich nach *Goichbarg* in der gesamten Sowjetgesetzgebung lediglich in dem Dekret über gemeinschaftliche Tätigkeit von Verwandten und Verschwägerten in einer Sowjetinstitution.

Da ein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern nicht gemacht wird, ist im Sowjetrecht auch eine Ehelichkeitserklärung oder Legitimation durch nachfolgende

Ehe nicht vorgesehen und daher nach Auffassung der Sowjetjuristen unzulässig.

Die Annahme eigener oder fremder Kinder an Kindesstatt ist seit Inkrafttreten des Kodex nicht mehr zulässig. „Eine nach diesem Zeitpunkt erfolgte Annahme an Kindesstatt ist bezüglich der Rechte und Pflichten der Adoptiveltern und Adoptivkinder ohne jegliche Bedeutung“ (Art. 183). Nach *Goichbarg* richtet sich diese letztere Bestimmung insbesondere gegen das bei der Landbevölkerung übliche Haltekinderwesen (Pflegekinder). Das Pflegekind erlangt durch die faktische, d. h. ohne Beobachtung besonderer Förmlichkeiten bewirkte Annahme an Kindesstatt keinerlei Rechte gegenüber der Familie, insbesondere kein Anrecht auf den der Familie zugeteilten Grund und Boden. Dagegen werden die vor Inkrafttreten des Kodex erfolgten Adoptionen durch das Adoptionsverbot nicht berührt. Adoptivkinder und deren Nachkommenschaft gelten den Verwandten auf Grund der Abstammung als gleichgestellt (Art. 182). „Infolgedessen ist auch das durch die frühere Adoption begründete Verwandtschaftsverhältnis ein Ehehindernis; es gewährt den Unterhaltsanspruch nicht nur bei Lebzeiten, sondern auch aus dem Vermögen des Verstorbenen“ *(Goichbarg)*.

Mit der Normierung des Adoptionsverbots bezweckten die Sowjetgesetzgeber, wie von ihnen selbst zugegeben wird, in der Hauptsache die Verhinderung der Umgehung des Gesetzes betr. das Verbot der Lohnarbeit auf Bauernland, da die Landbevölkerung durch Aufnahme von Pflege- und Haltekindern in die „Arbeitsfamilie“ kostenlose Arbeitskräfte heranzuziehen gewohnt ist.

Nach einer Veröffentlichung in der „Wochenschrift für Sowjetjustiz“ in Moskau vom November 1923, S. 252, ist ein neues Dekret über die Wiederzulassung der Annahme an Kindesstatt in Vorbereitung; danach können Kinder unter 12 Jahren adoptiert werden, wenn sie nicht unter elterlicher Obhut stehen oder die Eltern mit der Adoption einverstanden sind. Minderjährige über 12 Jahre können mit ihrem Einverständnis adoptiert werden. Die Adoptiveltern müssen mindestens 25 Jahre alt und wenigstens 18 Jahre älter als das Kind sein.

Ueber die Rechtsstellung der Ausländer in Sowjetrußland sei in diesem Zusammenhange kurz folgendes bemerkt:

Gemäß Art. 8 der Verordnung des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees über die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches der R.S.F.S.R. (angenommen in der 4. Session IX. Einberufung vom 31. Oktober 1922) werden „die Rechte der Angehörigen ausländischer Staaten, mit denen die R.S.F.S R. Abkommen getroffen hat, durch diese Abkommen geregelt“. Nach Absatz 2 dieses Artikels können Ausländer, deren Heimatstaat mit Rußland keine entsprechenden Abkommen geschlossen hat, in ihrer Rechtsstellung beliebig beschränkt werden. Die Frage des internationalen Privatrechts ist damit offen gelassen. Soweit diese durch Konventionen geregelt ist, sind letztere maßgebend. Fragen des Ehe-, Familien- und Erbrechts der Ausländer in Rußland können daher nur durch Abkommen geregelt werden, wie es in einigen Verträgen bereits geschehen ist.

In den Friedens- und Handelsverträgen Rußlands mit anderen Staaten ist bezüglich der persönlichen Rechtsstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen das Prinzip der Gegenseitigkeit und Meistbegünstigung statuiert worden.

Auch nach Art. 4 des Rapallovertrages vom 16. April 1922, der durch das Handelsabkommen vom 6. Mai 1921 vorbereitet war, soll der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teils im Gebiete des anderen Teils, mit dem Vorbehalt der R.S.F.S.R. zugunsten der verbündeten Sowjetrepubliken und der früheren Bestandteile des russischen Reichs.

Die Anwendbarkeit der Gesetze des Heimatsstaats in Fragen des Ehe-, Familien- und Erbrechts wurde beispielsweise im russisch-türkischen Freundschaftsvertrag vom 16. März 1921 statuiert mit dem Vorbehalt eines besonderen Abkommens.

Ein Abkommen über die Ausgestaltung des Rapallovertrages ist zwischen Deutschland und Rußland noch nicht geschlossen worden, indes wohl zu erwarten. Die Regelung der familienrechtlichen Angelegenheiten würde hierbei ebenfalls vertraglich festzulegen sein, wobei der Begriff „familienrechtliche Angelegenheiten“ bei der Verschiedenartigkeit des Begriffs der „Familie“ im deutschen und russischen Recht ebenfalls zu fixieren sein würde.

Die in Art. 147 des Kodex enthaltenen Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit der Kinder bei verschiedener Staatsangehörigkeit der Eltern sind als überholt zu betrachten infolge des Inkrafttretens des neuen russischen Staatsangehörigkeitsgesetzes für die Union der S.S.R. vom 29. Oktober 1924. Durch Beschluß des Bundes-Zentralexekutivkomitees, veröffentlicht in Nr. 23, Teil I, Art. 201 der Gesetzsammlung vom 3. Dezember 1924 ist das „Reglement über die Bundesstaatsangehörigkeit“ vom 29. Oktober 1924 bestätigt und die Publikation angeordnet worden. Hiermit zugleich ist den Zentralexekutivkomitees der Bundesrepubliken aufgegeben worden, ihre damit im Zusammenhang stehende Gesetzgebung zu überprüfen. Es ist daher auch eine entsprechende Novelle zu dem Familienkodex, soweit er Staatsangehörigkeitsfragen enthält, zu erwarten. Eine Anpassung an die Bestimmungen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes wird auch bei anderen Gesetzen zu erfolgen haben, wie beispielsweise *) dem „Reglement über die Ausländer in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (U.S.S.R.) und über das Verfahren des Erwerbes und Verlustes der ukrainischen Staatsangehörigkeit“ vom 28. März 1922, das in den Artt. 15 und 16 „von den Ehen der Ausländer untereinander und mit ukrainischen Staatsangehörigen und von den Kindern aus diesen Ehen“ handelt; ferner das „Reglement über die Ausländer in der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ vom 4. August 1922, das in den Artt. 5—16 ebenfalls Staatsangehörigkeitsfragen behandelt.

Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes, soweit es für das hier behandelte Thema in Betracht kommt, lauten:

> Art. 4. Als Angehörige der verbündeten Republiken und damit des Bundes der S.S.R. gelten Personen, deren beide Eltern Angehörige des Bundes der S.S.R. sind, unabhängig davon, wo diese Personen auch geboren sind.

---

*) Vgl. hierzu „Das Auslandsrecht“, Rußland-Heft Nr. 3, Berlin, März 1925, S. 113—122; Verlag von *Julius Springer*, Berlin.

Als Angehörige der verbündeten Republiken und damit als Angehörige des Bundes der S.S.R. gelten Personen, deren einer Elternteil bei ihrer Geburt Angehöriger des Bundes der S.S.R. war, unter der Bedingung, daß wenigstens der eine von ihnen zu jenem Zeitpunkte auf dem Territorium des Bundes der S.S.R. lebte.

Die Staatsangehörigkeit einer Person, deren einer Elternteil bei ihrer Geburt Angehöriger des Bundes der S.S.R. war, während beide Eltern zu diesem Zeitpunkt außerhalb des Bundesterritoriums lebten, wird durch Vereinbarung der Eltern bestimmt. Mit Erreichung der Volljährigkeit kann diese Person in jedem Falle die Staatsangehörigkeit des Bundes der S.S.R. im abgekürzten Verfahren erwerben.

Art. 5. Bei der Eheschließung zwischen einer die Bundesstaatsangehörigkeit besitzenden Person mit einer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzenden Person behält jede der in die Ehe tretenden Personen ihre Staatsangehörigkeit bei. Ein Wechsel der Staatsangehörigkeit dieser Personen kann im abgekürzten Verfahren erfolgen auf Grund eines diesbezüglich zu erlassenden Bundesgesetzes.

Art. 6. Ein Wechsel der Staatsangehörigkeit eines der beiden Ehegatten, wenn sie Angehörige des Bundes der S.S.R. sind und auf dem Bundesterritorium leben, ist auf die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder ohne Einfluß.

Die Frage der Staatsangehörigkeit der Kinder wird, wenn einer der beiden Eltern, welche die Bundesangehörigkeit besitzen, jedoch außerhalb des Bundesterritoriums leben, die Bundesstaatsangehörigkeit aufgibt, durch Vereinbarung der Eltern geregelt.

Anmerkung 1. Bei einem solchen Wechsel der Staatsangehörigkeit der Eltern, demzufolge beide Eltern Bundesangehörige werden, oder umgekehrt aufhören, Bundesangehörige zu sein, ändert sich entsprechend die Staatsangehörigkeit der Kinder unter 14 Jahren. Eine Aenderung der Staatsangehörigkeit der Kinder über 14 Jahre tritt bei dem Wechsel der Staatsangehörigkeit der Eltern nicht ein.

Anmerkung 2. Personen, die aufgehört haben, Bundesangehörige zu sein infolge Abkehr ihrer Eltern, wird das Recht eingeräumt, die Bundesstaatsangehörigkeit zu erwerben unter Einreichung einer Eingabe an das Gouvernements-, Oblast- oder das dem Gouvernements-Exekutivkomitee entsprechende Komitee, in den autonomen Republiken jedoch, in denen Gouvernementseinteilung nicht besteht, an die Zentral-Exekutivkomitees der Bundesrepubliken.

Bezüglich der „Volljährigkeit“ ist noch folgendes zu sagen:

Die Bestimmung des Art. 191 des Familienkodex über das Volljährigkeitsalter (bei männlichen Personen das 18., bei weiblichen Personen das 16. Lebensjahr) steht im Widerspruch zu Art. 7 des seit dem 1. Januar 1923 in Geltung befindlichen Bürgerlichen Gesetzbuchs (Zivilkodex), nach welchem „die Volljährigkeit mit Erreichung des 18. Lebensjahres eintritt“. Dieser Widerspruch ist, wie *Freund* meint („Das Zivilrecht Sowjetrußlands“, Bensheimer Verlag, Mannheim 1924, S. 121), nur zu lösen, wenn man nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen das ältere Gesetz (Familienkodex) durch das neuere Gesetz (B.G.B.) insoweit als abgeändert annimmt.

In dem Kommentar des Instituts für Sowjetrecht zum B.G.B., der unter Redaktion von Professor *Goichbarg* und der Assistenten des Instituts *J. S. Pereterski* und *S. R. Tettenborn*, erschienen ist, wird im Heft 1, Moskau-Petrograd, S. 33, von Professor *Markow* der Standpunkt vertreten, daß unter Abänderung des Art. 191 des Familienkodex das Volljährigkeitsalter für Personen beiderlei Geschlechts mit 18 Jahren eintritt. Das im Art. 191 des Familienkodex angegebene Volljährigkeitsalter von 16 Jahren für eine Frauensperson bezeichne lediglich die Volljährigkeit für die Ehe gemäß Art. 66 des Familienkodex.

Rechtsangleichung und Gesetzeskollisionen in Elsaß-Lothringen.

Ein Beitrag zu dem internationalen und interlokalen Privatrecht[1]).

Von Gerichtsassessor Dr. **Franz Brändl** in München.

1. Das französische Uebergangsgesetz vom 17. Oktober 1919[2]), das die „Wiedereinverleibung Elsaß-Lothringens in die französische Einheit durch den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 und den Friedensvertrag vom 28. Juni 1919" feststellte, beließ die drei „Departements von Nieder-, Oberrhein und Mosel" bis auf weiteres unter den deutschen Gesetzes- und Verwaltungsbestimmungen, die fortan als „lokales" Recht dem in den 86 alten Departements geltenden („metropolitanen") Recht gegenübergestellt wurden. Die Rechtsangleichung soll stufenweise erfolgen. Eine Hauptetappe auf diesem Wege bezeichnen die beiden großen Gesetze vom 1. Juni 1924 über die Einführung der französischen Zivil- und Handelsgesetzgebung[3]): sie geben an, mit Wirkung vom 1. Januar 1925 diese „in ihrer Gesamtheit" in Elsaß-Lothringen in Kraft zu setzen, machen aber gleichwohl auf allen Rechtsgebieten sehr erhebliche Zugeständnisse an das bisherige Recht, das zum Teil unverändert aufrechterhalten, zum Teil mit romanischen Rechtsgedanken zu einem neuen Sonderrecht verschmolzen ist. Elsaß-Lothringen ist daher heute noch ein besonderes Rechtsgebiet, auch insoweit das *„droit*

---

[1]) Abkürzungen: B.O. = *Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine;* D. = *Dalloz, Recueil périodique et critique de jurisprudence, de législation et de doctrine* (Abteilung IV: *législation*); *Rev. Darras* = *Revue de Droit international privé,* herausgegeben von *Darras-Lapradelle; Rev. jur.* = *Revue juridique d'Alsace et de Lorraine;* weitere Abkürzungen siehe Fußnote 3 [*circ.*], 5 [*Nib.*], 27 [*Klein*].

[2]) B.O. 2825/7 = D. 1919, IV, 270.

[3]) B.O. 587, 661 (bürg. EinfG.); 743, 759 (handelsr. EinfG.), wozu *Schwalb* in JW. 1925, 24; die ministeriellen Rundschreiben zur Anwendung beider Gesetze (im folgenden abgekürzt *circ.* = *circulaire ministérielle*) B.O. 995, 897.

commun“ grundsätzlich hergestellt ist. Die völlige Vereinheitlichung soll erst mit den unerläßlichen Reformen der Napoleonischen Gesetzbücher unter Verwertung der Erfahrungen durchgeführt werden, die Elsaß-Lothringen auf den vorbehaltenen Rechtsgebieten zeitigt.

2. Die Aufgabe, den Geltungsbereich der Rechtsordnungen diesseits und jenseits der Vogesen untereinander sowie gegenüber dem Auslande abzugrenzen, gehörte zu den vordringlichsten. Die Grenzlinie vom Standpunkte der altfranzösischen Gerichte nach den Kollisionsnormen des *code civil*, vom Standpunkte der elsaß-lothringischen Gerichte auch weiterhin nach den Art. 7—31 EG. BGB. zu ziehen — lediglich mit den in den Staatsangehörigkeitsverhältnissen der elsaß-lothringischen Bevölkerung veranlaßten Aenderungen —, war bei der teilweisen Verschiedenheit der beiderseitigen Grenznormen auf die Dauer unerträglich[4]; so sehr, daß *Niboyet*, der diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit zuwendete[5], annehmen zu sollen glaubte, die deutschen Kollisionsrechtssätze seien als mit der Verfassung eines Staates eng zusammenhängende Suveränitätsabgrenzungsnormen mit der staatsrechtlichen Rückkehr Elsaß-Lothringens unter die französische Staatshoheit jedenfalls dem Auslande gegenüber von selbst unanwendbar geworden, wenngleich sie von der Fortgeltung nicht ausdrücklich ausgenommen wurden[6]. Durchgedrungen ist *Niboyet* mit seiner Ansicht nicht, hier so wenig wie in der nach französischer Uebung dem IntPrR. im weiteren Sinne zugerechneten Lehre von der Staatsangehörigkeit[7], während er für die dort herkömmlich weiter behandelte Materie des Fremdenrechts diese Auffassung selbst nicht zu vertreten wagte[8]. Wenngleich die Internationalprivatrechtssätze als „Rechtsanwendbar-

---

[4] Vgl. etwa *Audinet* in *Rev. Darras* 1921, 393; *Niboyet* S. 134 f.

[5] Vgl. insbesondere seine Monographie: *Conflits entre les lois françaises et les lois locales d'Alsace et Lorraine en droit privé* (1922), im folgenden abgekürzt *Nib.*

[6] *Nib.* S. 22 f., 54 f., 78 f., 134 f.; *Anonymus* in *Rev. Darras* 1922/23, 364. — Für Staatsverträge gilt das Prinzip der beweglichen Vertragsgrenzen, *Nib.* S. 12 und *Rev. Darras* 1921, 311.

[7] *Nib.* in *Rev. Darras* 1920, 95.

[8] *Nib.* S. 25/6, jedoch auch *Nib.* in *Rev. Darras* 1921, 338, 342 f.

keitsnormen" in ihrer wissenschaftlichen Klassifizierung dem Staatsrecht am nächsten stehen[9]) und, soweit fremde Staatstätigkeit gegenübertritt, als „äußeres Staatsrecht" [10]) erscheinen mögen, so waren durch das Einverleibungsgesetz doch nur die mit der Organisation der höchsten Gewalt unmittelbar zusammenhängenden Verfassungsgesetze [11]) stillschweigend eingeführt. Tatsächlich wurden die Art. 7—31 EG. BGB. erst durch das Gesetz zur Regelung und Vorbeugung der Konflikte zwischen dem französischen und dem lokalen Recht von Elsaß-Lothringen in privatrechtlichen Fragen vom 24. Juli 1921 [12]) aufgehoben, und zwar mit der Verkündigung dieses Gesetzes [13]), während allerdings das Deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, die mißliebige *„loi Delbrück"*, durch Dekret vom 7. März 1920 [14]) mit Rückwirkung auf den 11. November 1918 durch die entsprechenden Vorschriften des *code civil* ersetzt wurde [15]).

Die zivilprozessualen Gerichtsstände hat erst das bürgerlichrechtliche Einführungsgesetz vom 1. Juni 1924 durch Aufhebung der §§ 12—35 und 36, Ziff. 5 und 6 ZPO. in Uebereinstimmung gebracht [16]), während bis dahin das Nebeneinander der örtlichen Zuständigkeiten stellenweise zu einem wahren Justizkriege zwischen den (alt)französischen und den elsaßlothringischen Gerichten geführt hatte. *Niboyet*'s Forderung, im Verhältnis zwischen beiden angesichts der bestehenden Urteilsgemeinschaft in einer für eine Weltkompetenzordnung bisher nie erreichbaren Selbstbeschränkung nur die gleichheitlichen sowie die gemeingültigen Fora des Domizils des Beklagten und der beklagten Sache gelten zu lassen, blieb auch hier Postulat[17]).

---

[9]) *Zitelmann*, IntPrR. I. 199 und in der Festgabe der Bonner Jur. Fakultät für *Bergbohm* (1919), S. 218/9; vgl. ferner besonders *Giesker-Zeller*, Die Rechtsanwendbarkeitsnormen, Beiheft zur Rhein.Z. 1914.

[10]) *Neumeyer* in Archiv des öffentlichen Rechts 1913, 130.

[11]) Der Entwurf erwähnte ausdrücklich die Verfassungsgesetze vom 24. Februar 1875 (Art. 8 u. 9), 25. Februar und 16. Juli 1875; diese Stelle wurde aber vom Kammerausschuß als überflüssig gestrichen, weil die französischen Verfassungsgesetze in Elsaß-Lothringen ohne weiteres mit der Einverleibung anwendbar würden; wäre es anders, so könnte sich die französische Staatshoheit nicht betätigen. D. 1919, IV, 270.

[12]) B.O. 904, auch abgedruckt bei *Nib.* S. 357 f. mit den Gesetzesmaterialien. Der wesentliche Inhalt ist mitgeteilt von *Schwalb* in JW. 1924, 625.

[13]) Art. 16, siehe auch Art. 15, Abs. 2 und 3. Das Gesetz wurde im *Journal officiel de la République française* vom 26. Juli 1921 veröffentlicht.

[14]) B.O. 246.

[15]) Natürlich unter Vorbehalt der Bestimmungen in Teil III, Abschnitt 5 des Friedensvertrags und der Anlage hierzu.

[16]) Art. 93, in Kraft seit 1. 1. 1925.

3. Das aufgeführte Gesetz vom 24. Juli 1921 bezweckt in erster Linie, das interlokale Privatrecht für ganz Frankreich einheitlich zu regeln; es hat dafür besondere Kollisionsnormen aufgestellt, die von den zu Art. 3 des *code civil* herausgebildeten zum Teil abweichen; letztere sollen aber im Bedarfsfalle zur Ergänzung herangezogen werden[18]). Daraus folgert *Niboyet*, daß die „Qualifikation" der Anknüpfungsbegriffe wie der anzuknüpfenden Rechtsverhältnisse fortan auch von den elsaßlothringischen Gerichten einheitlich dem altfranzösischen Rechte zu entnehmen war[19]). Letzteres sollte eben das bevorzugte Recht, *loi dominante,* sein[20]).

Diesen Gesichtspunkt beleuchtet besonders scharf die darin zur „Vorbeugung" der Gesetzeskonflikte eingeräumte „Optionsbefugnis"[21]), die das Endziel der Einführung des französischen Rechts im Einzelfall vorwegzunehmen gestattete: alle in Elsaß-Lothringen oder sonstwo auf französischem Boden von Personen irgendwelcher Nationalität abzuschließenden Rechtsgeschäfte und insbesondere Verträge, die an sich dem „lokalen" Recht unterstehen würden, können nach Form und Wirkungen durch eine einfache Willenserklärung der Beteiligten dem (alt)französischen Recht unterworfen werden. Diese Optionsbefugnis war ursprünglich nur in Angelegenheiten des Personenstandes und Liegenschaftsrechtes, sowie im Hinblick auf Veröffentlichungsmaßnahmen zum Schutze Dritter und die Annahme und Ausschlagung von Erbschaften ausgeschlossen, im übrigen aber an die Schranken der Parteiautonomie nicht gebunden, für das Gesellschafts- und eheliche Güterrecht ausdrücklich anerkannt und ist bei Gründung von Aktiengesellschaften wegen des ungewissen Schicksals der deutschrechtlichen Gesellschaften, mehr noch vielleicht wegen des geringeren Maßes der französischen Ordnungs- und Kontrollvorschriften in der Praxis nahezu ausnahmslos ausgeübt worden[22]).

---

[17]) *Nib.* S. 312 f., auch in *Rev. jur.* 1921, 449; *Nib.* in *Rev. Darras* 1922/23, 418 spricht von einem „Geist des juristischen Regionalismus, der die wiedergewonnenen Provinzen kennzeichnet".

[18]) Art. 15, Abs. 1.

[19]) *Nib.* S. 42 f., 111 f.

[20]) *Nib.* S. 127 f., besonders 130/1.

[21]) Titel II (Art. 10—13) des Gesetzes *[Faculté d'option pour la loi française],* hierzu besonders die amtliche Begründung, bei *Nib.* S. 365 *(„devancer l'introduction officielle du droit français en Alsace et Lorraine").*

Die beiden Gesetze vom 1. Juni 1924 erhalten das Konfliktsgesetz ausdrücklich aufrecht[23]), wenngleich dessen Anwendungsbereich durch die grundsätzliche Herstellung eines einheitlichen Rechts naturgemäß verengert ist. Jedoch sollen Vereinbarungen, die nach dem beibehaltenen lokalen Rechte verboten sind, künftig auch nicht mehr durch Option für das französische Recht getroffen werden können[24]). Diese Einschränkung war notwendig, um nicht Vorschriften des deutschen Rechts, die wegen ihres sozialen Gehaltes allem Vereinheitlichungsdrang widerstanden hatten, nun doch auf diesem Umwege praktisch auszuschalten[25]).

4. Der französische Richter hat hiernach bei einem international verzweigten Tatbestande zunächst das IntnatPrR. des *code civil* anzuwenden, um zu erfahren, ob ausländisches oder

---

[22]) *Rev. jur.* 1924, 255, 258 (Senatsbericht *Eccard*), 438 (*Bourcart*, Vorsitzender der Kommission für Handelsrecht); *Nib.* in *Rev. Darras* 1922/3, S. 411, Fußnote 2 berichtet, daß sich schon seit dem Waffenstillstand in Elsaß-Lothringen zahlreiche Aktiengesellschaften mit mehr oder weniger „fiktivem“ Sitz in Altfrankreich gebildet haben.

[23]) Bürg. EinfG. Art. 13, handelsr. EinfG. Art. 11.

[24]) Abs. 2 der in Fußnote 23 aufgeführten Artikel.

[25]) Man hatte besonders im Auge die durch Art. 7 bürg. EinfG. beibehaltenen §§ 617, 618, 624, 626, 627 BGB. [vgl. *circ.* in B.O. 1924, S. 1006], die durch das handelsr. EinfG. (Art. 5) aufrechterhaltenen §§ 62, 63, 64, 67, 75 HGB., ferner das nach Maßgabe der Art. 66 f. bürg. EinfG. beibehaltene deutsche Versicherungsvertragsgesetz v. 30. Mai 1908 [vgl. *circ.* in B.O. 1924, S. 914], *Nib.* in *Rev. Darras* 1922/3, 403 f.

Bezüglich dieses *„lois impératives“* betont *Nib.* in *Rev. Darras* 1922/3, S. 405/6 die Bedeutung des Erfüllungsortsrechtes; hier ist auch zu erwähnen, daß die allgemeine Schiedsgerichtsklausel (§ 1026 ZPO.) in Elsaß-Lothringen erlaubt bleibt, entgegen *C. proc.* Art. 1006, um insbesondere das Straßburger Börsenschiedsgericht zu erhalten, vgl. *Nib.* in *Rev. Darras* 1922/3, S. 405, woselbst auch die interessante Kollisionsnorm des Art. 64 Entwurf zur Einführung der französischen Zivilprozeßgesetzgebung abgedruckt ist, und mein internationales Börsenprivatrecht (Bd. Nr. 38 von *Heymanns* Abhandlungen zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht 1925, S. 205 f.).

französisches Recht maßgibt, sodann aber, wenn der Tatbestand durch die persönlichen Verhältnisse eines Beteiligten oder in bezug auf Vermögen oder Vermögensobjekte irgendwie mit Elsaß-Lothringen verknüpft ist, das IntlokPrR. des Gesetzes vom 24. Juli 1921, um zu erfahren, ob innerhalb des französischen Rechts das altfranzösische oder das „lokale“.

Es fragt sich, wie der ausländische Richter in demselben Falle zu verfahren hat. Unzweifelhaft ermittelt er zunächst an Hand seines IntnatPrR. (der *lex fori*), ob der Tatbestand unter heimischem oder ausländischem Rechte steht. Ist hiernach aber französisches Recht maßgebend, hat er dann der Zuständigkeitsaufteilung, wie sie das französische Konfliktsgesetz von 1921 zwischen der *loi française* (*métropolitaine*) und der *loi locale* vornimmt, durch dessen Anwendung Rechnung zu tragen?

Niboyet mißt dem französischen Gesetze diese „internationale Tragweite“ bei[26]. Zu demselben Ergebnisse gelangt *Peter Klein* in seinen „Studien zum IntlokPrR.“[27], die im wesentlichen an Ausführungen *Zitelmanns*[28] zum gleichen Gegenstande anknüpfen.

Klein hält es bei einem Nebeneinander mehrerer Partikularrechte innerhalb desselben Staates (oder Staatsverbandes) für ausschlaggebend, ob der Gesamtstaat im Bereiche des Privatrechts die ausschließende eigene Gesetzgebungsgewalt besitzt oder die einzelnen Teilrechtsgebiete (S. 6 f.); in letzterem Falle — dem jener weitere gleichsteht, daß der Gesamtstaat von seiner ausschließenden Kompetenz eigener Rechtsbildung keinen Gebrauch gemacht hat — handle es sich eigentlich gar nicht um IntlokPrR., weil hier die Teilrechtsgebiete sich „wie völlig selbständige Staaten“ gegenüberstehen (S. 7). Dagegen stehe im ersteren Falle, insbesondere bei der staatsrechtlichen Einverleibung bisher selbständiger oder einem anderen Staate angehöriger Gebiete („wirkliches“) IntlokPrR. in Frage. Dessen

---

[26] *Nib.* S. 131 f.

[27] Im Oesterreichischen Zentralblatt für die Juristische Praxis, Band 33 (1915), S. 1, 97, 198 (auch als Sonderabdruck erschienen), im folgenden abgekürzt *Klein*, bes. S. 97 f.

[28] IntPrR. I, 395 f.

Normen seien eine „innerstaatliche Angelegenheit des Gesamtstaates, die der Gesamtstaat nach seinem freien Willen endgültig und einheitlich ordnet“ (S. 101/2). Der ausländische Richter habe die Interlokalrechtsnormen des Gesamtstaates „vollauf zu berücksichtigen“ (S. 98).

Diese Ansicht steht und fällt mit der Behauptung, daß die IntlokPrR.-Sätze innerstaatliches materielles Recht seien — *Niboyet* nimmt an: öffentliches[29], *Klein* privates[30] —, nicht ein „Recht der Rechtsordnungen“, „Recht über Recht“, eine „eigene, äußerste Rechtsschicht“ von der Natur der IntnatPrR.-Normen[31]. Der Begründung *Kleins* vermag ich nicht zu folgen: nach ihm soll „die Analyse einer jeden IntlokPrR.-Norm ergeben, daß sie sich restlos aus Bestandteilen der von der zentralen Gesetzgebungsgewalt des Gesamtstaates geschaffenen bezw. zugelassenen partikularen Privatrechtsnormen zusammensetzt“. Wäre das richtig, so würde wohl für die herkömmliche gemeinsame Betrachtung des internationalen und des interlokalen (interprovinzialen, interkantonalen) Privatrechts die gedeihliche Grundlage fehlen. Und doch bedürfen nicht nur die äußerlich mit den Staatsgrenzen zusammenfallenden Rechtsordnungen, sondern ebensogut jedes Partikularrecht, ja jede autonome Rechtsgemeinschaft der Absteckung ihres Wirkungskreises, wenn sie mit anderen Rechtskreisen ähnlicher Art in Berührung kommen. Die letzte Einheit für die IntnatPrR.-Probleme ist nicht der Staat, sondern der „Gesetzsprengel“, den *Savigny*[33] dem Gerichtssprengel nachbildet, den Gesetzesbegriff dabei im weiteren Sinne verstanden, das *„système juridique“ Arminjon*'s[34], der als Richter an den gemischten Gerichten Aegyptens einen besonders weiten Blick auch für die innerhalb eines Staatswesens zugunsten einzelner Personenkreise vorkommenden Rechtsbildungen hat, wie dies für die Christen im Orient, die Bekenntnisse in den Staaten konfessionellen Eherechts, Weiße und Eingeborene in den Kolonien zutrifft.

---

[29] *Nib.* S. 134.

[30] *Klein*, S. 97.

[31] *Klein* in Archiv f. Bürg. Recht, Bd. 29 (1906), S. 356/7; *Zitelmann* in der Bonner Festgabe für *Bergbohm* (1919), 207.

[32] OestZBl. S. 98, Fußnote 113.

[33] System des heutigen Römischen Rechts, Bd. VIII (1849), S. 97.

[34] In *Rev. Darras* 1919, 411 f., ferner in seinem zweifellos beachtenswerten *Précis de Droit international privé*, Bd. I (1925): *Les Nations fondamentales du Dr. i. pr.*, S. 73 f.

Ein öffentlicher Verband in diesem Sinne — *Arminjon* faßt zusammen[35]: eine Gemeinde von Menschen, welche eine eigene Rechtsordnung trägt und daher sich einer gewissen Autonomie[36] erfreut, gleichgültig ob im Besitz besonderer Gerichts- und Verwaltungsbehörden, eines Territoriums, als suveräner Staat organisiert oder nicht — ist Elsaß-Lothringen als inkorporiertes Gebiet zweifellos. Es ist allerdings bloße Provinz Frankreichs, ohne jegliche Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung, dazu ohne eigene Rechtspersönlichkeit und ohne eigenes Vermögen; aber es hat doch einen gewissen aus seiner deutschen Vergangenheit überkommenen Bestand an Sondergesetzen[37]. Daß dieser von dem Pariser Parlament theoretisch jederzeit bis auf den letzten Rest beseitigt werden könnte, ändert an der Tatsache nichts, daß Elsaß-Lothringen heute noch Teilrechtsgebiet ist; so gut wie in Deutschland bis 1900 die Partikularrechte nebeneinander galten, und zwar durchaus nicht immer räumlich abgegrenzt neben den einzelnen Bundesstaaten, sondern wie z. B. in Preußen nach dem Allgemeinen Landrecht der *code Napoléon.* Soll in der juristischen Wertung etwa die Aeußerlichkeit einen Unterschied begründen, daß es französischem Nationalismus (und dem Wunsche, Elsaß-Lothringen „von Herzen“ französisch zu machen)[38] mehr entspricht, statt von dem Gebiete des fortgeltenden deutschen Rechts von einem „lokalen“ Rechtskreis zu sprechen?

---

[35] In *Rev. Darras* 1919, 420.

[36] Man muß von einer *vie juridique commune* sprechen können, *Précis*, S. 73.

[37] Vgl. etwa *Schwalb* in JW. 1924, 625 und in Elsaß-Lothring. Heimatstimmen 1923, S. 65, 90, 108.

[38] Welchem Wunsche die deutsche Gesetzgebung als Herd des Deutschtums entgegenstehe, *Nib.* als Berichterstatter für Elsaß-Lothringen im *Annuaire de législation française* 1919, 296; 1920, 135; derselbe Gedanke durchzieht das Gutachten der Straßburger Juristenfakultät zur Einführung des französischen Rechts in Elsaß-Lothringen, *Bulletin de la Société de législation comparée* 1920 (Bd. 50), S. 268 f.

5. Die richtige Einsicht wird dadurch erschwert, daß das Konfliktsgesetz vom 24. Juli 1921 nicht nur Kollisionsnormen, sondern auch Vorschriften anderer Art und Wertung enthält, ohne sie reinlich zu sondern.

Art. 1 und 2 daselbst unterwerfen *état* und *capacité* der „Elsaß-Lothringer“ dem lokalen Recht; Art. 14 Abs. 1 bestimmt, wer als „Elsaß-Lothringer“ gelten soll. Grenznorm ist hier nur: die persönliche Fähigkeit steht unter Heimatstatut; dieser Satz besteht für den deutschen Richter nicht, er wendet lediglich Art. 7 seines EG. BGB. an. Dagegen ist die Aufrechterhaltung eines besonderen öffentlichrechtlichen Statuts des „Elsaß-Lothringers“ für die nur durch die „Annexion“ von 1871 zu Deutschen gewordenen, nunmehr „réintegrierten“ und „reklamierten“ Alt-Elsässer und Alt-Lothringer, sowie für deren Ehefrau und Kinder, selbst wenn sie nach dem 11. November 1918 geboren sind, endlich für die in den drei Departements von unbekannten Eltern Geborenen[39]) von dem ausländischen Richter ebenso zu beachten wie die Bestimmungen über Erwerb und Verlust der fremden Staatsangehörigkeit selbst. Die Staatsangehörigkeit ist bei einer Mehrheit von Teilrechtsgebieten innerhalb eines Gesamtstaates nicht schon deshalb als Anknüpfungsbegriff im Bereiche des Personalstatuts ungeeignet, so daß zu einer Ersatzanknüpfung auf Grund der *lex fori* zu prüfen wäre wie im Falle mehrfacher Staatsangehörigkeit und der Staatenlosigkeit[40]), sondern es ist hier einer weiteren staatsrechtlichen Zuweisung der Person zu einem dieser Teilrechtskreise nach dem inneren Rechtszustand des zusammengesetzten Staates (durch Unterstaatsangehörigkeit, Heimat, Wohnsitz) zu folgen, gegebenenfalls diese Zuweisung in Ermangelung einer ausdrücklichen Bestimmung dem staatlich gesetzten oder anerkannten IntnatPrR. dieser Rechtskreise zu entnehmen[41]).

---

[39]) Vgl. Art. 54 FV. und Anlage zu Teil III, Abschnitt 5, §§ 1—3.

[40]) Ueber die Staatsangehörigkeit als Anknüpfungsbegriff vgl. besonders *Kahn* in IhJ. Bd. 30 (1891), S. 34 f., 57 f.

[41]) Vgl. besonders *Annuaire de l'Institut de Droit international*, 5. Jahrg. (1882), S. 45 f., 57: *Dans le cas* où *differentes lois civiles coexistent dans un même Etat, les questions relatives à l'état et à la capacité de l'étranger seront décidées selon le droit intérieur de l'Etats auquel il appartient.* (Beschlüsse der Oxforder Tagung 1880, Art. VI, Abs. 3.)

Nicht anders steht es mit der weiteren durch das französische Staatsrecht gegebenen Tatsache, daß in den drei neuen, in ihrer räumlichen Abgrenzung dem deutschen Elsaß-Lothringen entsprechenden Departements, rein äußerlich betrachtet, lokales Sonderrecht „gilt“ [42]) (womit noch nicht gesagt ist, für welche örtlich verzweigten Tatbestände). „Wie die sonstigen staatsrechtlichen Bestimmungen über den Bestand eines Rechtssatzes, so ist auch die Festsetzung dieses Staates maßgebend, welcher seiner Verbände eigenes Recht haben kann, in welchem räumlichen Umkreis solches Recht gilt, wie sich die persönliche Zugehörigkeit zu solchem Rechtskreis bestimmt .... Aber auch ob mehrere Verbände solcher Art zu gleichen Rechten nebeneinander bestehen, gehört noch zum staatsrechtlichen Inhalt ihrer Zulassung“ [43]).

Auch die „Optionsbefugnis“ hat der ausländische Richter zu beachten, so, wie sie das französische Konfliktsgesetz einräumt: es handelt sich hier nach den obigen Ausführungen um eine Vorwegnahme der Einführung des französischen materiellen Rechts für den einzelnen Fall, also um die wahlweise Geltung zweierlei Rechts. Dies macht die durch das Gesetz vom 1. Juni 1924 für die Aktiengesellschaften getroffene Regelung besonders deutlich, wenn neben die „anonyme Gesellschaft“ des französischen Rechts („unter Vorbehalt des Rechts der Option“) die *„Société Anonyme de droit local“* gestellt wird [44]); ein ähnlicher Dualismus gilt für das Recht der Genossenschaften [45]).

Hier stehen nicht Grenznormen in Frage — die Optionsbefugnis setzt vielmehr deren Anwendung, die Maßgeblichkeit des „lokalen“ Rechts voraus [46]); nur die fremden Kollisionsnormen sind aber für den heimischen Richter unbeachtlich.

---

[42]) Uebergangsgesetz vom 17. Oktober 1919, Art. 1 f., auch Konfliktsgesetz, Art. 14, Abs. 2. Ueber den Begriff der „Geltung“ eines Gesetzes siehe *Zitelmann* in der Bonner Festgabe für *Bergbohm* (1919), S. 220.

[43]) IntPrR. (1923), S. 12/13.

[44]) Handelsr. EinfG. Art. 18.

[45]) Bürg. EinfG. Art. 1, Ziffer 2a, handelsr. EinfG. Art. 1, Ziffer 2b, Art. 5 [*circ.* in B.O. 1924, S. 909, Absatz 2].

[46]) Konfliktsgesetz, Art. 10 drückt das sehr deutlich aus: *actes ... qui sont régis par la loi locale ...*

6. Einige praktische Beispiele mögen die Absonderlichkeit der gegenteiligen Anschauung besser vor Augen führen als abgezogene theoretische Betrachtung.

Nach Art. 20/21 EG.BGB. bemessen sich die Rechtsverhältnisse zwischen dem unehelichen Kinde und dessen Mutter sowie seinem Erzeuger nach dem Heimatstatut der Mutter als des maßgebenden Elternteils. Ist sie französische Staatsangehörige, so hat der deutsche Richter weiterhin zu prüfen, ob sie etwa auch „Elsaß-Lothringerin" ist; bejahendenfalls ist die Verbindung mit dem elsaß-lothringischen Teilrechtsgebiet hergestellt. Hier gilt heute noch eine bemerkenswerte Abweichung vom Rechte des *code civil,* der gegenüber den in Ehebruch und Blutschande erzeugten Kindern jede freiwillige oder erzwungene Anerkennung seitens der Mutter wie des Vaters ausschließt[47]), insofern bezüglich dieser Kinder die §§ 1708 f. BGB. beibehalten sind[48]). Gleichgültig ist es für den deutschen Richter, daß Art. 8 Abs. 2 des französischen Konfliktsgesetzes für den Beweis der Kindschaft das Personalstatut des Kindes maßgeben läßt und danach im Ergebnis den Ort der Niederkunft der Mutter, weil das natürliche Kind nach französischer Auffassung als von unbekannten Eltern geboren gilt, solange es nicht zu öffentlicher Urkunde oder — soweit zulässig — durch gerichtliches Urteil von seiten des Erzeugers oder der Mutter förmlich anerkannt ist, für Kinder unbekannter Eltern aber (wie für Findelkinder) die Staatsangehörigkeit und entsprechend die Unterstaatsangehörigkeit *jure soli*, nicht *jure sanguinis* bestimmt wird[49]).

Ein anderes Beispiel: Zwischen einem italienischen Kaufmann mit einer Handelsniederlassung in Straßburg und dem Vertreter einer Pariser Versicherungsgesellschaft ist ein Versicherungsvertrag in Straßburg abgeschlossen worden. Zur Entscheidung über entstandene Meinungsverschiedenheiten wird ein italienisches Gericht angerufen — wir wählen das Beispiel deshalb so, weil Art. 58 des italienischen *cod. di comm.* eine (die Praxis allerdings stark beengende) ausdrückliche Kollisionsnorm enthält, welche Handelsgeschäfte bei verschiedener Nationalität der Vertragschließenden dem Rechte des Errichtungsortes unterwirft[50]. Der italienische Richter muß daher nach seinem IntnatPrR. das in Straßburg geltende Recht, mithin das für Elsaß-Lothringen beibehaltene deutsche Versicherungsvertragsgesetz[51] auf den Vertrag anwenden. Dürfte er das französische Konfliktsgesetz berücksichtigen, so wäre er allerdings durch dessen Artikel 7 auf den Vollzugsort als reguläre Anküpfung verwiesen, also: wenn die Ware am Sitze der Gesellschaft in Paris zu versichern ist, auf das französische Recht. Wie aber vollends, wenn die zu versichernde Ware in Mailand lagern würde? Hier würde der französische Interlokalrechtssatz weder auf das altfranzösische noch auf das lokale Recht hinführen, überhaupt auf kein Teilrecht, sondern auf das Recht eines dritten Staates, auf dasselbe italienische Recht, dessen Kollisionsnorm hinwiederum das französische Recht für maßgebend erklärt.

---

[47]) *C. c.* Art. 335, 342.

[48]) Bürg. EinfG. Art. 16.

[49]) Vgl. Konfliktsgesetz Art. 8, Abs. 2, 1 Abs. 2, *circ.* in B.O. 1009; *Pillet.-Nib.*, *Manuel de Droit int. pr.* (1924), Nr. 40, 44, 45, 485, 486. — Die *„preuve" de la filiation* ist materiellrechtliche Voraussetzung eines bestimmten Kindschaftsverhältnisses. Vgl. auch *Nib.* in *Rev. Darras* 1922/3, 398, bes. Fußnote 2 daselbst.

Nun lesen wir allerdings bei *Niboyet*: das Konfliktsgesetz will und soll nur die Kollisionen zwischen dem altfranzösischen und dem lokalen Recht[52], das ausländische IntnatPrR. nur jene zwischen dem heimischen und dem gesamtfranzösischen Recht regeln; und daran geknüpft die feierliche Verwahrung, damit in die verwerfliche Irrlehre der Rück- und Weiterverweisung zu verfallen[53]. Aber die Beweisführung aus dem Geltungswillen eines Gesetzes führt unfehlbar in das logische Spiegelkabinett der Verweisungslehre, und zwar hier nicht nur in dem gewohnten Bereich des Personalstatuts, sondern auf der ganzen Linie, wie es in dieser „Vollendung“, wenngleich von einem anderen Ausgangspunkte aus, etwa in dem *Neumann*schen System der Zuständigkeitserwägungen vorgeführt worden ist[54].

---

[50] Vgl. mein Internationales Börsenprivatrecht (Band Nr. 38 von *Heymanns* Arbeiten zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht, 1925), S. 82/83.

[51] Bürg. EinfG. Art. 66 f.

[52] Siehe auch Art. 15, Abs. 1 und 2 des Konfliktsgesetzes selbst.

[53] *Nib.* S. 133/4. Ebenso *Klein,* OestZBl. S. 97/8.

Der italienische Richter würde in dem angeführten Beispiele, wenn er der Weiterverweisung des französischen Konfliktsgesetzes stattgäbe, nicht das Recht des Errichtungsortes anwenden, obwohl sein Gesetzgeber an dem Orte des Vertragsabschlusses und in dem hier geltenden Teilrechtsgebiete, nicht etwa sonst an irgend einem Punkte des französischen Gesamtstaates den räumlichen Schwerpunkt des Vertrags, seine charakteristischste örtliche Beziehung, den „Sitz“ des Rechtsverhältnisses erblickt.

Wenn freilich ein IntnatPrR. eine Bestimmung enthalten sollte von der Art des Art. 37 des polnischen Entwurfes[55], der bei Vorhandensein mehrerer Partikularrechte in einem Staate es diesem überläßt, zu bestimmen, welches von diesen Privatrechten anzuwenden sei, so gilt dieser Gesetzesbefehl; man darf nur nicht mit *Schöndorf* glauben, daß er „richtig, aber ungenügend“ sei, weil er darüber schweige, wie zu verfahren, wenn ein solches IntlokPrR. fehlt[56].

---

[54] *Neumann*, IntPrR. in Form eines Gesetzentwurfs (1896), S. 25 f. (36), und Verhandlungen des 24. Deutschen Juristentags (1897), Bd. I, S. 171 f., wozu *Mitteis* ebenda Bd. IV, S. 94 f.

Lehrreich Kassationshof Neapel 5. 1. 20. *Giurisprudenza Italiana* 1920 I, 141: Der Gerichtshof stellt in dem Streit um den Nachlaß eines britischen Staatsangehörigen, der in Italien wohnhaft und begütert war, fest, das Britische Reich bestehe aus vier Teilrechtsgebieten mit verschiedenen Erbrechtsordnungen; in diesen gelte einheitlich für das internationale wie interlokale Privatrecht der Satz, daß sich die Erbfolge in Fahrnis nach dem Domizilrechte des Erblassers, in Liegenschaften nach dem Rechte der belegenen Sache richte; wenn der italienische Richter durch Art. 8 der *disposizioni preliminari* des *codice civile* auf das Nationalstatut des Erblassers verwiesen nun unter den britischen Teilrechten zu wählen habe, würde er bei Anwendung der dort geltenden Grenznorm dazu gelangen, daß überhaupt keines jener fremden Teilrechte, sondern das italienische Recht die Erbfolge ordne, also zur Rückverweisung die als unlogisch, unjuristisch von der richtigen Lehre und der beifallswerten Rechtsprechung verwerfen werde. — Im übrigen ist das Urteil nicht einwandfrei, wenn es meint, der Fall läge für den italienischen Richter grundsätzlich anders, wenn der britische Erblasser z. B. in Schottland domiziliert gewesen wäre und Grundvermögen in England besessen hätte. — Zur Lehre vom „*Domicile*“ und der „*British Nationality*“ vgl. etwa *Westlake, Private International Law*, 5. A. (1912), S. 337, 363, 377.

[55] Mitgeteilt in Zeitschrift für polnisches Recht, 1. Jahrg. (1923), S. 4 f.

[56] Zeitschrift für polnisches Recht 1923, S. 38.

7. Die Masse der Sachnormen stellt sich nach einem treffenden Bilde *Bars*[57]) der nächstliegenden Betrachtung gleichsam dar als Körper mit festgeschlossenen Grenzlinien, dessen äußere Form nicht weiter in Betracht kommt, dessen innerer Gehalt ... allein von Bedeutung erscheint, der erst in das große Becken des internationalen Verkehrs geworfen, andere Körper von ähnlicher Beschaffenheit berühren muß, um die Frage auftauchen zu lassen, welche Fläche er bedeckt. Inwieweit die räumliche Wirkung eines Gesetzes sich erstreckt, ist regelmäßig „etwas Sekundäres, eine andere daneben stehende Norm“ [58]). Aber schon *Kahn* hat darauf hingewiesen[59]), daß es Gesetze gibt, bei denen räumliche Beziehungen Bestandteil des sachlichen Willensinhalts bilden, bei welchen der Gesetzgeber nicht die Person, sondern eine bestimmte räumlich qualifizierte Personenklasse, nicht die Sache, sondern eine bestimmt belegene Sache hat treffen wollen. *Giesker-Zeller*[60]) spricht hier von materiellen Teilrechtssätzen, weil sie einen bestimmten Tatbestand des materiellen Rechts mit Beschränkung auf ein bestimmtes Territorium regeln oder — was wohl die Regel ist — für ein Territorium so, für ein anderes Territorium abweichend regeln. Solche Differenzierungen der Sachnorm auf räumlicher Grundlage sind ein Gegenstück zum Fremdenrecht, das eine Sachnorm auf persönlicher Grundlage — nach der In- oder Ausländereigenschaft des Beteiligten — differenziert[61]).

---

[57]) Archiv für öffentliches Recht, Bd. 15 (1900), S. 11.

[58]) *Kahn* in IhJ., Bd. 30 (1891), S. 30.

[59]) In IhJ., Bd. 30, S. 30f.

[60]) Die Rechtsanwendbarkeitsnormen (1914), S. 18f., 46, anknüpfend an *Zitelmann*, IntPrR. I, 251.

[61]) Vgl. *Neumeyer*, IntPrR. (1923), S. 3/4. — In einem abweichenden Sinne gebraucht den Ausdruck „Fremdenrecht“ *Isay* in seiner Monographie: Das deutsche Fremdenrecht; Ausländer und Polizei (1923); er unterscheidet nicht Zuständigkeitsabgrenzung nach Maßgabe der Staatsangehörigkeit und Differenzierung der Sachnorm nach In- und Ausländereigenschaft. Fremdenrecht ist ihm vielmehr jede Norm (Sach- oder Grenznorm), welche die Aus- oder Inländereigenschaft einer Person als Tatbestandsmerkmal verwendet (S. 3). Also ein ähnliches praktisches Sammelsurium wie der Begriff „Internationalprivatrecht“ in den Lehr- und Handbüchern der französisch-belgischen Internationalisten, vgl. etwa *Pillet-Nib.*, *Manuel de dr. i. pr.* (1924), S. 1f., *Poullet, Manuel de dr. i. pr. belge* (1925), § 1.

Hierher gehört es, wenn das Gesetz zur Einführung der französischen Handelsgesetzgebung das deutsche Binnenschiffahrts- und Flößereigesetz sowie — gegenüber der Unwirksamkeit des Haftungsausschlusses nach der *lex Rabier*[62]) — die §§ 276, 278 BGB. aufrechterhält, jedoch nur in Ansehung der Rheinschiffahrt, um diese gegenüber der deutschen und holländischen Konkurrenz wettbewerbsfähig zu machen[63]), oder die §§ 48—53 HGB. über die Prokura, aber nur zugunsten der Einzelkaufleute (mit Niederlassung in Elsaß-Lothringen) und der Gesellschaften des lokalen Rechts, während die Gesellschaften des französischen Rechts nur Handlungsbevollmächtigte des französischen Rechts bestellen können, weil ein „Prokurist" größere Machtbefugnisse hätte als selbst die Vertreter der Gesellschaft[64]).

In diesen Fällen ist die räumliche oder räumlich persönliche Beziehung Bestandteil des materiellen Rechtssatzes und daher auch für den ausländischen Richter bindend. Dagegen enthalten die Vorschriften des bürgerlich-rechtlichen Einführungsgesetzes über *état* und *capacité* der Personen[65]) eine solche Beziehung nicht, trotz ihrer einleitenden Beschränkung auf „Elsaß-Lothringer"[66]) und trotz der interlokalrechtlich natürlich möglichen Besonderheit, daß u. a. die Vormundschaft auch in Elsaß-Lothringen nur für die „Elsaß-Lothringer", nicht für die hier domizilierten sonstigen Franzosen nach lokalem Recht, im übrigen Frankreich aber schlechthin nur nach französischem Recht (mit der beherrschenden Stellung des Familienrats) „organisiert" wird[67]).

8. *Oertmann*[68]) urteilt bei Besprechung der *Klein*'schen Schrift, diesem zustimmend, „die Selbständigkeit, besondere

---

[62]) Vom 17. März 1905, *code de commerce*, Art. 103, Abs. 3 (gilt nicht für das Seefrachtgeschäft).

[63]) Handelsr. EinfG. Art. 5, Abs. 13, wozu *Nib.* S. 256 f. und in *Rev. Darras* 1921, 205.

[64]) Handelsr. EinfG. Art. 5, Abs. 3, wozu *circ.* in B.O. 1924, S 906.

[65]) Art. 16—28, welche eine große Zahl deutscher familienrechtlicher Vorschriften, u. a. das deutsche Vormundschaftsrecht, aufrechterhalten.

[66]) BürgEinfG. Art. 15 a. E.

[67]) Konfliktsgesetz Art. 3, hierzu *Nib.* S. 227 f. und in *Rev. Darras* 1922/3, 396; vgl. auch die gerade über diesen Punkt gepflogenen Beratungen in den Gesetzesmaterialien bei *Nib.* im Anhang, besonders S. 377, 383, 391.

[68]) Juristisches Literaturblatt 1916 (Bd. 28), 153.

Problemstellung des interlokalen gegenüber dem internationalen Privatrecht sei früher bedauernswerterweise meist verkannt, erst in neuerer Zeit endgültig erwiesen worden". Unsere durch die Rechtsentwicklung in Elsaß-Lothringen veranlaßten Betrachtungen scheinen nicht geeignet, dieses Urteil zu unterstützen. Grundsätzlich gleich ist vielmehr die Problemstellung, gleich aber auch die Lösung: hier wie dort ist der Ausgangspunkt die wechselseitige Anerkennung des Nebeneinanders mehrerer in gewissem Umfange „autonomer" Rechtsordnungen. Die Grundlage für diese wechselseitige Anerkennung bildet für die Staaten der völkerrechtlichen Gemeinschaft das Völkerrecht, für die Rechtsordnungen innerhalb eines Gesamtstaates die Zugehörigkeit zum gleichen Staatsverbande. Für die Lösung der Probleme bietet der Grundsatz der unabhängigen Staatsgewalt (Suveränität), wie bereits *Savigny*[69]) zutreffend beobachtet und neuerdings *Gutzwiller*[70]) gegenüber *Zitelmanns* völkerrechtlicher Theorie des Internationalprivatrechts mit Füg hervorgehoben hat, wenig Hilfe, so daß andere — hier wie dort verwendbare — heuristische Prinzipien zur Auffindung des räumlichen Schwerpunktes des Rechtsverhältnisses als der maßgebenden Anknüpfung ermittelt werden müssen. Deshalb muß auch die rechtliche Natur der international- und interlokalrechtlichen Kollisionsnormen die gleiche sein.

Demgegenüber sind die unleugbaren Verschiedenheiten keine grundsätzlichen aus Rechtsgründen, sondern Besonderheiten vermöge der anders gearteten tatsächlichen Voraussetzungen. Darauf beruht es, daß im IntlokPrR. die Gesamtverweisung, Retorsions- und Gegenseitigkeitsklauseln keine Rolle spielen, in aller Regel auch „Rechtsanwendungshilfe" und „Urteilsgemeinschaft" durchgeführt ist[71]). Die meistberufene Frage aber, ob für die Vorbehaltsklausel im IntlokPrR. Raum besteht, ist nicht schlechthin zu verneinen[72]), wenn man nur bedenkt, daß von dem Zwecke der einzelnen Teilrechtsordnungen auszugehen ist; deren gegenseitige Disqualifizierung aus dem Gesichtspunkte des Verstoßes gegen die guten Sitten wird allerdings durch die grundsätzliche Erwägung ausgeschlossen werden, daß derselbe Gesamtstaat es ist, der diese abweichenden Partikularrechte zugelassen oder geschaffen hat. Immerhin weist *Niboyet*[73]) aber mit Recht darauf hin, daß bei Einverleibung eines fremden Rechtsgebiets die dort geltende Rechtsordnung von den Gerichten des einverleibenden Staates nicht von heute auf morgen anders beurteilt werden könne; dagegen kann sich aus dem fortdauernden Nebeneinanderbestehenlassen der angegliederten neben der heimischen Rechtsordnung allerdings eine Angleichung der Rechtsanschauungen ergeben, die dann ihre Rückwirkung auch auf die Anwendung der bisher disqualifizierten Rechtsnormen als ausländischer äußern muß[74]).

---

[69]) System Bd. 8, S. 3, 24.

[70]) Im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie Bd. 16 (1922/3), S. 468 (470).

[71]) Dazu *Klein*, S. 101 f., 203/4.

[72]) Wie *Klein*, S. 104 f., 198 f., gegenüber der herrschenden Praxis will.

---

[73]) *Nib.*, S. 114, 207/8; vgl. auch *Tribunal Libourne (Gironde)* 24. 2. 21 in *Rev. jur.* 1921, 931 (Vaterschaftsklage eines elsässischen Kindes gegen einen französischen Soldaten).

[74]) So auch *Nib.* S. 117, *Klein* 203.

Haager Gerichts- und Schiedsgerichtssprüche.

Sprüche des Ständigen Internationalen Gerichtshofes.

[Statut und Reglement des Gerichtshofes s. Ztschr. XXX 200; avis consultatifs Nr. 1, 2, 3: Ztsch. XXX 347; avis consultatif Nr. 4: Ztsch. XXXI 163; arrêt Nr. 1: Ztsch. XXXI 283; avis consultatifs Nr. 6 und 7: Ztsch. XXXII 148; Bericht über die Tätigkeit des Gerichtshofs bis 1. 3. 25: Ztsch. XXXIII 431.]

I. Spruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in der Frage des Austausches der griechischen und türkischen Bevölkerung.[1])

Der Rat des Völkerbundes hat auf Ersuchen der „Gemischten Kommission für den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch" am 13. Dezember 1924 den Gerichtshof um ein Gutachten gebeten über die Frage nach Sinn und Tragweite des Wortes *„établis"* im Art. 2 des Lausanner Abkommens (betr. Austausch der griechischen und türkischen Bevölkerung) vom 30. Januar 1923, und über die Frage, unter welchen Bedingungen die in diesem Artikel als *„habitants grecs de Constantinople"* bezeichneten Personen als *„établis"* im Sinne der Konvention betrachtet und vom obligatorischen Bevölkerungsaustausch eximiert werden können.

Der Gerichtshof[2]) hat darauf in seiner sechsten, außerordentlichen Sitzung am 21. Februar 1925 folgendes Gutachten abgegeben:

A la date du 13 décembre 1924, le Conseil de la Société des Nations a adopté une Résolution ainsi conçue:

„Le Conseil de la Société des Nations, ayant été prié par la Commission mixte pour l'échange des populations grecques et turques de prêter ses bons offices pour demander à la Cour permanente de Justice internationale de formuler un avis consultatif sur le différent se rapportant à l'interprétation de l'article 2 de la Convention concernant l'échange des populations grecques et turques, signée à Lausanne le 30 janvier 1923, a décidé de demander à la Cour permanente de Justice internationale de bien vouloir lui donner un avis consultatif sur la question suivante:

> „Quels sont le sens et la portée qui doivent être attribués, dans l'article 2 de la Convention de Lausanne du 30 janvier 1923, relative à l'échange des populations grecques et turques, au mot „établis" lequel a fait l'objet des discussions et thèses contenues dans le dossier commu-

---

[1]) Abgedruckt: *Publications de la Cour permanente de justice internationale, Série B, No. 10. Leyden 1924, A. W. Sijthoff.* Ueber diesen *„avis consultatif"* [**Nr. 10**] s. Ztschr. XXXIII 434.

[2]) Präsident: *Huber*. Ehemaliger Präsident *Loder*, Vizepräsident: *Weiß*, Richter: *Nyholm, Altamira, Oda, Anzilotti, Yovanovitch, Beichmann, Negulesco.*

niqué par la Commission mixte? Et quelles sont les conditions qui doivent être remplies par les personnes désignées dans l'article 2 de la Convention de Lausanne sous le nom d'„habitants grecs de Constantinople", pour que ces personnes puissent être considérées comme „établies" aux termes de la Convention et exemptées de l'échange obligatoire?"

„Le Conseil invite la Commission mixte, ainsi que les deux Gouvernements qui y sont représentés, à se tenir à la disposition de la Cour pour lui fournir tous documents ou explications utiles. Il a l'honneur de transmettre à la Cour le dossier qui lui a été communiqué, ce dossier pouvant être complété ultérieurement, si cela est jugé nécessaire.

„Le Secrétaire général est autorisé à soumettre cette Requête à la Cour, ainsi que tous documents relatifs à la question, à exposer à la Cour l'action du Conseil en la matière, à donner toute l'aide nécessaire à l'examen de l'affaire, et à prendre, le cas échéant, des dispositions pour être représenté devant la Cour."

Faisant suite à cette Résolution, le Secrétaire général de la Société des Nations a adressé le 18 décembre 1924 à la Cour, une Requête pour avis consultatif, dans les termes suivants:

„Le Secrétaire général de la Société des Nations,

„en exécution de la Résolution du Conseil du 13 décembre 1924 et en vertu de l'autorisation donnée par le Conseil,

„a l'honneur de présenter à la Cour permanente de Justice internationale une Requête demandant à la Cour de bien vouloir, conformément à l'article 14 du Pacte, donner au Conseil un avis consultatif sur la question qui a été renvoyée à la Cour par la Résolution du 13 décembre 1924.

„Le Secrétaire général se tiendra à la disposition de la Cour pour donner toute l'aide nécessaire à l'examen de l'affaire et prendre, le cas échéant, des dispositions pour être représenté devant la Cour."

Conformément à l'article 73 du Règlement de la Cour, la Requête a été communiquée, par les soins du Greffe, aux Membres de la Société des Nations — par l'intermédiaire de son Secrétaire général —, ainsi qu'aux États mentionnés à l'annexe au Pacte. Elle a été également communiquée au Gouvernement de la Turquie comme État susceptible de fournir des renseignements sur la question, et à la Commission mixte pour l'échange des populations grecques et turques siégeant à Constantinople.

Vu le caractère éminemment urgent que revêtait, de par la nature des choses, la question au sujet de laquelle l'avis de la Cour avait été ainsi demandé, le Président décida, en vertu des pouvoirs à lui conférés par l'article 23 du Statut, de la convoquer en session extraordinaire pour le 12 janvier 1925.

Les Gouvernements grec et turc firent parvenir à la Cour, sur son invitation et dans le délai fixé, chacun un Mémoire sur l'affaire de l'interprétation de l'article 2 de la Convention concernant l'échange des populations grecques et turques, signée à Lausanne le 30 janvier 1923[1], et la Cour a entendu au cours des audiences du 16 janvier 1925, les explications orales au sujet de cette affaire, qu'ont été admis à fournir, d'une part, sur demande du Gouvernement de la Républice hellénique, S. Exc. M. Politis, son ministre à Paris, et d'autre part, sur demande du Gouvernement de la Turquie, le Dr Tevfik Rouchdy Bey, président de la délégation turque près la Commission mixte de Constantinople.

---

[1] Le dossier dont il sera fait mention plus loin contient déjà des Mémoires provisoires des deux Gouvernements intéressés, destinés à la Cour, savoir, un Mémoire hellénique du 30 novembre 1924 et un Mémoire turc du 7 décembre 1924.

La Résolution susmentionnée du Conseil avait pour point de départ un télégramme adressé le 19 novembre 1924 au Secrétaire général de la Société des Nations par le président de la Commission mixte et conçu dans les termes suivants:

„Ai l'honneur vous communiquer que la Commission mixte dans sa séance 16 novembre a décidé recourir conformément contenu dernière partie conclusions rapport vicomte Ishii Conseil Nations Bruxelles date 31 octobre aux bons offices Conseil pour demander à Cour Justice Haye formuler avis consultatif sur le différend se rapportant à article 2 Convention Lausanne *stop* Dossier affaire suivra.“

„Le dossier en question fut transmis par le président de la Commission mixte au Secrétaire général par une lettre datée à Constantinople le 6 décembre 1924; il fut reçu au Greffe de la Cour le 20 décembre.[2])

I.

Etant donné la référence faite dans la Requête aux discussions et thèses contenues dans le dossier communiqué par la Commission mixte et dont le mot „établis“ avait fait l'objet, il convient, avant toute autre chose, d'analyser ce dossier au point de vue de l'historique de la divergence en présence de laquelle la Cour se trouve.

Lors des négociations destinées à établir la paix avec la Turquie et qui se poursuivaient à Lausanne en 1922 et 1923, fut adoptée, entre autres instruments diplomatiques, une Convention concernant l'échange des populations grecques et turques; cette Convention, qui fut signée à Lausanne le 30 janvier 1923 par les délégués hellènes et turcs, entra en vigueur après la ratification par la Grèce et la Turquie de paix du 24 juillet 1923, c'est-à-dire le 6 août 1924.

Elle prévoit, dans son article 11, la création dans le délai d'un mois à partir de son entrée en vigueur, d'une Commission mixte composée de quatre membres pour chacune des Hautes Parties contractantes et de trois membres choisis par le Conseil de la Société des Nations parmi les ressortissants des Puissances n'ayant pas participé à la guerre de 1914—1918. Les membres neutres furent désignés par le Conseil le 17 septembre 1923 et la Commission mixte entra ainsi en fonctions.

La Commission mixte a pour attributions, conformément à l'article 12, entre autres, de surveiller et faciliter l'émigration prévue par la Convention et d'en fixer les modalités; d'une façon générale, elle a tous pouvoirs pour prendre les mesures que nécessitera l'exécution de la Convention et de décider toutes les questions auxquelles cette Convention pourrait donner lieu.

Le principe de l'émigration dont il s'agit est formulé dans le premier article de la Convention, ainsi conçu:

„Il sera procédé dès le 1er mai 1923 à l'échange obligatoire des ressortissants turcs de religion grecque-orthodoxe établis sur les territoires turcs et des ressortissants grecs de religion musulmane établis sur les territoires grecs.

Ces personnes ne pourront venir se rétablir en Turquie ou, respectivement, en Grèce, sans l'autorisation du Gouvernement turc ou, respectivement, du Gouvernement hellénique.“

Cet article contient déjà le mot „établis“. C'est cependant au sujet du sens et de la portée de ce mot tel qu'il apparaît dans l'article 2 que l'avis de la Cour a été demandé; cet article est rédigé dans les termes suivants:

---

[2]) Voir à l'annexe, page 27, la liste des documents dont se compose ce dossier.

„Ne seront pas compris dans l'échange prévu à l'article premier:
a) les habitants grecs de Constantinople;
b) les habitants musulmans de la Thrace occidentale.

Seront considérés comme habitants grecs de Constantinople tous les Grecs déjà établis avant le 30 octobre 1918 dans les circonscriptions de la préfecture de la ville de Constantinople, telles qu'elles sont délimitées par la loi de 1912.

Seront considérés comme habitants musulmans de la Thrace occidentale tous les Musulmans établis dans la région à l'est de la ligne-frontière établie en 1913 par le Traité de Bucarest."

Suivant les indications du dossier présenté à la Cour (trente-et-unième session du Conseil de la Société des Nations, quatrième séance publique), il paraît que des difficultés concernant l'interprétation de l'article 2 de la Convention du 30 janvier 1923 se sont d'abord produites entre les délégations hellénique et turque près la Commission mixte; celles-ci ont décidé d'un commun accord de porter leurs divergences de vues devant la Commission afin que celle-ci tranchât la controverse. A cet effet, les deux délégations ont élaboré des Mémoires qu'elles ont soumis aux Membres neutres de la Commission. Ces membres ont, de leur côté, rédigé une „opinion sur le sens de l'article 2 de la Convention concernant l'échange des populations grecques et turques signée à Lausanne le 30 janvier 1923."

Lecture fut donnée des trois documents lors de la séance plénière que tint la Commission mixte le 4 septembre 1924.

Il résulte tant des procès-verbaux de cette séance que du texte des Mémoires grec et turc que les discussions et thèses relatives a l'interprétation du mot „établis" portaient à l'époque surtout sur les points suivants:

a) la question de savoir si l'article 2 de la Convention constituait une simple exception à l'article premier ou établissait, au contraire, dans le domaine de son application, le principe de la nonéchangeabilité;

b) la question de savoir si, dans la seconde éventualité, le principe de l'article 2 s'appliquait à certains territories ou bien à certaines catégories de personnes;

c) la définition grammaticale du mot „établis", notamment par rapport au terme „domiciliés";

d) la valeur de la législation nationale comme élément d'interprétation du mot „établis". notamment par rapport aux lois turques du 16 juin 1902 et du 14 août 1914 dites de *noufouz*;

e) la distribution de la compétence pour l'application du critérium de l'„établissement", entre la Commission mixte et les tribunaux nationaux.

A la séance suivante de la Commission mixte, tenue le 8 septembre, la proposition fut faite de saisir la Section juridique de la Commission de la question de l'interprétation de l'article 2 de la Convention. Une décision dans ce sens fut cependant prise seulement à la séance tenue le 15 septembre; à cette décision et attaché le vœu que l'étude de la question par la Section juridique soit terminée dans le délai le plus proche.

Les travaux de la Section juridique prirent fin le 1er octobre, où elle remit à la Commission plénière un rapport signé par son président.

Ce rapport reproduit d'abord le texte d'une décision prise à l'unanimité des membres de la Section, et ensuite un projet de résolution que, suivant le rapport, la Section avait également décidé d'adopter. Cette dernière décision avait cependant été prise à la majorité de voix, formée par celle du président neutre et des membres helléniques de la Section.

Le texte de la Résolution de la Section juridique relative au mot „établis", est ainsi conçu:

„Doit être considéré comme „établi“ dans l'une des régions exceptées de l'échange par l'article 2 de la Convention:

„1. Tout habitant de ces régions inscrit dans les registres de l'état civil ou du cens de ces mêmes régions.

„2. Toute personne ayant dans ces régions une résidence fixe unie à l'intention d'y demeurer d'une manière permanente. Cette intention résulte d'un ensemble de circonstances telles que l'exercice permanent d'une profession, d'un commerce ou d'une industrie, ou l'acquisition, en conformité des lois, d'une clientèle, ou encore le fait d'avoir conclu un contrat de travail de caractère durable ou d'avoir embrassé une profession dont la nature implique en général la prolongation durable du séjour ou de tout autre fait prouvant que la personne a le centre de ses occupations et de ses intérêts dans lesdites régions.

„Il appartient à la Commission mixte de décider des cas des personnes qui doivent être soumises à l'échange.

„Les femmes mariées, les veuves et les enfants mineurs suivent la condition des maris et des pères. Il en est de même des pères et des mères qui, de par la loi et les usages locaux, sont à la charge de leurs enfants.“

La Commission mixte plénière, saisie du rapport de sa Section juridique, devait se réunir le 2 octobre afin d'en discuter les termes. Cette séance ne put cependant pas avoir lieu.

Entre temps et jusqu'au 21 octobre, les autorités de Constantinople ont procédé — suivant le rapport de l'organisme compétent de la Commission mixte — „à l'envoi, en compagnie des agents de police, aux hôpitaux de Baloukli, d'environ 4.500 Grecs au maximum, lesquels, d'après les listes établies par les différentes circonscriptions de la préfecture de la ville, étaient inscrits comme arrivés après le 30 octobre 1918“.

Après les démarches faites par l'autorité internationale compétente auprès du Vali, ces mesures ont pris fin. Elles ont cependant donné lieu d'abord à des démarches de la part du président de la délégation hellénique près la Commission mixte, auprès du président de cette Commission, et ensuite à une lettre adressée par le chargé d'affaires de Grèce à Berne au Secrétaire général de la Société des Nations le 22 octobre 1924. Dans cette lettre, le Gouvernement hellénique, se basant sur l'article 11 du Pacte, fait appel à la Société des Nations pour inscrire à l'ordre du jour de la session que devait tenir le Conseil le 27 du même mois la question soulevée par les mesures dont il s'agit. Tout en invoquant principalement l'article 11 du Pacte, le Gouvernement hellénique estimait, suivant cette lettre, qu'également l'article 14 du Pacte pouvait jouer subsidiairement.

Faisant droit à cette demande, le Conseil inscrivit l'affaire à l'ordre du jour de sa trente-et-unième session et adopta à son sujet, d'accord avec les représentants des deux Gouvernements intéressés, un rapport invitant la Commission mixte à se réunir le plus tôt possible en séance plénière afin que les questions qui s'étaient posées au sujet de la Convention pussent être définitivement réglées. En même temps, le rapporteur, vicomte Ishii, ajoute:

„Si, toutefois, les membres de la Commission estimaient que la Convention soulève des questions présentant au point de vue juridique des difficultés qu'ils ne croiraient pas pouvoir résoudre au moyen de leur seule connaissance, il leur est toujours loisible de demander aux deux Gouvernements signataires de la Convention de soumettre la question à la Cour de Justice internationale, dont l'une des attributions spéciales est d'interpréter les traités. Le Conseil, j'en suis certain, serait également disposé, si la Commission mixte le désirait, à demander à la Cour de formuler un avis consultatif sur des points de ce genre. Si l'on a recours à une procédure de cette nature, il serait naturellement nécessaire, en attendant la décision de la

Cour, que rien ne fût fait qui portât préjudice aux intérêts personnels et matériels des populations qui peuvent être directement ou indirectement affectés par la décision prise."

Le rapport susvisé est daté du 31 octobre 1924.

La Commission mixte en fut saisie lors de la séance plénière qu'elle tint le 15 novembre. A cette occasion, elle soumit à nouveau à une discussion approfondie la question de l'interprétation de l'article 2 de la Convention de Lausanne en tenant compte notamment du rapport du 1^er^ octobre de sa Section juridique.

Au cours des débats, il apparut que la divergence d'opinions subsistait encore, du moins en grande partie. En même temps, cependant, fut avancé un argument qui n'avait pas auparavant fait l'objet des délibérations de la Commission, bien qu'il eût été mentionné devant le Conseil par le représentant turc. Il avait trait à la répercussion de l'article 3 de la Convention du 30 janvier 1923 sur l'interprétation de l'article 2 de la même Convention et portait sur le point de savoir si, suivant l'article 3, les Grecs ayant quitté depuis 1912 le territoire visé à l'article premier et qui se trouvent depuis le 18 octobre de cette année à Constantinople, devront être considérés comme soumis à l'échange.

L'article 3 de la Convention est ainsi conçu:

„Les Grecs et les Musulmans ayant déjà quitté depuis le 18 octobre 1912 les territoires dont les habitants grecs et turcs doivent être respectivement échangés, seront considérés comme compris dans l'échange prévu dans l'article premier.

„L'expression „émigrant" dans la présente Convention comprend toutes les personnes physiques et morales devant émigrer ou ayant émigré depuis le 18 octobre 1912."

La question de la situation du Patriarcat œcuménique et du personnel y attaché, également mentionnée devant de Conseil, mais par le représentant hellénique, ne fut pas soulevée dans le sein de la Commission mixte.

A la séance suivante, tenue le 16 novembre, le président de la Commission constata que l'assemblée plénière était d'accord, à l'unanimité, pour prier le Conseil de la Société des Nations de bien vouloir demander à la Cour permanente de Justice internationale de La Haye un avis consultatif sur le conflit surgi au sujet de l'interprétation de l'article 2 de la Convention de Lausanne.

C'est à la suite de la décision ainsi constatée que le président de la Commission expédia au Secrétaire général de la Société des Nations le télégramme dont le texte est reproduit au début du présent avis.

Les thèses grecques ont été énoncées en définitive par son Excellence M. Politis, dans son exposé oral, sous cette forme:

„1. Que le mot „établis" désigne les personnes habitant Constantinople qui y avaient fixé leur résidence avant le 30 octobre 1918 avec l'intention d'y demeurer habituellement.

„2. Que, pour être exempté de l'échange, il faut d'une part être arrivé à Constantinople avant la date du 30 octobre 1918, de quelque provenance que ce soit, que ce soit de la province ou de l'étranger, et, d'autre part, avoir manifesté avant cette même date, soit par une formalité officielle, soit par une attitude non équivoque telle que, par exemple, l'exercice d'une profession permanente, d'un commerce, d'une industrie, etc., soit de toute autre manière analogue que la Commission mixte aura compétence exclusive pour apprécier souverainement par tous les moyens de preuve, par témoins comme par écrit ou même sur la base de simples indices, l'intention d'y avoir le centre de ses intérêts et de ses occupations.

3. Que sont en outre exemptés de l'échange, en dehors de toute considération d'établissement à Constantinople, les prélats de l'Église orthodoxe qui, à raison de leurs fonctions, doivent y résider pour assurer le fonctionnement du Patriarcat œcuménique dans les termes convenus à Lausanne le 10 janvier 1923 entre la Turquie et les Puissances alliées."

Tevfik Rouchdy Bey n'a pas formulé de conclusions expresses, mais il a, dans le Mémoire présenté le 10 janvier 1925 au nom du Gouvernement ottoman, fait le résumé suivant de son avis:

„Il y a en Turquie une loi concernant les individus établis. Cette loi s'applique sans distinction aux minorités comme à la majorité du pays. Il va sans dire que chercher, pour quelque raison que ce soit, à suspendre l'application de cette loi à une partie quelconque des citoyens d'un pays, c'est vouloir accorder un privilège à ceux-ci, et c'est aussi, d'autre part, porter atteinte aux droits des autres minorités et de la majorité. Tant qu'il ne sera pas prouvé que la loi en question est appelée à être modifiée ou suspendue par les stipulations de la Convention, on ne saura toucher à cette loi sans attenter aux droits de souveraineté du peuple et de l'État turcs.

„Il est admis que le fait d'avoir manqué à l'accomplissement d'une formalité n'entraîne pas la perte des droits acquis. Mais, par ailleurs, ces droits acquis ne peuvent exister sans des conditions essentielles s'y rapportant. Encore faut-il que la procédure tendant à réparer cette omission soit accomplie par le gouvernement intéressé, qui aura à tenir compte de sa propre législation en la matière, et que la situation de fait soit prouvée par un ensemble de conditions devant les tribunaux du pays, ainsi qu'il est prévu dans le procès-verbal ci-annexé[3]), et concernant précisément ce terme. En dehors de ces conditions, toute décision ou acte impilquant la non-observation par les citoyens d'un pays des lois de ce pays entraîne l'anarchie administrative, et peut porter préjudice à la paix intérieure de la nation intéressée.

„Aucun gouvernement ne saurait admettre la modification ou la suspension de lois autres que celles qui ont clairement été visées dans des actes signés par lui, et demander qu'il le fasse serait dépasser les limites des engagements pris."

Dans son exposé oral devant la Cour, le Dr Tevfik Rouchdy Bey a déclaré que la Cour, n'ayant pas été régulièrement saisie de la question du Patriarcat œcuménique, qui est pour la Turquie une question d'ordre intérieur, ne doit pas la prendre en considération.

Dans l'échange de vues qui a eu lieu tant dans la Commission mixte que devant le Conseil de la Société des Nations et devant la Cour, ce qui est connu des travaux préparatoires de la Convention du 30 janvier 1923 a joué un rôle très important. La Cour est cependant d'opinion qu'il n'est pas nécessaire pour elle, dans le présent avis, de donner un exposé d'ensemble de ces travaux. Elle ne s'y référera que pour autant qu'elle estime indispensable de ce faire, au cours de l'examen juridique qu'elle va maintenant aborder de la question à elle soumise.

II.

La Requête adressée à la Cour par le Conseil de la Société des Nations pose deux questions qui, dans la forme, sont nettement distinctes l'une de l'autre. Toutefois, la Cour estime qu'il existe entre elles des liens très étroits. La seconde question demande „quelles sont les conditions qui doivent être remplies par les personnes désignées dans l'article 2 de la Convention de Lausanne sous le nom d' „habitants grecs de Constantinople“, pour que ces personnes puissent être considérées comme „établies“ aux termes de la Convention et exemptées de l'échange obligatoire“. De l'avis de la Cour, elle a principalement pour objet de développer et de préciser au point de vue pratique certains aspects de la réponse qui sera donnée par la Cour à la première question, savoir, „quels sont le sens et la portée qui doivent être attribués, dans l'article 2 de la Convention de Lausanne du 30 janvier 1923, relative à l'échange des populations grecques et turques, au mot „établies“.

---

[3]) Procès-verbal n° 1 de la troisième sous-commission de la deuxième Commission *(Régime des étrangers)* de la Conférence de Lausanne.

La Requête ne se réfère pas à la situation particulière du Patriarcat œcuménique de Constantinople, telle qu'elle résulterait, entre autres, d'après l'exposé oral de S. Exc. M. Politis, des décrets d'investiture appelée *bérats* donnés aux patriarches successifs, et d'un accord qui serait intervenu à Lausanne le 10 janvier 1923 entre la Turquie et les Puissances alliées. Or, si le Conseil avait aussi désiré connaître l'avis de la Cour sur ce point, qui fut l'objet de discussions à Lausanne, il n'aurait pas manqué de le dire expressément. C'est pourquoi la Cour ne se considère pas comme étant saisie de cette question.

La Cour est appelée à déterminer le sens et la portée du mot „établis“ non pas *in abstracto*, mais seulement dans l'article 2 de la Convention de Lausanne. Elle constate, en premier lieu, que la divergence quant au sens et à la portée du mot „établis“ constitue un différend relatif à l'interprétation d'un traité et, comme tel, soulève une question de droit international. Il ne s'agit pas, en effet, d'un rapport de droit interne entre l'administration et la population: la divergence intéresse deux États qui ont conclu une Convention dont le but est d'échanger certaines parties de leurs populations; et le critérium fourni par le mot „établis“, employé dans l'article 2 de cette Convention, doit précisément servir à permettre aux États contractants de distinguer la partie échangeable de leurs populations respectives, de celle qui ne l'est point.

La Convention, après avoir posé, dans son article premier, le principe général de l'échange des ressortissants turcs de religion grecque-orthodoxe établis en Turquie et des ressortissants hellènes de religion musulmane établis en Grèce, soustrait audit échange, dans son article 2, d'un côté les habitants grecs de Constantinople et de l'autre les habitants musulmans de la Thrace occidentale.

La limitation ainsi apportée au principe de l'échange a été déterminée par plusieurs raisons. En ce qui concerne les habitants grecs de Constantinople, il y a eu, entre autres, celle d'éviter à cette ville la perte qui aurait été la conséquence de l'exode d'une population qui en constitue l'un des plus importants facteurs économiques et commerciaux.

C'est donc la population grecque de Constantinople qu'on a voulu exempter de l'échange obligatoire, ainsi qu'il ressort clairement des mots „habitants grecs de Constantinople“.

Comme, toutefois, la Turquie, pour des raisons que la Cour n'a pas à connaître, ne voulait pas être obligée de garder à Constantinople des Grecs y ayant immigré après la date de l'armistice de Moudros, la Convention vise non pas l'ensemble de la population grecque de Constantinople au moment actuel, mais seulement les éléments de cette population qui étaient déjà constitués à la date du 30 octobre 1918.

C'est en partant de ces considérations que la Cour examinera d'abord le sens et la portée du mot „établis“ à un point de vue général et, en second lieu, la question de savoir si la situation indiqée par ce mot doit être déterminée à l'aide des lois en vigueur dans les deux pays intéressés.

La Convention ayant été rédigée en français, il est naturel de tenir compte du sens que revêt, dans cette langue, le terme litigieux. A cet égard, il paraît constant que l'établissement, tant d'après l'étymologie de ce mot, substantif du verbe „établir“, que dans les habitudes courantes du langage, comporte deux éléments essentiels, savoir: la résidence et la stabilité, en entendant par là l'intention de maintenir d'une manière durable la résidence dans un endroit déterminé.

En l'espèce, le mot „établis“, étant employé pour désigner une partie des habitants grecs de Constantinople, comprend tout naturellement ceux desdits habitants qui, à la date du 30 octobre 1918, résidaient déjà à Constantinople avec l'intention d'y rester d'une manière durable.

Une idée voisine de celle qui vient d'être exprimée pour préciser la nation d'établissement se trouve au fond de la notion du domicile dans plusieurs législations modernes. Mais il n'en dérive aucunement que les deux expressions se couvrent, ainsi qu'il a été parfois soutenu au nom du Gouvernement turc. Il arrive quelquefois qu'on emploie le mot „domicile“ pour indiquer une situation de fait analogue à celle que l'on indique par le mot „établissement“. Mais si l'on parle de domicile dans un sens technique, et partant en rapport avec une législation déterminée, on voit qu'il y a ou qu'il peut y avoir des cas dans lesquels les deux notions de domicile et d'établissement ne coïncident pas. La question de savoir si un texte vise une simple situation de fait ou un domicile dans le sens juridique est une question d'interprétation.

A ce point de vue, il y a donc lieu d'examiner la question de savoir si la Convention, soit expressément. soit de façon tacite, a voulu renvoyer à la législation nationale pour déterminer quelles personnes doivent être regardées comme „établies“.

De renvoi exprès, on n'en trouve aucun. Reste à voir si la Convention renvoie tacitement aux lois nationales sur le point qui occupe la Cour.

Il y a lieu d'observer tout d'abord qu'un renvoi tacite ne découle pas nécessairement de la nature du fait envisagé par la Convention. Tandis que la qualité de ressortissant d'un État ne peut se fonder que sur la loi de cet État et que, partant. toute convention qui se réfère à ladite qualité renvoie tacitement à la loi nationale, rien n'exige que l'attache locale indiquée par le mot „établis“ soit déterminée par application d'une loi quelconque. Il se peut fort bien que la Convention ait envisagé un simple état de fait, suffisamment déterminé par la Convention même, en dehors de tout renvoi aux lois nationales.

La Cour est d'avis que tel est précisément le cas pour ce qui concerne la qualité d'„établi“ dans l'article 2 de la Convention. Ainsi qu'il a été dit ci-dessus, le mot „établis“ en relation avec la date et les lieux indiqués dans cet article, doit servir à distinguer la partie échangeable de la partie non échangeable, aussi bien de la population grecque de Constantinople que de la population musulmane de la Thrace occidentale. Il n'est guère probable qu'on ait voulu fixer ce critérium par un renvoi aux lois nationales. C'est un fait bien connu que les lois des différents États envisagent pour les personnes plusieurs espèces d'attaches locales et les règlent de diverses manières. L'application des lois turques et grecques aurait eu probablement pour conséquence des incertitudes. des difficultés et des longueurs incompatibles avec la rapidité d'exécution qu'on a toujours regardée comme essentielle à la Convention dont il s'agit. En outre, il se pourrait très bien que, par le renvoi aux lois turques et grecques, la répartition de la population se fît d'une manière différente en Turquie et en Grèce; cela ne serait pas non plus conforme à l'esprit de la Convention qui, sans doute, se propose d'assurer le même sort aux populations grecques et turques par une application identique et réciproque de dispositions égales sur les territoires des deux États. Il n'y a d'ailleurs aucun indice que les auteurs de la Convention aient, de quelque manière que ce soit, pris en considération les lois locales lorsqu'ils ont adopté le mot qui a donné lieu à la présente controverse. Tout porte donc à croire que, sur ce point, la Convention se suffit à elle-même et que la Commission mixte doit déterminer la qualité d'habitant établi d'après le sens naturel des mots, tel qu'il a été expliqué ci-dessus.

La délégation turque, cependant, a prétendu que la Convention renvoie aux lois nationales et se fonde, entre autres, sur l'article 18 qui dispose que:

„Les Hautes Parties contractantes s'engagent à apporter à leurs législations respectives les modifications qui seraient nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Convention."

Mais cette clause ne fait que mettre en relief un principe allant de soi, d'après lequel un Etat qui a valablement contracté des obligations internationales est tenu d'apporter à sa législation les modifications nécessaires pour assurer l'exécution des engagements pris. La nature spéciale de la Convention pour l'échange des populations grecques et turques, touchant de très près à des matières qui sont réglées par les législations nationales et posant des principes qui sont en contraste avec certains droits généralement reconnus aux individus, explique fort bien que l'on ait expressément formulé la clause contenue dans l'article 18. Mais, de ce que les Parties contractantes se sont obligées à mettre leurs législations respectives en harmonie avec la Convention, il ne dérive aucunement que celle-ci renvoie aux lois nationales pour autant qu'elles ne sont pas contraires à la Convention.

Il est vrai que, dans la discussion orale, le D^r Tevfik Rouchdy Bey a encore remarqué que le fait qu'on cherche un critérium pour fixer le sens du mot „établis" démontre qu'on est en présence d'une notion juridique. Il en a conclu qu'un tel critérium ne pourrait être trouvé que dans la législation nationale des États contractants. A cet argument, il y a lieu de répondre que si une expression qui par elle-même n'est pas juridique est employée dans une convention qui en fait découler des effets juridiques, il ne s'ensuit nullement que ce critérium doive être demandé aux législaitons nationales des États contractants.

D'autre part, l'objection de la délégation turque, prétendant que la non-application des lois nationales aboutirait à une inégalité de traitement entre diverses catégories de ressortissants turcs, habitants de Constantinople, n'a pas grande portée, car si une personne est reconnue comme non échangeable en vertu de la Convention de 1923, elle demeure certainement soumise à la loi turque sur tous les points qui sont étrangers à la question de l'échangeabilité.

Si la délégation turque a soutenu la thèse du renvoi tacite à la législation nationale, cela paraît être surtout parce que, selon elle, la solution contraire aurait pour conséquence de porter atteinte à la souveraineté nationale. Mais, ainsi que la Cour a déjà eu l'occasion de le rappeler dans son arrêt en l'affaire du *Wimbledon*, „la faculté de contracter des engagements internationaux est précisément un attribut de la souveraineté de l'État". Dans le cas actuel, d'ailleurs, les obligations des États contractants sont absolument égales et parfaitement réciproques. Dès lors, il n'est pas possible d'admettre que la Convention qui engendre de telles obligations, interprétée d'après son sens naturel, ait porté atteinte à la souveraineté des Hautes Parties contractantes.

Ayant ainsi exclu le renvoi aux lois nationales, la Cour ne croit pas devoir examiner la question de savoir si telles ou telles dispositions des lois turques de 1902 et 1914 sont ou ne sont pas contraires à la Convention.

La délégation turque a soutenu, en se fondant encore sur les droits de la souveraineté, qu'il devrait appartenir aux tribunaux nationaux de déterminer, le cas échéant, si une personne est établie ou non au sens de l'article 2. Mais, ainsi qu'il vient d'être dit, la souveraineté nationale n'est pas mise en cause par la Convention en question. Or, c'est précisément cette Convention qui, dans son article 12, confère à la Commission mixte „tous pouvoirs de prendre les mesures que nécessitera l'exécution de la présente Convention et de décider toutes les questions auxquelles cette Convention pourrait donner lieu". Au surplus, le renvoi aux tribunaux nationaux ne serait guère compatible avec la rapidité d'exécution qui, ainsi qu'il a été déjà mentionné, a été toujours considérée comme réclamée par la nature et les buts de la Convention.

D'ailleurs, la compétence exclusive de la Commission mixte pour la détermination de la nationalité des personnes soumises à l'échange a déjà été affirmée par celle-ci dans sa décision du 4 avril 1924: il ne semble pas qu'il y ait eu, à ce propos, aucune protestation ni réserve de la part de l'un ou de l'autre des gouvernements intéressés. Il ne serait pas facile de comprendre pourquoi la Commission mixte serait seule compétente pour trancher les questions de nationalité, qui, sans doute, demandent à être résolues par application des lois nationales, et ne le serait pas pour vérifier l'existence des autres conditions requises par l'article 2 de la Convention.

La Commission mixte sera donc seule compétente pour examiner, dans chaque cas particulier, si un habitant grec de Constantinople est établi conformément à l'article 2 de la Convention, pour pouvoir être exempte de l'échange obligatoire.

La délégation turque s'est appuyée avec une insistance particulière sur les paroles de M. Fromageot qui, interrogé par Chukri Bey[4], aurait reconnu la compétence des tribunaux ottomans en matière d'établissement.

Cependant, la réponse de M. Fromageot se rapportait à l'établissement sur les territoires détachés de la Turquie de ressortissants turcs dont la nationalité était affectée par le transfert de territoire. Or, cette matière fait l'objet des articles 30 et suivants du Traité de paix conclu à Lausanne le 24 juillet 1923.

On se trouve donc en présence d'un autre instrument réglant une matière différente et n'instituant aucun organe international analogue à la Commission mixte prévue par les articles 11 et suivants de la Convention d'échange. Il en résulte qu'on ne peut tirer des paroles de M. Fromageot aucun argument en faveur de la thèse dont il s'agit.

III.

En ce qui concerne la deuxième partie de la question posée à la Cour, relative aux conditions à remplir par les habitants grecs de Constantinople pour être considérés comme établis et exemptés de l'échange obligatoire, la Cour tient à rester dans le cadre tracé par les discussions et thèses résultant du dossier qui lui a été transmis. En effet, elle estime n'être ni appelée à donner d'avance des solutions à tous les problèmes qui pourront surgir quant à l'application de l'article 2 de la Convention du 30 janvier 1923, ni d'ailleurs suffisamment renseignée pour ce faire. C'est ainsi que la Cour est sans aucune information au sujet de l'existence éventuelle de personnes qui, possédant des bureaux, études, ateliers etc., à Constantinople, demeureraient avec leurs familles aux environs de cette ville.

---

[4]) Premier procès-verbal de la troisième sous-commission de la deuxième Commission (*Régime des étrangers*) de la Conférence de Lausanne.

Il s'agit de distinguer, en ce qui concerne la population grecque de Constantinople, entre les habitants qui se sont établis dans cette ville déjà avant la date du 30 octobre 1918 et les autres, ceux qui ne s'étaient pas encore établis à cette date.

On peut dire que le mot „établis“, tel qu'il est employé dans l'article 2, n'a pas d'autre fonction que d'exprimer qu'il s'agit des habitants d'une certaine localité à une certaine époque. Toutefois, le choix de ce mot „établis“ sert à souligner que, pour qu'une personne puisse être considérée comme habitant, il faut que la résidence ait un caractère durable, et cela déjà à l'époque en question. Les personnes qui alors ne résidaient à Constantinople qu'en qualité de simples visiteurs ne peuvent donc être considérées comme soustraites à l'échange.

Le degré de stabilité nécessaire n'est pas susceptible d'une définition précise. Mais la Cour estime que les habitants qui se trouvaient déjà avant le 30 octobre 1918 dans les conditiones mentionnées à titre d'exemples dans le n° 2 de la Résolution adoptée le 1er octobre 1924 par la Section juridique de la Commission mixte (p. 12 ci-dessus), doivent être considérés comme ayant été „établis“ au sens de l'article et par conséquent exemptés de l'échange, même s'ils sont venus à Constantinople avec l'intention d'y faire fortune et de retourner plus tard à leur lieu d'origine. Pendant leur résidence à Constantinople, on doit les considérer comme „établis“, car cette résidence présente le caractère de stabilité qui est la condition nécessaire de l'„établissement“.

Ainsi qu'elle l'a déjà fait observer, la Cour ne peut pas prévoir d'avance les différents cas qui pourront se présenter devant la Commission mixte. Elle estime, faute d'informations suffisantes fournies par les thèses et discussions qui lui ont été soumises, devoir s'abstenir d'envisager des solutions concrètes pour les problèmes complexes que soulève l'application de l'article 2 à des personnes qui, tout en appartenant à une même famille, ne satisfont pas individuellement aux conditions posées par cet article. Les pouvoirs conférés à la Commission mixte par l'article 12 permettent à celle-ci de statuer en équité, dans le cadre tracé par les règles de la Convention, sur tout point litigieux. La Convention garde de silence au sujet de la question de l'unité de la famille. Si, dans ces conditions, la définition adoptée par la Cour pour déterminer quels sont les habitants établis pouvait sembler, dans certaines éventualités, conduire, en ce qui concerne les familles, à des conséquences déraisonnables ou manifestement iniques, le silence de la Convention ne saurait être interprété comme privant la Commission mixte de la faculté d'examiner jusqu'à quel point la Convention est présumée faire prévaloir le critérium d'établissement, dans les conditions de temps et de lieu indiquées par l'article 2 de famille en question.

Aucune restriction de provenance n'étant mentionnée dans l'article 2, il est évident que les habitants grecs de Constantinople, quel que soit le lieu d'où ils sont venus s'établir en cette ville, sont exemptés de l'échange obligatoire s'ils remplissent les conditions prévues par l'article 2 de la Convention.

La délégation turque prétendait devant la Commission mixte qu'en vertu de l'article 3 les Grecs de Constantinople venant de régions soumises à l'échange et qui seraient arrivés à Constantinople depuis le 18 octobre 1912, sont échangeables.

Cette thèse — à supposer qu'elle doive être considérée comme maintenue après les déclarations orales faites devant la Cour par le D^{r} Tevfik Rouchdy Bey — méconnaît le sens de l'article 3 et les dispositions de l'article 2.

Il est évident que le 30 octobre 1918 est la date décisive fixée par l'article 2 pour tous les habitants grecs établis à Constantinople. Il serait donc contraire à une saine interprétation de modefier indirectement, pour un certain nombre d'entre eux, cette disposition positive par une date fixée dans un autre article réglant une situation différente. Cela serait d'autant plus inadmissible que — selon les explications fournies à la Cour de la part du Gouvernement hellénique et qui n'ont pas été contredites — l'application de la date du 18 octobre 1912 aux habitants grecs de Constantinople qui sont venus s'établir entre cette date et celle du 30 octobre 1918 priverait l'article 2, qui a fait à Lausanne l'objet de longues discussions, d'une grande partie de sa valeur pratique.

On arrive à la même conclusion, qui écarte la thèse turque relative aux rapports entre les articles 2 et 3, si l'on interprète l'article 3 — comme la Cour l'estime justifié — à la lumière de l'article 10 qui vise expressément des personnes „ayant déjà quitté les territoires des Hautes Parties contractantes“, c'est-à-dire des personnes qui sont émigrées dans un pays étranger. Or c'est précisément l'article 3 quie contient la définition de l'émigrant, et c'est pourquoi l'expression „quitter les territoires“, dans cet article, ne vise pas un mouvement de la population dans l'intérieur de l'État, mais bien l'émigration en dehors du pays.

La Cour ne croit pas devoir s'attarder à examiner la question de savoir de quelle manière doit être démontrée devant la Commission mixte l'existence des conditions requises à l'article 2 de la Convention pour qu'une personne soit considérée comme établie et exemptée de l'échange. Cette question n'a pas été discutée devant la Cour et il ne résulte pas du dossier qu'elle ait donné lieu, dans la pratique, à des difficultés sérieuses. Il suffit de constater qu'étant donné les pouvoirs très étendus dont la Commission mixte est revêtue, elle pourra statuer, dans chaque cas, sur la manière de prouver les conditions susdites.

PAR CES MOTIFS,

Le Cour est d'avis:

1. Que le mot „établis“ dans l'article 2 de la Convention de Lausanne du 30 janvier 1923, relative à l'échange des populations grecques et turques, a pour but d'indiquer les conditions de temps et de lieu dont dépend l'échangeabilité des Grecs des Musulmans qui habitent respectivement Constantinople ou la Thrace occidentale; que ce mot vise une situation de fait constituée pour les habitants par une résidence ayant un caractère durable;

2. Que, pour que les personnes désignées par l'article 2 de la Convention de Lausanne sous le nom d'„habitants grecs de Constantinople“ puissent être considérées comme „établies“ aux termes de la Convention et exemptées de l'échange obligatoire, elles doivent habiter dans les limites de la préfecture de la ville de Constantinople telles qu'elles sont fixées dans la loi de 1912; y être arrivées, de quelque lieu que ce soit, à une date antérieure au 30 octobre 1918; et avoir eu, dès avant cette dernière date, l'intention d'y résider d'une manière durable.

Le présent Avis ayant été rédigé en français et en anglais, c'est le texte français qui fera foi.

Fait au Palais de la Paix, à La Haye, le 21 février mil neuf cent vingt-cinq, en deux exemplaires dont l'un restera déposé aux archives de la Cour et dont l'autre sera transmis au Conseil de la Société des Nations.

Le Président: (Signé) *Max Huber.*
Le Greffier: (Signé) *A. Hammarskjöld.*

II. Spruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in dem Polnisch-Danziger Briefkastenstreit[1]).

Der Rat des Völkerbundes hat am 14. März 1925 den Gerichtshof um ein Gutachten gebeten über die Frage der Verwendung der polnischen Briefträger und Briefkasten in der Freien Stadt Danzig.

Der Gerichtshof[2]) hat in der siebenten, außerordentlichen Sitzung am 16. Mai 1925 folgende Antwort erteilt:

A la date du 13 mars 1925 le Conseil de la Société des Nations a adopté une Résolution ainsi conçue:

„Le Conseil de la Société des Nations, conformément aux termes de l'article 39 de la Convention de Paris entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig, signée le 9 novembre 1920, a été saisi par la Pologne d'un appel contre une décision formulée en vertu dudit article par le Haut-Commissaire de la Société des Nations le 2 février 1925.

„Cette décision, dont les termes sont communiqués à la Cour, se rapporte au litige suivant qui a surgi entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig.

„Aux termes de l'article 104, paragraphe 4, du Traité de Versailles, signé le 28 juin 1919, des articles 29 à 32 (inclus) de la Convention de Paris entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig, signée le 9 novembre 1920, des articles 149 à 168 (inclus) et de l'article 240 de l'Accord de Varsovie entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig, signé le 24 octobre 1921, la Pologne et le droit „d'installer dans le port de Dantzig un service des postes, télégraphes et téléphones communiquant directement avec la Pologne" (article 29 de la Convention de Paris).

„Aux fins du service mentionné ci-dessus, la Pologne possède des locaux affectés au service des postes sur la Heveliusplatz à Dantzig.

„Le 5 janvier 1925, exerçant les droits qu'elle prétend détenir en vertu des accords internationaux ci-dessus mentionnés, la Pologne a installé des boîtes aux lettres en divers points situés en dehors des locaux de la Heveliusplatz. Ces boîtes aux lettres étaient destinées à recevoir les envois postaux à acheminer sur la Pologne par le service des postes polonais. Le contenu de ces boîtes aux lettres, une fois la levée effectuée, devait être apporté au bureau de la Heveliusplatz par les facteurs appartenant à ce service. La Pologne soutenait également être fondée à distribuer, en dehors des locaux de la Heveliusplatz, les envois postaux transportés, en provenance de la Pologne, par les soins du service des postes polonais. A la suite de ces faits, la Ville libre de Dantzig a prié le Haut-Commissaire de formuler, aux termes de l'article 39 de la Convention de Paris, une décision déclarant que les droits ainsi revendiqués par la Pologne avaient été écartés en vertu d'une ou de plusieurs décisions émanant du prédécesseur du Haut-Commissaire, le général Haking; ces décisions, de l'avis de la Ville libre, interdisaient au service polonais de procéder à la levée ou à la distribution d'envois postaux en dehors des locaux de la Heveliusplatz, réservaient l'usage de ce service

---

[1]) Abgedruckt: *Publications de la Cour permanente de justice internationale, Série B, Nr. 11. Leyden 1925, A. W. Sijthoff.* [Dieses ist *avis consultatif* **Nr. 11.**]

[2]) Praesident: *Huber*, Ehemaliger Praesident: *Loder*, Vicepraesident: *Weiß*, Richter: *Altamira, Oda, Anzilotti, Yovanovitch, Beichmann, Negulesco, Wang.*

aux autorités et aux fonctionnaires polonais et en proscrivaient l'utilisation par le public.

„La décision du Haut-Commissaire actuel, en date du 2 février 1925, déclare (paragraphe 6) que, „dégagée de tous ses aspects techniques, la question est de savoir si le rayon d'action du service postal polonais s'étend en dehors des bâtiments attribués audit service".

„Le Haut-Commissaire a examiné ces questions à la lumière de certaines décisions ou déclarations de son prédécesseur, le général Haking.

„Il estime que les points actuellement en litige entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig ont été réglés d'une manière définitive par une décision du général Haking du 25 mai 1922, décision dont, à son avis, une décision du général Haking du 23 décembre 1922 et une lettre adressée le 6 janvier 1923 par le général Haking au Commissaire général de la République polonaise à Dantzig, doivent être considérées comme ayant donné une interprétation authentique et démontré l'applicabilité. Il a en conséquence affirmé (paragraphe 18 de la décision du 2 février 1925), en des termes destinés à rendre explicite son application au présent différend, la décision qu'il estime avoir été formulée par le général Haking.

„Le Conseil a l'honneur de prier la Cour permanente de Justice internationale, conformément à l'article 14 du Pacte, de donner un avis consultatif sur les points suivants:

> „1. Existe-t-il, ou non, une décision actuellement en vigueur du général Haking qui tranche les points en litige concernant le service postal polonais, soit de la manière indiquée au paragraphe 18 de la décision du Haut-Commissaire actuel, en date du 2 février 1925, soit de toute autre manière, et, dans l'affirmative, cette décision exclut-elle un nouvel examen des points en question, en totalité ou en partie, par le Haut-Commissaire ou par le Conseil?
>
> „2. Si les questions posées aux paragraphes a) et b) ci-après n'ont pas fait l'objet d'une décision définitive de la part du général Haking:
>
> „a) Le service postal polonais du port de Dantzig doit-il se borner aux opérations qui peuvent s'effectuer exclusivement à l'intérieur de ses locaux de la Heveliusplatz, ou est-il fondé à installer des boîtes aux lettres et à procéder à la levée et à la distribution des envois postaux en dehors de ces locaux?
>
> „b) L'usage de ce service est-il réservé aux autorités et fonctionnaires polonais, ou ce service peut-il être utilisé par le public?

„Le Secrétaire général est autorisé à soumettre cette requête à la Cour ainsi que tous documents relatifs à la question, à exposer à la Cour l'action du Conseil en la matière, à donner toute l'aide nécessaire à l'examen de l'affaire et à prendre, le cas échéant, des dispositions pour être représenté devant la Cour."

Donnant suite à cette Résolution, le Secrétaire général de la Société des Nations a adressé à la Cour, le 14 mars 1925, une Requête pour avis consultatif dans les termes suivants:

„Le Secrétaire général de la Société des Nations,

„en exécution de la Résolution du Conseil du 13 mars 1925 et en vertu de l'autorisation donnée par le Conseil,

„a l'honneur de présenter à la Cour permanente de Justice internationale une Requête demandant à la Cour de bien vouloir, conformément à l'article 14 du Pacte, donner au Conseil un avis consultatif sur les questions qui ont été renvoyées à la Cour par la Résolution du 13 mars 1925 (voir texte ci-joint).

„Le Secrétaire général se tiendra à la disposition de la Cour pour donner toute l'aide nécessaire à l'examen de l'affaire et prendre, le cas échéant, des dispositions pour être représenté devant la Cour.“

Conformément à l'article 73 du Règlement de la Cour, la Requête a été communiquée, par les soins du Greffe, aux Membres de la Société des Nations, — par l'intermédiaire de son Secrétaire général, — ainsi qu'aux États mentionnés à l'annexe au Pacte. Elle a été également communiquée au Sénat de la Ville libre de Dantzig, comme étant susceptible de fournir des renseignements sur les questions posées à la Cour.

Le Conseil de la Société des Nations ayant demandé à la Cour de traiter ces questions en session extraordinaire, afin de permettre au Conseil d'examiner l'avis de la Cour lors de sa session de juin, le Président de la Cour a décidé, en vertu des pouvoirs que lui confère l'article 23 du Statut, de convoquer la Cour en session extraordinaire pour le 14 avril 1925.

La Cour, ayant prié les Gouvernements directement intéressés, le Gouvernement polonais et le Sénat de la Ville libre de Dantzig, de lui faire savoir s'ils désiraient lui fournir des renseignements, soit de vive voix, soit par écrit, les représentants de ces Gouvernements ont déposé au Greffe le 10 avril — délai fixé — chacun un Mémoire, avec annexes.

Par contre, la Cour, ne se trouvant, au 15 avril, délai fixé à cet effet, en présence d'aucune demande visant à lui faire entendre, en audience publique, des exposés oraux des intéressés sur l'ensemble des questions à elle posées, a décidé de ne point tenir d'audience à cet effet. En revanche, elle a admis la présentation par chacun des intéressés d'une seconde pièce écrite; profitant de cette autorisation, ceux-ci ont déposé au Greffe le 17 avril, délai fixé, chacun une note avec annexes. Plus tard, des répliques à ces notes ont été déposées avec le consentement de la Cour et, le 4 mai, la Cour se trouvait ainsi en possession de la documentation complète de l'affaire.

Outre les pièces produites par les intéressés, la Cour a eu devant elle un dossier, avec des suppléments transmis par le Secrétaire général de la Société des Nations, ainsi que certains documents et renseignements complémentaires qu'il a bien voulu fournir à la Cour sur la demande de celle-ci.

I.

Avant de donner l'avis qui lui a été demandé, sur les questions formulées par le Conseil, la Cour doit en premier lieu rappeler dans quelles conditions a surgi la divergence d'opinion qui a motivé cette demande d'avis.

Le Traité de paix signé à Versailles le 28 juin 1919 a constitué, dans ses articles 100 à 108, la Ville de Dantzig, avec son territoire, en Ville libre, sous la protection de la Société des Nations; il en a placé la constitution sous la garantie de la Société. Il a chargé un Haut-Commissaire de la Société des Nations, résidant à Dantzig, de statuer en première instance sur toutes les contestations qui viendraient à s'élever entre la Pologne et la Ville libre au sujet du Traité de Versailles lui-même ou des arrangements et accords complémentaires.

Le général R. Haking fut nommé Haut-Commissaire par une Résolution du Conseil en date du 17 décembre 1920. Son mandat, renouvelé entre temps, expira définitivement le 3 février 1923. Le 1er février 1923, le Conseil désigna M. M. S. MacDonnel pour lui succéder.

Parmi les „arrangements et accords complémentaires“ visés plus haut, le Traité de Versailles prévoit qu'une convention interviendra entre le Gouvernement polonais et la Ville libre et dont le but serait, entre autres, „d'assurer à la Pologne . . . . le contrôle et l'administration des communications postales, télégraphiques et téléphoniques entre la Pologne et le port de Dantzig".

Selon la réponse, en date du 16 juin 1919, faite par les Puissances alliées et associées aux remarques de la délégation allemande sur les conditions de paix (citée d'ailleurs dans le rapport présenté le 17 novembre 1920 au Conseil de la Société des Nations par le représentant du Japon), cette disposition était de celles qui visaient à assurer à la Pologne un libre accès à la mer par le port de Dantzig, son seul débouché sur la Baltique.

La Convention en question fut signée à Paris le 9 novembre 1920. Son chapitre IV, contenant les articles 29—32, traite des droits qui reviennent à la Pologne dans le port de Dantzig en matière postale.

En outre, dans son article 39, la Convention fixe la procédure pour le règlement des différends éventuels entre la Pologne et la Ville libre, prévu par le Traité de Versailles.

Par un accord intervenu entre les Parties le 20 juin 1921 et entériné par le Conseil le jour suivant, le délai d'appel a été fixé à quarante jours à partir de la notification de la décision.

La Convention prévoyait la conclusion ultérieure, entre les Parties contractantes, d'un accord spécial. Cet accord, qui était destiné à compléter ladite Convention et à en régler les détails d'exécution, fut signé à Varsovie le 24 octobre 1921; il contient une Section III, consacrée aux questions postales et comprenant vingt articles (149—168).

Il ressort des articles 168, 1., et 240 d—f que l'Accord réservait expressément à une solution future, soit par voie d'arrangement bilatéral, soit par voie de décisions aux termes de l'article 39 de la Convention de Paris, un certain nombre de questions pendantes, relatives aux matières postales.

Le Gouvernement polonais a déclaré, sans être contredit, que l'Accord est entré en vigueur le 11 janvier 1922, en vertu d'un échange de notes daté du 31 décembre 1921. De même, dans son rapport au Conseil de la Société des Nations du 12 janvier 1922, le représentant du Japon déclare „que . . . . l'Accord a été ratifié" à ladite date.

En attendant la conclusion des Conventions et Accords visés ci-dessus, les relations postales entre la Pologne et la Ville libre avaient été réglées grâce à certains articles d'un arrangement provisoire, en date du 22 avril 1920.

D'autre part, la Section III de l'Accord de Varsovie fut préparée par des négociations entre les Administrations postales polonaise et dantzikoise, négociations qui paraissent avoir duré du mois d'avril au mois d'août 1921.

Le 15 de ce mois intervint la décision du Haut-Commissaire, relativement à un différend entre la Pologne et la Ville libre, au sujet de la propriété, etc., des voies ferrées situées sur le territoire de cette dernière. Pour les besoins de sa décision, le Haut-Commissaire accepta une ligne rouge tracée par le Conseil du Port sur un plan de la ville de Dantzig, et qui avait pour but d'indiquer que, parmi les voies ferrées, terrains et établissements figurant à l'intérieur de cette ligne, se trouvaient ceux qui „desservent spécialement le port" de Dantzig. Par leur Accord du 23 septembre 1921, les représentants des Parties déclaraient expressément renoncer à interjeter appel contre cette décision, qui a fait l'objet d'une discussion entre les intéressés; car la Pologne a estimé y trouver une délimitation géographique — la seule existante — du territoire du „port de Dantzig".

Comme il a été dit plus haut, l'Accord de Varsovie réservait, dans son article 240, un certain nombre de questions pendantes à la décision du Haut-Commissaire. En février 1922, celui-ci fut saisi par la Pologne d'une demande tendant à obtenir sa décision sur quelquesuns des points relatifs au régime postal laissés en suspens. La requête polonaise se réfère, pour définir les questions dont elle sollicite la solution, aux paragraphes d) et f) de l'artice 240 de l'Accord de Varsovie. Dans sa réponse à cette requête, la Ville libre, outre les paragraphes ci-dessus mentionnés, s'occupe du paragraphe e) dudit article. Les trois points suivants furent donc soumis au Haut-Commissaire et débattus devant lui:

1. la portée de l'expression: „communications directes“;
2. l'extension des installations polonaises en dehors du port de Dantzig;
3. le droit éventuel pour la Pologne d'obtenir des terrains et bâtiments en dehors du port.

En ce qui concerne ce dernier point, la Pologne avait, par lettre en date du 19 décembre 1921, demandé à la Commission internationale de répartition de lui attribuer, pour son service postal, certains immeubles, parmi lesquels figurait l'hôpital militaire de Heveliusplatz. Par décret du 9 mars 1922, la Commission attribua à la Pologne, entre autres, l'édifice de Heveliusplatz.

Le 8 mars, le Haut-Commissaire écrivit aux deux Parties pour leur suggérer de se mettre d'accord sur les points soumis à sa décision. Dans sa lettre, il déclarait qu'à son avis la Pologne avait le droit d'obtenir sur tout le territoire de la Ville libre les immeubles dont elle pourrait prouver la nécessité en vue du service postal à elle reconnu.

Pareil accord n'étant pas intervenu, le Haut-Commissaire rendit, le 25 mai 1922, une décision sur les points qui lui avaient été soumis. Le dispositif de cette décision est ainsi conçu:

[Traduction.]

1. Dantzig doit fournir à la Pologne les moyens d'établir un service des postes, télégraphes et téléphones dans le voisinage du port de Dantzig, si possible dans un bâtiment unique, sinon dans un ou plusieurs bâtiments dans le voisinage immédiat.
2. La Pologne a le droit de prendre à bail ou d'acheter au Gouvernement de Dantzig, à des conditions équitables et dans n'importe quelle partie du territoire de la Ville libre, le terrain ou les bâtiments nécessaires à l'établissement de ses services et aux communications efficaces et appropriées à travers le territoire de Dantzig et à destination d'un endroit à son choix situé sur territoire polonais ou de plusieurs endroits choisis, d'un commun accord, par les Gouvernements polonais et dantzikois; mais, en présentant des demandes en vertu de ce droit, la Pologne doit démontrer que la location ou l'achat desdits terrains ou bâtiments est „nécessaire“ au sens de l'article 30 de la Convention du 9 novembre 1920.
3. Les communications échangées par ce service des postes, télégraphes et téléphones devront s'effectuer directement par une route quelconque choisie par la Pologne ou par des routes convenues entre les deux Gouvernments de la Pologne et de Dantzig, aux termes de l'article 150 de l'Accord du 24 octobre 1921. Ces communications devront s'échanger entre la localité unique choisie sur le territoire dantzikois et la localité unique (ou les localités) choisie(s) sur le territoire polonais. Aucun matériel ni aucun message postal, télégraphique ou téléphonique ne pourra être reçu ou délivré sur cette route (ou sur ces routes) sauf dans le bâtiment décrit au paragraphe 1 ci-dessus.
4. La Pologne peut établir ces communications sous les conditions mentionnées au sous-paragraphe 3 de la façon qu'elle choisit: chemin de fer, air, route ou eau, et peut modifier l'itinéraire choisi, sous réserve pour elle de ne pas employer en même temps plus d'une route, si ce n'est en vertu d'un accord comme il est dit dans le sous-paragraphe 3 ci-dessus.

5. Tout désaccord qui surgirait ultérieurement entre les deux Gouvernements à propos du sous-paragraphe 2 ci-dessus en ce qui concerne le mot „nécessité“ pourrait être traité par l'un d'eux selon la procédure prévue à l'article 39 de la Convention du 9 novembre 1920.

Contre cette décision, la Pologne a interjeté appel le 11 août 1922. Cet appel, toutefois, fut retiré à la suite d'un accord intervenu entre les Parties, relativement à l'interprétation donnée le 30 août 1922, par le Haut-Commissaire, de sa décision du 25 mai. Cette interprétation est ainsi conçue:

[Traduction.]

„Le Haut-Commissaire, ayant été appelé par les représentants de Dantzig et de la Pologne à donner une interprétation sur certains points de sa décision du 25 mai 1922 concernant un service polonais des postes, télégraphes et téléphones à Dantzig, déclare que le paragraphe 1 de cette décision traite de l'établissement du service postal qui devrait occuper un seul emplacement (Heveliusplatz). Si la Pologne estime que l'emplacement est insuffisant, Dantzig sera tenu d'aménager des locaux supplémentaires dans le voisinage immédiat, c'est-à-dire de l'autre côté de la rue ou en surélevant l'édifice existant.

„Le paragraphe 2 traite du développement du service postal et donne à la Pologne le droit de traiter de l'achat ou de la location de tout autre emplacement situé sur le territoire de la Ville libre; en conséquence, la question du second édifice rentre dans le paragraphe 2. Dantzig n'accepte pas l'idée d'un second édifice, donc la question rentre dans le paragraphe 5. La Pologne peut faire valoir de très puissants arguments en faveur de la nécessité de ces deux édifices, qui lui ont déjà été attribués pour le service postal par la Commission de répartition des Principales Puissances alliées. Ce fait influencera évidemment le Haut-Commissaire dans la décision qu'il prendra si la question lui est soumise.“

Tandis que la demande qui devait aboutir à la décision du 25 mai 1922 se trouvait encore en suspens devant le Haut-Commissaire, une discussion s'engagea entre les Parties au sujet de la portée de l'article 168 de l'Accord de Varsovie. D'abord oral, le débat se poursuivit par écrit à partir du 23 mai, date à laquelle la Direction polonaise des postes adressa à la Direction dantzikoise un memorandum concernant les points litigieux (memorandum qui n'a cependant pas été communiqué à la Cour). A en juger par la réponse dantzikoise, datée du 2 juin 1922, il semble que les droits que la Pologne revendiquait en vertu dudit article étaient, dans une large mesure, contestés par la Ville libre.

Le 6 octobre, l'Administration polonaise pria l'Administration dantzikoise d'examiner à nouveau, à la lumière de la décision du 25 mai, telle qu'elle avait été interprétée le 30 août, son avis du 2 juin. Le 21 novembre, il fut répondu de la part de Dantzig que les décisions en question n'avaient pas modifié la situation et que les négociations pouvaient utilement se poursuivre sur la base des notes du 23 mai et du 2 juin.

Ce point de vüe ne fut pas accepté par la Pologne. Dans sa note du 9 décembre 1922, l'Administration polonaise développe, en effet, la thèse suivante: à son avis, il convient de déduire de la décision du 25 mai, telle qu'elle a été interprétée le 30 août, que le domaine d'activité du service polonais doit embrasser, non pas le „port“ tel qu'il est envisagé dans la décision, mais bien toute la ville de Dantzig en tant qu'unité administrative.

Telle était la situation lorsqu'intervint, en date du 23 décembre 1922, une décision du Haut-Commissaire qui refusait à la Pologne le droit d'avoir un bureau de triage des lettres à la gare principale de Dantzig.

Se référant à cette décision, l'Administration dantzikoise répondit, le 29 décembre 1922, qu'elle était bien disposée à continuer les négociations sur l'article 168, mais qu'il conviendrait également de tenir compte, pour les besoins de ces négociations, de la décision du 23 décembre. L'Administration polonaise émit, le 10 janvier 1923, un avis contraire.

Le Sénat de la Ville libre avait, dès le 4 janvier 1923, saisi le Haut-Commissaire d'une demande de décision au sujet des prétentions de la Pologne, exprimées dans la note du 9 décembre 1922, relativement au domaine d'activité du service postal polonais, prétentions considérées par le Sénat comme non fondées.

En transmettant, par une lettre du 6 janvier 1923, au Commissaire général de Pologne à Dantzig, la demande du Sénat en date du 4 du même mois, le Haut-Commissaire déclara qu'aucune décision ne lui paraissait s'imposer, puisqu'il ressortait clairement de la décision déjà formulée que la Pologne n'avait pas le droit d'établir un service postal s'étendant en quoi que ce fût au delà des locaux qui lui étaient attribués.

En réponse à cette lettre, le Haut-Commissaire fut informé le 20 janvier 1923, de la part de la Pologne, que celle-ci considérait la demande dantzikoise comme prématurée, les pourparlers entre les Parties étant à peine engagés. Et, dans une lettre en date du 2 mars 1923, l'Administration des postes polonaise proposa à l'Administration des postes dantzikoise de délimiter en premier lieu le domaine d'activité du bureau de Heveliusplatz, proposition que, toutefois, cette dernière Administration déclina par une lettre en date du 20 mars, estimant qu'elle n'était pas compétente pour s'en occuper en vertu de l'article 168 de l'Accord de Varsovie. Aucune démarche nouvelle ne semble avoir été entreprise en vue de régler ladite question avant le 1^{er} décembre 1924.

La décision du Haut-Commissaire du 23 décembre 1922, mentionnée plus haut, fut formulée à la suite d'un échange de vues, entre la Pologne et Dantzig, concomitant à la discussion sur l'article 168 de l'Accord de Varsovie, dont il vient d'être rendu compte.

L'échange de vues en question visait le point de savoir si la Pologne avait le droit d'installer à la gare centrale de Dantzig un bureau, non seulement de transbordement, mais aussi de triage. La discussion directe entre les Parties n'ayant pas abouti, le Haut-Commissaire semble les avoir invitées à tenir, sous ses auspices, une conférence. A l'issue de celle-ci, qui eut lieu le 23 octobre 1922, le Sénat de Dantzig reçut, le 20 novembre, un exposé du point de vue polonais, qui est présumé compatible avec la décision du Haut-Commissaire du 25 mai 1922. La réponse dantzikoise à cette note, réponse datée du 12 décembre 1922, voit dans la demande polonaise relative au bureau de triage le désir de fournir au public la possibilité d'expédier des lettres du bureau polonais de la gare, c'est-à-dire d'étendre le domaine d'activité du service postal polonais. Cet aspect des débats qui aboutirent à la décision du 23 décembre 1922 les relie à la discussion au sujet de l'article 168 de l'Accord de Varsovie.

La Cour n'a pas été mise en possession des documents par lesquels les Parties ont pu expressément solliciter la décision du Haut-Commissaire sur le point dont il s'agit, décision qui fut celle du 23 décembre 1922.

Dans les motifs de la décision sont énoncées des considérations suivant lesquelles l'installation du bureau de triage constituerait une extension du service postal polonais, et que cette extension n'est pas admissible parce que pouvant „causer un grave préjudice à l'Administration des postes de Dantzig et, par suite, à l'État dantzikois“ ; il y est encore dit que le bureau accordé au service polonais, c'est-à-dire celui de Heveliusplatz, avait pour objet la transmission du courrier des autorités polonaises à Dantzig et le transit du courrier d'outre-mer.

Contre cette décision, la Pologne interjeta appel en date du 20 mars 1923. Aucune décision ne fut cependant prise au sujet de l'appel, un accord étant intervenu entre les Parties le 18 avril 1923, accord qui fut entériné le jour suivant par le Conseil de la Société des Nations.

L'accord en question admet la création d'un bureau de triage polonais à la gare principale, avec certaines restrictions, dont l'une est que ce bureau doit rester inaccessible au public. Cet accord dit expressément qu'il remplace la décision du 23 décembre 1922, mais il stipule en propres termes que „le règlement pratique de la question ne modifie en rien la situation de droit". La Cour a été mise en possession de nombreux documents destinés à l'aider à se former une opinion sur le sens qu'il convient d'attribuer à ce passage: les Parties à l'accord soutiennent des thèses différentes sur ce point.

Pour des raisons qui sont appréciées différemment de part et d'autre, l'immeuble de Heveliusplatz, attribué à la Pologne le 9 mars 1922, n'avait, deux ans plus tard, pas encore été occupé par le service postal polonais. Le 1^er^ avril 1924, cependant, un accord relatif à son évacuation fut conclu, et il paraît qu'il avait été effectivement évacué au 1^er^ juillet suivant. La Cour ne possède pas d'informations complètes sur la manière dont a été organisée la poste polonaise à Dantzig entre temps et après la substitution, qui eut lieu le 11 janvier 1922, de l'Accord de Varsovie du 24 octobre 1921 à l'Accord provisoire du 22 avril 1920.

Le 1^er^ décembre 1924, le Président du Sénat de la Ville libre adressa au Commissaire général de Pologne à Dantzig une nouvelle note traitant, entre autres, de l'article 168 de l'Accord de Varsovie.

Dans la note en question il est dit que, suivant les informations de la Ville libre, la Pologne aurait l'intention de mettre en exploitation son service postal, en lui assignant un domaine d' activité qui excéderait ce qui, selon l'avis de Dantzig, constitue les limites imposées à ce service. La Ville libre demande, dans ces conditions, qu'on lui fasse savoir si, du côté polonais, l'intention subsiste de créer un fait accompli, sans recourir au préalable à la procédure arbitrale prévue par les traités. Dantzig appuie son point de vue, relatif à la limitation du service polonais, entre autres sur certain passage emprunté aux motifs de la décision du Haut-Commissaire du 23 décembre 1922, et sur la lettre de celui-ci en date du 6 janvier 1923. Dans sa note du 1^er^ décembre 1924, enfin, le Président du Sénat exprime l'avis de la Ville libre sur la nature de l'article 168 de l'Accord de Varsovie; selon lui, il ne s'y agirait nullement d'accords déjà conclus en principe et dont seule la rédaction était réservée, mais bien d'une liste de matières dépassant le cadre des droits réciproques reconnus par les traités, et au sujet desquelles les Parties restaient libres de contracter ou de ne pas contracter des engagements. Pour sa part, Dantzig était disposée, soit à entamer des négociations sur la portée de principe de l'article, soit à accepter sur ce point une décision arbitrale.

La réponse du Commissaire général polonais est datée du 3 janvier 1925. Elle porte que la Pologne, ayant pu prendre possession de l'édifice de Heveliusplatz, a l'intention de mettre en exploitation son service postal, qui comprendra des boîtes à lettres et des facteurs. Le rayon d'activité de ce service sera le „port de Dantzig", compris territorialement, et considéré, dans cet ordre d'idées, comme délimité par la ligne rouge mentionnée par le Haut-Commissaire dans sa décision du 15 août 1921. En ce qui concerne la décision du 23 décembre 1922, elle est regardée comme non existante, ayant été remplacée par l'Accord du 18 avril 1923. Enfin, dans l'opinion polonaise, l'article 168 de l'Accord de Varsovie contient des solutions qui sont obligatoires pour les Parties.

Le 5 janvier, le service polonais procéda à la pose, dans les rues de Dantzig, de boîtes à lettres portant des inscriptions polonaises. Les incidents, diplomatiques et autres, auxquels cette installation a pu donner lieu, échappent à la compétence de la Cour.

Le jour suivant, 6 janvier (parfois la date du 7 janvier est donnée), le Sénat de la Ville libre saisit le Haut-Commissaire d'une demande motivée tendant à obtenir une décision sur les points suivants: 1. la limitation, par des décisions passées en force de chose jugée, du service postal polonais au seul bureau de Heveliusplatz, à l'exclusion notamment des boîtes à lettres et des facteurs, en dehors de ce bureau; 2. la limitation de ce service au transport du courrier des autorités polonaises sur le territoire de Dantzig, en provenance ou à destination de ce bureau; 3. le rétablissement du *statu quo ante* 5 janvier 1925.

Dans son avis motivé sur la demande dantzikoise du 6/7 janvier 1925, le Commissaire général de Pologne prie le Haut-Commissaire de donner sur les deux points suivants une décision affirmative: 1. le droit pour la Pologne d'ouvrir à Heveliusplatz un service complet, y compris l'utilisation de boîtes à lettres et de facteurs, dans le rayon territorial d'activité de ce service; 2. l'extension de ce rayon au territoire délimité sur le plan annexé à la décision du Haut-Commissaire en date du 15 août 1921.

Il convient de remarquer que le Haut-Commissaire se trouvait ainsi saisi de la question de la définition du port de Dantzig, et, pourvu qu'il adoptât à cet égard une définition territoriale, de celle de la délimitation du port au point de vue postal. Il convient également d'observer que, pour la première fois, il se trouva prié de formuler une décision visant l'interprétation des articles 149—151 de l'Accord de Varsovie.

La décision du Haut-Commissaire fut rendue le 2 février 1925, dans un sens favorable, principalement, aux thèses dantzikoises.

Le dispositif de cette décision est ainsi conçu:

a) Le service postal, télégraphique et téléphonique que le Gouvernement polonais a le droit d'établir en vertu des articles 29 et 30 de la Convention de Paris, se limite à un seul bureau dans le port de Dantzig. Ce bureau est celui qui est attribué à l'Administration postale polonaise sur l'Heveliusplatz.

b) Les communications, échangées par ce service, en provenance du territoire de la Ville libre et à destination de la Pologne, et vice versa, doivent partir des bâtiments mentionnés au paragraphe a) et être dirigées sur la localité unique (ou les localités) choisie(s) sur le territoire polonais; aucun matériel, communication ou message postal, télégraphique ou téléphonique, ne pourra être reçu ou délivré sur cet itinésaire sauf dans le bureau spécifié au paragraphe a). Par les mots „reçu“ et „délivré“, il faut entendre la réception ou la remise, par n'importe quel moyen, et il n'est pas fait de distinction entre les termes postaux techniques de la langue allemande.

c) L'emploi des boîtes aux lettres, en dehors des limites du (ou des) bâtiment(s) specifié(s) au paragraphe a) et d'un service de levée et de distribution au moyen de facteurs, sur une partie quelconque du territoire de la Ville libre, ne saurait être autorisé et est contraire à la décision du 25 mai 1922.

d) Le bureau specifié au paragraphe a) n'est pas destiné à assurer l'expédition de toutes les lettres mises à la poste en un point quelconque du territoire dantzikois à destination de la Pologne ou de l'étranger, soit par des ressortissants polonais, soit par d'autres habitants de la Ville libre; il a pour objet de permettre aux autorités polonaises, légalement établies en territoire dantzikois, de constituer leurs courriers et de les expédier directement et exclusivement de ce bureau à destination de la Pologne ou de l'étranger; enfin, il est également destiné à assurer la transmission des courriers directs, expédiés de Pologne, par le port de Dantzig, à destination des pays d'outre-mer et vice-versa.

e) Les paragràphes 1 et 2 de l'Accord du 18 avril 1923, au sujet du bureau de triage, et l'Accord du 29 août 1924, au sujet du bureau de triage dans le port pour les courriers d'outre-mer, ne sont pas modifiés par la présente décision.

Le Gouvernement polonais interjeta appel contre la décision en question, en en demandant l'annulation.

L'appel, daté du 20 février 1925, se fonde, entre autres, sur l'allégation que la décision dont il s'agit reposait sur une interprétation erronée de la décision du 15 mai 1922, et qu'elle était incompatible avec les dispositions de l'Accord de Varsovie. Il se fonde également sur l'absence, dans la décision du 2 février, de la délimitation du port, sollicitée par le Gouvernement polonais, ainsi que sur l'allégation que ladite décision ne pouvait être appliquée dans la pratique.

L'avis du Sénat de la Ville libre sur cet appel porte la date du 2 mars 1925. Il conclut au rejet pur et simple de l'appel.

Une Réplique de la Pologne à cet avis, en date du 9 mars 1925, fut suivie d'une Duplique de Dantzig, en date du 12 mars.

Le jour suivant, 13 mars 1925, le Conseil de la Société des Nations, saisi des documents énumérés ci-dessus et relatifs à l'appel, ainsi que d'un rapport préparé par le représentant de l'Espagne, eut à statuer sur l'affaire dont l'appel polonais l'avait appelé à connaître. Il prit à son sujet, après avoir entendu les Parties, la Résolution, d'une nature interlocutoire, qui se trouve reproduite dans l'introduction au présent avis.

II.

La Requête du Conseil pour avis consultatif contient deux questions.

La première est de savoir s'il existe une décision actuellement en vigueur du général Haking qui tranche les points en litige concernant le service postal polonais, soit de la manière indiquée au paragraphe 18 de la décision du Haut-Commissaire actuel, en date du 2 février 1925, soit de toute autre manière, et, dans l'affirmative, si cette décision exclut un nouvel examen des points en question, en totalité ou en partie, par le Haut-Commissaire ou par le Conseil. C'est là une question préalable qui concerne la théorie généralement connue sous le nom de théorie de la *chose jugée*; la seconde question ne se pose que si la réponse de la Cour sur le premier point est négative.

La seconde question concerne le fond. Elle comprend deux points

„a) Le service postal polonais du port de Dantzig doit-il se borner aux opérations qui peuvent s'effectuer exclusivement à l'intérieur de ses locaux de l'Heveliusplatz, ou est-il fondé à installer des boîtes à lettres et à procéder à la levée et à la distribution des envois postaux, en dehors de ces locaux?

„b) L'usage de ce servic est-il réservée aux autorités et fonctionnaires polonais, ou ce service peut-il être utilisé par le public?"

La Cour doit commencer par examiner la portée de la première question. Il convient d'observer que cette question est conçue en termes généraux et qu'elle ne se réfère pas spécifiquement aux points a) et b) de la seconde question.

Dans une lettre au Haut-Commissaire, en date du 21 janvier 1925, la Pologne a soutenu que le service postal polonais s'étendait à tout le territoire délimité par la ligne rouge dans le plan joint à la décision du Haut-Commissaire, en date du 15 août 1921, et elle a demandé au Haut-Commissaire de rendre une décision dans ce sens. La décision du 2 février 1925 a jugé que les opérations du service postal polonais devaient être limitées au seul bâtiment de Heveliusplatz qui lui avait été attribué à cette fin; il en résultait qu'une décision quant à la délimitation du port devenait inutile. L'un des motifs de l'appel de la Pologne (20 février 1925) contre cette décision, est que le Haut-Commissaire a omis de donner, comme le demandait la Pologne, une définition du port. Dantzig, dans sa réponse du 2 mars 1925 au recours polonais, a contesté la revendication polonaise en ce qui concerne la définition du port au point de vue du service postal polonais.

Au sujet des limites du port, la question de la *res judicata* ne se pose pas. Bien que la Pologne soutienne que le port de Dantzig doit être délimité au point de vue postal selon la ligne rouge mentionnée dans la décision du Haut-Commissaire en date du 15 août 1921, elle ne prétend pas que ladite décision, dont le caractère définitif n'est contesté par aucun des deux Gouvernements, a fixé les limites du port au point de vue du service postal polonais, tel qu'il a été établi conformément à la Convention de Paris. Le fait que la Pologne envisage la possibilité d'étendre, pour les besoins du service postal, les limites du port au delà de la ligne rouge, constitue une autre preuve de ce qu'à son avis, cette ligne n'a pas été, du point de vue postal, assignée comme limite au port par une décision définitive. Le Sénat de Dantzig, de son côté, nie catégoriquement que la décision du 15 août 1921 présente aucune pertinence à l'égard du service postal.

La Cour partage entièrement ce point de vue. Cette décision, ni dans l'exposé des motifs, ni dans le dispositif, ne porte en quoi que ce soit sur les relations postales, et ceci est très naturel, car les clauses de l'article 104 du Traité de Versailles ont été appliquées d'après des méthodes très différentes, en ce qui concerne les chemins de fer, d'une part, et les communications postales, télégraphiques et téléphoniques, de l'autre. Il convient, en outre, d'observer que la ligne rouge n'a pas été tracée par le Conseil du Port — et acceptée plus tard par le Haut-Commissaire — afin de délimiter un territoire sur lequel le Conseil exerce ses pouvoirs généraux, mais afin de désigner le territoire dans les limites duquel se trouvent les lignes de chemins de fer qui, à certaines exceptions près, sont considérées comme desservant principalement le port. Le fait qu'un chemin de fer dessert principalement le port n'implique pas que ce chemin de fer soit situé sur un territoire qui, dans l'ensemble, est considéré comme appartenant au port. La décision du 15 août 1921 laisse donc entièrement ouverte la question relative aux limites territoriales du port de Dantzig au point de vue postal.

* * *

La Cour doit maintenant rechercher s'il existe une décision actuellement en vigueur du général Haking qui tranche les points a) et b) de la question 2 selon la manière prévue au paragraphe 18 de la décision du Haut-Commissaire actuel, en date du 2 février 1925, ou de toute autre manière, et, dans l'affirmative, si cette décision exclut un nouvel examen des points en question, en totalité ou en partie, par le Haut-Commissaire ou par le Conseil de la Société des Nations La seconde partie de cette question, toutefois, ne demande à être examinée que si la réponse à la première partie est affirmative.

* * *

L'article 103, paragraphe 2, du Traité de Versailles prévoit que

„le Haut Commissaire sera également chargé de statuer en première instance sur toutes les contestations qui viendraient à s'élever entre la Pologne et la Ville libre au sujet du présent Traité ou des arrangements et accords complémentaires."

L'intention de cette clause était évidemment de poser un principe général destiné à être développé et complété par des règles ultérieures. Ces règles se trouvent dans l'article 39 de la Convention de Paris du 9 novembre 1920, qui est ainsi conçu:

„Tout différend qui viendrait à s'élever entre la Pologne et la Ville libre au sujet du présent Traité ou de tous autres accords, arrangements et conventions ultérieurs ou de toutes questions touchant aux relations de la Pologne et de la Ville libre, sera soumis par l'une ou l'autre Partie à la décision du Haut-Commissaire, qui, s'il l'estime nécessaire, renverra l'affaire au Conseil de la Société des Nations.

„Les deux Parties conservent la liberté de faire appel au Conseil de la Société des Nations."

La Cour ne doute pas que les principes énoncés dans ses avis n^{os} 8 et 9, quant au caractère définitif des décisions rendues en matière de droit international, ne s'appliquent à toute décision définitive formulée en vertu des dispositions précitées.

Ce point n'est pas contesté par les Parties, bien que la Pologne soutienne qu'il peut se présenter des cas exceptionnels dans lesquels même une décision définitive peut faire l'objet d'un nouvel examen de la part du Haut-Commissaire ou du Conseil de la Société des Nations.

Le point actuellement en litige consiste seulement à savoir s'il existe une décision en vigueur restreignant le service postal polonais dans le port de Dantzig aux opérations qui s'effectuent à l'intérieur de ses locaux de Heveliusplatz et limitant l'usage de ce service aux autorités et bureaux polonais.

Il ressort des pièces soumises à la Cour que les deux Parties fondent principalement leurs thèses sur trois documents, savoir: la décision du 25 mai 1922, la décision du 23 décembre 1922 et la lettre du Haut-Commissaire du 6 janvier 1923.

* * *

La Pologne a interjeté appel devant le Conseil de la Société des Nations contre la décision du général Haking, en date du 25 mai 1922. Le 30 août de la même année, à la suite d'une interprétation donnée par le Haut-Commissaire de certains points de la décision, l'appel a été retiré. La décision ainsi interprétée est donc devenue définitive, elle a acquis force obligatoire et est effectivement en vigueur. Il reste à voir si elle couvre les points actuellement en litige.

La décision avait été formulée à la suite de thèses présentées par les Parties, se référant à l'article 240 de l'Accord de Varsovie du 24 octobre 1921, qui réservait à la décision du Haut-Commissaire, *entre autres*, les points suivants relatifs au service postal polonais:

[Traduction.]

„d) L'interprétation de l'expression „directement" *(directly—unmittelbar)* à l'article 29 de la Convention;

„e) Le point de savoir quelle extension le service postal polonais pourra recevoir en dehors du port de Dantzig (article 29 de la Convention);

„f) La question de savoir si l'obligation, pour Dantzig, de céder du terrain et des bâtiments, ne s'étend qu'au port ou bien si la Pologne peut réclamer ladite cession en dehors du port (article 30 de la Convention)."

En février 1922, la Pologne a soumis à la décision du Haut-Commissaire les points d) et f), comportant l'interprétation d'une partie des articles 29 et 30 de la Convention de Paris; dans sa réponse, en date du 28 février, Dantzig a ajouté le point e), soutenant que les installations polonaises en dehors du port devaient se borner à assurer le fonctionnement des communications postales, télégraphiques et téléphoniques entre la Pologne et le port de Dantzig. Il est évident qu'aucune des questions ainsi soumises au Haut-Commissaire n'a trait aux points actuellement en litige, et il n'y a pas lieu de supposer que la décision eût dû aller au delà de ces questions. Il est vrai, ainsi que Dantzig le fait ressortir dans ses observations soumises le 4 mai 1925 à la Cour, que le Haut-Commissaire, au paragraphe 2 de sa décision, a déclaré que le différend portait sur l'interprétation de la première partie des articles 29 et 30 de la Convention de Paris et, ainsi que le soutient également Dantzig, que l'interprétation donnée par lui dans sa décision a force obligatoire entre les Parties. Cette interprétation, toutefois, n'a été donné que pour certaines questions soumises par les Parties; elle n'a donc force obligatoire que dans la mesure où lesdites questions sont visées.

Mais Dantzig soutient, en outre, qu'il est à la fois du droit et du devoir du Haut-Commissaire, en tant que fonctionnaire de la Société des Nations, sous la protection de laquelle est placée la Ville libre, d'examiner, de sa propre initiative et indépendamment des Parties, la situation, tant en fait qu'en droit, et de trancher tout différend, manifeste ou latent, dont il peut avoir eu connaissance. Le sens véritable de ses décisions devrait donc être fixé eu égard à ces fonctions du Haut-Commissaire.

La Cour ne peut considérer cette thèse comme bien fondée. Il a déjà été indiqué que le principe général posé à l'article 103, paragraphe 2, du Traité de Versailles — sur lequel Dantzig s'appuie principalement — doit être considéré conjointement avec l'article 39 de la Convention de Paris. Il ressort clairement de ces dispositions que les fonctions du Haut-Commissaire sont d'ordre juridiciaire et se bornent au règlement des questions qui sont soumises par l'une ou l'autre des Parties. Le Haut-Commissaire n'était donc pas compétent pour trancher des questions que les Parties ne lui avaient pas soumises; et sa décision devrait, si possible, recevoir une interprétation qui la maintienne dans le cadre des pouvoirs qui lui sont conférés.

Dans le cas présent, toutefois, il n'est pas nécessaire d'appliquer ce principe. La décision du 25 mai 1922, par ses termes mêmes, ne portait que sur les questions soumises par les Parties. Rien ne spécifiait que le service postal polonais fût limité à ses locaux ou que son utilisation fût restreinte aux autorités et bureaux polonais; la décision ne parle nulle part de boîtes à lettres et de facteurs. La Cour, toutefois, n'attache pas une importance particulière à ce fait; car l'exclusion de boîtes à lettres et de facteurs pourrait à la rigueur découler de l'exclusion générale de toutes activités postales en dehors du bâtiment. Mais la Cour estime qu'une question d'ordre général, visant les activités du service postal polonais en dehors de ses locaux, n'a été ni soumise au Haut-Commissaire, ni tranchée par lui.

Quant au *dispositif* de la décision, qui figure au paragraphe 15, seules les clauses 1 et 3 demandent à être examinées ici.

La clause 1 stipule que Dantzig doit fournir à la Pologne les moyens d'établir un service postal dans le voisinage du port de Dantzig, si possible dans un bâtiment unique, mais en tout cas dans un ou plusieurs bâtiments contigus. Ceci n'a, évidemment, rien de commun avec la question de savoir si les activités du service postal doivent être limitées à l'intérieur dudit ou desdits bâtiments. Le Sénat de Dantzig lui-même a, dans une lettre au Haut-Commissaire en date du 19 octobre 1922, exprimé l'avis que, seule, la question du bâtiment *(die Gebäudefrage)* avait été réglée par cette partie de la décision.

La clause 3 est ainsi conçue:

„Les communications échangées par ce service des postes, télégraphes et téléphones devront s'effectuer directement par une route quelconque choisie par la Pologne ou par des routes convenues entre les deux Gouvernements de la Pologne et de Dantzig, aux termes de l'article 150 de l'Accord du 24 octobre 1921. Ces communications devront s'échanger entre la localité unique choisie sur le territoire dantzikois et la localité unique (ou les localités) choisie(s) sur le territoire polonais. Aucun matériel ni aucun message postal, télégraphique ou téléphonique ne pourra être reçu ou délivré sur cette route (ou sur ces routes), sauf dans le bâtiment décrit au paragraphe 1 ci-dessus."

De l'avis de la Cour, cette déclaration vise nettement le point d) de l'article 240 de l'Accord de Varsovie, c'est-à-dire le sens du mot „directement" à l'article 29 de la Convention de Paris. Elle ne concerne que la question du transit et interdit de recevoir ou de délivrer tout matériel ou message postal, télégraphique ou téléphonique sur cette route (ou sur ces routes) sur le territoire de la Ville libre, sauf dans le bâtiment postal mentionné à la clause 1.

Il ressort de ces deux clauses que la Pologne ne peut avoir qu'un seul bureau de poste et qu'aucun objet postal ne peut être accepté ou délivré en cours de transit à travers le territoire de Dantzig, ou de transport en provenance ou à destination du port. Cela n'est pas contesté par la Pologne. La question de savoir si le bureau de poste polonais peut étendre ses activités en dehors du bâtiment, installer des boîtes à lettres et lever ou distribuer des envois postaux, ainsi que la question de savoir si ce service postal peut être utilisé par le public, sont, bien entendu, tout à fait différentes. Il convient d'observer, toutefois, que la clause 9 mentionnée ci-dessus, bien que traitant d'un autre point que celui dont s'occupe actuellement la Cour, porte indirectement sur ce dernier quand elle exclut la réception directe, dans les voitures postales polonaises, d'envois postaux déposés dans les boîtes à lettres qui sont placées, soit à la gare, soit dans les trains.

Il n'y a rien à ajouter quant à la décision telle qu'elle est rédigée. Dantzig, toutefois, prétend que l'intention réelle du Haut-Commissaire, lorsqu'il a formulé sa décision, était d'empêcher la Pologne d'exercer une activité postale quelconque en dehors du bâtiment qui lui avait été attribué à cet effet. De l'avis de Dantzig, cela ressort clairement de la lettre du Haut-Commissaire en date du 6 janvier 1923, ainsi que d'un projet d'*accord* soumis aux Parties par le Haut-Commissaire le 27 avril 1922, avant qu'il eût formulé sa décision. Les effets juridiques possibles de la lettre du 6 janvier seront examinés plus loin. Il suffit pour le moment de dire que toute opinion personnelle que le général Haking aurait pu exprimer, ou toute proposition qu'il aurait pu faire en qualité de médiateur, ne saurait modifier le sens et la portée de la décision. Une fois qu'une décision a été dûment rendue, seul son contenu fait autorité, quel qu'ait pu être le point de vue de son auteur.

* * *

La décision du 23 décembre 1922 a trait à un différend portant sur le droit, pour la Pologne, d'établir un bureau de triage à la gare principale de Dantzig; elle ne reconnaît pas ce droit à la Pologne.

Les deux Parties s'accordent à admettre que rien, dans le dispositif de la décision, ne traite des points actuellement en litige entre la Pologne et Dantzig. Mais, au paragraphe 6 de l'exposé des motifs, le Haut-Commissaire déclare que l'aricle 29 de la Convention de Paris donne à la Pologne le droit d'établir *un* service postal, ce qui, aux dermes de sa décision 25 mai 1922 et de l'accord ultérieur intervenu entre les deux Gouvernements, signifie un seul bureau de poste pans le port de Dantzig; le Haut-Commissaire déclare ensuite qu'à son avis „il ne s'ensuit pas que toutes les lettres expédiées de Pologne à des ressortissants polonais résidant à Dantzig, ou que toutes les lettres adressées par ces ressortissants polonais à des destinataires résidant en Pologne ou à l'étranger, doivent passer par ce bureau, mais qu'il a été créé pour permettre aux autorités polonaises légalement établies en territoire dantzikois de réunier leur courrier et de l'expédier directement et exclusivement de ce bureau de poste en Pologne ou à l'étranger, ainsi que pour assurer la transmission de courriers directs expédiés de Pologne, via Dantzig, à destination d'outremer et vice-versa". C'est sur ce paragraphe que Dantzig fonde sa thèse selon laquelle il existerait une décision restreignant l'usage du service postal polonais aux autorités et bureaux polonais.

Le Gouvernement polonais a interjeté appel contre la décision du 23 décembre 1922. Le 18 avril 1923, un accord a été conclu entre les Parties au sujet de la question tranchée par le Haut-Commissaire: il est dit dans le préambule que les représentants des Parties conviennent „que la décision du Haut-Commissaire, en date du 23 décembre 1922, est remplacée par les dispositions suivantes"; la clause 3 de l'Accord, toutefois, stipule que „ce règlement pratique de la question ne change en rien la situation de droit". Il ne ressort pas des documents que l'appel de la Pologne ait été expressément retiré.

Le sens et l'effet de cet accord ont donné lieu à des débats prolongés entre les Parties, ainsi qu'à des déclarations de leur part; la Pologne soutient que la décision du 23 décembre 1922 a été entièrement remplacée par l'accord et qu'elle est sans effet. D'autre part, Dantzig soutient qu'en vertu de la clause 3, seul le dispositif de la décision a été remplacé.

La Cour ne juge pas nécessaire d'exprimer un avis sur ce point. Selon les termes mêmes de la clause 3 de l'Accord, la réserve faite par les Parties vise *la situation de droit*. La concession maxima que l'on puisse faire, sous ce rapport, à la thèse de Dantzig est que la décision elle-même devrait être considérée comme étant en vigueur, sauf en ce qui concerne le droit, pour la Pologne, d'avoir un bureau de triage des lettres à la gare principale de Dantzig, droit que la Pologne a acquis par l'accord en question. S'il en est ainsi, la décision devrait être considérée telle qu'elle est rédigée; il est nettement impossible d'interpréter la clause 3 de l'Accord comme ayant trait à une partie spéciale de la décision ou comme s'appropriant une opinion particulière quelconque exprimée dans cette décision. La Cour, par suite tout en s'abstenant d'exprimer une opinion précise sur la signification de la clause en question, se place, pour les besoins du raisonnement, dans l'hypothèse que Dantzig pourrait invoquer en l'espèce la décision du 23 décembre 1922. Or, il est certain que les motifs contenus dans une décision, tout au moins dans la mesure où ils dépassent la portée du dispositif, n'ont pas force obligatoire entre les Parties intéressées.

Il est parfaitement exact que toutes les parties d'un jugement visant les points en litige s'expliquent et se complètent l'une l'autre et doivent être prises en considération, afin d'établir la portée et le sens précis du dispositif. Ceci est clairement indiqué dans la sentence de la Cour permanente d'Arbitrage, en date du 14 octobre 1902, relative aux Fonds pieux des Californies, décision qui a été à plusieurs reprises invoquée par Dantzig. La Cour est d'accord sur cette déclaration, mais il ne résulte nullement que tout motif donné dans une décision, constitue une décision; et il faut se souvenir que la Cour d'Arbitrage a appliqué la théorie de la *res judicata* parce qu'il y avait „non seulement identité des Parties en litige, mais également identité de *la matière*.

Or, bien qu'il ne ressorte pas clairement pour quel motif le Haut-Commissaire, dans le paragraphe 6 de sa décision, a exprimé une opinion sur le rayon dans lequel le service postal polonais peut être utilisé, on ne peut douter que ladite opinion ne soit sans pertinence à l'égard du point effectivement réglé par lui et par suite qu'elle ne soit dépourvue de force obligatoire.

Cette conclusion, qui est tirée de la nature même des décisions judiciaires, n'est pas modifiée par la thèse que soutient Dantzig, et selon laquelle la décision du Haut Commissaire peut être considérée comme un jugement déclaratif *(Feststellungsurteil)*. Dans la décision du 23 décembre 1922, aussi bien que dans toute autre décision du Haut-Commissaire, le dispositif se distingue nettement de l'exposé des motifs; la Cour ne peut trouver aucune raison pour étendre la force obligatoire inhérente à un jugement déclaratif en ce qui concerne le point réglé à des motifs qui étaient destinés seulement à expliquer la déclaration contenue dans le dispositif, et cela d'autant plus, lorsque ces motifs visent des points de droit sur lesquels le Haut-Commissaire n'était pas appelé à donner une décision.

L'opinion exprimée par le général Haking au paragraphe 6 de la décision du 23 décembre 1922 est invoquée, par Dantzig également, comme l'interprétation de la portée et du sens véritables de la décision antérieure du 25 mai 1922. Dans les observations soumises en dernier lieu par Dantzig et signées du professeur Verzijl, on insiste sur le fait que les décisions du général Haking sont logiquement reliées l'une à l'autre et reposent nettement sur une conception restrictive du service postal polonais.

Il peut en être ainsi. Si le général Haking s'était cru obligé de formuler une décision sur les points actuellement en litige, il les aurait très probablement réglés d'une manière conforme à la thèse de Dantzig, Ceci, toutefois, ne veut pas dire que les points peuvent être considérés comme ayant été réglés.

Le 4 janvier 1923, le Président du Sénat de la Ville libre a prié le Haut-Commissaire de formuler une décision au sujet de la prétention de la Pologne à étendre son service postal à toute la ville de Dantzig, demande que le Sénat considérait comme injustifiée. Le Haut-Commissaire a transmis le 6 janvier copie de la demande au Commissaire général de Pologne à Dantzig, accompagnée d'une lettre d'envoi dans laquelle il disait que. selon lui. aucune décision ne s'imposait, car il ressortait clairement de la décision déjà formulée que la Pologne n'avait pas le droit d'établir un service postal s'étendant en dehors du bâtiment désigné à cet effet.

Il y a désaccord entre les Parties sur le point de savoir si la décision mentionnée dans la lettre du Haut-Commissaire était la décision du 25 mai 1922, ainsi que le soutient Dantzig, ou la décision du 23 décembre 1922, ainsi que le soutient la Pologne.

La Cour estime que ce point est, pour le présent objet, sans pertinence, parce que la lettre en question ne peut être considérée comme une décision et que, selon ses termes mêmes, elle n'était pas destinée à constituer une décision. De ce qui a été dit déjà, au sujet des fonctions judiciaires du Haut-Commissaire, il résulte que ce dernier ne peut formuler une décision au sens de l'article 39 de la Convention de Paris, à moins que les règles essentielles de toute procédure judiciaire n'aient été observées. Or, une interprétation, dite authentique, d'une décision judiciaire constitue en fait une nouvelle décision; partant, la Cour ne peut reconnaître la lettre du Haut-Commissaire en date du 6 janvier 1923 comme constituant une interprétation de cette nature, ainsi que l'entendait Dantzig. Cette lettre exprimait simplement l'avis personnel du général Haking, avis qui — la Cour l'a déjà indiqué — ne peut modifier la signification véritable d'une décision.

Il n'est pas possible non plus d'admettre avec la Ville libre que le Gouvernement polonais a accepté l'avis exprimé dans la lettre du Haut-Commissaire, pour la raison que ce Gouvernement n'y a pas fait objection. Le 20 janvier, le Commissaire général de Pologne, repondant à la lettre du 6 janvier, informait le Haut-Commissaire qu'il considérait la demande de Dantzig comme „prématurée", étant donné que la question „commençait seulement à faire l'objet de pourparlers entre les Administrations des postes de Pologne et de Dantzig, en exécution de l'article 168 de l'Accord polono-dantzikois du 24 octobre 1921". Au lieu d'admettre que la question relative à l'extension territoriale du service postal polonais avait été réglée par une décision antérieure du Haut-Commissaire, la Pologne a très nettement indiqué que la question devait encore être réglée et cela, en premier lieu, à l'aide de négociations conformément à l'article 168 de l'Accord de Varsovie.

Dantzig soutient que la compétence conférée au Haut-Commissaire par l'article 240 de l'Accord de Varsovie ne vise aucun des points réservés en vue de négociations conformément à l'article 168. Si la thèse de Dantzig était exacte, la note du Commissaire général de Pologne, en date du 20 janvier 1923, n'aurait peut-être pas répondu à l'objet réel du litige. Quoi qu'il en soit, les deux Administrations postales échangèrent, au cours des mois suivants, des lettres traitant de la base juridique des négociations à poursuivre conformément à l'article 168. et le Sénat de la Ville libre semble n'avoir pris aucune disposition, avant le mois de décembre 1924, en vue d'obtenir une décision sur les points soulevés par sa lettre du 4 janvier 1923 ni avoir fait une déclaration indiquant qu'il considérait ces points comme ayant déjà été réglés par la lettre du Haut-Commissaire.

Pour ces raisons, la Cour arrive à la conclusion qu'il n'existe pas de décision en vigueur du général Haking qui traite, soit du point de savoir si le service postal polonais est limité aux opérations pouvant s'effectuer à l'intérieur de ses locaux, soit du point de savoir si l'usage de ce service est restreint aux autorités et bureaux polonais. Il n'est donc pas nécessaire que la Cour examine si l'existence d'une décision définitive pourrait — et en ce cas dans quelles circonstances — laisser place à un nouvel examen de ces points, de la part du Haut-Commissaire ou du Conseil de la Société des Nations.

III.

Ayant abouti à la conclusion qu'aucune décision en vigueur n'a tranché les points litigieux relatifs au service postal polonais dans le port de Dantzig. la Cour doit traiter maintenant les deux questions formulées par le Conseil sous le n⁰ 2 a) et b) de sa Requête.

Afin de répondre à ces questions, il est nécessaire d'exposer brièvement quelles sont la nature et la portée du service postal polonais dans le port de Dantzig.

Le Traité de Versailles (article 104) prévoit, entre la Ville libre de Dantzig et la Pologne, la conclusion d'une Convention qui, afin de donner à la Pologne un libre accès à la mer, était destinée à assurer à cet État, entre autres, le contrôle et l'administration des communications postales, télégraphiques et téléphoniques entre la Pologne et le port de Dantzig. Ces droits de la Pologne ont été définis, au Chapitre IV de la Convention de Paris, dans quatre articles qui sont ainsi conçus:

Article 29.

„La Pologne aura le droit d'installer dans le port de Dantzig un service des postes, télégraphes et téléphones communiquant directement avec la Pologne. Ce service aura dans ses attributions les communications postales et télégraphiques, empruntant le port de Dantzig, entre la Pologne et les pays étrangers, ainsi que les communications entre la Pologne et le port de Dantzig."

Article 30.

„La Ville libre de Dantzig s'engage à donner à bail ou à vendre à la Pologne, dans des conditions équitables, les terrains ou les bâtiments nécessaires à l'installation ainsi qu'au fonctionnement des services prévus à l'article 29 ainsi qu'à l'article 21. La Ville libre s'engage à donner au Gouvernement polonais toutes les facultés requises en vue de l'établissement des lignes télégraphiques et téléphoniques nécessaires à l'application dudit article."

Article 31.

„Toutes autres communications postales, télégraphiques et téléphoniques sur le territoire de la Ville libre, ainsi que les communications entre la Ville libre et les pays étrangers, seront du ressort de la Ville libre."

Article 32.

„La Pologne et la Ville libre de Dantzig s'engagent à conclure dans un délai de six mois, à dater de l'entrée en vigueur du présent Traité, une convention spéciale à l'effet d'établir des tarifs postaux, télégraphiques et téléphoniques uniformes pour leurs communications réciproques; cette convention réglera en même temps les détails d'application du présent chapitre."

Ces articles, conformément à l'article 32, ont été mis en application et complétés par l'Accord de Varsovie.

Il semble utile d'insérer ici une traduction des articles 149, 150 et 151, n^{0} 1), de cet Accord.

Traduction.

Article 149.

„Le service postal, télégraphique et téléphonique que la République polonaise installera, conformément à l'article 29 de la Convention du 9 novembre 1920, est indépendant de l'Administration des postes de la Ville libre de Dantzig."

Article 150.

Ce service s'étend:

a) Dans le port de Dantzig, à tous les genres et branches des services d'exploitation technique et administratif ainsi qu'aux installations nécessaires à ces services.

b) Entre le port de Dantzig et la Pologne et via le port, entre la Pologne et l'étranger, à toutes les relations postales, télégraphiques et téléphoniques, sans qu'il y ait limitation à certaines lignes de communications, et avec l'emploi de tous les moyens de communications usuels.

Article 151.

„1) L'Administration polonaise est en droit de décider en toute indépendance sur l'extension et l'exécution technique des installations."

Les autres articles qui traitent des questions postales concernent principalement les rapports entre les deux Administrations postales, certains privilèges et immunités du service polonais sur le territoire de Dantzig, l'achat et la location de terrains et de bâtiments nécessaires au service postal, l'installation ou l'usage en commun de lignes télégraphiques ou téléphoniques, les tarifs pour les communications entre Dantzig et la Pologne.

Le dernier article du chapitre traitant de cette matière (art. 168) est ainsi conçu:

Traduction.

Article 168.

„1) Les deux Administrations des postes devront aussitôt que possible conclure des accords particuliers sur les points suivants:

a) Utilisation des installations postales et télégraphiques polonaises dans le port pour les communications locales des autorités et bureaux polonais;

b) Faculté pour des destinataires habitant en dehors du port de venir chercher dans les bureaux postaux et télégraphiques polonais du port, des envois postaux et des télégrammes consignés en Pologne;

c) Distribution à des autorités et bureaux polonais en dehors du port, d'envois postaux et de télégrammes consignés en Pologne;

d) Rattachement au central téléphonique polonais à installer dans le port en vue de communications avec la Pologne d'autorités et de bureaux polonais qui se trouvent à Dantzig en dehors du port;

e) Relations de service directes des bureaux postaux et télégraphiques polonais dans le port avec les bureaux postaux et télégraphiques à l'étranger;

f) Autorisation de créer un service illimité de communications postales, télégraphiques et téléphoniques, entre le port de Dantzig et l'étranger;

g) Autorisation de créer dans le port de Dantzig un service privé de communications postales et télégraphiques locales;

h) Service de transit en faveur de la Pologne, à travers le territoire de Dantzig, avec la Pologne ou l'étranger;

i) Service de transit en faveur de Dantzig, à travers le territoire de la Pologne, avec l'étranger;

k) Communications réciproques entre la Pologne et Dantzig.

2) Les accords ultérieurs éventuels sur les points a, c, et d ne préjugeront pas la décision relative à la situation, au point de vue du droit public, des autorités et des bureaux polonais sur le territoire de la Ville libre de Dantzig.

Il n'y a nulle trace, on le voit, d'une disposition quelconque limitant les opérations des autorités postales polonaises exclusivement à l'intérieur de leurs bâtiments postaux. Le service postal que la Pologne est fondée à établir dans le port de Dantzig doit être entendu dans son sens ordinaire, c'est-à-dire comme comportant les attributions normales d'un service postal en ce qui concerne la levée et la distribution d'envois postaux en dehors du bâtiment postal. En l'absence de réserve expresse, on ne peut déduire du texte d'un traité des limitations ou des restrictions quelconques à cet égard, tant ces limitations offriraient un caractère exceptionnel.

Les deux Parties ont fait valoir leurs thèses quant au sens exact de la phrase „tous les genres *(Arten)* et branches *(Zweige)* des services d'exploitation, technique et administratif", ainsi que les installations *(Einrichtungen)* nécessaires à ces services (art. 150a de l'Accord de Varsovie). Dantzig soutient que le mot „installation" a trait au service intérieur *(innerhalb des internen Dienstes)*; la Pologne est d'un avis opposé. La Cour estime que ce point n'affecte pas la conclusion à laquelle elle est arrivée. L'article dont il s'agit commence par les mots suivants: „Il (c'est-à-dire le service) s'étend", etc. *(Er erstreckt sich).* Cet article, considéré à la lumière de ceux qui le précèdent et qui le suivent, devrait être interprété comme renfermant les matières qui y sont énumérées et non comme empêchant le service postal d'exercer ses opérations normales — levée et distribution d'envois postaux.

En vertu de l'article 29 de la Convention de Paris, la Pologne a le droit d'établir dans le port de Dantzig un service de communications postales, télégraphiques et téléphoniques entre la Pologne et d'autres pays, *via* le port de Dantzig, ainsi qu'entre la Pologne et le port de Dantzig. Il n'y a rien dans le texte des accords internationaux qui permette de croire que l'usage du service postal soit restreint aux autorités et bureaux polonais. Ainsi qu'il sera expliqué ci-après, aux yeux des Parties contractantes, le „port de Dantzig“ était une entité territoriale. Il est parfaitement clair que le droit que la Pologne tire des termes des accords internationaux est le droit d'avoir des communications avec le port de Dantzig dans le sens territorial de cette expression. La Cour n'a pas à s'occuper de la question des limites exactes du port. Mais, de ce qu'il est peut-être difficile de déterminer les limites territoriales exactes du port, il ne s'ensuit nullement que le droit de la Pologne en cette matière soit limité aux seules communications avec les autorités et bureaux polonais sur le territoire de Dantzig.

En l'absence d'une disposition spéciale stipulant le contraire, on doit admettre que les communications postales, télégraphiques et téléphoniques sont destinées à être utilisées par le public de la manière ordinaire.

L'article 168, n° 1, de l'Accord de Varsovie, contient certaines dispositions dont on peut déduire que la distribution d'envois postaux en dehors du bâtiment des postes, et notamment l'utilisation du service par le public, ne sont pas exclues. Cet article prescrit que les Administrations des postes des deux Parties devront, aussitôt que possible, conclure des accords particuliers sur certaines matières qui y sont énumérées. Il s'agit, entre autres, de:

„b) la faculté, pour des destinataires habitant en dehors du port, de venir chercher *(Abholung)*, dans les bureaux postaux et télégraphiques polonais du port, des envois postaux et des télégrammes consignés en Pologne;

„c) Distribution *(Bestellung)* à des autorités et bureaux polonais en dehors du port, d'envois postaux et de télégrammes consignés en Pologne.“

La clause c) montre que le service postal polonais est fondé à établir un service de distribution dans les limites du port. En effet, si ladite clause envisage la distribution à des autorités polonaises en dehors du port, et bien qu'aucune mention ne soit faite de la distribution à ces autorités dans le port, il semble en résulter nettement que, de l'avis des Parties, le droit d'établir un service de distribution dans les limites du port est du ressort du service postal polonais.

La différence dans la rédaction des clauses b) et c) montre, en outre, que le mot „destinataires“ employé dans b) vise le public en général, et non les autorités et bureaux polonais seulement, comme dans c). Ce qui était envisagé, évidemment, c'était l'octroi d'un privilège spécial aux autorités et bureaux polonais situés en dehors du port, en ce sens que les lettres et télégrammes qui leur étaient expédiés pouvaient être distribués à leur adresse, alors que les destinataires privés, habitant en dehors du port, devaient chercher leurs lettres et leurs télégrammes au bureau de poste.

Les Parties ne sont pas d'accord sur la portée juridique de l'article 168. La Pologne soutient que cet article constitue un *pactum de contrahendo* énonçant certains principes qui ont déjà fait l'objet d'un accord entre les Parties, et imposant à Dantzig l'obligation de conclure les accords nécessaires pour mettre en pratique lesdits principes. D'autre part, Dantzig nie l'existence d'une obligation quelconque de cet ordre, et soutient que la liste contenue dans l'article n'est qu'un programme en vue de négociations que les Parties peuvent ou non entamer, à leur gré. La Cour n'est pas appelée à exprimer son avis sur cette question. Le point important à cet égard est qu'une comparaison entre b) et c) de l'article montre que les Parties envisageaient l'utilisation par le public du service avec le port, dans les deux sens.

Il y a lieu de remarquer que les droits octroyés à la Pologne en matière postale sont, aux termes des accords, limités au port de Dantzig et que la Pologne n'a pas le droit, en l'absence d'arrangements particuliers, de procéder à des opérations postales quelconques en dehors des limites du port.

Le simple fait que, selon le n° I b de l'article 168, les Parties ont eu en vue la conclusion d'accords particuliers concernant les personnes privées, de même que les autorités et bureaux polonais situés en dehors des limites du port, démontre qu'à défaut d'accords de cet ordre, le champ d'activité du service doit rester dans les limites du port et que ledit service n'est destiné à être utilisé par le public que dans le port. Évidemment, dans la pratique, il n'est guère possible d'empêcher le public en dehors du port de faire usage de ce service, mais, au point de vue de la distribution en dehors du bâtiment postal et de la délivrance des envois à l'intérieur du bâtiment, on peut exercer un contrôle efficace.

On a fait valoir au nom de Dantzig que les droits postaux de la Pologne dans cette ville sont concédés en dérogation du monopole postal de Dantzig et que cette concession doit être interprétée restrictivement en faveur de Dantzig. De l'avis de la Cour, les règles, quant à l'interprétation restrictive ou extensive des dispositions d'un traité, ne peuvent être appliquées que dans les cas où les méthodes ordinaires d'interprétation ont échoué. C'est un principe fondamental d'interprétation que les mots doivent être interprétés selon le sens qu'ils auraient normalement dans leur contexte, à moins que l'interprétation ainsi donnée ne conduise à des résultats déraisonnables ou absurdes. En l'espèce, l'interprétation donnée par la Cour aux diverses stipulations contractuelles n'est pas seulement raisonnable; elle est de plus appuyée par les divers articles tant pris isolément que considérés dans leurs rapports entre eux.

On a encore fait valoir que la reconnaissance des revendications polonaises aurait pour conséquence de causer une perte importante de recettes à la Ville libre de Dantzig. On ne saurait douter qu'en effet l'établissement d'un service postal polonais dans le port de Dantzig ne se traduise par une perte pour le monopole postal de la Ville libre, mais cette considération ne peut affecter les droits contractuels que, de l'avis de la Cour, la Pologne est fondée à exercer.

La Cour désire souligner que rien dans le présent avis ne saurait être interprété comme préjugeant de la manière dont peuvent être exercés, par rapport aux droits privés et à l'administration municipale, les droits postaux que possède la Pologne à Dantzig.

La Cour étant d'avis que le port, au point de vue postal, n'est pas une entité personnelle comprenant certaines autorités, certains bureaux ou certaines catégories de personnes, ainsi que le soutient Dantzig, et que le service postal polonais n'est pas limité aux seules opérations qui peuvent s'effectuer dans le bâtiment de Heveliusplatz, il est essentiel d'indiquer pour quelle raison la Cour envisage le port de Dantzig comme une zone territoriale.

En dehors du fait que l'expression „le port de Dantzig“ comporte dans son emploi courant la notion d'une entité territoriale et topographique, la Convention de Paris et l'Accord de Varsovie emploient toutes deux, à plusieurs reprises, l'expression *„dans le port“ (im Hafen von Danzig);* dans l'article 168 dudit Accord, notamment, il est fait une mention spéciale des arrangements à conclure concernant les relations bureaux postaux, télégraphiques et téléphoniques dans le port avec des destinataires ou des autorités et bureaux polonais en dehors du port (b et c) ou avec „des autorités et bureaux polonais qui sont à Dantzig en dehors du port“ (168 d).

Quelle que soit l'interprétation que l'on puisse donner à l'article 168 dans son ensemble, ces distinctions prouvent que, dans l'opinion des Parties contractantes en 1921, le port de Dantzig était une zone territoriale comprise dans le territoire de la Ville libre. Cette conclusion est confirmée par la manière dont sont rédigées certaines autres dispositions de l'Accord de Varsovie, notamment son article 240.

La correspondance émanant de la Pologne et postérieure à 1921 montre que la Pologne n'a jamais abandonné ce point de vue.

En ce qui concerne l'attitude de Dantzig, le fait qu'à un moment donné la Ville libre n'a pas, comme la Pologne, demandé que la zone du port fût délimitée, s'explique par l'interprétation du général Haking qui restreignait le service postal polonais aux opérations s'effectuant à l'intérieur des locaux attribués à ce dernier et qui réservait son utilisation aux autorités et fonctionnaires polonais. La Cour, toutefois, écarte cette interprétation.

Comme il a été dit plus haut, les limites du port en tant que zone du service postal polonais n'ont pas été fixées.

La Cour n'est pas invitée à définir et à délimiter le port de Dantzig; mais elle estime nécessaire de faire remarquer qu'à son avis l'application pratique de ses réponses dépend du tracé des limites du port de Dantzig au sens des stipulations du Traité.

Par ces motifs,

La Cour est d'avis:

1) qu'il n'existe aucune décision en vigueur du général Haking qui tranche, soit de la manière indiquée au paragraphe 18 de la décision du Haut-Commissaire actuel, en date du 2 février 1925, soit de toute autre manière, les points en litige concernant le service postal polonais;

2) que, dans le port de Dantzig:

a) le service postal polonais est fondé à installer des boîtes à lettres, à recevoir et à délivrer des envois postaux en dehors de ses locaux de Heveliusplatz, et n'est pas limité aux opérations qui peuvent s'effectuer entièrement à l'intérieur desdits locaux;

b) ledit service est accessible au public et son utilisation n'est pas réservée aux autorités et fonctionnaires polonais.

Le présent avis ayant été rédigé en français et en anglais, c'est le texte anglais qui fera foi.

Fait au Palais de la Paix, à La Haye, le seize mai mil neuf cent vingt-cinq, en deux exemplaires, dont l'un restera déposé aux archives de la Cour et dont l'autre sera transmis au Conseil de la Société des Nations.

Le Président: (Signé) *Max Huber.*
Le Greffier: (Signé) *A. Hammarskjöld.*

Dokumente.

I.

Schiedsgerichtsvertrag zwischen Schweden und den Vereinigten Staaten von Amerika 24. 6. 1924*).

Le Gouvernement des Etats Unis d'Amérique et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède désirant, en application des principes énoncés dans les articles XXXVII—XL de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux, signés à La Haye le 18 octobre 1907, entrer en négociations pour la conclusion d'une Convention d'arbitrage, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Le Président des Etats Unis d'Amérique: *Charles Evans Hughes*, Secrétaire d'Etat des Etats Unis; et

Sa Majesté le Roi de Suède: M. le Capitaine *Axel F. Wallenberg*, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Washington;

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. I. Les différends d'ordre juridique ou relatifs à l'interprétation des traités existant entre les Parties contractantes, qui viendraient à se produire entre elles et qui n'auraient pu être réglés par la voie diplomatique, seront soumis à la Cour permanente d'arbitrage, établie, par les Conventions du 29 juillet 1899 et du 18 octobre 1907, à La Haye, à la condition toutefois, qu'ils ne mettent en cause ni les intérêts vitaux, ni l'indépendence ou l'honneur des Etats contractants, et qu'ils ne touchent pas aux intérêts de tierces Puissances.

Art. II. Dans chaque cas particulier, les Parties contractantes, avant de s'adresser à la Cour permanente d'arbitrage, signeront un compromis spécial, déterminant nettement l'objet du litige, l'étendue des pouvoirs des Arbitres et les délais à observer en ce qui concerne la constitution du tribunal arbitral et la procédure. Il est entendu que pour ce qui concerne les Etats Unis les compromis spéciaux seront faits par le Président des Etats Unis avec l'avis et le consentement du Sénat et. pour ce qui concerne la Suède, par le Roi, dans les formes et aux conditions qu'il jugera nécessaires ou convenables.

Art. III. La présente Convention sera ratifiée par les Parties contractantes. Les ratifications seront échangées à Washington aussitôt que faire se pourra et la Convention entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications.

Art. IV. La présente Convention est conclue pour une durée de cinq années, à partir de l'échange des ratifications. Dans le cas où aucune des Parties contractantes n'aurait notifié, six mois avant la fin de la dite période, son intention d'en faire cesser les effets, la Convention demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration de six mois à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncée.

Fait à Washington, en double exemplaire, en langue anglaise et française, ce vingt-quatrième jour de juin, mille neuf cent vingt quatre.

Charles Evans Hughes
Ax. Wallenberg.

---

*) Abgedruckt: Treaty Series Nr. 708, Washington, Government Printing Office 1925. — Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 18. März 1925 in Washington stattgefunden.

II.

Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und der Schweiz 20. 9. 1924*).

Sa Majesté le Roi d'Italie et le Conseil Federal Suisse animés du désir de resserrer toujours davantage les liens d'amitié et de bon voisinage qui unissent l'Italie et la Suisse,
pénétrés de l'esprit de confiante cordialité qui caractérise leurs rapports réciproques,
ont résolu de conclure un traité pour le règlement amiable des différends qui pourraient s'élever entre les deux Pays, et ont nommé à cet effet leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi d'Italie:

Monsieur *Benito Mussolini,* Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Etrangères,

le Conseil Federal Suisse:

Monsieur *Georges Wagnière,* Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la Confédération Suisse en Italie,
lesquels après s'être fait connaître leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1^er^. Les Parties contractantes, vu les relations d'amitié et de confiance qui les unissent, s'engagent à soumettre à une procédure de conciliation tous les différends, de quelque nature qu'ils soient, qui s'élèveraient entre elles et n'auraient pu être résolus par la voie diplomatique dans un délai raisonnable.

En cas d'échec de la procédure de conciliation, un règlement judiciaire sera recherché conformément aux articles 15 et suivants du présent traité.

Demeurent réservés les différends pour la solution desquels une procédure spéciale est prescrite par d'autres conventions en vigueur entre les Parties contractantes.

Art. 2. S'il s'agit d'un différend qui, à teneur de la législation intérieure de l'une des Parties, relève de la compétence des tribunaux, la Partie défenderesse pourra s'opposer à ce qu'il soit soumis à une procédure de conciliation et, le cas échéant, à un règlement judiciaire avant qu'un jugement définitif ait été rendu par l'autorité judiciaire compétente.

La demande de conciliation devra, dans ce cas, être formée une année, au plus tard, à compter de ce jugement.

Art. 3. Les Parties contractantes institueront une Commission permanente de conciliation composée de cinq membres.

Elles nommeront chacune un membre à leur gré et désigneront les trois autres d'un commun accord. Ces trois membres ne devront, ni être des ressortissants des Parties contractantes, ni avoir leur domicile sur leur territoire ou se trouver à leur service.

Le président de la Commission sera nommé, d'un commun accord, parmi les membres désignés en commun.

Tant que la procédure n'est pas ouverte, chacune des Parties contractantes aura le droit de révoquer le commissaire commé par elle et de lui désigner un successeur, comme aussi de retirer son consentement à la nomination de chacun des trois membres désignés en commun. Dans ce cas, il y aura lieu de procéder sans délai à la nomination des membres dont le mandat a pris fin.

---

*) Abgedruckt: Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia, LXVI, vom 24. Januar 1925, S. 259.

Il sera pourvu au remplacement des commissaires selon le mode fixe pour leur nomination.

Art. 4. La Commission sera constituée dans les six mois qui suivront l'échange des ratifications du présent traité.

Si la nomination des membres à désigner en commun n'intervient pas dans ce délai ou, en cas de remplacement, dans les trois mois à compter de la vacance du siège, il sera procédé aux nominations conformément à l'article 45 de la Convention de La Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux du 18 octobre 1907.

Art. 5. La Commission permanente de conciliation aura pour tâche de faciliter la solution du différend, en éclaircissant, par un examen impartial et consciencieux, les question de fait et en formulant des propositions en vue du règlement de la contestation.

Elle sera saisie sur requête adressée à son président par l'une des Parties contractantes.

Notification de cette requête sera faite, en même temps, à la Partie adverse par la Partie qui demande l'ouverture de la procédure de conciliation.

Art. 6. La Commission se réunira, sauf convention contraire, au lieu désigné par son président.

Art. 7. La procédure devant la Commission sera contradictoire.

La Commission réglera elle-même la procédure, en tenant compte, sauf décision contraire prise à l'unanimité, des dispositions contenues au titre III de la Convention de La Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux, du 18 octobre 1907.

Art. 8. Les délibérations de la Commission auront lieu à huis clos, à moins que la Commission, d'accord avec les Parties, n'en décide autrement.

Art. 9. Les Parties contractantes auront le droit de nommer, auprès de la Commission, des agents spéciaux, qui serviront, en même temps, d'intermédiaires entre elles et la Commission.

Art. 10. Sauf disposition contraire du présent traité, les décisions de la Commission seront prises à la majorité simple des voix.

Art. 11 Les Parties contractantes s'engagent à faciliter, dans la plus large mesure possible, les travaux de la Commission et, en particulier, à user de tous les moyens dont elles disposent, d'après leur législation intérieure, pour lui permettre de procéder, sur leur territoire, à la citation et à l'audition de témoins ou d'experts, ainsi qu'à des descentes sur les lieux.

Art. 12. La Commission présentera son rapport dans les six mois à compter du jour où elle aura été saisie du différend, à moins que les Parties contractantes ne décident, d'un commun accord, de proroger ce délai.

Un exemplaire du rapport sera remis à chacune des Parties.

Le rapports de la Commission n'aura, ni en ce qui concerne l'exposé des faits, ni en ce qui concerne les considérations juridiques, le caractère d'une sentence arbitrale.

Art. 13. La Commission de conciliation fixera le délai dans lequel les Parties auront à se prononcer à l'égard de ses propositions.

Ce délai n'excédera pas toutefois la durée de trois mois.

Art. 14. Pendant le durée effective de la procédure, les membres de la Commission de conciliation recevront une indemnité dont le montant sera arrêté entre les Parties contractantes.

Chaque Partie supportera ses propres frais et une part égale des frais de la Commission.

Art. 15. Si l'une des Parties n'accepte pas les propositions de la Commission permanente de conciliation ou ne se prononce pas dans le délai fixé par son rapport, chacune d'elles pourra demander que le litige soit soumis à la Cour Permanente de Justice Internationale.

Dans le cas où, de l'avis de la Cour, le litige ne serait pas d'ordre juridique, les Parties conviennent qu'il sera tranché ex aequo et bono.

Art. 16. Les Parties contractantes établiront. dans chaque cas particulier, un compromis spécial déterminant nettement l'objet du différend, les compétences particulières qui pourraient être dévolues à la Cour Permanente de Justice Internationale, ainsi que toutes autres conditions arrêtées entre elles.

Le compromis sera établi par échange de notes entre les Gouvernements des Parties contractantes.

Il sera interprété en tous points par la Cour de Justice.

Si le compromis n'est pas arrêté dans les trois mois à compter du jour où l'une des Parties a été saisie d'une demande aux fins de règlement judiciaire, chaque Partie pourra saisir la Cour de Justice par voie de simple requête.

Art. 17. Si la Cour Permanente de Justice Internationale établissait qu'une décision d'une instance judiciaire ou de toute autre autorité relevant de l'une des Parties contractantes se trouve entièrement ou partiellement en opposition avec le droit des gens, et si le droit constitutionnel de cette Partie ne permettait pas ou ne permettait qu'imparfaitement d'effacer par voie administrative les conséquences de la décision dont il s'agit, il serait accordé à la Partie lésée une satisfaction équitable d'un autre ordre.

Art. 18. L'arrêt rendu par la Cour Permanente de Justice Internationale sera exécuté de bonne foi par les Parties.

Les difficultés auxquelles son interprétation pourrait donner lieu seront tranchées par la Cour de Justice, que chacune des Parties pourra saisir à cette fin par voie de simple requête.

Art. 19. Durant le cours de la procédure de conciliation ou de la procédure judiciaire, les Parties contractantes s'abstiendront de toute mesure pouvant avoir une répercussion préjudiciable sur l'acceptation des propositions de la Commission de conciliation ou sur l'execution de l'arrêt de la Cour Permanente de Justice Internationale.

Art. 20. Les contestations qui surgiraient au sujet de l'interprétation ou de l'exécution du présent traité seront, sauf convention contraire, soumises directement à la Cour Permanente de Justice Internationale par voie de simple requête.

Art. 21. Les présent traité sera ratifié. Les instruments de ratification en seront échangés à Rome dans le plus bref délai possible.

Le traité entrera en vigueur dès l'échange des ratifications. Il est conclu pour la durée de dix ans à compter de son entrée en vigueur. S'il n'est pas dénoncé six mois avant l'expiration de ce délai, il sera censé être renouvelé pour une nouvelle période de cinq ans, et ainsi de suite.

Si une procédure de conciliation ou une procédure judiciaire est pendante lors de l'expirations du présent traité, elle suivra son cours conformément aux dispositions du présent traité ou de toute autre convention que les Parties contractantes seraient convenues de lui substituer.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent traité.

Fait, en double exemplaire, à Rome, le 20 septembre 1924.

Pour l'Italie:	Pour la Suisse:
(L. S.) signé *Benito Mussolini*	(L. S.) signé *Georges Wagnière*

III.

Staatsvertrag zwischen Oesterreich und der Schweiz, betreffend ein Vergleichsverfahren 11. 10. 1924*).

Der Bundespräsident der Republik Oesterreich und der Schweizerische Bundesrat, von dem Wunsche geleitet, die zwischen der Republik Oesterreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und das Ihre dazu beitragen, im Dienste des Friedensgedankens das Vergleichsverfahren zur Schlichtung zwischenstaatlicher Streitigkeiten zu fördern, haben beschlossen, zu diesem Zwecke einen Vertrag abzuschließen und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Bundespräsident der Republik Oesterreich: Herrn Dr. *Alfred Grünberger,* Bundesminister für die auswärtigen Angelegenheiten; der Schweizerische Bundesrat: Herrn *Charles Daniel Bourcart,* außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Wien, die, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und sie in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, alle Streitigkeiten irgendwelcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, vorgängig jedem Verfahren, vor einem zwischenstaatlichen Gerichte oder Schiedsgerichte dem in den folgenden Artikeln geregelten Vergleichsverfahren zu unterwerfen, sofern nicht gemäß Art. 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes die Zuständigkeit dieses Gerichtshofes zur Entscheidung des Streitfalles gegeben ist.

Es steht jeder Partei zu, darüber zu befinden, von welchem Zeitpunkt an das Vergleichsverfahren an die Stelle der diplomatischen Verhandlungen zu treten hat.

Art. 2. Auch wenn gemäß Art. 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes die Zuständigkeit dieses Gerichtshofes zur Entscheidung eines Streitfalles gegeben ist, bleibt es den vertragschließenden Teilen unbenommen, im gemeinsamen Einvernehmen den Streitfall zuvor dem Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

Art. 3. Die vertragschließenden Teile bilden für das Vergleichsverfahren einen ständigen Vergleichsrat von drei Mitgliedern.

Sie ernennen, jeder für sich, nach freier Wahl je ein Mitglied und berufen den Vorsitzenden im gemeinsamen Einverständis.

Der Vorsitzende soll nicht Angehöriger eines der vertragschließenden Staaten sein, noch soll er auf deren Gebiet seinen Wohnsitz haben oder in deren Diensten stehen.

Der Vergleichsrat wird im Laufe von sechs Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden des vorliegenden Vertrages gebildet.

Jedem vertragschließenden Teile steht das Recht zu, sofern nicht ein Verfahren im Gange ist, das von ihm ernannte Mitglied abzuberufen und dessen Nachfolger zu bezeichnen sowie die Zustimmung zur Berufung des Vorsitzenden zurückzuziehen. In diesem Falle muß unverzüglich zur Ersetzung der ausscheidenden Mitglieder geschritten werden.

Ausscheidende Mitglieder werden gemäß dem für die erstmalige Wahl maßgebenden Verfahren ersetzt.

---

*) Abgedruckt: Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich, 37. Stück vom 15. Mai 1925, S. 603 ff.

Wenn die Berufung des Vorsitzenden nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Austausche der Ratifikationsurkunden oder, im Falle einer Ergänzungswahl, nicht innerhalb von drei Monaten nach Ausscheiden des Mitgliedes stattgefunden hat, so erfolgen die Wahlen gemäß den Bestimmungen des Art. 45 des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907.

Während der tatsächlichen Dauer des Verfahrens erhält der Vorsitzende des Vergleichsrates eine Entschädigung, deren Höhe von den vertragschließenden Teilen zu vereinbaren und die von ihnen zu gleichen Teilen zu tragen ist. Dagegen bestimmt und übernimmt jede Partei selbst die Entschädigung des von ihr ernannten Mitgliedes des Vergleichsrates.

Art. 4. Die Anrufung des ständigen Vergleichsrates erfolgt durch ein dahin zielendes Begehren, das von der einen Partei an den Vorsitzenden gerichtet wird.

Dieses Begehren wird von der Partei, welche die Eröffnung des Vergleichsverfahrens verlangt, gleichzeitig der anderen Partei zur Kenntnis gebracht.

Art. 5. Unter Vorbehalt anderweitiger Vereinbarung tritt der ständige Vergleichsrat an dem vom Vorsitzenden bezeichneten Orte zusammen.

Art. 6. Der ständige Vergleichsrat hat die Aufgabe, die Schlichtung der Streitigkeit zu erleichtern, indem er in unparteiischer und gewissenhafter Prüfung den Sachverhalt untersucht und Vorschläge für die Beilegung der Streitigkeit macht.

Der Bericht des ständigen Vergleichsrates ist innerhalb von sechs Monaten von dem Tage an zu erstatten, an dem ihm die Streitigkeit unterbreitet worden ist, es sei denn, daß die vertragschließenden Parteien diese Frist im gemeinsamen Einverständnisse verkürzen oder verlängern. Jeder Partei wird eine Ausfertigung des Berichtes ausgehändigt.

Der Bericht hat weder in bezug auf die Tatsachen noch hinsichtlich der rechtlichen Ausführungen die Bedeutung einer bindenden Entscheidung.

Art. 7. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Arbeiten des ständigen Vergleichsrates nach bestem Wissen und Vermögen zu fördern und insbesondere alle nach ihrer Gesetzgebung ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um es dem Vergleichsrate zu ermöglichen, auf ihrem Gebiete Zeugen und Sachverständige vorzuladen und zu vernehmen sowie Augenscheine durchzuführen.

Art. 8. Unter Vorbehalt anderweitiger Vereinbarung ist für das Vergleichsverfahren das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 maßgebend.

Art. 9. Der ständige Vergleichsrat setzt die Frist fest, innerhalb deren die Parteien zu seinem Vorschlage Stellung zu nehmen haben. Diese Frist darf indessen die Zeit von drei Monaten nicht überschreiten.

Art. 10. Jede Partei kommt für ihre eigenen Kosten auf. Die Kosten für das Vergleichsverfahren werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen.

Art. 11. Während der Dauer des Vergleichsverfahrens enthalten sich die vertragschließenden Teile jeder Maßnahme, die auf die Annahme der Vorschläge des ständigen Vergleichsrates nachteilig zurückwirken könnte.

Art. 12. Der vorliegende Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Bern ausgetauscht werden.

Der Vertrag gilt für die Dauer von zehn Jahren, gerechnet vom Austausche der Ratifikationsurkunden an. Wird er nicht sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt, so bleibt er für einen weiteren Zeitraum von fünf Jahren in Kraft und so fort für je einen Zeitraum von fünf Jahren.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihm ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift zu Wien, am 11. Oktober 1924.

Dr. *Grünberger*. *C. D. Bourcart*.

Schlußprotokoll

zum österreichisch-schweizerischen Vergleichsvertrage.

Die zu diesem Zwecke gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten erklären in dem Augenblicke, wo sie zur Unterzeichnung des am heutigen Tage abgeschlossenen Vergleichsvertrages schreiten, daß darüber Einverständnis besteht, daß die vertragschließenden Teile unter sich bis zum Ablaufe des Vergleichsvertrages durch die Bestimmungen des Art. 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes gebunden bleiben, auch für den Fall, daß die Verpflichtung, die sie durch den Beitritt zur fakultativen Bestimmung des genannten Statuts übernommen haben, in der Zwischenzeit für einen von ihnen zu gelten aufhören sollte.

Wien, am 11. Oktober 1924.

Dr. *Grünberger*. *C. D. Bourcart*.

IV.

Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika 8. 12. 1923*).

Von dem Wunsche geleitet, die glücklicherweise zwischen ihnen bestehenden Bande des Friedens durch Abmachungen zu stärken, die geeignet sind, den freundschaftlichen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch Maßnahmen zu fördern, die den geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und geschäftlichen Bestrebungen ihrer Bewohner entsprechen, haben Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika beschlossen, einen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag abzuschließen. Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten bestellt: der Präsident des Deutschen Reiches Herrn Dr. *Otto Wiedfeldt,* den deutschen Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika, und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn *Charles Evans Hughes,* den Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika, welche Bevollmächtigten nach Auswechselung ihrer ordnungsgemäß ausgestellten Vollmachten die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

Art. I. Die Staatsangehörigen eines Vertragsteiles dürfen die Gebiete des andern betreten, darin reisen und dort wohnen; sie genießen Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung; sie dürfen sich ohne Hinderung beruflicher, wissenschaftlicher, religiöser, philanthropischer, gewerblicher und geschäftlicher Tätigkeit jeder Art widmen; sie sind befugt, jede von den am Orte geltenden Gesetzen nicht verbotene Form geschäftlicher Tätigkeit auszuüben; zum Wohnen sowie zu Zwecken der Wissenschaft, Religion, Wohlfahrt, Industrie, des Handels und der Bestattung dürfen sie geeignete Gebäude als Eigentum besitzen, errichten oder mieten und innehaben und Land für diese Zwecke pachten; sie dürfen selbstgewählte Vertreter beschäftigen und allgemein alles tun, was zur Ausübung irgendeines der erwähnten Rechte gehört oder nötig ist, und zwar unter denselben Bedingungen wie Angehörige des Staates, in dem sie sich aufhalten, oder wie Staatsangehörige einer etwa künftig von diesem Staate mit dem Rechte der Meistbegünstigung ausgestatteten Nation; dabei unterwerfen sie sich jedoch allen ordnungsmäßig erlassenen, am Orte geltenden Gesetzen und Verordnungen.

---

*) Abgedruckt: Drucksachen des Deutschen Reichstags, III 1924/25, Drucksache Nr. 1116, ausgegeben am 4. Juli 1925.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sollen innerhalb der Gebiete des andern Teiles keinen anderen oder höheren inneren Lasten oder Abgaben unterworfen werden, als sie von den Angehörigen dieses Staates beansprucht und bezahlt werden.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sollen gemäß den am Orte geltenden Gesetzen freien Zutritt zu den Gerichten des anderen Teiles haben, sowohl zur Verfolgung wie zur Verteidigung ihrer Rechte, und zwar in allen gesetzlich vorgesehenen Instanzen.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sollen innerhalb des Gebietes des anderen Teiles, soweit sie sich den für die Staatsangehörigen dieses Teiles vorgeschriebenen Bedingungen unterwerfen, Schutz und Sicherheit für Person und Eigentum durchaus erhalten und sollen in dieser Hinsicht in dem Umfange Schutz genießen, wie das Völkerrecht es vorschreibt. Ihr Eigentum soll ihnen nicht ohne ordentliches Rechtsverfahren und nicht ohne angemessene Entschädigung genommen werden.

Art. II. Wenn ein Staatsangehöriger eines Vertragsteiles in den Gebieten des anderen Teiles eine Körperverletzung erleidet oder getötet wird und das Reichs-, Landes- oder Kommunalrecht für solche Fälle den Angehörigen oder Erben des zu Schaden Gekommenen oder den ihm gegenüber Unterhaltsberechtigten Schutz in Form eines Klagerechts oder einer Geldentschädigung gewährt, so sollen diese Angehörigen, Erben oder Unterhaltsberechtigten unter denselben Bedingungen dieselben Rechte und Vergünstigungen genießen, wie sie den eigenen Staatsangehörigen jetzt oder künftig gewährt werden, ohne Rücksicht auf ihre fremde Staatsangehörigkeit oder darauf, daß sie ihren Wohnsitz außerhalb des Gebietes haben, wo der Schadensfall eingetreten ist.

Art. III. Die Wohnungen, Lagerhäuser, Fabriken, Läden und sonstigen Geschäftsräume der Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sowie alle dazu gehörigen Grundstücke, die in den Gebieten des andern Teiles liegen und einem der in Art. I genannten Zwecke dienen, sollen nicht angetastet werden. In solchen Gebäuden und Räumlichkeiten und auf solchen Grundstücken Haussuchungen oder Durchsuchungen vorzunehmen oder Bücher, Schriftstücke oder Aufstellungen einer Prüfung und Einsicht zu unterwerfen, ist nur zulässig unter den Voraussetzungen und unter Beobachtung der Formen, die von den Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen für die eigenen Staatsangehörigen vorgeschrieben sind.

Art. IV. Wenn eine Person bei ihrem Tode innerhalb der Gebiete des einen Vertragsteiles Grund- oder sonstiges unbewegliches Vermögen oder Rechte daran hinterläßt und dieses Vermögen oder diese Rechte nach den am Orte geltenden Gesetzen oder infolge letztwilliger Verfügung an sich auf einen Staatsangehörigen des andern Vertragsteiles — mag er in dessen Gebiet wohnen oder nicht — übergehen oder vererbt werden würden, dieser jedoch nach den Gesetzen des Landes, in dem das Vermögen oder die Rechte daran sich befinden, hiervon ausgeschlossen ist, so soll diesem Staatsangehörigen eine Frist von drei Jahren, die, wenn nötig, angemessen verlängert werden kann, bewilligt werden, um dieses Vermögen oder diese Rechte zu veräußern und den Erlös aus der Veräußerung frei und ungehindert an sich zu ziehen;

er soll dabei keinen anderen Erbschafts-, Nachlaßgerichts- oder Verwaltungsabgaben oder Lasten unterworfen werden, als in gleichen Fällen den Staatsangehörigen des Landes auferlegt werden, aus dem dieser Erlös gezogen wird.

Staatsangehörige eines Vertragsteiles sind berechtigt, über ihr innerhalb der Gebiete des andern Teiles befindliches bewegliches Vermögen jeder Art letztwillig, durch Schenkung oder auf andere Weise zu verfügen. Die Erben, Vermächtnisnehmer und Schenkungsempfänger erwerben solches bewegliche Vermögen und dürfen daran selbst oder durch Stellvertreter Besitz ergreifen, es behalten oder nach Belieben darüber verfügen ohne Rücksicht darauf, welcher Staatsangehörigkeit sie sind und ob sie im Lande wohnen oder nicht. Sie haben nur solche Abgaben oder Lasten zu entrichten, wie die Staatsangehörigen des Vertragsteiles, in dessen Gebiet dieses Vermögen sich befindet oder zu dem es gehört, im gleichen Falle zu zahlen verpflichtet sind.

Art. V. Die Staatsangehörigen eines Vertragsteiles dürfen bei der oben vorgesehenen Ausübung des Rechts der freien Religionsübung innerhalb der Gebiete des andern Teiles, ohne Störung oder Belästigung irgendwelcher Art wegen ihres Glaubens oder aus anderen Gründen, entweder in ihren eigenen Häusern oder in anderen geeigneten Gebäuden, soweit deren Erbauung und Erhaltung in passender Lage ihnen freisteht, Gottesdienst abhalten, vorausgesetzt, daß ihre Lehren und Gebräuche der öffentlichen Moral nicht zuwider sind; auch ist es ihnen gestattet, ihre Toten nach ihren religiösen Gebräuchen an geeigneten und passenden, für den Zweck eingerichteten und unterhaltenen Plätzen zu bestatten, wenn sie die angemessenen Bestattungsvorschriften und gesundheitspolizeilichen Verordnungen des Bestattungsortes beachten.

Art. VI. Im Falle eines Krieges zwischen einem Vertragsteil und einem dritten Staate ist dieser Teil berechtigt, Staatsangehörige des anderen Teiles, die ihren ständigen Wohnsitz innerhalb seiner Gebiete haben und förmlich nach dem Gesetz des Landes ihre Absicht erklärt haben, seine Staatsangehörigkeit durch Naturalisation zu erwerben, zum Heeresdienst zwangsweise einzuziehen, es sei denn, daß diese Personen innerhalb sechzig Tagen nach der Kriegserklärung das Gebiet des kriegführenden Teiles verlassen.

Art. VII. Zwischen den Gebieten der Vertragsteile soll Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen. Die Staatsangehörigen eines Vertragsteils sollen unter Gleichstellung mit denen der meistbegünstigten Nation die Freiheit genießen, frei mit ihren Schiffen und Ladungen alle Plätze, Häfen und Gewässer jeder Art innerhalb der Gebietsgrenzen des anderen Teiles zu besuchen, die jetzt oder künftig dem fremden Handel und der fremden Schiffahrt geöffnet sind. Nichts in diesem Vertrage soll so ausgelegt werden, als ob es das Recht des einen oder des anderen Vertragsteils beschränke, unter ihm angemessen dünkenden Bedingungen Verbote oder Beschränkungen sanitärer Art, die das Leben von Menschen, Tieren oder Pflanzen zu schützen bestimmt sind, oder Verordnungen zur Durchführung von Polizei- oder Steuergesetzen zu erlassen.

Jeder Vertragsteil verpflichtet sich bedingungslos, der Einfuhr irgendwelcher Ware, die in den Gebieten des anderen Teiles gewachsen, erzeugt oder hergestellt ist, keine höheren oder anderen Abgaben oder Bedingungen aufzuerlegen und gegen diese Ware keine anderen Einfuhrverbote zu erlassen, als für die Einfuhr derselben Ware bestehen oder bestehen werden, wenn sie in irgendeinem anderen Lande gewachsen, erzeugt oder hergestellt ist.

Jeder Vertragsteil verpflichtet sich ebenfalls bedingungslos, Waren, die nach den Gebieten des anderen Teiles ausgeführt werden, keinen höheren oder anderen Abgaben und keinen anderen Beschränkungen oder Verboten zu unterwerfen als denjenigen, welchen die nach irgendeinem anderen fremden Lande ausgeführten Waren unterliegen.

Jeder Vorteil, gleichgültig welcher Art, den der eine Vertragsteil künftig irgendeiner in irgendeinem anderen fremden Lande gewachsenen, erzeugten oder hergestellten Ware gewährt, soll gleichzeitig und bedingungslos ohne Antrag und ohne Gegenleistung auf dieselbe Ware ausgedehnt werden, wenn sie in den Gebieten des anderen Vertragsteiles gewachsen, erzeugt oder hergestellt ist.

Alle Waren, welche aus fremden Ländern auf Schiffen der Vereinigten Staaten in Häfen der Vereinigten Staaten jetzt oder künftig rechtmäßig eingeführt werden dürfen, können in diese Häfen gleicherweise auf deutschen Schiffen eingeführt werden, ohne daß sie anderen oder höheren Abgaben oder Lasten irgendeiner Art unterworfen sind, als wenn solche Waren auf Schiffen der Vereinigten Staaten eingeführt würden; umgekehrt können alle Waren, die auf deutschen Schiffen aus fremden Ländern nach deutschen Häfen jetzt oder künftig rechtmäßig eingeführt werden dürfen, gleicherweise auf Schiffen der Vereinigten Staaten in diese Häfen eingeführt werden, ohne daß sie anderen oder höheren Abgaben oder Lasten irgendeiner Art unterworfen sind, als wenn solche Waren auf deutschen Schiffen aus fremden Ländern eingeführt würden.

Hinsichtlich der Höhe und der Erhebung von Abgaben auf Ein- und Ausfuhr jeder Art verpflichtet sich jeder Vertragsteil, den Staatsangehörigen, Schiffen und Gütern des anderen Teiles alle Vergünstigungen, Vorrechte und Befreiungen zu gewähren, die er den Staatsangehörigen, Schiffen und Gütern eines dritten Staates bewilligt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dem begünstigten Staate eine solche Behandlung ohne Gegenleistung bewilligt wird oder als Gegenleistung für eine entsprechende Behandlung. Alle solchen Vorrechte, Vergünstigungen und Befreiungen, die künftig den Staatsangehörigen, Schiffen und Gütern eines dritten Staates bewilligt werden, sollen gleichzeitig und bedingungslos ohne Antrag und ohne Gegenleistung auf den anderen Vertragsteil zu seinen Gunsten und zugunsten seiner Staatsangehörigen und Schiffe ausgedehnt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels gelten für die Ein- und Ausfuhr von Gütern nach und aus allen Gebietsteilen innerhalb der deutschen Zollgrenzen. Sie erstrecken sich jedoch nicht auf die Behandlung, die jeder Vertragsteil dem reinen Grenzverkehr innerhalb einer Zone von höchstens fünfzehn Kilometern (zehn Meilen) Ausdehnung zu beiden Seiten seiner Zollgrenzen gewährt, noch auf die Behandlung, welche seitens der Vereinigten Staaten dem Handel mit Cuba auf Grund des am 11. Dezember 1902 zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba abgeschlossenen Handelsabkommens oder irgendeines anderen Handelsabkommens gewährt wird, das künftig zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba etwa abgeschlossen wird, und auch nicht auf den Handel der Vereinigten Staaten mit irgendeinem seiner Schutzgebiete und der Panamakanalzone unter gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetzen.

Art. VIII. Die Staatsangehörigen und die Waren eines Vertragsteils sollen innerhalb der Gebiete des anderen hinsichtlich der inneren Abgaben, der Durchgangszölle, der Gebühren für Lagerung und Benutzung anderer Hilfsmittel sowie hinsichtlich der Höhe von Rückerstattungen und Vergütungen dieselbe Behandlung erfahren wie Staatsangehörige und Waren des eigenen Landes.

Art. IX. Tonnen-, Hafen-, Lotsen-, Leuchtfeuer-, Quarantänegelder oder ähnliche oder entsprechende Gefälle oder Abgaben irgendwelcher Benennung, die im Namen oder für Rechnung der Regierung, öffentlicher Beamter und Angestellter, Privater, Körperschaften oder Institute irgendwelcher Art erhoben werden, sollen in den Häfen der Gebiete eines der beiden Länder den Schiffen des anderen nicht auferlegt werden, wenn sie nicht gleicherweise unter denselben Bedingungen von einheimischen Schiffen erhoben werden.

Diese Gleichheit in der Behandlung soll wechselseitig auf die Schiffe beider Länder Anwendung finden, woher sie auch kommen und wohin sie auch bestimmt sind.

Art. X. Handelsschiffe und andere Schiffe in Privateigentum, unter der Flagge eines Vertragsteils und zum Ausweis ihrer Nationalität versehen mit den von ihren Landesgesetzen vorgeschriebenen Papieren, sollen sowohl innerhalb der Hoheitsgewässer des anderen Vertragsteils als auch auf hoher See als Schiffe desjenigen Teiles gelten, dessen Flagge sie führen.

Art. XI. Handelsschiffe und andere Schiffe in Privateigentum unter der Flagge eines Vertragsteils dürfen Teile ihrer Ladung in jedem Hafen löschen, der dem fremden Handel in den Gebieten des anderen Teiles offen steht, und mit dem verbleibenden Teile dieser Ladung nach jedem anderen dem fremden Handel offen stehenden Hafen desselben Gebietes fahren, ohne in solchen Fällen andere oder höhere Tonnengelder oder Hafenabgaben zu zahlen, als unter gleichen Umständen von einheimischen Schiffen gezahlt werden; sie dürfen in gleicher Weise in verschiedenen Häfen auf derselben Ausreise laden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß der Küstenhandel der Vereinigten Staaten von den Bestimmungen dieses Artikels und von den anderen Bestimmungen dieses Vertrages ausgenommen ist und sich nach den darauf bezüglichen Gesetzen der Vereinigten Staaten regelt. Es wird jedoch vereinbart, daß die Staatsangehörigen eines Vertragsteils innerhalb der Gebiete des anderen im Küstenhandel die Behandlung der meistbegünstigten Nation genießen sollen.

Art. XII. Juristische Personen des Privatrechts mit oder ohne Haftungseinschränkung, mögen sie Erwerbszwecken dienen oder nicht, welche gemäß und unter dem Reichs-, Landes- oder Kommunalrecht eines Vertragsteils gegründet worden sind oder künftig gegründet werden und welche innerhalb seiner Gebiete eine Hauptniederlassung haben, sollen als juristische Personen durch den anderen Vertragsteil anerkannt werden, vorausgesetzt, daß sie innerhalb seiner Gebiete keine seinen Gesetzen widersprechenden Zwecke verfolgen. Sie sollen sowohl zur Verfolgung als zur Verteidigung ihrer Rechte in allen gesetzlich vorgesehenen Instanzen gemäß den auf den Fall anwendbaren Gesetzen freien Zutritt zu den Gerichten haben.

Das Recht so anerkannter juristischer Personen eines Vertragsteils, sich in den Gebieten des anderen niederzulassen, Zweigniederlassungen zu errichten und ihre Tätigkeit dort auszuüben, soll von der Zustimmung dieses Teiles, wie sie in dessen Reichs-, Landes- und Kommunalgesetzen zum Ausdruck kommt, abhängen und sich allein nach ihr regeln.

Art. XIII. Die Staatsangehörigen eines Vertragsteils sollen innerhalb der Gebiete des anderen wechselseitig und unter den dort geltenden Bedingungen solche Rechte und Vergünstigungen genießen, wie sie jetzt oder künftig den Staatsangehörigen irgendeines anderen Staates hinsichtlich der Gründung von und Beteiligung an juristischen Personen des Privatrechts mit oder ohne Haftungseinschränkung, mögen sie Erwerbszwecken dienen oder nicht, gewährt werden, einschließlich des Rechts, Geschäftsanteile unterzubringen, zu kaufen, als Eigentum zu besitzen und zu verkaufen und in leitender Stellung oder als Angestellte die Geschäfte solcher juristischen Personen zu führen. In der Ausübung dieser Rechte und hinsichtlich der Regelung des Verfahrens bei der Gründung und Geschäftsgebarung solcher juristischen Personen sollen diese Staatsangehörigen keinen Bedingungen unterworfen werden, die weniger günstig sind, als die den Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nation jetzt oder künftig auferlegten. Wenn Staatsangehörige eines Vertragsteils solche juristischen Personen im Gebiet des anderen gründen, kontrollieren oder an ihnen beteiligt sind, so richtet sich deren Berechtigung zur Ausübung irgendwelcher geschäftlicher Tätigkeit alldort nach den Reichs-, Landes- oder Kommunalgesetzen und -Verordnungen, die innerhalb der Gebiete des Teils, in dem sie ihre Geschäftstätigkeit ausüben wollen, jetzt gelten oder künftig erlassen werden. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für die Gründung politischer Vereinigungen und für die Beteiligung an solchen.

Die Staatsangehörigen eines Vertragsteils sollen außerdem innerhalb der Gebiete des anderen wechselseitig und unter den dort geltenden Bedingungen die Rechte und Vergünstigungen genießen, die jetzt oder künftig den Staatsangehörigen irgendeines anderen Staates hinsichtlich der bergbaulichen Gewinnung von Kohle, Phosphat, Erdöl, Oelschiefer, Gas und Steinsalz auf den öffentlichen Ländereien des anderen Teils gewährt werden.

Art. XIV. a) Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibende, die ihren Wohnsitz im Bereich der Rechtshoheit eines Vertragsteils haben, sind berechtigt, persönlich oder durch Vertreter und Angestellte innerhalb des Bereichs der Rechtshoheit des anderen sich als Handelsreisende zu betätigen, wenn sie von letzterem einen Erlaubnisschein lösen, der gegen Zahlung einer einzigen Gebühr in dessen ganzem Rechtshoheitsgebiet Geltung haben soll.

Für den Fall, daß ein Vertragsteil in einen Krieg verwickelt wird, behält er sich das Recht vor, feindlichen Staatsangehörigen und anderen Ausländern zu untersagen, innerhalb des Bereichs seiner Rechtshoheit eine Tätigkeit nach den Bestimmungen dieses Artikels oder in anderer Weise auszuüben, wenn er deren Anwesenheit als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die nationale Sicherheit ansieht.

b) Zur Erlangung des oben erwähnten Erlaubnisscheines muß der Bewerber sich von dem Lande, in dem die Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibenden, die er vertritt, ansässig sind, einen Ausweis als Handelsreisender verschaffen. Dieser Ausweis, der von der zuständigen Behörde des betreffenden Landes ausgestellt sein muß, soll von dem Konsul des Landes visiert werden, in welchem der Bewerber sich zu betätigen gedenkt, und die Behörden des letzteren sollen auf Vorlegung eines solchen Ausweises dem Bewerber den für das ganze Land geltenden Erlaubnisschein, wie in Absatz a) vorgesehen, ausstellen.

c) Ein Handelsreisender darf seine Muster verkaufen, ohne eine besondere Erlaubnis zu Einfuhrgeschäften zu besitzen.

d) Muster ohne Handelswert sollen zollfrei zur Einfuhr zugelassen werden.

Muster, die so bezeichnet, gestempelt oder zugerichtet sind, daß sie für andere Zwecke unbrauchbar sind, sollen als Gegenstände ohne Handelswert gelten.

e) Muster mit Handelswert sollen vorläufig zugelassen werden gegen Gestellung einer Sicherheit für die Zahlung des gesetzlichen Zolles auf den Fall, daß sie nicht innerhalb eines Zeitraumes von sechs (6) Monaten aus dem Lande zurückgezogen werden.

Auf den Teil der Muster, der nicht auf diese Weise zurückgezogen wird, muß Zoll gezahlt werden.

f) Alle Zollförmlichkeiten sollen möglichst vereinfacht werden, um Verzögerung in der Versendung der Muster zu vermeiden.

g) Hausierer und andere Händler, die ihre Waren unmittelbar dem Verbraucher feilbieten, sollen auch dann nicht als Handelsreisende gelten, wenn sie in dem Lande, in dem sie sich betätigen, keine gewerbliche Niederlassung haben. Sie unterliegen vielmehr den Gewerbeabgaben, die von Geschäften der Art, die sie betreiben, erhoben werden.

h) Ein Erlaubnisschein soll nicht verlangt werden von:

1. Personen, die nur reisen, um den Handel und seine Bedürfnisse zu studieren, selbst wenn sie geschäftliche Beziehungen anknüpfen, vorausgesetzt, daß sie keine Warenverkäufe vornehmen.

2. Personen, die sich durch solche örtlichen Vertretungen betätigen, welche die für ihr Geschäft vorgesehenen Gewerbegebühren oder sonstigen Abgaben bezahlen.
3. Personen, die ausschließlich Einkäufer sind.

i) Werden künftig durch Gesetz oder Vertrag oder Uebereinkommen seitens eines Vertragsteiles irgendwelche Vergünstigungen gewährt, welche die Bestimmungen dieses Artikels betreffen, so sollen sie unmittelbar auch auf den anderen Teil Anwendung finden.

Art. XV. a) Verordnungen über die Erneuerung und Uebertragung der nach den Bestimmungen des Art. XIV ausgestellten Erlaubnisscheine und die Auferlegung von Geldbußen und anderen Strafen für den Mißbrauch von Erlaubnisscheinen können, wenn ratsam, von jedem Vertragsteil im Rahmen der Bedingungen des Art. XIV und ohne Beeinträchtigung der darin bezeichneten Rechte erlassen werden.

Wenn solche Verordnungen die Erneuerung von Erlaubnisscheinen gestatten, so soll die Gebühr für die Erneuerung nicht höher sein als die für den ursprünglichen Schein erhobene Gebühr.

Gestatten solche Verordnungen die Uebertragung von Erlaubnisscheinen und wird hinreichend dargetan, daß der Uebernehmer in jeder Beziehung wirklich der Nachfolger des ursprünglichen Erlaubnisscheininhabers und in der Lage ist, einen Personalausweis entsprechend dem des ursprünglichen Inhabers beizubringen, so soll dem Uebernehmer gestattet werden, sich bis zum Eingang des neuen Personalausweises bereits als Handelsreisender zu betätigen; die für die Muster gestellte Sicherheit soll aber erst freigegeben werden, wenn dieser Ausweis eingegangen ist.

b) Für die Ausfertigung eines Personalausweises ist die Staatsangehörigkeit der Firma, die der Handelsreisende vertritt, maßgebend, nicht seine eigene.

Die Vertragsteile kommen dahin überein, ihre örtlichen Zollbeamten oder sonstige geeignete Behörden zu ermächtigen, die genannten Erlaubnisscheine nach Uebergabe eines Personalausweises und einer beglaubigten Musterliste in Vertretung der zur Erteilung und Kontrolle von Erlaubnisscheinen befugten Zentralbehörde auszustellen. Die genannten Beamten oder Behörden sollen sofort der Zentralbehörde entsprechende Nachweisungen zugehen lassen. Der Erlaubnisscheininhaber muß der Zentralbehörde rechtzeitig Mitteilung machen, wenn er später beabsichtigt, die Erneuerung oder Uebertragung seines Erlaubnisscheines (soweit solche gestattet ist) oder die Freigabe der geleisteten Sicherheit bei seiner Ausreise aus dem Lande zu beantragen. Als angemessene Frist für die Eingabe an die Zentralbehörde soll die Zeit gelten, die zum Schriftwechsel bei regelrechtem Postverkehr nötig ist zuzüglich fünf Geschäftstagen für die amtliche Nachprüfung und Eintragung.

c) Es versteht sich, daß der Reisende keine anderen Waren als die in seinem Geschäftsbereich liegenden verkauft; er darf seine Muster verkaufen und übernimmt damit die Verpflichtung, den darauf stehenden Zoll zu entrichten, aber er darf keine anderen Waren verkaufen, die er etwa mitgebracht hat oder die ihm etwa zugesandt werden, wenn sie nicht vernünftigerweise und offenbar dem Geschäftszweig zugerechnet werden können, den er zu vertreten angibt.

d) Reklamematerial, das in angemessenen Mengen von den Handelsreisenden mitgebracht wird, soll als Muster ohne Handelswert behandelt werden. Gegenstände, die wegen ihrer Anpassung an Reklamezwecke einen verminderten Handelswert besitzen und die umsonst verteilt werden sollen, sind, soweit sie in angemessenen Mengen eingeführt werden, ebenfalls als Muster ohne Handelswert zu behandeln. Es versteht sich jedoch, daß diese Vorschrift den Zollgesetzen des betreffenden Landes nachsteht. Muster, die der Handelsreisende bei sich führt, sollen als Teil seines persönlichen Gepäcks befördert werden, solche, die nach ihm eintreffen, sollen vor gewöhnlichen Frachtgütern den Vorrang haben.

e) Wenn der ursprüngliche Erlaubnisschein für eine längere Frist als sechs Monate ausgestellt worden ist, oder wenn der Erlaubnisschein erneuert wird, so wird auch die für die Muster zu leistende Sicherheit dementsprechend verlängert. Es versteht sich jedoch, daß diese Vorschrift den Zollgesetzen des betreffenden Landes nachsteht.

Art, XVI. Für Personen und Waren, die aus den Gebieten des einen Vertragsteiles kommen oder durch diese Gebiete gehen, soll völlige Durchfuhrfreiheit durch die Gebiete einschließlich der Gewässer des anderen Vertragsteiles gelten, und zwar auf den für den internationalen Durchgangsverkehr geeignetsten Straßen, auf der Eisenbahn, auf Schiffahrtsstraßen und Kanälen, jedoch mit Ausnahme des Panamakanals und derjenigen Wasserstraßen und Kanäle, die internationale Grenzen der Vereinigten Staaten bilden. Von dieser Berechtigung ausgeschlossen sind Personen, denen das Betreten der Gebiete des anderen Vertragsteils verboten ist, und Waren, deren Einfuhr gesetzlich verboten ist. Im Durchgangsverkehr brauchen Personen und Waren keinen Durchfuhrzoll zu bezahlen und sollen keinen unnötigen Verzögerungen und Beschränkungen unterworfen werden. Sie sollen hinsichtlich der Abgaben und Verkehrsmittel und in allen anderen Beziehungen wie Angehörige des eigenen Landes behandelt werden.

Durchgangsgüter müssen auf dem zuständigen Zollamt eingetragen werden, sind aber von allen Zöllen und anderen ähnlichen Abgaben befreit.

Alle Kosten für die Durchgangsbeförderung sollen unter Berücksichtigung der Verkehrslage in angemessenen Grenzen gehalten werden.

Art. XVII. Die beiden Vertragsteile kommen dahin überein, gegenseitig Konsularbeamte in denjenigen ihrer Häfen, Plätze und Städte zuzulassen, die sich dazu eignen und die konsularischen Vertretern anderer fremder Mächte offenstehen.

Die Konsularbeamten der beiden Vertragsteile sollen nach ihrem Dienstantritt wechselseitig in den Gebieten des anderen Teiles alle Rechte, Vergünstigungen, Vorrechte und Freiheiten genießen, die die Beamten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation genießen. Als amtliche Vertreter haben diese Beamten ein Anrecht auf achtungsvolle Behandlung seitens aller Staats- und Kommunalbehörden, mit denen sie in dem Staat, in dem sie zugelassen sind, amtlichen Verkehr haben.

Die Regierung eines Vertragsteils soll den Konsularbeamten des anderen Teiles, wenn sie eine von dem Staatsoberhaupt des ernennenden Staates unterzeichnete und mit dem großen Staatssiegel versehene Bestallungsurkunde vorlegen, gebührenfrei das erforderliche Exequatur erteilen; einem nachgeordneten oder stellvertretenden Konsularbeamten, der von einem zugelassenen höheren Konsularbeamten mit Genehmigung seiner Regierung oder von irgendeinem anderen befugten Beamten dieser Regierung ernannt ist, soll sie diejenigen Urkunden ausstellen, die nach den Gesetzen des betreffenden Landes zur Ausübung des Konsulardienstes durch den Ernannten erforderlich sind.

Nach Vorlegung eines Exequaturs oder — wenn es sich um einen nachgeordneten Beamten handelt — nach Vorlegung einer statt dessen ausgestellten anderen Urkunde darf dieser Konsularbeamte seinen Dienst antreten und die durch diesen Vertrag gewährten Rechte, Vergünstigungen und Befreiungen genießen.

Art. XVIII. Konsularbeamte, die Staatsangehörige des sie ernennenden Staates sind, dürfen nicht in Haft genommen werden, außer wenn sie solcher Verfehlungen beschuldigt sind, welche das Landesgesetz als Verbrechen zur Unterscheidung von Vergehen und Uebertretungen bezeichnet und durch welche sich die der Tat schuldige Person strafbar macht. Solche Beamten sind von militärischer Einquartierung und von jedem Heeres- oder Flotten-, Verwaltungs- oder Polizeidienst jeglicher Art befreit.

In Strafsachen kann die Anwesenheit eines Konsularbeamten als Zeuge in der Verhandlung von der Anklage oder Verteidigung verlangt werden. Das Verlangen soll mit jeder erdenklichen Rücksicht auf die konsularische Würde und die Pflichten des Dienstes gestellt werden, und der Konsularbeamte soll der Vorladung Folge leisten. In Zivilsachen unterstehen Konsularbeamte der Gerichtsbarkeit des Staates, in dem sie zugelassen sind, jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn der Beamte ein Staatsangehöriger des ihn ernennenden Staates ist und keine Erwerbstätigkeit privater Art ausübt, sein Zeugnis mündlich oder schriftlich in seiner Wohnung oder in seinem Amtszimmer unter gebührender Berücksichtigung seiner Wünsche eingeholt werden soll. Der Beamte sollte jedoch, soweit es sich irgend mit seinen amtlichen Pflichten in Einklang bringen läßt, freiwillig bei der Gerichtsverhandlung als Zeuge erscheinen.

Art. XIX. Konsularbeamte, einschließlich der Angestellten eines Konsulates, die Angehörige des sie ernennenden Staates sind und in dem Staate, in dem sie ihren Dienst verrichten, keine Erwerbstätigkeit privater Art ausüben, sind von allen Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern auf ihre Person und auf ihr Eigentum befreit. Diese Befreiung gilt jedoch nicht für Steuern auf Besitz oder Eigentum an unbeweglichem Vermögen, das innerhalb des Gebietes des Staates liegt, in dem die Beamten ihren Dienst verrichten, und für Steuern auf Einkünfte aus Vermögen irgendwelcher Art, das innerhalb des Gebietes des erwähnten Staates liegt oder dahin gehört. Alle Konsularbeamten und Angestellten, die Angehörige des sie ernennenden Staates sind, sind von der Bezahlung von Steuern auf das Gehalt, die Sporteln und den Lohn, die sie als Entgelt für ihre Dienste beim Konsulat empfangen, befreit.

Grundstücke und Gebäude, die in dem Gebiete eines Vertragsteiles liegen und im Eigentum des anderen Teiles stehen und von ihm ausschließlich zu Regierungszwecken benutzt werden, sind von jeglicher Art von Steuern, seien es Reichs-, Landes- oder Kommunalsteuern, befreit, jedoch nicht von Beiträgen für Dienstleistungen und öffentliche Anlagen, die diesen Grundstücken und Gebäuden zugute kommen.

Art. XX. Konsularbeamte dürfen über der Eingangstür zu ihren Amtsräumen das Wappen ihres Staates mit einer angemessenen Inschrift anbringen, die den amtlichen Charakter der Amtsräume bezeichnet. Diese Beamten dürfen die Flagge ihres Landes auf ihren Amtsgebäuden hissen, auch in den Hauptstädten beider Länder. Sie dürfen diese Flagge ebenfalls auf jedem Schiff oder Fahrzeug hissen, das bei der Ausübung des konsularischen Dienstes benutzt wird.

Die Konsulatsräume und Archive sollen allzeit unverletzlich sein; sie sollen keinesfalls dem Eindringen von Behörden irgendwelcher Art in dem Lande, in dem die Diensträume liegen, ausgesetzt sein. Auch dürfen die Behörden unter keinerlei Vorwand eine Durchsicht oder Beschlagnahme von Schriftstücken oder sonstigem in einem Konsulat bewahrten Besitztum vornehmen. Konsulate dürfen nicht als Freistatt dienen. Von keinem Konsularbeamten darf verlangt werden, daß er dienstliche Aktenstücke vor Gericht vorlegt oder über ihren Inhalt aussagt.

Im Falle des Todes, der Dienstunfähigkeit oder Abwesenheit eines Konsularbeamten, dem kein nachgeordneter Konsularbeamter beigegeben war, dürfen Sekretäre oder Kanzleibeamte, wenn ihr amtlicher Charakter zuvor der Regierung des Staates, in dem die konsularische Tätigkeit ausgeübt wurde, mitgeteilt worden ist, vorübergehend die konsularischen Obliegenheiten des verstorbenen, dienstunfähigen oder abwesenden Konsularbeamten versehen.

Sie genießen während dieser ihrer Tätigkeit alle Rechte, Vorrechte und Befreiungen des Amtsinhabers.

Art. XXI. Konsularbeamte, die Staatsangehörige des sie ernennenden Staates sind, dürfen innerhalb ihres Konsularbezirkes die Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden anrufen, um ihre Landsleute im Genuß der durch Staatsvertrag oder sonst begründeten Rechte zu schützen. Sie dürfen im Falle einer Verletzung dieser Rechte Beschwerde erheben. Wenn die zuständigen Behörden keine Abhilfe schaffen oder keinen Schutz gewähren, so ist der Weg diplomatischen Vorgehens gegeben; falls ein diplomatischer Vertreter nicht vorhanden ist, kann ein Generalkonsul oder der Konsularbeamte, der in der Hauptstadt seinen Amtssitz hat, sich unmittelbar an die Landesregierung wenden.

Art. XXII. Konsularbeamte können, soweit es den Gesetzen ihres eigenen Landes entspricht, an jedem geeigneten Orte ihres Amtsbezirks die Aussagen der Schiffsinsassen von Schiffen ihres eigenen Landes oder von Angehörigen ihres Landes oder von Personen, die dort ihren ständigen Wohnsitz haben, zu Protokoll nehmen. Solche Beamte können einseitige Rechtsakte, Eigentumsübertragungen und letztwillige Verfügungen ihrer Landsleute aufsetzen, bescheinigen, beglaubigen und legalisieren, ebenso Verträge, bei denen ein Landsmann Partei ist. Sie können Schriftstücke jeder Art aufsetzen, bescheinigen, beglaubigen und legalisieren, die die Abtretung oder Belastung von Eigentum irgendwelcher Art innerhalb des Gebietes desjenigen Staates, durch den solche Beamte ernannt sind, zum Ausdruck bringen oder zum Inhalt haben, ferner einseitige Rechtsakte, Eigentumsübertragungen, letztwillige Verfügungen und Verträge, die sich auf Eigentum innerhalb der Gebiete des Staates, von dem sie ernannt sind, oder auf Geschäfte, die dort abgeschlossen werden sollen, beziehen, einschließlich einseitiger Rechtsakte, Eigentumsübertragungen, letztwilliger Verfügungen oder Uebereinkommen, die nur von Angehörigen des Staates vorgenommen sind, in dem solche Beamte ihre Amtsgeschäfte ausüben.

Urkunden und Dokumente, die so vollzogen worden sind, und Abschriften und Uebersetzungen davon sollen, wenn sie von dem Konsularbeamten ordnungsmäßig unter seinem Amtssiegel legalisiert sind, in den Gebieten der Vertragsteile als Beweismittel zugelassen werden, und zwar als Originalurkunden oder als legalisierte Abschriften, je nach Lage des Falles, und sie sollen dieselbe Kraft und Wirkung haben, als wenn sie von einem in dem Lande, durch das der Konsularbeamte ernannt wurde, hierzu befugten Notar oder anderen öffentlichen Beamten aufgesetzt und vor ihm vollzogen wären, immer vorausgesetzt, daß solche Urkunden in Uebereinstimmung mit den Gesetzen und Verordnungen des Landes aufgesetzt und vollzogen worden sind, wo sie in Wirksamkeit zu treten bestimmt sind.

Art. XXIII. Ein Konsularbeamter hat die ausschließliche Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten, die sich aus dem inneren Dienstbetrieb an Bord von Privatschiffen seines Landes ergeben; in Streitfällen, die sich zwischen Offizieren und Mannschaften solcher Schiffe — gleichgültig wo — ergeben und sich auf die Erzwingung der Disziplin an Bord beziehen, hat er gleichfalls allein die Gerichtsbarkeit. Vorausgesetzt ist in diesen Fällen, daß das Schiff und die eines begangenen Unrechts beschuldigten Personen in einen Hafen eingelaufen sind, der in seinem Konsularbezirk liegt. Ein solcher Beamter übt auch die Gerichtsbarkeit aus in Streitfragen betreffend die Regelung von Löhnen und die Innehaltung von darauf bezüglichen Verträgen, vorausgesetzt, daß die am Orte geltenden Gesetze es gestatten.

Wenn an Bord eines Privatschiffes unter der Flagge des Staates, von welchem der Konsularbeamte ernannt ist, innerhalb der Hoheitsgewässer des Staates, bei welchem er beglaubigt ist, eine Tat begangen wird, die nach den

Gesetzen dieses Staates eine strafbare Handlung darstellt, die die schuldige Person einer gerichtlichen Bestrafung aussetzt, so kann der Konsularbeamte Gerichtsbarkeit nur insoweit ausüben, als er dazu nach dem am Orte geltenden Rechte berechtigt ist.

Ein Konsularbeamter kann ohne weiteres die Hilfe der örtlichen Polizeibehörde in jeder Angelegenheit anrufen, die sich auf die Aufrechterhaltung der Ordnung an Bord eines Schiffes unter der Flagge seines Landes innerhalb der Hoheitsgewässer des Staates bezieht, bei dem er beglaubigt ist. Auf ein entsprechendes Ersuchen hin soll der erforderliche Beistand gewährt werden.

Ein Konsularbeamter kann mit den Offizieren und Mannschaften von Schiffen der Flagge seines Landes vor den Gerichtsbehörden des Staates erscheinen, bei dem er beglaubigt ist, um als Dolmetscher oder Beistand Hilfe zu leisten.

Art. XXIV. Falls ein Staatsangehöriger eines Vertragsteiles im Gebiete des anderen sterben sollte, ohne in dem Lande seines Ablebens bekannte Erben oder von ihm ernannte Testamentsvollstrecker zu hinterlassen, sollen die zuständigen örtlichen Behörden sofort den nächsten Konsularbeamten des Staates, dessen Staatsangehöriger der Verstorbene war, von der Tatsache seines Ablebens in Kenntnis setzen, damit die erforderliche Benachrichtigung den beteiligten Parteien übermittelt werde.

Falls ein Staatsangehöriger eines Vertragsteils ohne letzten Willen oder Testament im Gebiete des anderen Vertragsteils stirbt, soll der Konsularbeamte des Staates, dessen Angehöriger der Verstorbene war, und des Konsularbezirks, in dem der Verstorbene zur Zeit seines Ablebens seinen Wohnsitz hatte, soweit es das am Orte geltende Recht erlaubt, bis zur Ernennung eines Nachlaßverwalters oder bis zur Einleitung des Nachlaßverfahrens als berufen gelten, das von dem Verstorbenen hinterlassene Vermögen zu dessen Erhaltung und Schutz in Verwahrung zu nehmen. Ein solcher Konsularbeamter kann nach dem Ermessen eines Gerichts oder einer anderen für die Verwaltung von Nachlässen zuständigen Behörde seine Ernennung zum Nachlaßverwalter beanspruchen, vorausgesetzt, daß die Gesetze des Ortes, wo der Nachlaß verwaltet wird, es gestatten.

Wenn ein Konsularbeamter das Amt als Verwalter des Nachlasses eines verstorbenen Landsmannes übernimmt, so unterwirft er sich insoweit für alle in Betracht kommenden Zwecke der Gerichtsbarkeit des Gerichts oder der Behörde, die die Ernennung vornimmt, in demselben Umfange, wie ein Angehöriger des Landes, in welchem er zum Nachlaßverwalter ernannt ist.

Art. XXV. Ein Konsularbeamter jedes Vertragsteils kann im Namen seiner nicht im Lande seiner Tätigkeit wohnenden Landsleute Quittung leisten für die Anteile, die ihnen aus in Abwicklung befindlichen Nachlässen oder nach den Bestimmungen der sogenannten Arbeiter-Entschädigungsgesetze oder ähnlicher Gesetze zufallen. Er soll alle so erhaltenen Gelder durch die zuständige Regierungsstelle seines Landes an die berechtigten Empfänger überweisen und der Behörde oder Stelle, die durch ihn die Verteilung vornimmt, diese Ueberweisung gebührend nachweisen.

Art. XXVI. Ein Konsularbeamter eines Vertragsteils hat das Recht, in den in seinem Konsularbezirk liegenden Häfen des anderen Teiles die Privatschiffe jeder Flagge zu untersuchen, die nach Häfen des Landes, das ihn ernannt hat, bestimmt oder im Begriff sind, dorthin auszulaufen, damit er in der Lage ist, die gesundheitlichen Zustände und Maßnahmen an Bord solcher Schiffe zu beobachten, danach Gesundheitspässe und andere nach den Gesetzen seines Landes erforderliche Papiere auszufertigen und seine Regierung zu unterrichten, inwieweit ihre gesundheitlichen Vorschriften von Schiffen, die nach ihren Häfen bestimmt sind, in den Abfahrthäfen beobachtet worden sind, damit auf diese Weise den Schiffen dort das Einlaufen erleichtert wird.

Art. XXVII. Jeder Vertragsteil gestattet, alle Möbel sowie alle Ausstattungs- und Bedarfsgegenstände, die für den amtlichen Gebrauch in den Konsulatsräumen des anderen Teils bestimmt sind, gänzlich zollfrei und ohne jegliche Untersuchung einzuführen. Er räumt den Konsularbeamten des anderen Teils, die dessen Staatsangehörige sind, sowie ihren Familien und ihrer Begleitung das Recht der zollfreien Einfuhr ihres Gepäcks und alles anderen persönlichen Eigentums ein, einerlei ob dieses Gepäck oder Eigentum von dem Konsularbeamten bei der Reise nach seinem Amtssitz mitgeführt oder zu irgendeiner Zeit während seiner Amtsdauer eingeführt wird, jedoch mit der Einschränkung, daß kein Gegenstand, dessen Einfuhr durch das Gesetz eines Vertragsteils verboten ist, in dessen Gebiet gebracht werden darf.

Es versteht sich jedoch, daß diese Vergünstigung denjenigen Konsularbeamten nicht zusteht, die in den Ländern, in denen sie beglaubigt sind, eine private Erwerbstätigkeit ausüben, es sei denn, daß es sich um Bedarfsgegenstände zu amtlichen Zwecken handelt.

Art. XXVIII. Erleidet ein Schiff eines Vertragsteils an den Küsten des anderen Schiffbruch, so sollen alle mit der Bergung des Schiffes in Zusammenhang stehenden Handlungen von dem Konsularbeamten des Landes, dem das Schiff angehört, und des Konsularbezirks, in dem der Schiffbruch erfolgt ist, geleitet werden. Dieser Beamte soll sofort von dem Vorgang unterrichtet werden. Bis zu seiner Ankunft sollen die Ortsbehörden alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz von Personen und zur Erhaltung des schiffbrüchigen Gutes ergreifen. Die Ortsbehörden sollen nur soweit eingreifen, als zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zum Schutz der Interessen der Berger, wenn diese nicht zu der schiffbrüchigen Schiffsmannschaft gehören, sowie für die Durchführung der für die Einbringung und die Ausfuhr der geborgenen Waren getroffenen Maßnahmen nötig ist. Es versteht sich, daß diese Waren keinen Zollabgaben unterliegen, es sei denn, daß sie zum Verbrauch in dem Lande bestimmt sind, wo der Schiffbruch erfolgt ist.

Die Tätigkeit der Ortsbehörden in diesen verschiedenen Fällen soll keine Kosten irgendwelcher Art veranlassen, außer denen, die etwa durch die Bergungsarbeiten und die Erhaltung der geborgenen Güter verursacht werden, sowie denen, die unter ähnlichen Umständen auch einheimischen Schiffen erwachsen würden.

Art. XXIX. Vorbehaltlich der im vorstehenden genannten oder künftig noch zu vereinbarenden Beschränkungen oder Ausnahmen gelten als Gebiete der Vertragsparteien, auf welche die Bestimmungen dieses Vertrages Anwendung finden sollen, alle diejenigen Land- und Wasserflächen sowie diejenigen Lufträume, über welche diese Vertragsteile suveräne Gewalt beanspruchen und ausüben, ausgenommen die Panamakanalzone; für Angelegenheiten, die mit der Zollverwaltung in Zusammenhang stehen, ist unter den Gebieten Deutschlands das deutsche Zollgebiet zu verstehen.

Art. XXX. Nichts in diesem Vertrag soll im Sinne irgendeiner Einschränkung oder Kürzung derjenigen Rechte, Vergünstigungen und Vorteile ausgelegt werden, die Deutschland oder seinen Staatsangehörigen oder den Vereinigten Staaten oder ihren Staatsangehörigen durch den am 25. August 1921 zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrag zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen gewährt worden sind.

Art. XXXI. Der gegenwärtige Vertrag soll für einen Zeitraum von zehn Jahren in voller Kraft bleiben, beginnend mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden. An diesem Tage soll er in allen seinen Bestimmungen in Gültigkeit treten.

Wenn innerhalb eines Jahres vor Ablauf des genannten Zeitraumes von zehn Jahren keiner der beiden Vertragsteile dem anderen die Absicht kundtut, irgendwelche Bestimmungen irgendeines Artikels dieses Vertrages zu ändern oder auszuscheiden oder den Vertrag mit Ablauf des genannten Zeitraums endigen zu lassen, so soll der Vertrag nach dem genannten Zeitraum in voller Kraft und Gültigkeit bleiben, und zwar bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt, an welchem ein Vertragsteil dem anderen die Absicht kundtut, den Vertrag abzuändern oder endigen zu lassen.

Art. XXXII. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden darüber sollen so bald wie möglich in Washington ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und hierunter ihre Siegel gesetzt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und englischer Sprache zu Washington am 8. Dezember 1923.

(L. S.) Dr. *Otto Wiedfeldt.*
(L. S.) *Charles Evans Hughes.*

V.

Deutsch-Siamesisches vorläufiges Wirtschaftsabkommen 28. 2. 1924*).

The Government of Germany and the Government of His Majesty the King of Siam, being desirous of regulating the economie relations between Germany and Siam, until the time when a definite Treaty of Commerce is concluded between the two countries, have appointed as their plenipotentiaries, that is to say:

The Government of Germany: Baron *von Maltzan*, Secretary of State for Foreign Affairs and the Government of His Majesty the King of Siam: His Highness Prince *Charoon*, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Majesty the King of Siam at Paris, who, after having communicated to each other their respective full powers found to be in good and due form, have agreed as follows:

Article I. German citizens, associations and companies in Siam shall enjoy all the privileges with regard to navigation and exportation and importation of merchandise now existing or which may hereafter come into existence in favour of the citizens or subjects of the most favoured nation. They shall not be required to pay other or higher rates of duties upon the importation or exportation of merchandise than are paid by the citizens or subjects of the most favoured nation. In all matters of internal and/or local taxation, German subjects shall be charged no other or higher taxes or charges than are imposed upon Siamese subjects.

German citizens, associations and companies in Siam shall enjoy, upon fulfilment of the formalities prescribed by law, the same protection as the citizens or subjects of the most favoured nation, with regard to patents, trade marks, trade names, designs and copyrights.

Article II. During the existence of this Arrangement, German citizens and commercial, trading and financial associations and companies, shall have liberty, subject always to the application of Siamese laws on trade, navi-

---

[1]) Abgedruckt: R.G.Bl. 1925, Teil II, Nr. 8, S. 67 ff.

gation, immigration, naturalization, police and public security, now in force or which may hereafter be enacted to enter, travel, reside and do business in Siam and shall have the right to lease lands, houses and buildings for residential, commercial, manufacturing and religious purposes, and may own and dispose of such leaseholds and other property, under the same conditions as Siamese subjects.

Article III. The most favoured nation treatment provided for in this Arrangement shall not apply to favourisation granted or to be granted by either High Contracting Party to a third nation on the basis of a tariff union or to a so-called short boundary traffic.

Article IV. The coasting trade and coasting fishery in territorial waters of both High Contracting Parties are excepted from the provisions of this present Arrangement and shall be regulated according to the laws, ordinances and regulations of Germany and Siam, respectively. It is, however, understood that German citizens, associations and companies, and Siamese subjects, associations and companies shall enjoy in these respects the rights which are or may be granted under such laws, ordinances and regulations to the subjects or citizens of other nations.

Article V. Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and other consular officers or agents to reside in the towns and ports of the other, where similar officers of third powers are permitted to reside.

Such consular officers and agents shall be entitled to exercise all the powers and enjoy all the honours, privileges, exemptions and immunities which are or may be accorded to consular officers and agents of the most favoured nation, except, however, German consular officers and agents in Siam may not exercise any special right or privilege, as such in Siamese Courts, and shall have no extraterritorial jurisdiction.

Article VI. All the rights and privileges herein granted by Siam to German citizens, associations and companies, shall be enjoyed by Siamese subjects, associations and companies in Germany. It is, however, understood that for the matters regarding which Siam grants the own nationals treatment, Germany shall grant the most favoured nation treatment.

Article VII. This Arrangement together with the Protocol and Annex of the same date shall be ratified and the ratifications thereof shall be exchanged at Berlin within six months. It shall come into effect on the date of the exchange of ratifications and shall remain in force for two years from that date and thereafter for six months from the date on which one of the High Contracting Parties notifies to the other the intention of terminating it.

In witness whereof, the undersigned, duly authorized in this behalf, have hereunto signed their names and affixed their seals.

Done in duplicate in the English language at Berlin on the twenty-eighth day of February in the year one thousand nine hundred and twenty-four of the Christian Era corresponding to the twenty-eighth day of the month of Kumbhabandhu in the year two thousand four hundred and sixty-six of the Buddhist Era.

signed: *Maltzan.* signed: *Charoon.*
(L. S.) (L. S.)

Protocol.

The Government of Germany and the Government of His Majesty the King of Siam, being desirous to avoid any misunderstanding as to the effect of the Provisional Economic Arrangement, signed on this day, upon the Treaty of Versailles, have agreed as follows:

Article I. Within the limits specified in the special Declaration on the matter handed on the same day by the Siamese Government to the German Government, Paragraph 18 of Annex 2 to Part VIII of the Treaty of Versailles shall not apply.

Article II. As long as the Provisional Economie Arrangement signed on this day will remain in force, Articles 264, 265, 266, 267, 271, 273 (first alinéa). 274, 275. 276, 277, 279, 280, 306 (fifth alinéa), 323, 324, 325, 326 and 327 of Part X of the Treaty of Versailles, shall not apply.

Article III. This Protocol is part of the Provisional Economic Arrangement signed on this day and has the same force.

In witness whereof, the undersigned, duly authorized in this behalf, have hereunto signed their names and affixed their seals.

Done in duplicate in the English language at Berlin, on the twenty-eighth day of February in the year one thousand nine hundred and twenty-four of the Christian Era corresponding to the twenty-eighth day of the month of Kumbhabandhu in the year two thousand four hundred and sixty-six of the Buddhist Era.

signed: *Maltzan.* signed: *Charoon.*
(L. S.) (L. S.)

Annex.

At the moment of proceeding this day to the signature of a Provisional Economie Arrangement between the Government of Germany and the Government of His Majesty the King of Siam, the Plenipotentiaries of the two High Contracting Parties, in order to settle all questions pending between the two countries or which might arise between them from the above Arrangement or from the Treaty of Versailles, have agreed as follows:

Section I. The German Government, in order to give a proof of their earnest readiness to remove all obstacles which may still stand in the way of resuming the relations of a perfect amity between the two countries, oblige themselves to indemnity the Royal Siamese Government, apart from and in addition to the obligation of the German Government under Part VIII of the Treaty of Versailles, for the seizure of Siamese property, rights and interests in German territory during the war. This compensation is hereby settled and fixed in the amount of two million (2 000 000) Ticals, which sum shall be paid solely out of the proceeds of liquidation of German property, rights and interests in Siam and not otherwise. The German Government, however, shall not be regarded as having, by this Arrangement, prejudiced themselves as to the application of Article 297 of the Treaty of Versailles.

The Royal Siamese Government, on their part, shall instantly withdraw the claims which they have instituted before the German-Siamese Mixed Arbitral Tribunal in Paris against the German Government and the Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin.

Section II. The Royal Siamese Government in order to facilitate the charitable purposes pursued by the German Red Cross, oblige themselves to release, if this has not already been done, the bank balance of six hundred and seventy (670) Ticals, standing to its credit at the outbreak of war, and seized, after declaration of war, by the Royal Siamese Government.

Section III. Pending the ratifications of the Provisional Economic Arrangement and of its Protocol and Annex, the Royal Siamese Government agree to issue licenses of temporary admission into Siam to those German citizens whose applications had already been filed and to receive a German special temporary diplomatic mission.

Section IV. Upon the exchange of the ratifications of the Provisional Economic Arrangement, the High Contracting Parties shall immediately resume their normal diplomatic relations.

Section V. This Annex is part of the Arrangement signed on this day and has the same force.

In witness whereof, the undersigned, duly authorized for this purpose, have hereunto set their names and affixed their seals, the twenty-eighth day of February in the year one thousand nine hundred and twenty-four of the Christian Era, corresponding to the twenty-eighth day of the month of Kumbhabandhu in the year two thousand four hundred and sixty-six of the Buddhist Era.

signed: *Maltzan.* signed: *Charoon.*
(L. S.) (L. S.)

VI.

Vertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über das französische Mandatsgebiet Kamerun 13. 2. 1923 *).

Le Président de la République Française et le Président des États-Unis d'Amérique,

Considérant que, par l'Article 119 du Traité de paix signé à Versailles le 28 juin 1919, l'Allemagne a renoncé en faveur des principales Puissances Alliées et Associées à tous ses droits et titres sur ses possessions d'outremer;

Considérant que, par l'Article 22 dudit Traité, il a été stipule que certains territoires qui, à la suite de la guerre, ont cessé d'être sous la souveraineté des États qui les gouvernaient précédemment, seraient placés sous le mandat d'une autre Puissance et que les conditions du mandat seraient expressément définies dans chaque cas par le Conseil de la Société de Nations;

Considérant que le bénéfice dudit Article 119 du Traité de Versailles a été reconnu aux États-Unis par le Traité conclu entre les États-Unis et l'Allemagne, le 25 août 1921, pour rétablir les relations amicales entre les deux nations;

Considérant que quatre des principales Puissances Alliées et Associées, savoir l'Empire britannique, la France, l'Italie et le Japon, ont convenu que la France exercerait le mandat sur une partie de l'ancienne colonie allemande du Cameroun;

Considérant que les conditions de ce mandat ont été définies comme suit par le Conseil de la Société des Nations:

Article 1er. Les territoires dont la France assume l'administration sous le régime du mandat comprennent la partie du Cameroun qui est située à l'est de la ligne fixée dans la Déclaration, signée le 10 juillet 1919, dont une copie est ci-annexée.

Cette ligne pourra, toutefois, être légèrement modifiée par accord intervenant entre le Gouvernement de Sa Majesté britannique et le Gouvernement de la République française, sur les points où, soit dans l'intérêt des habitants, soit par suite de l'inexactitude de la carte Moisel au 1/300000 annexée à la

---

*) Abgedruckt: Treaty Series No. 690, Washington, Government Printing Office 1924. — Der Austausch der Ratifikationsurkunden ist am 3. 6. 1924 in Paris erfolgt.

Déclaration, l'examen des lieux ferait reconnaître comme indésirable de s'en tenir exactement à la ligne indiquée.

La délimitation sur le terrain de ces frontières sera effectuée conformément aux dispositions de ladite Déclaration.

Le rapport final de la Commission mixte donnera la description exacte de la frontière telle que celle-ci aura été déterminée sur le terrain; les cartes signées par les commissaires seront jointes au rapport. Ce document, avec ses annexes, sera établi en triple exemplaire; l'un des originaux sera déposé dans les archives de la Société des Nations, le deuxième sera conservé par le Gouvernement de la République et le troisième par le Gouvernement de Sa Majesté britannique.

Article 2. Le Mandataire sera responsable de la paix, du bon ordre et de la bonne administration du territoire, accroîtra par tous les moyens en son pouvoir le bien-être matériel et moral et favorisera le progrès social des habitants.

Article 3. Le Mandataire ne devra établir sur le territoire aucune base militaire ou navale, ni édifier aucune fortification, ni organiser aucune force militaire indigène sauf pour assurer la police locale et la défense du territoire.

Toutefois, il est entendu que les troupes ainsi levées peuvent, en cas de guerre générale, être utilisées pour repousser une agression ou pour la défense du territoire en dehors de la région soumise au mandat.

Article 4. La Puissance mandataire devra:

1⁰ Pourvoir à l'émancipation éventuelle de tous esclaves et, dans un délai aussi court que les conditions sociales le permettront, faire disparaître tout esclavage domestique ou autre;

2⁰ Supprimer toute forme de commerce d'esclaves;

3⁰ Interdire tout travail forcé ou obligatoire, sauf pour les travaux et services publics essentiels et sous condition d'une équitable rémunération;

4⁰ Protéger les indigènes contre la fraude et la contrainte, par une surveillance attentive des contrats de travail et du recrutement des travailleurs;

5⁰ Exercer un contrôle sévère sur le trafic des armes et munitions, ainsi que sur le commerce des spiritueux.

Article 5. La Puissance mandataire devra, dans l'établissement des règles relatives à la tenure du sol et au transfert de la propriété foncière, prendre en considération les lois et les coutumes indigènes, respecter les droits et sauvegarder les intérêts des indigènes.

Aucune propriété foncière indigène ne pourra faire l'objet d'un transfert, excepté entre indigènes, sans avoir reçu au préalable l'approbation de l'autorité publique. Aucun droit réel ne pourra être constitué sur un bien foncier indigène en faveur d'un non-indigène, si ce n'est avec la même approbation.

La Puissance mandataire édictera des règles sévères contre l'usure.

Article 6. La Puissance mandataire assurera à tous les ressortissants des États Membres de la Société des Nations les mêmes droits qu'à ses propres ressortissants, en ce qui concerne leur accès et leur établissement dans le territoire, la protection de leurs personnes et de leurs biens, l'acquisition des propriétés mobilières et immobilières, l'exercice de leur profession ou de leur industrie, sous réserve des nécessités d'ordre public et de l'observation de la législation locale.

La Puissance mandataire pratiquera, en outre, à l'égard de tous les ressortissants des États Membres de la Société des Nations et dans les mêmes conditions qu'à l'égard de ses propres ressortissants, la liberté du transit et de la navigation et une complète égalité économique, commerciale et industrielle, excepté pour les travaux et services publics essentiels, qu'elle reste libre d'organiser dans les termes et conditions qu'elle estime justes.

Les concessions pour le développement des resources naturelles du territoire seront accordées par le Mandataire, sans distinction de nationalité entre les ressortissants des États Membres de la Société des Nations, mais de manière à maintenir intacte l'autorité du Gouvernement local.

Il ne sera pas accordé de concession ayant le caractère d'un monopole général. Cette clause ne fait pas obstacle au droit du Mandataire de créer des monopoles d'un caractère purement fiscal dans l'intérêt du territoire soumis au mandat et en vue de procurer au territoire les ressources fiscales paraissant le mieux s'adapter aux besoins locaux, ou, dans certains cas, de développer les ressources naturelles, soit directement par l'État, soit par un organisme soumis à son contrôle, sous cette réserve qu'il n'en résultera directement ou indirectement aucun monopole des ressources naturelles au bénéfice du Mandataire ou de ses ressortissants, ni aucun avantage préférentiel qui serait incompatible avec l'égalité économique, commerciale et industrielle ci-dessus garantie.

Les droits conférés par le présent article s'étendent également aux sociétés et associations organisées suivant les lois des États Membres de la Société des Nations, sous réserve seulement des nécessités d'ordre public et de l'observation de la législation locale.

Article 7. La Puissance mandataire assurera, dans l'étendue du territoire, la pleine liberté de conscience et le libre exercice de tous les cultes, qui ne sont contraires ni à l'ordre public, ni aux bonnes mœurs; elle donnera à tous les missionnaires ressortissants de tout État Membre de la Société des Nations la faculté de pénétrer, de circuler et de résider dans le territoire, d'y acquérir et posséder des propriétés, d'y élever des bâtiments dans un but religieux et d'y ouvrir des écoles, étant entendu, toutefois, que le Mandataire aura le droit d'exercer tel contrôle qui pourra être nécessaire pour le maintien de l'ordre public et d'une bonne administration et de prendre à cet effet toutes mesures utiles.

Article 8. La Puissance mandataire étendra aux territoires le bénéfice des conventions internationales générales, applicables à leurs territoires limitrophes.

Article 9. La Puissance mandataire aura pleins pouvoirs d'administration et de législation sur les contrées faisant l'objet du mandat. Ces contrées seront administrées selon la législation de la Puissance mandataire comme partie intégrante de son territoire et sous réserve des dispositions qui précèdent.

La Puissance mandataire est, en conséquence, autorisée à appliquer aux régions soumises au mandat sa législation sous réserve des modifications exigées par les conditions locales et à constituer ces territoires en unions ou fédérations douanières, fiscales ou administratives avec les territoires avoisinants relevant de sa propre souveraineté ou placées sous son contrôle, à condition que les mesures adoptées à ces fins ne portent pas atteinte aux dispositions du présent mandat.

Article 10. La Puissance mandataire présentera au Conseil de la Société des Nations un rapport annuel répondant à ses vues. Ce rapport devra contenir tous renseignements sur les mesures prises en vue d'appliquer les dispositions du présent mandat.

Article 11. Toute modification apportée aux termes du présent mandat devra être approuvée au préalable par le Conseil de la Société des Nations.

Article 12. Le Mandataire accepte que tout différend, quel qu'il soit, qui viendrait à s'élever entre lui et un autre Membre de la Société des

Nations, relatif à l'interprétation ou à l'application des dispositions du mandat et qui ne soit pas susceptible d'être réglé par des négociations, soit soumis à la Cour permanente de Justice internationale, prévue par l'Article 14 du Pacte de la Société des Nations.

Considérant que les États-Unis d'Amerique, en participant à la guerre contre l'Allemagne, ont contribué à sa défaite et à la renonciation de ses droits et titres sur ses possessions d'outremer, mais qu'ils n'ont pas ratifié le Traité de Versailles;

Considérant que le Gouvernement des États-Unis et le Gouvernement de la République française déesirent aboutir à une entente définitive concernant les droits des deux Gouvernements et de leurs ressortissants respectifs dans ladite ancienne colonie allemande du Cameroun;

Ont décidé de conclure une convention à cet effet et ont nommé pour leurs plénipotentiaires respectifs, savoir:

Le Président de la République Française:

M. *Raymond Poincaré*, Sénateur, Président du Conseil, Ministre des Affaires Etrangères:

Et le Président des États-Unis d'Amérique:

Son Excellence M. *Myron T. Herrick*, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire des États-Unis d'Amérique à Paris;

Lesquels, après s'être communique leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des stipulations suivantes:

Article 1er. Sous réserve des stipulations de la présente Convention, les États-Unis déclarent accepter que, dans les conditions ci-dessus rapportées du mandat, le Gouvernement de la République française administre le territoire anciennement allemand tel qu'il est décrit par l'article premier du mandat.

Article 2. Les États-Unis et leurs ressortissants auront la jouissance et le bénéfice de tous les droits et avantages assurés par les articles 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 et 9 du mandat aux membres de la Société des Nations ainsi qu'à leurs ressortissants, nonobstant le fait que les États-Unis ne sont pas un Etat membre de la Société des Nations.

Article 3. Les droits de propriété acquis aux Américains dans le territoire sous mandat seront respectés et il n'y sera porté atteinte en aucune manière.

Article 4. Un double du rapport annuel, que la Puissance mandataire doit présenter en exécution de l'article 10 du mandat, sera remis au Gouvernement des États-Unis.

Article 5. Les modifications que pourraient être apportées aux conditions du mandat telles qu'elles ont été mentionnées ci-dessus, seront sans effet sur aucune des stipulations contenues dans la présente convention, à moins que ces modifications aient reçu l'assentiment des États-Unis.

Article 6. Les Traités et Conventions d'extradition en vigueur entre la France et les États-Unis d'Amérique s'appliqueront au territoire sous mandat.

Article 7. La présente convention sera ratifiée conformément aux méthodes constitutionnelles respectives des Hautes Parties Contractantes. Les ratifications seront échangées à Paris aussitôt que possible. La présente Convention prendra effet à la date de l'échange des ratifications.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente convention et l'ont revêtue de leurs cachets.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 13 février 1923.

Myron T. Herrick.
R. Poincaré.

VII.

Defensivbündnis-Vertrag zwischen Estland und Lettland I. II. 1923*).

Fermement résolues de sauvegarder leur souveraineté nationale et l'indépendance acquises au prix de tant de sacrifices, ainsi que l'intégrité de leurs territoires, la République d'Esthonie et la République de Lettonie ont décidé de conclure un traité d'alliance défensive.

Dans ce but ont été nommés en qualité de délégués plénipotentiaires, savoir:

de la part de l'Esthonie: M. *Fr. Akel*, Ministre des Affaires étrangères,

de la part de la Lettonie: M. *Z. A. Meierovics,* Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à suivre une politique purement pacifique ayant pour but de maintenir et de resserrer les liens d'amitié ainsi que de développer les relations économiques avec toutes les nations et surtout entre les Etats Baltiques et les pays voisins.

Article 2. Afin de coordonner leurs efforts pacifiques, les deux Gouvernements s'engagent à se concerter sur les questions de politique extérieure d'une importance commune et à se prêter une aide réciproque politique et diplomatique dans leurs rapports internationaux.

Article 3. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à s'aider réciproquement dans le cas où l'une d'elles serait attaquée, sans provocation de sa part, sur ses frontières actuelles.

En conséquence, au cas où l'une des Hautes Parties contractantes serait attaquée sans provocation de sa part, l'autre se considérera en état de guerre et lui prêtera une assistance armée.

Article 4. Les autorités techniques compétentes de la République esthonienne et de la République lettone fixeront d'un commun accord la manière dont les deux pays se prêteront assistance et les dispositions nécessaires pour l'exécution de l'article 3 du présent traité.

Article 5. Si les Hautes Parties contractantes, malgré leurs efforts pacifiques, se trouvaient en état de guerre défensive conformément à l'article 3, ils s'engagent à ne traiter ni conclure l'armistice ni la paix l'une sans l'autre.

Article 6. Toutes les questions litigieuses qui pourraient surgir entre les Hautes Parties contractantes et qui ne peuvent pas être résolues par voies diplomatiques, seront portées devant la Cour de Justice internationale ou soumises à un arbitrage international.

Article 7. Aucune des Hautes Parties contractantes ne pourra conclure une alliance avec une tierce Puissance sans le consentement de l'autre. Elles s'engagent à communiquer dès à présent l'une à l'autre le texte des traités conclus entre l'une d'elles et un ou plusieurs autres Etats.

Article 8. La durée du présent traité est de dix ans à partir du jour de l'échange des instruments de ratification. Ce terme expiré, chacune des deux Parties contractantes aura la faculté de la dénoncer en avisant l'autre Partie un an d'avance.

---

*) Abgedruckt: Société des Nations, Recueil des Traités, XXIII 1924, S. 81 ff.

Article 9. Le présent traité sera communiqué à la Société des Nations dans le but d'y être enregistré et publié.

Article 10. Le présent traité sera ratifié et les instruments de ratification seront échangés dans le plus bref délai à Riga.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé le présent traité et y ont apposé leurs sceaux. Fait en double exemplaire, à Tallinn, le 1^{er} novembre mil neuf cent vingt-trois.

(Signé) *Fr. Akel.*
(Signé) *Z. A. Meierovics.*

VIII.

Bündnis- und Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei 25. I. 1924*).

Le Président de la République Française et le Président de la République Tchécoslovaque,

fermement attachés au principe des engagements internationaux confirmé solennellement par le Pacte de la Société des Nations,

également soucieux de sauvegarder la paix dont le maintien est nécessaire à la stabilité politique et au relèvement économique de l'Europe,

résolus à cet effet, d'assurer le respect de l'ordre juridique et politique international établi par les traités qu'ils ont signés en commun,

considérant que pour atteindre ce but des garanties réciproques de sécurité contre une agression éventuelle, et en vue de la défense de leurs intérêts communs, leur sont indispensables,

ont désigné pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Président de la République Française: M. *Raymond Poincaré,* Président du Conseil, ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République Tchécoslovaque: M. *Edvard Benes,* ministre des Affaires étrangères,

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

Article 1. Les Gouvernements de la République française et de la République tchécoslovaque s'engagent à se concerter sur les questions extérieures de nature à mettre en danger leur sécurité et à porter atteinte à l'ordre établi par les Traités de paix dont ils sont l'un et l'autre signataires.

Article 2. Les Hautes Parties contractantes se mettront d'accord sur les mesures propres à sauvegarder leurs intérêts communs dans le cas où ils seraient menacés.

Article 3. Les Hautes Parties contractantes pleinement d'accord sur l'importance que présentent pour le maintien de la paix générale les principes d'ordre politique contenus dans l'article 88 du Traité de Paix de Saint-Germain-en-Laye du 10 septembre 1919, ainsi que dans les Protocoles de Genève du 4 octobre 1922 dont elles sont toutes deux signataires,

s'engagent à se concerter sur les mesures à prendre au cas où l'observation de ces principes serait menacée.

Article 4. Les Hautes Parties contractantes, prenant en considération particulière les déclarations faites par la Conférence des Ambassadeurs le 3 février 1920 et le 1^{er} avril 1921, dont leur politique continuera à s'inspirer, ainsi que la déclaration faite le 10 novembre 1921 par le Gouvernement hongrois aux représentants diplomatiques alliés,

---

*) **Abgedruckt**: Société des Nations, Recueil des Traités, XXIII 1924, S. 164 ff.

s'engagent à se concerter dans le cas où leurs intérêts se trouveraient menacés par l'inobservation des principes énoncés dans ces diverses déclaration.

Article 5. Les Hautes Parties contractantes confirment leur plein accord sur la nécessité qui s'impose à elles, en vue du maintien de la paix, d'adopter une attitude commune en présence de toute tentative éventuelle de restauration de la dynastie des Hohenzollern en Allemagne et s'engagent à se concerter sur les mesures à prendre dans cette éventualité.

Article 6. Conformément aux principes énoncés dans le Pacte de la Société des Nations, les Hautes Parties contractantes conviennent que, au cas où il surgirait entre elles, dans l'avenir, des questions litigieuses qui ne pourraient être résolues par un accord amiable et par la voie diplomatique, elles soumettront ce litige soit à la Cour permamente de Justice internationale, soit à un ou à plusieurs arbitres choisis par elles.

Article 7. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à se communiquer les accords intéressant leur politique en Europe centrale qu'elles ont conclus antérieurement et à se consulter avant d'en conclure de nouveaux. Elles déclarent que, à cet égard, rien dans le présent traité n'est contraire aux susdits accords et spécialement au traité d'alliance entre la France et la Pologne, aux accords ou arrangements conclus par la Tchécoslovaquie avec la République fédérale d'Autriche, la Roumanie, le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes, non plus qu'à l'accord constaté par l'échange de lettres intervenu le 8 février 1921 entre le Gouvernement italien et le Gouvernement tchécoslovaque.

Article 8. Le présent traité sera communiqué à la Société des Nations conformément à l'article 18 du pacte.

Le présent traité sera ratifié et les instruments de ratification seront échangés à Paris le plus tôt possible.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs dûment autorisés à cet effet ont signé le présent traité et l'ont revêtu de leurs cachets.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 25 janvier 1924.

(L. S.) (Signé) *R. Poincaré.*
(L. S.) (Signé) Dr. *Edvard Benes.*

IX.

Deutsch-polnischer Vertrag über den Rechtsverkehr.

5. 3. 1924 *).

Das Deutsche Reich und die Republik Polen haben, von dem Wunsche geleitet, den wechselseitigen Rechtsverkehr zu fördern, den nachstehenden Vertrag abgeschlossen.

Zu diesem Zwecke haben sie zu Bevollmächtigten ernannt:

die Deutsche Regierung:

den Wirklichen Geheimen Legationsrat, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Herrn *Karl Edlen von Stockhammern,*

---

*) Abgedruckt: R.G.Bl. 1925, Teil II (Nr. 17), S. 139 ff.

die Polnische Regierung:

den Präsidenten des Generalprokuraturamts in Posen, Herrn Dr. *Witold Pradzyński,*

die ihre Vollmachten vorgelegt, in guter und gehöriger Form befunden und folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Erster Abschnitt.

Rechtsschutz in bürgerlichen Angelegenheiten.

Art. 1. Die Angehörigen eines der vertragschließenden Staaten genießen im Gebiete des anderen Staates in bürgerlichen Angelegenheiten hinsichtlich des gerichtlichen Schutzes ihrer Person und ihres Eigentums die gleiche Behandlung wie die Landesangehörigen. Der gerichtliche Schutz besteht darin, daß sie freien und ungehinderten Zutritt zu den Gerichten haben und dort unter denselben Bedingungen wie die Landesangehörigen auftreten können.

Art. 2. (1) Den Angehörigen des einen Staates, die vor den Gerichten des anderen Staates als Kläger oder Intervenienten auftreten, darf wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder wegen Mangels eines inländischen Wohnsitzes oder Aufenthalts keine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung, unter welcher Benennung es auch sei, auferlegt werden.

(2) Das gleiche gilt für die Vorauszahlung, die von den Klägern oder Intervenienten zur Deckung der Gerichtskosten einzufordern wäre.

Art. 3. (1) Ergeht im Gebiete des einen Staates eine Verurteilung in die Prozeßkosten gegen einen Kläger oder Intervenienten, der von der Sicherheitsleistung, Hinterlegung oder Vorauszahlung auf Grund des Art. 2 oder eines im Staate der Klageerhebung geltenden Gesetzes befreit ist, so ist diese Verurteilung auch im Gebiete des anderen Staates durch die zuständige Behörde kostenfrei für vollstreckbar zu erklären. Der Antrag kann im diplomatischen Wege oder unmittelbar bei der zuständigen Behörde durch die beteiligte Partei gestellt werden.

(2) Die gleiche Regel findet Anwendung auf gerichtliche Entscheidungen, durch die die Prozeßkosten später festgesetzt werden.

(3) Unter gerichtlichen Entscheidungen sind auch die von Gerichtsschreibern innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Kostenfestsetzungsbeschlüsse zu verstehen.

Art. 4. (1) Die im Art. 3 erwähnten Kostenentscheidungen werden ohne Anhörung der Parteien, jedoch unbeschadet eines späteren Rekurses der verurteilten Partei, gemäß der Gesetzgebung des Staates, in dessen Gebiet die Vollstreckung betrieben wird, für vollstreckbar erklärt.

(2) Dabei ist nur zu prüfen:

1. ob nach den Gesetzen des Landes, wo die Verurteilung ausgesprochen ist, die Ausfertigung der Entscheidung die für ihre Beweiskraft erforderlichen Bedingungen erfüllt;

2. ob nach diesen Gesetzen die Entscheidung rechtskräftig ist.

(3) Zum Nachweis dieser Erfordernisse ist eine Bescheinigung des Präsidenten des zuständigen Landgerichts (Gerichtshof erster Instanz) oder, wenn das entscheidende Gericht ein Gericht höherer Ordnung ist, des Präsidenten dieses Gerichts ausreichend, daß die Entscheidung rechtskräftig ist.

(4) Dem Antrage ist eine Uebersetzung des entscheidenden Teils der Entscheidung sowie der im Abs. 3 erwähnten Bescheinigung in die offizielle Sprache des ersuchten Staates beizufügen. Die Uebersetzungen sind durch den diplomatischen oder konsularischen Vertreter des ersuchenden oder ersuchten Staates oder durch einen Richter des ersuchenden Staates zu beglaubigen.

Art. 5. Die Angehörigen des einen Staates werden im anderen Staate zum Armenrecht unter denselben Bedingungen wie die Landesangehörigen zugelassen.

Art. 6. (1) Die Bescheinigung des Unvermögens muß von den Behörden des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des Antragstellers oder in Ermangelung eines solchen von den Behörden seines derzeitigen Aufenthaltsortes ausgestellt sein.

(2) Hält sich der Antragsteller nicht in einem der beiden Staaten auf, so ist die Bescheinigung des für den Antragsteller zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertreters seines Staates ausreichend.

Art. 7. (1) Die zur Ausstellung der Bescheinigung über das Unvermögen zuständige Behörde kann bei den Behörden des anderen Staates Auskünfte über die Vermögenslage des Antragstellers einziehen.

(2) Die Behörde, die über den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zu entscheiden hat, behält in den Grenzen ihrer Amtsbefugnisse das Recht, die Bescheinigungen und Auskünfte einer Nachprüfung zu unterziehen.

(3) Ist einem Angehörigen des einen Staates von der zuständigen Behörde das Armenrecht bewilligt, so soll ihm dieses Recht auch in allen Prozeßhandlungen einschließlich der zur Vollstreckungsinstanz gehörigen zustehen, die sich auf denselben Rechtsstreit beziehen und vor den Gerichten des anderen Staates auf Grund des ersten und zweiten Abschnittes dieses Vertrages vorgenommen werden.

Art. 8. Die oberste Justizverwaltungsbehörde jedes Staates — im Deutschen Reiche das Reichsministerium der Justiz, in Polen das Justizministerium — erteilt auf ein Ersuchen der obersten Justizverwaltungsbehörde des anderen Staates, das im diplomatischen Wege weiterzuleiten ist, Auskunft über das in ihrem Staate geltende Recht.

Zweiter Abschnitt.

Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten.

Art. 9. (1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erfolgt die Zustellung von Schriftstücken und die Erledigung von Rechtshilfeersuchen im unmittelbaren Geschäftsverkehr der Behörden der beiden Staaten.

(2) Für die Absendung von Zustellungsanträgen und Rechtshilfeersuchen sind alle gerichtlichen Behörden, für ihre Entgegennahme sind auf seiten des Deutschen Reichs nur die Landgerichtspräsidenten, auf seiten Polens nur die Präsidenten der Gerichtshöfe erster Instanz zuständig. Die in Erledigung der Zustellungsanträge und Rechtshilfeersuchen entstandenen Schriftstücke werden der ersuchenden Behörde unmittelbar übersandt.

(3) Im Falle der örtlichen Unzuständigkeit der ersuchten Behörde ist das Ersuchen von Amts wegen an die zuständige Behörde abzugeben und die ersuchende Behörde hiervon unverzüglich zu benachrichtigen.

Art. 10. (1) Zustellungsanträge und Ersuchungsschreiben sind in der offiziellen Sprache des ersuchenden Staates abzufassen. Sie haben die ersuchende Behörde sowie den Namen und die Stellung der Parteien anzugeben. Zustellungsanträge haben außerdem die Anschrift des Empfängers und die Art des zuzustellenden Schriftstücks zu bezeichnen.

(2) Für Zustellungsanträge werden die von den beiden Regierungen einander mitzuteilenden doppelsprachigen Formulare benutzt.

Art. 11. (1) Für die Zustellung hat die zuständige Behörde des ersuchten Staates Sorge zu tragen. Diese Behörde kann sich, abgesehen von den im Abs. 2 vorgesehenen Fällen, darauf beschränken, die Zustellung durch Uebergabe des Schriftstücks an den Empfänger zu bewirken, sofern er zur Annahme bereit ist.

(2) Auf Wunsch der ersuchenden Behörde hat die ersuchte Behörde das zuzustellende Schriftstück, wenn es in der offiziellen Sprache des ersuchten Staates abgefaßt oder von einer Uebersetzung in dieser Sprache begleitet ist, in der durch ihre innere Gesetzgebung für die Bewirkung gleichartiger Zustellungen vorgeschriebenen Form oder in einer besonderen Form zuzustellen, sofern diese ihrer Gesetzgebung nicht zuwiderläuft.

(3) Hinsichtlich der Beglaubigung der Uebersetzungen finden die Vorschriften des Art. 4 Abs. 4 Anwendung.

Art. 12. (1) Die Zustellung wird nachgewiesen entweder durch ein mit Datum versehenes und beglaubigtes Empfangsbekenntnis des Empfängers oder durch ein Zeugnis der ersuchten Behörde, aus dem sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergeben.

(2) Ist das zuzustellende Schriftstück in zwei gleichen Stücken übermittelt worden, so soll das Empfangsbekenntnis oder das Zeugnis auf eines der beiden Stücke gesetzt oder damit verbunden werden.

Art. 13. Jeder der beiden Staaten hat die Befugnis, Zustellungen an eigene Staatsangehörige, die sich im Gebiete des anderen Staates befinden, durch seine diplomatischen oder konsularischen Vertreter ohne Anwendung von Zwang bewirken zu lassen.

Art. 14. (1) Die Gerichtsbehörde, an die das Rechtshilfeersuchen gerichtet wird, ist verpflichtet, ihm zu entsprechen und dabei dieselben Zwangsmittel anzuwenden, wie bei der Erledigung eines Ersuchens der eigenen Behörden oder eines zum gleichen Zwecke gestellten Antrages einer beteiligten Partei. Die Zwangsmittel brauchen nicht angewendet zu werden, wenn es sich um das persönliche Erscheinen streitender Parteien handelt.

(2) Die ersuchende Behörde ist auf ihr Verlangen von der Zeit und dem Orte der auf das Ersuchen vorzunehmenden Handlung zu benachrichtigen, damit die beteiligte Partei in der Lage ist, ihr beizuwohnen.

Art. 15. Rechtshilfeersuchen werden in der durch die Gesetzgebung des ersuchten Staates vorgeschriebenen Form erledigt. Jedoch ist dem Antrage der ersuchenden Behörde, daß nach einer besonderen Form verfahren werde, zu entsprechen, wenn diese Form der Gesetzgebung des ersuchten Staates nicht zuwiderläuft.

Art. 16. Zustellungsanträge und Rechtshilfeersuchen können nur abgelehnt werden, wenn der Staat, in dessen Gebiet sie erledigt werden sollen, sie für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden.

Art. 17. (1) Für die Erledigung von Zustellungsanträgen und Rechtshilfeersuchen werden Gebühren und Auslagen irgendwelcher Art mit Ausnahme der an Sachverständige gezahlten Entschädigungen nicht erhoben.

(2) Die ersuchte Behörde hat jedoch den Betrag der ihr erwachsenen Auslagen, die nach Abs. 1 vom ersuchenden Staate nicht zu erstatten sind, der ersuchenden Behörde mitzuteilen, damit diese sie von der zur Erstattung verpflichteten Person einziehen kann. Die eingezogenen Beträge behält der ersuchende Staat.

Dritter Abschnitt.

Beglaubigung (Legalisation) von Urkunden.

Art. 18. (1) Urkunden, die von einem deutschen Landgericht oder einem polnischen Gerichtshof erster Instanz oder einem deutschen oder polnischen Gericht höherer Ordnung, von einer der obersten oder höheren deutschen oder polnischen Verwaltungsbehörden oder von einem obersten Verwaltungsgericht aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt und mit dem Siegel oder Stempel der Behörde versehen sind, bedürfen zum Gebrauch im Gebiete des anderen Staates keiner Beglaubigung (Legalisation).

(2) Für Urkunden, die von einem der in Abs. 1 nicht erwähnten deutschen oder polnischen Gerichte, einem Gerichtsvollzieher oder einem Grundbuchamt oder einer Hinterlegungsstelle (Depositenamt) oder einem deutschen oder polnischen Notar aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt sind, genügt zum Gebrauch im Gebiete des anderen Staates die Beglaubigung (Legalisation) durch den zuständigen Landgerichtspräsidenten (Präsidenten des Gerichtshofs erster Instanz) unter Beifügung des Amtssiegels oder Amtsstempels. Das gleiche gilt für die von einem Gerichtsschreiber eines deutschen oder polnischen Gerichts aufgenommenen, ausgestellten oder beglaubigten Urkunden. Gehört der Gerichtsschreiber einem Gericht höherer Ordnung an, so erfolgt die Beglaubigung durch den Präsidenten dieses Gerichts.

Vierter Abschnitt.

Mitteilung standesamtlicher Urkunden.

Art. 19. (1) Die Behörden beider Staaten werden auf Antrag Auszüge aus den Registern für Geburten, Eheschließungen und Todesfälle oder beglaubigte Abschriften der Eintragungen erteilen.

(2) Anträge von Behörden werden unmittelbar an die für die Registerführung zuständige oberste Verwaltungsbehörde des anderen Staates gerichtet. Hinsichtlich der Sprache der Ersuchungsschreiben finden die Bestimmungen des Art. 10 Abs. 1 entsprechende Anwendung. Die ersuchte Registerbehörde übersendet die Urkunde unmittelbar an die ersuchende Behörde. Gebühren werden nicht erhoben, wenn der Antrag ausdrücklich im amtlichen Interesse gestellt wird.

(3) Privatpersonen können Anträge unmittelbar an die Registerbehörde des anderen Staates richten. Sie haben für die Erledigung keine höheren Gebühren zu zahlen als die Landesangehörigen. Legt ein Antragsteller eine Bescheinigung des Unvermögens gemäß Art. 6 dieses Vertrags vor, so wird der Antrag gebührenfrei erledigt.

Fünfter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

Art. 20. Als offizielle Sprache im Sinne dieses Vertrags gilt für das Deutsche Reich die deutsche, für Polen die polnische Sprache.

Art. 21. (1) Die Deutsche und die Polnische Regierung werden sich die örtliche Gliederung ihrer Gerichte, der unter Art. 18 fallenden Verwaltungsgerichte, obersten Verwaltungsbehörden und höheren Verwaltungsbehörden, der für die Ausführung des Art. 19 zuständigen obersten Verwaltungsbehörde sowie deren Aenderungen mitteilen.

(2) Das Verzeichnis der höheren Verwaltungsbehörden kann nur im Einverständnis beider Regierungen ergänzt werden.

Art. 22. Dieser Vertrag soll auch für den Fall in Wirksamkeit bleiben, daß Polen dem Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 beitritt.

Art. 23. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags verlieren die Bestimmungen des Art. 4 des deutsch-polnischen Abkommens, betreffend die Ueberleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet, vom 12. April 1922 ihre Geltung.

Art. 24. (1) Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Warschau ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es kann von jedem der beiden Staaten ganz

oder hinsichtlich einzelner Abschnitte gekündigt werden; es bleibt jedoch nach der Kündigung noch sechs Monate in Geltung.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das Abkommen in doppelter Ausfertigung in deutscher und polnischer Urschrift unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen in Warschau am 5. März 1924.

(L. S.) *K. v. Stockhammern.*
(L. S.) Dr. *Witold Pradzynski.*

X.

Uebereinkommen der Allgemeinen Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation.

A.

Washingtoner Uebereinkommen über die Arbeitslosigkeit 28. 11. 19*).

La Conférence Générale de l'Organisation Internationale du Travail de la Société des Nations,

Convoquée à Washington par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, le 29 octobre 1919,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions „relatives aux moyens de prévenir le chômage et de remédier à ses conséquences“, question formant le deuxième point de l'ordre du jour de la Conférence tenue à Washington, et

Après avoir décidé que ces propositions seraient rédigées sous forme d'un projet de convention internationale,

adopte le Projet de Convention ci-après à ratifier par les Membres de l'Organisation Internationale du Travail, conformément aux dispositions de la Partie relative au Travail du Traité de Versailles du 28 juin 1919, et du Traité de Saint-Germain du 10 septembre 1919:

Art. 1. Chaque Membre ratifiant la présente Convention communiquera au Bureau International du Travail à des intervalles aussi courts que possible et qui ne devront pas dépasser trois mois, toute information disponible, statistique ou autre, concernant le chômage, y compris tous renseignements sur les mesures prises ou à prendre en vue de lutter contre le chômage. Toutes les fois que ce sera possible les informations devront être recueillies de telle façon que communication puisse en être faite dans les trois mois suivant la fin de la période à laquelle elles se rapportent.

Art. 2. Chaque Membre ratifiant la présente Convention devra établir un système de bureaux publics de placement gratuit placé sous le contrôle d'une autorité centrale. Des Comités qui devront comprendre des représentants des patrons et des ouvriers seront nommés et consultés pour tout ce qui concerne le fonctionnement de ces bureaux.

Lorsque coexistent des bureaux gratuits publics et privés, des mesures devront être prises pour coordonner les opérations de ces bureaux sur un plan national.

---

*) Abgedruckt: R.G.Bl. 1925, Teil II, S. 162 ff.

Le fonctionnement des différents systèmes nationaux sera coordonné par le Bureau International du Travail, d'accord avec les pays intéressés.

Art. 3. Les Membres de l'Organisation Internationale du Travail qui ratifieront la présente Convention et qui ont établi un système d'assurance contre le chômage, devront, dans les conditions arrêtées d'un commun accord entre les Membres intéressés, prendre des arrangements permettant à des travailleurs ressortissant à l'un de ces Membres et travaillant sur le territoire d'un autre de recevoir des indemnités d'assurance égales à celles touchées par les travailleurs ressortissant à ce deuxième Membre.

Art. 4. Les ratifications officielles de la présente Convention, dans les conditions prévues à la Partie XIII du Traité de Versailles du 28 juin 1919, et du Traité de St.-Germain du 10 septembre 1919, seront communiquées au Secrétaire Général de la Société des Nations et par lui enregistrées.

Art. 5. Tout Membre de l'Organisation Internationale du Travail qui ratifie la présente Convention s'engage à l'appliquer à celles de ses colonies ou possessions ou à ceux de ses protectorats qui ne se gouvernent pas pleinement eux-mêmes, sous les réserves suivantes:

a) Que les dispositions de la Convention ne soient pas rendues inapplicables par les conditions locales;

b) Que les modifications qui seraient nécessaires pour adapter la Convention aux conditions locales puissent être introduites dans celle-ci.

Chaque Membre devra notifier au Bureau International du Travail sa décision en ce qui concerne chacune de ses colonies ou possessions ou chacun de ses protectorats ne se gouvernant pas pleinement eux-mêmes.

Art. 6. Aussitôt que les ratifications de trois Membres de l'Organisation Internationale du Travail auront été enregistrées au Secrétariat, le Secrétaire Général de la Société des Nations notifiera ce fait à tous les Membres de l'Organisation Internationale du Travail.

Art. 7. La présente Convention entrera en vigueur à la date où cette notification aura été effectuée par le Secrétaire Général de la Société des Nations; elle ne liera que les Membres qui auront fait enregistrer leur ratification au Secrétariat. Par la suite, cette Convention entrera en vigueur au regard de tout autre Membre à la date où la ratification de ce Membre aura été enregistrée au Secrétariat.

Art. 8. Tout Membre qui ratifie la présente Convention s'engage à appliquer ses dispositions au plus tard le 1er juillet 1921 et à prendre telles mesures qui seront nécessaires pour rendre effectives ces dispositions.

Art. 9. Tout Membre ayant ratifié la présente Convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la Convention, par un acte communiqué au Secrétaire Général de la Société des Nations et par lui enregistré. La dénonciation ne prendre effet qu'une année après avoir été enregistrée au Secrétariat.

Art. 10. Le Conseil d'Administration du Bureau International du Travail devra, au moins une fois par dix années, présenter à la Conférence Générale un rapport sur l'application de la présente Convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de la révision ou de la modification de la dite Convention.

Art. 11. Les textes français et anglais de la présente Convention feront foi l'un et l'autre.

B.

Genueser Uebereinkommen über die Stellenvermittlung für Seeleute 10. 7. 1920*).

La Conférence Générale de l'Organisation Internationale du Travail de la Société des Nations,

Convoquée à Gênes par le Conseil d'Administration du Bureau International du Travail, le 15 juin 1920,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives au „Contrôle des conditions d'engagement des marins: placement; conditions d'application aux marins de la Convention et des Recommandations faites à Washington au mois de novembre dernier au sujet du chômage et de l'assurance contre le chômage“, question formant le deuxième point de l'ordre du jour de la session de la Conférence tenue à Gênes, et

Après avoir décidé que ces propositions seraient rédigées sous forme d'un projet de convention internationale,

adopte le Projet de Convention ci-après à ratifier par les Membres de l'Organisation Internationale du Travail, conformément aux dispositions de la Partie relative au Travail du Traité de Versailles du 28 juin 1919, du Traité de Saint-Germain du 10 septembre 1919, du Traité de Neuilly du 27 novembre 1919, et du Traité du Grand Trianon du 4 juin 1920:

Art. 1. Pour l'application de la présente Convention, le terme „marins“ comprend toutes les personnes employées comme membres de l'équipage à bord de navires effectuant une navigation maritime, à l'exclusion des officiers.

Art. 2. Le placement des marins ne peut faire l'objet d'un commerce exercé dans un but lucratif par aucune personne, société ou établissement. Aucune opération de placement ne peut donner lieu de la part des marins d'aucun navire au payement d'une rémunération quelconque, directe ou indirecte, à une personne, société ou établissement.

Dans chaque pays la loi comportera des sanctions pénales pour toute violation des dispositions du présent article.

Art. 3. Par dérogation aux dispositions de l'article 2, toute personne, société ou établissement exerçant actuellement dans un but lucratif le commerce du placement peut être admis temporairement, par autorisation du Gouvernement, à continuer ce commerce, à condition que ses opérations soient soumises à un contrôle du Gouvernement sauvegardant les droits de toutes les parties intéressées.

Chaque Membre ratifiant la présente Convention s'engage à prendre toutes mesures nécessaires pour abolir le plus rapidement possible le commerce du placement des marins exercé dans un but lucratif.

Art. 4. Chaque Membre ratifiant la présente Convention devra veiller à ce qu'il soit organisé et entretenu un système, efficace et répondant aux besoins, d'offices gratuits de placement pour les marins. Ce système pourra être organisé et maintenu:

(1) soit par des associations représentatives des armateurs et des marins agissant en commun sous le contrôle d'une autorité centrale;

(2) soit, en l'absence d'une action combinée de cette nature, par l'Etat lui-même.

Les opérations des ces offices de placement seront conduites par des personnes possédant une expérience maritime pratique.

Lorsqu'il coexiste des offices de placement de types divers, des mesures doivent être prises pour coordonner leur action sur une base nationale.

---

*) Abgedruckt: R.G.Bl. 1925, Teil II, S. 166ff.

Art. 5. Il sera constitué des comités composés d'un nombre égal de représentants des armateurs et des marins, qui seront consultés pour tout ce qui concerne le fonctionnement de ces offices.

Pour le reste, il appartiendra au Gouvernement de chaque pays de préciser les pouvoirs de ces comités, en ce qui concerne notamment le choix de leur président en dehors de leurs membres, leur assujettissement au contrôle de l'Etat et la faculté de recevoir l'assistance de personnes s'intéressant au bien-être des marins.

Art. 6. Au cours des opérations de placement, le marin doit conserver le droit de choisir son navire et l'armateur le droit de choisir son équipage.

Art. 7. Le contrat d'engagement des marins doit contenir toutes les garanties nécessaires pour la protection de toutes les parties intéressées, et il sera donné aux marins toutes facilités pour examiner ce contrat avant et après signature.

Art. 8. Chaque Membre ratifiant la présente Convention prendra des mesures pour que les facilités pour le placement des marins prévues par la présente Convention soient, au besoin en recourant à des offices publics, à la disposition des marins de tous les pays ratifiant la présente Convention, sous la réserve que les conditions du travail soient approximativement lex mêmes.

Art. 9. Il appartiendra à chaque pays de décider s'il adoptera ou non des dispositions analogues à celles de la présente Convention en ce qui concerne les officiers de pont et les officiers mécaniciens.

Art. 10. Tout Membre qui ratifiera la présente Convention devra communiquer au Bureau International du Travail toutes les informations, statistiques ou autres, dont il pourra disposer, en ce qui concerne le chômage des marins et le fonctionnement de ses établissements de placement pour les marins.

Il appartiendra, au Bureau International du Travail d'assurer, d'accord avec les Gouvernements et les organisations intéressées dans chaque pays, la coordination des divers systèmes nationaux de placement des marins.

Art. 11. Tout Membre de l'Organisation Internationale du Travail qui ratifie la présente Convention s'engage à l'appliquer à celles de ses colonies ou possessions ou à ceux de ses protectorats qui ne se gouvernent pas pleinement eux-mêmes, sous les réserves suivantes:

(a) Que les dispositions de la Convention ne soient pas rendues inapplicables par les conditions locales;

(b) Que les modifications qui seraient nécessaires pour adapter la Convention aux conditions locales puissent être introduites dans celle-ci.

Chaque Membre devra notifier au Bureau International du Travail sa décision en ce qui concerne chacune de ses colonies ou possessions ou chacun de ses protectorats ne se gouvernant pas pleinement eux-mêmes.

Art. 12. Les ratifications officielles de la présente Convention, dans les conditions prévues à la Partie XIII du Traité de Versailles du 28 juin 1919, du Traité de St.-Germain du 10 septembre 1919, du Traité de Neuilly du 27 novembre 1919, et du Traité du Grand Trianon du 4 juin 1920, seront communiquées au Secrétaire Général de la Société des Nations et par lui enregistrées.

Art. 13. Aussitôt que les ratifications de deux Membres de l'Organisation Internationale du Travail auront été enregistrées au Secrétariat, le Secrétaire Général de la Société des Nations notifiera ce fait à tous les Membres de l'Organisation Internationale du Travail.

Art. 14. La présente Convention entrera en vigueur à la date où cette notification aura été effectuée par le Secrétaire Général de la Société des Nations; elle ne liera que les Membres qui auront fait enregistrer leur ratification au Secrétariat. Par la suite, la présente Convention entrera en vigueur au regard de tout autre Membre à la date où la ratification de ce Membre aura été enregistrée au Secrétariat.

Art. 15. Sous réserve des dispositions de l'Article 14, tout Membre qui ratifie la présente Convention s'engage à appliquer ses dispositions au plus tard le 1er juillet 1922, et à prendre telles mesures qui seront nécessaires pour rendre effectives ces dispositions.

Art. 16. Tout Membre ayant ratifié la présente Convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de cinq années après la date de la mise en vigueur initiale de la Convention, par un acte communiqué au Secrétaire Général de la Société des Nations et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée au Secrétariat.

Art. 17. Le Conseil d'Administration du Bureau International du Travail devra, au moins une fois par dix années, présenter à la Conférence Générale un rapport sur l'application de la présente Convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de la revision ou de la modification de la dite Convention.

Art. 18. Les textes français et anglais de la présente Convention feront foi l'un et l'autre.

C.

Genfer Uebereinkommen über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter 12. 11. 1921.*)

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail de la Société des Nations,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administation du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 25 octobre 1921, en sa troisième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives aux droits d'association et de coalition des travailleurs agricoles, question comprise dans le quatrième point de l'ordre du jour de la session, et

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'un projet de convention internationale,

adopte le Projet de Convention ci-après, à ratifier par les Membres de l'Organisation internationale du Travail, conformément aux dispositions de la Partie XIII du Traité de Versailles et des Parties correspondantes des autres Traités de Paix:

Art. 1. Tout Membre d'Organisation internationale du Travail ratifiant la présente Convention s'engage à assurer à toutes les personnes occupées dans l'agriculture les mêmes droits d'association et de coalition qu'aux travailleurs de l'industrie, et à abroger toute disposition législative ou autre ayant pour effet de restreindre ces droits à l'égard des travailleurs agricoles.

Art. 2. Les ratifications officielles de la présente Convention, dans les conditions prévues à la Partie XIII du Traité de Versailles et aux Parties correspondantes des autres Traités de Paix, seront communiquées au Secrétaire général de la Société des Nations et par lui enregistrées.

Art. 3. La présente Convention entrera en vigueur dès que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées par le Secrétaire général.

Elle ne liera que les Membres dont la ratification aura été enregistrée au Secrétariat.

---

*) Abgedruckt: RGBl. 1925, Teil II, S. 171 ff.

Par la suite, cette Convention entrera en vigueur pour chaque Membre à la date où sa ratification aura été enregistrée au Secrétariat.

Art. 4. Aussitôt que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées au Secrétariat, le Secrétaire général de la Société des Nations notifiera ce fait à tous les Membres d'Organisation internationale du Travail. Il leur notifiera également l'enregistrement des ratifications qui lui seront ultérieurement communiquées par tous autres Membres de l'Organisation.

Art. 5. Sous réserve des dispositions de l'article 3, tout Membre qui ratifie la présente Convention s'engage à appliquer les dispositions, de l'article 1 au plus tard le 1^er^ janvier 1924, et à prendre telles mesures qui seront nécessaires pour rendre effectives ces dispositions.

Art. 6. Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail qui ratifie la présente Convention s'engage à l'appliquer à ses colonies, possessions et protectorats conformément aux dispositions de l'article 421 du Traité de Versailles et des articles correspondants des autres Traités de Paix.

Art. 7. Tout Membre ayant ratifié la présente Convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la Convention par un acte communiqué au Secrétaire général de la Société des Nations et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée au Secrétariat.

Art. 8. Le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra, au moins une fois tous les dix ans, présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente Convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de la revision ou de la modification de la dite Convention.

Art. 9. Les textes français et anglais de la présente Convention feront foi l'un et l'autre.

D.

Genfer Uebereinkommen über die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen 12. 11. 1921.*)

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail de la Société des Nations,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 25 octobre 1921, en sa troisième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à la protection des travailleurs agricoles contre les accidents, question comprise dans le quatrième point de l'ordre du jour de la session, et

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'un projet de convention internationale,

adopte le Projet de Convention ciaprès, à ratifier par les Membres de l'Organisation internationale du Travail, conformément aux dispositions de la Partie XIII du Traité de Versailles et des Parties correspondantes des autres Traités de Paix:

Art. 1. Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail ratifiant la présente convention s'engage à étendre à tous les salariés agricoles le bénéfice des lois et règlements ayant pour objet d'indemniser les victimes d'accidents survenus par le fait du travail ou à l'occasion du travail.

---

*) Abgedruckt: RGBl. 1925, Teil II, S. 174 ff.

Art. 2. Les ratifications officielles de la présente Convention dans les conditions prévues à la Partie XIII du Traité de Versailles et aux Parties correspondantes des autres Traités de Paix, seront communiquées au Secrétaire général de la Société des Nations et par lui enregistrées.

Art. 3. La présente Convention entrera en vigueur dès que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées par le Secrétaire général.

Elle ne liera que les Membres dont la ratification aura été enregistrée au Secrétariat.

Par la suite, cette Convention entrera en vigueur pour chaque Membre à la date où sa ratification aura été enregistrée au Secrétariat.

Art. 4. Aussitôt que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées au Secrétariat, le Secrétaire général de la Société des Nations notifiera ce fait à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail. Il leur notifiera également l'enregistrement des ratifications qui lui seront ultérieurement communiquées par tous autres Membres de l'Organisation.

Art. 5. Sous réserve des dispositions de l'article 3, tout Membre qui ratifie la présente Convention s'engage à appliquer les dispositions de l'article 1, au plus tard le 1er janvier 1924, et à prendre telles mesures qui seront nécessaires pour rendre effectives ces dispositions.

Art. 6. Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail qui ratifie la présente Convention s'engage à l'appliquer à ses colonies, possessions et protectorats, conformément aux dispositions de l'article 421 du Traité de Versailles et des articles correspondants des autres Traités de Paix.

Art. 7. Tout Membre ayant ratifié la présente Convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la Convention par un acte communiqué au Secrétaire général de la Société des Nations et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée au Secrétariat.

Art. 8. Le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra, au moins une fois tous les dix ans, présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente Convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de la revision ou de la modification de ladite Convention.

Art. 9. Les textes français et anglais de la présente Convention feront foi l'un et l'autre.

XI.

Protokoll über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr, vom Völkerbund in Genf aufgelegt am 24. 9. 1923*).

Les soussignés, dûment autorisés, déclarent accepter, au nom des pays qu'ils représentent, les dispositions suivantes:

1. Chacun des États contractants reconnaît la validité, entre parties soumises respectivement à la juridiction d'États contractants différents, du

---

*) Abgedruckt: R.G.Bl. 1925, Teil II, S. 47 ff. Das Protokoll ist deutscherseits am 21. Januar 1924 unterzeichnet worden. Nachdem das Protokoll nach Maßgabe der darin in Nr. 6 enthaltenen Bestimmung in Kraft getreten ist, hat die Ratifikation durch das Deutsche Reich stattgefunden. Die Niederlegung der Ratifikationsurkunde ist am 5. November 1924 in Genf erfolgt. Da das Generalsekretariat des Völkerbundes hiervon die anderen

compromis ainsi que de la clause compromissoire par laquelle les parties à un contrat s'obligent, en matière commerciale ou en toute autre matière susceptile. d'être réglée par voie d'arbitrage par compromis, à soumettre en tout ou partie les différends qui peuvent surgir dudit contrat, à un arbitrage même si ledit arbitrage doit avoir lieu dans un pays autre que celui à la juridiction duquel est soumise chacune des parties au contrat.

Chaque État contractant se réserve la liberté de restreindre l'engagement visé ci-dessus aux contrats qui sont considérés comme commerciaux par son droit national. L'État contractant qui fera usage de cette faculté en avisera le Secrétaire général de la Société des Nations aux fins de communication aux autres États contractants.

2. La procédure de l'arbitrage, y compris la constitution du tribunal arbitral, est réglée par la volonté des parties et par la loi du pays sur le territoire duquel l'arbitrage a lieu.

Les États contractants s'engagent à faciliter les actes de procédure qui doivent intervenir sur leur territoire, conformément aux dispositions réglant. d'après leur législation, la procédure d'arbitrage par compromis.

3. Tout État contractant s'engage à assurer l'exécution, par ses autorités et conformément aux dispositions de sa loi nationale, des sentences arbitrales rendues sur son territoire en vertu des articles précédents.

4. Les tribunaux des États contractants, saisis d'un litige relatif à un contrat conclu entre personnes visées à l'article premier et comportant un compromis ou une clause compromissoire valable en vertu dudit article et susceptible d'être mis en application, renverront les intéressés, à la demande de l'un d'eux au jugement des arbitres.

Ce renvoi ne préjudicie pas à la compétence des tribunaux au cas où, pour un motif quelconque, le compromis, la clause compromissoire ou l'arbitrage sont devenus caducs ou inopérants.

5. Le présent Protocole. qui restera ouvert à la signature de tous les États, sera ratifié. Les ratifications seront déposées aussitôt que possible auprès du Secrétaire général de la Société des Nations qui en notifiera le dépôt à tous les États signataires.

6. Le présent Protocole entrera en vigueur aussitôt que deux ratifications auront été déposées. Ultérieurement. ce Protocole entrera en vigueur, pour chaque État contractant, un mois après la notification, par le Secrétaire général de la Société, du dépôt de sa ratification.

7. Le présent Protocole pourra être dénoncé par tout État contractant moyennant préavis d'un an. La dénonciation sera effectuée par une notification adressée au Secrétaire général de la Société des Nations. Celui-ci transmettra immédiatement à tous les autres États signataires des exemplaires de cette notification, en indiquant la date de réception. La dénonciation prendra effet un an après la date de notification au Secrétaire général. Elle ne sera valable que pour l'État contractant qui l'aura notifiée.

---

beteiligten Staaten mit Schreiben vom 27. November 1924 verständigt hat, ist das Protokoll für Deutschland mit dem 27. Dezember 1924 wirksam geworden.

Das Protokoll ist weiter bisher von folgenden Staaten ratifiziert worden und ist für deren Gebiet wirksam:

1. von Finnland am 10. Juli 1924, wirksam vom 1. September 1924 ab;
2. von Italien am 28. Juli 1924, wirksam vom 23. September 1924 ab;
3. von Albanien am 29. August 1924, wirksam vom 12. Oktober 1924 ab;
4. von Belgien am 23. September 1924, wirksam vom 3. November 1924 ab;
5. von Großbritannien und Nordirland am 27. September 1924, wirksam vom 10. November 1924 ab.

8. Les États contractants seront libres de déclarer que leur acceptation du présent Protocole ne s'étend pas à l'ensemble ou à une partie des territoires ci-après mentionnés, à savoir: colonies, possessions ou territoires d'outre-mer, protectorats ou territoires sur lesquels ils exercent un mandat.

Ces États pourront, par la suite, adhérer au Protocole séparément, pour l'un quelconque des territoires ainsi exclus. Les adhésions seront communiquées aussitôt que possible au Secrétaire général de la Société des Nations qui les notifiera à tous les États signataires et elles prendront effet un mois après leur notification par le Secrétaire général à tous les États signataires.

Les États contractants pourront également dénoncer le Protocole séparément pour l'un quelconque des territoires vises ci-dessus. L'article 7 est applicable à cette dénonciation.

Une copie certifiée conforme du présent Protocole sera transmise par le Secrétaire général à tous les États contractants.

Fait à Genève, le vingt-quatrième jour de septembre, mil neuf cent vingt-trois en un seul exemplaire, dont les textes anglais et français feront également foi, et qui restera déposé dans les archives de la Société des Nations.

[Folgen die Unterschriften.] *)

---

*) Ohne Vorbehaltserklärung gemäß Art. 1 Abs. 2 haben unterzeichnet: die Vertreter von Brasilien, Chile, Deutsches Reich, Finnland, Griechenland, Italien, Litauen, Norwegen, Oesterreich, Panama, Paraguay, Salvador, Schweiz, Uruguay.

Folgende Vorbehaltserklärungen sind erfolgt (Text französisch, bei englischem Urtext französische Uebersetzung):

Conformément au second paragraphe de l'article 1er, la Belgique se réserve la liberté de restreindre aux contrats qui sont considérés comme commerciaux par son droit national, l'engagement visé au premier paragraphe de l'article 1er

Paul Hymans, 1r Délégué de la Belgique.

Je déclare que ma signature s'applique seulement à la Grande-Bretagne et à l'Irlande du Nord, et par conséquent à aucune des colonies, possessions et territoires d'outre-mer, protectorats sous la souveraineté ou l'autorité de Sa Majesté Britannique, ni à aucun des territoires sur lesquels Sa Majesté Britannique exerce un mandat.

Robert Cecil, Premier Délégué de l'Empire Britannique.

Par application de l'alinéa 2 de l'article 1er de la présente Convention, le Gouvernement français se réserve la liberté de restreindre l'engagement prévu audit article, aux contrats qui sont déclarés commerciaux par son droit national.

En vertu de l'article 8 de la présente Convention, le Gouvernement français déclare que son acceptation du présent Protocole ne s'étend pas aux Colonies, possessions ou territoires d'outre-mer, non plus qu'aux protectorats ou territoires sur lesquels la France exerce un mandat.

G. Hanotaux.

La Principauté de Monaco se réserve la liberté de restreindre son engagement aux contrats qui sont déclarés commerciaux par son droit national.

Pour la Principauté de Monaco, le 29. 3. 24: *R. Elles-Privat*

Au nom du Gouvernement Royal roumain, je signe la présente Convention avec la réserve que le Gouvernement Royal pourra en toute occurence restreindre l'engagement prévu à l'art. 1er alinéa II aux contrats qui sont déclarés commerciaux par son droit national.

N. P. Comnene (pour la Roumanie).

En vertu de l'Article 8 du présent protocole le Gouvernement japonais déclare que son acceptation du présent protocole ne s'étend pas à ses territoires ci-après mentionnés: Chosen, Taiwan, Karafuto, le territoire de bail de Kwantung, les territoires sur lesquels le Japon exerce son mandat.

K. Ishii (pour le Japon).

Par application de l'alinéa deux de l'article premier du présent protocole le Gouvernement de Sa Majesté le Roi d'Espagne se réserve la liberté de restreindre l'engagement prévu au dit article aux contrats qui seraient considéres comme commerciaux par son droit national.

En vertu de l'article huit du Protocole, le Gouvernement de sa Majesté le Roi d'Espagne déclare que son acceptation du présent Protocole ne s'étend pas aux possessions espagnoles en Afrique ni aux territoires du Protectorat Espagnol au Maroc.

30 Août 1924. *J. Quiñones de León.*

Le Gouvernement des Pays-Bas se réserve la liberté de restreindre l'engagement visé au premier paragraphe de l'article premier aux contrats qui sont considérés comme commerciaux par le droit néerlandais.

En outre il déclare son point de vue que la reconnaissance en principe de la validité des clauses d'arbitrage ne porte nullement atteinte aux dispositions restrictives qui se trouvent actuellement dans la législations néerlandaise, ni au droit d'y introduire d'autres restrictions à l'avenir.

Pays-Bas. Pour le Royaume en Europe:

W. Doude van Troostwijk.

En signant le Protocole, fait à Genève le 24 septembre 1923, relatif aux clauses d'arbitrage je soussigné Représentant du Gouvernement Danois auprès du Secrétariat de la Société des Nations, déclare relativement à l'article 3 ce qui suit: D'après le droit danois les sentences arbitrales rendues par un tribunal d'arbitrage ne sont pas immédiatement exigibles, mais il est nécessaire, dans chaque cas, pour les rendre exigibles, de s'adresser aux tribunaux ordinaires. Au cours des procédés devant ces tribunaux la sentence arbitrale sera cependant admise généralement sans examen ultérieur comme base pour le jugement définitif de l'affaire. — Sauf ratification.

Genève le 30 mai 1924.

Pour le Danemark: *A. Oldenburg.*

Par application de l'alinéa 2 de l'article 1er du présent Protocole, le Gouvernement Letton se réserve la liberté de restreindre l'engagement prévu dans le dit article aux contrats qui sont déclarés commerciaux par son droit national.

Pour la Lettonie, le 12 septembre 1924: *L. Seja.*

XII.

Abkommen zwischen Deutschland und Aegypten über die Konsulargerichtsbarkeit in Aegypten 16. 6. 1925*).

A.

Convention entre l'Allemagne et l'Egypte. Signée au Caire, le 16 juin 1925.

Les soussignés,

Monsieur *Joseph Mertens*, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire d'Allemagne en Egypte, agissant au nom du Président du Reich Allemand,

et

Ahmed Ziver Pacha, Ministre des Affaires Etrangères du Gouvernement Egyptien, agissant au nom de Sa Majesté le Roi d'Egypte,

dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs:

Considérant

que, dans le but d'établir entre les deux Gouvernements Allemand et Egyptien des relations cordiales, sans qu'elles puissent, toutefois, porter atteinte aux droits qui résultent pour l'Egypte des dispositions formelles du Traité de Versailles, il y a lieu de fixer sur la base de la réciprocité les conditions de l'établissement des ressortissants Allemands en Egypte et des ressortissants Egyptiens en Allemagne;

Que dans le même esprit, le Gouvernement Egyptien est disposé à déléguer provisoirement au Gouvernement Allemand le droit de faire juger, par des Tribunaux Consulaires, en Egypte, ses ressortissants dans certaines matières et conformément aux conditions établies par le présent accord;

Ont convenu des dispositions suivantes:

Art. 1er. Les ressortissants de chacun des Etats contractants jouiront respectivement du droit de s'établir et de séjourner dans le territoire de l'autre Etat en se soumettant à toutes les lois du pays ainsi qu'aux règlements de Police.

Art. 2. Pour jouir de ce droit, ils doivent être munis de documents suffisants pour établir leur identité et leur nationalité suivant les règles qui seront fixées ultérieurement de commun accord.

Chacun des Etats contractants a le droit absolu d'interdire aux ressortissants de l'autre Etat, l'établissement ou le séjour sur son territoire et de

---

*) Abgedruckt: Reichstags-Drucksachen 1924/25, Nr. 1197, ausgegeben am 16. Juli 1925.

Pays-Bas. Pour les trois territoires d'outre-mer, Indes Néerlandaises, Surinam et Curaçao.

Le Gouvernement néerlandais se réserve la liberté de restreindre l'engagement visé au premier paragraphe de l'article premier aux contrats qui sont considérés comme commerciaux par le droit néerlandais. En outre il déclare son point de vue, „que la reconnaissance en principe de la validité des clauses d'arbitrage ne porte nullement atteinte aux dispositions restrictives qui se trouvent actuellement dans les législations de ces territoires, ni au droit d'y introduire d'autres restrictions à l'avenir".

W. Doude van Troostwijk (20 septembre 1924).

les en expulser, pour l'un des motifs ci-après: Intérêt de la Sûreté intérieure ou extérieure de l'Etat, Condamnation pénale, ou pour une raison ayant trait à la police sanitaire ou des mœurs.

Art. 3. Le Gouvernement Egyptien délègue provisoirement au Gouvernement Allemand le droit de faire juger, par des Tribunaux Consulaires, les ressortissants Allemands en Egypte dans toutes les matières pour lesquelles les Tribunaux Allemands étaient compétents jusqu'en 1914.

Cette délégation prendra fin au moment de la mise en vigueur d'une nouvelle organisation judiciaire ayant compétence par rapport à tous les étrangers en Egypte.

Elle est consentie aux conditions et avec les réserves ci-après:

A) En matière pénale, les Tribunaux Consulaires Allemands seront compétents pour juger en Egypte définitivement et en dernier ressort, sauf l'exercice des voies de recours basées sur des questions de droit.

B) Les Tribunaux Consulaires Allemands ne seront pas compétents et les ressortissants Allemands seront justiciables des juridictions indigènes dans les matières pénales suivantes:

1⁰ Crimes ou délits contre la sûreté intérieure ou extérieure de l'Egypte, contre l'ordre établi de Gouvernement ou contre l'ordre social, tels qu'ils sont visés aux Chapitres 1 et 2 du Titre II du Code Pénal Indigène et de la Loi n⁰ 37 du 9 septembre 1923.

2⁰ Attaques ou offenses contre Sa Majesté le Roi d'Egypte ou les Membres de la Famille Royale, telles qu'elles sont visées dans la Loi n⁰ 32 du 2 octobre 1922 portant modifications de certaines dispositions du Code Pénal Indigènes.

3⁰ Crimes ou délits commis par les ressortissants Allemands, fonctionnaires ou employés des Administrations Publiques Egyptiennes, dans l'exercice ou à l'accasion de l'exercice de leurs fonctions.

C) Les Autorités Locales pourront toujours procéderaux mesures préliminaires d'instruction conformément aux Lois et Règlements en vigueur, sauf à en aviser immédiatement le Consulat d'Allemagne.

Art. 4. Aux effets du présent accord, par „Ressortissants Allemands", il faut entendre exclusivement les nationaux du Reich d'origine allemands ou devenus tels par l'effet de la Loi.

Art. 5. La présente convention sera exécutoire 15 jours après la date de sa signature. Elle devra être approuvée par les Parlements des deux Pays et l'échange des ratifications aura lieu le plus tôt possible au Caire.

Fait en double exemplaire au Caire, le 16 juin 1925.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire d'Allemagne en Egypte	Le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi d'Egypte
Jos. Mertens	*Ahmed Ziver*
(L. S.)	(L. S.)

B.

Note-Annexe à la Convention entre l'Allemagne et l'Egypte.

Il a été reconnu utile, de commun accord, de préciser le sens et la portée de quelques dispositions de la Convention sus-visée. Ces précisions font l'objet de la présente Note.

1⁰ — Article premier.

Il est bien entendu que par l'expression „Toutes lois du pays" sont comprises les lois fiscales.

2⁰ — Paragraphe B alinéas 1 et 2 de l'article 3.

Il est entendu que les dispositions législatives citées pourront être ultérieurement modifiées par le législateur égyptien, tout en restant applicables aux ressortissants allemands; mais si de nouvelles intractions étaient ajoutées à celles visées par lesdites dispositions, ces nouvelles infractions ne seraient pas comprises parmi celles pour lesquelles la juridiction des tribunaux égyptiens est réservée.

3⁰ — Paragraphe C de l'article 3.

Par mesures préliminaires d'instruction, on entend les mesures prévues pour les cas de flagrant délit par le Chapitre 2, Titre I du Code d'Instruction Criminelle Indigène.

4⁰ — Article 4.

A la demande du Gouvernement Egyptien qui désire prévoir l'éventualité où le Reich posséderait des colonies ou des territoires en dehors du Continent européen, il est entendu que les mots „ou devenus tels par l'effet de la Loi" ne pourraient être interprétés comme s'appliquant aux autochtones des colonies ou territoires annexés sis en dehors du Continent européen, auxquels la nationalité allemande pourrait être conférée par une Loi, un Traité, ou de toute autre manière.

5⁰ — Article 5.

D'après cet article, la Convention ne devenant définitive qu'après son approbation par les Parlements, les deux Gouvernements signataires s'engagent à la soumettre à cette approbation aussitôt que les circonstances le permettent.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire d'Allemagne en Egypte	Le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi d'Egypte
Jos. Mertens	*Ahmed Ziver*

XIII.

Bundesstaatsangehörigkeitsgesetz der Russischen Föderativen Sozialistischen Räterepubliken vom 29. 10. 1924*).

1. Für die Staatsangehörigen der Sozialistischen Räterepubliken wird eine einheitliche Bundesangehörigkeit eingeführt (Art. 7 der Verfassungsurkunde der Union der S.S.R.). Staatsangehörige einer der verbündeten Republiken, die der Union der S.S.R. angehören, sind damit Staatsangehörige der Union der S.S.R., mit allen Rechten und allen Pflichten der Staatsangehörigen, sowohl nach der Verfassung und Gesetzgebung der S.S.R. als auch derjenigen verbündeten Republik, auf deren Boden sie wohnhaft sind.

2. Ausländische Staatsangehörige, die sich innerhalb der Union der S.S.R. zu Arbeitszwecken aufhalten und der Arbeiterklasse oder Bauernschaft, die keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt, angehören, genießen sämtliche politische Rechte der Staatsangehörigen der Union der S.S.R.

3. Jede Person, die sich innerhalb der Union der S.S.R. aufhält, gilt als deren Staatsangehörige, sofern sie nicht nachweist, daß sie eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

4. Als Angehörige der verbündeten Republiken und damit der Union der S.S.R. gelten, unabhängig von ihrem Geburtsort, diejenigen Personen, deren beide Eltern die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. besitzen.

---

*) Veröffentlicht im Bundesgesetzblatt vom 3. 12. 1924, Nr. 23, Ziff. 202.

Als Angehörige der verbündeten Republiken und damit auch der Union der S.S.R. gelten diejenigen Personen, bei denen ein Elternteil im Zeitpunkt von deren Geburt die Angehörigkeit der Union der S.S.R. besessen hat, vorausgesetzt, daß wenigstens ein Elternteil in diesem Zeitpunkt innerhalb der Union der S S.R. gewohnt hat.

Die Staatsangehörigkeit derjenigen Personen, bei deren Geburt ein Elternteil die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. besessen hat, beide Eltern jedoch in diesem Zeitpunkt außerhalb der Union der S.S.R. gewohnt haben, wird laut Vereinbarung der Eltern bestimmt. Mit Eintritt der Volljährigkeit können diese Personen jedenfalls die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. auf vereinfachtem Wege erwerben.

5. Bei Eheschließungen zwischen Personen, von denen die eine die Bundesangehörigkeit, die andere eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, behält jeder eheschließende Teil seine bisherige Staatsangehörigkeit. Der Wechsel der Staatsangehörigkeit kann bei diesen Personen auf vereinfachtem Wege erfolgen. Das entsprechende Verfahren ist durch ein Bundesgesetz zu regeln.

6. Wechselt ein Ehegatte, der die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. besitzt und auf deren Gebiet wohnt, seine Staatsangehörigkeit, so bleibt dies ohne Rückwirkung auf die Staatsangehörigkeit seiner Kinder.

Gibt ein Elternteil, der die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. besitzt, jedoch nicht auf deren Gebiet wohnt. diese Staatsangehörigkeit auf, so wird die Frage der Staatsangehörigkeit der Kinder durch Vereinbarung der Eltern geregelt.

Anmerkung 1. Erwerben beide Eltern bei einem Wechsel ihrer Staatsangehörigkeit die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. oder, umgekehrt, verlieren sie dieselbe, so tritt ein entsprechender Wechsel der Staatsangehörigkeit bei denjenigen Kindern ein, die das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die Staatsangehörigkeit der Kinder, die das 14. Lebensjahr erreicht haben, bleibt im Falle eines Wechsels der Staatsangehörigkeit der Eltern unverändert.

Anmerkung 2. Diejenigen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. infolge Austritts ihrer Eltern aus dem Staatsbürgerverbande der Union verloren haben, sind berechtigt, die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. durch Antrag beim Gouvernements- oder Gebiets-Vollzugsausschuß bezw. der dem Gouvernements-Vollzugsausschuß entsprechenden Stelle zu erwerben. In den autonomen Republiken, die nicht in Gouvernements eingeteilt sind, ist dieser Antrag an den entsprechenden Zentralvollzugsausschuß zu richten.

7. Die Einbürgerung von ausländischen Staatsangehörigen, die auf dem Gebiet einer der verbündeten Republiken wohnhaft sind, erfolgt durch den Zentralvollzugsausschuß der betreffenden Republik.

Anmerkung. Die Einbürgerung von ausländischen Staatsangehörigen, die sich zu Arbeitszwecken niedergelassen haben und der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft, die keine fremde Arbeitskraft beschäftigt, angehören, sowie derjenigen Personen, die wegen ihrer öffentlichen Tätigkeit verfolgt werden und eine Zuflucht gesucht haben — erfolgt durch die Gouvernements-, Gebiets- und sonstigen entsprechenden Vollzugsausschüsse, und in den autonomen Republiken, die nicht in Gouvernements eingeteilt sind, durch die betreffenden Zentralvollzugsausschüsse.

8. Die Einbürgerung von Personen, die sich auf dem Gebiet der Union der S.S.R. als landwirtschaftliche und industrielle Einwanderer niederlassen wollen, von Heimkehrern, Rückwanderern und Personen, die nach der Union der S.S.R. auf Grund von Verträgen mit auswärtigen Staaten zurückkehren, wird durch besondere Gesetze der Union der S.S.R. geregelt. Die Hoheitsrechte der verbündeten Republiken in dieser Frage müssen jedoch gewahrt werden.

9. Die Einbürgerung von ausländischen Staatsangehörigen, die im Auslande wohnhaft sind und nicht unter Art. 8 dieser Bestimmungen fallen, erfolgt über die diplomatischen und konsularischen oder diesen entsprechenden Auslandsdienststellen der Union der S.S.R., auf Grund von Verfügungen des Zentralvollzugsausschusses der verbündeten Republiken, auf Antrag des Vertreters des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten am Rat der Volkskommissare der betreffenden Republik und des Zentralvollzugsausschusses der Union der S.S.R., auf Antrag des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten.

10. Die Wiedereinbürgerung von Personen, die ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, kann auf Verfügung des Zentralvollzugsausschusses der Union der S.S.R. oder der Zentralvollzugsausschüsse der verbündeten Republiken im Wege des Art. 9 erfolgen.

11. Ausländische Staatsangehörige, die in den Staatsbürgerverband der Union der S.S.R. aufgenommen worden sind, genießen nicht die Rechte und tragen nicht die Pflichten, die mit einer fremden Staatsangehörigkeit verbunden sind.

12. Die Staatsangehörigkeit der Union der S.S.R. verlieren:

a) Personen, die die Staatsangehörigkeit in Gemäßheit von Gesetzen der verbündeten Republiken verloren haben, die vor dem 6. Juli 1923 erlassen wurden, oder auf Grund von Gesetzen der Union der S.S.R.;

b) Personen, die die Union der S.S.R. mit oder ohne Erlaubnis der Behörden der Union der S.S.R. oder der verbündeten Republiken verlassen haben und einer Aufforderung zur Rückkehr seitens der zuständigen Behörden keine Folge geleistet haben;

c) Personen, die in vorschriftsmäßiger Weise aus dem Staatsbürgerverbande der Union der S.S.R. entlassen wurden;

d) Personen, die ihrer Staatsangehörigkeit durch gerichtliches Urteil für verlustig erklärt worden sind;

e) Personen, die auf Grund von Verträgen mit fremden Staaten für eine ausländische Staatsangehörigkeit optiert haben.

13. Der Austritt aus dem Staatsbürgerverbande der Union ist mit Genehmigung des Zentralvollzugsausschusses der Union der S.S.R. zulässig.

Berichte über Staatsverträge.*)

[Aus der Abteilung für Staatsverträge im Institut für internationales Recht zu Kiel] **).

Von Dr. **C. Rühland,**
Privatdozent des internationalen Rechts an der Universität Kiel.

Abkürzung der Quellenangaben***).

A. A. = Mitteilung des Auswärtigen Amts (Berlin).
A. J. = The American Journal of International Law (New York).
A. P. = Atti Parlamentari; Documenti diplomatici presentati al parlamento italiano.
Auslr. = Auslandsrecht.
B. d. l'E. = Bulletin de l'Esthonie.
BGBl. Oe. = Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich.
B. Y. B. = British Year Book of International Law.
B. T. J. = The Board of Trade Journal.
Berichte = Berichte aus den neuen Staaten.
Bull. doc. éc. = Bulletin de documentation économique (Brüssel).
Bull. = Bulletin de l'Institut Intermédiaire International.
C. I. M. = Circular Information Mensual.
Clunet = Journal de Droit International (Paris).
Cmd. = Parliamentary Papers (England).
Cong. Rec. = Congressional Record.
Cont. R. = Contemporary Review.
Corr. = Corriere della Sera (Mailand).
Cur. Hist. = Current History — A Monthly Magazine of the New York Times.
D. A. = Deutscher Außenhandel.
D. A. Z. = Deutsche Allgemeine Zeitung.
D. d. G. = Diario do Governo.
D. J. Z. = Deutsche Juristen-Zeitung.
D. R. = Deutscher Reichsanzeiger.
D. N. O. = Der Neue Orient.
D. O. = Diario Oficial.

---

*) Das im Rahmen des Völkerrechtsarchivs des Instituts für internationales Recht (s. Ztschr. XXIX 146 ff.) eingerichtete **Archiv der Staatsverträge** verfolgt den Zweck, Auskunftsstelle für die bestehenden Staatsverträge zu sein. Es besteht aus einer Sammlung der Texte der Staatsverträge seit 1850 nebst einer doppelten Kartothek nach Zeitfolge, Ländern und Gegenständen geordnet. Es befindet sich in Kiel, Dänische Str. 15.

Das Archiv stellt sich in den Dienst der Allgemeinheit, hofft anderseits auf die Unterstützung und Förderung durch die Allgemeinheit. Angelegentlich wird hiermit um Uebermittelung von Berichtigungen und Ergänzungen jeder Art gebeten.

**) Mit den zuerst in Bd. XXX dieser Ztschr. unternommenen „Regesten der Staatsverträge“ hat die Schriftleitung es unternommen, alle erreichbaren Nachrichten zusammenzustellen über die Unterzeichnungen, Ratifikationen, Adhäsionen, Kündigungen und sonstige Aufhebung von Staatsverträgen.

Die Anordnung der Nachrichten folgt der alphabetischen Reihe der Ländernamen. — Die Schreibweise der Namen schließt sich dem „Gothaischen Kalender“ an. Die Ziffern, welche den Namen der Vertragsstaaten zunächst folgen (z. B. Afghanistan—Großbritannien 22. 11. 21), bezeichnen das Datum der Unterzeichnung, wenn nichts anderes gesagt ist.

***) Genauere Auskunft über die zitierten Quellen gibt das Kieler Institut.

Dr. A. = Le Droit d'Auteur.
Econ. R. = Economic Review (London).
Eidg. G. = Eidgenössische Gesetzessammlung.
E. G. = Europäische Gespräche.
Ev. St. = Evening Star.
F. F. = Feuille Fédérale (Bern).
Fr. = Friedensrecht.
F. V. = Friedensvertrag.
F. Z. = Frankfurter Zeitung.
G. = El Guatemaltico.
Gac. = Gaceta de Madrid.
G. U. = Gazzetta Ufficiale (Rom).
Grotius = Grotius Annuaire international.
H. = Handelsberichten (Haag).
Hfv. B. = Hufvudstadtsbladet (Helsingfors).
Int. C. = International Conciliation.
I. L. O. = International Labour Office Bulletin.
J. C. L. = The Journal of Conational Law.
J. d. G. = Journal de Genève.
J. M. m. = Journal de la Marine marchande.
J. O. = Journal officiel (Paris).
J. W. = Juristische Wochenschrift.
K. Z. = Kieler Zeitung.
L. G. = London Gazette.
L. M. S. = League of Nations Monthly Summary.
M. B. = Moniteur Belge (Le Havre).
M. G. = Manchester Guardian.
M. P. = Monitor Polski (Warschau).
Martens = Martens, Nouveau Recueil Général de Traités 3e série.
Misc. = Miscellaneous, Parlimentary Papers.
N. P. C. = National Peace Council Monthley Circular.
N. R. C. = Nieuwe Rotterdamsche Courant.
N. C. = Nieuwe Courant (Haag).
N. d. R. W. = Nachrichten des Reichswehrministeriums.
N. f. L. = Nachrichten für Luftfahrer.
N. F. P. = Neue Freie Presse (Wien).
N. Y. Nation = New York Nation.
N. Y. Times = New York Times.
N. Z. Z. = Neue Züricher Zeitung.
Neptune = Neptune, Antwerpen.
O. m. f. s. = Overeinkomster med fremde stater.
P. A. B. = Bulletin of the Pan American Union (Washington).
P. J. = La Propriété Industrielle.
RGBl. = Reichsgesetzblatt.
R. de E. = Revista de Economia (Madrid).
R. Dr. = Reichstagsdrucksachen.
Rev.Loc.Aér. = Revue Juridique internationale de Locomotion Aérienne.
Riv. = Rivista di diritto internazionale.
Sb. = Sammlung geltender Verträge etc., abgeschlossen zwischen der Russischen Soz. Föd. Sowjet-Republik und ausländischen Staaten (Moskau).
S. D. = Svenska Dagbladet (Stockholm).
S. P. V. = Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft.
Schw. B. = Schweizerisches Bundesblatt.
Sov. R. = Soviet Russia.
Soc. J. O. = Société des Nations Journal officiel.
Soc. Rec. = Société des Nations Recueil des traités.
St. = Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden.
St. G. Oest. = Staatsgesetzblatt für die Republik Oesterreich.
St. R. a. O. = Statutory Rules and Orders.
Sver. ö. = Sveriges överenskommelser med främmande makter.
T. = Le Temps.
T. T. = Tidens Tegn (Christiania).
Times = The Times (London).
Tr. Ser. = Treaty Series (London).
U. S. Tr. Ser. = United States of America Treaty Series (Washington).
W. = Wirtschaftsdienst.
W. P. = Washingtoner Post.
W. Paper = White Paper.
W. R. = Weekly Review (London).
W. Z. = Wirtschaftszeitung.
Z. = Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht.
Z. Sch. R. = Zeitschrift für Schweizerisches Recht.
Z. Int. Eis. = Zeitschrift für internationalen Eisenbahntransport.

Regesten von Kollektivverträgen aus der Zeit vom 1. April 1924 bis 1. Januar 1925 nebst Nachträgen für die Jahre 1921 bis 1. April 1924 *).

[Fortsetzung der Regesten der Kollektivverträge Ztsch. Bd. XXXI 99, Bd. XXXII 420.]

A. Unionen**).

I. Postwesen.

1. Weltpostvereinsverträge vom 1. 6. 1878 und 26. 5. 1906.

Ratifikation:

Griechenland. 31. 12. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 568; M. B. 10. 4. 24, S. 1940).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924 II. S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. die Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924 II, S. 455).

2. Weltpostvereinsverträge vom 30. 11. 1920 (Madrid).

a) Weltpostvertrag (Hauptvertrag), Madrid 30. 11. 1920.

Beitritte:

Albanien. 15. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 368).
Belgien für das Kongogebiet. 22. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 376).
Estland. 10. 7. 22 (Soc. Rec. XI, S. 372).
Großbritannien für Tanganjikagebiet. 6. 10. 22 (Soc. Rec. XI, S. 374).
Japan für Korea und die anderen Kolonien. 13. 2. 22 (Soc. Rec. XI, S. 376).
Lettland. 8. 7. 22 (Soc. Rec. XI, S. 380).
Litauen. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Palästina (britisches Mandatsgebiet). 5. 10. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 272/73).
Portugal und seine Kolonien. 4. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 378).
San Marino. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Syrien und Groß-Libanon (französisches Mandatsgebiet). 30. 10. 23 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 272/75).

Ratifikationen:

Aegypten. 24. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 364).
Brasilien. 31. 10. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 338; Gac. 14. 2. 1924, S. 812; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
China. 12. 10. 21 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 268/69).
Dänemark für Island. 27. 5. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Ecuador. 10 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 366).
Guatemala. 28. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 290).

---

*) *Vgl. auch Ztschr. XXX 368 ff., XXXII 395 ff., XXXIII 349 ff.*

**) Der Geltungsstand der Unionen 1913 ist tabellarisch dargestellt in Jahrbuch des Völkerrechts Bd. I (1913) S. 1322 ff.

Mexiko. 26. 1. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Neu-Seeland. 28. 11. 21 (Soc. Rec., XI S. 366).
Panama. 21. 10. 21 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Polen. 13. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Schweiz. 27. 12. 21 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 268/69).
Siam. 19. 8. 21 (Soc. Rec., XI S. 366).
Südafrika im Namen von: *Süd-Rhodesia, Basutoland, Bechuanaland.* 8. 11. 21 (Soc. Rec., XI S. 366).
Insel Terra Nowa. 15. 11. 21 (Soc Rec., XI S. 366).
Tschechoslowakei. 23. 11. 21 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 268/69).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Brasilien. 30. 1. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
Dänemark für Island. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Dominikanische Republik. 4. 10. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 270/71).
Griechenland. 15. 7. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Guatemala. 9. 6. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 290; A. J. 1923, Vol. 17, S. 781; M. B. 10. 8. 23, S. 3892).
Italien. Deklaration, daß die Niederlegung der Ratifikationsurkunde (12. 7. 22) rechtsgültig ist für Italien und die italienischen Kolonien: Tripolitanien, Cyrenaika, Erythraea und Somaliland. 19. 7. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 270/71).
Marokko (mit Ausnahme der spanischen Zone). 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Mexiko. 11. 5. 22 (Soc. Rec. 1923. S. 284).
Panama. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923. XV S. 286).
Polen. 14. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Tunis. 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).

b) Abkommen betr. Wertsendungen, Madrid 30. 11. 20.

Beitritte:

Albanien. 15. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 368).
Estland. 10. 7. 22 (Soc. Rec. XI. S. 372).
Japan für Korea und die anderen japanischen Kolonien. 13. 2. 22 (Soc. Rec. XI, S. 376).
Litauen. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Palästina. (A. J. 1924, Vol. 18, S. 336; M. B. 17./18. 12. 23, S. 5962).
Portugal und seine Kolonien. 4. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 378).
San Marino. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Syrien und Groß-Libanon (franz. Mandatsgebiet). 30. 10. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 274/75).

Ratifikationen:

Brasilien. 31. 10. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145; A. J. 1924, Vol. XVIII, S. 337; Gac. 14. 2. 24, S. 812).
China. 12. 10. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX. S. 268/69).
Dänemark für Island. 27. 5. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Guatemala. 28. 2. 23 (Soc. Rec. 1923. XV S. 290).
Panama. 21. 10. 21 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Polen. 13. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Schweiz. 27. 12. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 15. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 147).
Insel Terra Nowa. 15. 11. 21 (Soc. Rec. XI, S. 366).
Tschechoslowakei. 23. 11. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Brasilien. 30. 1. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
China, Schweiz, Tschechoslowakei. 11. 1. 22 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 274/75).
Dänemark für Island. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Guatemala. 9. 6. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 290).
Italien. Deklaration vom 19. 7. 23, daß die Niederlegung der Ratifikationsurkunde (12. 7. 22) rechtsgültig ist für Italien und die italienischen Kolonien: Tripolitanien, Cyrenaika, Erythraea und Somaliland. 19. 7. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 270/71).
Marokko (mit Ausnahme der spanischen Zone). 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Polen. 14. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Panama. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 28. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 147).
Tunis. 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).

c) Abkommen betr. Postpakete, Madrid 30. 11. 1920.

Beitritte:

Albanien. 15. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 368).
Estland. 10. 7. 22 (Soc. Rec. XI, S 372).
Japan für Korea und die anderen japanischen Kolonien. 13. 2. 22 (Soc. Rec. XI, S. 376).
Litauen. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Portugal und seine Kolonien. 4. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 378).
San Marino. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Syrien und Groß-Libanon (französisches Mandatsgebiet). 30. 10. 23 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 274/75).

Ratifikationen:

Aegypten. 24. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 364).
Brasilien. 31. 10. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 337; Gac. 14. 2. 1924, S. 812; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
China. 12. 10. 21 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 268/69).
Dänemark für Island. 27. 5. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Dominikanische Republik. (Soc. Rec. 1923, XV S. 290).
Griechenland. 25. 3. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Guatemala. 28. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 290).
Panama. 21. 10. 21 (Soc. Rec. 1923, Vol. XV, S. 286).
Polen. 13. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, Vol. XV, S. 288).
Schweiz. 27. 12. 21 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 268/69).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 15. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 147).
Siam. 19. 8. 21 (Soc. Rec. XI, S. 366).
Tschechoslowakei. 23. 11. 21 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 268/69).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Brasilien. 30. 1. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
China, Schweiz, Tschechoslowakei. 11. 1. 22 (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 276/77).
Dänemark für Island. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 286).
Dominikanische Republik. 27. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 290).
Griechenland. 22. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Guatemala. 9. 6. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 290).
Marokko (mit Ausnahme der spanischen Zone). 1. 4. 22 (Soc. Rec. XV, S. 284).

Panama. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, S. 286).
Polen. 14. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Tunis. 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).

d) Abkommen betr. Postanweisungen, Madrid 30. 11. 1920.

Albanien. 15. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 368).
Groß-Libanon. (A. J. 1924, Vol. 18, S. 337).
Litauen. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Portugal und seine Kolonien. 4. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 378).
San Marino. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Syrien und Groß-Libanon (franz. Mandatsgebiet). 30. 10. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 274/75).

Ratifikationen:

Aegypten. 24. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 364).
Brasilien. 31. 10. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145; A. J. 1924, Vol. 18, S. 337).
Bulgarien. 16. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 368).
China. 12. 10. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).
Dänemark für Island. 27. 5. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Griechenland. 10. 11. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 337, Gac. 14. 2. 24, S. 812; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
Panama. 21. 10. 21 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Polen. 13. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Schweiz. 27. 12. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).
Siam. 19. 8. 21 (Soc. Rec. XI, S. 366).
Tschechoslowakei. 23. 11. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Brasilien. 30. 1. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
China, Schweiz, Tschechoslowakei. 11. 1. 22 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 274/75).
Dänemark für Island. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Griechenland. 31. 12. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 145).
Italien. Deklaration, daß die Niederlegung der Ratifikationsurkunde (12. 7. 22) rechtsgültig ist für Italien und die italienischen Kolonien: Tripolitanien, Cyrenaika, Erythraea und Somaliland. 19. 7. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 270/71).
Marokko (mit Ausnahme der spanischen Zone). 1. 4. 22 (Soc. Rec. XV, S. 284).
Panama. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Polen. 14. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Tunis. 1. 4. 22 (Soc. Rec. XV, S. 284).

e) Abkommen betr. Postaufträge, Madrid 30. 11. 1920.

Beitritte:

Albanien. 15. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 368).
Litauen. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
San Marino. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).

Ratifikationen:

Aegypten. 24. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 364).
China. 12. 10. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).
Dänemark für Island. 27. 5. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Polen. 13. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Schweiz. 27. 12. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).

Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 15. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 147).
Tschechoslowakei. 23. 11. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

China, Schweiz, Tschechoslowakei. 11. 1. 22 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 276/77).
Dänemark für Island. 1. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 286).
Italien. Deklaration, daß die Niederlegung der Ratifikationsurkunde (12. 7. 22) rechtsgültig ist für Italien und die italienischen Kolonien: Tripolitanien, Cyrenaika, Erythraea und Somaliland. 19. 7. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 270/71).
Marokko (mit Ausnahme der spanischen Zone). 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Polen. 14. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 28. 8. 24 (Soc. Rec. 1924, XXIV, S. 147.
Tunis. 1. 4. 22 (Soc. Rec. XV, S. 284).

f) Postanweisungsabkommen, Madrid 30. 11. 1920.

Beitritte:

Albanien. 15. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 368).
Estland. 1. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 296).
Litauen. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Portugal und seine Kolonien. 4. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 378).
San Marino. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).

Ratifikationen:

Aegyten. 24. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 364).
Polen. 13. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 288).
Schweiz. 27. 12. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 15. 6. 24. Niederlegung der Ratifikationsurkunden am 28. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 147).
Tschechoslowakei. 23. 11. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Italien. Deklaration Italiens, daß die Niederlegung der Ratifikationsurkunde (12. 7. 22) rechtsgültig ist für Italien und die italienischen Kolonien: Tripolitanien, Cyrenaika, Erythraea und Somaliland. 19. 7. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 270/271).
Marokko (mit Ausnahme der spanischen Zone). 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).
Polen. 14. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 288).
Tunis. 1. 4. 22 (Soc. Rec. XV, S. 284).

g) Abkommen betr. Postüberweisungen, Madrid 30. 11. 1920.

Beitritte:

Albanien. 15. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 368).
Japan für Korea und die anderen japanischen Kolonien. 13. 2. 22 (Soc. Rec. XI, S. 376).
Litauen. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).
Portugal und seine Kolonien. 4. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 378).
San Marino. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 370).

Ratifikationen:

Schweiz. 27. 12. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).
Tschechoslowakei. 23. 11. 21 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 268/69).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

China, Schweiz, Tschechoslowakei. 11. 1. 22 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 278/79).

Italien. Deklaration Italiens, daß die Niederlegung der Ratifikationsurkunde (12. 7. 22) rechtsgültig ist für Italien und die italienischen Kolonien: Tripolitanien, Cyrenaika, Erythraea und Somaliland. 19. 7. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 270/71).

Marokko (mit Ausnahme der spanischen Zone). 1. 4. 22 (Soc. Rec. XV, S. 284).

Tunis. 1. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, XV S. 284).

II. Telegraphenwesen.

1. Der allgemeine Telegraphenverein vom 22. 7. 1875 (Petersburg), Revision vom 11. 6. 1908.

Beitritt:

Lettland. 17. 6. 21 (Soc. Rec. 1923, XV S. 340).

Bekanntmachungen;

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II. S. 455).

2. Pariser Seekabelkonvention vom 14. 3. 1884, nebst Zusatzabkommen vom 11. 12. 1886 und vom 7. 7. 1887.

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des von der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

3. Berliner Funkentelegraphen-Uebereinkunft vom 3. 11. 1906 nebst Londoner Vertrag vom 5. 7. 1912.

Beitritte:

Brunei (britisches Schutzgebiet). 13. 9. 23 (R.G.Bl. 1924, II, S. 33; Soc. Rec., Vol. XIX, S. 266/67).

Estland. 1. 7. 23 (R.G.Bl. 1924, II, S. 33; Soc. Rec., Vol. XIX, S. 266/67).

Island. 21. 1. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 338; M. B. 9. 2. 24, S. 615).

Lettland. 7. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 356).

Neu-Hebriden (französisch-britische Gemeinherrschaft). 8. 9. 21 (Soc. Rec. XI, S. 356).

Réunion (französische Kolonie). 29. 10. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 139).

Schweiz. 26. 2. 23 (R.G.Bl. 1924, II, S. 33; Soc. Rec. 1923, XV, S. 282).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

III. Eisenbahnwesen.

1. Berner Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. 10. 1890.

Beitritte:

Polen. 23. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 420).
Tschechoslowakei. 25. 9. 22 (Soc. Rec. XI, S. 424).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II. S. 381 ff.).
Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

2. Berner Vereinbarung über die Plombierung der der Zollbesichtigung unterliegenden Waggons vom 15. 5. 1886 und vom 18. 5. 1907.

Beitritte:

Polen. 13. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, XV S. 338).
Saargebiet. 19. 11. 23 (Mitteilung des Schweizer Bundesrats) (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 298/99; Soc. Rec., Vol. XXIV, S. 211).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).
Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreich-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

3. Berner Vereinbarung über die technische Einheit im Eisenbahnwesen vom 15. 5. 1886 und 18. 5. 1907.

Beitritte:

Saargebiet. 19. 11. 23 (Mitteilung des Schweizer Bundesrats) (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 209; Soc. Rec., Vol. XIX, S. 296/97).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).
Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

4. Genfer Uebereinkommen und Statut über das internationale Eisenbahnwesen vom 9. 12. 1923.

Unterzeichnungen:

Belgien, Brasilien, Chile, Danzig, Dänemark, Deutsches Reich, Estland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Italien, Litauen, Niederlande, Oesterreich, Polen, Rumänien, Salvador, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Spanien, Ungarn, Uruguay (Text: Z. Int. Eis. XXXII. Jahrg., Nr. 2 [Februar 1924], Beilage, S. 27—47).
Bulgarien. 31. 10. 24 (Soc. J. O., V S. 1779).
Frankreich. 24. 10. 24 (Soc. J. O., V S. 1779).
Indien. 1. 9. 24 (Soc. J. O., V S. 1686).
Lettland. 13. 9. 24 (Soc. J. O., V S. 1686).
Neu-Seeland. 15. 9. 24 (Soc. J. O., V S. 1686).
Portugal. 31. 10. 24 (Soc. J. O., V S. 1779).
Schweden. 28. 10. 24 (Soc. J. O., V S. 1779).
Schweiz. 30. 10. 24 (Soc. J. O., V S. 1779).
Siam. 2. 9. 24 (Soc. J. O., V S. 1686).
Tschechoslowakei. 3. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1033).

IV. Münz-, Maß- und Gewichtswesen.

1. Skandinavische Münzunion vom 27. 5. 1873 und Zusatzkonvention vom 16. 10. 1875 (Stockholm).

Unterzeichnung:

Zusatzartikel zur Münzkonvention in Kristiania (dän., norw., schwed. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 171 ff.).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Zusatzartikel in Kristiania. 5. 4. 24 (dän., norw., schwed. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 171 ff.).

2. Pariser Meterkonvention vom 20. 5. 1875 und Revision vom 6. 10. 1921 (Sèvres).

Ratifikationen:

Belgien. 28. 7. 23 (Martens XIII, S. 286; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 187).
Dänemark. 10. 2. 23 (Martens XIII, S. 286; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 187).
Finnland. 31. 8. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 187; A. J. 1923, Vol. 17, S. 782; J. O. 3. 9. 23, S. 8669; Martens XIII. S. 286).
Großbritannien. 21. 2. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 187; Martens XIII, S. 286).
Norwegen. 3. 8. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 187; Martens XIII, S. 286).
Schweden. 16. 2. 23 (Martens XIII, S. 286; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 187).
Schweiz. 5. 2. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 187; Martens XIII, S. 286).
Vereinigte Staaten von Amerika. 24. 10. 23 (Martens XIII, S. 286; U. S. Tr. Ser. 1923, Nr. 673).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Belgien. 28. 7. 23 (A. J. 1923, Vol. 17, S. 782; J. O. 3. 8. 23, S. 7586).
Norwegen. 3. 8. 23 (A. J. 1923, Vol. 17, S. 782; J. O. 7. 8. 23, S. 7682).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betreffend Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

V. Handels- und Zollwesen.

1. Internationale Union betr. Veröffentlichung von Zolltarifen vom 5. 7. 1890 (Brüssel).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

2. Brüsseler Konvention betr. Einrichtung einer internationalen Handelsstatistik vom 31. 12. 1913.

Beitritte:

Oesterreich. 3. 1. 22 (Tr. Ser. 1924, Nr. 15, S. 43).
Ungarn. 21. 1. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 335; Eidg. G. 6. 2. 24, S. 23).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Frankreich. 17. 4. 20 (Tr. Ser. 1924, Nr. 15, S. 43).
Portugal. 4. 5. 20 (Tr. Ser. 1924, Nr. 15, S. 43).

3. Genfer Abkommen betr. Vereinfachung der Zollförmlichkeiten vom 3. 11. 1923.

Unterzeichnungen:

Bulgarien. 31. 10. 24 (Soc. J. O., V S. 1780).
China. 29. 10. 24 (Soc. J. O., V S. 1780).
Dänemark. 23. 4. 24 (Soc. J. O. 1924, 5. Jahrg., S. 827).
Indien. 1. 9. 24 (Soc. J. O., Vol. XI, S. 1686).
Japan. 17. 3. 24 (Soc. J. O. 1924, Jahrg. V, S. 749).
Neu-Seeland. 12. 5. 24 (Soc. J. O. 1924, Jahrg. V, S. 827).
Niederlande. 14. 2. 24 (Soc. J. O. 1924, Jahrg. V, S. 749).
Niederlande für Niederländisch-Indien, Surinam und Curaçao. 8. 7. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1034).
Norwegen. 2. 10. 24 (Soc. J. O., Vol. XI, S. 1686).
Paraguay. 29. 9. 24 (Soc. J. O., Vol. XI, S. 1686).
Polen. 31. 3. 24 (Soc. J. O. 1924, Jahrg. V, S. 749).
Rumänien. 31. 10. 24 (Soc. J. O. 1924, Jahrg. V, S. 1780).
Schweden. 18. 9. 24 (Soc. J. O., Vol. XI, S. 1686).
Tschechoslowakei. 8. 5. 24 (Soc. J. O. 1924, Jahrg. V, S. 827).

Beitritt:

Peru. 15. 9. 24 (Soc. J. O., V S. 1685).

Ratifikationen:

Belgien. 4. 10. 24 (Soc. J. O., Vol. XI, S. 1686).
Dänemark. 17. 5. 24 (Soc. J. O. 1924, Jahrg. V, S. 827).
Italien. 13. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1034).
Oesterreich. 11. 9. 24 (Soc. J. O., Vol. XI, S. 1686).

VI. Landwirtschaft und Weinbau.

1. Berner Reblauskonvention vom 17. 9. 1878, 3. 11. 1881, 15. 4. 1889.

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

2. Pariser Vogelschutzkonvention vom 19. 3. 1902.

Beitritte:

Tschechoslowakei. 3. 4. 24. durch Anzeige ihres Geschäftsträgers in Paris (R.G.Bl. 1924, Teil II, S. 127; A. J. 1924, Vol. 18, S. 569; J. O. 11. 5. 1924, S. 4238).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

3. Landwirtschaftliches Institut in Rom vom 7. 6. 1905.

Beitritte:

Estland. 6. 5. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 567).

Italien für Erytraea, Cyrenaika, Somaliland, Tripolitanien. 15. 4. 24 (A. J. 1924. Vol. 18, S. 567; Eidg. G. 14. 5. 24, Nr. 3; M. B. 18. 5. 24, S. 2617).

Litauen. (A. J. 1924, Vol. 18, S. 567.)

Bekanntmachung:

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

VII. Sonstige Verkehrspolizei. Wohlfahrtspflege und Arbeitsrecht.

1. Mannheimer Rheinschiffahrtsakte vom 17. 10. 1868, abgeändert durch Versailler Vertrag 22. 6. 1919.

Protokoll und Zusatzprotokoll über den Beitritt der Niederlande zu den durch den Versailler Vertrag eingeführten Aenderungen der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte von 1868 (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 12, Cmd. 1905; Soc. Rec. XXIV, S. 195).

2. Berliner Generalakte betr. Kongo und Niger vom 26. 2. 1885.

Bekanntmachung:

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

3. Konvention über die Regelung der Schiffahrt auf dem Suezkanal vom 29. 10. 1888 (Konstantinopel).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Verträges in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

4. Brüsseler Antisklavereiakte vom 2. 7. 1890, 8. 6. 1899, 3. 11. 1906, 10. 9. 1919.

Bekanntmachung:

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924. II, S. 455).

5. Internationale Sanitätskonvention vom 15. 4. 1893, 3. 4. 1894, 19. 3. 1897, 3. 12. 1903.

Venedig. 19. 3. 1897.

Beitritt:

Tschechoslowakei. (A. J. 1924, Vol. 18, S. 338; Eidg. G. 8. 12. 23, S. 444; M. B. 16. 12. 23, S. 5940).

Paris. 3. 12. 03.

Deklaration:

Ungarn. 14. 1. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 338; Eidg. G. 6. 2. 24, S. 20).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

6. Brüsseler Abkommen betr. Vereinheitlichung der Vorschriften für die starkwirkenden Arzneimittel vom 29. 11. 1906.

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).

7. Pariser Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 18. 5. 1904, revidiert am 4. 5. 1910.

Beitritte:

Freie Stadt Danzig. 2. 7. 21 (Soc. Rec. XI, S. 432).
Französische Kolonien. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 432).

Großbritannien für Bahama-Inseln, Ceylon, Cypern, Fidji-Inseln, Jamaika, Gibraltar, Hong-Kong, Kenia, Malta, Njassaland, Süd-Rhodesien, Straits Settlements, Trinidad. 4. 11. 21 (Soc. Rec. XI, S. 432).
Großbritannien für die Falklandinseln. 30. 4. 24 (RGBl. 1924, II, S. 425; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 207).
Großbritannien für die Goldküste. 22. 6. 24 (RGBl. 1924, II, S. 425).
Großbritannien für die Inseln Jersey, Guernsey und Man. 29. 10. 23 (R.G.Bl. 1924, II, S. 43. A. J. 1924, Vol. 18, S. 339. M. B. 24. 11. 1923, S. 5622).
Großbritannien für die Leeward-Inseln und Mauritius. 9. 3. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 425).
Indien. 27. 3. 22 (Soc. Rec. XI, S. 428).
Monako. 2. 7. 21 (Soc. Rec. XI, S. 432).
Marokko. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 432).
Norwegen. 16. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 432).
Siam. 28. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 432).
Surinam und Curaçao (erklärt durch die niederländische Regierung). (Soc. Rec. XI, S. 430).
Tschechoslowakei. 8. 6. 21 (Soc. Rec. XI, S. 432).
Tunis. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 432).

Ratifikationen:

Brasilien (A. J. 1924, Vol. 18, S. 570; P. A. B. April 1924, S. 410).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 15. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 147).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Brasilien. 3. 6. 24 (RGBl. 1924, II, S. 425).
Italien. 28. 5. 24 (RGBl. 1924, II, S. 425).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 28. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 147).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).
Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

8. Berner Arbeiterschutzkonvention betr. Phosphorbereitung vom 26. 9. 1906.

Beitritte:

China. 6. 12. 23 (RGBl. 1924, II, S. 38; A. J. 1924, Vol. 18, S. 339).
Freie Stadt Danzig. 23. 8. 21 (Soc. Rec., XI, S. 448).
Estland. 2. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 332).
Finnland. 13. 10. 21 (Soc. Rec. XI, S. 456).
Japan. 14. 10. 21 (Soc. Rec. XI, S. 450).
Rumänien. 21. 7. 21 (Soc. Rec. XI, S. 446).

9. Berner Arbeiterschutzkonvention betr. Nachtarbeit der Frauen vom 26. 9. 1906.

Beitritt:

Danzig. 23. 8. 21 (Soc. Rec. XI, S. 416).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

10. Abkommen betr. Errichtung eines internationalen Hygiene-Instituts in Paris vom 9. 12. 1907.

Beitritt:

Japan. 7. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 569; M. B. 11. 4. 1924, S. 1951).

11. Pariser Konvention über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 11. 10. 1909.

Beitritt:

Großbritannien für die Insel Alderney. 6. 8. 23 (RGBl. 1924, II, S. 377).

Inkrafttreten:

Insel Alderney. 1. 5. 24 (RGBl. 1924, II, S. 377).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des von der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

12. Pariser Abkommen betr. Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. 5. 1910.

Beitritte:

Niederlande für Niederländisch-Indien, Surinam und Curaçao (Soc. Rec. XI, S. 439).

Siam. 14. 9. 23 (RGBl. 1923, II, S. 491).

Tschechoslowakei. 9. 6. 21 (RGBl. 1923, II, S. 491).

Ratifikation:

Estland. 10. 2. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 569; J. O. 19. 3. 1924, S. 2658).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Brasilien. 3. 6. 24 (RGBl. 1924, II, S. 362).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung der Niederländischen Regierung, daß sie das Abkommen in Niederländisch-Indien, Surinam und Curaçao in Kraft setzen werde (RGBl. 1923, II, S. 491).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

13. Haager Opiumkonvention vom 23. 1. 1912.

Unterzeichnungen:

Estland. 9. 1. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).

Frankreich und Großbritannien für die Neu-Hebriden. 22. 8. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Großbritannien für Palästina. 21. 8. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Litauen. 7. 4. 22 (Soc. Rec. XI, S. 414).
Fürstentum Monako. 1. 5. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).

Beitritte:

Alderney-Insel. 5. 8. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 337; Eidg. G. 21. 11. 1923, S. 420).

Ratifikationen:

Estland. 20. 4. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 282/83).
Kolumbien. 26. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Kosta Rica. 1. 8. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Lettland. 25. 3. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Luxemburg. 21. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 414).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Chile. 16. 1. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).
Dominikanische Republik. 17. 6. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).

Inkrafttreten:

Chile. 18. 5. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).
Ecuador. 23. 8. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).
Finnland. 1. 12. 22 (Soc. Rec. XI, S. 414).

14. Pariser Sanitätskonvention vom 17. 1. 1912.

Beitritte:

Australien. 22. 5. 21 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Danzig. 29. 5. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151; BGBl. Oe. 1924, S. 1278).
Monako. 29. 11. 20 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Neufundland. 4. 3. 21 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Neuseeland. 2. 5. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1278).
Oesterreich. 27. 12. 21 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Polen. 12. 5. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).

Ratifikationen:

Brasilien. 6. 2. 22 (Soz Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Bulgarien. 7. 12. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 1278).
Deutsches Reich. 30. 12. 20 (Text: RGBl. 1922, II, Nr. 1).
Honduras. 20. 12. 20 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Kolumbien. Mai 1921 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Luxemburg. November 1922 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Mexiko. 27. 7. 23 (BGBl. Oe. 1924, S. 1278).
Rumänien. Mai 1921 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 20. 12. 20 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).
Ungarn. 1. 8. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1278).
Uruguay. 29. 10. 21 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 151).

15. Londoner Vertrag betr. Schutz des menschlichen Lebens auf See vom 12. 11. 1914.

Protokoll über die Errichtung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes (Genf) mit dem Statut (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 23, Cmd. S. 1891).

16. Konvention betr. Waffen- und Munitionshandel, Saint-Germain, 10. 9. 1919.

Beitritte:

Muskat. 9. 6. 21 (Soc. Rec. 1924. Vol. XXIV, S. 159).
Persien. 27. 3. 20 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Brasilien. 27. 4. 22 (Soc. Rec. XI, S. 412).
Portugal. 17. 7. 22 (Soc. Rec. XI, S. 412).

17. Konvention betr. Spirituosenhandel in Afrika, Saint-Germain, 10. 9. 1919.

Beitritte:

Aegypten. (A. J. 1924, Vol. 18, S. 568; J. O. 11. 5. 1924, S. 4238.)

Ratifikation:

Japan. 6. 4. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Portugal. 17. 7. 22 (Soc. Rec. XI, S. 412).

18. Konvention betr. Revision der Berliner Generalakte betr. Kongo, Saint-Germain 10. 9. 1919.

Ratifikation:

Japan. 6. 4. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).

19. Konvention betr. Regelung der Luftschiffahrt vom 13. 10. 1919 (1. 5. 1920).

Aenderung der §§ 14, 15, 16, 17, 19, 36 und 46 des Anhanges D. (N. f. L. 1923, S. 477 f.; Bulletin de la Navigation Aérienne, Sept. 1923).

Beitritte:

Liberia. 29. 3. 22. (Tr. Ser. 1922, Nr. 11, p. 8; Martens XIII, S. 61; Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Nicaragua. 31. 12. 20 (Martens XIII, S. 61).
Persien. 9. 4. 20 (Tr. Ser. 1922, Nr. 11; Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Polen. 22. 6. 20 (Text: Martens XIII, S. 61).

Ratifikationen:

Italien. 1. 3. 22 (Martens XIII, S. 61; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 175).
Japan. 1. 6. 22 (Tr. Ser. 1922, Nr. 11).
Tschechoslowakei. 23. 11. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 175; Rev. Loc. Aér., Febr. 1924).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Belgien. 1. 6. 22 (Martens XIII, S. 116; Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Bolivia. 1. 6. 22 (Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Frankreich. 1. 6. 22 (Martens XIII, S. 116; Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Griechenland. 1. 6. 22 (Martens Vol. XIII, S. 116; Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Großbritannien. 1. 6. 22 (Martens XIII, S. 116; Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Japan. 1. 6. 22 (Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Portugal. 1. 6. 22 (Martens Vol. XIII, S. 116; Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Rumänien. 31. 5. 24 (Rev. Loc. Aér. 1924, S. 431).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 1. 6. 22 (Martens Vol. XIII, S. 116; (Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).

Siam. 1. 6. 22 (Soc. Rec. XI, Nr. 297, S. 173).
Uruguay. 13. 7. 24 (Rev. Loc. Aér. 1924, S. 536).

Inkrafttreten:

Rumänien. 10. 7. 24 (Rev. Loc. Aér. 1924, S. 431).

20. Washington-Abkommen betr. Arbeitszeit vom 28. 11. 1919.

Ratifikationen:

Oesterreich. 6. 6. 24 (B.G.Bl. Oe. 1924, S. 590; Soc. J.O. 1924, S. 1121).

21. Washington-Abkommen betr. Arbeitslosigkeit vom 28. 11. 1919.

Ratifikationen:

Oesterreich. 6. 6. 24 (B.G.Bl. Oe. 1924, S. 567).
Polen. 4. 12. 23 (A.J. 1924, Vol. 18, S. 338; J.L.O. 26. 12. 1923, S. 270).
Süd-Afrika. 20. 2. 24 (A.J. 1924, Vol. 18, S. 570; J.L.O. 31. 3. 1924, S. 75).

22. Washington-Abkommen betr. Nachtarbeit für Frauen vom 28. 11. 1919.

Ratifikation:

Oesterreich. 6. 6. 24 (B.G.Bl. Oe. 1924, S. 567).

23. Washington-Abkommen betr. Mindestalter zur Beschäftigung von Jugendlichen in der Industrie vom 28. 11. 1919.

Ratifikation:

Polen. 21. 6. 24 (Soc. J.O. 1924, S. 1121).

24. Washington-Abkommen betr. Nachtarbeit von Jugendlichen in der Industrie vom 28. 11. 1919.

Ratifikationen:

Niederlande. 17. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 569; J. L. O. 31. 3. 1924, S. 75; Soc J. O. 1924, S. 821).
Oesterreich. 6. 6. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 575).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1121).

25. Abkommen betr. Spitzbergen, Paris 9. 2. 1920.

Abkommen betr. Regime von Spitzbergen und Anerkennung der Suveränität Norwegens. 9. 2. 20 (franz. u. engl. Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 18, Cmd. 2092).

Ratifikationen:

Norwegen. 21. 7. 24 (Times 22. 7. 24; N. d. R. W. 1924. S. 91).
Vereinigte Staaten von Amerika. 18. 2. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 338; Cong. Rec. 18. 2. 1924, S. 2651).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Großbritannien. 29. 12. 23 (Tr. Ser. 1924, Nr. 18, Cmd. 2092).
Vereinigte Staaten von Amerika. 2. 4. 24 (A. J. 1924, Official Documents, S. 199).

26. Genua-Abkommen betr. Beschäftigung von Jugendlichen auf See vom 9. 7. 1920 (Text: R.Dr. 1920/23, Nr. 5706).

Ratifikationen:

Dänemark. 12. 5. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 892).

Japan (unter Ausschluß von Korea, Formosa, Karafuto [Südsachalin], Kuantungprovinz [Südmandschurei] und Mandat-Inseln im Pazifik). 7. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1121).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1121).
Spanien. 20. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1121).

27. **Genua-Abkommen betr. Sicherstellung der Arbeitslosen bei Schiffsverlusten vom 9. 7. 1920.**

Ratifikationen:

Italien. 20. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 570; G. U. 6. 5. 1924, S. 1693).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1121).
Spanien. 20. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1121).

28. **Genua-Abkommen betr. Stellenvermittlung der Seeleute vom 10. 7. 1920** (Text: R.Dr. 1920/23, Nr. 5706).

Ratifikation:

Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1121).

29. **Barcelona-Deklaration betr. Flaggenrecht von Staaten ohne Küste** (20. 4. 21).

(Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 29, Cmd. 1994; französischer und englischer Text, sowie deutsche Uebersetzung, 20. 4. 21 (BGBl. Oe. 1924, S. 1423).

Unterzeichnung:

Niederlande. 28. 11. 21 (seitdem auch in Kraft) (Soc. Rec. 1923, XV, S. 308).

Beitritte:

Australien. 31. 10. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).
Finnland. 22. 9. 22 (Soc. Rec. XI, S. 410).
Kanada. 31 10. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 168).
Peru (ad referendum). 15. 9. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).
Rumänien. 22. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 308).
Siam. 29. 11. 22 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 280/81).
Südafrikanische Union. 31. 10. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).

Ratifikationen:

Bulgarien. 9. 10. 22 (Soc. Rec XI, S. 410).
Dänemark. 13. 11. 22 (Soc. Rec. XI, S. 410).
Großbritannien. 9. 10. 22 (Soc. Rec. XI, S. 410).
Indien. 9. 10. 22 (Soc. Rec. XI, S. 410).
Japan. 20. 2. 24 (Soc. J. O. 1924, 5. Jahrg., S. 749).
Lettland. 12. 2. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 437).
Neu-Seeland. 9. 10. 22 (Soc. Rec. XI, S. 410).
Oesterreich. 10. 7. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1033).
Tschechoslowakei. 8. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1685)

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Albanien. 18. 10. 21 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 168).
Bulgarien. 11. 7. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 168).
Dänemark. 13. 11. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 168).
Großbritannien. 9. 10. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 168).
Indien. 9. 10. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 168).
Japan. 20. 2. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).
Lettland. 12. 2. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).
Neu-Seeland. 9. 10. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 168).
Norwegen. 4. 9. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 308).

Oesterreich. 10. 7. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).
Schweiz. 14. 7. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).
Tschechoslowakei. 8. 9. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).

30. Barcelona-Abkommen betr. schiffbare Wasserstraßen von internationaler Bedeutung vom 20. 4. 1921.

Französischer, englischer Text und deutsche Uebersetzung. 20. 4. 21 (BGBl. Oe. 1924, S. 1394).
Zusatzprotokoll in französischem und englischem Text, sowie deutscher Uebersetzung. 20. 4. 21 (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1420; Tr. Ser. 1923, Nr. 28, Cmd. 1993).

Beitritte:

Großbritannien für die Kolonien: Newfoundland, Bahamas, Barbados, British-Guiana, Jamaika (including Turks and Caicos Islands and Cayman Islands), Leeward Islands, Trinidad and Tobago, Windward Islands (Grenada, St. Lucia, St. Vincent), Gibraltar, Malta, Cyprus, Gambia, Sierra Leone, Nigeria, Gold Coast, Ashanti, Northern Territories of the Gold Coast, Kenya, Uganda, Zansibar, St. Helena, Ceylon, Mauritius, Seychelles, Hongkong, Straits Settlements, Fiji, Gilbert and Ellice Islands, British Salomons Island, Tonga Islands. 2. 8. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 166).
Kanada. 31. 10. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 159).
Kolumbien. 7. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 306).
Njassaland und Tanganjikagebiet (in der Begrenzung des § 6 des Zusatzprotokolls). 2. 8. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 167).
Palästina (Mandatsgebiet). 28. 1. 24 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 167).
Rumänien. 7. 6. 23 (Soc. Rec. 1923, S. 306).
Siam. 29. 11. 22 (nebst Zusatzprotokoll) (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 280/81).
Vereinigte Malaiische Staaten. 2. 9. 23. *Nicht vereinigte Malaiische Staaten* (unter dem Protektorate Großbritanniens). (Soc. Rec. 1923, XV, S. 306).

Ratifikationen:

Griechenland. 18. 2. 24 (Soc. J. O. 1924, 5. Jahrg., S. 749).
Japan. 20. 2. 24 (Soc. J. O. 1924, 5. Jahrg., S. 749).
Oesterreich. 15. 11. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 105).
Rumänien. 9. 5. 24 (Soc. J. O. 1924, 5. Jahrg., S. 827).
Tschechoslowakei. 8. 9. 24 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. J. O. V, S. 1685).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Albanien. 18. 10. 21 (A. J. 1924, Off. Doc., S. 166).
Bulgarien. 11. 7. 22 (Soc. Rec. VII, S. 406).
Dänemark. 13. 11. 22 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. XI, S. 406).
Finnland. 29. 1. 23 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. 1923, XV, S. 308).
Frankreich. 19. 9. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 157).
Großbritannien. 2. 8. 22 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. XI, S. 406).
Indien. 2. 8. 22 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. XI, S. 406).
Italien. 5. 8. 22 (Soc. Rec. XI, S. 406).
Neu-Seeland. 2. 8. 22 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. XI. S. 406).
Norwegen. 4. 9. 23 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. 1923, XV, S. 308).
Oesterreich. 15. 11. 23 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 280/81).
Rumänien. 9. 5. 24 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 157).
Tschechoslowakei. 8. 9. 24 (mit Zusatzprotokoll) (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 157).

31. Barcelona-Abkommen betr. Freiheit des Durchgangsverkehrs vom 20. 4. 1921.

Beitritte:

Deutsches Reich. (BGBl. Oe. 1924, S. 1423; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 155).
Verbündete Malaiische Staaten (Perak, Selangor, Negri, Sembilan, Pahang) (unter dem Protektorate Großbritanniens). 22. 8. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 306).
Nicht zum Bund gehörige Malaiische Staaten (Brunei, Johore, Kedah, Perlis, Kelantan, Trengganu) (unter dem Protektorate Großbritanniens). 22. 8. 23 (Soc. Rec. 1923, XV. S. 306).
Palästina. 24. 1. 24 (RGBl. 1924, II, S. 387; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 155)
Peru (ad referendum). 15. 9. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 157).
Siam. 29. 11. 22 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 280/81; A. J. 1924, Off. Doc., S. 127; Soc. J. O. 1924, S. 437).

Ratifikationen:

Frankreich. 19. 9. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1423; Soc. J. O. V, S. 1685).
Griechenland. 18. 2. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 749).
Japan. 20. 2. 24 (Soc. J. O.. 5. Jahrg. 1924, S. 749).
Niederlande. 17. 4. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 827).
Oesterreich. 15. 11. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 336; Soc. J. O., 1924, S. 105).
Polen. 8. 10. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg., S. 1685).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Albanien. 8. 10. 21 (RGBl. 1924, II, S. 387).
Dänemark. 13. 11. 22 (Soc. Rec. XI, S. 406; RGBl. 1924, II, S. 387; A. J. 1924, Off. Doc., S. 127).
Griechenland. 18. 2. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV. S. 155).
Japan 20. 2. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 155).
Lettland. 29. 9. 23 (RGBl. 1924, II, S. 387; Soc. Rec., Vol. XIV, S. 278).
Niederlande. 17. 4. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV. S. 155).
Neu-Seeland. 2. 8. 22 (A. J. 1924, Off. Doc., S 127; Soc. Rec. XI, S. 406).
Norwegen. 4. 9. 23 (RGBl. 1924. II. S. 387; Soc. Rec. 1923, XV, S. 304).
Oesterreich. 15. 11. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 278/79).
Polen. 8. 10. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV. S. 155).
Rumänien. 5. 9. 23 (RGBl. 1924, II. S. 387; Soc. Rec. 1924, XV, S. 304).
Schweiz. 14. 7. 24 (RGBl. 1924, II. S. 387; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 155).
Tschechoslowakei. 29. 10. 23 (RGBl. 1924, II, S. 387; Soc. Rec., Vol. XIV, S. 278).

32. Pariser Konvention betr. Donaustatut vom 23. 7. 1921.

Beitritte:

Peru. 15. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).
Uruguay. 21. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).

Ratifikation:

Albanien. 13. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).
Polen (auch für Freie Stadt Danzig). 8. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).

33. Genfer Abkommen betr. Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels vom 30. 9. 1921.

Zusatzübereinkunft zum Abkommen von 1904 und 1910: Internationale Uebereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels, zur Unterzeichnung aufgelegt in Genf vom 30. 9. 1921 bis 31. 3. 22. (Convention internationale pour la Suppression de la Traite des Femmes et des Enfants ouverte à la Signature, à Genève, du 30 september 1921 au 30 mars 1922; Text: RGBl. 1924, II, S. 181).

Das Abkommen unterzeichneten am 30. 9. 1921: Albanien, Deutsches Reich, Oesterreich, Belgien, Brasilien, Britisches Reich (zugleich für Kanada, den Australischen Bund, die Südafrikanische Union, Neuseeland und Britisch-Indien), Chile, China, Estland, Griechenland, Italien, Japan, Kolumbien, Kostarika, Kuba, Lettland, Litauen, Norwegen, die Niederlande, Persien, Polen (zugleich für Danzig), Portugal, Rumänien, Siam, Schweden, Schweiz, die Tschechoslowakei und Ungarn (RGBl. 1924, II, S. 181).

Unterzeichnungen:

Australien mit der Erklärung, daß die Unterschrift nicht gilt für Papua, die Norfolk-Insel und das Mandatsgebiet Neu-Guinea. 30. 9. 21 (RGBl. 1924, II, S. 195).

Großbritannien mit der Erklärung, daß die Unterschrift nicht gilt für die Insel Neufundland, die Britischen Kolonien und Protektorate, die Insel Nauru sowie die von Großbritannien verwalteten Mandatsgebiete. 30. 9. 21 (RGBl. 1924, II, S. 197).

Britisch-Indien mit der Vorbehaltserklärung, die vorgesehenen Altersgrenzen durch das Alter von 16 Jahren oder ein höheres zu ersetzen. 30. 9. 21 (RGBl. 1924, II, S. 199.

Italien mit der Erklärung, daß die Unterschrift nicht für die italienischen Kolonien gilt. 30. 9. 21 (RGBl. 1924, II, S. 199).

Japan mit dem Vorbehalt, die Zustimmung zu Art. 5 hinauszuschieben, und mit der Erklärung, daß die Unterschrift nicht für Korea, Formosa und das Pachtgebiet von Kuantung gilt. 30. 9. 21 (RGBl. 1924, II. S. 199).

Neu-Seeland mit der Erklärung, daß die Unterschrift nicht für das Mandatsgebiet West-Samoa gilt. 30. 9. 21 (R.G.Bl. 1924, II, S. 201).

Siam mit Vorbehalt hinsichtlich der Altersgrenze in Art. 5 für siamesische Staatsangehörige. 30. 9. 21 (RGBl. 1924, II, S. 201).

Beitritte:

Dänemark. 12. 3. 23 unter Vorbehalt der Ratifikation (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310; RGBl. 1924, II, S. 202).

Finnland. 27. 9. 22 (A. J. 1924, Off. Doc. S. 137).

Großbritannien für Bahamas, Barbados, British-Honduras, Ceylon, Cyprus, Gibraltar, Grenada, Hongkong, Kenya, Malta, Rhodesia, Nyasaland, St. Lucia, St. Vincent, Seychelles, Southern Rhodesia, Straits Settlements, Trinidad. 23. 9. 22 (A. J. 1924, Off. Doc. S. 137; RGBl. 1924, II, S. 202).

Großbritannien für die Falklandinseln mit Wirkung vom 8. 5. 24 (RGBl. 1924, II, S. 202; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).

Großbritannien für die Goldküste mit Wirkung vom 3. 7. 24 (RGBl. 1924, II, S. 202; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).

Großbritannien für Britisch-Guyana und die Fidschiinseln. 31. 3. 22 mit Wirkung vom 31. 10. 22 (RGBl. 1924, II, S. 202; A. J. 1923, Vol. 17, S. 356; MB. 1923, S. 315).

Italien für die Kolonien mit Vorbehalt betr. die in Art. 5 der Uebereinkunft festgesetzte Altersgrenze (RGBl. 1924, II, S. 202).

Jamaika. 7. 3. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).

Leeward-Inseln. 7. 3. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163; RGBl. 1924, II, S. 202).

Mauritius. 7. 3. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).

Panama, unter Vorbehalt der Ratifikation. 6. 9. 22 (RGBl. 1924, II, S. 202; A. J. 1923, Vol. 17, S. 146; Soc. J. O., Oktober 1922, S. 1089).

Spanien, mit Wirkung vom 12. 5. 24 (diese Erklärung gilt nicht für die spanischen Besitzungen in Afrika und das spanische Protektorat in Marokko). (RGBl. 1924, II, S. 202; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Uruguay. 21. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 454).

Ratifikationen:

Albanien. 13. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 454).
Australien, *Canada*, *Griechenland*, *Indien*, *Kuba*, *Neu-Seeland*, *Süd-Afrika*. (A. J. 1923, Vol. 17, S. 782; Soc. J. O., Juli 1923, S. 714).
Belgien. 15. 6. 22 (RGBl. 1924, II, S. 202).
Deutsches Reich. 8. 7. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1033).
Griechenland, mit Wirkung vom 9. 4. 23 (RGBl. 1924, II, S. 202).
Großbritannien, zugleich für Kanada, den Australischen Bund, die Südafrikanische Union, Neu-Seeland und Britisch-Indien mit Wirkung vom 28. 6. 22 (mit Vorbehalt). (RGBl. 1924, II, S. 202; A. J. 1922, Vol. 16, S. 667).
Italien, mit Wirkung vom 30. 6. 24 (RGBl. 1924, II, S. 202).
Kuba, mit Wirkung vom 7. 5. 23 (RGBl. 1924, II, S. 202).
Lettland, mit Wirkung vom 12. 2. 24 (RGBl. 1924, II, S. 202).
Niederlande, mit Wirkung vom 19. 9. 23 (RGBl. 1924, II, S. 202.)
Polen, zugleich für die Freie Stadt Danzig. 8. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 454).
Portugal, mit Wirkung vom 1. 12. 23 (RGBl. 1924, II, S. 202; Soc. J. O. 1924, S. 105).
Rumänien, mit Wirkung vom 5. 9. 23 (RGBl. 1924, II, S. 202).
Siam, mit Wirkung vom 13. 7. 22 (mit Vorbehalt). (RGBl. 1924, II, S. 202).
Tschechoslowakei, mit Wirkung vom 29. 9. 23 (RGBl. 1924, II, S. 202).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Australien, *Großbritannien*, *Indien*, *Kanada*, *Neu-Seeland*, *Südafrika*. (A. J. 1924, Off. Doc., S. 137).
Belgien. 15. 6. 22 (A. J. 1922, Vol. 16, S. 667).
Deutsches Reich. 8. 7. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163; RGBl. 1924, II, S. 202).
Griechenland. 9. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).
Italien. 30. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Kuba. 7. 5. 23 (Soc. Rec. 1923. XV, S. 310).
Lettland. 12. 2. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Niederlande. 19. 9. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).
Norwegen. 16. 8. 22 (A. J. 1923, Vol. 17, S. 146; M. B. 1922, S. 7463/64; RGBl. 1924, II, S. 202).
Oesterreich. 9. 8. 22 (RGBl. 1924, II, S. 202; A. J. 1923, Vol. 17, S. 146).
Polen und Freie Stadt Danzig. 8. 10. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 163).
Portugal. 1. 12. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 282/83).
Rumänien. 5. 9. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).
Siam. 13. 7. 22 (A J. 1924, Off. Doc., S. 137).
Tschechoslowakei. 29. 9. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 282/83).

34. Genfer Abkommen betr. ärztliche Untersuchung der auf See beschäftigten Jugendlichen vom 10. 11. 1921.

Ratifikationen:

Italien. 8. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Italien. 20. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 568; G. U. 5. 5. 24, S. 1675).
Japan. 7. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Lettland. 9. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).

Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Polen. 4. 12. 23 (A. J. 1924. Vol. 18, S. 337; I. L. O. 26. 12. 23, S. 271).
Spanien. 20. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).

35. Genfer Abkommen betr. Beschäftigung von Jugendlichen als Trimmer und Heizer vom 11. 11. 1921.

Ratifikationen:

Dänemark. 12. 5. 24 (Soc. J. O. 1924, 5. Jahrg., S. 892).
Italien. 8. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Lettland. 9. 9. 24 (Soc J. O. XI, S. 1688).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Spanien. 20. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).

36. Genfer Abkommen betr. Vereins- und Koalitionsrecht der Landarbeiter vom 12. 11. 1921 (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 583).

Ratifikationen:

Irland. 12. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Italien. 8. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Lettland. 9. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Oesterreich. 6. 6. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 583).
Schweden. 27. 11. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 316).

37. Genfer Abkommen betr. Entschädigung bei Arbeitsunfällen in der Landwirtschaft vom 12. 11. 1921.

Ratifikationen:

Großbritannien. 11. 7. 23 (A. J. 1923, Vol. 17, S. 782; L. G. 17. 7. 23, S. 4920).
Irland. 17. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Schweden. 27. 11. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 316; A. J. 1924, Vol. 18, S. 339; J. L. O. 12. 12. 23, S. 260).

38. Genfer Abkommen betr. Festsetzung des Mindestalters für Zulassung zu landwirtschaftlichen Arbeiten vom 16. 11. 1921 (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 581).

Ratifikationen:

Italien. 8. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Japan. 19. 12. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 493).
Oesterreich. 6. 6. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 581; Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Schweden. 27. 11. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 316).

39. Genfer Abkommen betr. wöchentlichen Ruhetag in gewerblichen Betrieben vom 17. 11. 1921.

Ratifikationen:

Estland. 29. 11. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 316).
Finnland. 1. 6. 23 (A. J. 1923, Vol. 17, S. 781; J. L. O. 20. 6. 23, S. 268),
Indien. 11. 5. 23 (A. J. 1923, Vol. 17, S. 781; J. L. O. 30. 5. 23, S. 200).
Italien. 8. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Lettland. 9. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Spanien. 20. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).

40. **Genfer Abkommen betr. Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe vom 19. 11. 1921** (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 585).

Ratifikationen:

Italien. 20. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 570; G. U. 6. 5. 24, S. 1694).
Lettland. 9. 9. 24 (Soc. J. O. XI, S. 1688).
Oesterreich. 6. 6. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 585; Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Polen. 21. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).
Schweden. 27. 11. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 316).
Spanien. 20. 6. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1122).

41. **Abkommen betr. Nichtbefestigung und Neutralisation der Aalandsinseln, Genf vom 20. 10. 1921.**

Unterzeichnungen:

China. 15. 1. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 493).
Dänemark, Deutsches Reich. Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Litauen, Polen, Schweden. 20. 10. 21 (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 6).

Ratifikationen:

Estland. 3. 4. 23 (A. J. 1923, Vol. 17, S. 553; Soc. J. O. 1923, S. 479).
Großbritannien. 20. 10. 23 (Soc. J. O. 1924, S. 493).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Estland. 3. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 310).

42. **Elbschiffahrtsakte vom 22. 2. 1922.** (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 3; Cmd. 1833). Zusatzabkommen vom 27. 1. 23 (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 17; Cmd. 2091).

43. **Abkommen betr. Ausfertigung der sogenannten „Nansenpässe“ für russische Flüchtlinge (Genf) vom 5. 7. 1922.**

Beitritte:

Bolivien. 28. 9. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Bulgarien. 29. 11. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Chile. 9. 7. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV., S. 179).
China. 29. 11. 23 (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 284/85).
Estland. 14. 7. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Finnland. 15. 8. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Frankreich. 4. 9. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII. S. 242).
Griechenland. 28. 12. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Großbritannien. 7. 9. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Guatemala. 12. 12. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Italien. 23. 11. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Japan. 1. 2. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 179).
Lettland. 18. 9. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Niederlande. 1. 12. 22 (Inkrafttreten am 1. 1. 23), (Soc. Rec., XIII, S. 242).
Norwegen. 31. 10. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Oesterreich. 20. 12 22 (Inkrafttreten am 1. 1. 23), (Soc. Rec., XIII, S. 242).
Rumänien. 29. 9. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Schweden. 1. 5. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 179).
Schweiz. 20. 10. 22 (Inkrafttreten am 1. 1. 23), (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).
Südafrikanische Union. 13. 10. 22 (Soc. Rec., Vol. XIII, S. 242).

44. **Lausanner Meerengen-Abkommen vom 24. 7. 1923.**

Beitritte:

Dänemark. 1. 8. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).
Deutsches Reich. 6. 1. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).

Litauen. 12. 1. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).
Mexiko. 28. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).
Polen. 18. 6. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).
Portugal. 13. 7. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).
Ungarn. 31. 8. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).

45. Genfer Abkommen betr. Unterdrückung der Verbreitung und des Handels unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. 9. 1923.

Unterzeichnungen:
Danzig. 31. 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).
Deutsches Reich. 26. 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).
Finnland. 14. 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).
Irland. 31. 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).
Japan. 31. 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).
Monaco. 29. 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).
Südafrikanische Republik. 15 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).
Türkei. 31. 3. 24 (Soc. J. O., 5. Jahrg. 1924, S. 750).

Beitritte:
Aegypten. 29. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Peru. 15. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).

Ratifikationen:
Albanien. 13. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).
Bulgarien. 1. 7. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1034).
Italien. 8. 7. 24 (Soc. J. O. 1924, S. 1034).

46. Genfer Abkommen betr. internationale Seehafenordnung vom 9. 12. 1923.

(Text: Soc. des Nations. Deuxieme Conférence générale des Communications et du transit. Genève 15. 11. au 9. 12. 1923; C. 29 M. 15, S. 97.)

Unterzeichnungen:
Bulgarien. 31. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Deutsches Reich. 27. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Indien. 1. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).
Neu-Seeland. 15. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).
Schweden. 28. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Schweiz. 30. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Siam. 2. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).

47. Genfer Abkommen betr. Transitbeförderung elektrischer Kraft vom 9. 12. 1923.

(Text: Soc. des Nations Deuxieme Conférence générale des Communications et du transit. Genève 15. 11. au 9. 12. 1923; C. 30. M. 16.)

Unterzeichnungen:
Bulgarien. 31. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Frankreich. 24. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Neu-Seeland. 15. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).

48. Genfer Abkommen betr. hydroelektrische Kraftanlagen auf internationalen Gewässern vom 9. 12. 1923.

Bulgarien. 31. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Frankreich. 24. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1779).
Neu-Seeland. 15. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).

Unterzeichnung:
Siam. 2. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1686).

VIII. Wissenschaftliche Forschungen und Veröffentlichungen.

1. Abkommen über die Herstellung einer Normalstimmgabel, Wien, 16. und 19. 11. 1885.

Bekanntmachung:

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

2. Brüsseler Konvention betr. internationalen Austausch von amtlichen öffentlichen Dokumenten und literarischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen vom 15. 3. 1886.

Beitritte:

Danzig. 15. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 568; M. B. 10. 5. 24, S. 2459).
Lettland. 24. 1. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 215).
Lettland. 27. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 568; M. B. 19. 4. 24, S. 2101).
Ungarn. 30. 7. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 336; M. B. 2. 2. 24, S. 515).

Bekanntmachung:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

3. Brüsseler Konvention betr. internationalen Austausch des „Journal official" („Regierungsblatt") und der Parlamentsdrucksachen vom 15. 3. 1886.

Beitritt:

Lettland. 4. 4. 24 (Mitteilung des Lettischen Außenministeriums) (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 210 ff.).

4. Abkommen betr. Errichtung eines internationalen Instituts zur Erforschung der Kälte. 21. 6. 1920.

Beitritte:

Dänemark. 1. 3. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Frankreich. 29. 7. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Großbritannien. 24. 1. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Japan. 4. 3. 24 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 569; J. O. 10. 3. 24, S. 2362).
Luxemburg. 21. 6. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Polen. 16. 5. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Portugal. 1. 3. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Rumänien. 28. 12. 20 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).

Ratifikationen:

Schweden. 21. 12. 21 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Schweiz. 10. 11. 22 (Soc. Rec. 1924. Vol. XXIV, S. 161).
Siam. 20. 5. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Spanien. 8. 3. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).
Tschechoslowakei. 6. 11. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 161).

IX. Rechtspflege.

1. Pariser Konvention zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. 3. 1883, revidiert am 15. 4. 1891 (Madrid), 19. 12. 1900 (Brüssel), 2. 6. 1910 (Washington).

Beitritte:

Estland, durch Erklärung vom 18. 12. 23 mit Inkrafttreten des Beitritts am 12. 2. 24 (RGBl. 1924, II, S. 40; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 201).

Frankreich, durch Note vom 18. 6. 24 für die Staatengruppe Syriens und des Libanon mit Inkrafttreten des Beitritts am 1. 9. 24 (RGBl. 1924, II, S. 369).
Griechenland. 18. 8. 24 (RGBl. 1924, II, S. 386; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 205).
Großbritannien für Palästina mit Wirksamkeit vom 21. 3. 24 (RGBl. 1924, II, S. 386).
Kanada, durch Großbritannische Gesandtschaft in Bern dem Schweizerischen Bundesrat am 21. 8. 23 angezeigt. Der Beitritt ist am 1. 9. 23 wirksam geworden (RGBl. 1923, II, S. 390; Soc. Rec. 1923, S. 326).
Luxemburg. 12. 5. 22 (Soc. Rec. XI, S. 428).

Ratifikation:

Rumänien. 9. 7. 24 (P. J. 1924, S. 193).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Rumänien. 20. 8. 24 (P. J. 1924, S. 193). .

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (R.G.Bl. 1924, II, S. 455).
Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

2. Berner Konvention zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 9. 9. 1886, revidiert 4. 5. 1896 (Paris), 13. 11. 1908 (Berlin), 9. 6. 1910 (Berlin) und 20. 3. 1914 (Bern).

Beitritte:

Frankreich für Libanon und Syrien. 18. 6. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 141; RGBl. 1924, II, S. 369).
Griechenland. 10. 3. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 141; A. J. 1924, Vol. 18, S. 568; M. B. 2. 5. 1924, S. 2319).
Großbritannien für Kanada. 7. 1. 1924, durch Note vom 7. 1. 24 mit Wirksamkeit vom 1. 1. 24 unter Einschränkungsklausel gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika (Soc. Rec., Vol. XXIV, S. 139; Le Droit d'Auteur 1924, S. 13).
Palästina. 21. 3. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1274; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 143).

Ratifikationen:

Belgien. 4. 11. 21 (Soc. Rec. XI, S. 358).
Freie Stadt Danzig. 24. 6. 22 (Soc. Rec. XI, S. 363).
Ungarn. 14. 2. 22 (Soc. Rec. XI, S. 360).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Brasilien. 9. 2. 22 (Soc. Rec. XI, S. 362).

3. Südamerikanische Union betr. Schutz von Werken der Literatur und Kunst vom 11. 1. 1889 (Montevideo).

Beitritt:

Oesterreich. 5. 7. 23 (BGBl. Oe. 1924, S. 136).

Ratifikation:

Oesterreich. 5. 7. 23 (BGBl. Oe. 1924, S. 183).

4. Madrider Abkommen betr. die internationale Registrierung von Fabrik- und Handelsmarken vom 14. 4. 1891 (revidiert 14. 12. 1900 [Brüssel]).

Beitritte:

Deutsches Reich. 1. 12. 22 (Soc. Rec. XI, S. 424).
Luxemburg. 1. 9. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1254; RGBl. 1924 II, S. 362).
Rumänien. 26. 8. 20 mit Inkrafttreten vom 6. 10. 20 (P. J. 1924, S. 193).

Ratifikation:

Rumänien. 9. 7. 24 (P. J. 1924, S. 193).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Rumänien. 20. 8. 24 (P. J. 1924, S. 193).

5. Madrider Abkommen betr. Unterdrückung falscher Herkunftsbezeichnungen vom 14.4.1891, revidiert 2.6.1911 Washington).

Beitritte:

Freie Stadt Danzig. 20. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 338).
Frankreich für die Staatengruppe Syrien und Libanon. 18. 6. 24 (P. J. 1924, 40. Jahrg., S. 149).

6. Haager Abkommen zur Regelung des Geltungsbereiches der Gesetze und der Gerichtsbarkeit auf dem Gebiete der Eheschließung und der Trennung von Tisch und Bett vom 12. 6. 1900.

Protokoll betr. Beitritt von Staaten, die auf der dritten Haager Konferenz über internationales Privatrecht nicht vertreten waren.

Unterzeichnet von *Deutsches Reich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Ungarn.* 28. 11. 23 (Text: RGBl. 1924, II, S. 365).

Beitritte:

Bulgarien. 15. 7. 21 (Soc. Rec. XI, S. 354).
Indien. 8. 2. 20 (Soc. Rec. XI, S. 354).
Marokko. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI, S. 354).
Monaco. 2. 7. 21 (Soc. Rec. XI, S. 354).
Polen. 28 2. 22 (Soc. Rec. XI, S. 354).
Siam. 28. 12. 21 (Soc. Rec. XI, S. 354).
Tschechoslowakei. 8. 6. 21 (Soc. Rec. XI, S. 354).
Tunis. 1. 1. 22 (Soc. Rec. XI., S. 354).
Uruguay. 30. 6. 20 (Soc. Rec. XI, S. 354).

Ratifikation:

Deutsches Reich. 16. 9. 24 (RGBl. 1924, II, S. 363).

7. Haager Abkommen zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige, 12. 6. 1902.

Protokoll betr. Beitritt von Staaten, die auf der dritten Haager Konferenz über internationales Privatrecht nicht vertreten waren.

Unterzeichnet von *Belgien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Ungarn.* 28. 11. 23. (Text: RGBl. 1924, II, S. 366).

Ratifikation:

Deutsches Reich. 16. 9. 24. (RGBl. 1924, II, S. 363).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreich-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

8. Haager Abkommen betr. den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten, 17. 7. 05.

Protokoll betr. Beitritt von Staaten, die auf der vierten Haager Konferenz über internationales Privatrecht nicht vertreten waren.

Unterzeichnet von *Deutsches Reich, Italien, Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden.* (Text: RGBl. 1924, II, S. 367.)

Ratifikation:

Deutsches Reich. 16. 9. 24 (RGBl. 1924, II, S. 363).

9. Haager Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregel vom 17. 7. 1905.

Protokoll betr. Beitritt von Staaten, die auf der vierten Haager Konferenz über internationales Privatrecht nicht vertreten waren.

Unterzeichnet von *Deutsches Reich, Italien, Niederlande, Portugal, Rumänien, Ungarn* (Text: RGBl. 1924, II, S. 368).

Ratifikation:

Deutsches Reich. 16. 9. 24 (RGBl. 1924, II, S. 363).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Schweden. 2. 11. 24 (RGBl. 1924, II, S. 431).

10. Haager Abkommen über das Zivilprozeßrecht (14. 11. 1896) 17. 7. 1905.

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

Inkrafttreten:

Oesterreich im Verkehr mit dem Gebiete des spanischen Protektorates in Marokko. 27. 1. 25 (BGBl. Oe. 1924, S. 1288).

11. Brüsseler Gerichtsabkommen betr. die einheitliche Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen vom 23. 9. 1910.

Beitritt:

Spanien. 30. 11. 23 (Tag der Anzeige durch die belgische Regierung). (RGBl. 1924, II, S. 42).

Bekanntmachung:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

12. Brüsseler Seerechtsabkommen betr. die einheitliche Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot vom 23. 9. 1910.

Beitritt:

Finnland. 28. 7. 23 (mit Wirkung vom 28. 8. 23) (RGBl. 1923, II, S. 369).

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24. (RGBl. 1924, II, S. 455).

13. Berner Uebereinkommen betr. die Erhaltung und Wiederherstellung der durch den Weltkrieg betroffenen Rechte aus gewerblichem Eigentum vom 30. 6. 1920.

Beitritte:

Rumänien. 16 2. 24 (P. J. 1924, S. 193).

Ratifikationen:

Portugal. 7. 3. 22 (Brief der portugiesischen Regierung an das Büro in Bern). (Soc. Rec. XI, S. 348).

Rumänien. 9. 7. 24 (P. J. 1924, S. 193).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Rumänien. 20. 8. 24 (P. J. 1924, S. 193).

14. Statut des ständigen internationalen Gerichtshofs des Völkerbundes (Genf) 16. 12. 1920.

Reglement des Ständigen Internationalen Gerichtshofes des Völkerbundes. 24. 3. 22 (Text: Martens XIII, S. 221).

Unterzeichnungen des Protokolls:

Albanien. 18. 6. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Australien. 16. 6. 21 (Martens 3 s.. XII, 879).
Bolivien. 20. 6. 21 (Martens 3 s.. XII, 879).
Bulgarien. 11. 4. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Chile. 7. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Dominikanische Republik. 30. 9. 24 (Soc. J. O. V, S. 1685).
Estland. 18. 10. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Finnland. 28. 6. 21 (Martens 3 s.. XII, 879).
Kanada. 30. 3. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Liberien. 24. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Litauen. 5. 10. 21 (Martens 3 s, XII, 879).
Oesterreich. 18. 6. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Persien. 4. 4. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Rumänien. 15. 4. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 30. 5. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Spanien. 6. 4. 21 (Martens 3 s., XII, 879).

Tschechoslowakei. 19. 5. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Ungarn. 1. 8. 23 (Martens 3 s., XII, 879).

Ratifikationen des Protokolls:

Albanien. 29. 6. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Belgien. 17. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Brasilien. 6. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Bulgarien. 29. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879.
China. 29. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Dänemark. 19. 5. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Estland. 21. 6. 22 (Martens 3 s., XII, 879; Soc. Rec. 1923, XV, S. 304).
Finnland. 28. 1. 22 (Martens 3 s., XII, 879; Soc. Rec. XI, S. 404).
Frankreich. 29. 7. 21 (Martens 3 s., XII. 879).
Griechenland. 3. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Großbritannien zugleich für *Australien, Indien, Kanada, Neu-Seeland* und *Südafrikanische Union.* 16. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Haiti. 6. 8. 21 (Martens 3. s., XII, 879).
Italien. 12. 6. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Japan. 9. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Kuba. 12. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Litauen. 14. 2. 22 (Martens 3 s., XII, 879).
Niederlande. 20. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Norwegen. 28. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Oesterreich. 15. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Polen. 22. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Portugal. 12. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Rumänien. 18. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Schweden. 31. 12. 20 (Martens 3 s., XII, 879).
Schweiz. 16. 4. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 25. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Siam. 15. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Spanien. 2. 8. 21 (Martens 3 s., XII. 879).
Tschechoslowakei. 29. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 875).
Uruguay. 24. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Venezuela. 7. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).

Ratifikationen der clause facultative:

Brasilien. 6. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Bulgarien. 29. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
China. 29. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 880)
Dänemark. 19. 5. 21 (Martens 3 s., XII. 880).
Estland. 29. 6. 22 (Martens 3 s., XII, 880).
Finnland. 28. 1. 22 (Martens 3 s., XII, 880).
Lettland. 11. 9. 23 (Martens 3 s., XII, 880).
Litauen. 14. 2. 22 (Martens 3 s., XII, 880).
Niederlande. 20. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Norwegen. 17. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Oesterreich. 13. 2. 22 (Martens 3 s., XII, 879).
Portugal. 12. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Schweiz. 16. 4. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Uruguay. 24. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 880).

Niederlegung der Ratifikationsurkunden:

Brasilien. 5. 11. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
Bulgarien. 12. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 879).
China. 13. 5. 22 (Martens 3 s., XII, 880).

Dänemark. 13. 6. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Estland. 2. 5. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 304).
Finnland. 6. 4. 22 (Soc. Rec. XI, S. 404).
Litauen. 16. 5. 22 (Martens 3 s., XII, 880).
Niederlande. 6. 8. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Norwegen. 3. 10. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Oesterreich. 14. 3. 22 (Martens 3 s., XII, 879).
Portugal. 8. 10. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Schweiz. 25. 7. 21 (Martens 3 s., XII, 880).
Uruguay. 27. 9. 21 (Martens 3 s., XII, 880).

B. Völkerrechtliche Verfassungsorganisationen.

Satzung des Genfer Völkerbundes vom 10. 1. 1920.

Beitritte:

Aethiopien. 27. 9. 23 (Soc. Rec., Vol. XXV, S. 179).
San Domingo. 29. 9. 24 (Temps vom 1. 10. 24; N. d. R. W. 1924, S. 123).

Austritt:

Kostarika. 1. 1. 25 (D. A. Z. 21. 1. 25, Nr. 32/33).

C. Kriegsrecht und Streitschlichtungsrecht.

1. Genfer Konvention zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken im Felde vom 22. 8. 1864 und 5. 7. 1906.

Beitritte:

Aegypten. 20. 12. 23 (Mitteilung des Schweizer Bundesrats) (Soc. Rec., Vol. XIX, S. 292/93).
Afghanistan 4. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 328).
Albanien. 13. 9. 23 (Soc. Rec. 1923, XIX, S. 290/91).
Ecuador. 7. 12. 22 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 326).
Lettland. 8. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 328).
Litauen. 3. 9. 22 (Soc. Rec. 1922, XI, S. 444).
Oesterreich. 25. 1. 24 (Mitteilung des Schweizer Bundesrats) (Soc. Rec. 1924, XXIV, S. 207).

Niederlegung der Ratifikationsurkunde:

Griechenland. 27. 5. 21 (Soc. Rec., XI, S. 440).
Schwedisch-schweizerischer Notenwechsel über die Stellung Ungarns zur Konvention (Sver. ö. 1923, Nr. 13).

2. Haager Konvention betr. Hospitalschiffe vom 21. 12. 1904.

Bekanntmachungen:

Bekanntmachung Deutschlands über die Erklärung Oesterreichs, sich an den von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossenen Vertrag gebunden zu erachten. 4. 10. 24 (RGBl. 1924, II, S. 381 ff.).

Bekanntmachung der deutschen Regierung betr. Erklärung Ungarns über die Weitergeltung des mit der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Vertrages in Ansehung Ungarns. 16. 12. 24 (RGBl. 1924, II, S. 455).

3. Haager Konvention (I) zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle 18. 10. 1907.

Beitritte:

Finnland. 9. 6. 22 (Rapport du Conseil administratif de la Cour Permanente d'Arbitrage 1922, S. 5).
Polen. 26. 5. 22 (Rapport du Conseil administratif de la Cour Permanente d'Arbitrage 1922, S. 5).
Tschechoslowakei. 12. 6. 22 (Rapport du Conseil administratif de la Cour Permanente d'Arbitrage 1922, S. 5).

4. Haager Abkommen (III) über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. 10. 1907.

Ratifikation:

Polen. 13. 3. 24 (D. A. Z. 15. 3. 1924, Nr. 125/126).

5. Haager Abkommen (IV) betr. die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. 10. 1907.

Ratifikation:

Polen. 13. 3. 24 (D. A. Z. 15. 3. 24, Nr. 125/126).

6. Haager Abkommen (V) betr. die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges vom 18. 10. 1907.

Ratifikation:

Polen. 13. 3. 24 (D. A. Z. 15. 3. 1924, Nr. 125/126).

7. Haager Abkommen (X) über die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg vom 18. 10. 1907.

Beitritt:

Lettland. 24. 3. 22 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 340).

8. Protokoll betr. Anerkennung der Schiedsgerichtsklausel im Handelsverkehr, Genf, 24. 9. 1923.

Unterzeichnungen:

Chile. 16. 9. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Dänemark. 30. 5. 24 (Soc. J. O., V, S. 1034).
Finnland. 2. 5. 24 (Soc. J. O., V, S. 827).
Frankreich. 2. 10. 24 (Temps 4. 10. 1924, Nr. 23065, S. 1).
Japan. 15. 3. 24 (Soc. J. O., V, S. 750).
Lettland. 12. 9. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Monaco. 29. 3. 24 (Soc. J. O., V, S. 750).
Niederlande. 31. 3. 24 (Soc. J. O., V, S. 750).
Niederlande (auch für *Surinam* und *Curaçao*). 20. 9. 24 (Soc. J. O, V, S. 1687).
Oesterreich. 24. 11. 24 (Soc. J. O. V, S. 1780).
Paraguay. 29. 9. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Rumänien. 6. 3. 24 (Soc. J. O., V, S. 750).
Salvador. 13. 9. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Schweiz. 10. 9. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).

Ratifikationen:

Belgien. 23. 9. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Deutsches Reich. 5. 11. 24 (Soc. J. O, V, S. 1780).

Finnland. 10. 7. 24 (Soc. J. O., V, S. 1034).
Großbritannien (und Nord-Irland). 27. 9. 23 (Soc. J. O., V, S. 1687).

9. Genfer „Protokoll für die friedliche Erledigung internationaler Streitfälle vom 2. 10. 1924.

(Französischer Text: Soc. J. O. 1924 Supplément spécial Okt. 1924, Nr. 21, französischer Teil 21; französischer Text und deutsche Uebersetzung: N. d. R. W. 1924, Nr. 18, S. 121 Anlage.)

Unterzeichnungen:

Albanien. 2. 10. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Belgien. 30. 10. 24 (Soc. J. O, V, S. 1780.)
Brasilien. 10. 10. 24 (Temps 19. 10. 24; N. d. R. W. 1924, S. 121; Soc. J. O., V, S. 1687).
Bulgarien. 2. 10. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Chile. 16. 10. 24 (Temps vom 19. 10. 24; N. d. R. W., 1924, S. 121; Soc. J. O., V, S. 1687).
Estland. 2. 10. 24 (Soc. J O., V, S. 1687).
Frankreich. 2. 10. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Griechenland. 2. 10. 24 (Soc. J. O., V, S 1687).
Lettland. 2. 10. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Paraguay. 1. 11. 24 (Soc. J. O., V, S 1780).
Polen. 2. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1687).
Portugal. 2. 10. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 2. 10. 24 (Soc. J. O., V, S. 1687).
Spanien. Dezember 1924 (N. d. R. W. 1924 S. 142; Temps vom 10. 12. 24).
Tschechoslowakei. 2. 10. 24 (Soc. J. O. V, S. 1687).
Uruguay. 2. 12. 24 (Temps vom 2. 12. 24; N. d. R. W. 1924, S. 142).

Ratifikation:

Italien. 23. 1. 25 (mit Vorbehalt der Nichtgeltung für die Kolonien) (K. Z. 24. 1. 25, Nr. 39).

Sprechsaal.

1. Die Wahlordnung für das Saargebiet vom 29. April 1920.

(Ein Beitrag zur Lehre von den Prinzipien rechtlicher Ordnung.)

Die Landgemeinde Roden im Kreise Saarlouis wurde auf Grund des Eingemeindungsvertrags vom 1. und 2. Juni 1906 und mehrerer Nachtragsverträge der Stadt Saarlouis einverleibt; die staatliche Genehmigung wurde durch einen königlichen Erlaß vom 11. Juni 1907 erteilt. Nach § 11 des Eingemeindungsvertrags soll durch den Hinzutritt der Gemeinde Roden die Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung um zwölf vermehrt werden, und zwar ist zunächst bis zum 1. April 1922 ein besonderer Wahlbezirk des bisherigen Ortes Roden innerhalb der neuen Gemeinde vorgesehen, ebenso wie der bisherige Bezirk Saarlouis bis dahin einen besonderen Wahlbezirk innerhalb der neuen Gemeinde bildet. Mit dem 1. April 1922 fällt nach dem Eingemeindungsvertrag die Trennung in zwei Wahlbezirke fort und besteht nur noch ein Wahlbezirk und eine Wählerschaft, doch sollen auch nach dem 1. April 1922 dauernd von den 30 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung 12 Stadtverordnete, welche sich gleichmäßig auf die drei Wählerklassen verteilen, zur Zeit der Wahl ihren Wohnsitz in dem Bezirk des bisherigen Ortes Roden haben. Der bisherige Bezirk Saarlouis (Saarlouis I) soll also 18, der bisherige Bezirk Roden (Saarlouis II) 12 Sitze erhalten. Diese Vereinbarung aus dem Jahre 1906 rechnet nach ihrem Wortlaut mit einer dauernden Geltung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und mußte fraglich werden, als die Grundsätze des demokratischen Wahlrechtes auch für Gemeindewahlen durchgeführt wurden.

Im Saargebiet geschah das durch die Wahlordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 29. April 1920. Man hat es zunächst für selbstverständlich gehalten, daß durch dieses demokratische Gemeindewahlgesetz die Beschränkung der Mandatszahl aufgehoben wurde. Dem entsprach eine Verfügung der Regierungskommission vom 3. Juni 1920, welche den neuen gesetzlichen Bestimmungen entsprach und einem Protest des bisherigen Bezirks Saarlouis I nicht stattgab. Statt der in § 11 des Eingemeindungsvertrages von 1906 vorgesehenen Verteilung der Mitglieder im Verhältnis 18 : 12 erhielt auf Grund der folgenden Wahl Saarlouis I 14 und Saarlouis II 16 Sitze. Eine Verfügung der Regierungskommission vom 18. Mai 1923 führte aber den bisherigen Zustand wieder ein, worauf nach vergeblichem Protest sämtliche Wähler von Saarlouis II Wahlenthaltung übten.

In einem Schreiben der Regierungskommission des Saargebietes an den Herrn Bürgermeister von Saarlouis vom 11. Juni 1923, Direktion des Innern, Präsidialbüro, J. C. VI. 24/23, wird eine die Verteilung der Stadtverordnetensitze betreffende Resolution dahin beantwortet, daß die Verteilung im Verhältnis von 18 : 12 auf einer Verpflichtung beruhe, welche die Gemeinde Roden durch den Vereinigungsvertrag vom 1. Juni 1906 übernommen habe, und daß diese Festsetzung des Vereinigungsvertrages trotz der Wahlordnung vom 29. April 1920 weiter gültig sei. Begründet wird diese Auffassung damit, daß die Wahlordnung vom 29. April 1920 über die Vereinigungsverträge hinweggegangen sei, „weil die Regierungskommission auf Grund der Stellungnahme der politischen Parteien glaubte, hierdurch den Wünschen der beteiligten Bevölkerungskreise zu entsprechen“; es habe sich aber „später ergeben, daß für Saarlouis diese Uebereinstimmung nicht vorlag, und daß die Bewohner von Saarlouis sich durch die Beseitigung ihrer durch Vertrag mit Roden erworbenen Rechte erheblich beeinträchtigt fühlten“; es erscheine daher „angebracht, die von der Stadt Saarlouis erworbenen Vertragsrechte wiederherzustellen“; eine Beeinträchtigung der Rechte der Einwohner von Roden käme bei dieser Sachlage nicht in Betracht.

Um ein Urteil über die rechtliche Bedeutung dieser Verfügung vom 18. Mai 1923 und dieses sie begründenden Schreibens vom 11. Juni 1923 zu gewinnen, ist es notwendig, zunächst die rechtliche Bedeutung des in Frage stehenden Vereinigungsvertrages festzustellen. Der Vereinigungsvertrag vom 1./2. Juni 1906, dessen § 11 die Verteilung der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung der vereinigten Gemeinde regelt, ist einer der Eingemeindungsverträge, wie sie in den Zeiten wirtschaftlicher und industrieller Entwicklung vor dem Kriege in Preußen in großer Zahl geschlossen wurden. Die Verträge bedurften der staatlichen Genehmigung, welche in manchen Fällen in der Form eines Gesetzes erteilt wurde, in anderen Fällen genügte ein Akt der Exekutive. Mir liegt eine Abschrift des Schreibens des preußischen Ministers des Innern vom 14. Juni 1907, Nr. IVb 1274, an den Regierungspräsidenten in Trier vor, nach welchem die Eingemeindung durch königlichen Erlaß genehmigt wird. Es versteht sich von selbst, daß, wenn die Form eines Gesetzes nicht vorliegt, die Eingemeindung formell und materiell ein Verwaltungsakt ist und als solcher an den bestehenden oder künftigen Gesetzen, insbesondere an einer gesetzlichen Wahlordnung nichts zu ändern vermag. Weder durch einen Vertrag zwischen zwei Gemeinden, noch durch einen Verwaltungsakt kann der künftigen Gesetzgebung eine Schranke auferlegt werden. Nach den in allen Rechtsstaaten anerkannten Grundsätzen der „Gesetzmäßigkeit der Verwaltung“ und des „Vorrangs der Gesetze“ bedarf das keiner weiteren Ausführung. Wenn der Eingemeindungsvertrag eine Abweichung von den bestehenden Gesetzen enthielt, so war das unbeachtlich und konnte nur dadurch rechtswirksam werden, daß ein staatliches Gesetz den Eingemeindungsvertrag bestätigte. Soviel mir bekannt, ist ein solches Gesetz nicht ergangen. Aber auch wenn ein Eingemeindungsgesetz, wie es nach der preußischen Praxis für bestimmte Fälle üblich war, ergangen wäre, so würde das keineswegs bedeuten, daß dadurch die Gemeinde unter einem von der gesamten übrigen Gesetzgebung abweichenden und über die künftige Gesetzgebung erhabenen Sonderrecht stände. Das versteht sich nach den rechtsstaatlichen Grundsätzen von der allgemeinen Geltung der Gesetze von selbst. Der Weg der Gesetzgebung wurde übrigens bei Eingemeindungen nur als Form eines Verwaltungsaktes gewählt, um Aenderungen der Städteordnung, des Kommunalabgabengesetzes und anderer Kommunalgesetze, welche der Eingemeindungsvertrag vorsah, zu genehmigen, nicht etwa sollte nach Art der mittelalterlichen Privilegien an dem rechtsstaatlichen Grundsatz des für alle geltenden Gesetzes etwas geändert werden und ein der künftigen Gesetzgebung überlegenes, wohlerworbenes Recht geschaffen werden.

Vgl. die Entscheidung des Preuß. OVG., Bd. 49, S. 48; ME. vom 5. Oktober 1906 (Preuß. Ministerialblatt 1907, S. 153), wo darauf hingewiesen wird, daß gesetzlich unzulässige Bestimmungen der Eingemeindungsverträge auch durch die Genehmigung der Beschlußbehörde oder eine königliche Kabinettsorder keine Gültigkeit erlangen. Pr. Verw.-Bl. XXVII (1905), S. 135; *E. Loening*, Pr. Verw.-Bl. XXIX (1908), S. 661, wo es als selbstverständlich bezeichnet wird, daß durch einen Eingemeindungsvertrag die gesetzgebenden Faktoren nicht gebunden werden können; *Stier-Somlo* in *Fleischmanns* Wörterbuch des Verwaltungsrechts II, S. 45 f.; Preuß. Gemeindezeitung 1910, S. 197; Festschrift für *Zitelmann* 1913, S. 15;

Handbuch des Kommunal-, Verfassungs- und Verwaltungsrechts, 1919, I, S. 154; *Köbke,* Die Eingemeindung von Stadtgemeinden nach preußischem Verwaltungsrecht. Berlin 1909. S. 55 usw.

Wie nun auch immer durch den Eingemeindungsvertrag von 1906 die Verteilung der Stadtverordnetensitze geregelt worden sein mag. unter dem 29. April 1920 erging eine „Wahlordnung für die Gemeinde- und Kreistags- (Bezirkstags-)Wahlen im Saargebiet", welche die Regierungskommission auf Grund der §§ 19 und 28 der Anlage zum Abschnitt IV, Teil III des Friedensvertrags von Versailles erließ. Der eben genannte § 19 bestimmt, daß der Regierungsausschuß im Saargebiet alle Regierungsbefugnisse besitzt, welche früher dem Deutschen Reiche, Preußen und Bayern zustanden. Ob unter diesen Regierungsbefugnissen des § 19 auch eine Gesetzgebungsbefugnis enthalten ist, kann zweifelhaft sein; doch entspricht es der Praxis der Regierungskommission, wie auch einer in der Literatur zum Ausdruck gekommenen Auffassung. daß unter dem Wort „Regierung" in diesem § 19 nicht nur Regierung im engeren Sinne (d. h. das unter Beachtung der gesetzlichen Schranken erfolgende freie Handeln der Exekutive), sondern auch Vollziehung, Rechtsprechung und Gesetzgebung zu verstehen sei.

Vgl. *E. Bergmann,* Die Gesetzgebung im Saargebiet, M.-Gladbach 1924, S. 18/19

In § 23 der Anlage ist allerdings ebenfalls von einem Gesetzgebungsrecht der Regierungskommission die Rede, und zwar sollen die bestehenden deutschen. preußischen und bayerischen Gesetze grundsätzlich bestehen bleiben, die Regierungskommission aber soll die Befugnis haben, aus allgemeinen Gesichtspunkten, oder um diese Gesetze und Verordnungen mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages in Einklang zu bringen, Aenderungen vorzunehmen. Wie weit darin eine Schranke für das Gesetzgebungsrecht der Regierungskommission liegt, kann hier dahingestellt bleiben. Die Praxis der Regierungskommission als eines Gesetzgebers entspricht der Formulierung, welche *Priou, Le territoire de la Sarre,* 2. Aufl. 1923, S. 25 gegeben hat: daß die Regierungskommission *„plein pouvoir"* habe, Gesetze zu geben nach Einholung der Aeußerung des Landesrates.

Die Wahlordnung vom 29 April 1920 ist nicht auf Grund dieses § 23, sondern auf Grund der §§ 19 und 28 der Anlage ergangen, d. h. auf Grund der allgemeinen „Regierungs"befugnisse und einer besonderen Bestimmung, nämlich des § 28, welche vorsieht, daß die Einwohner örtliche Vertretungen behalten, das Wahlrecht nur für örtliche Vertretungen ausgeübt wird und daß jedem über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts dieses Wahlrecht zusteht. In § 28 liegt dem Wortlaute nach keine besondere Ermächtigung der Saarregierungskommission, gesetzliche Bestimmungen über das Wahlrecht zu erlassen; der Hinweis der Wahlordnung vom 29. April 1920 auf diesen § 28 hat also nur Bedeutung in Verbindung mit dem § 19, d. h. der Erlaß der Wahlordnung stützt sich auf die allgemeinen Regierungsbefugnisse, welche im gegebenen Falle dazu dienten, die Grundlage einer „Wahlordnung" zu bilden.

Obwohl diese Wahlordnung sich nicht auf den § 23, sondern auf § 19 beruft und nur von einem Beschluß der Regierungskommission in der Sitzung vom 28. April 1920, nicht aber von der Anhörung des Landesrates spricht, ist sie im Sinne des rechtsstaatlichen öffentlichen Rechts ein Akt der Gesetzgebung und kein Verwaltungsakt. Zwar ist bereits durch den § 28 das alte preußische Dreiklassenwahlrecht beseitigt und damit die wesentliche Voraussetzung des § 11 des Eingemeindungsvertrages entfallen. Aber die Wahlordnung ist nicht bloß eine Dienstanweisung zu jenem § 28, sondern enthält den üblichen Inhalt eines Wahlgesetzes für Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere Bestimmungen über die Zahl der Gemeindevertreter, welche sonst in Gesetzen wie Gemeindeordnungen oder Städteordnungen enthalten sind, über Kreis- und Bezirkstage usw. Zum Unterschied von der Ausführungsordnung vom 31. Mai 1920, welche der Präsident der Regierungskommission in ihrem Namen zu dieser Wahlordnung vom 29. April 1920 erlassen hat, ist sie materiell ein Gesetz, und zwar, von allem anderen abgesehen, schon deshalb, weil sie bestehendes Gesetzesrecht ändert. Auch wenn sie sich nicht auf den § 23, sondern nur auf die allgemeinen Regierungsbefugnisse des § 19 in Verbindung mit § 28 stützt, behält sie diesen Charakter, der sich aus ihrem Inhalt und ihrer Wirkung ergibt, und der nicht beliebig durch die Berufung auf den einen oder den anderen Paragraphen der Anlage verändert werden kann.

In ihrer Eigenschaft als materielles Gesetz beseitigte die Wahlordnung vom 29. April 1920 selbstverständlich auch alle mit ihr in Widerspruch stehenden Bestimmungen der Eingemeindungsverträge. Der Fall liegt nicht anders wie in deutschen Ländern, wo die Demokratisierung des Gemeindewahlrechts natürlich jede mit ihm nicht zu vereinbarende Bestimmung von Eingemeindungsverträgen beseitigt hat. Der § 11 des Eingemeindungsvertrages von 1906 widerspricht schon in seiner Voraussetzung, nämlich dem alten preußischen Dreiklassenwahlrecht, diesem neuen demokratischen Wahlrecht und ist damit entfallen. Aber auch abgesehen davon widerspricht es der neuen demokratischen Wahlordnung, daß innerhalb eines einheitlichen Bezirks durch irgendwie begründete Untereinteilungen das den demokratischen Gesetzesbestimmungen entsprechende Wahlergebnis abgeändert und in sein Gegenteil verkehrt werden kann. Vor einer Gesetzesbestimmung, welche das allgemeine, gleiche, direkte Listenwahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl einführt und wobei jeder Wähler je eine Stimme hat (§ 2 der Wahlordnung), ist es gesetzwidrig, wenn innerhalb des Gemeindebezirks Saarlouis einer Minderheit der Bevölkerung das Uebergewicht der Stimmen zugesichert wird. Das bedeutet nichts anderes, als die Einführung eines verschleierten Pluralwahlrechtes für Saarlouis, d. h. eine Durchbrechung der Wahlordnung vom 29. April 1920.

Es war daher ein Vorgang, der sich nach den Prinzipien rechtsstaatlicher Ordnung von selbst verstand, wenn die Regierungskommission in ihrer Verfügung vom 3. Juni 1920 dieses neue Wahlgesetz durchführte und in einem Schreiben vom 3. Juni 1920 erklärte, daß die Bestimmungen der Eingemeindungsverträge über die Verteilung der Stadtverordnetensitze durch die Bestimmungen der Wahlordnung über die Wahlbezirke und durch den § 28 der Wahlordnung, der ausdrücklich alle den Grundsätzen der Wahlordnung entgegenstehenden Einschränkungen der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit aufhebt, beseitigt sind. Es dürfte in einem modernen Staate etwas Ungeheuerliches sein, daß gegenüber einem Akte der gesetzgebenden staatlichen Gewalt eine Gemeinde sich auf einen zwischen Gemeinden abgeschlossenen Vertrag beruft, um für sich ein Privileg zu schaffen.

Wenn nunmehr die Verfügung der Regierungskommission vom 18. Mai 1923 und das Schreiben der Regierungskommission vom 11. Juni 1923 wieder auf den Eingemeindungsvertrag von 1906 zurückgreift und entgegen den Bestimmungen der Wahlordnung vom 29. April 1920 eine Verteilung der Stadtverordnetensitze im Verhältnisse 18:12 anordnet, so widerspricht das einer von der Regierungskommission selbst erlassenen gesetzlichen Anordnung und enthält den Versuch, allgemein geltende Bestimmungen für einen Einzelfall zu durchbrechen. Nachdem festgestellt ist, daß der Eingemeindungsvertrag mit der staatlichen Genehmigung ein Verwaltungsakt ist und einer neuen gesetzlichen Bestimmung gegenüber keine Vorbehalte begründen kann, die Wahlordnung vom 29. April 1920 aber ein Gesetz ist, erhebt sich daher jetzt die Frage, als was jene Verfügung vom 18. Mai 1923 in Verbindung mit dem

Schreiben vom 11. Juni 1923 sich darstellt, und wie es nach den Prinzipien irgend einer Rechtsordnung erklärlich sein könnte, daß von der allgemeinen generellen Regelung einer gesetzlichen Anordnung eine Ausnahme statuiert wird. Das Schreiben vom 11. Juni 1923 spricht davon, daß bei der Wahlordnung von 1920 die Regierungskommission „auf Grund der Stellungnahme der politischen Parteien glaubte, hierdurch den Wünschen der beteiligten Bevölkerungskreise zu entsprechen“, und daß sich später ergeben habe, „daß die Bewohner von Saarlouis sich durch die Beseitigung ihrer durch Vertrag mit Roden erworbenen Rechte erheblich beeinträchtigt fühlten“. Es mag sein, daß die Bewohner von Saarlouis sich in dieser Weise erheblich beeinträchtigt fühlen. Es wird bei jeder gesetzlichen Neuregelung Teile der Bevölkerung geben, die ein Interesse an dem bisher bestehenden Zustande haben, insbesondere wird das bei der Einführung demokratischer Gesetze der Fall sein. Aber darin liegt selbstverständlich kein Rechtstitel für ein Privileg, und es bleibt die Frage, was jene Verfügung vom 18. Mai 1923 in Verbindung mit dem Schreiben vom 11. Juni 1923 rechtlich eigentlich bedeutet.

Wenn die Verfügung nur ein Verwaltungsakt ist, so kann sie ein bestehendes Gesetz nicht durchbrechen. Auch der Hinweis auf die Vertragsrechte der Bürger von Saarlouis kann der Exekutive nicht das Recht geben, sich über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinwegzusetzen. Es wird keine rechtsstaatliche Ordnung in irgend einem zivilisierten Lande geben, in welchem die Verwaltung oder die Exekutive, weil sie es für „angebracht“ hält und weil ein Teil der Bevölkerung ein Interesse daran hat, das Recht hätte, ein Gesetz zu mißachten. Entweder muß dieses Gesetz geändert werden, oder die Verwaltung hat sich ihm zu fügen. Daß von „erworbenen Rechten“ im Sinne mittelalterlicher „wohlerworbener Rechte“, d. h. eines über den Gesetzen stehenden Privilegs nicht die Rede sein kann, wurde oben schon erwähnt. Als Verwaltungsakt könnte die Verfügung der Regierungskommission vom Mai 1923 nur dann rechtsgültig werden, wenn das Gesetz, d. h. § 28 der Anlage zu Abschnitt IV Teil III des Friedensvertrages von Versailles und die Wahlordnung vom 29. April 1920 geändert würde. Denn in diesen Gesetzen finden sich keinerlei Vorbehalte, weder zugunsten von Eingemeindungsverträgen überhaupt, noch zugunsten von Saarlouis im besonderen. Ein Verwaltungsakt kann selbstverständlich kein das Gesetz durchbrechendes Sonderrecht für Saarlouis schaffen.

Die andere Möglichkeit wäre, daß die Verfügung vom 18. Mai 1923 in sich selbst einen Akt der Gesetzgebung enthalten soll, sich also eine konstitutive Kraft zuschreibt, kraft welcher sie bestehende Gesetze aufheben oder für einen individuellen Fall durchbrechen kann. Das würde bedeuten, daß die Regierungskommission des Saargebietes für sich die Befugnis in Anspruch nimmt, von ihr selbst erlassene, generelle gesetzliche Bestimmungen im Einzelfall abzuändern, und zwar durch eine individuelle Anordnung. Die auf Grund des Vertrages von Versailles eingetretene Regelung der öffentlichrechtlichen Zustände im Saargebiet enthält aber immerhin noch soviel von rechtsstaatlicher Ordnung, daß die Grundlage dieser Ordnung bestehen bleiben muß, und das ist der in jeder staatlichen Ordnung irgendeiner zivilisierten Nation anerkannte Grundsatz des „Vorrangs des Gesetzes“: eine generelle gesetzliche Anordnung kann nicht durch eine individuelle Verfügung durchbrochen werden. Ich brauche hier nicht die übereinstimmenden Aeußerungen der Autoren des öffentlichen Rechts aller europäischen Länder als Beweis dafür heranzuziehen, daß dieser Satz die Grundlage jeder rechtsstaatlichen Ordnung bildet. Wenn die Regierungskommission des Saargebietes wirklich *„plein pouvoir“* zur Gesetzgebung hat, so hat sie das doch nur zur Gesetzgebung im Sinne moderner rechtsstaatlicher Auffassung. In der absoluten Monarchie hatte der absolute Fürst das Recht, „Privilegien“ zu schaffen,

d. h. (nach *Esmein*) Gesetze, die nur für einen oder einige Untertanen gelten und diese außerhalb des gemeinen Rechts stellen. Eine solche Art des Absolutismus des 18. Jahrhunderts für das Saargebiet einzuführen, war nicht die Absicht des Vertrages von Versailles. Dafür ist die Bindung an das Gesetz doch wohl ein allzu selbstverständlicher Grundsatz jeder Art von staatlicher und rechtlicher Ordnung im modernen Sinne, als daß eine zur Ausübung von Regierungsbefugnissen bestimmte Kommission — selbst, wenn sie gleichzeitig Gesetzgebungs- und exekutive Befugnisse hat — nicht an ihre eigenen generellen Anordnungen gebunden wäre und, ohne ein neues Gesetz zu erlassen, von ihren Gesetzen von Fall zu Fall nach ihrem Ermessen mit irgend einer Begründung Ausnahmen verfügen könnte. Eine derartige Befugnis, sich über die Gesetze hinwegzusetzen, würde an einem für europäische Verhältnisse erstaunlichen Falle das realisieren, was die bedeutendsten Staatsrechtslehrer Frankreichs als Kriterium eines „*gouvernement arbitraire*“ im Gegensatz zu einem „*gouvernement légale*“ bezeichnen. Ich kann mich hier damit begnügen, auf das Werk von *Esmein* zu verweisen und folgende Sätze eines Staatsrechtslehrers von internationalem Ruf, *Léon Duguit (Traité de droit constitutionnel*, 2. Aufl., Bd. II, Paris 1923, S. 153/154) zu zitieren: „Der Staat kann alles tun, aber nur durch generelle Anordnungen, also durch Gesetz, nicht durch individuelle Anweisungen“. „*La décision individuelle du gouvernement est tyrannique, si elle n'est pas l'application de la loi, c'est à dire d'une règle générale formulée pour tous. Le tyran est celui qui prend des décisions individuelles en dehors des lois*“ .... „*tout pays qui ne reconnaît pas ce caractère à la loi vit sous un régime d'arbitraire; et tout juriste qui nie ce caractère n'a d'autre but conscient ou inconscient que de donner à l'arbitraire une apparence juridique.*“

Ist aber nicht anzunehmen, daß die Regierungskommission eine solche Art von Willkür für sich in Anspruch nimmt, so kann es keine Frage sein, daß die in dem Eingemeindungsvertrag von 1906 vereinbarten Besonderheiten gegenüber dem § 28 der Anlage zu Abschnitt IV, Teil III des Vertrages von Versailles und der Wahlordnung vom 29. April 1920 keine Geltung beanspruchen konnte, daß die Verfügung vom 18. Mai 1923 rechtsunwirksam und die in dem Schreiben vom 11. Juni 1923 enthaltene Begründung unhaltbar ist. Die Wahlordnung vom 29. April 1920 muß also für die Gemeinde Saarlouis, wie für jede andere Gemeinde des Saargebietes, ohne Rücksicht auf Eingemeindungsverträge zur Anwendung kommen und die im Saargebiet bestehende Rechtsordnung bietet keine rechtliche Möglichkeit, für einen Teil der Bevölkerung ein Privilegium zu begründen.

Professor Dr. *Carl Schmitt*, Bonn a. Rh.

2. Norwegische Völkerrechtsliteratur.

Unter dem Titel „Mellomfolkelige Rettspleie“ (Internationale Rechtspflege) hat der Norweger *Frede Castberg*, Dozent an der Universität Oslo, eine Reihe von Vorträgen veröffentlicht, die er am norwegischen Nobelinstitut gehalten hat und die teilweise zugleich in der „*Revue de Droit international et de Législation comparée*“ zum Abdrucke gelangen. Es ist zu bedauern, daß nicht das ganze Buch in einer der großen Sprachen erscheint. Denn es behandelt in kenntnisreicher Weise gerade die Seite des Völkerrechts, wo meines Erachtens die Hauptfortschritte seit 1914 liegen. Von historischen Betrachtungen sieht es ab und faßt nur aktuelles Recht ins Auge. Es benutzt die neuere Literatur und die neueren völkerrechtlichen Dokumente in bewunderungswürdiger Weise. Außer den Schätzen der Universitätsbibliothek zu Oslo, an deren Sammlung deren Oberbibliothekar *Drolsum* ein so hervorragendes Verdienst hat, haben dem Verfasser gewiß auch die Bücher, Akten und Dokumente des norwegischen auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden. Hat *Castberg* doch z. B. an dem Zustandekommen des dänisch-norwegischen Grönlandvertrages vom 9. Juli 1924 als Sachverständiger teilgenommen, zu dem er unter dem Titel „Oestgrönlandsavtalen“ eine beachtenswerte Schrift veröffentlicht hat. Auf die Einzelheiten kann bei dem Gegenstande desselben eine einfache Besprechung nicht eingehen. Nur in einer eigenen Darstellung des gleichen Gegenstandes vermöchte zu *Festbergs* Urteilen Stellung genommen werden. Es geht ein Zug starken Glaubens an sich und an die vertretenen Gedanken durch das Werk, — ein Zug, der an jenen starken Glauben erinnert, welcher die Unabhängigkeitserklärung der amerikanischen Kolonien usw. durchweht. In diesem Zuge, der für den Geist des jugendlichen Volkes des Verfassers in weitem Maße charakteristisch sein dürfte, liegt ein Moment ungemeiner Stärke, wenn auch andererseits einer Schwäche. Die viel relativierteren und so gleichsam „älteren“ Menschen Mitteleuropas würden jedenfalls schwerer in gleich kühner Weise ihre Ansichten über das Wesen des Völkerrechts, der internationalen Moral usw. entwickeln, wie es *Castberg* S. 10ff. tut. Ueberlegungen von dieser Art tut *Castberg* in — wie ich sagen möchte — „nicht *Castberg*'scher Art“ von sich ab, indem er sagt: „Das, was in erster und letzter Linie interessiert — sowohl unter praktischem wie theoretischem Gesichtspunkte — das ist nicht die Frage der Einordnung des Völkerrechts in ein Begriffssystem, sondern vielmehr die Frage nach seiner faktischen Bedeutung und seinem Werte im internationalen Leben“ (S. 16). *Castberg* verweilt nicht viel bei dem Schleifen des Messers, sondern begibt sich frisch an die Operation. Und er tut wohl gut daran. Denn der Weltkrieg und die Nachkriegszeit hat ein so ungeheures Material gebracht, daß es besser ist, den Stoff erst einmal durchzuarbeiten, ohne sich lange in der Vorrede aufzuhalten und zu untersuchen, ob die angewandten Begriffe und Methoden auch die besten sind. So hat *Castberg* ein lebendiges Bild seines Gegenstandes entworfen, das, wenn es auch nicht überall Neues bringt und auch nicht überall unanfechtbar ist oder erschöpfend wäre — welches völkerrechtliche Werk wäre es wohl —, eine wirkliche Aufbereitung des Materials bedeutet. Besondere Freude hat *Castberg* offenbar an logischen Ueberlegungen, die für den Juristen so unentbehrlich sind. An mehr als einer Stelle finden sich in dieser wie in seinen anderen Untersuchungen*) derart Nachprüfungen logischer Schlüsse und eigene logische Konstruktionen, daß dieser Zug hervorgehoben werden darf. Es ist nach alledem wohl überflüssig zu sagen, daß hinsichtlich der kommenden Entwicklung *Castberg* den zukunftsfrohen Glauben der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung teilt. So sagt er denn am Schlusse vom Genfer Protokoll vom 2. Oktober 1924: „..... es ist nicht verwirklicht worden. Doch früher oder später dürften die dem Protokoll zugrunde liegenden Ideen realisiert werden. — Nach meiner Auffassung ist kein Grund zu zweifeln vorhanden, daß es einmal so geschehen wird“. Immerhin verliert sich *Castberg* nicht in solche Gedanken. Im selben Atemzuge legt er vielmehr kritisch den Finger auf eines der größten Probleme — eines von denen, die in die gegenwärtigen Sicherheitspaktverhandlungen ihre Schatten werfen. S. 152 heißt es: das Zwangsmittelsystem des Völkerbundes sei mangelhaft. „Die Staaten, welche die Zwangsmittel zu verwirklichen haben, entscheiden jeder für sich, ob die Bedingungen für die Ingangsetzung vorliegen, und man hat keine Garantien, daß nicht die Staaten insofern einen verschiedenen Standpunkt einnehmen. Internationale Organe für die Vorbereitung und Durchführung der Zwangsaktionen des Bundes sind nicht geschaffen ..... Es wird Sache der Zukunft sein, das Zwangsmittelsystem des Paktes so auszubauen, daß es den Mitgliedsstaaten größere Sicherheit gegen Angriffe bieten kann. Eine andere Zukunftsaufgabe besteht darin, die Zuständigkeit des Bundes in internationalen Streitfällen so zu erweitern, daß die Entscheidung eines jeglichen Konflikts zwischen Bundesmitgliedern durch internationale Institutionen verlangt werden kann“.

---

*) So in dem staatsrechtlichem Buche „Grunnlovens forbud mot å gi lover tilbeke virkende Kraft“ (Das Verfassungsverbot gegen rückwirkende Kraft der Gesetze; Kristiania 1919).

Privatdozent Dr. *Wolgast,* Königsberg.

Rechtsprechung.

Deutschland.

Gerichtsstand für die Klage aus unlauterem Wettbewerb am Orte der deutschen Zweigniederlassung, wenn außerdem eine Zweigniederlassung im Ausland besteht.

RG. 25. 6. 1915; D./C. (Hanseat. Gerichtszeitung, Hauptblatt 1916, S. 9).

„Die Parteien stehen im Waffen- und Munitionsgeschäft nach China im Wettbewerb. Die Beklagte hat nach Behauptung der Klägerin von ihrer Zweigniederlassung in Peking aus einen Brief mit unrichtigen Behauptungen an den chinesischen Kriegsminister gerichtet und Klägerin hat, auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, bei dem L.G. Hamburg klagend beantragt, die Beklagte zu verurteilen, daß sie diese Behauptungen unterläßt.

Beklagte hat die Einrede der örtlichen Unzuständigkeit des Gerichts erhoben. Die Beklagte hat ihre Hauptniederlassung in Shanghai. Sie hat mehrere Zweigniederlassungen, darunter eine in Deutschland, nämlich in Hamburg und eine in Peking.

Das L.G. Hamburg hat die Einrede zurückgewiesen.

Auf die Berufung der Beklagten hat das O.L.G. IV die Klage wegen örtlicher Unzuständigkeit des Gerichts abgewiesen.

Vom R.G. (II 98/15) wurde durch Urteil vom 25. Juni 1915 das Urteil des L.G. wieder hergestellt.

Gründe: Es handelt sich um eine Klage aus unlauterem Wettbewerb. Nach dem Stande der Parteibehauptungen hat Klägerin ihre Niederlassung in Hamburg, während Beklagte mehrere Niederlassungen besitzt, die Hauptniederlassung in Shanghai, Zweigniederlassungen in Hamburg und Peking. Danach erscheint der Gerichtsstand in Hamburg nach § 24 Satz 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ohne weiteres gegeben. Allerdings spricht das Gesetz so, wie der Wortlaut gefaßt ist, nur von den Fällen, wo der Beklagte überhaupt nur eine Niederlassung besitzt. Daher treten Zweifel auf, wenn infolge davon, daß mehrere Niederlassungen bestehen, die Möglichkeit einer Wahl zwischen mehreren Gerichten sich auftut, während doch zugleich der Gerichtsstand ein ausschließlicher sein soll und zwar, nebenbei gesagt, deshalb ein ausschließlicher, um bei der Möglichkeit, daß bis zu einem gewissen Grade jedermann aus dem Volke die Klage erheben kann, den Beklagten vor dem Uebelstande zu bewahren, daß er wegen eines und desselben Tatbestandes an ungezählten verschiedenen Orten Rede und Antwort stehen muß. Es ist das die Frage, mit der sich die Entscheidung Bd. 44 S. 362 ff. beschäftigt, die zu dem Ergebnisse gelangt, daß der Ort der Niederlassung entscheide, auf deren Geschäftsbetrieb sich die Wettbewerbshandlung „bezieht“. Aber diese Zweifel sind doch nur möglich, wenn es sich um mehrere Niederlassungen innerhalb des Deutschen Reichs handelt. Befindet sich nur eine Niederlassung im Inlande, so begründet diese einen inländischen Gerichtsstand, mag auch der Inhaber im Auslande noch Niederlassungen haben und mag auch die im Ausland befindliche Niederlassung die Hauptniederlassung sein oder diejenige, auf welche sich die unlautere Reklame bezogen hat.

Insoweit ergibt sich ganz zwanglos die Zuständigkeit des hamburgischen Gerichts. Bedenken könnten nur auftreten, weil die Beklagte noch eine Niederlassung in Peking hat und Peking in einem deutschen Konsulargerichtsbezirk liegt (und, wie man hinzusetzen muß, die Pekinger Vertreter der Beklagten unbestrittenermaßen dieser Gerichtsbarkeit unterstehen). Nach § 19 des K.G.G. gilt das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und also mit ihm der § 24 auch in den Kons.-Gerichts-Bezirken und es fragt sich, welche Bedeutung das für unsere Frage hat. Wenn das R.G. in Entscheidungen Bd. 79 S. 262 ff. erklärt hat, daß bei Anwendung des § 28 diese Bezirke dem Inland gleichzuachten sind, so hat das für die gegenwärtige Frage keine ausschlaggebende Bedeutung. Es handelte sich dort darum, ob, wenn ein Eingesessener eines solchen Bezirks (und, wie man wieder hinzusetzen muß, dem deutschen Gericht Unterworfener) nicht verklagt wird, sondern klagt, ihm gegenüber auf Gewähr allgemeiner Gegenseitigkeit zu bestehen ist, obwohl doch in Beziehung auf seine Persönlichkeit die Gegenseitigkeit jedenfalls insofern gewährleistet erscheint, als er dem deutschen Recht untersteht. Daß das R.G. das verneint hat, ist für die gegenwärtige Frage ohne Bedeutung.

Auf der anderen Seite ist der Gedanke, daß die Konsulargerichtsbezirke in gewissem Sinne „als Inland zu gelten“ haben, nicht so abwegig, wie das L.G. es angenommen hat. Die Frage hat eine allgemeinere Bedeutung. Die durch § 19 des K.G.G. eingeführten deutschen Gesetze enthalten zahlreiche Bestimmungen, wo verschiedene Folgen ausgesprochen werden, je nachdem ein bestimmtes Tatbestandsmoment sich im Inland vollzieht oder vollzogen hat, oder im Ausland. Alle diese Bestimmungen setzen die Anwendung voraus innerhalb des Deutschen Reichs, und die immer wiederkehrende Frage ist, welche der beiden Alternativen zu gelten hat, wenn das Gesetz im Konsulargerichtsbezirk anzuwenden, d. h. also entsprechend anzuwenden ist.

Der § 26 K.G.G. hat die Regelung dieser Frage einer Kaiserlichen Verordnung vorbehalten, die bisher nicht ergangen ist, und nähere Ueberlegung zeigt auch sofort, daß die Frage überhaupt nicht allgemein und abstrakt entschieden werden kann, sondern nur von Fall zu Fall. Und wenn in den Motiven zum Gesetz als leitendes Prinzip genannt wird die Unterscheidung, ob das Gesetz aus Rücksicht auf die weitere Entfernung oder aus Rücksicht auf die weniger gesicherten Rechtszustände Verschiedenes bestimmt hat, je nachdem ob Inland oder Ausland, so ist das sicherlich ein in vielen Fällen brauchbarer Anhaltspunkt, nur kann nicht verkannt werden, daß in vielen, wenn nicht den meisten Fällen, beide Gesichtspunkte mitgesprochen haben werden.

Wenn nach § 10 B.G.B. die Ehefrau dem Manne, der seinen Wohnsitz verlegt, nach dort folgen muß, es sei denn, daß er ins Ausland geht, oder wenn nach § 1602 B.G.B. das Kind wegen seines Unterhaltes zunächst den Vater, erst in zweiter Linie den Großvater angehen kann, dieser aber sich der Verpflichtung nicht entziehen kann, wenn der Vater im Ausland wohnt, so wird man bei der Anwendung dieser Bestimmungen auf deutsche Verhältnisse nicht zweifeln, daß die Frau dem Manne nicht zu folgen braucht, der Großvater das Enkelkind unterhalten muß, wenn der Mann oder der Vater sich nach China, mag es auch innerhalb eines Konsular-Gerichtsbezirks sein, begibt. Wenn dagegen die Eheleute oder Großvater, Vater und Kind in Peking wohnen und nun der Ehemann oder der Vater seinen Wohnsitz verlegt, dann wird bei entsprechender Anwendung jener Vorschriften die eine oder die andere Alternative gelten, je nachdem der neu gewählte Ort innerhalb desselben Konsular-Gerichtsbezirks liegt oder außerhalb irgendwo im Ausland. In diesem Sinne läßt sich sagen, daß für den betreffenden Fall der Tientsiner

Bezirk für Inland, Japan usw. dagegen für Ausland gilt, und vielleicht nur dann könnte die Frage wieder zweifelhaft werden, wenn sich der Mann oder der Vater nach Deutschland begeben hätte.

Was insbesondere die Frage nach dem Gerichtsstand angeht, so wird, wenn die Eheleute ihren Wohnsitz in Hamburg gehabt haben, die Frau die Scheidungsklage auch dann in Hamburg erheben können und müssen, wenn der Mann sie verlassen und seinen Wohnsitz nach Peking verlegt hat, Z.P.O. § 606 Abs. 2; sie wird nicht genötigt sein, sich an das dortige Konsulargericht zu wenden. Wohl aber wird sie nach § 606 Abs. 1 Z P.O. dort zu klagen haben, wenn die Eheleute ihren gemeinschaftlichen Wohnsitz in Peking gehabt haben und der Mann entweder dort noch wohnt (Abs. 1) oder sich nach Japan usw. (Abs. 2), schließlich wohl auch dann, wenn er sich nach Deutschland begeben hat.

Es kommt mit anderen Worten auf die ganzen Umstände des Falles an, nicht nur darauf, wo der Beklagte seinen Wohnsitz, oder seine Niederlassung, seinen Aufenthalt hat usw.

Es ist zu beachten, daß das Gesetz über die Konsular-Gerichtsbarkeit bei der einen Materie, die es in dieser Richtung selbst geregelt hat, weil diese Regelung ein dringendes praktisches Bedürfnis war, nämlich beim Zustellungswesen, nicht nur selbstverständlich danach entscheidet, wo sich der Empfänger der Zustellung aufhält, sondern auch danach, wo sich derjenige befindet, der den Auftrag zur Zustellung gibt. Der Gerichtsbezirk gilt als Inland, wenn sich der Auftraggeber in demselben Bezirke befindet, sonst als Ausland, § 28 Kons.-Gerichtsb.-Ges.

Man würde daher im vorliegenden Falle einen Gerichtsstand in Tientsin anzunehmen haben, wenn die Klägerin ihre Niederlassung oder überhaupt eine Niederlassung im dortigen Bezirk hätte, worüber nichts feststeht und auch in den unteren Instanzen Behauptungen nicht aufgestellt sind. Aber man wird nicht die hamburgische Firma nötigen wollen, sich mit ihrer Klage an die Gerichte in Ostasien zu wenden.

Aber auch wenn bei Anwendung des deutschen Rechts auf die Konsular-Gerichtsbezirke und deren Eingesessene von anderen Grundsätzen auszugehen wäre oder wenn man nach der einen oder anderen Richtung noch zu anderen Ergebnissen als den obigen gelangen müßte, so würde gleichwohl im gegenwärtigen Falle an der Zuständigkeit Hamburgs nicht zu zweifeln sein. Selbst wenn man annähme, daß die Anwendung des auch in Peking geltenden Satz 1 des § 24 ohne weiteres auf die mehreren Gerichtsstände nach Maßgabe der mehreren Niederlassungen der Beklagten führte, ohne Unterschied, ob diese sich im Inlande befinden oder in einem Konsular-Gerichtsbezirke, so läge die Frage hier doch noch wesentlich anders, wie in dem von diesem Senat entschiedenen, im 44. Bande der Entscheidungen berichteten Falle. Ob überhaupt an dem dort aufgestellten Prinzip festzuhalten ist, ob es nicht zahlreiche Fälle geben wird, wo dieses Prinzip versagt, weil die Bedeutung der Reklame sich nicht auf die eine einzelne Niederlassung beschränkt, mag hier dahingestellt bleiben. Wo es die Wahl zwischen mehreren Plätzen des Inlandes gilt, mag jenem Momente des sachlichen Zusammenhanges der Reklame mit dem Geschäftsbetrieb der einzelnen Niederlassung entscheidende Bedeutung beizumessen sein. Um aber den Kläger in Deutschland mit seiner Klage gegen einen Gegner, der in derselben Stadt wohnt, wie er, an ein Gericht in Ostasien zu verweisen, erscheint es nicht bedeutsam genug, zumal keine Gewähr besteht, daß damit die allerdings denkbaren Fälle wirklich auch getroffen werden, wo wegen der Beurteilung der Verhältnisse, Feststellung des Tatbestandes usw. es praktisch wäre, die Sache vor dem Konsulargericht zu verhandeln.“

Ausländische Selbstverwaltungskörper (Kreisverbände) unterliegen grundsätzlich der inländischen Gerichtsbarkeit gemäß den allgemeinen Vorschriften des Gerichtsstandes.

RG. 20. 3. 1925; III. 110/24 (Juristische Wochenschrift 1925, S. 1291).

Durch die Grenzziehung nach dem VV. ist der Kreis Neustadt in drei Teile zerrissen. Ein Teil ist bei Preußen — Kreis Lauenburg — geblieben, ein zweiter ist zum Freistaat Danzig und ein dritter zu Polen gekommen. Letzteres hat einen Teil dem Nachbarkreis Puck (Putzig) zugeschlagen, der Rest ist als Kreis Weyherowo (Neustadt) organisiert. Der preußische Kreis Neustadt hatte eine Starkstromanlage erbaut, von der etwa 10 km Hochspannungsleitung noch jetzt auf dem preußischen Gebiete sich befinden. Der Kläger. der 1918 für 5 Jahre als Ingenieur bei dem Kreise Neustadt angestellt wurde, behauptet, der Kreis Weyherowo sei in den Vertrag mit ihm eingetreten und habe bis zum 1. März 1920 seine Verpflichtungen erfüllt. Danach habe er aber zunächst sein Einkommen willkürlich herabgesetzt und ihn schließlich fristlos entlassen. Er hat Klage auf Zahlung des rückständigen Gehalts erhoben, wurde aber von den Vorinstanzen wegen örtlicher Unzuständigkeit abgewiesen. Seine Revision hatte keinen Erfolg. Das BG. ist mit Recht davon ausgegangen, daß seine Zuständigkeit durch die Bestimmung des Art. 304 b, Abs. 2 VV., nach der alle Streitfragen bezüglich der vor Inkrafttreten des VV. zwischen Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte und deutschen Reichsangehörigen geschlossenen Verträge durch den gemischten Schiedsgerichtshof zu regeln sind, nicht in Frage gestellt werde. Allerdings geht der Grund, der Vertrag vom 21. Dezember 1918 sei zwischen deutschen (preußischen) Staatsangehörigen geschlossen worden, fehl. Denn zu den Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte sind, wie das RG. 106, 56 ausgesprochen hat, auch die früheren Reichsangehörigen zu rechnen, die in einem von dem Deutschen Reiche an eine alliierte oder assoziierte Macht abgetretenen Gebiete wohnen und Staatsangehörige dieser Macht geworden sind. Andererseits hat aber der Beklagte die Verpflichtungen, auf die der Kläger seine Ansprüche stützt, erst im Februar 1920 nach der Besetzung des Kreises Neustadt übernommen. Ein Vertragsverhältnis zwischen den Parteien ist also erst nach dem Inkrafttreten des FV. zustande gekommen. Die Frage, ob ein fremder Staat vor deutschen Gerichten verklagt werden kann, hat das BG. abweichend von der in RG. 62, 165 ausgesprochenen Auffassung beantwortet. Einer Richtigstellung zu diesem Punkte bedarf es nicht. Was dort aus der im internationalen Verkehr anerkannten Unabhängigkeit und Gleichheit souveräner Staaten gefolgert ist, daß nämlich ein Staat an seiner völkerrechtlichen Unabhängigkeit auch dann Einbuße erleiden würde, wenn er aus rein privatrechtlichen Ansprüchen vor den Gerichten eines anderen Staates belangt und damit der Staatsgewalt dieses Staates als der Trägerin der Rechtsprechung unterstellt würde, trifft für den Beklagten nicht zu. Ihm als einem Kreisverbande fehlen diese völkerrechtlichen Eigenschaften, die eine Inanspruchnahme vor inländischen Gerichten ausschließen, und er kann aus rein privatrechtlichen Verhältnissen, sobald die übrigen Voraussetzungen gegeben sind, vor deutschen Gerichten belangt werden. Hierin ist dem Berufungsurteil in seinem Endergebnisse zuzustimmen. Die Entscheidung dreht sich hiernach lediglich um die Frage, ob der Beklagte im Inlande Vermögen besitzt und damit der Gerichtsstand des § 23 ZPO. gegeben ist. Den hierfür obliegenden Beweis hat der Kläger nicht geführt. Die Anlage ist von dem früheren preußischen Kreise Neustadt erbaut und war sein Eigentum. Die Rechtspersönlichkeit dieses Kreises als einer öffentlichrechtlichen Körperschaft beruhte auf seiner Errichtung durch den preußischen

Staat, dessen Kreisordnung vom 13. Dezember 1872/19. März 1881 eine Bildung von Kreisen unter Zuweisung eines bestimmten Gebietes und eine Aenderung dieser Gebietsgrenzen nur im Wege der Gesetzgebung zuließ. Seine Rechtspersönlichkeit war an das ihm zugewiesene Gebiet gebunden. Nun ist dieses durch die Ausführung des VV. auseinandergerissen und zu einem Teile an den Freistaat Danzig, zum anderen an Polen gefallen, ein Rest ist bei Preußen geblieben. Polen hat das ihm zugeteilte Stück wiederum in zwei Teile gespalten und den einen dem polnischen Kreise Puck zugewiesen, aus dem anderen den Kreis Weyherowo gebildet. Damit ist die Rechtspersönlichkeit des alten Kreises erloschen. Wenn Kläger also behaupten will. daß an dem jetzt noch in Preußen liegenden Stück der Leitung Vermögensrechte des Beklagten bestehen, so muß er dartun, daß sie in irgendeiner Form auf den Beklagten übergegangen sind, daß er der Rechtsnachfolger des alten preußischen Kreises geworden ist. Einen privatrechtlichen Titel, der eine Sondernachfolge begründet hätte, hat der Kläger nicht behauptet. Wenn der Kreis Weyherowo, wie Kläger behauptet, die Aktiva und Passiva des Kreises Neustadt und die Verzinsung und Tilgung der Anleihe, aus der die Leitung erbaut ist, übernommen hat, so genügte diese einseitige Erklärung nicht, ihm nun auch die Vermögensrechte des alten Kreises zu übertragen. Und wenn die Ueberlandzentrale in Stolp mit dem Beklagten in ein Verrechnungsverhältnis auch bezüglich des in Preußen liegenden Teiles der Leitung getreten sein sollte, wie Kläger behauptet, so kann auch dieser Umstand nicht dartun, daß Beklagter Vermögensrechte an diesem Teile besitzt. Aber auch die völkerrechtlichen Vorgänge bieten hierfür keinen Anhalt. Will man die auf Grund des VV. eingetretene Staatensukzession nicht auf das Eigentum des früheren Staates beschränken, sondern es auch auf das Eigentum von öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörpern ausdehnen, so muß sie jedenfalls vor den territorialen Grenzen haltmachen. Das ist an sich selbstverständlich, aber auch die einhellige Ansicht des Schrifttums (*Struyken,* Studien zur Lehre von der Staatensukzession in Abhandlungen zum Friedensvertrage). Der in Preußen belegene Teil der Leitung unterlag also der Staatensukzession seitens des Staates Polen nicht. Weitergehende Rechte als dieser konnte aber der neue, erst von ihm geschaffene Kreis Weyherowo aus den völkerrechtlichen Vorgängen nicht erwerben. Sonach sind Vermögensrechte des Beklagten weder aus einer Sondernachfolge in die Rechte des früheren Kreises Neustadt, noch aus dem VV. herzuleiten, soweit der hier fragliche Teil der Leitung in Betracht kommt. Wem dieser Teil zugefallen ist, bedarf keiner Untersuchung. Ein Gerichtsstand des Beklagten aus § 23 ZPO. ist danach nicht dargetan.

Schiffsversicherung. Maßgeblichkeit des Rechtes des (behaupteten, aber als solcher mangels Erfüllungspflicht nicht vorhandenen) Erfüllungsortes.

RG. 16. 1. 1925; VI 371/1924, Versicherungsaktiengesellschaft Heimdall in Stockholm / Bremer Allg. Versicherungsgesellschaft Securitas (Hanseatische Rechtszeitschrift 1925, Sp. 310).

Die inzwischen aufgelöste Aktiengesellschaft *Baldwin Larson & Co.* in Stockholm war früher Agentin für eine größere Anzahl von Versicherungsgesellschaften, darunter auch für die Beklagte. Die Klägerin behauptet, daß sie mit der Beklagten im Jahre 1920 gewisse Rückversicherungsverträge bezüglich des Seglers „Sunwind“ und der Dampfer „Sunlicht“, „Gösta“ und

„Margarethe“ abgeschlossen habe; die Beklagte sei dabei durch ihre vorgenannte, zum Abschluß berechtigte Agentin vertreten gewesen. Die Klägerin verlangt mit ihrer Klage von der Beklagten Erstattung von 4558,16 schwedischen Kronen nebst Zinsen; in dieser Höhe sei die Beklagte auf Grund des Rückversicherungsvertrages verhaftet für Schäden, welche die Klägerin habe decken müssen. Die Beklagte hat bestritten, mit der Klägerin in ein Vertragsverhältnis getreten zu sein. Das Landgericht hat ein Vertragsverhältnis der Parteien angenommen und die Beklagte antragsgemäß verurteilt. Das Oberlandesgericht hat das unmittelbare Vertragsverhältnis der Parteien verneint und die Klage abgewiesen. Die Revision der Klägerin hat das RG. zurückgewiesen.

Aus den Gründen: Die Frage, ob schwedisches Recht anzuwenden sei, brauchte das Oberlandesgericht bei der Beurteilung des Klagevorbringens nicht zu prüfen. Die Klägerin behauptete, mit der Beklagten einen Vertrag geschlossen zu haben. *Wäre dieser Vertrag wirklich zustande gekommen, so wäre für ihn als den in Deutschland zu erfüllenden Vertrag einer deutschen Versicherungsgesellschaft das deutsche Recht maßgebend gewesen. Mit Recht hat deshalb der Berufungsrichter bei seiner Entscheidung grundsätzlich deutsches Recht angewendet.*

Anmerkung: Die in vorstehendem Abdruck erfolgte Hervorhebung des letzten Satzes wird einer Erklärung kaum bedürfen. Das Vorliegen eines Vertrages wird vom Richter verneint. Aber es wird ein Erfüllungsort hervorgezaubert, um nach dessen Recht zu urteilen! *Th. Niemeyer.*

Berner Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, Art. 34. Aufwertung der Schadensersatzforderung, wenn der Auslieferungsort in Deutschland liegt.

RG. 5. 1. 1925; I 241/24; Allg. Versicherungsges. Ph./Deutsche Reichsbahnges.

Am 8. März 1921 lieferte die Speditionsfirma *N.* in Bremen mit internationalem Frachtbrief einen Ballen Wollwaren bei der Reichsbahn zur Beförderung an die Firma *W.* in Wien auf. Die Sendung ist in Verlust geraten. Die Klägerin hatte die Versicherung des Ballens zum Fakturenbetrag von 119.5.5 £ übernommen, zahlte diese Summe der Empfängerin aus und erhielt von ihr die gegenwärtige Schadensersatzforderung abgetreten. Am 13./20. April 1922 verlangte sie von der Eisenbahn Zahlung des Betrags von 119.5.5 £ und erhielt von ihr am 23. Februar 1923 29 420,83 ℳ und 175 österreichische Kronen gezahlt. Diese Zahlung entsprach dem Kurse des englischen Pfundes vom 8. März 1921.

Mit der gegenwärtigen Klage begehrt die Klägerin Zahlung von 118.19.11 £. Abgerechnet sind dabei die mit 5 sh 6 d umgerechneten Zahlungen der Beklagten. Hilfsweise wird Zahlung des zur Anschaffung dieser Summe am Zahlungstag erforderlichen Markbetrags gefordert.

Das Landgericht erkannte nach dem Hilfsantrag der Klägerin. Das Oberlandesgericht wies die Berufung der Beklagten zurück. Ihre Revision hatte Erfolg.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel erweist sich insoweit als begründet, als die Art und Weise der vom Berufungsgericht vorgenommenen Aufwertung bemängelt wird. Das Berufungsgericht hat in voller Höhe aufgewertet, indem es den Fakturenbetrag in englischen Pfunden zugrunde legt, da die Parteien darüber einig seien, daß dieser Betrag dem gemeinen Wert am Ort und Tag der Auflieferung entspreche.

Dem kann nicht beigestimmt werden. Der erkennende Staat hat in neueren Entscheidungen — zunächst für § 88 EVO. — ausgesprochen, daß auch im Eisenbahnfrachtrecht trotz § 88 und der darin für die Wertermittlung angeordneten Zurückbeziehung auf den Zeitpunkt der Annahme zur Beförderung für eine Aufwertung Raum bleibt (RGZ. Bd. 109, S. 16, 61), und das muß im gleichen Sinne für das internationale Eisenbahnfrachtrecht trotz Art. 34 IÜe. Geltung haben. Wie aber dort weiter ausgeführt worden ist, kommen die von der reichsgerichtlichen Rechtsprechung entwickelten allgemeinen Aufwertungsgrundsätze nur aushilfsweise zur Anwendung, nämlich dann nicht, wenn schon besondere Bestimmungen zur Verfügung stehen, nach denen ein annehmbares Ergebnis zu erreichen wäre, also namentlich in Fällen, wo der Geldentwertungsschaden schon als Verzugsschaden Berücksichtigung finden kann. Ist letzteres der Fall, dann erhält vom Eintritt des Verzugs an die Forderung den ihr durch die Sonderbestimmungen des Eisenbahnfrachtrechts entzogenen Charakter einer reinen Schadensersatzforderung, d. h. einer Forderung, die überhaupt nicht den Grundsätzen der Aufwertung untersteht, sondern sich schon begrifflich in ihrer Höhe nach dem vollen Umfang des Schadens im Zeitpunkt der Urteilsfällung bemißt.

Diese Grundsätze führen in ihrer Anwendung auf den Streitfall zu folgendem Ergebnis:

1. Nach den bisherigen Feststellungen scheint die Eisenbahn durch die Reklamation vom 13./20. April 1922 in Verzug geraten zu sein. Bis zu dem hiernach entscheidenden Tage schuldete die Bahn nur denjenigen Papiermarkbetrag, der dem Werte des Ballens am 8. März 1921 entsprach.

2. Dieser Betrag bedarf zunächst der ziffermäßigen Feststellung, und zwar bei dem vom Vorderrichter angenommenen Einverständnis der Parteien über den Wert des Gutes unter Umrechnung von 119.5.5 £ nach dem Kurse vom 8. März 1921.

3. Es ist dann zu erwägen, ob der so ermittelte Papiermarkbetrag für die Zeit bis zum Eintritt des Verzugs einer Aufwertung bedarf. Bis dahin hatte sich zwar die deutsche Währung nicht unwesentlich verschlechtert. Allein es fragt sich, ob diese Währungsverschlechterung es bereits zu rechtfertigen vermag, einen so außerordentlichen Rechtsbehelf wie die Aufwertung heranzuziehen. Schon mehrfach hat das Reichsgericht ausgesprochen, daß keineswegs jede Geldentwertung eine Aufwertung rechtfertigt, und es ist dabei stets betont worden, erst dann lasse sich die Notwendigkeit der Aufwertung aus § 242 BGB. herleiten, wenn die vereinbarte Papiermarksumme im Verhältnis zum Wert der Gegenleistung überhaupt keine Bedeutung mehr hat oder doch in ihrem wirtschaftlichen Wert verschwindend gering geworden ist (RGZ. Bd. 107, S. 129; JW. 1924, S. 1139, Nr. 4; vgl. auch RGZ. Bd. 108, S. 296). Daran ist gegenüber dem weitergehenden Standpunkt, wie er zum Teil vom Schrifttum, insbesondere von *Zeiler* vertreten wird, festzuhalten. Hiernach wird sich das Oberlandesgericht schlüssig zu machen haben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe jener Papiermarkbetrag bis zum Eintritt des Verzugs aufzuwerten ist.

4. Diese Papiermarksumme kann nun aus dem Gesichtspunkt des Verzugsschadens eine — gegebenenfalls weitere — Erhöhung erfahren. Zunächst muß also weiter berechnet werden, wieviel der Gläubiger in wertbeständigen Zahlungsmitteln, z. B. in englischen Pfunden, sich am Tage des Verzugseintritts von jener Papiermarksumme hätte anschaffen können, und dieser Pfundbetrag wäre dann wiederum — nach Abzug der in englische Währung nach dem Zahlungstag umzurechnenden Zahlungen der Bahn von

Mark und Kronen — in Reichsmark nach dem Kurse des Zahlungstags umzurechnen. Selbstverständlich könnte auch jede andere wertbeständige Anlage als Vergleichspunkt dienen. Es würde auch nichts entgegenstehen, die Umrechnung schon mit dem Zeitpunkt der Stabilisierung der deutschen Währung in Rentenmark vorzunehmen und jetzt auf eine Reichsmarksumme zu erkennen.

5. Das führt zu einer weiteren Einschränkung, die sowohl im Falle der Aufwertung wie bei der Ermittlung des Schadensersatzes noch beachtlich werden kann. Es ist gerichtsbekannt und schon oft vom Reichsgericht ausgesprochen worden, daß ein in Deutschland befindliches Markkapital nicht durch erlaubte rechtsgeschäftliche Anlegung oder Geschäftsverwendung wertbeständig erhalten werden konnte (RGZ. Bd. 108, S. 122). Wollte man daher einem deutschen Markgläubiger den Schadensersatz ohne Rücksicht hierauf zubilligen, so würde er einen Vorteil erhalten, der durch nichts gerechtfertigt wäre. Wie in dieser Beziehung die Verhältnisse in Oesterreich lagen, bedarf noch der Nachprüfung. Gegebenenfalls würde für die Klägerin das gleiche zu gelten haben und danach der Schadensersatz entsprechend geringer zu bemessen sein.

§ 1829, Abs. 2 BGB.; Art. 30 EG. z. BGB. Genehmigung eines ausländischen (polnischen) Vormundschaftsgerichts für Rechtsgeschäfte über deutsche Grundstücke.

RG. 9. 2. 1925; V 161/24; Kr./Ko.

Die minderjährige, durch ihren Vater gesetzlich vertretene Beklagte hat laut notarieller Urkunde vom 28. März 1922 vom Kläger dessen Hausgrundstück in Nürnberg für 92 000 ℳ gekauft. Der Kaufpreis wurde teils durch Uebernahme von Hypotheken, teils durch Barzahlung getilgt. Auf Grund der Auflassung ist die Beklagte als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen worden.

Mit der Klage verlangt der Kläger Rückübertragung des Eigentums. Er behauptet, die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung des Kaufvertrags sei trotz wiederholter Aufforderung nicht oder nicht rechtzeitig beigebracht worden. Während das Landgericht seine Klage abgewiesen hat, ist vom Berufungsgericht die Beklagte verurteilt worden, in die Auflassung des Grundstücks an den Kläger und dessen Eintragung als Eigentümer im Grundbuche zu billigen. Die Revision der Beklagten hatte Erfolg.

Gründe: Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts stammt der Vater der Beklagten aus Galizien, wo noch österreichisches Recht gilt, ist jetzt Pole, wohnt aber seit langen Jahren in Nürnberg. Die Frage, ob die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung des Kaufgeschäfts erforderlich war, das er für die minderjährige Beklagte über das Hausgrundstück des Klägers mit diesem schloß, bejaht das Berufungsgericht. Es entnimmt zwar den Umständen des Falles, daß die Vertragsparteien sich nicht nur hinsichtlich der durch Art. 11 EG. z. BGB. geregelten Form des Rechtsgeschäfts, sondern auch in sonstigen Beziehungen dem deutschen Recht unterwerfen wollten, beurteilt und bejaht aber dennoch die erwähnte Frage nach dem in Gemäßkeit der Grundsätze des internationalen Privatrechts anzuwendenden österreichischen Rechte. Aus Art. 30 EG. z. BGB. hinwider leitet es die Befugnis des Klägers her, mangels einer österreichischen Gesetzesbestimmung, die dem § 1829, Abs. 2 BGB. entspricht, nach diesem die Beklagte zur Mitteilung der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts aufzufordern und aus dem Unterlassen rechtzeitiger Mitteilung die mit der Klage geltend gemachte Folgerung zu ziehen.

Dem Berufungsgericht ist darin beizutreten, daß das Erfordernis der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung der Parteiverfügung nicht unterlag und daß nach der Staatsangehörigkeit des Vaters der Beklagten dafür das österreichische Recht anzuwenden war, dessen Auslegung durch die Vorinstanz gemäß § 549 ZPO. in diesem Rechtszuge nicht nachgeprüft werden kann.

Jedoch begegnet die Anwendung des § 1829, Abs. 2 BGB. auf dem Wege über Art. 30 EG. z. BGB. im angefochtenen Urteil durchgreifenden Bedenken. Der Berufungsrichter gelangt dazu auf Grund der Erwägung, daß die Nichtgewährung der Möglichkeit, den durch das Ausbleiben der Genehmigung geschaffenen Schwebezustand zu beseitigen, gegen einen das Bürgerliche Gesetzbuch beherrschenden, namentlich auch den §§ 108, 177 zu entnehmenden Grundsatz des allgemeinen deutschen Vertragsrechts verstoßen würde. Demgegenüber könnten die aus der Stellung des § 1829 im BGB., insbesondere dem engen Zusammenhang mit § 1828 und der Kürze der vom Gesetz bestimmten Frist, entspringenden Zweifel nicht durchschlagen.

Der Berufungsrichter verkennt also selbst nicht, daß gegen die Anwendung der von ihm herangezogenen Vorschrift schon ihre Stellung im Bürgerlichen Gesetzbuch und ihr Inhalt spricht, wonach sie nur dann Geltung beansprucht, wenn es sich um die Genehmigung durch ein deutsches Vormundschaftsgericht nach den für dieses geltenden Gesetzen und Voraussetzungen handelt. Wollte man es dem andern Vertragsteile gestatten, durch eine Aufforderung gemäß § 1829, Abs. 2 eine Ausschlußfrist von zwei Wochen auch demjenigen gegenüber in Lauf zu setzen, der die Genehmigung einer ausländischen Vormundschaftsbehörde einholen muß, so würde der Ausländer in der Regel rechtlos gemacht werden, da alsdann die Genehmigung schwerlich jemals in der kurzen Frist beschafft werden könnte. Die im § 1829, Abs. 2 gegebene Möglichkeit, dem Vertragsgegner eines Minderjährigen über die Wirksamkeit eines mit diesem abgeschlossenen Vertrags Gewißheit zu verschaffen, darf indessen zur Ausfüllung der diesbezüglichen Lücke des österreichischen bürgerlichen Rechts im vorliegenden Fall schon deshalb nicht verwertet werden, weil bei ihm der Art. 30 EG. z. BGB. überhaupt nicht eingreift Dies wäre nur dann zuzugeben, wenn die Anwendung des ausländischen Rechts gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde. Von einem Verstoß wider die guten Sitten kann nicht gesprochen werden, wenn es sich um die Gewährung oder Versagung einer Ausschlußfrist handelt. Für die Bejahung der zweiten Möglichkeit wäre erforderlich, daß die Anwendung des ausländischen Gesetzes die Grundlagen des deutschen staatlichen oder wirtschaftlichen Lebens angreifen würde (RGZ. Bd. 60, S. 296 [300], Bd. 73, S. 366 [369], Bd. 93, S. 182; LZ. 1913, Sp. 552). Auch davon kann nicht die Rede sein. Denn entsprechend den Grundsätzen, denen der erkennende Senat in RGZ. Bd. 108, S. 364/365 gefolgt ist, wäre bei der hier gegebenen Sachlage, da es sich nicht um Belastung vorhandenen Grundbesitzes handelt und da der § 1821, Abs. 1, Nr. 4 in § 1643 BGB. nicht angezogen ist, ebensowenig nach Nr. 1 wie nach Nr. 4 in Verbindung mit § 1643 BGB. die Genehmigung des streitigen Vertrags durch ein deutsches Vormundschaftsgericht erforderlich gewesen. Auch aus § 1822, Nr. 10 BGB., der nach § 1643, Abs. 1 für den Vater gleichfalls gilt, läßt sich die Notwendigkeit der Genehmigung nicht herleiten, weil es, wie in RGZ. Bd. 108, S. 364 ausgeführt ist, bei dem auf den entgeltlichen Erwerb eines Grundstücks durch ein der elterlichen Gewalt unterworfenes Kind gerichteten Vertrage gleichgültig ist, in welcher Art der Erwerbspreis beglichen wird. Ist der Vater in der Ausgestaltung des schuldrechtlichen Grundstückserwerbsvertrags völlig frei und ist er deshalb ohne Zustimmung des Vormundschaftsgerichts befugt, das Kind zur Bestellung einer Hypothek für den gestundeten Teil des Erwerbspreises zu verpflichten, so muß er auch für berechtigt erachtet werden, ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts das Kind auf dem gekauften Grundstück bereits eingetragene Hypothekenschulden in Anrechnung auf den Kaufpreis, wie es hier geschehen ist, übernehmen zu lassen. Alsdann steht das Fehlen der Möglichkeit einer Fristbestimmung nach dem ausländischen Recht selbst dann keineswegs in Widerspruch zum deutschen Gesetz, wenn man mit dem Berufungsrichter im § 1829, Abs. 2 BGB. einen allgemeinen Grundsatz des deutschen Vertragsrechts verwirklicht findet. Denn dieser Grundsatz hat für den hier gegebenen Fall keine Bedeutung, in welchem der Vertrag auch ohne Genehmigung gilt, wodurch eine Fristbestimmung gleich wie beim ausländischen Recht unmöglich gemacht wird.

Da hiernach die lediglich auf das Eingreifen des § 1829, Abs. 2 BGB. gestützte Klage vom Landgericht mit Recht abgewiesen worden ist, bedarf es weder des Eingehens auf die Frage nach der Wirksamkeit der auf die Weigerung der deutschen von der polnischen Vormundschaftsbehörde schließlich erteilten Genehmigung, noch auf die Frage, ob die Frist des § 1829, Abs. 2 erst nach Erteilung der Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht in Lauf gesetzt werden kann.

Warenzeichenrecht. Anbringung geschützter Warenzeichen an Waren behufs Vertrieb in einem Lande, wo diese Zeichen als Freizeichen gelten.

RG. 10. 2. 1925; II 36/24; Sociedad Vinicola/W.

Für die Klägerin, welche seit langen Jahren Spirituosen herstellt und nach Britisch-Ostindien ausführt, sind eine Reihe von Warenzeichen im Zeichenregister des Reichspatentamts eingetragen, welche die Bildnisse der britischen Könige Eduard VII. und Georg V. und die Worte „*King Edward VII.*“ oder „*King George V.*“ enthalten.

Die sämtlichen Warenzeichen sind für Weine und Spirituosen eingetragen und werden von der Klägerin vornehmlich als Flaschenetiketten zur Bezeichnung ihrer nach Ostindien auszuführenden Spirituosen verwendet. Die Klägerin hatte der Beklagten Waren mit ihren Etiketten für Kalkutta und Madras geliefert. Als die Beklagte im September 1921 Lieferung mit einer der für die Klägerin eingetragenen Etiketten für Bombay wünschte, lehnte die Klägerin dies mit der Begründung ab, daß ihre Marke für Bombay bereits anderweit vergeben sei. Nunmehr soll, wie die Klägerin behauptet, die Beklagte selbst in Deutschland Etiketten mit Namen und (oder) Bildnissen der Könige Eduard VII. und Georg V. von England auf Flaschen mit Spirituosen haben anbringen, diese Flaschen nach Indien (Bombay) verschiffen und Rechnungen für ihre indischen Abnehmer mit den für die Klägerin als Warenzeichen geschützten Wortmarken „*King Edward VII.*“ oder „*King George V.*“ haben versehen lassen.

Die Klägerin erhob Klage und beantragte, die Beklagte zu verurteilen:

1. es zu unterlassen, Spirituosenflaschen mit dem Bildnis der Könige Eduard VII. oder Georg V. oder mit der wörtlichen Bezeichnung „*King Edward*“ oder „*King George*“ zu versehen oder in Verkehr zu bringen,

2. ihr Auskunft darüber zu erteilen, wann, an wen und in welchen Mengen sie Spirituosenflaschen mit dem Namen und (oder) dem Bildnis eines dieser beiden Könige geliefert habe.

3. ihr den Schaden zu ersetzen, den sie ihr durch die bisherige Anbringung der Bildnisse und (oder) Namen der beiden Könige auf Spirituosenflaschen zugefügt habe.

Sie stützt ihre Klage auf §§ 12, 14, 15, 20 WZG., § 1 UWG. und § 826 BGB. Die Beklagte berief sich der Klage gegenüber im wesentlichen darauf, daß Bildnisse und Namen britischer Herrscher in Britisch-Ostindien Freizeichen seien.

Das Landgericht gab der Klage statt, das Oberlandesgericht dagegen wies sie ab. Die Revision der Klägerin hatte Erfolg.

Gründe: Wenn es richtig ist, daß die Beklagte Flaschen mit Spirituosen, die sie nach Britisch-Ostindien ausführte, im Hamburger Freihafengebiet, also in Deutschland, mit Etiketten hat versehen lassen, welche die für die Klägerin eingetragenen Warenzeichen in identischer oder verwechslungsfähiger Form trugen, so hat sie sich des widerrechtlichen Eingriffs in die Warenzeichenrechte der Klägerin schuldig gemacht und ist den mit der Klage geltend gemachten Ansprüchen verfallen. Die Auffassung des Berufungsgerichts, daß die Geltendmachung dieser Ansprüche eine illoyale Ausnutzung formaler Rechte bedeute, weil der Beklagten der Vertrieb ihrer Waren mit den Warenzeichen der Klägerin in Britisch-Ostindien ungehindert freistehe, ist rechtsirrig. Nach § 12 des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen verschafft die Eintragung eines Warenzeichens dem Inhaber das ausschließliche Recht, seine Waren oder deren Umhüllung mit dem Warenzeichen zu versehen, die so bezeichneten Waren in Verkehr zu bringen, sowie auf Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefen, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen das Zeichen anzubringen. In § 14 wird derjenige zum Schadensersatz verpflichtet, der wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit Waren oder deren Umhüllung oder Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen mit einem für einen anderen geschützten Warenzeichen widerrechtlich versieht oder dergleichen widerrechtlich gekennzeichnete Waren in Verkehr bringt oder feilhält. Aus diesen Gesetzesvorschriften geht unzweideutig hervor, daß die widerrechtliche Kennzeichnung einer Ware oder ihrer Umhüllung nicht lediglich eine vorbereitende Handlung darstellt, deren Beurteilung sich nach den rechtlichen Wirkungen des Inverkehrsetzens oder Feilhaltens der Ware richtet, sondern vielmehr eine selbständige, der Inverkehrsetzung und Feilhaltung gleichgeordnete Handlung, die für sich allein die Haftbarkeit des widerrechtlich Handelnden begründet.

Diese Regelung durch das Gesetz ist bewußt erfolgt und entspricht auch den praktischen Bedürfnissen. Sobald Waren und dergleichen einmal mit dem fremden Warenzeichen versehen sind, ist eine Kontrolle darüber, was später mit ihnen geschieht, oft recht schwer. Der Eigentümer der so gekennzeichneten Waren kann seine ursprüngliche Ausfuhrabsicht ändern; die Waren können ihm wider seinen Willen entzogen werden. Kurz und gut: dem Mißbrauch ist Tür und Tor geöffnet, und darunter soll der Zeichenberechtigte nicht leiden.

Wenn der eingetragene Zeicheninhaber bei solcher Sachlage seine Rechte geltend macht, so handelt er nicht unlauter; er verfolgt nur berechtigte Interessen. Es handelt sich dabei aber auch keineswegs um formale Rechtsbehelfe, sondern um recht praktische Dinge. Darf der Exporteur die von ihm auszuführenden Waren in Deutschland nicht mit fremden Warenzeichen versehen, so wird ihm die Durchführung seines Zwecks, die Waren mit dem fremden Zeichen im Ausland zu vertreiben, erheblich erschwert. Will der eingetragene Zeicheninhaber auch nur dies erreichen, so verliert schon dadurch die Geltendmachung der zeichenrechtlichen Ansprüche das Gepräge des rein Formalen.

Der Vertreter der Revisionsbeklagten meint, derartige Ansprüche müßten schon deshalb ausgeschlossen sein, weil Eingriffe in Warenzeichenrechte nur durch widerrechtliche Verwendung identischer oder verwechslungsfähiger Zeichen vorgenommen werden könnten, von einer Verwechslungsfähigkeit aber dann nicht wohl die Rede sein dürfe, wenn die Zeichen am Orte ihrer Vertreibung Freizeichencharakter hätten, dort also jedermann unbehindert sich ihrer bedienen könne. Diese Ansicht ist nicht haltbar. Da, wie dargelegt, schon das bloße Versehen der Waren usw. mit dem fremden Zeichen einen verfolgbaren Eingriff in das Warenzeichenrecht eines anderen enthält, so ist erforderlich, genügt aber auch, daß das verwendete Warenzeichen im Inland mit dem fremden Zeichen identisch oder verwechslungsfähig war. Für das unerlaubte „Versehen" mit Warenzeichen spielt es also keine Rolle, ob im Ausland Identität oder Verwechslungsfähigkeit vorliegt oder nicht. . . .

Art. 297; § 3 der Anlage zu Artt. 297, 298 V.V. Begriffe „Gut eines Deutschen", „in Feindesland", „außerordentliche Kriegsmaßnahme".

RG. 3. 4. 1925; VI 222/24; B./Banque des Pays.

Die Klägerin hat mit der Londoner Zweigniederlassung der verklagten Bank, die früher und noch während des Krieges ihren Sitz in Wien hatte, im Jahre 1909 einen Vertrag geschlossen, durch den sie damit betraut wurde, für die Zweigstelle in London Kreditgeschäfte mit kapitalsuchenden Personen und Unternehmungen in Deutschland zu vermitteln. An Provision für solche Vermittlungen sollte sie 1/8 von der Provision der Bank für jedes Geschäft in jährlicher Abrechnung erhalten. Bei Kriegsausbruch hatte die Klägerin noch 227 £ 3 sh englischer Währung an Provision zu beanspruchen. Während des Krieges wurde auf Grund der englischen Kriegsgesetzgebung die Liquidation der Londoner Zweigniederlassung der Beklagten vom englischen Handelsamt angeordnet und zu ihrer Durchführung ein Liquidator *(Controller)* bestellt. Wegen des genannten Betrags hat die Klägerin am 8. Oktober 1920 beim Amtsgericht Harburg einen Arrest gegen die Wiener Bank und deren Londoner Zweigniederlassung erwirkt und diesen durch Pfändung einer noch höheren Pfundforderung vollzogen, welche die letztere gegen die Firma *H. C. M.* in Harburg hat. Die Klägerin hat darauf gegen die Beklagte Klage auf Zahlung von 227 £ 3 sh erhoben. Das Oberlandesgericht hat die Beklagte verurteilt, der Klägerin 227 £ 3 sh samt 5% Zinsen seit dem 2. April 1921 zu zahlen. Auf die Revision der Beklagten wurde das Urteil aufgehoben und die Sache an das Berufungsgericht zurückverwiesen aus folgenden Gründen:

Die Entscheidung des Berufungsgerichts steht insoweit in Widerspruch mit der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts, als sie annimmt, daß die als „Gut" eines Deutschen im Sinne des Art. 297 VV. anzusehende Forderung der Klägerin der Liquidationsbefugnis des englischen Staats deshalb nicht unterlegen habe, weil sie sich beim Inkrafttreten des Versailler Vertrags — am 10. Januar 1920 — nicht „in Feindesland" befunden habe. In den RGZ. Bd. 107, S. 44, Bd. 108, S. 265 und JW. 1925, S. 248 mitgeteilten Entscheidungen haben der V. und der III. Zivilsenat des Reichsgerichts ausgesprochen, daß die Bestimmungen des Art. 297 des V.V. und der Anlage zu diesem selbst solche Forderungen Deutscher mit umfassen, die nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen als in Deutschland befindlich anzusehen sind. Dieser in den angeführten Entscheidungen eingehend und überzeugend begründeten Ansicht schließt sich der erkennende Senat an. Wäre also eine allgemeine Beschlagnahme aller Forderungen Deutscher gegen in England wohnende Schuldner einschließlich der dortigen Zweigniederlassungen österreichischer Banken erfolgt, so würde sie auch Forderungen mit umfaßt haben, die — wie der Anspruch der Klägerin — an sich deutschem Recht unterliegen, und sie müßte auch insoweit von Deutschland, seinen Gerichten und Behörden, wie von seinen Staatsbürgern als wirksam anerkannt werden. Allerdings müßte der Akt, um diese Wirkung auszuüben, vor dem 10. Januar 1920, dem Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrags, stattgefunden haben. Denn wenn auch die Bestimmung in § 3 der Anlage zu Artt. 297, 298 unter dem Begriff der außerordentlichen Kriegsmaßnahmen im Sinne des Versailler Vertrags auch solche versteht, die eventuell erst nachträglich getroffen werden, so bezieht sich doch diese Ausdehnung nur auf solche „außerordentliche Kriegsmaßnahmen“, die in der Zeit zwischen dem Abschluß des Versailler Vertrags und seiner Ratifikation — seinem Inkrafttreten — bewirkt werden, nicht aber auch auf solche, die erst nach dem Inkrafttreten des Vertrags erfolgen, da nach dem Friedensschlusse von Kriegsmaßnahmen keine Rede mehr sein kann (siehe auch Urteil des deutsch-italienischen gemischten Schiedsgerichtshofs vom 12. Januar 1925).

Die Entscheidung hängt demnach davon ab, ob in England vor dem 10. Januar 1920 auch solche Forderungen Deutscher, die nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen als in Deutschland befindlich anzusehen sind, gegen in England wohnende Schuldner, auch gegen dortige Zweigniederlassungen österreichischer Banken, von Maßnahmen betroffen sind, die ihre Einklagung in Deutschland hindern. Der Umstand, daß die Liquidation des Vermögens der Londoner Zweigniederlassung der Beklagten aufgehoben ist, steht der Fortdauer einer früheren Beschlagnahme der Forderungen Deutscher gegen diese nicht notwendig entgegen. Nach der Behauptung der Beklagten hat aber das englische Handelsamt die Liquidation der Beklagten gegenüber erst aufgehoben, nachdem sich die Beklagte verpflichtet hatte, „Schulden an frühere feindliche Staatsangehörige, deren Eigentum, Rechte und Interessen in England der Zurückbehaltung und Liquidation gemäß den betreffenden Friedensverträgen unterliegen, an den Verwalter feindlichen Eigentums zu berichtigen“. Darin kann sogar eine ausdrückliche Aufrechterhaltung einer früheren Beschlagnahme oder auch eine neue Beschlagnahme erblickt werden. Als letztere würde sie jedoch nach dem oben Gesagten unwirksam sein, wenn sie erst nach dem 10. Januar 1920 erfolgt wäre.

Das Berufungsgericht wird noch Untersuchungen in der angegebenen Richtung anzustellen haben. Das Urteil war daher aufzuheben und die Sache an das Berufungsgericht zurückzuverweisen.

Berner Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, Artt. 34, 41, 42. Schadensersatz für Frachtgutverlust. Valuta-Aufwertung.

RG. 24. 9. 1924; I 586/23; Sch. & Co./Deutsche Reichsbahn.

Mit internationalem Frachtbrief übergab am 18. Februar 1921 die Klägerin der Eisenbahngüterabfertigung zu Fürth in Bayern eine Ladung Hohlglas zur Beförderung nach Triest. Die Beförderung geschah in demselben offenen Eisenbahnwagen, in welchem die Ware von der Glasfabrik in Teplitz an die Klägerin nach Fürth gesandt war. Das Gut ist am Bestimmungsort nicht angelangt. Mit Schreiben vom 26. November 1921 teilte die Klägerin dem Tarifamt der bayerischen Staatsbahn in München den Sachverhalt mit und bat, da das Frachtgut als verloren zu betrachten sei, um Erstattung des Fakturenbetrags nebst Frachtkosten und Spesen im Gesamtbetrage von 1695,50 Mk. und 70325,40 tschechoslowakischen Kronen. Nach längerem Schriftwechsel übersandte das Tarifamt der Klägerin 30888,80 Mk. Dabei legte es der Berechnung zwar die von der Klägerin in Ansatz gebrachten Beträge zugrunde, rechnete aber die tschechoslowakischen Kronen nach dem Kurse desjenigen Tages, an dem laut Frachtbriefstempel das Gut in Fürth zur Beförderung angenommen war, in Mark um. Hiermit gab die Klägerin sich nicht zufrieden. Mit der Behauptung, daß der gezahlte Betrag am Zahlungstage nur den Wert von 188,77 Kronen gehabt habe, erhob sie Klage auf Zahlung von 38421,80 Kronen oder des am Zahlungstage dieser Summe entsprechenden Betrags in Reichsmark nebst 6 % Zinsen seit dem 26. November 1921 gegen Rückvergütung von 30851,50 Mk. Die Beklagte bat um Abweisung der Klage. Das Landgericht gab der Klage statt. Die Beklagte legte Berufung ein und behauptete unter Vorlegung der Abschrift eines Schreibens des Vorstandes der Delegation in Trient vom Mai 1923, das Frachtgut sei am 1. März 1921 auf der Fahrt zwischen Salurn und San Michele verbrannt. Deshalb stellte sie nunmehr jede Haftung der Bahn für den Schaden in Abrede. Die Klägerin bestritt den Brand. Das Oberlandesgericht wies die Klage ab. Die Revision der Klägerin hatte Erfolg.

Gründe: ... Es kann nicht anerkannt werden, daß Art. 34 IUe. verletzt ist, wenn man davon ausgeht. daß das Frachtgut am Ort und zur Zeit der Absendung einen in deutscher Währung ausgedrückten Wert gehabt hat. Denn alsdann stellt diesen Wert derjenige Betrag dar, den das Gut zu jener Zeit, nicht zur Zeit der Zahlung hatte. Aus der Verpflichtung zum Ersatz des Wertes folgt nicht, daß der Wert nach dem Währungsstande der Zahlung zu erstatten ist. Denn die Mark hatte jedenfalls zur Zeit der Versendung Anfang 1921 ihre Eigenschaft als Wertmesser in Deutschland noch nicht verloren. Derjenige Markbetrag, der den Wert zur Zeit der Versendung darstellte, blieb auch weiterhin der gemeine Wert im Sinne des Art. 34 IUe. Durch die spätere Geldentwertung allein, ohne den Hinzutritt besonderer Umstände, konnte daran im vorliegenden Falle nichts geändert werden, da der Geldwert zwischen der Auflieferung des Gutes und dem Zeitpunkt der Fälligkeit des Ersatzanspruchs nicht in einem eine Aufwertung rechtfertigenden Maße gesunken ist. Anders würde die Sache allerdings liegen, wenn das in Frage kommende böhmische Hohlglas in jener Zeit durchweg auch in Deutschland im Zwischenhandel nur in tschechoslowakischen Kronen gehandelt worden wäre. Denn alsdann würde der gemeine Handelswert auch nur in solchen Kronen bestehen. Gerade diese — allerdings wenig wahrscheinliche — Behauptung hat die Klägerin aber in der Klage ausdrücklich aufgestellt, nachdem sie auch bereits in ihrem Schreiben vom 26. November 1921 dies behauptet hatte. Das Berufungsgericht hat diese Behauptung völlig übergangen. Es wird also deren Nachprüfung geboten sein. Ebenso ist nicht aufgeklärt, für welche Beförderungsstrecken die unstreitigen Frachten und Speditionskosten von 2916,80 Kronen entstanden sind. Das ist aber von Bedeutung für die Frage, ob die Klägerin diesen Betrag in Kronen beanspruchen kann. Nach Art. 34 Satz 2 IUe. hat die Bahn neben dem Wert das zu erstatten, was „an Zöllen und sonstigen Kosten, sowie an Fracht etwa bereits bezahlt worden ist“. Da der gemeine Wert am Ort und zur Zeit der Aufgabe zu erstatten ist, in dem die etwa für die Beförderung bis zum Aufgabeort entstandenen Fracht- usw. -Ausgaben ja bereits enthalten sind, so folgt daraus, daß das Uebereinkommen bei der Bestimmung des Satzes 2 nur diejenigen Ausgaben im Auge gehabt hat, die durch die Aufgabe am Versendungsort oder nachher entstanden sind. Soweit daher die 2916,80 Kronen nur für die Beförderung bis Fürth verausgabt sind, würden sie nur als werterhöhend zu dem in Teplitz berechneten Fakturenwert hinzutreten und daher — abgesehen von dem behaupteten und noch nicht festgestellten Ausnahmefalle — nur als Wert in Reichsmark nach der Währung des Aufgabetags in Betracht kommen. Sind sie aber, wenigstens zum Teil, für die Aufgabe in Fürth und die Weiterbeförderung entstanden, so sind sie auch in Kronen oder deren Wert zu erstatten. Denn die Erstattung besteht begrifflich in der Verschaffung dessen, was der Ersatzberechtigte hingegeben hat.

Mit Unrecht rügt die Revision ferner eine Verletzung des Art. 33 IUe. Nach dieser Bestimmung kann der zur Klage Berechtigte das Frachtgut ohne weiteren Nachweis als in Verlust geraten betrachten, wenn sich dessen Ablieferung um mehr als 30 Tage nach Ablauf der Lieferfrist verzögert. Daß diese Voraussetzung hier gegeben ist, hat das Berufungsgericht nicht verkannt. Es geht davon aus, daß das Gut verloren ist, und vermißt nur auf Grund der Darlegungen der Beklagten im zweiten Rechtszuge den Nachweis, daß das Gut unaufgeklärt völlig verschwunden sei. Deshalb kommt es zu dem Schluß, der vom Landgericht angenommene Sachverhalt, aus dem dieses das grobe Verschulden der Beklagten folgerte, sei nicht erwiesen und mit den Anführungen der Klägerin nicht nachzuweisen. Das widerspricht nicht dem Art. 33. Er besagt nur, daß das Gut unter den angegebenen Voraussetzungen als verloren gilt. Aber daraus allein folgt noch keineswegs ohne weiteres, daß der Verlust nur auf Arglist oder grobe Fahrlässigkeit der Beklagten zurückzuführen ist, was nach Art. 41 die Voraussetzung für die Verpflichtung der Beklagten zum vollen Schadensersatz ist. Ob diese Voraussetzung hier vorliegt, ist von entscheidender Bedeutung. Denn wenn die Beklagte den vollen Schaden ersetzen muß, so hat die Klägerin Anspruch auf den eingeklagten Kronenbetrag oder dessen vollen Wert zur Zeit der Zahlung. Dazu aber muß die Klägerin im einzelnen die Tatsachen darlegen, aus denen ein solches Verschulden der Beklagten sich ergibt. Dieser Pflicht kann sie wohl, falls nicht andere Tatsachen hervortreten, durch die Darlegung genügen, daß der ganze Waggon oder die ganze Ladung spurlos verschwunden sei, da dieses Verschwinden zum mindesten nicht ohne grobe Vernachlässigung der der Beklagten und ihren Beamten obliegenden Aufsichts- und Prüfungspflichten erfolgen konnte. Sie kann sich aber nicht dafür einfach auf die Annahme des Art. 33 stützen und darauf berufen, daß der Beklagten unter keinen Umständen gestattet sei, auch noch nach einem erheblichen Zeitraum die Aufklärung für das Verschwinden zu geben. In dieser Beziehung ergibt sich aus Art. 33 nichts.

Wohl aber hat das Berufungsgericht bei seiner Ausführung, daß die Klägerin den Tatbestand des Art. 41 nicht dargelegt habe, an diese Darlegungen nach Lage der Umstände zu strenge Anforderungen gestellt und damit diese Bestimmungen verletzt. Seine Ausführungen gehen dahin: Durch die Darlegung der Art und Weise des Verlustes und die Beibringung der Abschrift eines dies bestätigenden Schreibens der Delegation in Trient habe die Beklagte ihrer Aufklärungspflicht genügt. Die Art des Verlustes lasse nicht ohne weiteres auf ein grobes Verschulden der Beklagten schließen. Die Klägerin müsse daher im einzelnen das grobe Verschulden der Beklagten darlegen und beweisen. Lediglich durch den Nachweis, der Eisenbahnwagen habe bei der Rückkunft nach Teplitz keine Brandschäden aufgewiesen, sei dieser Beweis nicht zu erbringen.

Damit wird das Berufungsgericht der besonderen Lage des Falles nicht gerecht. $2^1/_2$ Jahre hindurch hatte die Beklagte garnichts für die Aufklärung des Verschwindens des Gutes beibringen können. Es lag danach, wie bereits dargelegt, ein Sachverhalt vor, aus dem sich ohne weiteres eine grobe Fahrlässigkeit der Beklagten ergab. Nach so langer Zeit kann die ganz allgemeine Angabe, das Gut sei verbrannt, ohne nähere Darlegung der Umstände nicht genügen, um die Klägerin zu nötigen, daß sie nunmehr die Umstände des Abhandenkommens darlege, aus denen sich die grobe Fahrlässigkeit der Beklagten ergibt. Um so weniger ist es der Fall, als die italienische Bahn nach Art. 25 IUe. verpflichtet war, sofort nach dem angeblichen Brand eine eingehende Untersuchung vorzunehmen, das Ergebnis schriftlich festzustellen und es der Versandstation mitzuteilen. Eine solche Feststellung hat die Beklagte nicht behauptet, geschweige denn vorgelegt. Sie hat sich vielmehr damit begnügt, eine Abschrift eines Schreibens der italienischen Bahn, die ganz allgemein das Verbrennen des Gutes auf einer bestimmten Strecke meldet, vorzulegen. Ein solcher Brand schließt keineswegs aus, daß er und damit die Vernichtung des Gutes auf eine grobe Fahrlässigkeit der Bahn zurückzuführen ist. Es wäre daher Aufgabe des Berufungsgerichts gewesen, den Fall näher aufzuklären, um so mehr als die Klägerin unter Beweis gestellt hat, daß der Waggon ohne jede Brandbeschädigung nach Teplitz zurückgekommen ist.

Zu Bedenken geben weiterhin die Ausführungen des Berufungsgerichts über den Verzug der Beklagten Anlaß. Allerdings würde aus dem Verzug der Beklagten nicht folgen, daß die Klägerin ohne weiteres den vollen geforderten Kronenbetrag oder einen entsprechenden Markbetrag beanspruchen kann. Aber immerhin würde sie der Verzug gemäß § 288 BGB. verpflichten, den dadurch der Klägerin auch über den Zinsanspruch hinaus entstandenen Schaden zu ersetzen. Die Folgen eines Zahlungsverzugs sind in dem Internationalen Uebereinkommen nicht geregelt. Art. 42 bestimmt nur, daß von der Entschädigungsforderung seit dem Tage der Anmeldung des Schadens 6% Zinsen zu entrichten sind. Es sollte damit nur, wie die Verhandlungen zu diesem Artikel ergeben, die Höhe des Zinsfußes einheitlich geregelt werden, nicht aber bezweckt die Bestimmung etwa eine Festsetzung der Folgen des Verzugs. Die Zinsen sind ja auch dann zu entrichten, wenn Verzug garnicht vorliegt. Es greifen hier also ergänzend die Bestimmungen der einzelnen an dem Uebereinkommen beteiligten Länder ein, vorliegend die des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Zu dem Schaden, welcher der Klägerin durch einen Verzug der Beklagten entstanden ist, würde aber auch die während der Zeit des Verzuges eingetretene Entwertung der deutschen Währung insoweit gehören, als die Klägerin bei rechtzeitiger Zahlung den Markbetrag wertbeständig, sei es in ausländischer Währung, sei es in ihrem Geschäft, angelegt hätte, und es würde auch, falls die Klägerin den Betrag alsbald an ihre Auftraggeberin gezahlt hätte, in Betracht zu ziehen sein, wie letztere den Betrag angelegt hätte. Denn bei der Eigenart des Speditions- und Frachtvertrags würde Klägerin auch zur Geltendmachung des dieser eigentlichen Interessentin entstandenen Schadens befugt sein. An der außerordentlich starken Verzögerung der Auszahlung des Schadensbetrags trifft die Beklagte aber auch in mehrfacher Beziehung ein Verschulden. Die dies verneinenden Ausführungen des Berufungsrichters beruhen auf einer Verkennung der Pflichten der Beklagten und der Aufklärungspflicht der Klägerin. Einmal kann als Zeitpunkt des Erstattungsantrags nicht erst der 24. März 1922 in Frage kommen. Allerdings wurde damals erst der Antrag an das für die Bearbeitung zuständige Reklamationsamt von dem Tarifamt abgegeben. Aber es wäre Pflicht des Tarifamts gewesen, diese Abgabe alsbald oder wenigstens in angemessener Frist vorzunehmen, nicht erst nach vier Monaten. Damit konnte die Klägerin rechnen, besonders da sie um schleunige Erledigung gebeten hatte und die deutsche Währung vom Februar ab stark fiel. Weiter wäre es aber auch aus denselben Gründen Sache des Reklamationsamts gewesen, die Sache schleuniger zu erledigen. Es hat dazu 6½ Monate gebraucht. Hätte die italienische Bahnverwaltung ihre bereits oben erörterte Pflicht aus Art. 25 erfüllt und alsbald die Feststellung über die Vernichtung des Gutes getroffen, sie auch der Abgangsstation mitgeteilt, dann wäre das ganze Entschädigungsverfahren weit früher in Gang gekommen, und es hätte auch die Klägerin nicht solange auf Nachricht über den Verbleib des Gutes gewartet, sondern ihren Entschädigungsanspruch früher gestellt. Zum mindesten hätten die späteren Ermittelungen der Beklagten nach dem Verbleib des Gutes sich erübrigt. Allerdings trifft auch die Klägerin ein Mitverschulden, da sie die Einreichung der zutreffenden Faktura der Fabrik, aus der das Glas stammte, verzögerte und zunächst eine viel zu hohe Forderung stellte. Aber nachdem sie die Fabrikfaktura eingereicht hatte, mußte sich die Beklagte mit diesem Nachweis begnügen, da es sich dabei um den Verkaufspreis des Erzeugers handelte und ohne weiteres anzunehmen war, daß der Preis dieser Ware in Fürth kein niedrigerer war als derjenige der Fabrik zuzüglich der Frachtkosten bis Fürth. Der Verzug der Beklagten entfällt auch dann nicht, wenn der Anspruch der Klägerin auf Erstattung des berechneten Kronenbetrags nicht gerechtfertigt war, vielmehr nur in Höhe des gezahlten Markbetrags bestand. Denn auch wenn die Klägerin nur diesen Betrag verlangt hätte, hätte nach Lage der Sache die Beklagte nicht früher gezahlt, und anderseits hätte die Klägerin, wie ihr Verhalten zeigt, auch diesen Betrag nicht als Teilzahlung abgelehnt, sondern angenommen. Unter solchen Umständen aber verhindert eine Zuvielforderung nicht die Wirksamkeit der in dem Erstattungsantrag und dem späteren Schreiben liegenden Mahnung. Sache des Berufungsgerichts wird es sein, unter Berücksichtigung aller Umstände festzustellen, inwieweit die Verzögerung auf das Verschulden der Beklagten und inwieweit sie auf das Verhalten der Klägerin zurückzuführen ist, und in welchem Umfange die Beklagte daher zum Ersatz von Verzugsschaden verpflichtet ist. Dabei wird auch zu berücksichtigen sein, daß gerade in den Monaten Juli bis Oktober 1922 die deutsche Währung stark gefallen ist.

Ehescheidung. Feststellung der Rechtswirksamkeit eines tschechoslowakischen Ehescheidungsurteils durch das deutsche Gericht.

RG. 5. 1. 1925; IV 283/24; M./M.

Die Parteien, die beide tschechoslowakische Staatsangehörige jüdischen Glaubens sind, haben am 10. Oktober 1917 vor dem Rabbiner in Prag die Ehe geschlossen. Sie haben seit der Eheschließung ihren Wohnsitz in Leipzig. Eine Scheidungsklage der Frau ist vom Landgericht in Leipzig durch rechtskräftiges Urteil vom 18. April 1921 wegen Unzuständigkeit des inländischen Gerichts abgewiesen worden. Eine alsdann von der Frau beim Zivillandgericht in Prag erhobene Klage hatte das Ergebnis, daß durch Urteil vom 2. Dezember 1922 die Ehe der Parteien aus Schuld des Beklagten getrennt und dieser verurteilt wurde, ihr an Prozeßkosten 5979,62 tschechische Kronen zu zahlen; das Urteil hat die Rechtskraft erlangt. Die Klägerin hat nunmehr Klage erhoben mit dem Antrage, festzustellen, daß jenes Urteil im Gebiet des Deutschen Reichs Rechtskraftwirkung besitze, und daß sie berechtigt sei, die Zwangsvollstreckung aus dem Urteil zu betreiben. Das Landgericht wies die Klage ab. Das Oberlandesgericht sprach aus, daß das Urteil des Zivillandgerichts in Prag im Gebiete des Deutschen Reichs Rechtswirkung besitzt, wies dagegen die Klage ab, soweit die Klägerin festgestellt haben wollte, daß sie berechtigt sei, aus dem Urteil die Zwangsvollstreckung zu betreiben. Die Revision des Beklagten wurde zurückgewiesen, die Revision der Klägerin hatte Erfolg.

Gründe: Das Berufungsgericht geht davon aus, daß zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik die Gegenseitigkeit nicht verbürgt sei, und stützt seine Entscheidung, soweit nach dem Klageantrag erkannt ist, auf § 328 Abs. 2 ZPO. Nach Erlaß des Berufungsurteils ist der durch Reichsgesetz vom 7. Februar 1923 (RGBl. II, S. 57) bekanntgemachte Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten vom 20. Januar 1922 ratifiziert worden (Bek. vom 25. Juni 1924, RGBl. II, S. 133). Der Vertrag ist, da es sich um Verfahrensvorschriften handelt, an sich vom Zeitpunkt der Verkündung der Ratifikation an anzuwenden (vgl. J.W. 1916, S. 496, Nr. 1). Allein die in diesem Vertrag vereinbarte beiderseitige Anerkennung von Urteilen des anderen Staates (Art. I des Vertrags) und dazu Kundmachung des Tschechoslowakischen Justizministeriums vom 25. Juni 1924 (RGBl. II, S. 143) bezieht sich nicht auf Exekutionstitel, die den Personenstand eines tschechoslowakischen Staatsangehörigen betreffen (§ 81, Nr. 3 der österreichischen Exekutionsordnung vom 27. Mai 1896, vgl. *Stark*, JW. 1924, S. 1353).

Danach ist also die Gegenseitigkeit in Ansehung von Ehescheidungsurteilen nicht verbürgt. Die Entscheidung ist deshalb auch jetzt lediglich auf Grund des § 328 Abs. 2 ZPO. zu gewinnen. Beide Voraussetzungen dieser Vorschrift hat das Berufungsgericht bejaht. Insbesondere hat es — für das Revisionsgericht bindend — festgestellt, daß nach tschechoslowakischem Recht ein Gerichtsstand für die Scheidungsklage im Deutschen Reich nicht begründet war (vgl. § 606 Abs. 4 ZPO. und RGZ. Bd. 85, S. 153/6).

Es fragt sich also nur, ob nach den Vorschriften der deutschen Zivilprozeßordnung ein Urteil des Inhalts zulässig ist, daß das ausländische Scheidungsurteil im Gebiet des Deutschen Reiches Rechtskraftwirkung habe. Das Berufungsgericht hat die Frage bejaht. Die Entscheidung ist im Ergebnis richtig. Aber die Ausführungen des Berufungsgerichts über die Natur dieses Urteils sind nicht klar. Es bejaht einerseits die Zulässigkeit eines Vollstreckungsurteils nach § 722 ZPO., da der Zweck eines solchen sich nicht darin erschöpfe, den Titel für eine etwaige Zwangsvollstreckung zu bilden; es habe vielmehr den weiteren Zweck, durch einen gerichtlichen Ausspruch die volle Rechtswirksamkeit der vorangegangenen Entscheidung sicherzustellen. Deshalb hält es sich für befugt, dem Antrage der Klägerin auf „Feststellung“ der Rechtswirksamkeit des Prager Urteils zu entsprechen. Anderseits lehnt es das Verlangen der Klägerin ab, die Zwangsvollstreckung aus diesem Urteil für zulässig zu erklären (§ 722). In Wirklichkeit stellt sich der hier in Rede stehende Teil der Entscheidung nicht als ein Vollstreckungsurteil im Sinne des § 722, sondern als eine Entscheidung dar, welche die Feststellung des Nichtbestehens einer Ehe zwischen den Parteien zum Gegenstande hat. Ein solches Urteil ist nach § 256 ZPO. zulässig, und der Rechtsstreit darüber gehört zu den Ehesachen im Sinne des I. Abschnitts des 6. Buchs der Zivilprozeßordnung (§§ 606 Abs. 1, 638, *Warn.* 1920, Nr. 35). Es ist auch für diese Klage ein inländischer Gerichtsstand gegeben. Der § 606 Abs. 4 bezieht sich nur auf Scheidungsklagen, nicht aber auf Feststellungsklagen, die das Nichtbestehen der Ehe zum Gegenstand haben (vgl. *Warn.* 1923/24, Nr. 21). Der Umstand, daß die Klägerin nicht ausdrücklich beantragt hat, das Nichtmehrbestehen der Ehe festzustellen, ändert nichts daran, daß die Klage als negative Feststellungsklage anzusehen ist. Die Feststellung, daß das Prager Scheidungsurteil im Gebiet des Deutschen Reichs Rechtskraftwirkung besitzt, bedeutet inhaltlich dasselbe. Sie enthält nicht, wie der Beklagte meint, eine bloße Rechtsbelehrung.

Ob das Berufungsgericht sich mit Recht zur Stützung seiner Ansicht auf das Urteil RGZ. Bd. 99, S. 129 berufen hat, das die Vollstreckbarkeitserklärung von Schiedssprüchen betreffend die Feststellung eines Anspruchs (§ 1042 ZPO.) behandelt, kann hier dahingestellt bleiben. Denn nach dem Gesagten handelt es sich hier nicht um die Vollstreckbarkeitserklärung des Scheidungsurteils. Uebrigens stützt sich jene Entscheidung wesentlich auf die Sondervorschriften für das schiedsrichterliche Verfahren, besonders den § 1043, die für das Verfahren nach §§ 722, 723 nicht in Betracht kommen.

Auch der Beschluß des Reichsgerichts vom 26. Oktober 1915 (RGZ. Bd. 88, S. 245) steht mit der hier vertretenen Auffassung nicht in Widerspruch. Dort handelte es sich nur um die Frage, ob der Standesbeamte lediglich auf Grund eines ausländischen Urteils die Scheidung der Ehe im Heiratsregister einzutragen hat, oder ob es dazu des Erlasses eines Vollstreckungsurteils bedürfe, eine Frage, die im ersteren Sinne entschieden worden ist.

Es fragt sich also nur, ob die prozessualen Voraussetzungen einer Feststellungsklage gegeben sind. Die Frage ist vom Berufungsgericht ohne Rechtsirrtum bejaht. Das rechtliche Interesse der Klägerin an der alsbaldigen Feststellung ist hier übrigens schon deshalb gegeben, weil der Beklagte die Rechtskraftwirkung des Prager Urteils im Prozeß bis zum letzten Augenblick bestritten hat (vergl. *Warn.* 1909, Nr. 325, Urteil vom 29. Januar 1914, IV 493/13).

Die Revision des Beklagten ist danach zurückzuweisen.

Dagegen ist die Revision der Klägerin begründet.

Das Berufungsgericht lehnt den Erlaß eines Vollstreckungsurteils hinsichtlich der Kostenentscheidung des Prager Urteils mit folgender Begründung ab: Wenn das Urteil in einer vermögensrechtlichen Angelegenheit von einem tschechoslowakischen Gericht erlassen worden wäre, würde die dabei mitergangene Kostenentscheidung im Inlande nach § 328, Abs 1. Nr. 5 ZPO. nicht für vollstreckbar erklärt werden können. Wenn nun im § 328 Abs. 2 hiervon eine Ausnahme zugunsten von nicht vermögensrechtlichen Streitigkeiten gemacht worden sei, so sei damit lediglich gesagt, die Anerkennung solcher ausländischer Urteile sei insoweit nicht ausgeschlossen, als diese Urteile die betreffende nicht vermögensrechtliche Angelegenheit selbst entschieden. Dagegen sei damit nicht ausgesprochen, daß zur Durchführung der darin getroffenen Hauptentscheidung oder der damit im Zusammenhang stehenden Kostenentscheidung die Anwendung des staatlichen Zwanges im Inland gefordert werden könnte. Mit Recht wird diese Begründung von der Revision angegriffen. Der § 328 Abs. 2 ZPO. sagt nicht, die Vorschrift der Nr. 5 stehe der Anerkennung des Urteils nicht entgegen, soweit, sondern er sagt: wenn das Urteil einen nicht vermögensrechtlichen Anspruch betrifft. Das Urteil betrifft aber einen nicht vermögensrechtlichen Anspruch, wenn der Hauptgegenstand des Prozesses nicht vermögensrechtlicher Natur ist. Daneben hat der Kostenpunkt keine selbständige Bedeutung (vgl. § 4 Abs. 1 ZPO.). Wird „das Urteil“ anerkannt, so muß sich also die Anerkennung auch auf den Kostenpunkt erstrecken, und da dieser Teil des Urteils der Zwangsvollstreckung im eigentlichen Sinne fähig ist, unterliegt es keinem Bedenken, gemäß §§ 722, 723 ZPO. insoweit die Vollstreckbarkeit des Urteils auszusprechen. Es ist auch kein Grund ersichtlich, weshalb das Gesetz, wenn es die Anerkennung ausländischer Urteile in nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten für angemessen erachtet, die Anerkennung der Entscheidung über die zur Rechtsverfolgung notwendig gewordenen Kosten versagen sollte. . . .

Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht kein Schiedsgericht gemäß Art. 304 V.V. Zuständigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit.

RG. 6. 1. 1925; II 735/23; E.M. & Co. / M.K.

Der Kläger, der amerikanischer Bürger ist und vor dem Kriege eine Handelsniederlassung in Marseille besaß, hat vor dem Kriege der jedenfalls noch im Jahre 1914 in Guben bestehenden Firma *Emanuel M. & Co.*, G.m.b.H., Häute geliefert. Aus diesen Lieferungen schuldete die Käuferin dem Kläger am 1. August 1914 noch 33579,65 französische Franken. Ueber einen Teil dieser Schuld, nämlich über 18511,65 Frs., gab sie dem Kläger zwei in Berlin zahlbare Akzepte, von denen das eine im Betrag von 4950 Frs. am 7. August 1914, das andere im Betrag von 13561,65 Frs. am 7. September 1914 fällig war. Die Firma *Emanuel M. & Co.*, G.m.b.H., trat laut Eintrags im Handelsregister am 30. Juni 1916 in Liquidation; Liquidatoren waren die beiden alleinigen Gesellschafter und zugleich Geschäftsführer: *Emanuel M.* und *Ludwig M.* Auf Anmeldung der Liquidatoren wurde am 31. März 1917 die Beendigung der Liquidation und das Erlöschen der Firma in das Handelsregister in Guben eingetragen. Noch im gleichen Jahre gründeten *Emanuel* und *Ludwig M.* in Guben eine offene Handelsgesellschaft in Firma: *Emanuel M.*

Mit der gegenwärtigen Klage, die zuerst gegen die offene Handelsgesellschaft *Emanuel M.* gerichtet war, dann aber gegen die Firma *Emanuel M. & Co.*, G.m.b.H. in Liquidation, gerichtet und dem *Emanuel* und dem *Ludwig M.* als den Liquidatoren zugestellt wurde, verlangt der Kläger Zahlung obiger 33579,65 französischer Franken nebst Zinsen sowie Feststellung der Verpflichtung der Beklagten, dem Kläger den durch ihren Zahlungsverzug entstandenen und noch entstehenden Schaden zu ersetzen. Der Anspruch wird darauf gestützt, daß die verklagte G.m.b.H. in Liquidation trotz der gegenteiligen Eintragung noch bestehe, da die Liquidation tatsächlich noch nicht beendigt sei; denn bei der Liquidation sei die aus den Büchern ersichtliche und den Liquidatoren bekannte Forderung des Klägers an die G.m.b.H. nicht befriedigt oder sichergestellt worden, was die Folge habe, daß der G.m.b.H. wegen dieses gesetzwidrigen Verfahrens ein Schadensersatzanspruch gegen die Liquidatoren zustehe; demnach sei noch Gesellschaftsvermögen in Gestalt dieses Anspruchs vorhanden, und die Gesellschaft bestehe daher noch fort. Die Beklagte, der auf Streitverkündung durch den Kläger die beiden (früheren) Liquidatoren als Nebenintervenienten beigetreten sind, hat Klageabweisung beantragt und vorgetragen: Der ordentliche Rechtsweg für den Klageanspruch sei unzulässig, da dieser nach den Bestimmungen des Friedensvertrags und des Reichsausgleichgesetzes in das Ausgleichsverfahren gehöre. Weiter wurde eingewendet: Die Firma *Emanuel M. & Co.*, G.m.b.H. in Liquidation, bestehe nicht mehr, da die Liquidation tatsächlich beendigt sei; *Emanuel* und *Ludwig M.* seien infolgedessen nicht mehr Liquidatoren. Außerdem trat die Beklagte dem Klageanspruch mit dem Einwand der Verjährung (sämtlicher angeblicher Forderungen des Klägers gegen *Emanuel M. & Co.*, G.m.b.H.) entgegen.

Das Landgericht wies die Klage ab, weil die Beklagte mit der Eintragung der Beendigung der Liquidation und des Erlöschens der Firma die Parteifähigkeit verloren habe, eine Wiederaufnahme der Liquidation und damit ein Wiederaufleben der Rechtspersönlichkeit der Beklagten aber nur durch Eintragung der Fortsetzung der Liquidation in das Handelsregister herbeigeführt werden könnte. Auf die Berufung des Klägers hob das Kammergericht das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Revision der Beklagten und der Nebenintervenienten wurde zurückgewiesen.

Gründe: Die Revisionsklägerin meint, der Rechtsweg sei für den eingeklagten Anspruch unzulässig geworden, weil der Kläger diesen Anspruch bei der auf Grund des Abkommens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 10. August 1922 (vergl. das Reichsgesetz vom 31. Januar 1923, RGBl. II, S. 113) eingesetzten Gemischten Kommission — sogenannten *mixed claims commission* — angemeldet habe. Dieser Auffassung kann jedoch nicht beigetreten werden, einerlei, ob die gedachte Anmeldung vor oder nach Erlassung des angefochtenen Urteils erfolgt ist. Der Ausschluß der deutschen Gerichtsbarkeit käme nur dann in Frage, wenn für die Vereinigten Staaten von Amerika ein Gemischter Schiedsgerichtshof im Sinne des Art. 304 des Versailler Vertrags errichtet wäre. Dies ist aber nicht der Fall; die Vereinigten Staaten haben das System des durch die Ausgleichsämter zu bewirkenden Ausgleichs von Privatschulden nicht angenommen. Die *mixed claims commission* ist denn auch nach Art. I des Abkommens vom 10. August 1922 etwas ganz anderes, als die Gemischten Schiedsgerichtshöfe nach Art. 304 des Versailler Vertrags; denn die Zuständigkeit der *commission* umfaßt nur die im Art. I a. a. O. aufgeführten Ansprüche der Vereinigten Staaten oder ihrer Staatsangehörigen gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige, nicht auch umgekehrt Ansprüche des Deutschen Reichs oder deutscher Staatsangehöriger gegen die Vereinigten Staaten oder amerikanische Bürger. Nirgends ist ein Anhalt dafür zu finden, daß das wegen eines Anspruchs eines amerikanischen gegen einen deutschen Staatsangehörigen angerufene deutsche Gericht infolge der späteren Anmeldung des Anspruchs bei der *mixed claims commission* ausgeschaltet werden sollte. Auch der I. Zivilsenat des Reichsgerichts hat sich in der Entscheidung RGZ. Bd. 107, S. 407*) in diesem Sinn ausgesprochen. Der Inhalt der von der Revision in Bezug genommenen Bestimmungen des Art. VI Abs. 3 des Abkommens vom 10. August 1922 und des § 8 Abs. 2 der Ausführungsverordnung hierzu vom 28. Juni 1923 (RGBl. II, S. 299) ändert an diesem Ergebnis nichts. Denn weder die eine noch die andere Vorschrift behandelt die Frage, ob und inwieweit die Entscheidung der Gemischten Kommission zwischen dem amerikanischen Gläubiger und dem deutschen Schuldner Rechtskraft schafft.

Depositenkonto eines türkischen Staatsangehörigen bei der Brüsseler Filiale einer Berliner Bank. Ueberschreibung des Guthabens auf die Hauptniederlassung im Oktober 1918.

RG. 20. 12. 1924; I 11/24; H./B. Bank.

Der Kläger, der etwa bis zum Jahre 1915 in Brüssel wohnte und jetzt in Amerika lebt, ist türkischer Staatsangehöriger. Er hatte bei der Filiale der beklagten Bank in Brüssel seit 1910 zwei auf belgische Franken lautende Konten, und zwar ein Scheckkonto und ein Konto mit 15tägiger Abrechnung. Am 1. Juli 1918 betrug das Guthaben des Klägers auf beiden Konten zusammen 25 487 belgische Franken. Ende Oktober 1918 rechnete die Beklagte das Frankenguthaben des Klägers in deutsche Währung zum Kurs 1 ℳ = 1,25 Frs. um und schrieb den so gefundenen Markbetrag in Berlin in den Büchern ihrer Hauptniederlassung dem Kläger gut, während das für ihn bei der Brüsseler Filiale der Beklagten geführte Frankenkonto gelöscht wurde. Der Kläger widersprach dieser Maßnahme und verlangte mit der Klage Abrechnung und Auszahlung in belgischen Franken.

---

*) Abgedruckt Ztschr. XXXII 457.

Das Landgericht wies die Klage ab. Das Kammergericht verurteilte die Beklagte, dem Kläger eine zum 31. März 1923 abschließende bankmäßige Abrechnung, lautend auf belgische Frankenwährung, zu erteilen und ihm nach ihrer Wahl 27 300 belgische Franken oder den dieser Summe entsprechenden Markbetrag nach dem am Tage der Zahlung an der Berliner Börse notierten Kurse zu zahlen. Die Revision der Beklagten hatte Erfolg.

Gründe: 1. Der Kläger stützt seine Ansprüche darauf, daß er bei der Filiale der Beklagten in Brüssel zwei Depositenkonten in belgischer Währung vor dem Beginn des Krieges habe anlegen lassen und während der Kriegszeit unterhalten habe. Zutreffend weist das Berufungsgericht darauf hin, daß nach der allgemeinen Vorschrift in § 697 BGB., sowie der besonderen Natur des Bankdepositengeschäfts der Kläger seine Ansprüche auf Rechnungslegung und Herausgabe der Depots grundsätzlich gegen die Brüsseler Niederlassung der Beklagten erheben müßte. Der Kläger wendet sich aber an die beklagte Hauptniederlassung unter anderem auch deshalb, weil die Beklagte ihrer eigenen Angabe nach seine Brüsseler Konten nach Berlin überführt habe. Diese Ueberführung ist jedoch nach dem Tatbestande des Berufungsurteils Ende Oktober 1918 nicht in Form von belgischen Frankennoten, sondern unter Umrechnung des Frankenbetrags in Markbeträge nach dem Kurs von 1 ℳ = 1,25 Frs. erfolgt. Dabei ist zu beachten, daß die sogenannte „Ueberführung" der klägerischen Konten von Brüssel nach Berlin an sich nicht zusammenhängt mit der Frage, ob und welche Barbeträge oder sonstigen Wertbestände in deutscher oder belgischer Währung von der Beklagten damals von Brüssel nach Berlin geschafft worden sind. Denn derartige Wertbestände waren und blieben Eigentum der Bank, auch wenn und soweit sie zur Deckung der Verpflichtungen der Bank ihren Kunden gegenüber dienen sollten, und die etwaige Verbringung dieser Gegenstände von einem Ort zum anderen war ein innerer Vorgang der Bankverwaltung, der das Rechtsverhältnis der Parteien nicht unmittelbar berührte. Vielmehr bestand im Verhältnis der Parteien die Ueberführung der klägerischen Konten nur in einem buchmäßigen Vorgang, indem bei der Beklagten für den Kläger, statt seiner Konten in Brüssel, solche bei der Hauptniederlassung der Beklagten in Berlin angelegt wurden. Da diese Berliner Konten in deutscher und nicht in belgischer Währung angelegt sind, können auf die erwähnte Kontenüberführung als solche die Klagansprüche, deren Grundlage sowohl hinsichtlich der Ansprüche auf Zahlung als auch auf Rechnungslegung das Bestehen einer Frankenschuld bildet, nicht gestützt werden. Denn mit Recht weist die Revision darauf hin, daß der Kläger, soweit er Ansprüche aus der Kontenüberführung selbst, d. h. der Anlegung von Konten für ihn bei der beklagten Hauptniederlassung, herleiten will, diese so gelten lassen muß, wie sie tatsächlich geschehen ist, einerlei, ob sie in anderer Weise hätte geschehen können oder müssen.

2. Das Berufungsgericht legt die Währungsverordnungen des deutschen Generalgouverneurs in Belgien vom 3. Oktober und 15. November 1914 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die besetzten Gebiete Belgiens 1914, Nr. 6 und 12 Ziff. 3, S. 15 und 39) dahin aus, daß diese Verordnungen:

a) in ihrer Wirkung beschränkt sind auf die Grenzen des besetzten Gebiets und schon um deswillen für den in Amerika wohnhaften Kläger keine Geltung haben,

b) auf die Dauer der deutschen Besetzung Belgiens beschränkt sind,

c) eine Umrechnung der belgischen Währung in deutsches Geld zum Kurse von 1 ℳ = 1,25 Frs. nur für den Fall der wirklichen Zahlung oder

Hinterlegung, nicht aber bei einer Kontenüberführung der hier fraglichen Art gestatteten.

Wie bereits in der Entscheidung des Reichsgerichts vom 22. April 1922, I 71/22 (JW. 1922, S. 1324, Nr. 9) ausgeführt ist, beruhen die erwähnten Gouvernementsverordnungen zwar auf völkerrechtlicher Grundlage — dem Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, Anlage Art. 43 —, die Verordnungen selbst bedeuten aber nur eine Abänderung der einschlägigen belgischen Gesetze. Sie haben daher im Sinne von § 549 ZPO. den Charakter ausländischen Rechts und sind der Revision entzogen.

Danach kann es dahingestellt bleiben, ob der Auslegung der genannten Verordnungen durch das Berufungsgericht in allen Punkten beizutreten wäre. Es mag aber bemerkt werden, daß aus jenen Verordnungen jedenfalls kein Recht der Beklagten hergeleitet werden kann, ihre an sich begründete Frankenschuld zum Kurse von 1 ℳ = 1,25 Franken in eine Markschuld ohne ausdrückliches oder stillschweigendes Einverständnis des Klägers umzuwandeln.

Ein solches Einverständnis ist hier wegen der besonderen Umstände nicht anzunehmen. Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat der Kläger die Benachrichtigungsschreiben der Brüsseler Filiale der Beklagten vom 12. und 31. Oktober 1918 nicht erhalten. Die genannte Filiale der Beklagten hat diese Schreiben an die alte Brüsseler Anschrift des Klägers gesandt, obgleich ihr aus dem Briefe des Klägers vom 2. Mai 1918 dessen Aufenthaltsort, Anschrift und Internierung in Jamaika bekannt waren und sie bereits an diese Anschrift dem Kläger den Kontoauszug vom 9. Februar 1918 gesandt hatte. Sollte nun auch, wie die Beklagte behauptet, anzunehmen sein, daß trotz des Aufenthalts des Klägers in Jamaika seine „ständige Adresse“ im Verhältnis der Parteien seine alte Brüsseler Anschrift war, und sollte es, wie die Beklagte weiter behauptet, im Bankenverkehr üblich sein, Briefe für die Kunden an die letzte, der Bank bekannte „ständige Adresse“ des Kunden zu schicken, so trifft dies alles nicht den vorliegenden Fall. Denn die von der Beklagten geltend gemachte Umwandlung des klägerischen Frankenguthabens in ein Markguthaben zum Kurse von 1 : 1,25, sowie die Mitteilung hiervon fiel völlig aus dem Rahmen des üblichen Bankverkehrs heraus. Eine stillschweigende Genehmigung dieser besonders gearteten Vorgänge könnte höchstens dann angenommen werden, wenn der durch seine Internierung in seiner geschäftlichen Bewegungsfreiheit zeitweilig beschränkte Kläger, nachdem er die Nachricht von der erwähnten Verminderung seines Guthabens wirklich erhalten hatte, dazu geschwiegen hätte. Das ist aber nach den Feststellungen des Berufungsgerichts nicht der Fall.

3. Die Frage, ob etwa die Beklagte oder ihre Brüsseler Filiale in der Lage war und im Verhältnis der Parteien verpflichtet gewesen wäre, die Konten des Klägers und die etwa zur Deckung seines Guthabens in Belgien vorhandenen Werte vor dem Rückzuge der deutschen Behörden aus Belgien anderweitig sicherzustellen, etwa durch Unterbringung bei einer neutralen Bank oder dergl., braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Die nach dieser Richtung vom Kläger gemachten Angaben sind ganz allgemein gehalten und reichen in keiner Weise aus, um darauf die Klagansprüche zu stützen. Es müßten schon ganz besondere Umstände vorliegen und dargetan werden, um auf diesem Wege die Klage zu begründen.

4. Danach ist hier nur noch zu prüfen, ob der Kläger seine Klage darauf stützen kann, daß er anders und besser gefahren wäre, wenn die Beklagte seine Konten nicht nach Berlin übernommen, sondern sein Guthaben, wie vordem, in den Handelsbüchern ihrer Brüsseler Zweigniederlassung geführt und diese Bücher in Belgien belassen hätte. Diese Frage führt auf ein

Gebiet, das in Schrifttum und Rechtsprechung wiederholt und sehr verschieden behandelt ist (vgl. *Isay*, Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag, 3. Aufl., S. 109 ff.; *Löwenthal*, JW. 1920, S. 958, 959; *Wulf*, JW. 1920, S. 608, 959; *Bossart*, Hanseatische Rechtszeitschrift 1922, S. 515, 516; *Isay* in Bankarchiv, 19. Jahrgang, S. 194; Zeitschrift „Der Friedensvertrag“ I S. 152, 193, 454; II S. 529; RGZ. Bd. 108, S. 265; RG. vom 26. November 1920, VII 217/20, in JW. 1921, S. 245 Nr. 17; Hanseatische Rechtszeitschrift 1922, S. 895 ff.). Im vorliegenden Falle ist die Entscheidung in wesentlichen Punkten abhängig von tatsächlichen Feststellungen, die noch nicht oder noch nicht in genügender Weise getroffen sind.

Es ist davon auszugehen, daß durch den Versailler Vertrag und die belgischen Gesetze vom 10. November 1918 und 17. November 1921 die Vermögenswerte der Brüsseler Filiale der Beklagten, soweit sie dem Zugriff der belgischen Behörden tatsächlich ausgesetzt waren, beschlagnahmt und liquidiert worden sind. In welchem Umfang und in welcher Art diese Beschlagnahme und Liquidation erfolgt ist, hängt von den einschlägigen tatsächlichen Vorgängen ab. Soweit die Beschlagnahme und Liquidation des genannten Filialvermögens reicht, sind etwaige Ansprüche des Klägers gegen die Brüsseler Filiale der Beklagten materiell- und prozeßrechtlich von der beklagten Hauptniederlassung zu vertreten. Denn durch den Versailler Vertrag und die zu seiner Durchführung bestimmten Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen ist im Verhältnis der Parteien daran nichts geändert, daß die Brüsseler Filiale keine selbständige Rechtspersönlichkeit hatte, vielmehr Träger ihrer Rechte und Verbindlichkeiten grundsätzlich die beklagte Hauptniederlassung war und ist.

Des weiteren hängt es von noch festzustellenden Tatsachen ab, ob, in welcher Weise und in welchem Umfang auf Grund des belgisch-türkischen Friedensvertrags und der genannten belgischen Gesetze eine Beschlagnahme und Liquidation der klägerischen Guthaben bei der Brüsseler Filiale der Beklagten erfolgt wäre, wenn diese Guthaben in den Büchern der Brüsseler Filiale der Beklagten fortgeführt worden wären. Ist anzunehmen, daß solchenfalls die klägerischen Guthaben ganz oder teilweise beschlagnahmt worden wären, so ist, soweit der Umfang dieser als öffentlichrechtliche Konfiskation wirkenden Beschlagnahme anzusehen ist, grundsätzlich ein Anspruch des Klägers auf Auszahlung seiner Guthaben in belgischer Währung gegen die Beklagte nicht gegeben und den Klagansprüchen der Boden entzogen. Sache der Beklagten ist es, dies dem Klagvorbringen gegenüber im einzelnen darzulegen und zu beweisen. Es bleibt aber dem Kläger unbenommen, seinerseits klarzustellen, daß eine solche Beschlagnahme nicht oder nicht in ihrem vollen Umfange wirksam geworden wäre, weil bei der Liquidation der Brüsseler Filiale der Beklagten die beschlagnahmte Forderung des Klägers gar nicht oder nur zum Teil abgedeckt worden wäre. Soweit festgestellt werden sollte, daß eine solche Abdeckung tatsächlich nicht erfolgt wäre, steht eine etwa weitergehende Beschlagnahme der Forderung den Ansprüchen des Klägers nicht im Wege. Seine Ansprüche würden also insoweit begründet sein, als bei einem Fortführen seiner Guthaben in den Büchern der Brüsseler Filiale der Beklagten eine Beschlagnahme dieser Guthaben nicht erfolgt wäre oder die erfolgte Beschlagnahme im Liquidationsverfahren nicht zu einer Abdeckung der Forderung des Klägers aus dem betreffenden Filialvermögen der Beklagten geführt hätte. Die Ansprüche würden aber darüber hinaus auch insoweit begründet sein, als etwa — was gleichfalls festzustellen wäre — eine durchgeführte Beschlagnahme und Liquidation der Guthaben des Klägers zu seiner Schadloshaltung geführt hätte, indem etwa der liquidierte Betrag der Türkei auf Reparationskonto gutgeschrieben und von der Türkei ganz oder teilweise dem Kläger erstattet worden wäre.

Ausländischer (englischer) Schiedsspruch. Maßgeblichkeit des Rechtes des Ortes, wo der Schiedsspruch gefällt ist, für die Wirksamkeit desselben.

Hanseatisches Oberlandesgericht 31. 10. 1924; Bf. V. 44/1924, Cohn / Kolonial-Produkten-Einfuhr-A.-G. (Hanseatische Rechtszeitschrift 1925, Sp. 63).

Die Beklagte kaufte am 28. April 1923 durch Vermittlung des Klägers von der Firma *Ralli Brothers* in London laut Sugar-Contract Nr. 104, 1600 tons weißen Java-Zucker. Der Vertrag enthält die Schiedsgerichtsklausel, daß jeder Streit, welcher aus dem Vertrag entstehe, *„te be settled by Arbitration of London Brokers in the usual manner, und this submission may be made a rule of the High Court of Justice or any Division there of"*. In dem Vertrage verpflichten sich die Verkäufer, *„to produce Lloyds Certificate that the sugar when shipped was in a dry und sound condition, buyers having the right to refuse the sugar, if this certificate cannot be produced"*. Ueber die Verpflichtung zur Abnahme des in Hamburg eingetroffenen Zuckers entstand Streit. Die Käufer lehnten die Abnahme mit der Begründung ab, daß das ihnen vorgelegte Zertifikat, Anlage A, nicht vertragsmäßig sei, da darin von der aus 9976 Säcken bestehenden Gesamtpartie der Inhalt von 3292 Säcken als *„lumpy"* (klumpig) bezeichnet war.

Das Schiedsgerichtsverfahren wurde in London gemäß dem Vertrage eingeleitet. Die beiden von den Parteien ernannten Schiedsrichter einigten sich nicht. Der von ihnen ernannte Unparteiische, *C. J. Bailey*, erließ am 26. Juli 1923 den Schiedsspruch Anlage 3, der dahin ging, daß die Käufer in bezug auf 3292 Säcke, die im Zertifikat als *„lumpy"* bezeichnet waren, die Abnahme mit Recht verweigert hätten, daß sie hingegen verpflichtet seien, die restlichen 6684 Säcke, die gesunde Ware enthielten, zum Vertragspreise zu übernehmen. Da die Käufer sich weigerten, den Schiedsspruch anzuerkennen und ihm nachzukommen. ist der Zucker (6684 Säcke) in Hamburg verkauft worden, wobei sich ein Mindererlös gegen den Vertragspreis von 9554.2.5 Pfund Sterling ergab. Den Anspruch auf Erstattung dieses Mindererlöses nebst 5% Zinsen seit dem 24 September 1923 hat die Firma *Ralli Brothers* an den Kläger abgetreten, der Klage auf diesen Betrag erhoben hat bei dem LG. Hamburg, das durch Urteil vom 29. Januar 1924 der Klage stattgegeben hat. Beklagte hat Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht beschloß, Beweis zu erheben über die zwischen den Parteien streitige Frage, ob nach englischem Recht der in der Schiedsgerichtssache *Ralli Bros.* gegen *B. Dieden & Co.* betr. den Kontrakt vom 28. April 1923 von *C. J. Bailey* abgegebene Schiedsspruch, durch den die Käuferin zur Abnahme von 6684 Säcken Zucker gegen Zahlung des Vertragspreises verurteilt ist, rechtswirksam ist, insbesondere ob dieser Schiedsspruch nach englischem Recht geeignet ist, als Grundlage eines Anspruchs der Verkäuferin, sei es auf Erfüllung, sei es auf Schadensersatz zu dienen, durch Einziehung eines Sachverständigen-Gutachtens über das maßgebliche englische Recht. Dieses Gutachten war nach dem Beschluß des Gerichts von einem in Handels- und Schiedsgerichtssachen besonders erfahrenen Londoner Barrister zu erstatten, der durch die deutsche Botschaft in London bestimmt werden sollte. Die deutsche Botschaft hat den Barrister *J. P. A. Schiller* in London für die Erstattung des Gutachtens bestimmt.

Das Gutachten ist erstattet.

Darauf ist die Klage abgewiesen durch Urteil des Hans.OLG. ZS. V vom 31. Oktober 1924, Bf. V. 44/1924.

Gründe:

I. Die Rechtswirksamkeit der Zession ist nicht zu beanstanden. Der an den Kläger abgetretene Anspruch fußt auf dem in England ergangenen Schiedsspruch als seiner materiell-rechtlichen Grundlage, der Weigerung der Beklagten, ihm nachzukommen, indem sie die Teilmenge, 6684 Säcke, zu deren Abnahme und Bezahlung der Schiedsspruch sie verpflichtete, weder abnahm noch bezahlte, und den aus diesem Verhalten der Beklagten der Verkäuferin erwachsenen Rechten. Diese sind an den Kläger gemäß vorgelegter notarieller Urkunde abgetreten, und zwar, worüber kein Streit besteht, lediglich zu dem Zwecke ihrer gerichtlichen Geltendmachung in Deutschland. Erfüllungs- und Leistungsort der Beklagten für den so umschriebenen Anspruch des Klägers war Hamburg, einerlei ob man ihn rechtlich als Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung des Schiedsspruchs oder — was näher liegt — als einen solchen auf Erfüllung des Schiedsspruch-Anspruchs auf Zahlung der der Rechtsvorgängerin des Klägers durch den Schiedsspruch zugesprochenen Kaufpreisforderung unter Einrechnung des bei dem nach Vereinbarung für Rechnung wen es angeht erfolgten freihändigen Verkauf erzielten Erlöses auffaßt, wie auch der Leistungsort der Beklagten aus dem Vertrage auch dann in Hamburg, wo sie die Dokumente aufzunehmen und zu bezahlen hatte, belegen war, wenn die Vertragsschließenden sich im Kaufvertrag englischem Recht unterworfen haben. Nach deutschem internationalen Privatrecht entscheidet aber über die Gültigkeit des Rechtsgeschäfts der Zession das Heimatsrecht des *debitor cessus,* vergl. *Zitelmann,* Internationales Privatrecht II, S 394. Ist dieses zugleich das Recht des Ortes, wo der Schuldner zu erfüllen hatte, dann unterliegt seine Anwendung auf das Rechtsgeschäft der Zession um so weniger einem Bedenken — vergl. Hans.OLG. in Seuff. Arch. 56, S. 260 — und es könnte auch der Unterstellung des Kontrakts unter englisches Recht nicht entnommen werden, daß die Vertragsparteien sich auch hinsichtlich der Abtretung der Rechte aus einem etwa ergehenden Schiedsspruch dem englischen Recht haben unterwerfen wollen. Nach deutschem Recht begegnet aber die Zulässigkeit der Abtretung keinem Bedenken. Auch die Anwendbarkeit des englischen Rechts machte sie nicht unwirksam. Das Fehlen einer *„consideration“* abseiten des Zessionars, die regelmäßig die Voraussetzung der Wirksamkeit einer Forderungsabtretung nach englischem Recht bildet, vergl. *Anson-Prochownick,* Grundzüge des englischen Vertragsrechts S. 281, wenn auch wohl nicht ausnahmslos, *loc. cit.* S. 284, ist dann kein Hindernis für die Rechtswirksamkeit der Abtretung, wenn diese fiduziarischer Natur ist und der Schaffung eines *„trust“* dient, so daß eine eigentliche Zession nicht vorliegt, *loc. cit.* S. 281, Anm. Der Fall liegt hier unstreitig vor. Der Anspruch blieb im Vermögen der Gläubigerin, die ihre Gläubigerstellung auf den Kläger zwecks gerichtlicher Geltendmachung des Anspruchs in Deutschland übertragen hat.

Die Wirksamkeit dieses Rechtsaktes, den das englische Recht zuläßt, richtet sich wiederum nach dem Recht Deutschlands, wo die in der fiduziarischen Rechtsübertragung liegende Vollmacht wirksam werden sollte. RG. 78, S. 60, und nach deutschem Recht ist er zulässig — RG. 53, S. 417.

II. Wesentliches Fundament des Klageanspruchs, mag man ihn als Schadensersatz- oder Erfüllungsanspruch auffassen, ist der von der Rechtsvorgängerin des Klägers in England erwirkte Schiedsspruch in seiner Bedeutung für die Rechtsbeziehungen der Parteien. Um aber eine brauchbare Basis für den Klaganspruch abzugeben, ist erforderlich, daß dieser Schiedsspruch rechtswirksam ist und eine unanfechtbare Grundlage für die Rechte und Pflichten der Parteien aus dem Kaufvertrage bildet. Entbehrt er der Rechtsgültigkeit, dann ist der auf ihn gegründeten Klage das Fundament entzogen.

Ob aber der Schiedsspruch als rechtswirksam anzusehen ist, richtet sich fraglos nach englischem Recht, was sich ohne weiteres daraus ergibt, daß die Vertragsparteien sich hinsichtlich aller Streitigkeiten aus dem Kontrakt der Jurisdiktion eines englischen Schiedsgerichts unterworfen haben, bei dem sie nur die Anwendung seines heimischen Rechts und Verfahrens haben voraussetzen können; vergl. *Gaupp-Stein* § 1042 III. Hierbei ist es gleichgültig, ob die Gründe, welche nach englischer Rechtsanschauung den Schiedsspruch ungültig machen, dem materiellen Rechte angehören oder sich nach deutscher Rechtsauffassung als Verstöße gegen prozeßrechtliche Grundsätze darstellen. In jedem Falle wird ein nach dem Rechte des Staates, in dem er ergangen ist, ungültiger Schiedsspruch nicht zur Grundlage eines materiellrechtlichen Anspruchs vor einem deutschen Gerichte gemacht werden können, und es ist durchaus abzulehnen, wenn das Landgericht es einem deutschen Kaufmann verwehren will, einen im Auslande gegen ihn ergangenen Schiedsspruch, den er als Fehlspruch empfindet, unter Berufung auf die Verletzung von formellen Regeln des ausländischen Rechts zu bekämpfen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

1. Es ist unrichtig, wenn Beklagte eingewendet hat — sie hält das auch nicht mehr aufrecht —, daß der Schiedsspruch nur eine, wenn auch anfechtbare Grundlage für eine Klage auf eine Vollstreckbarkeitserklärung abgeben könne, und daß deshalb der Award des Londoner Schiedsrichters als Grundlage eines seinen materiellen Inhalt ausschöpfenden Anspruchs auszuscheiden habe. Das trifft, wie das Gutachten des Londoner *Barrister Selvilles* angibt, für das englische Recht nicht zu und ist auch nach dem für diese Frage in Betracht kommenden deutschen Recht nicht richtig. Wie in der Rechtsprechung anerkannt ist, vergl. RG. 30, S. 368, Seuff. Arch. 67, S. 426, in JW. 87, S 170, kann ein im Auslande erwirkter Schiedsspruch zur Grundlage einer Klage auf Erfüllung gemacht werden. Der materiellrechtliche Inhalt des Schiedsvertrages enthält immer die Vereinbarung und Verpflichtung, das zu leisten und zu erfüllen, was der Partei durch den Spruch — dessen Zustandekommen gemäß den dafür maßgebenden Abmachungen und Vorschriften vorausgesetzt — auferlegt wird (Seuff. Arch. 67, S. 426).

Die selbstverständliche Folge ist, daß die Beklagte sämtliche Einwendungen, die sie im Vollstreckungsverfahren erheben könnte, dem materiellrechtlichen Anspruch aus dem Schiedsspruch entgegenhalten kann, da sie ihr durch den von dem Kläger bestrittenen Weg nicht abgeschnitten werden können.

2. Nach englischem Recht bedarf ein Schiedsspruch, der wie ein deutscher Schiedsspruch zwischen den Parteien die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils hat — *Arbitration Act 1889, the first Schedule, h.* — zur Vollstreckung *„the leave of the Court or a judge to be enforced in the same manner as a judgement"*. *Arbitration Act 1889, Sect. 12.* Nach dem Gutachten von *Schiller* kann eine Partei, die mit einem Schiedsspruch unzufrieden ist, entweder durch Anrufung des *High Court* die Aufhebung des Schiedsspruches beantragen — *to set aside the award (Sect. 11 an Arbitration Act).* Entschließt sie sich hierzu, so muß sie das innerhalb sechs Wochen tun, nachdem der Schiedsspruch den Parteien mitgeteilt ist. Oder sie kann, und zwar auch nach Ablauf dieser Frist, indem sie die Klage der Partei, zu deren Gunsten der Schiedsspruch ergangen ist, abwartet, ihre Verteidigungsgründe einredeweise geltend machen.

Es ist deshalb unzutreffend, wenn Kläger behauptet, daß der gegen die Beklagte ergangene Schiedsspruch sie binde, bis er nach dem dafür maßgebenden Recht beseitigt sei. Er bindet sie nur in dem Umfange, als er den von ihr zulässigerweise gegen ihn vorgebrachten Einwendungen standhält.

3. In den Kernpunkt des Streits rückt daher die Frage nach der Rechtswirksamkeit des Schiedsspruchs, insbesondere, ob er nach englischem Recht geeignet ist, als Grundlage eines Anspruchs der Verkäuferin — sei es auf Erfüllung, sei es auf Schadensersatz — zu dienen. Daß hierfür lediglich das englische Recht maßgebend ist, in dessen Herrschaftsbereich er ergangen ist, ist bereits dargelegt. Ist er danach unwirksam, so scheidet er als Klaggrundlage aus. Ob ihn der deutsche Richter auch dann nicht zu respektieren hätte, wenn er zwingenden Normen des deutschen Rechts widerspräche, steht hier nicht in Frage.

Die Rechtswirksamkeit des Schiedsspruchs bekämpft die Beklagte aus folgenden Gründen:

a) Der Award habe in nach englischem Recht unzulässiger Weise auf Naturalerfüllung — *specific performance* — erkannt.

b) Die Verurteilung zur Teilabnahme — in bezug auf den gesunden Zucker — widerspreche englischem Recht, das dem Käufer bei teilweise mangelhafter Lieferung das Recht zur Zurückweisung der ganzen Partie gebe — *Sect. 30 of the Sale of Goods Act.*

c) Der Schiedsspruch ignoriere die besonderen Vertragsbedingungen, die dem Käufer beim Fehlen eines sich auf die Gesamtpartie erstreckenden Qualitätsattestes dahin, daß *„the sugar was shipped in a dry and sound condition“*, das Recht auf Zurückweisung der ganzen Partie gäben.

d) Der Schiedsrichter sei bei seinem Spruch über seinen in der Anlage C umgrenzten Auftrag — Ermittelung des der Verkäuferin durch den Vertragsbruch der Käuferin erwachsenen Schadens — hinausgegangen.

Diese Mängel machten — nach der Rechtsansicht der Beklagten —, da sie einmal einen *„error of law on the face of the award“* darstellten, und ferner einen *„excess of jurisdiction“* abseiten des Schiedsrichters enthielten, den Schiedsspruch unwirksam *(anulled, invalid, bad on its face)*, in dem Sinn, daß er nach englischem Recht eine geeignete Grundlage weder für eine Vollstreckungsklage, noch für eine Erfüllungs- oder Schadensersatzklage bilde.

Von den von der Beklagten gegen die Gültigkeit des Schiedsspruchs erhobenen Einwendungen hat nur die unter d) geltend gemachte einen ausgesprochenen prozeßrechtlichen Charakter und würde allenfalls auch nach deutschem Recht beachtlich sein — vergl. *Stein* § 1041 II *loc. cit.*, wozu zu bemerken ist, daß nach deutscher Auffassung die Bindung des Schiedsrichters an den formulierten Antrag keine so strenge ist und es genügt, wenn er sich im Rahmen der ihm gestellten Aufgabe hält — RG. 8, S. 379. Mit den übrigen Bemängelungen greift die Beklagte den sachlichen Inhalt des Schiedsspruchs an, was ihr nach deutschem Recht verwehrt wäre, da es eine Nachprüfung der materiellen Richtigkeit der schiedsgerichtlichen Entscheidung durch das ordentliche Gericht nicht zuläßt. Aber insoweit entscheidet nicht deutsches, sondern englisches Recht, und wenn es richtig ist, daß die behaupteten Verstöße den Schiedsspruch nach englischem Recht unwirksam machen, so liegt darin eine Auswirkung materieller Rechtssätze des englischen Rechts auf die das Schiedsgerichtsverfahren beherrschenden Normen und somit, träfe die behauptete Verletzung zu, ein Mangel des Verfahrens, den auch der deutsche Richter zu respektieren hätte. Diesem Ergebnis gegenüber kann sich der Kläger und ihm folgend das Landgericht auch nicht mit Erfolg auf die Entscheidung des Reichsgerichts 46, S. 199 berufen. Hier ist in einem Falle, wo es sich darum handelt, daß ein Verkäufer vor der Lieferung auf Zahlung des Kaufpreises klagte — was ihm das englische Recht verbietet —, ausgeführt, daß diese Norm nur eine solche der gerichtlichen Geltendmachung sei und für den deutschen Richter die Grundsätze des englischen Aktionensystems beim Kauf *(Sale of Goods Act* von 1913, *Sect. 49, 50)* nicht in Betracht kämen. Aus dieser Rechtsauffassung — auf den Streitfall angewendet — folgt nichts weiter, als daß vor einem deutschen Gericht, wenn auf Abnahme geklagt wäre, die Bestimmungen der *„Sale of Goods Act"* über die *„Remedies of the Seller"* keine Beachtung zu finden hätten. Solche Klage ist aber hier nicht erhoben, sondern es handelt sich allein darum, ob die Verletzung englischer Rechtsgrundsätze durch den Schiedsrichter dessen Spruch nach englischem Recht ungültig macht.

Diese Folgerung ist aber nach dem von dem Londoner Barrister *Schiller* erstatteten Gutachten, das einzuziehen das Gericht angesichts der sich widersprechenden, von den Parteien beigebrachten privaten Gutachten für geboten erachtete, nicht abzulehnen. *Schiller* hat in eingehender und überzeugend begründeter Darlegung sämtliche von der Beklagten gegen den Schiedsspruch vorgebrachten Einwendungen für begründet erklärt und gelangt zu dem Ergebnis, daß der Spruch nach englischem Recht unwirksam ist und eine genügende Grundlage weder für eine Vollstreckungsklage, noch für eine Klage auf Erfüllung oder Schadensersatz bildet. Der Gutachter hat ausgeführt, daß die Beklagte, der 1000 T. Zucker garantiert trocken und gesund zur Zeit der Verschiffung verkauft waren, nach dem Vertrage sowohl wie nach der *Sect. 30* der *Sale of Goods Act* berechtigt war, die Gesamtpartie zurückzuweisen und nicht gezwungen werden konnte, den gesunden Teil der Lieferung abzunehmen, wie das englische Recht nur ausnahmsweise für den Käufer, niemals aber für den Verkäufer, ein Recht auf Naturalerfüllung anerkenne — *Sect. 9, 50, 52* der *Sale of Goods Act.* Gegenüber der Feststellung des Unparteiischen, daß nahezu ein Drittel der Partie nicht gesund gewesen sei, mache die gleichwohl von ihm ausgesprochene Verurteilung der Beklagten zur Abnahme und Bezahlung des gesunden Zuckers, den Schiedsspruch nach englischem Recht unwirksam — *bad on the face of it* —. Nur wenn die Vertragsparteien dem Schiedsgericht die Befugnis eingeräumt haben würden, die Naturalerfüllung anzuordnen, habe der Unparteiische so entscheiden dürfen, wie er getan. Daß dies für den Streitfall nicht zuträfe, vielmehr die Anrufung der Schiedsrichter erfolgt sei, um den aus der Verweigerung der Abnahme der Verkäuferin erwachsenen Schadensersatzanspruch festzustellen, entnimmt der Gutachter der von dem Schiedsrichter der Verkäuferin unterzeichneten Anlage C und sieht in dieser Ueberschreitung seiner Befugnisse durch den Unparteiischen einen weiteren Grund für die Ungültigkeit des Schiedsspruchs.

Das Gericht schließt sich diesen sorgfältig begründeten und durch Hinweis auf die englische Gerichtspraxis belegten Schlußfolgerungen des Gutachters, gegen welche abseiten des Klägers Beachtliches auch nicht hat vorgebracht werden können, an. Wenn der Kläger leugnet, daß der Anlage C Bedeutung für die Begrenzung der dem Schiedsgericht gestellten Aufgabe zukomme, da diese als *statement of claim* nicht anzusehen sei, so ist das, abgesehen davon, daß hiervon nur der eine der vom Gutachter für durchschlagend befundenen Aufhebungsgründe betroffen würde, unerheblich. Denn erstlich trägt die Anlage C, wie ihre Vergleichung mit der Anlage 15 ergibt, unverkennbar die Unterschrift des von der Verkäuferin anerkannten Schiedsrichters und ergibt, wie ihr auch der Gutachter entnimmt, daß das Schiedsgericht zur Feststellung der Schadensersatzansprüche der Verkäuferin angerufen war — *it is now claimed, that they (buyers) be responsible for any and all loss succurred.* Ferner hätte es nach dem Gutachten von *Schiller* einer ausdrücklichen Vereinbarung der Vertragsparteien bedurft, um dem Schiedsgericht die Befugnis zu geben, auf Naturalerfüllung zu erkennen. Daß solche Abrede getroffen sei, behauptet Kläger nicht einmal.

Hiernach ist der von der Rechtsvorgängerin des Klägers in England erwirkte Schiedsspruch nach englischem Recht ungültig und kann aus den dargelegten Gründen auch in Deutschland nicht zur Grundlage einer Klage auf Erfüllung oder Schadensersatz gemacht werden.

III. Scheidet hiernach der Schiedsspruch als Klagfundament aus, so stand es dem Kläger frei, auf den Kaufvertrag zur Begründung des Klageanspruchs zurückzugreifen. Erfolg konnte er damit nicht haben. Es ist hierbei gleichgültig, ob Rechte und Pflichten der Beklagten aus dem Vertrage nach deutschem oder englischem Recht zu beurteilen sind. Denn der Wortlaut des Kaufvertrages ist an sich so klar, daß eine verschiedenartige Beurteilung überhaupt nicht denkbar erscheint. Nach dem Vertrage war Beklagte berechtigt, die Abnahme des Zuckers zu verweigern, wenn ihr nicht ein Zertifikat vorgelegt wurde, daß der Zucker zur Zeit der Verschiffung trocken und gesund war. Ein solches dem Vertrage gemäßes Zertifikat ist von der Beklagten nicht vorgelegt worden Das Attest des *Surveyor to Lloyds Agents* — Anlage A — ergab, daß etwa ein Drittel der Gesamtpartie „*lumpy*“ war. „*Sugar described as lumpy*“, bezeichnet aber der sachverständige Unparteiische des Schiedsgerichts als „*unsound*“. Ist der Schiedsspruch auch unwirksam, so trägt doch das Gericht kein Bedenken, dieser Feststellung eines fraglos in hohem Maße sachkundigen Beurteilers, dessen Qualifikation sich aus seiner Ernennung zum Obmann des Schiedsgerichts ergibt, zu folgen. Es ist deshalb belanglos, ob das Zertifikat auch den für „*lumpy*“ erklärten Zucker als „*fit for shipment*“ bezeichnet. Ob nicht schon das Qualitätsattest aus dem Grunde, weil es die Feststellung, daß der Zucker „*in a dry and sound condition*“ verschifft sei, nicht enthielt, als ungenügend zu bezeichnen ist, bedarf deshalb keiner Erörterung.

Nach allem war der Berufung stattzugeben und die Klage abzuweisen.

Anmerkung. Ueber die Wirksamkeit ausländischer Schiedssprüche vgl. *Wittmaack* in Ztsch. XXII 113; ferner die Urteile Ztsch. I 59, 87; III 408, 425, IV 80, VI 55, VII 127, XI 448, XVIII 107, XX 92, XXIII 362, XXIV 310. Herausgeber.

Gegenseitigkeit in der Befreiung von Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten (Türkei).

Oberlandesgericht Karlsruhe 25. 2. 1919; BR. 208/1918, II. S.

Der Kläger, ein Türke, der während des Krieges in Brüssel wohnte und dann nach dem Haag verzogen ist, hat gegen den Beklagten beim Landgericht M. Klage auf Bezahlung von 63 100 ℳ erhoben. Der Beklagte schützte die Einrede der mangelnden Sicherheit für die Prozeßkosten vor und verweigerte die Einlassung zur Hauptsache. Das Landgericht verwarf diese Einrede durch Zwischenurteil. Auf Berufung hob das OLG. das Urteil auf und erkannte auf Sicherheitsleistung.

Aus den Gründen: Ein Gegenseitigkeitsvertrag wegen Befreiung von der Sicherheitsleistung wegen der Prozeßkosten besteht zwischen Deutschland und der Türkei nicht. Die Türkei kennt aber auch keine dem § 110 Abs. 1 ZPO. entsprechende Bestimmung, wonach Ausländer, welche als Kläger auftreten, dem Gegner wegen der Prozeßkosten Sicherheit zu leisten haben. In gewöhnlichen Zeiten hätte deshalb wohl der Kläger sich auf § 110 Abs. 2 Ziff. 1 ZPO. berufen können, um seine Freiheit von Sicherheitsleistung für die

Prozeßkosten darzutun. Bei den derzeitigen politischen Verhältnissen ist es aber nach der Ueberzeugung des Gerichts einem außerhalb der Türkei wohnhaften Deutschen nicht möglich, eine Klage vor einem türkischen Gericht zu erheben. Versagt aber in solchem Falle der Rechtsschutz überhaupt, so fehlt es auch an der Gegenseitigkeit hinsichtlich der Prozeßkostensicherheit in dem entsprechenden Falle, daß ein außerhalb Deutschlands wohnender Türke bei einem deutschen Gerichte klagt.

Tätigkeit des Handelsagenten eines deutschen Geschäftsherrn im Ausland (Rumänien). Maßgeblichkeit des deutschen Rechtes.

Hanseatisches Oberlandesgericht 24. 2. 1919; Speckmann / Hildebrandt (Hanseatische Gerichtszeitung, Hauptblatt 1919, S. 61).

Zu Unrecht wünscht Beklagte auf ihr Verhältnis zum Kläger rumänisches Recht angewendet. Für die Verpflichtungen des Geschäftsherrn auf Provisionszahlung an den Agenten, Erteilung von Buchauszügen usw. ist der Ort der Handelsniederlassung des Geschäftsherrn maßgebend, wenn nichts Gegenteiliges erhellt (cf. Staub, Kom. z. H.G.B. § 88 Anm. 13). Solche Ausnahmebeziehungen liegen nicht vor. Die Beklagte ist deutscher Großkaufmann, Kläger ist ebenfalls Deutscher. Es ist davon auszugehen, daß beiden das deutsche Recht geläufig ist, während sie mutmaßlich von rumänischem Recht beide keine oder geringe Kenntnisse haben. Der Ort der Tätigkeit des Agenten pflegt für sein Verhältnis zum Geschäftsherrn keine Rolle zu spielen. Auch die Einkäufe, welche Kläger für Beklagte machte, sollten im Endresultat Deutschland zugute kommen. Die ganze Sachlage gravitiert nach Deutschland; es liegt kein Grund vor, ein ausländisches Recht auf das Verhältnis der Parteien zueinander anzuwenden. Daß die Besprechungen über die Einkäufe des Klägers in Bukarest stattgefunden haben, nachdem das Verhältnis des Klägers zur Beklagten bereits ein Jahr früher über ein Erbsenanbaugeschäft in Deutschland eingeleitet war, ist rein zufällig, und aus diesem Umstande ist nicht zu entnehmen, daß die Parteien für ihr weiteres Rechtsverhältnis zueinander ein anderes als deutsches Recht angewandt wissen wollten.

Ist aber deutsches Recht anzuwenden, so hat der Kläger der Beklagten gegenüber die Stellung eines Agenten gehabt und für die Dobrudscha die Stellung eines Bezirksagenten im Sinne der §§ 84 und 89 H.G.B. Da der Vertrag zwischen dem Kläger und der Beklagten nicht schriftlich beschlossen ist, ist man, soweit Streit besteht, auf die Bekundungen von Zeugen angewiesen. Hinsichtlich der Beweiswürdigung tritt dieses Gericht den Ausführungen des L.G. bei. Die vom Kläger in zweiter Instanz benannten Zeugen, Post und Gehle, über das Vertragsverhältnis der Parteien zu vernehmen, hat keinen Zweck, weil diese Herren, wie unstreitig, erst im Frühjahr 1915 in die Sache hineingekommen und nach Bukarest geschickt worden sind. Die Tätigkeit des Klägers bestand hinsichtlich des Getreidegeschäftes darin, daß er damit betraut war, für die Beklagte Getreide aufzukaufen. Beklagtischer Anwalt hat versucht, in der Berufungsinstanz auszuführen, es gäbe nur Verkaufsagenten, keine Einkaufsagenten.

Dieser Ansicht kann nicht beigepflichtet werden. § 84 H.G.B. spricht lediglich davon, daß derjenige Handlungsagent ist, welcher, ohne als Handlungsgehilfe angestellt zu sein, ständig damit betraut ist, für das Handelsgewerbe eines anderen Geschäfte zu vermitteln oder im Namen eines andern abzuschließen. Hierunter fällt sowohl eine Einkaufs- wie eine Verkaufstätigkeit.

Kläger war ferner damit betraut, bei Lieferung der Ware eine Kontrolltätigkeit auszuüben. Diese Tätigkeit würde, wenn es die einzige Tätigkeit des Klägers für die Beklagte gewesen wäre, den Kläger allerdings nicht zum Agenten machen; es erscheint aber mit der Stellung eines Einkaufsagenten nicht unvereinbar, daß er als weitere Tätigkeit eine solche Kontrolltätigkeit ausübt, und er verliert durch solche Tätigkeit nicht die rechtliche Stellung eines Agenten.

Beklagte hat ferner dem Kläger seine Stellung als Agent aus dem Gesichtspunkte bestritten. daß die Beklagte hinsichtlich der Getreideeinkäufe für das Reich nicht als Kaufmann zu betrachten sei, weil Beklagte dieses ehrenamtlich getan habe und Kläger hiervon Kenntnis hatte. Würde der Beklagten in diesem Punkte im Prinzip beizustimmen sein, so würde es auf den über die Kenntnis des Klägers diesem zugeschobenen und vom Kläger angenommenen Eid ankommen. Der Beklagten ist aber in ihrer prinzipiellen Auffassung nicht beizutreten. Ein Teil der Geschäfte ist nämlich, auch nach Darstellung der Beklagten, für deren eigene Rechnung gegangen, und zwar sowohl vor, wie neben den Reichseinkäufen. Beklagte benutzte ihre früheren geschäftlichen Beziehungen, sowie das bereits bestehende Agenturverhältnis; Beklagte hat auch nach außen nicht im Namen des Reiches gekauft. Es mag dieses in den politischen Verhältnissen gelegen haben, in denen es untunlich und jedenfalls für das Deutsche Reich nicht vorteilhaft gewesen wäre, wenn das Deutsche Reich selbst als Käufer aufgetreten wäre. In Kriegszeiten sind kriegführende Reiche gezwungen, sich privater Personen als Deckadressen zu bedienen. Im Verhältnis des Beklagten zum Kläger muß aber die Beklagte gelten lassen, daß sie als Käufer aufgetreten ist, und die Beklagte verliert nicht ihre Kaufmannsqualität, wenn sie einen Teil der vom Kläger vermittelten Geschäfte ehrenamtlich für das Reich ausgeführt hat. Beklagte wird gegen sich die Bestimmungen in § 343 Abs. 2 und § 344 H.G.B. gelten lassen müssen. Will man diese Bestimmung nicht direkt anwenden, so muß man sie jedenfalls analog anwenden. Auch die Z.E.G. hat dieses Gericht als Kaufmann betrachtet. . . . .

Staatsangehörigkeit. Friedensvertrag von St. Germain.

Oberlandesgericht Köln 13. 5. 1924; 7 U 112/22 (Juristische Wochenschrift 1924, S. 1381).

Der Inhaber der klägerischen Firma ist tschechoslowakischer Staatsangehöriger. Er wohnte aber im August 1918, als er bezw. seine Firma den hier fraglichen Lieferungsvertrag mit dem Beklagten abschloß, in Olmütz und besaß die österreichisch-ungarische Staatsangehörigkeit. Es handelt sich um eine Streitigkeit aus einem bereits 1918 abgeschlossenen Vertrage zwischen einem deutschen und einem früheren Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, der heute Staatsangehöriger der Tschechoslowakei ist.

Der Senat hat durch den Beschluß vom 9. Oktober 1923 die Einholung einer Auskunft der zuständigen Reichsbehörde über die Zuständigkeit des Gemischten Schiedsgerichtshofs angeordnet. Nach der von dem Kommissar des Auswärtigen Amtes für die Gemischten Schiedsgerichtshöfe und die Staatsvertretungen erteilten Auskunft und deren Anlagen ist zwar streitig, ob zu den in Art. 304 b des F.V. benannten alliierten und assoziierten Staatsangehörigen auch die Angehörigen der am Friedensvertrag beteiligten neuen Ortsstaaten zu rechnen sind; da aber nach der konstanten Rechtsprechung der Gemischten Schiedsgerichtshöfe es zur Begründung der Zuständigkeit der Gemischten Schiedsgerichte aus Art. 304 b genügt, wenn die Erfordernisse der

Staatsangehörigkeit bei Inkrafttreten des Friedensvertrages, d. h. am 10. Januar 1920, nicht aber auch schon beim Abschluß des Vertrages zwischen den Parteien bestanden haben, so ist hier die weitere Frage zu entscheiden, ob die früheren Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie erst mit dem Inkrafttreten des Vertrages von St. Germain, d. h. am 16. Juli 1920, die Staatsangehörigkeit des neuen Staates erlangt haben, oder sie bereits bei Inkrafttreten des Friedensvertrages besaßen. Wenn auch der letztere Standpunkt von dem Deutsch-Tschechoslowakischen Gemischten Schiedsgerichtshof anerkannt worden ist, so trägt doch der Senat auf Grund der eingegangenen Auskunft und den dazu mitgeteilten Anlagen kein Bedenken, mit der Staatsvertretung und dem Deutsch-Jugoslawischen Gemischten Schiedsgerichtshof anzunehmen, daß die früheren Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie erst mit dem Inkrafttreten des Vertrages von St. Germain, d. h. am 16. Juli 1920, die Staatsangehörigkeit des neuen Staates erlangt haben und sie nicht bereits bei Inkrafttreten des Friedensvertrages besaßen.

Elbschiffahrt. Schiffszusammenstoß. Gerichtszuständigkeit.

Landgericht Hamburg 2. 12. 1924; H. X. 805/1924; A.-G. für Mineralölindustrie Wien/Tschechoslowakische Elbeschiffahrts-Aktiengesellschaft, Niederlassung Hamburg (Hanseatische Rechtszeitschrift 1925, Sp. 197).

Am 24. Mai 1924 ist der der Klägerin gehörige Tankkahn „Fanto VII“, als er sich im Anhang des der Beklagten gehörigen Dampfers „Pilsen“ befand, oberhalb der Sebusiner Fähre auf dem tschechoslowakischen Stromgebiet der Elbe mit dem talwärts fahrenden Kahn „V.E.G. 112“ zusammengestoßen, wobei der klägerische Kahn beschädigt wurde. Klägerin behauptet, die Schuld an dem Zusammenstoß treffe die Besatzung des Dampfers „Pilsen“, die fehlerhaft manöveriert und gegen die Strompolizeiverordnung verstoßen habe, und hat bei dem LG. Hamburg Klage auf Bezahlung von 4347 Mk. nebst Zinsen erhoben. Beklagte hat in erster Linie die Einrede der sachlichen und örtlichen Unzuständigkeit erhoben, auf welche gerichtsseitig die Verhandlung beschränkt wurde.

Parteien waren mit der Entscheidung des Einzelrichters einverstanden. Das LG. Hamburg K. X f. H.S. hat durch den Einzelrichter LG.-Direktor Dr. *Heuer* die Klage wegen Unzuständigkeit abgewiesen durch rechtskräftig gewordenes Urteil vom 2. Dezember 1924, H. X. 805/1924.

Gründe: Soweit Beklagte ihre Einrede als solche der Unzulässigkeit des Rechtsweges aufgefaßt haben will, ist sie unbegründet. Auch nach ihrer Ansicht ist ein Gericht, nämlich gemäß der Elbeschiffahrtsakte und dem tschechoslowakischen Gesetz das Bezirksgericht in Außig, als Elbeschiffahrtsgericht, zuständig. Der Rechtsweg ist also, wenn auch vor Sondergerichten, an sich zulässig.

Dagegen erscheint die Einrede der Unzuständigkeit des angegangenen Gerichts begründet. Nach dem Gesetz betreffend die Elbeschiffahrtsakte vom 22. März 1923 bezw. 22. Februar 1924 haben die Uferstaaten der Internationalen Elbekommission die Gerichte bekanntzugeben, die u. a. in den die Schiffahrt betreffenden Rechtssachen zu entscheiden haben. In Art. 1 Nr. 2a des Zusatzübereinkommens zur Elbeschiffahrtsakte vom 27. Januar 1923 (RGBl. II, S. 485) ist obige Bestimmung vervollständigt und vorgeschrieben, daß die in Art. 44 der Elbeschiffahrtsakte vorgesehenen Gerichte zuständig seien für die Entscheidung in Rechtsstreitigkeiten über Schäden, die durch

Kapitäne oder Schiffer während der Fahrt oder beim Anlegen verursacht sind. Nach Art. 2 ist dafür zuständig das Gericht, in dessen Bezirk der Schaden verursacht ist. Da im vorliegenden Falle die zur Grundlage der Klage gemachte, angeblich von der Besatzung des Schleppdampfers verschuldete Kollision im tschechoslowakischen Stromgebiet sich ereignet hat, so würde das nach dem dort geltenden Recht bestimmte Gericht zuständig sein. Nun bestimmt § 2 des tschechoslowakischen Gesetzes vom 25. April 1924 betr. die Elbeschiffahrtsgerichte, daß den Bezirksgerichten als Elbeschiffahrtsgerichten die ausschließliche Entscheidung in den oben bezeichneten Rechtsstreitigkeiten zustehe. Würde also tschechoslowakisches Prozeßrecht anzuwenden sein, so wäre die ausschließliche Zuständigkeit des Bezirksgerichts Außig gegeben. Nun ist es zwar richtig, daß, da der Prozeß in Deutschland geführt wird, nicht tschechisches, sondern deutsches Recht zur Anwendung kommt. Aber auch nach deutschem Recht sind mindestens in erster Linie die Elbeschiffahrtsgerichte zuständig. Das folgt aus § 13 und § 14, Nr. 1 GVG. in der Fassung des Gesetzes vom 14. Dezember 1923 (RGBl. II, S. 485), wonach vor die ordentlichen Gerichte alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gehören, für welche nicht reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

Als besondere Gerichte sind die auf einem Staatsvertrage beruhenden, als Gesetz verkündeten Elbeschiffahrtsgerichte zugelassen. Daß diese Gerichte für die Entscheidung solcher Prozesse ausschließlich zuständig sein sollen, ist allerdings von dem deutschen Gesetz nicht bestimmt, und es ist daher richtig, daß, wenn die Beklagte sich auf die Verhandlung solcher Streitigkeiten vor einem anderen als dem Elbeschiffahrtsgerichte einläßt, dieses Gericht durch Vereinbarung zuständig wird, die Zuständigkeit dieses anderen Gerichts also nicht von Amts wegen zu prüfen ist. Das schließt aber nicht das Recht des Beklagten aus, sich gegenüber einer bei einem anderen als dem zuständigen Elbeschiffahrtsgericht anhängig gemachten Klage auf die angeführte Zuständigkeitsbestimmung des GVG. und der Elbeschiffahrtsakte zu berufen. Wenn in der Denkschrift zu den Zusatzabkommen erklärt wird, die Zuständigkeit der Elbeschiffahrtsgerichte sei keine ausschließliche, so mag das in dem ausgeführten Sinne richtig sein.

Wenn aber ferner durch die von der Klägerin angeführte Aeußerung des Staatssekretärs Dr. *Peters* erklärt sein sollte, es bestehe für alle Fälle eine alternative Zuständigkeit, so hat eine solche Bestimmung in der Vorschrift der Elbeschiffahrtsakte jedenfalls keinen Ausdruck gefunden. Nur über die Berufung gegen die Urteile der Elbeschiffahrtsgerichte ist in Art. 46 der Elbschiffahrtsakte gesagt, daß darüber nach Wahl der Parteien entweder die Landesgerichte oder die Kommission entscheiden sollte. Wenn auch für die erste Instanz eine solche Wahl hätte gegeben werden sollen, so wäre das sicher auch in die Akte aufgenommen worden. Daß nicht alle Vertragschließenden derselben Ansicht gewesen sind, wie angeblich der deutsche Verhandlungsführer, geht daraus hervor, daß jedenfalls einer der vertragschließenden Staaten, die Tschechoslowakische Republik, in ihrem Landesgesetz die ausschließliche Zuständigkeit der von ihr bestellten Elbeschiffahrtsgerichte bestimmt hat.

Die Bedenken, welche klägerischerseits dagegen geäußert sind, daß hier ein nach den betreffenden Bestimmungen unter die Zuständigkeit der Elbeschiffahrtsgerichte fallender Rechtsstreit vorliege, sind unbegründet. Unter die in Art. 1 Nr. 2a genannten Rechtsstreitigkeiten über Schäden, die durch Kapitäne usw. während der Fahrt verursacht sind, fallen jedenfalls Prozesse, wie der vorliegende. Es fehlt jeder Anhalt dafür, daß, wie Klägerin meint, damit nur Schäden gemeint seien, die an den Uferböschungen, Anlegestellen usw. angerichtet seien.

Auch darauf, daß die Elbeschiffahrtsgerichte noch nicht überall eingerichtet seien, kann Klägerin sich nicht berufen. Für Böhmen, dessen Elbeschiffahrtsgericht nach vorstehendem zuständig ist, sind durch das erwähnte Gesetz diese Gerichte zweifellos eingerichtet.

Somit war auf die Einrede der Unzuständigkeit hin die Klage unter Anwendung von § 91 ZPO. von hier abzuweisen.

Deutsches U-Boot. Bergelohn. Deutsch-niederländischer Schiedsvertrag.

Schiedsspruch 4. XI. 1924 (Hanseat. Rechtszeitschrift 1925, Sp. 276).

Als anläßlich der Bedingungen des Waffenstillstands vom 11. November 1918 im Jahre 1919 deutsche Schiffe zur Ablieferung nach England geführt wurden, ist von holländischen Fischfahrzeugen im März 1919 der Körper des Unterseeboots 133 und im Mai 1919 ein Schwimmdock für Unterseeboote in der Nordsee unbesetzt treibend aufgefunden. Beide Schiffe sind nach Ymuiden geborgen. Da über den Bergelohn eine Einigung nicht erzielt wurde, haben die niederländische und die deutsche Regierung einen Schiedsvertrag geschlossen. Jede Regierung entsandte zwei Sachverständige (seitens Deutschlands: Direktor Dr. *Hopff* und Fregattenkapitän *Gayer*). Da diese Herren sich nicht einigen konnten, hat, der Abmachung gemäß, der zum Obmann bestellte *Hr. Erik Sjöberg* aus Schweden den Schiedsspruch am 4. November 1924 gefällt.

Das Unterseeboot ist vom holländischen Fischdampfer Mercurius geborgen, beim Einschleppen in Ymuiden hat der Schlepper Katwyk Hilfe leisten müssen. Mercurius hat 35½ Stunden verwandt, Katwyk zwei Stunden. Der Wert der Schiffe ist auf 90000 bezw. 72000 fl. beziffert. Mercurius hat Schaden am Schiffskörper gehabt und Fanggelegenheit versäumt. Beide Schiffe haben zusammen 200000 fl. gefordert. Zugesprochen sind 10000 fl. (ohne Zinsen) unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der U-Bootkörper später in England zum Abwracken für 1000 £ verkauft ist.

Das Dock ist von den beiden holländischen Fischdampfern Gorredyk und Liesbeth Betty geborgen und nach Ymuiden eingeschleppt. Beide Schiffe haben je 79 Stunden verwandt. Der Wert der Schiffe ist auf 225000 bezw. 175000 fl. beziffert. Beide Schiffe haben Schaden am Schiffskörper gehabt und Fanggelegenheit versäumt. Beide Schiffe haben zusammen 260000 fl. Bergelohn gefordert. Zugesprochen sind 60000 fl. (ohne Zinsen). Das Dock ist im Juni 1923 in England zum Abwracken verkauft; der Preis steht nicht fest; es wird bemerkt, daß das Dock schon aus der Zeit vor dem Kriege stammte und veraltet war.

Es heißt in den ausführlichen Rechtsgründen:

„. . . . Considérant ensuite, en ce qui concerne le cas du sous-marin aussi bien que le cas du dock, que, pour déterminer le quantum de la rémunération due aux sauveteurs, il importe de rechercher d'abord quelle est la loi à appliquer;

qu'à cet égard il échet — conformément d'ailleurs aux conclusions des deux parties — d'écarter de l'application en l'espèce la Convention de Bruxelles du 23 septembre 1910 pour l'unification de certaines règles en matières d'assistance et de sauvetage maritimes;

qu'en effet, aux termes de l'article 14 de ladite convention, celle-ci est sans application aux navires de guerre, que le sous-marin, bien qu'il n'eût pas été complètement achevé, est incontestablement un navire de guerre; que le dock ayant été construit pour les besoins des submersibles constitue un accessoire de ceux-ci; qu'il doit par conséquent être soumis aux mêmes règles que celles qui sont applicables aux navires de guerre;

qu'on ne saurait, d'autre part, se rallier à l'argumentation du représentant du Gouvernement allemand tendant à établir que, puisque les objets sauvés étaient la propriété de ce Gouvernement et avaient en conséquence le caractère d'exterritorialité, les règles du droit allemand étaient seules applicables;

qu'en effet, le caractère d'exterritorialité desdits objets ne saurait exercer aucune influence quant au point de savoir quel est le droit à appliqer;

que cette question dépend de la volonté expresse ou présumée des parties;

que, sur ce point, la convention d'arbitrage conclue entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement néerlandais est absolutement muette; qu'il en est de même pour les notes antérieurement échangées entre eux au sujet des faits qui ont donné lieu à cette convention;

que, dans ces conditions, il faut bien supposer que lesdits Gouvernements ont envisagé d'application des règles générales du droit privé international en matière de sauvetage;

que, cenpendant, la jurisprudence n'est point unanime sur la question qui se pose en l'espèce, à savoir; quelle est la loi à appliquer pour la fixation de la prime de sauvetage, dans le cas où le sauvetage a été effectué en pleine mer et par un navire n'ayant pas le même pavillon que le bateau sauvé?

qu'en effet, certains auteurs (tels que *Schaps, Mittelstein, Thaller)* estiment que dans l'éventualité ci-dessus envisagée, il y a lieu de s'en tenir à la loi du pays dont relève le bateau sauvé;

mais que la plupart des auteurs (entre autres *Lyon-Caen* et *Renault, Demangeat, Meili, von Bar)* se prononcent en faveur de la loi du pays du bateau sauveteur;

que le principe admis par ces derniers auteurs a été consacré par la jurisprudence des tribunaux; et notamment par un arrêt de la Cour de Cassation de Paris en date du 6 mai 1884 (Journal du droit international 1884, p. 512) et par un arrêt en date du 7 juin 1924 émanant du Tribunal supérieur de Papeete (Journal du droit international 1924, p. 420);

qu'il a été adopté également par les congrès internationaux de droit commercial qui ont eu lieu à Anvers en 1885 et à Bruxelles en 1888;

qu'il a encore été sanctionné par le code de commerce portugais (art. 690) qui est, paraît-il, la seule loi contenant une disposition expresse en la matière;

qu'il y a lieu en l'espèce de suivre ce même principe, d'autant plus que, la loi devant encourager le sauvetage, le meilleur moyen d'atteindre ce but est d'assurer au sauveteur une rémunération conforme aux règles de la législation que seule il est présumé connaître;

que les navires sauveteurs étant en l'espèce de nationalité néerlandaise, c'est donc à la loi néerlandaise qu'il convient de s'en tenir;

que les dispositions de cette loi en la matière se retrouvent au Code de Commerce néerlandais, dont les articles 561 et 563 indiquent, en effet, les éléments devant servir de base pour la détermination du quantum de la prime de sauvetage;

qu'on ne saurait s'arrêter à l'argumentation de l'avocat du Gouvernement allemand d'après laquelle lesdits articles ne viseraient que les bateaux de commerce; qu'en effet, en raison des précédents tirés de la jurisprudence néerlandaise et dont le représentant des intéressés néerlandais a fait état dans ses plaidoiries, il y a lieu d'admettre qu'ils sont également applicables aux navires de guerre."

Wechselrecht. — Art. 300 und § 1 Anl. zu Art. 303 V.V.

RG. 25. 6. 1924; V. 192/24.

Kl., eine Londoner Zweigniederlassung einer Schweizer Bank, erwarb einen von der Londoner Zweigniederlassung der in Bremen domizilierten Bekl. im Mai 1914 ausgestellten, im August 1914 fälligen, von einer österreichischen Firma T. akzeptierten, nicht eingelösten Wechsel. Im April 1921 ließ Kl. bei der Akzeptantin Protest mangels Zahlung erheben und verlangt mit der vom BG. zugesprochenen Klage von der Bekl. Zahlung. Deren Revision hatte keinen Erfolg. Es handelt sich um einen Rechtsstreit zwischen einer durch eine Zweigniederlassung handelnden Schweizer Gesellschaft und einem deutschen Reichsangehörigen, der Rechtsstreit betrifft also keine Zahlung an den Staatsangehörigen einer „gegnerischen Macht“; das Ausgleichsverfahren nach Art. 296 des VV. kommt daher nicht in Frage, vielmehr ist der ordentliche Rechtsweg zulässig; vgl. RG. 107, 45. Die Rev. bekämpft die Annahme des BG.; daß nach dem Parteiwillen das englische Recht auf das streitige Rechtsverhältnis angewendet werden müsse, sie meint, daß das Recht des Erfüllungsortes maßgebend und, da die Ausstellerin eine deutsche Gesellschaft mit Zweigniederlassung in London sei, deutsches Recht zur Anwendung zu kommen habe. Auch damit kann sie jedoch keinen Erfolg haben. In der Rechtslehre über das zwischenstaatliche Wechselrecht besteht Streit darüber, nach welchem Rechte im Kollisionsfalle die Wirkungen von Wechselerklärungen zu bestimmen sind. Eine Auffassung geht dahin, daß das Recht vom Erfüllungsort der in Betracht kommenden wechselrechtlichen Verpflichtung entscheide; andere meinen, daß das Recht des Ortes maßgebend sei, welchen die Beteiligten für ihre Rechtsbeziehungen als bestimmend erachtet haben; wieder andere wollen das Recht desjenigen Ortes angewendet wissen, wo die betreffende Wechselerklärung ausgestellt ist *(Felix Meyer*, Weltwechselrecht I, 655). Einer ausführlichen Erörterung dieser Streitfrage bedarf es vorliegendenfalls nicht, da hier alle Ansichten zum gleichen Ergebnisse führen. Legt man den Ausstellungsort zugrunde, so folgt die Anwendbarkeit des englischen Rechtes daraus, daß der Wechsel in London im Betriebe der dortigen Zweigniederlassung der offHG. R. ausgestellt ist. In der Rechtsprechung wird überwiegend, namentlich vom RG., der Standpunkt vertreten, der das Recht des Erfüllungsortes für die betreffende Verpflichtung, deren passiver Träger in Anspruch genommen wird, maßgebend sein läßt *(Staub-Stranz*, Wechselordnung Anm. 7 zu Art. 86; so auch der erk. Sen. noch neuerdings im Urteile vom 16. April 1924, V 497/23; vgl. auch *von Bar*, Internationales Handelsrecht in Ehrenbergs Handbuch des Handelsrechts, I 393a Anm. 44). Wesentlich zum selben Ergebnisse gelangt (wie *Meyer* a. a. O. zutreffend bemerkt) die zweite oben erwähnte Auffassung; denn für die Frage, welcher Ort als der Erfüllungsort anzusehen ist, muß in erster Linie eine ausdrückliche oder aus den Umständen zu entnehmende stillschweigende Vereinbarung der Parteien maßgebend sein, wobei es auf ihren mutmaßlichen verständigen Willen ankommt (RG. 24, 112 ff.; RGRKomm. Anm. 11 vor § 104 BGB.). Das BG. hat daher mit Recht diesen Parteiwillen erforscht. Es ist dabei nach den von ihm näher dargelegten Umständen zu dem Schlusse gelangt, der Wille sei dahin gegangen, daß die Bezahlung des Wechsels seitens des Ausstellers an einen in London ansässigen Inhaber des Wechsels (hier die Kl.) aus den Erträgnissen des in London betriebenen Geschäfts der Gesellschaft R. erfolgen sollte, daher ein Streit über diese Zahlungspflicht nach englischem Rechte entschieden werden müßte. Für die Annahme, es hätte übersehen, daß die Hauptniederlassung dieser Gesellschaft sich in Bremen befindet, fehlt es an jedem Anhalt; entscheidendes Gewicht hat es aber darauf gelegt, daß sie in

London „arbeitete“ und in ihrem dortigen Geschäftsbetriebe den Wechsel ausstellte; dieser Tatsache gegenüber kommt es weiter nicht maßgebend darauf an, inwieweit ihre dortige Zweigstelle wirtschaftlich selbständig war. Rechtliche Bedenken stehen somit der Schlußfolgerung des BG. nicht entgegen. Die weiteren Ausführungen des BU., daß gemäß dem englischen Rechte die Frage der Notwendigkeit einer Benachrichtigung (Notifikation) des Ausstellers von der unterbliebenen Einlösung des Wechsels sowie die Form und Frist des Protestes nach den in Oesterreich geltenden Bestimmungen zu beurteilen sei, daß nach diesem eine Pflicht zu solcher Benachrichtigung nicht bestehe, der Protest rechtzeitig und formgerecht erhoben sei, daß dagegen die Frage der Verjährung nach englischem Recht sich bestimme, die Verjährungsfrist nach diesem mindestens sechs Jahre betrage, gründen sich auf die Auslegung ausländischen Rechtes, die für das Revisionsgericht bindend ist (§ 549 ZPO.; *Sydow-Busch,* Anm. 3 dazu). Keinem rechtlichen Bedenken unterliegt endlich die Annahme, daß diese Verjährungsfrist noch nicht verstrichen ist, weil sie während des Krieges nach Art. 300 des VV. (der englisches Recht enthält, aber mit seiner Verkündung im RGBl. auch deutsches Reichsgesetz geworden ist; RG. 107, 47) nicht gelaufen ist. Nach diesem Art. 300 waren „im Verhältnis zwischen Feinden“ alle Verjährungs- usw. Fristen für die Kriegsdauer gehemmt. Der Begriff des „Feindes“ im Sinne des Art. 300 ist im § 1 der Anlage zu § 303 das. dahin erläutert, daß Vertragsparteien dann als Feinde gelten, wenn der Handel zwischen ihnen verboten oder infolge von Gesetzen, Verordnungen oder Vorschriften, denen eine der Parteien unterworfen war, gesetzwidrig geworden ist. Wie ferner das BG. festgestellt hat, war durch die *trading with enemy act* nicht nur den englischen Staatsangehörigen, sondern auch allen im englischen Gebiete ansässigen Neutralen während des Krieges jeder Handel mit den Angehörigen feindlicher Staaten verboten. Zu diesen Neutralen gehört auch die Kl. Ohne ausschlaggebende Bedeutung ist, ob ihre Hauptniederlassung, der Schweizer Bankverein, weil er in Basel, also der Schweiz, seinen Sitz hat, als „Feind“ im Sinne dieser Bestimmungen zu gelten hat. Maßgebend muß vielmehr sein, daß der Klagewechsel während des Krieges sich in den Händen der Zweigniederlassung befunden hat, die in London sitzt, also dem englischen Verbote des Handels mit dem Feinde unterworfen war. Da ihr durch die *trading with the enemy act* der Handel mit dem in Bremen wohnhaften Bekl. bezw. der dortigen offHG. R. untersagt war, so war im Verhältnis zwischen ihr und dem Bekl. gemäß Art. 300 des VV. der Lauf der Wechselverjährungsfrist gehemmt. Demgegenüber kommt es nicht auf die Frage an, ob sie (ohne gegen das englische Gesetz, insbesondere das englische Strafrecht zu verstoßen) in der Lage gewesen wäre, den Wechsel an die Hauptniederlassung in Basel zu übersenden und diese so in den Stand zu setzen, die Wechselansprüche zu verfolgen. Denn tatsächlich ist dies nicht geschehen, so daß die Wechselinhaberin den Wechsel nicht geltend machen konnte. Daß die Abgabe des Wechsels an die Hauptniederlassung etwa in unlauterer Absicht unterlassen sei, hat der Beklagte selbst nicht behauptet.

Artt. 296, 297 V. V. — Ausgleichsverfahren und Beschlagnahme.

RG. 25. 6. 1924; V 892/93.

Die Londoner Zweigniederlassung der Bekl., eine österr. AG., hat vor dem Kriege einen von der Kl. auf sie gezogenen, im Sept. 1914 fälligen Wechsel über 117 Pfund Sterling akzeptiert. Infolge des Krieges wurde der Wechsel weder zur Zahlung präsentiert noch protestiert; er blieb im Besitze der Kl. bis zum Friedensvertrage, wurde dann von ihr dem Reichsausgleichsamt zur Berücksichtigung bei den mit England gepflogenen Ausgleichsverhandlungen eingereicht. Das *clearing office* in London, dem er vorgelegt wurde, sandte ihn Ende 1921 dem deutschen Ausgleichsamt zurück mit dem Bemerken, daß die Forderung nicht zugelassen werde, weil die Hauptniederlassung der Bekl. in Oesterreich sei; das Reichsausgleichsamt gab ihn der Kl. weiter mit dem Bemerken, daß die Auffassung des *clearing office* geteilt werde und die Forderung nicht ausgleichsfähig sei. Die Kl. erwirkte in einer der Bekl. gegen eine Wormser Firma zustehenden Sterlingforderung Arrest und klagte nun in Worms den Wechselbetrag ein. Die Vorinstanzen gaben der Klage statt. Die Revision der Bekl. führte zur Aufhebung des Urteils. Gegen die Zulässigkeit des Rechtsweges bestehen keine Bedenken, da der Streit ausschließlich die Forderung einer deutschen offHG. gegen eine österr. AG., also keine Zahlung an einen Staatsangehörigen einer „gegnerischen Macht" zum Gegenstande hat (vgl. RG. 107, 45). Ueberdies haben unstreitig sowohl das *clearing office* in London wie das deutsche Reichsausgleichsamt die Wechselforderung zum Ausgleichsverfahren nicht zugelassen; ihre Einklagung vor einem ordentlichen Gerichte ist also auch gemäß § 23 Anl. zu Art. 296 des VV. nicht zu beanstanden. Das BG. ist davon ausgegangen, daß London als Erfüllungsort der Sitz des streitigen Rechtsverhältnisses sei, dieses daher dem englischen Recht unterstehe. Nach diesem wie nach deutschem Rechte sei, da es sich um einen Zahlstellenwechsel, keinen eigentlichen Domizilwechsel handele, die Verpflichtung der Bekl. durch die Unterlassung der Präsentation und des Protestes nicht erloschen (vgl. dazu für das deutsche Recht Artt. 43, 44 WO.). Schuldner aus dem Wechsel sei, da Träger der Rechte und Pflichten einer Zweigniederlassung die Hauptniederlassung sei, die beklagte Hauptniederlassung in Wien, gegen welche auch die Klage erhoben sei. Die Zwangsverwaltung und Liquidation ihrer Londoner Filiale seitens des englischen Staates sei unerheblich; denn die Wechselschuld der in Wien ansässigen Bekl. sei schon vor der Beschlagnahme begründet gewesen, auch handele es sich um kein Rechtsverhältnis zwischen Angehörigen gegnerischer Mächte. Weiter sei die Zuständigkeit des LG. Worms gegeben gewesen, weil die dortige Firma D. eine Schuldnerin der Bekl. sei. Die Entscheidung konnte nicht aufrechterhalten werden. Für die Entscheidung darüber, ob die Kl. über die streitige Forderung verfügen, insbesondere sie einklagen kann, kommt es, wie in RG. 107, 44 ff. ausführlich dargelegt, nicht ausschlaggebend auf den Erfüllungsort an. Bei der Frage, welches Recht im Hinblick auf die Wirksamkeit gerichtlicher oder sonst behördlicher Maßregeln maßgebend ist, ist vielmehr nach deutschem Rechte davon auszugehen, daß bei einer Wechselforderung die Wechselurkunde die Trägerin des Rechtes ist, die Forderung sich sonach da befindet, wo die Wechselurkunde untergebracht ist. Vorliegendenfalls ist unstreitig, daß der Klagewechsel bis zum VV. sich im Besitz der Kl., also in Deutschland, befunden hat, dann zwar zur Berücksichtigung bei den Ausgleichsverhandlungen dem *clearing office* in London eingereicht, von diesem aber nach Deutschland an das Reichsausgleichsamt und durch dieses an die Kl. zurückgegeben ist. Der Wechsel befand sich also nur vorübergehend, und zwar erst nach dem Inkrafttreten des VV. (dazu *Isay*, Private Rechte und Interessen im Friedensvertrage, 3. Aufl., S. 82 § 27) in Feindesland. Das schließt aber (da die Frage, ob der Wechsel wirksam beschlagnahmt ist, in erster Linie sich nach der besonderen Regelung bestimmt, die sich für die rechtlichen Beziehungen der Parteien aus den Bestimmungen des VV. ergibt) die rechtliche Möglichkeit nicht aus, daß trotzdem England auch derartige Wechselforderungen gegen die Londoner Filialen deutscher oder österreichischer Banken beschlagnahmt und dadurch ihre Einklagung vor deutschen Gerichten verhindert hat; vgl. dazu die näheren Ausführungen in RG. 107, 47 ff. Einer Feststellung darüber, ob eine derartige Anordnung hinsichtlich der streitigen Wechselforderung englischerseits ergangen ist, hat das BG. sich enthalten.

Schon das nötigt dazu, seine Entscheidung aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzuverweisen. Daran kann auch der Umstand nichts ändern, daß der Klagwechsel dem *clearing office* in London eingesandt, von ihm aber durch das Reichsausgleichsamt der Kl. zurückgegeben ist. Denn diese Einreichung war lediglich zum Zwecke des Ausgleichsverfahrens erfolgt, und das *clearing office* hat nur ausgesprochen, daß die Wechselforderung zu diesem Verfahren nicht zugelassen werde. Ueber die Beschlagnahme von Forderungen und deren Verwertung hat dagegen das *clearing office* nicht zu entscheiden; hierzu ist vielmehr der *custodian of enemy property* berufen, als welcher für England und Wales der *public trustee* bestellt ist (*Isay,* S. 67; *Schuster-Wehberg,* Wirtschaftskrieg, Bd. I, 54; „Der Friedensvertrag", Jahrg. 2, S. 11, 13). Ueber eine Stellungnahme des letzteren ist aber im BU. nichts festgestellt. Die Annahme des BG., eine Beschlagnahme entfalle hinsichtlich derjenigen Rechte, bei denen lediglich Rechtsbeziehungen zwischen „nicht gegnerischen Mächten" begründet sind, kann rechtlicher Nachprüfung nicht standhalten. Hinsichtlich der Beschlagnahme machen Art. 297 ff. VV. keinen Unterschied, ob der Schuldner eines deutschen Gläubigers einer gegnerischen oder einer anderen Macht angehört (anders als Art. 296 das. hinsichtlich des Ausgleichsverfahrens). Der Liquidation usw. können vielmehr alle einem deutschen Reichsangehörigen gehörigen Rechte der in Art. 297 b bezeichneten Art unterworfen werden. Wenn also tatsächlich England alle einem Deutschen zustehenden Wechselforderungen gegen in England befindliche Schuldner, auch dortige Filialen ausländischer Banken, beschlagnahmt haben sollte, gleichviel ob die Wechselurkunde sich in England oder im Ausland befindet (vgl. die Parteibehauptungen in RG. 107, 49; auch ein Unteil des *high court of justice* im „Auslandsrecht", Jahrg. 4, S. 291, 294), so würde die Staatsangehörigkeit des Wechselschuldners (hier der Bekl.) ohne Bedeutung sein. Demgegenüber würde auch die Anführung der Kl. versagen, daß die Liquidationsbefugnis der englischen Regierung sich nur auf diejenigen deutschen Guthaben erstreckt, die im Zeitpunkte des Inkrafttretens des VV. sich innerhalb Englands befanden (ebenso *Isay*, S. 82; ferner „Der Friedensvertrag", Jahrg. 1, 350, 351). Denn wenn nach englischer Auffassung auch eine Wechselforderung sich am Sitze des Wechselschuldners (Akzeptanten) befindet, so war der Sitz der streitigen Forderung schon beim Inkrafttreten des VV. in London, wo der Wechsel bereits im Jahre 1914 akzeptiert war. Unerheblich wäre, daß England Vermögen, das Deutsche nach dem Inkrafttreten des VV. erworben haben, nicht liquidieren darf (*Isay*, S. 80, auch S. 75); denn die Kl. war Gläubigerin des streitigen Wechsels schon seit 1914.

Lebensversicherungsvertrag. Maßgeblichkeit des (deutschen) Rechtes des Erfüllungsortes.

*Kammergericht 23. 2. 1924; 24 U 8538/23, **Berlinische Lebensversicherungsgesellschaft**/J.P. in Hillerod (Dänemark). **(Hanseatische Rechtszeitschrift** 1924, Sp. 453.)*

Der Beklagte hat bei der Klägerin sein Leben mit 2000 Kronen skandinavischer Währung versichert. Die Prämienzahlungen hatten in der gleichen Währung zu erfolgen.

Die Klägerin hat behauptet, der Beklagte habe durch die Unterzeichnung des Scheines vom 20. Januar 1918, dessen bei den Akten befindliche Abschrift nicht bestritten ist und auf deren vorgetragenen Inhalt verwiesen wird, erklärt, er „wünsche die Prämien in deutscher Reichsmark zum Umrechnungssatze von 100 Kronen = 112,50 Mark zu bezahlen, womit die Klägerin einverstanden sei, unter der Bedingung, daß alle Zahlungen der Gesellschaft aus der Versicherung gleichfalls in deutscher Reichsmark zu dem gleichen Umrechnungssatz zu leisten seien. Hiermit erklärte er sich einverstanden". Da der Beklagte jetzt diese Erklärung nicht gegen sich gelten lassen will, hat die Klägerin mit dem Klageantrage die Feststellung verlangt, daß sie „nicht verpflichtet ist, bei Fälligkeit der vom Beklagten bei der Klägerin genommenen Versicherung die Versicherungsumme von 2000 Kronen skandinavischer Währung in Kronen zu zahlen, sondern daß sie berechtigt und verpflichtet ist, die Versicherungssumme in deutscher Reichsmark zum Umrechnungssatz von 100 Kronen = 112,50 Mark, d. h. den Betrag von 2250 Mark zu zahlen".

Der Beklagte hat Klageabweisung beantragt. Zwar hat er die Echtheit seiner Unterschrift unter dem Schein, die er zunächst vorsorglich bestritten hatte, schließlich anerkannt, als ihm die von der Klägerin im Original überreichte Urkunde vorgelegt wurde. Er hat aber ausgeführt, die Erklärung sei nicht rechtswirksam und verpflichte ihn nicht. Die Klägerin hat beim Sinken der Mark durch Umwandlung der Kronenversicherung in Markversicherung sich ihren Verpflichtungen zu entziehen gesucht und zu diesem Zwecke auch an den Beklagten eine Erklärung in deutscher Sprache zur Unterschrift gesandt, welche dieser, obwohl er der deutschen Sprache kaum mächtig sei, habe unterzeichnen sollen. Im Herbst 1918 hat der Beklagte bei der Agentur der Klägerin in Fridericia angefragt, ob er unterzeichnen solle, worauf eine Angestellte, Fräulein R., davon abgehalten habe. Fürsorglich hat der Beklagte weiter behauptet, daß Fräulein R. ihm den Schein mit dem Bemerken vorgelegt habe, es sei eine belanglose Formalität, die er ohne weiteres durch Unterzeichnung erfüllen könne. Jedenfalls habe er den Inhalt der Erklärung nicht gekannt und darum auch weiter bis Anfang 1920 die Prämien in Kronen bezahlt, bis die Klägerin ihn durch Schreiben vom Februar 1920 auf die falschen Zahlungen und die Unterzeichnung des Scheines aufmerksam gemacht habe. Schließlich hat der Beklagte ausgeführt, die Klägerin verstoße gegen die guten Sitten, wenn sie, nachdem sie über 20 Jahre lang die Prämien in guter Währung erhalten habe, jetzt aber auf den Revers sich berufe und den Beklagten in Reichsmark abfinden wolle, zumal sie, gesetzlicher Vorschrift gemäß, ein Kronendepot in Dänemark besitzen müsse.

Die von dem Beklagten eingelegte Berufung hat das Kammergericht durch Urteil vom 23. Februar 1924 — 24 U 8538/23 — mit der Maßgabe zurückgewiesen, daß der Beklagte einen Anspruch auf Aufwertung der in Reichsmark ausgedrückten Versicherungssumme nach den am Tage der Zahlung geltenden Bestimmungen hat.

Gründe: Obwohl der Beklagte Ausländer ist und der Versicherungsvertrag offensichtlich im Auslande abgeschlossen wurde, ist auf das Rechtsverhältnis, welches den Rechtsstreit zum Gegenstande hat, deutsches Recht anzuwenden. Denn nach den allgemeinen Versicherungsbedingungen ist, worüber beide Parteien auch einig sind, Berlin für beide Teile als Erfüllungsort vereinbart, und nach den Grundsätzen internationalen Privatrechts gilt für Vertragsobligationen in Ermangelung einer entgegenstehenden vertraglichen oder gesetzlichen Bestimmung das Recht des Erfüllungsortes.

Die Voraussetzungen der gemäß § 256 ZPO. erhobenen Feststellungsklage sind zweifelsfrei gegeben und auch nicht bemängelt worden. Der Beklagte will die Erklärung nicht gegen sich gelten lassen. Das rechtliche Interesse der Klägerin an der alsbaldigen Feststellung erscheint außerdem im Hinblick auf die Notwendigkeit gegeben, sich, bei der im jetzigen Zeitpunkt der Umstellung des Vermögens und der Bilanz in Goldmark notwendigen Ermittelung des Vermögensbestandes, über die erheblichen Auslandsverpflichtungen und ihren Umfang Klarheit zu verschaffen.

Gegenüber der ihrem Inhalte nach nicht bestrittenen Erklärung vom 20. Januar 1918, deren Unterschrift der Beklagte nach Vorlegung schließlich anerkannt hat, sind von ihm verschiedene Einwendungen vorgetragen worden. Sie sind jedoch nicht begründet.

Der Beklagte hat auszuführen versucht, die Erklärung verstoße gegen die guten Sitten und sei schon gemäß § 138 Abs. 1 BGB. nichtig. Seinen Ausführungen konnte das Berufungsgericht nicht beitreten.

Zur Begründung dieser Einwendung hat der Beklagte in der Hauptsache auf die ungeheure Entwertung der deutschen Papiermark hingewiesen, in die er in sittenwidriger Weise als Ausländer hineingezogen worden sei, nachdem er zwei Jahrzehnte in dänischer Währung die Prämien bezahlt habe. Bei der Prüfung der Frage der Sittenwidrigkeit sind aber nicht die heutigen Verhältnisse, sondern die Gesamtheit der Verhältnisse im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Erklärung zugrunde zu legen. In diesem Zeitpunkt, Januar 1918, jedoch mußte die Umwandlung einer Kronen- in eine Markversicherung nicht ohne weiteres als unsittlich erscheinen. Ferner stand damals schon die deutsche Währung unter der Friedensparität. Auch war der Ausgang des Weltkrieges trotz des Zusammenbruches des russischen Reiches immerhin noch ungewiß. Aber daß die deutsche Währung infolge des Kriegsausganges derartig zusammenbrechen würde, war damals nicht voraussehbar und hat die Klägerin offensichtlich auch nicht angenommen. Sie hat daher damals auch garnicht damit rechnen können, sich von ihrer Verpflichtung ihrem dänischen Gläubiger gegenüber mit einer kaum einen Wert darstellenden Geldsumme freimachen zu können. Der Versicherungsvertrag lief ja, falls der Beklagte nicht vorher starb, bis zum 1. April 1928 weiter und der Beklagte brauchte seine Prämie bis dahin auch nur in deutscher Währung zu bezahlen. Es mag sein, daß sie ein etwaiges Risiko beseitigen wollte. Diese Absicht allein vermag jedoch die Sittenwidrigkeit der Vereinbarung nicht zu begründen; der Beklagte war doch in der Lage, auf Grund des geschlossenen Vertrages die verlangte Aenderung abzulehnen, jedenfalls zwangen ihn nicht seine wirtschaftlichen Verhältnisse, auf die von der Klägerin vorgeschlagene Aenderung des Versicherungsvertrages einzugehen. Weiteres hat der Beklagte hier nicht vorzubringen vermocht. Dann erscheint aber die jetzt beanstandete Abänderung des Versicherungsvertrages dem Gesamtcharakter der nachträglichen Vereinbarung nach nicht sittenwidrig, so daß eine Nichtigkeit gemäß § 138 Abs. 1 BGB. nicht gegeben ist.

Die weitere Einwendung des Wuchers (§ 138 Abs. 2 BGB.) kann schon deswegen nicht durchgreifen, weil das hier allein in Frage kommende Erfordernis der Unerfahrenheit nicht vorliegt. „Unerfahrenheit“ im Sinne des § 138 II ist nur die allgemeine Geschäftsunkenntnis als Eigenschaft eines Menschen, nicht seine Unkenntnis im besonderen Fall. Eine solche Unerfahrenheit liegt bei dem Beklagten, der Fahrradhändler ist und in seinem bei den Akten befindlichen Schreiben kaufmännische Erfahrung und Gewandtheit zeigt, offensichtlich nicht vor.

Der Beklagte hat ferner seine Erklärung wegen Irrtums angefochten.

Es kann dahingestellt bleiben, ob er rechtzeitig, d. h. „unverzüglich“ (BGB. § 121) angefochten hat. Er hatte doch bereits durch das Schreiben der Generalagentur in Flensburg vom 24. Februar 1920, dessen nicht bestrittene Abschrift sich bei den Akten befindet, den Sachverhalt dargelegt und eine Abschrift der Erklärung eingesandt erhalten. Gegenüber dieser eingehenden Darstellung des Sachverhalts kann sich der Beklagte nicht darauf berufen, daß dieses Schreiben ihm keine zuverlässige Kenntnis von dem Anfechtungsgrunde verschafft habe. Der Beklagte hat hierauf allerdings sofort mit dem im Original bei den Akten befindlichen Schreiben an die Flensburger Generalagentur vom 26. Februar 1920 geantwortet. Ob dieses in dänischer

Sprache geschriebene Schreiben eine Anfechtungserklärung enthält, kann jedoch auf sich beruhen, denn der Beklagte hat garnicht dargetan, daß er sich wirklich in einem Irrtum über seine Erklärung bei der Unterzeichnung befunden hat. Der Beklagte hat behauptet, er sei der deutschen Sprache nur in geringem Maße fähig, habe den Inhalt der Erklärung infolgedessen nicht selbst feststellen können und unterzeichnet, weil ihm Fräulein R. erklärt hat, es handele sich um eine Formalität. Er hat sich somit überhaupt keine Vorstellung von dem Inhalte der Erklärung gemacht und konnte daher auch nicht im Irrtum über den Inhalt seiner Erklärung sein. Ob der Beklagte am 20. Januar 1918 die Erklärung nicht auch bei Kenntnis ihres Inhalts abgegeben haben würde, kann dahingestellt bleiben. Die Anfechtung greift somit keinesfalls durch.

Schließlich hat der Beklagte seine Erklärung noch wegen arglistiger Täuschung angefochten. Die Täuschung soll durch Fräulein R., eine Angestellte des Agenten der Klägerin in Fridericia, verübt worden sein. Diese Täuschung mußte die Klägerin gemäß § 123 BGB. gegen sich gelten lassen, denn das Fräulein R. hat, wie das bei den Akten befindliche Schreiben vom 10. April 1918 an E. ergibt, selbständig mit Versicherungsnehmern die Korrespondenz geführt und ihnen gegenüber den Agenten vertreten; sie ist somit als Vertreterin der Klägerin, nicht als Dritte im Sinne des § 123 Abs. 2 BGB. anzusehen. Die arglistige Täuschung ist jedoch nicht ausreichend substantiiert. Um täuschen zu können, mußte Fräulein R. wenigstens den Inhalt der nur deutsch geschriebenen Erklärung in ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Tragweite gekannt haben; das hat der Beklagte aber nirgends zweifelsfrei behauptet. Sein gesamtes Vorbringen nach dieser Richtung ergibt lediglich, daß er nur mit der Möglichkeit einer solchen Kenntnis rechnet. Die klare und bestimmte Behauptung einer solchen Kenntnis hat er offensichtlich nicht aufzustellen vermocht und auch nicht aufgestellt. Dann ist aber der Einwand der arglisten Täuschung nicht hinreichend substantiiert, so daß von der Beweiserhebung hierüber abgesehen werden mußte.

Anerkennung der Wirkung des Enteignungsdekretes der russischen Sowjetregierung.

Landgericht Hamburg 13. 6. 1924; H. VII 59/1922; Caucasian Licorice Company / Katz (Hanseatische Rechtszeitschrift 1924, Sp. 749).

Die Klägerin, eine englische Gesellschaft mit dem Sitz in London, betrieb im Kaukasus die Gewinnung von Süßholz. Sie behauptet, daß, nachdem die Bolschewisten im Beginn des Jahres 1920 in Nowo-Rossisk am Nordufer des Schwarzen Meeres im Kubangebiet eingezogen seien, in dem dortigen Eisenbahnschuppen lagernde und in ihrem Eigentum stehende ca. 250 to. dieser Ware gegen den Willen ihrer dortigen Vertreter entfernt und zunächst nach Rostow am Don verschleppt worden seien, daß dieselbe Ware dann im Jahre 1921 von dem Beklagten gekauft sei, welcher daran aber Eigentum nicht erworben habe. Sie fordert Herausgabe von 71 000 kg, welche zurzeit in Hamburg für Rechnung des Beklagten lagern, auf Grund ihres Eigentumsrechts. Der Beklagte bestreitet, daß die herausverlangte Ware im Eigentum der Klägerin gestanden habe. Selbst wenn das aber der Fall sein sollte, so sei das Eigentum an der Ware, welche von dem russischen Staate rechtsgültig enteignet worden und von seiner Delegation in Reval an die dortige Firma „Nord-Balt“, von dieser an die „Osta Transport- und Handelsgesellschaft“ in Reval und wiederum von dieser im November 1921 an die Firma Ruben Elias Ruben in Hamburg verkauft und an den Beklagten verladen worden sei, infolge der Beschlagnahme durch die russische Regierung untergegangen und könne zur Begründung des klägerischen Herausgabeanspruches nicht dienen. Ein gültiger Eigentumserwerb des Beklagten liege außerdem nach dem in Betracht kommenden Rechte auf Grund seines gutgläubigen Erwerbes selbst dann vor, wenn die Beschlagnahme durch den russischen Staat der Rechtsgültigkeit entbehren sollte.

Es erhelle ohne weiteres, daß, wenn die Ware von dem russischen Staate rechtsgültig enteignet und dann verkauft ist, die den Klageanspruch allein tragende Behauptung des klägerischen Eigentums entfällt.

Die Frage der rechtsgültigen Beschlagnahme durch den russischen Staat ist aber zu bejahen. Durch Dekret des „Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees“ und des Rats der Volkskommissare über den Obersten Volkswirtschaftsrat für Volkswirtschaft vom 5. Dezember 1917 ist beim Rat der Volkskommissare ein „Oberster Rat für Volkswirtschaft“ gebildet worden (Ziff. 1 des Dekrets). Diesem OR.f.VW. steht nach Ziff. 3 das Recht auf Konfiskation usw. verschiedener Zweige von Gewerbe und Handel zu. Es kann keinem Zweifel unterliegen und ist auch von der Klägerin nicht in Abrede gestellt worden, daß dieses Dekret, welches von dem Vorsitzenden des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees, dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare *(Lenin)*, den Volkskommissaren *Trotzki*, *Stalin* und *Wilow*, sowie dem Geschäftsführer des Rats der Volkskommissare und einem Sekretär unterzeichnet und in einer Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Arbeiter- und Bauernregierung (Systematischen Sammlung der wichtigsten Gesetze und Dekrete 1917—1920, Moskau 1921) veröffentlicht ist, von den damaligen Inhabern der russischen Zentralregierungsgewalt ausgegangen und als gültiges russisches Gesetz anzuerkennen ist. Die Bestimmung der Ziff. 3 stellt daher eine rechtsgültige Delegation des einen Teil des staatlichen Hoheitsrechts bildenden Konfiskationsrechts an den OR.f.VW. dar. Dem steht nicht entgegen, daß nach Ziff. 9 alle Gesetzentwürfe und bedeutsamen Maßnahmen, die sich auf die Regelung der Volkswirtschaft in deren Gesamtheit beziehen, durch den OR.f.VW. vor den Rat der Volkskommissare zu bringen sind. Mit den vor den Rat der Volkskommissare zu bringenden Gesetzentwürfen sind anscheinend solche allgemein-wirtschaftlichen Charakters gemeint, wie denn ja in Ziff. 2 dem OR.f.VW. ganz allgemein die Aufgabe der Organisation der Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen übertragen worden ist. Die Uebertragung des Konfiskationsrechts ist in Ziff. 3 derart präzise ausgesprochen worden, daß es nicht als durch die Ziff. 9 eingeschränkt angesehen werden kann. Jedenfalls kommt dies keinesfalls in Betracht für Konfiskationsmaßregeln von bestimmt beschränktem Umfang, wie es die Konfiskation ausländischen Eigentums, um welche es sich hier handelt, ist. Nach Ziff. 6 des Dekrets hat der OR.f.VW. sich in Sektionen und Abteilungen zu gliedern. Nach einer von dem russischen Rechtsanwalt *Rapoport* in einer anderen Sache gegebenen Rechtsauskunft (vgl. HRZ. 1923, Sp. 849) hat der OR.f.VW. ein „Komitee für Wirtschaftspolitik“ eingesetzt. Dasselbe ergibt sich aus der Rechtsauskunft, welche von der Botschaft der RSFSR. erteilt worden ist. Der Vorsitzende dieses Komitees für wirtschaftliche Politik hat nun am 12. April 1919 eine „Instruktion für das Verfahren zur Enteignung von Lägern und Gütern von Ausländern“ erlassen. Diese „Instruktion“ spricht, wenn sie rechtsgültig ist, die Enteignung aller in dem Gebiete Rußlands befindlichen ausländischen Läger aus. Es kann ihr gegenüber nicht eingewandt werden, daß es sich nur um eine „Instruktion“, eine Verfahrensvorschrift handelt, welcher der materiell-rechtliche Inhalt fehle. Die Bestimmung der Ziff. 1:

> „Alle in dem Gebiete Rußlands befindlichen ausländischen Lager, gleichviel ob sie den staatlichen und Gemeinde-Körperschaften ausländischer Staaten oder Privatpersonen gehören, gehen mit allen in ihnen befindlichen

Gütern ungesäumt in die Verwaltung und Verfügung des Glawprodukt (Zentralstelle für Produktverteilung) über"

kann nach Fassung und Inhalt nur in dem Sinne verstanden werden, daß der in ihr bezeichnete Rechtsvorgang alle ausländischen Güter ohne weiteres ergreifen sollte, ohne daß ein besonderes Verfahren hinsichtlich der einzelnen Güter zwecks Herbeiführung der ausgesprochenen Rechtswirkung notwendig sein sollte. Insbesondere erhellt auch aus der Bestimmung der Ziff. 4, nach welcher es geschädigten ausländischen Stellen unbenommen bleibt, Anträge auf Ersatz der Verluste zu stellen, daß mit dem in Ziff. 1 gebrauchten Ausdruck, die fraglichen Güter sollten in die „Verfügung und Verwaltung" des russischen Staates übergehen, der völlige Rechtsverlust der bisherigen Eigentümer zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Die in Rede stehende Verordnung spricht somit, vorausgesetzt, daß sie von befugter Stelle erlassen worden ist, die Enteignung aller ausländischen Güter in Rußland aus (ebenso Hans.OLG. ZS. VI, Hans.RZ. 1923, Sp. 851).

Stellt sie eine rechtswirksame Regierungsmaßnahme dar, so kann ihr aus weiteren Gründen auch nicht entgegengesetzt werden, daß die durch sie eingetretene Entrechtung ausländischen Eigentums gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoße und daß daher für ein deutsches Gericht gemäß Art. 30 EG.BGB. die Anwendung des in ihr enthaltenen Rechtssatzes ausgeschlossen sei. Der Anwendung des Art. 30 steht der Art. 2 des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo vom 16. April 1922 (RGBl. 1922, II, S. 678) entgegen, inhalts dessen Deutschland auf alle Ansprüche aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der RSFSR. gegen Reichsangehörige und ihre Privatrechte verzichtet. Deutschland hat damit die Gesetze und Verordnungen des russischen Staates als verbindlich sogar insoweit anerkannt, als dadurch die Rechte seiner Angehörigen beeinträchtigt sind. Darin ist ohne weiteres enthalten, daß diese Gesetze und Maßnahmen, soweit dadurch die Rechte von Ausländern verletzt sind, ebenfalls als verbindlich anerkannt sind und ihnen gegenüber die Berufung auf deutsche Gesetze, welche die Anerkennung solcher russischen Maßnahmen aus bestimmten Gründen ausschließen, jedenfalls nicht möglich ist. Die Klägerin als ausländische Firma kann sich daher vor einem deutschen Gerichte auf den Art. 30 EG.BGB. nicht berufen.

Die Voraussetzung für die in dem Vertrage von Rapallo enthaltene Anerkennung russischer Gesetze und Maßnahmen, soweit dadurch Rechte beeinträchtigt werden, ist allerdings, daß die RSFSR. ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt. Die Klägerin meint, daß dieser Fall eingetreten sei und hat sich zum Nachweis dessen auf eine Zeitungsnotiz über die Einräumung von Waldkonzessionen in Rußland an norwegische Gesellschaften bezogen. Nach dieser Notiz handelt es sich aber um die Bildung von neuen Gesellschaften teils russischen, teils fremden Kapitals, welchen Waldkonzessionen und Gebrauchsrechte an früher in norwegischem Eigentum stehenden Sägewerken eingeräumt sind. Darin ist eine Befriedigung etwaiger Eigentumsansprüche von norwegischen Eigentümern in Rußland gelegener und dort expropriierter Güter nicht zu erblicken. Der Verkauf der enteigneten Holzlager soll vielmehr, wie aus dem Artikel weiter hervorgeht, vor sich gehen und der Erlös als Betriebskapital der neuen Gesellschaft verwandt werden. Darin könnte höchstens eine Entschädigung der früheren Eigentümer, soweit sie an den neuen Gesellschaften beteiligt sind, erblickt werden.

Eine solche ist aber auch in der in Rede stehenden „Instruktion" zugunsten aller Ausländer vorgesehen und bedeutet daher keine bevorrechtigte Behandlung der in Frage kommenden Norweger.

Die Fassung des Art. 2 des Rapallo-Vertrages läßt erkennen, daß die Anerkennung der russischen Gesetze usw. durch Deutschland zunächst in

Wirksamkeit treten soll und daß die „Voraussetzung“, daß Ansprüche dritter Staaten nicht bevorrechtigt befriedigt werden, den Charakter einer auflösenden Bedingung trägt. Die Klägerin ist daher für solche Bevorzugung dritter Staaten, wenn sie sich darauf berufen will, darlegungs- und beweispflichtig, ist dieser Verpflichtung aber nicht nachgekommen.

Die vorstehend erörterte Enteignungsmaßnahme bezieht sich auch auf die hier in Rede stehenden Güter. Die „Instruktion“ spricht von einer Enteignung aller auf dem Gebiete des russischen Staates befindlichen ausländischen Lager. Dazu gehören auch diejenigen, die bei einer Ausbreitung der Machtsphäre der Sowjet-Republik, wie sie durch die Einnahme von Nowo-Rossisk im Beginn des Jahres 1920 erfolgt ist, in den Besitz der RSFSR. gelangt sind.

Die „Instruktion“ vom 12. April 1919 ist nach Angabe des *Rapoport* (vgl. Hans. RZ. 1923, Sp. 850) am 10. Dezember 1921 von den Volkskommissaren außer Kraft gesetzt worden. Derzeit befanden sich die in Rede stehenden Güter, welche im November 1921 von Reval nach Lübeck verschifft sind, bereits außerhalb des russischen Hoheitsbereichs. Soweit vorher ihre rechtsgültige Beschlagnahme durch den russischen Staat stattgefunden hatte, konnte die Ungültigkeit dieser Maßnahme und des auf Grund ihres eingetretenen Eigentumsverlustes des früheren Eigentümers und des Eigentumserwerbes der auf Grund der gültigen Beschlagnahme von dem russischen Staate als Eigentümer Erwerbenden durch nachfolgende Akte, nachdem die Ware der Hoheitssphäre des russischen Staates entrückt war, nicht mehr ausgesprochen werden. Es erübrigt sich daher eine Untersuchung darüber, ob durch spätere russische Gesetze möglichenfalls eine Aufhebung früherer Beschlagnahmeakte eingetreten ist. Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, daß dies auch offensichtlich nicht der Fall ist. Im Gegenteil ist in dem der Einführung des am 1. Januar 1923 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuches als vorbereitende Maßregel vorangehenden Dekret vom 22. Mai 1922 über die privatrechtlichen Grundrechte in vermögensrechtlicher Beziehung ausdrücklich unter V bestimmt worden, daß den früheren Eigentümern, deren Vermögen auf Grund des revolutionären Rechts vor dem Erlaß dieses Dekrets expropriiert worden ist, nicht das Recht zusteht, die Rückgabe ihres Vermögens zu fordern (vgl. *Freund*, Das Zivilrecht Sowjet-Rußlands, S. 22 und S. 105). Eine gleiche Bestimmung trifft das Bürgerliche Gesetzbuch in Anm. 1 zu § 59 (l. c. S. 21 und 162).

Für die Wirksamkeit des Eigentumserwerbsaktes durch den russischen Staat infolge Beschlagnahme auf Grund der Instruktion vom 12. April 1919 konnten aber Aufhebungen und Aenderungen, die auf Grund von Gesetzen eingetreten sind, welche vor Entfernung der in Rede stehenden Ware aus dem russischen Hoheitsgebiet erlassen sind, von Bedeutung sein.

In Frage kommen das Dekret vom 16. April 1920 (l. c. S. 170), die VO. des Rats der Volkskommissare vom 25. Juli 1920 (l. c. S. 299), die Anweisung des Volkskommissars für Justiz (l. c. S. 299), das Dekret vom 3. Januar 1921 (l. c. S. 299) und das Dekret vom 17. Oktober 1921 (l. c. S. 170 und 299). Das Gericht hat sich die in Frage kommenden Verordnungen durch den Beklagten verschaffen lassen, soweit sie in dem zitierten Werke von *Freund* nicht abgedruckt waren. Es ist ihm lediglich die Verordnung vom 25. Juli 1920 nicht vorgelegt worden. Hinsichtlich dieser ist jedoch von der Handelsvertretung der RSFSR. die vom Gegner nicht in Zweifel gezogene Angabe gemacht worden, daß sie in dem Dekret vom 3. Januar 1920 vollen Inhalts enthalten sei. Ihre Vorlegung erübrigte sich daher. Von Bedeutung ist in diesem Dekret zunächst die Bestimmung unter 12 des Dekrets vom 16. April 1920, inhaltsdessen alle früheren Dekrete und Beschlüsse der Zentral-Ortsbehörde über Requisitionen und Konfiskationen, die dem vorliegenden Dekret widersprechen, aufgehoben werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die

„Instruktion“ des Komitees für Wirtschaftspolitik zu dem Inhalt des Dekrets vom 16. April 1920, Ziff. 5 in Widerspruch steht, nach welcher Bestimmung das Recht auf Konfiskation nur bestimmten Behörden zusteht, unter welchen das Komitee für Wirtschaftspolitik nicht genannt ist. Aus der Fassung des Dekrets erhellt aber, daß es nicht die bereits geschehenen Konfiskationen regeln und neue Bestimmungen über deren Wirksamkeit treffen will, sondern daß es eine Regelung des Enteignungsverfahrens für die Zukunft im Auge hat. Die Aufhebung der früher erlassenen Dekrete und Beschlüsse ist daher nur in dem Sinne zu verstehen, daß die in ihnen enthaltenen Vorschriften ihre Gültigkeit für die Zukunft verlieren, nicht aber, daß die auf Grund ihrer getroffenen Maßnahmen ihre Wirksamkeit verlieren sollen. Dafür spricht auch, daß in dem späteren Dekret vom 22. Mai 1921 und in dem Bürgerlichen Gesetzbuch, wie bereits erwähnt, der Gedanke zum Ausdruck gekommen ist, daß untergegangene Eigentumsrechte nicht wieder aufleben sollen. Das gleiche gilt auch von den anderen herangezogenen behördlichen und gesetzlichen Bestimmungen.

Das Ergebnis vorstehender Darlegungen ist somit, daß durch die „Instruktion“ vom 12. April 1919 die rechtsgültige Enteignung des Eigentums der Klägerin an den in diesem Rechtsstreit in Rede stehenden Gütern erfolgt ist, falls diese Instruktion rechtsgültig erlassen ist. In dieser Beziehung bestehen allerdings Zweifel. Es muß fraglich erscheinen, ob der OR.f.VW. das Recht hatte, die ihm übertragene Befugnis zur Konfiskation zu delegieren. Zu einer Auslegung in einem solchen Sinne verwandt werden könnte wohl nur die Ziff. 7 des Dekrets vom 5. Dezember 1917, inhaltsderen den Abteilungen des OR.f.VW. als Aufgabe die „Arbeit zur Regelung der einzelnen Gebiete des volkswirtschaftlichen Lebens“ zugewiesen ist. Bei dem durchgreifenden und umstürzenden Charakter, welchen alle volkswirtschaftlichen Maßnahmen der russischen Regierung gemäß den von ihnen verfolgten volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu jener Zeit gegenüber dem bestehenden Rechtszustand haben mußte und hatten, würde es der Befugung zur „Arbeit zur Regelung der einzelnen Gebiete des volkswirtschaftlichen Lebens“ nicht wesensfremd erscheinen, wenn man auch die Befugnis zur Vornahme von Konfiskationshandlungen als darin einbegriffen erachten würde. Bereits durch das Dekret vom Gerichtswesen vom 24. November 1917 waren die bisher bestehenden Gesetze nur insoweit für anwendbar erklärt worden, als sie durch die Revolution nicht aufgehoben seien und dem revolutionären Gewissen und Rechtsbewußtsein nicht widersprächen, und damit alle Rechtsgarantien beseitigt (*Freund*, S. 13). Daß das persönliche Eigentum auch von Ausländern an im Innern Rußlands befindlichen Gütern nach der Auffassung der damaligen Inhaber der Staatsgewalt und der maßgebenden Beamtenposten dem revolutionären Rechtsbewußtsein nicht entsprach, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Die in Rede stehende Konfiskationsbefugnis war also nach der Auffassung der in Betracht kommenden Stellen nicht eine Maßnahme, welche wegen ihrer besonders einschneidenden Wirkung nur einer besonders und ausdrücklich damit betrauten Behörde eingeräumt werden konnte, sondern sie entsprach nur der ohnehin bereits bestehenden Rechtsauffassung. Das spricht für die Delegationsbefugnis.

Es kann aber aus anderen Gründen dahingestellt bleiben, ob der OR.f.VW. die erörterte Delegationsbefugnis hatte, sowie ferner auch — was ebenfalls von seiten der Klägerin in Zweifel gezogen ist —, ob zum rechtsgültigen Erlaß der die Konfiskation aussprechenden „Instruktion“ die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden des Komitees für wirtschaftliche Politik und einige andere Behördenvertreter genügte. Aus der eingezogenen Rechtsauskunft der Botschaft der RSFSR. kann entnommen werden, daß die russische

Zentralgewalt, welche von dem erlassenen Konfiskationsakt, welcher unter den „Mitteilungen des Allrussischen Zentral-Vollstreckungs-Komitees der Sowjets“ erschienen ist, zweifellos Kenntnis erhalten hat, diesen und den durch ihn geschaffenen Rechtszustand als zu Recht erlassen gebilligt und somit, auch soweit der gesetzgeberischen Maßgabe formelle Bedenken entgegenstanden, sanktioniert und als mit dem Willen der russischen Zentral-Regierungsgewalt übereinstimmend dokumentiert hat. Damit waren aber die dem Dekret und dem durch ihn geschaffenen Zustand anhaftenden Mängel beseitigt.

Es ergibt sich somit, daß die Grundlage des Klaganspruches, das von der Klägerin in Anspruch genommene Eigentumsrecht, durch rechtsgültige Konfiskation seitens des russischen Staates untergegangen ist.

Anerkennung eines russischen Scheidungsurteils.

Landgericht Hamburg 25. 6. 1924; ZK. IV; FBs. 147/1924 (Hanseatische Rechtszeitschrift 1924, Sp. 754).

Auf die Beschwerde des *Bau* gegen den Beschluß des AG. Hamburg, Abteilung für freiwillige Gerichtsbarkeit vom 22. Mai 1924 hat das LG. Hamburg ZK. IV am 25. Juni 1924, FBs. 147/1924 beschlossen: Der Beschluß wird aufgehoben. Der Standesbeamte wird angewiesen, das beantragte Aufgebot zu erlassen, wenn nicht andere als die bisher erörterten Bedenken vorliegen.

Gründe: Der Beschwerdeführer ist Deutscher. Er hat sich im Jahre 1896 in Rußland mit einer Russin verheiratet und ist im Jahre 1908 in Rußland geschieden worden. Er will jetzt eine neue Ehe eingehen. Der Standesbeamte hat jedoch den Erlaß eines Aufgebots abgelehnt, weil er das russische Scheidungsurteil nicht anerkennt. Das Amtsgericht ist ihm beigetreten, und zwar deshalb, weil nicht nachgewiesen sei, daß der Antragsteller keinen Wohnsitz in Deutschland (§ 606, Abs. 2 ZPO.) gehabt habe, weil ferner das Urteil nicht erkennen lasse, ob nicht ein Fall des § 328, Ziff 3 und 4 ZPO. vorliege, endlich weil nicht nachgewiesen sei, daß mit Rußland die Gegenseitigkeit verbürgt sei (§ 328, Ziff. 5 ZPO.). Gegen diesen Beschluß hat der Antragsteller Beschwerde eingelegt.

Gegen die Zuständigkeit der russischen Behörden zur Ehescheidung bestehen keine Bedenken. Eine ausschließliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte wäre nur dann gegeben gewesen, wenn der Beschwerdeführer zur Zeit der Ehescheidung einen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland gehabt hätte (§ 606 Abs. 1 ZPO.). Daß dies nicht der Fall war, ist ohne weiteres dadurch glaubhaft, daß der Beschwerdeführer jahrzehntelang Artist und stets auf Reisen war. Daß er einmal einen Wohnsitz im Inlande hatte und daher nach § 606, Abs. 2 ZPO. die Scheidungsklage auch im Inlande hätte erheben können, steht der Zuständigkeit der russischen Behörden nicht entgegen, weil der Gerichtsstand des § 606, Abs. 2 ZPO. kein ausschließlicher ist. Es bestehen auch keine Anhaltspunkte dafür, daß in dem vorgelegten Scheidungsurteil von den im § 328, Ziff. 3 ZPO. erwähnten Vorschriften abgewichen worden ist, oder daß die Anerkennung des Urteils gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde. Das Urteil ist vom zuständigen Evangelisch-Lutherischen Konsistorium in St. Petersburg erlassen worden. Es gründet sich auf Art. 374, § 3 der Verordnung betreffend geistliche Angelegenheiten fremder Konfessionen und erklärt die Frau wegen böslicher Verlassung für allein schuldig. Auch nach russischem Recht muß der Klage auf Ehescheidung wegen böswilliger Verlassung ein Rückkehrbefehl fruchtlos vorangegangen sein (vgl. Klibanski, Handbuch des gesamten russischen Zivilrechts, Bd. I S. 23). Endlich steht auch die Vorschrift des § 328, Ziff. 5 ZPO. der Anerkennung des Urteils nicht entgegen. Nach neuem russischen Recht werden ausländische Scheidungsurteile, die nach den örtlichen Gesetzen ergangen sind, in Rußland anerkannt (vgl. *Freund,* Das Zivilrecht Sowjet-Rußlands, S. 69); die Gegenseitigkeit mit Rußland ist daher verbürgt. Sollte jedoch, weil es sich um ein bereits im Jahre 1908 ergangenes Scheidungsurteil handelt, altes russisches Recht zur Anwendung kommen, so ist das Erfordernis der Gegenseitigkeit gegenstandslos, wie dieses Gericht in seinem Beschluß vom 2. April 1919 (Amtsgerichtliche Sammlung Bd. 9 S. 181) näher ausgeführt hat. Unter Verbürgung der Gegenseitigkeit ist in einem Falle, wie dem vorliegenden, zu verstehen, daß auch das ausländische Recht ein deutsches Scheidungsurteil anerkennt, das die zwischen Ausländern in Deutschland geschlossene Ehe wieder scheidet, eine Frage, die, soweit Rußland in Betracht kommt, gar nicht aufgeworfen werden kann, weil das russische Recht nicht einmal die in Deutschland geschlossene Ehe eines Russen anerkannt hat, sie also gewiß als nicht mehr bestehend anerkennt, wenn sie wieder geschieden worden ist.

Literaturberichte.

I. Zeitschriftenschau.

(Verzeichnis der in Zeitschriften jüngst veröffentlichten internationalrechtlichen, rechtsvergleichenden, auslandsrechtlichen Abhandlungen.]

A. Deutsche Zeitschriften.

Archiv des öffentlichen Rechts. 1925. Neue Folge VIII, 1—3; IX, 1. Rechtssoziologie des öffentlich-rechtlichen Vertrages (*Buddeberg*). — Die Stellung des Präsidenten der französischen Republik und die Bedeutung der Präsidentenkrise von 1924 (*Gmelin*). — Gebiet, Gebietsveränderungen und Grenzzeichen nach der Reichs- und der badischen Verfassung (*Merk*). — Die bayerischen Konkordate von 1924 (*Rothenbücher*).

Weltwirtschaftliches Archiv. 1925. XXI, 1 u. 2; XXII, 1. Die Idee des Klassenkampfes (*Sombart*). — Die Schicksalsstunde der deutschen Handelspolitik (*Harms*). — Zur auswärtigen Politik Bismarcks (*Rachfahl*). — Die Wirtschaftspolitik in Mitteleuropa (*Xantos*). — Das Staatensystem und die Einteilung der Staaten (*Lundborg*). — Friedrich List in Amerika (*Notz*). — Die gestaltenden Kräfte in der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung seit dem Krieg (*Lufft*). — The development of international relations (*Alexander*). — Chronik des Völkerrechts für die Jahre 1923 und 1924 (*Held*). — Der klassische Begriff der Weltwirtschaft (*Böhler*). — Probleme der internationalen Sozialpolitik (*Müller*). — Das Scherenproblem in Sowjetrußland (*Seraphim*). — Die volks- und weltwirtschaftliche Bedeutung der heutigen englischen Arbeiterfragen (*Levy*). — Die britische Reichswanderungs- und -siedlungspolitik seit dem Kriege (*Leubuscher*).

Der Auslanddeutsche. 1925. VIII, 2—14. Das Preußische Historische Institut in Rom (*Schottenloher*). — Staaten und Völker in Europa (*Schmidt*-Wodder). — Das Genossenschaftswesen als Grundlage von Kolonisation (*v. Ihering*). — Die Lage des Deutschtums in Elsaß-Lothringen. — Minderheiten und Rassenchauvinismus (*Heyking*-Genf). — Stockholm, Genf und die Minderheitsfrage (*Heyking*-Genf). — Die Lage des Deutschtums in Eupen-Malmedy (*Monitor*).

Auslandsrecht. 1925. VI, 1—7. Der gewerbliche Rechtsschutz in Polen (*Wahle*). — Die neuere Zivil- und Handelsrechtsentwicklung in Frankreich (*Illy*). — Die Einführung des französischen Handelsrechts in Elsaß-Lothringen (*Coulon*). — Convertible Bonds (*Kalisch*). — Die Union der Sowjetrepubliken (U.S.S.R.) und ihre Gliederung (*Imiêla*). — Die Struktur der Wirtschaftsträger in der russischen Gemeinwirtschaft (*Thal*). — Der russische Entwurf eines Handelsgesetzbuchs (*Wolff*). — Studien zum sowjetrussischen Aktienrecht (*Sobernheim*). — Die Konzessionen in Sowjetrußland (*Freund*). — Das internationale Privatrecht Sowjetrußlands (*Makanow*). — Josef Partsch † (*Wolff*). — Zur Einführung in das englische Steuerrecht (*Bühler*.) — Die Danziger Währung (*Loening*). — Die steuerrechtliche Behandlung der französischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*Brunet*). — Die Klausel „zahlbar in Gold“ und die französische Rechtsprechung (*Coulon*). — Das deutsche Eigentum in Südafrika (*Benkard*). — Die Aufwertung in Danzig (*Loening*). — Das französische Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (*Sarre*). — Zur Frage der Zulässigkeit der Vernehmung von Direktoren englischer Companies limited by shares als Zeugen (*Goldschmidt*). — Die Neuerungen des schwedischen Handelsgesellschaftsrechts (*Rippner*). — Die Neuorganisation der bürgerlichen Rechtspflege im irischen Freistaate (*Wilke*). — Zur Emissionstechnik der deutschen convertible bonds (*Zedermann*).

Deutscher Außenhandel. 1925. XXV, 1—14. Die wiedergewonnene handelspolitische Suveränität (*Nitzsche*). — Deutschlands handelspolitische Beziehungen zum Auslande nach dem Weltkrieg (*Haushalter*). — Der drohende Zollkrieg mit Frankreich. — Die Ankündigung neuer englischer Industriezölle und der deutsch-englische Handelsvertrag. — Das Kernproblem der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. — Entstehung und Tragweite der deutsch-französischen Verständigung. — Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen. — Die Neuregelung der englischen Reparationsabgabe. — Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen (*Zadow*). — Die Lage im Saargebiet. — Zum Stand der Handelsvertragsverhandlungen. — Neuregelung der Sachlieferungen. — Wissenschaft und Agrarzölle. Die internationale Agrarkrise (*Sering*). — Die zollpolitische Annäherung der österreichischen Nachfolgestaaten. — Förderung der Weltsprachenbewegung (Esperanto). — Der Zollkrieg mit Polen (*Nitzsche*). — Zur Ratifikation des deutsch-englischen Handelsvertrages. — Das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion.

Bankarchiv. 1925. XXIV, 7—22. Die Einwirkungen des Industrie-Belastungsgesetzes auf das Grundvermögen der belasteten Unternehmungen (*Rau.*) — Frankreichs Auslandsschuld (*Herrmann*). — Das beschlagnahmte deutsche Eigentum in den U. S. A. (*Simon*). — Oesterreichisch-ungarische Staatsanleihen, Innsbrucker Protokoll und Caisse Commune (*Sippel*). — Die Bedeutung der Beschlagnahme von Kommissionsguthaben deutscher Bankiers im ehemals feindlichen Ausland (*Dickehage*). — Die Neuordnung des polnischen Scheck- und Wechselrechts (*Dyckerhoff*). — Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten vom 26. 1. 1925 betr. die Beschlagnahme von amerikanischen Shares-Zertifikaten in England. — Die Beschaffung von Krediten im Auslande (*Solmssen*). — Die Rechtsnatur der Obligationen nach dem Industriebelastungsgesetz (*Lion*). — Convertible Bonds nach geltendem Recht (*Nester*). — Die Saldierungsabrechnung gemäß § 26 des Reichsausgleichsgesetzes (*Boeseback*). — Der amerikanische Senat zur Frage der Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums (*Simon*). — Die Finanzierung der Geschäfte mit Rußland (*Vogel*). — Währungsreform in Finnland (*Herrmann*). — Die Finanzierung kurzfristigen deutschen Kreditbedarfs im Auslande (*Dreyfus*). — Rückkehr zum Goldstandard (*Liefmann*). — Deutsche Gläubiger von Zweigniederlassungen deutscher Unternehmen im ehemals feindlichen Auslande, insbesondere England (*Simon*). — Zur Währung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsstaatsanleihen, insbesondere der Silberanleihen (*Rosentreter*).

Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. 1924/25. XVIII, 7—9; XIX, 1—6. Samoanisches Recht (*Schultz-Ewerth*). — Das neue rumänische Gesetz über Erwerb und Verlust der rumänischen Staatsbürgerschaft (*Acker*). — Das Gesellschaftsrecht in Holland (*van Wessem*). — Die Rechtsentwicklung in der freien Stadt Danzig (*Loening*). — Felix Meyer † (*Wehberg* und *Osterrieth*). — Die Ostfrieden und der Vertrag von Versailles (*Berliner*). — Recht und Wirtschaft in Sowjetrußland (*Freund*). — Internationale Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (*Zoll*). — Das sowjet-russische Erbbaurecht (*Kuttner*).

Friedensrecht. 1925. IV, 1—5. Paul Moriaud † (*Schenk*). — Die Rechtsprechung der Mixed Claims Commission (*Prossinegg*). — Die Rechtssätze der Gemischten Schiedsgerichte III (*Blühdorn*). — Das Ausgleichsverfahren und die Vorkriegsverträge (*Blühdorn*).

Die Friedenswarte. 1925. XXV, 1—8. Abrüstung (*Lange*). — Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung? (*Wehberg*). — Die dänische Abrüstungsvorlage (*Münch*). — Die Forderung der nationalen Entwaffnung in den Niederlanden (*van Embden*). — Rußland und die Abrüstungsfrage (*Heinemann*). — Die Fortbildung des organisatorischen Pazifismus (*Wehberg*). — Staatsraison und politische Moral (*Vierkandt*). — Der Zerfall der Suveränität (*Kalisch*). — Völkerbund und Rassenproblem (*Inagaki*). — Der Austauschgedanke im Völkerbund (*Rothbarth*). — Die Militärkontrolle des Völkerbundes (*Wehberg*). — Englands Beziehungen zu Deutschland (*Buxton*). — Prinzipielles zur Kriegsschuldfrage (*Hertz*). — Die Revision des Genfer Protokolls (*Wehberg*). — Internationale Rechtsprechung (*Huber*). — Grundsätzliches und Tatsächliches zur Kriegsschuldfrage (*Fabian*). — Was heißt und auf wen fällt die Schuld am Weltkrieg? (*Fischer*). — Die Kriegsschuld der Monarchie (*Seger*). — Neues Licht über die Entstehung des Weltkrieges (*Durham*). — Eine neue Welle der Schiedsgerichtsbewegung (*Wehberg*). — Die britische Völkerbundliga und das Genfer Protokoll (*Murray*). — Das Gutachten des Weltgerichtshofes betr. den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch (*Guggenheim*). — Völkerbund und Giftgaswaffe (*Woker*). — Das Reichsgericht und die Verletzung der belgischen Neutralität (*Wehberg*). — Der Fall Wandt (*Freymuth*). — Die Auswanderung als Friedensproblem (*v. Schoenaich*). — Aus der Interparlamentarischen Union (*Eickhoff*). — Programm für die Reform des Genfer Protokolls (*Wehberg*). — Das Urteil des Weltgerichtshofs betr. die Mavromatiskonzession in Jerusalem (*Guggenheim*). — Offene Diplomatie (*Macdonald*). — Pazifismus und Faszismus (*Kantorowicz*). — Paneuropa, eine Problemstellung (*Kalisch*). — Durchmarschrecht und Völkerbundkrieg (*Wehberg*). — 300 Jahre Völkerrecht (*Hertz*). — Großbritannien und die obligatorische Zuständigkeit des Weltgerichtshofes (*Baker*). — Das Gutachten des Weltgerichtshofes in dem Danzig-Polnischen Briefkastenstreite (*Guggenheim*). — Warum ich für Paneuropa bin (*Heile*). — Die Völkerbundgesellschaften in Warschau (*Rothbarth*).

Gerichtshalle. 1924/25. LXVIII, 12; LXIX, 1—5. Internationale Rechtsschutz- und Hilfsverträge (*Weisl*). — Verjährung von Forderungen (*Scharfmesser*). — Der italienische Advokatenkongreß in Turin. — Eherechtsreform. Eine rechtsvergleichende Studie (*Beth*). — Der jetzige Stand der Rechtshilfeverträge der tschechoslowakischen Republik. — Die Valorisation der Policen amerikanischer Lebensversicherungsgesellschaften (*Ettinger*). — Die Verjährung von Geldforderungen in Ostgalizien. — Die Reziprozität in der Aufwertungsfrage (*R. S.*). — Ein Durchbruch (Durchbrechung?) des Friedensvertrages (*Sommer*). — Wie sollen Vorkriegsversicherungen fortgesetzt und valorisiert werden? (*Hassan*). — Der Unterhalt der geschiedenen Frau (*Beth*). — Bilder aus Aufwertungs- und Familiengläubigerprozessen (*R. S.*). — Das Eherecht in Sowjetrußland (*Klarfeld*).

Gesetzgebung und Rechtspraxis des Auslandes. 1925. I, 1—5. Die französische Aktiengesellschaft (*Schauer*). — Die Einführung der Schillingswährung in Oesterreich (*Wahle*). — Gründung von Gesellschaften in England (*Spier*). — Neuere Konzern- und Kartellrechtsprobleme des Auslandes (*Friedländer*). — Der Beitritt des Reichs zum Madrider Abkommen betr. die Unterdrückung der falschen Herkunftsbezeichnungen auf Waren (*Osterrieth*). — Die Errichtung ausländischer Aktiengesellschaften und die Besteuerung von Aktiengesellschaften in Bulgarien (*Dikoff*). — Niederlassungen und Neugründungen von Handelsgesellschaften in der Türkei (*v. Herzfeld*). — Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach österreichischem Recht (*Fischmann*). — Die Gründung der Aktiengesellschaft nach schweizerischem Recht (*Schuppli*). — Holländische Handelsunternehmungen (*Hollander*). — Die rumänische Aktiengesellschaft (*Mandy*). — Das Schicksal der russischen Aktiengesellschaften in Estland (*Hunnius*).

Europäische Gespräche. 1924/25. II, 5 und 6; III, 1—8. Kanada und der Lausanner Vertrag. Bindung der Dominions an großbritannische Staatsverträge. — Irlands diplomatische Vertretung in Washington. — Der Krieg: Ursachen und Anlässe, Ziele und Folgen. I. Der Krimkrieg (*Mendelssohn Bartholdy*). — Die Völkerbundaktion für Oesterreich (*Stolper*). — Der amerikanische Friedensvorschlag von Genf (*Schwarz*). — Der Jubaland-Vertrag. — Das Genfer Protokoll (*Politis*). — Amerika und das Genfer Protokoll (*Shotwell*). — Die Sicherheit Frankreichs (Graf *Montgelas*). — Nationalität und Staatsbürgerschaft. Die argentinische Doctrina de Garay (*v. Rauchhaupt*). — Staatsmänner und Diplomaten. II. John Morley (*Karlsson*). — Die Verhandlungen über die Sicherheit Frankreichs (Graf *Montgelas*). — Die Karelische Frage. Ein Kapitel Geopolitik (*Braun*). — Verschiedene Vorschläge zur Sicherheit Frankreichs (Graf *Montgelas*). — Staatsmänner und Diplomaten. III. E. D. Moral (*Ponsonby*). — Staatssekretär Hughes' letzter Erfolg (*Vagts*). — Donauföderation (*Brakhausen*). — Persönliches Regiment in der auswärtigen Politik. Betrachtungen zum Hallerschen Eulenburg-Buch (*Mendelssohn-Bartholdy*). — Die Einwirkung Frankreichs auf die russischen Kriegsvorbereitungen (*Frantz*). — Präsident Coolidge's Schiedsspruch über Tacna-Arica. — Die Mächtegruppen der Gegenwart (*Balk*). — Methodische Schwierigkeiten bei Behandlung der Vorgeschichte des Weltkrieges (*Hashagen*). — Common sense in der auswärtigen Politik (*Bonhard*). — Völkerbundsatzung, Genfer Protokoll und Sicherheitspakt. — Die Entwicklung der schweizerischen Vergleichs- und Schiedsgerichtspolitik (*v. Waldkirch*). — Die Mandatkommission im Jahre 1924 (*Bileski*). — In memoriam Sir Eyre Crowe.

Der Heimatdienst. 1924/25. IV, 12; V, 1—8. Um die Räumung der Rheinlandzonen (*Brammer*). — Der Stand der Handelsvertragsverhandlungen. — Deutschlands Außenhandel. — Die Schulpolitik im Saargebiet. — Fünf Jahre Friedensvertrag. — Der wirtschaftliche Niedergang Ost-Oberschlesiens (*Gothein*). — Die europäischen Rüstungen. — Fünf Jahre Freistaat Danzig (*Wegner*). — Die Kohlenlieferungen an die Ententestaaten (*Löffler*). — Vergessene deutsche Volksinseln. — Der russisch-japanische Vertrag. — Die Sicherheitsfrage (Graf *Montgelas*). — Das Nationalitätenproblem in Lettland und Estland (*Gmelin*). — Das interalliierte Schuldenproblem (*Wingen*). — Das Rheinland und der deutsche Osten (*Lange*). — Saarfragen vor dem Völkerbund. — Die Rheinstrombaufrage (*Leopold*). — Der Aufbau des französischen Staatswesens. — Die Bauernfrage in Sowjetrußland (*Aberg*). — Die Entwaffnungsnote der Alliierten. — Europäische Rüstungen. — Dreißig Jahre Nord-Ostsee-Kanal (*Neubert*). — Der internationale Luftverkehr (*Cesar*). — Die Räumung der Einbruchsgebiete (*Hengstenberg*). — Unter der Herrschaft des Rheinlandabkommens (*Mehrmann*). — Die Frage der polnisch-deutschen Optanten (*Schmitz*). — Das moderne China (*Corbach*). — Der unsaubere

Frieden. — Die Neuordnung des deutschen Eisenbahnwesens nach dem Kriege, insbesondere auf Grund des Londoner Abkommens.

Jahrbuch des öffentlichen Rechts. 1923/24 und 1925. Bd. XII und XIII. Die Verfassung Oesterreichs (*Kelsen*). — Die Verwaltungsgesetzgebung der österreichischen Republik (*Merkl*). — Die Verfassungsentwicklung Estlands (*Berendts*). — Die Verfassung Finnlands (*Erich*). — Das Verfassungsleben in Italien in den Jahren 1913—1923 (*Siotto-Pintór*). — Das Verfassungsrecht Lettlands (*Laserson*). — Das öffentliche Recht in den Niederlanden 1914—1922 (*van Hasselt*). — Entstehung und Verfassung der polnischen Republik (*Schätzel*). — Das Verfassungsrecht in Japan in den Jahren 1912—1922 (*Uyesugi*). — Der Friedensvertrag von Versailles in den Jahren 1919—1923 (*Held*). — Das heutige Verfassungsrecht des britischen Weltreichs (*Loewenstein*).

Preußische Jahrbücher. 1924/25. Bd. 198—200; 201, 1 und 2. Asquith, Grey und der Ursprung des Weltkrieges (*Daniels*). — Der Geist der deutschen Sozialpolitik vor dem Kriege (*Demeter*). — Die Zerschlagung und die Zukunft der Rheinschiffahrts-Akte (*Hennig*). — Der Typus des amerikanischen und europäischen Staatsmanns (*Lufft*). — Die Zukunft der „Randstaaten“ (Baron *Foelckersem*). — Die Abdankung des Zaren (*Smilg-Benario*). — Zur Lage in China (*Mohr*). — Eine Denkschrift zum Wiederaufbau Deutschlands (*Liefmann*). — Deutsches Leben an der Wolga (*v. Rheinbaben*). — Ein englischer Philosoph [Bertrand Russel] in Ostasien (*Arens*). — Paneuropa? (*Schaller*). — Das tschechisch-deutsche Problem einst und jetzt (*Urzidil*). — Das Jahrhundert der Arbeit (Graf *v. Degenfeld*). — Die Minderheitenfrage in Rumänien (*Koradi*). — Geschichte und Wesen der italienischen Presse (*Stein*). — Rasputin (*Oehquist*). — Amerikanische Städte (*Rohrbach*). — Singapore (*Mohr*). — England und Frankreich in Afrika (*Seitz*). — Südtirol und die Vergewaltigung der südtiroler Deutschen (*Waldecker*). — Die Erinnerungen des Botschafters von Radowitz (*Meisner*).

Deutsche Juristenzeitung. 1925. Bd. XXX, 4—16. Rechtsstellung der Saarbeamten (*Schücking*). — Das neue bayerische Konkordat (*Zorn*). — Das österreichische Schillingsrechnungsgesetz vom 20. 12. 1924 (*Kienböck*). — Recht der Nation und Recht der Menschheit (*Sperl*). — Die Beschlagnahme amerikanischer Share-Zertifikate in England (*Kraetke*). — Das Hamburgische Institut für auswärtige Politik (*Mendelssohn Bartholdy*). — Oesterreich und wir (*Zeiler*). — Fünfundzwanzig Jahre deutsches Konsulargerichtsbarkeitsgesetz (*Fuchs*). — Die rheinische Jahrtausendfeier (*Landsberg*). — Ein Jubiläum des Völkerrechts (*de Louter*). — Die Bedeutung der Weltkriegsbücherei für juristische Fachkreise. — Die Militärkontrolle des Völkerbundes (*Kraus*). — Die Rechtsentwicklung in der freien Stadt Danzig (*Loening*). — Die polnische Aufwertungsverordnung (*Kuban*). — Aus englischer Steuerkultur (*Meisel*). — Der „Wahrheitsbeweis“ als Gesetzgebungsproblem (*v. Lilienthal*). — Internationale Regelung des Wettbewerbsrechts (*Fuld*). — Vorlesungen der Akademie für internationales Recht im Haag. — Einwirkungen der Geldentwertung bei Rechtsverhältnissen in Frankreich (*Wahl*). — Isolierte und institutionelle Schiedsgerichte (*v. Staff*). — Russischer Brief (*Schöndorf*). — Institut für Luftrecht (*Schreiber*). — Das beschlagnahmte Privateigentum und die amerikanischen Ansprüche. — Die Verträge von Versailles und Berlin (*Borchard*). — Die internationale polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe (*Barck*). — Zum zweiten Deutschen Juristentage in der Tschechoslowakei (*v. Staff*). — Rechtsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Tschechoslowakei (*Stark*). — Die österreichische Rechtsprechung in der Aufwertungsfrage (*Swoboda*). — Der irische Freistaat (*Wilke*). — Die Schadenshaftung aus dem Stargarder Eisenbahnunglück — ein neuer Beweis für die Unhaltbarkeit des Korridorzustandes (*Ermel*). — Brief aus der Tschechoslowakei (*Mayr-Harting*). — 6. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht (*Strupp*). — Recht und Politik in Untersteiermark (*Lange*). — Die Entwaffnungsnote der Alliierten und der Versailler Vertrag (*Kraus*). — Freiheit und Einigkeit. Zur Erinnerung an die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten (*Mendelssohn Bartholdy*). — Universitätsjubiläum in Pavia (*Kipp*). — Brief aus Italien (*Ghiron*). — Das Sicherheitsproblem. I. Der deutsche Schritt. II. Die französische Zwischennote und die deutsche Antwort (*Kraus*). — Der neue Rechtsbruch auf dem Gebiete der Luftfahrt (*Müller*). — Der zweite deutsche Juristentag in der Tschechoslowakei (*v. Staff*). — Das rheinische Recht auf der rheinischen Jahrtausendausstellung in Köln. — Zur Frage der obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit (*v. Magyary*). — Die New Yorker internationale Polizeikonferenz (*Kuenzer*). — Das Ausland und die deutsche Strafrechtsreform. — Ist Rußland ein Rechtsstaat geworden? (*Engländer*). — Juristische Rundschau: Deutschland und Aegypten (*Hachenburg*).

Marine-Rundschau. 1925. Bd. XXX, 1—5. Selbständige Luftstreitmacht (*Bäumker*). — Die Verwendung der Funkentelegraphie während des Weltkrieges, besonders vom seestrategischen Standpunkt (*v. Koch*). — Der derzeitige Stand der Abrüstungsfrage (*v. Tippelskirch*). — Die Hungerblockade in der Geschichte Alt-Athens (*Graefe*).

Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht. 1925. Heft 6. Internationale Gerichtsbarkeit (*Simons*). — Kolonialmandate (*Fleischmann* und *Mendelssohn Bartholdy*).

Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. 1925. Bd. XXIII. 1—13. Zusammenstellung der Verjährungsfristen des bürgerlichen Rechtes im Auslande (Nr. 1, 5, 7). — Was bedeutet das Staubecken von Ottmachau für die Oder? (*Müller*). — Der Patent-, Muster- und Warenzeichenschutz in Sowjetrußland auf Grund der Verordnungen vom 12. September 1924. — Die 33. Tagung der International Law Association in Stockholm (*Strauß*). — Das Washington-Abkommen über die Arbeitszeit (*v. Borsig*). — Die vom Völkerbund beabsichtigte internationale Regelung des unlauteren Wettbewerbs. — Zur Konferenz im Haag im Oktober 1925 über Ausbau der Pariser Union vom 20. März 1883. — Namensschutz und Firmenschutz bei Kaufleuten und Aktiengesellschaften, speziell ausländischen. — Der internationale Schutz der Herkunftsbezeichnung (*Dove*). — Zur Handelspolitik des britischen Reiches (*v. R.*). — Der Beitritt des Deutschen Reiches zum Genfer Protokoll über Schiedsklauseln vom 24. September 1922. — Aufenthaltsvorschriften für Ausländer in England. — Deutsch-Spanisches Handelsabkommen. — Die neuen Abkommen über den zwischenstaatlichen Eisenbahnverkehr. — Neue Fassung der Weltpostvereinsverträge. — Die Eintragung von Zweigniederlassungen ausländischer Firmen in das Handelsregister und das deutsche Firmenrecht (*Strauß*). — Ansprüche gegen die ehemalige belgisch-französische Eisenbahnregie vor den gemischt-gerichtlichen Kommissionen. — Das internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten. — Der Kongreß des Internationalen Vereins für gewerblichen Rechtsschutz in Zürich. — Gegenseitiger Markenschutz zwischen dem Deutschen Reich und Bolivien.

Nachrichten für Luftfahrer. 1925. Bd. VI, 5—33. Britische Luftfahrtverordnung vom 19. 12. 1923. — Die Organisation des französischen Luftfahrtwesens. — Großbritannien: „Handelsluftfahrt und Weltreich“. — Holländische Bestimmungen über die Sicherheit im Verkehr mit Handelsluftfahrzeugen. — Polnische Luftverkehrsvorschriften. — Dänische Luftfahrtzollvorschriften. — Die deutsch-französischen Luftfahrtbeziehungen. — Die internationale Luftfahrtkommission, ihre 8. Tagung in London (Nr. 19). — Abkommen zwischen Dänemark und Polen betr. die Luftfahrt. — Die Luftfahrtorganisation in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Norwegisches Luftfahrt-Zollgesetz. — Deutsche Luftfahrt im englischen Urteil. — Zur Note der Botschafterkonferenz vom 24. 6. 1925. — Regeln zur Unterscheidung der zivilen und militärischen Luftfahrzeuge. — Italienische Luftfahrtkonzessionsbedingungen. — Ausführungsbestimmungen zu den italienischen Luftfahrtvorschriften vom 20. 8. 1923.

Hanseatische Rechtszeitschrift. 1925. VIII, 1—16. Schiedsgerichtsfragen [innerstaatlich-seerechtlich] (*Mittelstein*). — Arten des Seefrachtvertrages und die Versuche des Comité Maritime zur Vereinheitlichung des Seefrachtrechtes (*Sieveking*). — Deutscher Verein für internationales Seerecht. — Weltusancen für den Ueberseekauf (*Großmann*). — Der Motorsegler im Seestraßenrecht (*Sebba*). — Folgen verspäteter Scheckvorlegung [Auslandsscheck] (*Lion*). — Flaggenrecht und Rheinschiffahrt (*Mittelstein*). — Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht. Bericht über die 6. Tagung in Stuttgart, 3.—6. Juni 1925: Internationale Gerichtsbarkeit — Kolonialmandate (*Knorr*).

Internationale Rundschau der Arbeit. 1925. III, 1—8. Gewinnung und Arbeit in den Kohlengruben der Vereinigten Staaten (*Devine*). — Die Achtundvierzigstundenwoche und industrielle Leistungsfähigkeit (*Florence*). — Die Arbeitsverhältnisse in China. — Wanderungswesen. — Betriebsräte in Japan. — Das neue Sozialversicherungsgesetz in der tschechoslowakischen Republik (*Winter*). — Die Sozialversicherung in Schweden (*Liedstrand*). — Die gewerbliche Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Die Sozialversicherung und die Internationale Arbeitsorganisation. — Die Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in Belgien (*Gottschalk*). — Die Aerzteschaft und die Krankenversicherung in Großbritannien (*Cox*). — Organisierung der Wirtschaft nach Gewerben und Arbeitsrecht (*Veraart*). — Der deutsche Reichswirtschaftsrat und der französische Landeswirtschaftsrat (*Picard*).

Die Tätigkeit des Völkerbundes. 1924/25. IV, 10—12; V, 1—6. Die einunddreißigste Tagung des Rates in Brüssel (S. 255). — Fünfte Tagung der ständigen Mandatskommission (S. 298, 332). — Der Völkerbund im Jahre 1924 (S. 310). — Die 32. Tagung des Rates in Rom vom 8.—13. Dezember 1924 (S. 315). — Protokoll zur friedlichen Regelung der internationalen Streitfälle (S. 316). — Fortschreitende Kodifizierung des Völkerrechts (S. 320). — Das Internationale Institut zur Vereinheitlichung des Privatrechts (S. 218, 329). — Das Schulwesen im Saargebiet (S. 331). — Organisationen und Kommissionen des Völkerbundes. Der Ständige Internationale Gerichtshof. Die Antrittsrede des Präsidenten Huber (S. 3 ff.). — Doppelbesteuerung und Steuerflucht (S. 50). — Die 33. Tagung des Rates in Genf (S. 66). — Die Freie Stadt Danzig (S. 83). — Das Saargebiet (S. 86). — Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten (Anhang, S. 97 ff.). — Die Kodifizierung des internationalen Rechts [Völkerrechts] (S. 120). — Der Ständige Internationale Gerichtshof. 1. Polnisch-Danziger Briefkastenstreit (S. 143). 2. Deutsche Interessen in Oberschlesien (S. 144). — Internationale Konferenz zur Ausarbeitung einer Konvention über die Kontrolle des Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial (S. 145, 169). — Die 34. Tagung des Rates in Genf (S. 166).

Weltpolitik und Weltwirtschaft. 1925. I, 1—8. Frankreich von gestern und heute (*v. Rheinbaben*). — Vorderasien von heute (*Schlee-Pascha*). — „Die Partie zu Vieren“ (*v. Rheinbaben*). — Russische Aussichten (Graf *Soltykoff*). — Aegypten und der Sudan (*Schlee-Pascha*). — Rußland und Deutschland (Graf *Soltykoff*). — Internationale Finanzprobleme (*Stamp* u. a.). — Die „Sicherung“ am Rhein (*Dix*). — Rußland und die neue Zeit (Herzog *von Leuchtenberg*). — Sechs Phasen englischer Nachkriegspolitik (*v. Rheinbaben*). — Zollprobleme in Deutschland und England (*v. Batocki* u. a.). — Soll Deutschland in den Völkerbund? (Lord *Parmoor*). — An Deutschlands Ost- und Südostgrenzen (*v. Rheinbaben*). — Die Stabilisierung Europas (*Snowden* und *Withers*). — Entwaffnung und Sicherheit (*v. Rheinbaben*). — Die deutsch-englischen Handelsbeziehungen (*Layton*). — Die Finanzen der Westmächte (*v. Bissing*). — Luftpolitik. Die deutschen und die englischen Interessen (Lord *Thomson* und *Fischer von Poturzyn*).

Wirtschaftsdienst. 1925. X, 5—35. Die gesetzliche Regelung äußerer Vorkriegsforderungen und -schulden in Deutsch-Oesterreich (*Mautner*). — Zum Handelsvertrag mit Siam (*Greiling*). — Das neue Währungsgesetz in Guatemala (*Nolte*). — Das Ergebnis von Paris (*Mautner*). — Der Inhalt der Ruhrdenkschrift. — Die Aufwertung privatrechtlicher Ansprüche in Polen (*Kulschewsky*). — Transferpolitik (*Predöhl*). — Das Aufwertungsproblem. — Zum gegenwärtigen Stand der Kriegsschuldfrage. I. und II. „Germany and war guilt“ (*Mendelssohn Bartholdy*). — Der Rhein-Seitenkanal (*Greiling*). — Die elsaß-lothringische Wirtschaft nach der Uebergangszeit (*Laufenburger*). — Enthält der Dawes-Plan eine Gesamtsumme? (*Helander*). — Das polnisch-tschechoslowakische Wirtschaftsabkommen. — Die Rheinregulierungs-Groteske. — Meistbegünstigung und „offene Tür“ (*Jastrow*). — England und Frankreich im Sicherheitspakt (*Mendelssohn Bartholdy*). — Die Interalliierte Schuld Italiens (*Bachi*). — Russische Staatsprozesse in England (*Mendelssohn Bartholdy*). — Der Stand der Handelsvertragsverhandlungen. — Wandlungen im fernen Osten (*Scholz*). — Die interalliierte Schuld Frankreichs (*Raffegeau*). — Reparationskommission und Liquidationsentschädigung (*Herold*). — Zur Durchführung des Dawes-Planes (*Rosenbaum*). — Der Faschismus (*Wolters*).

Juristische Wochenschrift. 1925. LIV, 1—15. Zum Recht des besetzten Gebiets (*Lüttger*). — Der neueste Stand der Rheinlandverordnungen (*Goltermann*). — Die Einführung des französischen Privatrechts in Elsaß-Lothringen (*Schwalb*). — Die französische Rechtsprechung und Rechtslehre über Schuldverträge des internationalen Privatrechts (*Schauer*). — Die Rechtsanwaltschaft in Bulgarien (*Ganeff*). — Völkerbund als Gedanke und Wirklichkeit (Juristische Gesellschaft in Köln, *Stier-Somlo*). — Das Industriebelastungsgesetz (*Kritzinger*). — Aufbau und Rechtsstruktur der Industriebelastung (*Geiler*). — Zur Freigabe der Vermögen in den Vereinigten Staaten auf Grund der sog. Winslow-Bill (*Hirschfeld*). — Seerechtliches (*Schulze-Schmidt*). — Ueber materielles und prozessuales Eherecht des Codex juris canonici (*Görres*). — Ehelösungspraxis in Oesterreich und in der Tschechoslowakei (*Bachrach*). — Recht oder Pflicht der österreichischen Regierung zur Erteilung von Ehedispensen? (*v. Hofmannsthal*). — Vollstreckung einstweiliger Verfügungen im Saargebiet (*Bartmann*). — Das Schweizerische Bundesgericht (*Simons*). — Die endgültige Regelung des Staatsangehörigkeitswechsels infolge der Gebietsabtretung an Polen. Das Wiener Abkommen vom 30. 8. 1924 (*Haase*). — Die Rechtsstellung der Interalliierten Rheinlandkommission und das

Recht des besetzten Gebietes (*Lüttger*). — Die schweizerische Gesetzgebung des Jahres 1924 (*Meyer-Wild*). — Uebersicht über das Handelsregister im Ausland (*Friese*). — Vollstreckung deutscher Urteile im Ausland. In der Tschechoslowakei (*Schicketanz* und *Wahle*). In der Schweiz (*Reichel*). — Die Gesetzgebung im besetzten Gebiet (*Neubert* und *Schreiber*). — Erfüllungsverzug beim Kauf. Zwischenstaatliches Recht (*Frankenburger*). — Konvertible Bonds (*Kalisch*). — Verlust der Reichsangehörigkeit nach dem Gesetze vom 1. Juni 1870 durch ununterbrochenen Aufenthalt im Auslande (*Hirschfeld*). — Ausländisches Recht. Strafrechtliche Briefe aus Oesterreich und aus der Tschechoslowakei (*Gleispach* und *Köhler*). — Josef Partsch †. — Die Rechtshilfeverträge des Deutschen Reichs mit Oesterreich, der Tschechoslowakei und Polen (*Volkmar*). — Das Gesetzbuch des Völkerrechts (*v. Rauchhaupt*). — Internationale Gerichtsbarkeit und gemischte Schiedsgerichte. Zum Unterschied zwischen internationaler Schiedsgerichtsbarkeit und internationaler Gerichtsbarkeit (*Wehberg*). — Internationale Schiedsgerichtsbarkeit in privaten Streitigkeiten (*Wertheimer*). — Die Gültigkeit der Schiedsklauseln im internationalen Privatverkehr (*Wolff*). — Die Bedeutung der Cour Permanente de Justice Internationale im Haag. Ihre Entstehung, Zuständigkeit und Tätigkeit (*Loewenfeld*). — Urteile nationaler Gerichte und deren Vollstreckung in der Rechtsprechung der Gemischten Schiedsgerichtshöfe (*Kaspers*). — Das Klagerecht des amerikanischen Gläubigers vor der Mixed Claims Commission in Washington, D. C., insbesondere unter Berücksichtigung des über die Valorisierung der Mark-Verpflichtungen zwischen den Regierungen geschlossenen Vergleichs (*Kießelbach*). — Das Schicksal des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Privatvermögens (*Janßen*). — Gewerblicher Rechtsschutz. Die bevorstehende Revision der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums (*Klauer*). — Falsche Herkunftsbezeichnungen (*Wassermann*). — Das Recht der ehemals deutschen Gebiete. Memelgebiet (*Scherließ*). Danzig. Das Danziger Aufwertungsgesetz (*Bumke*). Die Aufhebung der Fideikommisse in der Tschechoslowakei (*Loewenfeld*). — Brief aus Oesterreich (*Abel*). — Brief aus der Schweiz (*Meyer-Wild*). — Deutsche Urteile in England (*Weiß*). — Die Anwendung der ausländischen Rechtsnormen in Lettland (*Lubbe*). — Das Sowjetrecht und die staatenlosen Russen [Art. 29 EG. z. BGB] (*Rabinowitsch*). -- Welches Recht ist für den russischen Emigranten in Deutschland als Personalstatut anzuwenden? (*v. Falkovsky*). — Das deutsche Auslandsinstitut und sein „Haus des Deutschtums“ (*Heß*). — Deutsche Landesgruppe der International Law Association (*Wunderlich*). — Erster internationaler Funkrecht-Kongreß, Paris (*Hoffmann*). — 6. Tagung der „Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht“ zu Stuttgart vom 3.—6. Juni 1925 (*Rühland*). — Das Jus evocandi der interalliierten Rheinlandkommission (*Wiltberger*). — Das Verfahren vor der Gemischten gerichtlichen Kommission für Schadensersatzansprüche gegen die französisch-belgische Eisenbahnregie (*Horch*). — Deutsch-polnischer Rechtsverkehr. Nach dem Gesetz vom 19. 3. 1925 (*Hoch*). — Stellung der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Ist Vollstreckung gegen sie möglich? Besonders für das Gebiet des rheinischen Rechts (*Rennen*). — Einführung der „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Frankreich (*Gregoire*). — Auszahlung der Markhypotheken in Nordschleswig (*Kähler*). — Die Rechtsentwickelung der rheinischen Lande (*Planitz*). — Die Note des Botschafterrates vom 24. 6. 1925 über die Luftfahrt (*Schreiber*). — Das Recht der ehemals deutschen Gebiete. Elsaß-Lothringen (*Schwalb*). — Danzig (*Baumann*). — Schuldrechtliche Rück- und Weiterverweisung nach deutschem internationalen Privatrecht

(*Melchior.*) — Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht (*Rühland*). — Aus der Tschechoslowakei (*Wien-Claudi*). — Rheinland (*Kaufmann*). — Rheinischer Separatismus und Londoner Amnestie (*Heyland*). — Verlust der Reichsangehörigkeit nach dem Gesetz vom 1. Juni 1870 durch ununterbrochenen Aufenthalt im Auslande (*Hirschfeld*). — Die Behandlung von ausländischen Nachlässen im Deutschen Reich (*Asch*).

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht. 1925. LXXXVIII, 2. Wann verstößt die Anerkennung eines ausländischen Urteils gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes? § 328 Ziff. 4 ZPO. (*v. Gierke*). — Die gegenwärtigen Aussichten eines Weltwechselrechts (*Wieland*). — Rechtsbildung durch Wertschöpfung (*Müller-Erzbach*). — Das Problem der hinkenden Speziesschuld (*Wüstendörfer*).

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. 1924. XL, 3. Der italienische Kriminalist Augustinus Bonfranziscus von Rimini, † 1479 (*v. Moeller*).

Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht. 1925. XIX, 2—16. Der deutsch-österreichische Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe und der Beglaubigungsvertrag (*Volkmar*). — Die Zuständigkeit zur Entscheidung über einen vom Ausland gestellten Auslieferungsantrag nach geltendem deutschen Recht (*Sommer*). — Der Parteiwille in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu dem auf Vertragsverbindlichkeiten anwendbaren örtlichen Recht (*Brändl*).

Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht des In- und Auslandes. 1925. XIV, 1 und 2. Abstrakte und kausale Uebereignung beweglicher Sachen. Der dingliche Vertrag in fremden Rechten, § 5 ff. (*Neuner*). — Störung der freien Erwerbstätigkeit durch rechtswidrige Beeinflussung Dritter. Conspiray, interference with business or occupation, inducing breach of contract. Eine Studie aus dem englischen Recht (*Rheinstein*). — Das Rechtsmittelsystem des englischen Zivilprozesses (*Gerland*). — Ueber die Rechtsmittel im österreichischen Zivilprozesse (*Pollak*). — Gegenwart und Zukunft der Kassation in Italien (*Calamandrei*). — Rechtsmittelwesen im schweizerischen und skandinavischen Prozeßrecht (*Mendelssohn Bartholdy*).

Zeitschrift für osteuropäisches Recht. 1925. I, 1. Tschechoslowakei. Der heutige Rechtszustand (*Weiß*). — Rußland. Internationales Privatrecht (*Schöndorf*). — Lettland. Der heutige Rechtszustand (*Loeber*). — Estland. National-kulturelles Autonomiegesetz der völkischen Minderheiten (*v. B.*). — Der Rechtszustand von Sowjetrußland (*Timaschew*). — Gesetzgebung und Rechtsprechung in Sowjetrußland (*v. Bochmann*). — Das in Kongreß-Polen geltende Eherecht (*Schöndorf*). — Polen—Oberschlesien. Der Genfer Vertrag (*Warschauer*). — Das Rechtssystem Ungarns (*v. Angyal*). — Die neuere Rechtsentwicklung Lettlands (*Loeber*). — Das öffentliche Recht in der tschechoslowakischen Republik (*Schranil*). — Das Recht Finnlands (*Caselius*). — Wechselrecht und Mahnverfahren in Bulgarien (*Ganeff*).

Zeitschrift für Politik. 1924/25. Bd. XIV, 5 und 6; XV, 1. Das mongolische Problem (*Moßdorf*) — Die Rolle Afghanistans in der Weltpolitik (*Dahl*). — Friedensverträge und Wiederaufbau der Welt. B. England (*Rothbarth*). — Die staatspolitischen Anschauungen Max Webers und Oswald Spenglers (*Koellreutter*). — Die japanische Außenpolitik (*Rittner*). — Irrwege des tschechischen Staatsgedankens (*Urban*). — Das heutige Irland (*Pender*). — Friedensverträge und Wiederaufbau der Welt. C. Frankreich (*Roepke*). — Der Rechtsgedanke in der Politik (Deutsche

Hochschule für Politik). — Zur rheinischen Jahrtausendfeier (*Schnabel*). — Danzig und Polen (*Loening*). — Die heutige Marokkofrage. Das Rifproblem (*Pröbster*). — Die deutsch-russische Krise bei Erwerbung von Kiautschou (*Becker*). — Der Streit um das Gebiet Tacna-Arica in Südamerika (*Steffen*).

Zeitschrift für Standesamtswesen. 1925. Bd. V, 1—16. Zur Anerkennung russischer Scheidungsurteile in Deutschland (*Bergmann*). — Der Randvermerk im Heiratsregister und das internationale Privatrecht (*Hubernagel*). — Ehe- und Kindschaftsrecht der europäischen Staaten: Frankreich (*Bergmann*). — Sowjetrussisches Namensrecht (*Dietze*). — Legitimation eines unehelichen Kindes durch einen Engländer (*David*). — Aufhebung des deutschen Rechts (droit local) und Einführung des code civil in Elsaß-Lothringen. — Ehe- und Kindschaftsrecht der europäischen Staaten: Schweiz (*Bergmann*). — Eheschließung von Ausländern auf Grund standesamtlicher Ermächtigungen (*Berg*). — Ehe- und Kindschaftsrecht der außereuropäischen Staaten: Argentinien (*Bergmann*). — Staatsangehörigkeit ehemaliger Reichsdeutscher aus dem gesamten Gebiet Polens (*Wagner*). — Legitimation eines unehelichen Kindes durch einen Franzosen und Mutterschaftsanerkennung (*David*). — Der Name der geschiedenen Frau im Ausland (*Hubernagel*). — Ehefähigkeitszeugnisse der Niederländer (*David*).

B. Ausländische Zeitschriften.

Foreign Affairs. 1925. VI, 7—12; VII, 1 u. 2. Egypt and the League of Nations. — Our relations with Germany (*Buxton*). — The passing of Trotsky. A new phase of the revolution? (*Stevens*). — Minorities in the Balkans. — Getting on with the war (*Swanwick*). — Our Chinese neighbour. — The United States of Europe (*Shaw*). — Further light on the origin of the war (*Durham*). — The League Opium Conference. — Administration of the Saar Territory. — The need of a Russian settlement (*Ponsonby*). — The future of Fascismo (*Waterfield*). — The problem of the Baltic (*Burns*). — The Egyptian crisis and the future (*Fanons*). — The minority problems in the Balkans. — The price of peace (*Swanwick*). — Is a constructive policy possible in Morocco? (*Walter*). — Nitti, Versailles, and the present discontents (*Beazley*). — The abolition of secret diplomacy. The truth about South Tyrol. — The present position of minorities in Europe (*Medinger*). — Minority protection through the League of Nations (*Medinger*). — World Court jurisdiction over private controversies (*Tusca*). — Germany's needs as seen by Germans (*Booth*). — English Jews summon European States to the Hague Court (*Zukerman*). — The new economie policy in Soviet Russia (*Russell*). — A treaty with Holland (*Burns*). — The Powers and Morocco (*Canning*). — A finely proportioned history (*Buxton*). — The security pact (*Swanwick*). — Disarmament and peace (*Breitscheid*). — An agreement between Holland and England on demilitarisation of the Hague zone (*Schuurman*). — Arms traffic, arms manufacture, and arms abolition (*Buxton*). — Thereport of the East Afrika Commission. — Fascismo on the wane (*O'conor*). — Racial intolerance in modern Europe (*Hayking*). — French men and women condemn article 231 of the Treaty of Versailles. — The German note and after (*Swanwick*). — Fascismo and the historian (*Salvemini*).

Bulletin de l'Institut intermédiaire international. 1925. XI, XII und XIII, 1. La double imposition en matière de timbre (*Dubois*). — L'application du traité de paix avec l'Allemagne. — Arrêts et Avis

consultatifs de la Cour permanente de justice internationale. — Les formalités du mariage civil des étrangers en Angleterre (*Vivian*). — La législation de la Lettorie (*Pache*). — La Société des Nations. La cinquième assemblée. — L'exécution du traité de paix de Lausanne et des conventions et déclarations annexes. — La conférence pour le contrôle du commerce international des armes et munitions et des matériels de guerre (*Surie*). — Législation norvégienne en matière de navigation, de contrôle sur la construction des navires etc. (*Christiansen*).

Bulletin des transports internationaux par chemins de fer. (Zeitschrift für den internationalen Eisenbahntransport.) 1925. XXXIII, 1—8. Schiedsgerichtliche Entscheidung des Zentralamtes in Sachen der Generaldirektion der italienischen Staatsbahnen gegen die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen. — Die endgültige Aufteilung des Fuhrparkes der ehemaligen österreichischen bezw. ungarischen Staatsbahnen. — Die sogen. Zusatzbestimmungen zum zwischenstaatlichen Beförderungsrecht (*Toggenburger*). — Das Brüsseler Ausgleichsamt für die Abrechnungssaldi der Eisenbahnverwaltungen (B.C.C.). — Die Zusammenlegung der Eisenbahngesellschaften in England. — Die Bruchschäden bei Eiertransporten (*Heider*). — Beförderung von Gütern zwischen Oesterreich und England in durchgehenden Wagen (Ferry-Boats-Wagen) ohne Umladung.

International Conciliation. 1925. Nr. 208—212. The old regime. — Efforts at reform. — Disarmament and security. Ontlawry of war. — The Geneva Protocol of 1924. — The diplomatic struggle for European security and the stabilisation of peace (*Benesch*). — The British Empire and the protocol for the pacific settlement of international disputes (*Chamberlain*). — Protocol or pact (*MacDonald*).

Le Droit d'Auteur. 1925. Bd. XXXVIII, 1—8. L'Union internationale en 1925. — Droit d'Auteur et radiophonie. — La guerre mondiale et son influence sur les rapports, en matière de droit d'auteur, avec l'Allemagne, l'Autriche et la Hongrie (*de Wolf*). — Le 34e congrès de l'Association littéraire et artistique internationale, Paris, 2.—6. juin 1925. — De quelques aspects du droit moral et du droit pécuniaire de l'auteur. — Le statut moral, légal conventionnel des journalistes.

Grotius. Annuaire international pour l'année 1925. A propos du troisième centenaire de l'œuvre de Grotius (*Weiß*). — Les Pays-Bas et le régime des Capitulations en Turquie (*Kramers*). — L'acte pour la navigation du Rhin en rapport avec l'occupation de la Ruhr (*Kikkert*). — Nation et individu (*Jitta*). — Aperen de faits internationaux d'ordre juridique, 1^{er} février 1924 — 1^{er} février 1925 (*van Eysinga*). — La bibliotèque du Palais du Paix (*ter Meulen*). — La Hollande, membre de la Société des Nations (*Kluyver*). — L'Academie de droit international en 1924 (*van Kleffens*).

Journal du droit international (Clunet). 1925. Bd. LII, 1—3. La Société des Nations et le développement du droit international privé (*Weiß*). — L'organisation des communication et du transit et la Société des Nations (*Ripert*). — L'énergie hydroélectrique et la Société des Nations (*Mestre*). — La Cour permanente de justice internationale et les intérêts privés (*Travers*). — Le problème des doubles impôts devant la Société des Nations et la Chambre de Commerce internationale (*Picard*). — De la nationalité des habitants des pays à mandat de la Société des Nations (*Lampué*). — L'introduction des lois civiles et commerciales françaises en Alsace et Lorraine (*Nast*). — Le droit aérien en 1924 (*Hamel*). — La reconnaissance du Gouvernement soviétique russe et le droit international.

— La condition des étrangers dans l'Union des Républiques Sovietiques (*Grouber* et *Tager*). — Le reconnaissance en France du Gouvernement des Soviets et ses consequences juridiques (*Andre-Prudhomme*). — Les rapports des traités russo-allemands et l'application du droit soviétique en Allemagne (*Freund*). — Le Statut du Gouvernement soviétique en Angleterre et en Amérique (*Crane*). — Chronique de droit fiscal international: De l'énonciation des titres étrangers dans les actes on écrits etc. (*Veyriéras*). — Le statut international de Tanger (*Cot*). — La naturalisation in globo en Grèce et le traités de paix conclus postérieurement au 1er janvier 1913 (*Ténèkidès*). — La valorisation des dettes dans le droit hongrois (*de Magyary*). — Observations sur la question du renvoi (*Perrond*). — Les conférences maritimes internationales tenues depuis l'année 1923 (*Ripert*).

The American Journal of international law. 1925. Bd. XIX, 2 und 3. Grotius, de iure belli ac pacis: A bibliographical account (*Reeves*). — Recent recognition cases (*Dickinson*). — Registration and publication of treaties (*Hudson*). — The responsibility of the state for the protection of foreign officials (*Eagleton*). — Relative authority of international law and national law (*Potter*). — Editorial comment: Some observations on the codification of international law (*Garner*). — The codification of international law in America (*Scott*). — The Geneva Protocol (*Brown*). — The Isle of Pines treaty (*Wright*). — The meaning of nationality in the recent immigration acts (*Dickinson*). — The American withdrawal from the opium conference (*Wright*). — Sequestrated private property and American claims — the treaties of Versailles and Berlin (*Borchard*). — International regulation of legal assistance for the poor (*Kuhn*). — Current notes: War seizures by the British Government of German owned stock in American corporations (*Coudert*). — The Dano-Norwegian conflict over Greenland (*Knaplund*). — Grotius' de iure belli ac pacis libri tres: The work of a lawyer, statesman, and theologian (*Scott*). — Diplomatic prerogatives of non-diplomats (*von Vollenhoven*). — The League of Nations and unanimity (*Fischer Williams*). — The treaty-making power in Canada (*Mackenzie*). — International sanctions and American law (*Stinson*). — The Red River boundary dispute (*Carpenter*). — Editorial comment: The annual meeting of the American Society of international law (*Finch*). — The progressive codification of international law (*Finch*). — Conference of American teachers of international law (*Stowell*). — Uniformity of law in respect of nationality (*Garner*). — The new commercial treaty with Germany (*Kuhn*). — Waiver of state immunity (*Dickinson*). — The opium conferences (*Wright*). — Current notes: Le Comité Maritime International (*Bower*). — Settlement of boundary controversies between Brazil, Colombia and Peru. — Italian Institute of international law. — Double taxation on shipping (*McNair*).

Schweizerische Juristen-Zeitung. 1925. XXI, 13—24; XXII, 1—5. Das Interesse in der Schadensversicherung (*Rommel*). — Le droit de vote des Suisses à l'étranger (*Krafft*). — Die Nichtvollstreckung schweizerischer Zivilurteile in Deutschland. Eine Kritik des Reichsgerichtsentscheides vom 8. 2. 1924 (*Kaufmann*). — Das neue Strafgesetzbuch für den Kanton Freiburg (*Hafter*). — Ist die Vollstreckung ausländischer Schiedsgerichtsurteile vom Nachweis des Gegenrechts abhängig? (*Blocher*). — Schweizerisches Photographenrecht (*Röthlisberger*). — Die schweizerischen Goldhypotheken in Deutschland (*Reichel*). — Das neue russische Zivilrecht (*Gutzwiller*). — Auslegung und Revision des Art. 34 der Schweizerischen Bundesverfassung. Gutachten zu Händen der Schweize-

rischen Vereinigung zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes (*Burkhardt*). — Tatorts-Daktyloskopie (*Müller*). — Rechtsgeschichtliches zu den Anfängen der Eidgenossenschaft (*Meyer*). — Vollstreckung von Alimentenurteilen im Ausland (*Silbernagel*).

International Labour Review. 1925. XI, 2—6; XII, 1 und 2. The legal nature and economic significance of the German Works Councils (*Dersch*). — Labour problems in Northern Ireland (*Dale*). — Works Councils in Japan. — The unification of social insurance (*Pribram*). — An American experiment in unemployment insurance by industry (*Stewart*). — The problem of workers' control in Belgium (*Gottschalk*). — Women trade unionists in the United States (*Maher*). — Industrial inspection in the Netherlands in 1923. — The new social insurance act of the Czechoslovak Republik (*Winter*). — The administrative machinery of social insurance (*Cohen*). — Industrial inspection in Austria in 1923. — Social insurance benefits (*Manes*). — The medical profession and health insurance in Great Britain (*Cox*). — Works Councils in the United States. — The International Labour Organisation and social insurance. — Trade organisation and labour legislation (*Veraart*). — The German and French national economic councils (*Picard*). — The second international conference of labour statisticians. — Judicial remedies in recent French legislation for the enforcement of agreements of trade associations (*Pic*). — German legislation on industrial dwellings. — The seventh session of the International Labour Conference. The housing problem in Soviet Russia.

Rechtsgeleerd Magazijn. 1925. XLIV, 1—4. Cassatie wegens verkeerde toepassing of schending der wet (*van Praag*). — Bescherming van wetenschappelijken eigendom (*Drucker*). — Verpanding van inschulden op naam (*van Proosdij*).

Notariatszeitung des österreichischen Notarenvereins. 1925. LXVII, 1—8. Die Umwandlung der Gesellschaften m. b. H. nach der Körperschaftssteuernovelle (*Staufer*). — Die Firma einer zur Umbildung kommenden Gesellschaft m. b. H. (*Groschopf*). — Ueber Versuche, die Geldentwertung zu messen (*Eysn*). — Zur Rettung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (*Eckardt*). — Der zweite deutsche Juristentag in der Tschechoslowakei. — Die Urkunde im zwischenstaatlichen Verkehr (Beilage S. IV bis VI). — Zur Auslegung des Rechtshilfevertrages zwischen Oesterreich und Italien. — Empfiehlt sich die weitere Ausgestaltung des vollstreckbaren Notariatsaktes und seiner Freizügigkeit? (Beilage S. I—VIII).

La Propriété Industrielle. 1925. XLI, 1—7. L'Union internationale pour la protection de la propriété industrielle en 1924. — L'usage frauduleux de marques de fabrique on de commerce et la Convention d'Union. — Les mesures conservatoires prévues par les lois des divers pays en matière de contrefaçon de marques, de fausses indications de provenance et de concurrence déloyale et l'article 9 de la Convention d'Union. — La protection des marques de fabriques et la juridiction consulaire (à propos du quatrième vœu adopté à Washington). — A propos des recherches d'antériorités en matière de brevets d'invention. — Les marques collectives et la prochaine revision de la Convention générale d'Union. — Le droit de poursuite en matière de concurrence déloyale et l'article 10 bis de la Convention d'Union. — Les droit des étrangers en matière de brevets dans l'Union des Républiques socialistes soviétiques Russes (*Heifetz*).

Revue de droit international privé (Darras). 1925. XX, 1 und 2. Les privilèges et immunités diplomatiques des agents de la Société des Nations (*Secrétan*). — Indemnités pour des mesures exceptionnelles de guerre ou

de disposition d'après les traités de paix (*Youpis*). — Nationalité et conflits des lois en droit aérien. A propos de la loi du 1er juin 1924 (*Hamel*). — Des conflits de lois relatifs aux paiements depuis la dernière guerre, d'après la jurisprudence française (*Niboyet*).

Revue de droit international et de législation comparée (de Visscher). LI, 4—6; LII, 1—3. Arbitrage et Justice (*Brown*). — Etude de droit international privé fluvial (*Niboyet*). — L'interprétation du Pacte au lendemain du différend italo-grec (*de Visscher*). — La mer territoriale (*Paulus*). — La sanction du droit des gens et la force obligatoire des traités (*Stinson*). — Les précédents de l'emprunt accordé par la Société des Nations à l'Autriche (*Hajnal*). — La protection des minorités (*Fouques-Duparc*). — Le XXXIIIe Congrès de l'Association du Droit international (International Law Association) à Stockholm (*Rutgers*). — Le Protocole de Genève (*Erich*). — Les „amendements Japonais" au Protocole de Genève (*Adatci*). — Quelques remarques sur le Protocole de Genève (*Wehberg*). — Le conflit anglo-égyptien et la Société des Nations (*de Visscher*). — L'organisation du statut de la Zone de Tanger (*Ruzé*). — Le régime scandinave des eaux littorales (*de Staël-Holstein*). — La convention générale des ports maritimes (*Hostie*). — Le traité de conciliation et de règlement judiciaire entre l'Italie et la Suisse (*Diena*). — La loi agraire en Roumanie et son application aux optants hongrois de Transylvanie (*Negulesco*). — Des limitations à la Souveraineté nationale dans les relations extérieures (*Garner*). — Le droit naturel ou objectif s'étend-il aux rapports internationaux? (*Le Fur*). — Les décisions de la cinquième session ordinaire de la Cour permanente de Justice internationale (*de Vineuil*). — La compétence des tribunaux internationaux (*Castberg*). — La notion d'objet en droit international et son rôle pour la construction juridique de cette discipline (*Gorovtsev*). — L'organisation de la médiation (*Efremoff*). — Grotius, 1625—1925 (*van Eysinga*). — Le maintien du Concordat en Alsace-Lorraine et le principe de la „Réintégration" (*de Visscher*). — L'arbitrage de Tacna-Arica (*Wright*). — Quelques observations concernant la possibilité d'assurer l'intégrité territoriale et l'indépendance des Etats secondaires qui se trouvent dans une situation singulièrement exposée (*Erich*). — Mission d'un neutre à Anvers, lors du siège de cette place forte en 1914 (*Nys*). — La double nationalité en Amérique (*de Yanguas*). — L'immunité postale en temps de guerre (*de Staël-Holstein*). — Des principes de compétence et de loi applicable régissant les Hellènes en Turquie et les Musulmans en Grèce (*Ténèkidès*). — La Société des Nations et l'Organisation Internationale du Travail. Interprétation de l'article 387 du Traité de Versailles (*de Visscher*).

Revue de droit international, de sciences diplomatiques, politiques et sociales (Sottile). 1924/25. II, 4; III, 1 und 2. Les Unions internationales (Forts., *Neumeyer*). — Les fonctions et les prérogatives des Consuls (Forts., *van de Wetering*). — La préscription libératoire en droit international (*Politis*). — Le différend gréco-turc sur l'éloignement du Patriarche de Constantinople (*Strupp*). — Le désarmement (*de Montluc*). — La situation du droit aérien en Hongrie (*Sandorfi*). — L'affaire du Patriarcat (*N. S.*). — La question de la procédure en matière de minorités (*Kunz*). — L'arbitrage international et les différends politiques (*Mulder*). — The Isle of Pines and the solidarity of Pan America (*Scott*). — Le droit de cité automatique des étrangers (*de Montluc*). — La question de Monténégro (*Pandore*). — Conferencia Hispano-francesca reunida en Madrid para una inteligencia sobre el problema de Marruecos (*de Lasala*

Llanas). — La confiscation de la propriété privé des Allemands et le plan Dawes (L'association des Allemands rapatriés, Berlin).

Revue générale de droit international public (Fauchille). 1924/25. XXXI, 6; XXXII, 1 und 2. La Société des Nations et les puissances devant le problème arménien (*Mandelstam*). — L'occupation rhénane et le droit des gens (*Huguet*). — Grèce et Turquie. L'échange des populations grecques de Constantinople. Différend entre la Grèce et la Turquie (*Gentizon*). — Société des Nations. La question de la garantie et de la réduction des armements terrestres à la quatrième Assemblée de la Société des Nations. Le projet de traité d'assistance mutuelle de septembre 1923 (*Sibert*). — La loi agraire lithuanienne et les droits des minorités polonaises (*Fauchille* und *Sibert*). — La Cour permanente de Justice internationale (*Travers*). — L'exécution du mandat français au Togo et au Cameroun (*Moncharville*). — Le mandat anglais pour l'Irak (*Millot*). — L'expulsion du Patriarche œcuménique et le conflit gréco-turc. — Union interparlamentaire de la paix. Session de Berne et de Genève, 1924.

Revue juridique internationale de la locomotion aérienne. 1925. IX, 1-6. La responsabilité du transporteur aérien et la jurisprudence (*Ripert*). — La réglementation douanière aéronautique (*Ullmann*). — La neutralisation des aéronefs sanitaires (*Fulliot*). — Le régime douanier et la navigation aérienne internationale (*van den Berch van Heemstede*).

Revue juridique internationale de la radioélectricité. 1925. I, 1—4; II, 5 und 6. La T.S.F. (télégraphie sans fil) et sa réglementation juridique (*Mihura*). — La réglementation de la T.S.F. (*Brenot*, *Franck* und *Mihura*). — La protection de la propriété intellectuelle et artistique et la radiophonie (*Tabouis*). — Règles pour le contrôle de la radiotélégraphie en temps de guerre (Haager Entwurf, Dezember 1922 bis Februar 1923). — Les droits des exploitants des postes d'émission, des auteurs et des artistes et les auditions radiophoniques publiques et privées (*Bouruet-Aubertot*). — La T.S.F. et le droit de priorité d'exploitation des informations de presse, de finances et de publicité (*Homburg* und *Tabouis*). — Le code de la radiotélégraphie en temps de guerre (*Costarelle*). — Le radio-bill américain (*Welti*). — Le régime juridique des ondes (*Vroonen*). — La théorie générale des ondes et la liberté de l'éther (*Pappafava*). — Conventions internationales et législatives des différents pays en matières de T.S.F. (*Homburg* und *Landrien*). — L'emploi de la T.S.F. dans la réglementation aéronautique internationale (*Cacopardo-Melita*). — Le contrôle des émissions par l'Etat (*Berger*).

Rivista di diritto internazionale. 1924/25. XVI, 4; XVII, 1 und 2. La riforma del Contenzioso diplomatico (*Giannini*). — La procedura di votazione dei progetti di convenzione nella Conferenza internazionale del lavoro (*Perassi*). — La neutralizzazione del Lussemburgo e la sua ammissione nella Società delli Nazioni (*Borsi*). — I soggetti del diritto internazionale (*Cavaglieri*). — Ernst Zitelmann ed il problema del diritto internazionale privato (*Betti*). — The Permanent Court of international Justice and the Geneva „Peace Protocol“ (*de Vineul*). — Il compromesso tra la Francia e la Svizzera per la controversia relativa alle zone franche (*Perassi*).

Société des Nations. Journal officiel. 1925. VI, 1—7. Procès-verbal de la trente-deuxième session du conseil tenue à Rome du 8.—13. 12. 1924. — Codification progressive du droit international (S. 120, 143, 149). — Protocole pour le règlement pacifique des différends internationaux: Lettre du Gouvernement britannique (S. 124, 127 f.). — Exécution des clauses militaires, navales et aériennes des traités de paix: Organisation de

l'exercise du droit d'investigation dans les pays soumis a l'investigation en vertu des Traités de Versailles, Saint-Germain, Trianon et Neuilly: Lettre du Gouvernement britannique (S. 136, 139, 146). — Ville libre de Dantzig (S. 148, 150 f.). — Bassin de Sarre (S. 306). — Le territoire de Memel et les relations polono-lithuaniennes (S. 316). — Question de l'entrée de l'Allemagne dans la Société des Nations (S. 323). — Mandats (S. 328). — Procès-verbaux de la trente-troisième session du conseil tenue a Genève du 9.—14. 3. 1925. — Arbitrage, sécurité et réduction des armements: Protocole pour le règlement pacifique des différends internationaux (S. 445, 451, 458). — Bassin de Sarre (S. 461, 464, 484). — Ville libre de Dantzig (S. 468 f., 477, 491). — Question de l'expulsion du Patriarche œcuménique (S. 637, 854). — Première conférence de l'opium (S. 673). — Deuxième conférence de l'opium (S. 689). — Mandats (735). — Bassin de Sarre (758). — Ville libre de Dantzig (776). — Minorités en Esthonie (788). — Travaux du Comité d'experts pour la codification progressive du droit international, au cours de sa première session (842). — Procès-verbal de la trente-quatrième session du conseil tenue à Genève du 8.—11. 6. 1925. — Exécution des clauses militaires, navales aériennes des traités de paix: Organisation de l'exercise du droit d'investigation en vertu des Traités de Versailles, Saint-Germain, Trianon et Neuilly (863). — Ville libre de Dantzig (863, 880 f.). — Protection des minorités (864, 876, 878, 891). — Bassin de Sarre (877).

La Vie des Peuples. 1925. V, 59—61. Mistral et la politique européenne (*André*). — Vie politique: Une expérience politique au Chili, le Président Alessandri (*Foland*). — L'Inde britannique (*Beg*). — Les dettes interalliées (*Laskine*). — Vie politique: Le ministère Herriot (*Lafond*).

Yale Law Journal. 1925. XXXIV, 3—8. Government liability in tort (*Borchard*). — Indicial control of legislation in the British Empire (*Smith*). — State legislation and maritime cases (*Stumberg*). — Law and economics (*Commons*). — Validity of oil and gas leases (*Summers*). — Service of process on non-residents in actions in personam. — Danger-signals in international law (*Baty*). — Commercial arbitration or court application of Common Law rules of marketing? (*Sturges*). — The effect of Soviet Decrees in American courts (*Connick*). — Vested interests of beneficiaries in insurance policies. — The effect of options on consideration (*Corbin*). — Jurisdiction and the „situs“ of debts. — The compact clause of the constitution. A study in interstate adjustments (*Frankfurter* und *Landis*). — Re-analysis of a theory of rights (Brown). — Waiver and estoppel in insurance law (*Vance*).

The British Yearbook of international Law. 1925. The doctrine of air-force necessity (*Spaight*). — Matters of domestic jurisdiction (*Brierly*). — The consent of states and the sources of the Law of Nations (*Corbett*). — The treaty-making power of the Dominions (*Lewis*). — The exercise of criminal jurisdiction over foreigners (*Beckett*). — Wanted! An international court of piepowder [„pied poudré“, Marktgerichtshof] (*Hurst*). — The obligatory jurisdiction of the Permanent Court of international Justice (*Baker*). — Ships of war as prize (*Higgins*). — So-called state servitudes (*Mac Nair*). — Immunities of state-owned ships employed in commerce (*Garner*). — Laws of maritime jurisdiction in time of peace, with special reference to territorial waters (*Cleminson*). — Expropriation and international law (*Fachiri*). — The Hague Academy of international law: An aid to the diffusion and to a clearer notion of the Law of Nations (*van Kleffens*). — Naturalization of Germans domiciled in South-West Afrika.

Zeitschrift für Schweizerisches Recht. 1924/25. XLIII, 4; XLIV, 1—3. Contribution à l'étude de l'ancien droit matrimonial genevois. Les deux mariages d'Etienne Delorme (*Burnet*). — Verhandlungen des Schweizerischen Juristenvereins 1924: Der Schutz des Berufsgeheimnisses (*von Overbeck*). — Protezione del segreto professionale (*Bossi*). — Die Einwirkung der Währung auf die privatrechtlichen Verhältnisse (*Müller*). — De l'influence du change sur les rapports de droit privé (*Barth*). — Band XLIV: Das Wesen der Strafrechtswissenschaft (*Baumgarten*). — Die Verfassungsgerichtsbarkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Schweiz (*Schindler*). — Die Verpflichtung der Bürgen nach schweizerischem Recht (*Schultheß*). — Die Rechtsstellung der Frau in der schweizerischen Sozialversicherung (*Giorgio*). — Die „clausula" und die „Aufwertung" nach schweizerischem Recht (*Fick*). — Leonard Nelsons Rechtslehre und das Naturrecht der Aufklärung (*Baumgarten*). — Die fortgesetzte Gütergemeinschaft des schweizerischen Z.G.B. (*Beyerle*). — Verhandlungen des Schweizerischen Juristenvereins 1925: Das Handelsstrafrecht (*Ludwig*). — Le droit pénal commercial (*Bovay*). — Die örtliche Rechtsanwendung auf dem Gebiete des Obligationenrechts [Interlokales Privatrecht] (*Fritzsche*).

Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. 1925. XXXVIII, 1—3. Die psychologische Einteilung der Verbrecher (*Exner*). — Die sichernden Maßnahmen des deutschen Strafgesetzentwurfs (*Stooß*). — Das Inserat und seine Strafbarkeit (*Zürcher*). — Das revidierte Sprengstoffgesetz (*Stämpfli*). — Une nouvelle loi genevoise concernant les délits contre la morale publique (*Logoz*). — Sichernde Maßnahmen in früherer Zeit (*Stooß*).

II. Bücherbesprechungen.

Völkerrecht.

Schücking, Walther. Das völkerrechtliche Institut der Vermittlung. *(Publications de l'Institut Nobel Norvégien, Tome V.)* 346 S. 8⁰. Kristiania 1924.

Der erste Teil dieses Buches war, wie der Verfasser mitteilt, vor Beendigung des Weltkrieges vollendet und von der Nobelstiftung zur Publikation angenommen. Es sind die ersten 9 von den 13 Paragraphen des Buches (172 von 333 Seiten), welche diesen ersten Teil bilden. Die zweite Hälfte des Werkes ist später entstanden, wie *Schücking* sagt: „in der Notwendigkeit, das Werk den veränderten Verhältnissen entsprechend zu erweitern". Die beiden Teile sind nach Inhalt und Art so verschieden, daß man zunächst jeden für sich betrachten muß. Der erste Teil stellt die Entwickelung der *„médiation"* im Sinn der alten politischen Praxis und der alten Völkerrechtsdoktrin dar, wie man sie in den diplomatischen Katechismen des 19. Jahrhunderts lernte und woran auch 1907 nichts Wesentliches geändert worden ist, nämlich die vermittelnde Mitwirkung dritter Staaten zur Begleichung von Streitigkeiten der Staaten. Auch nach 1907 blieb die Entwickelung in dem Geleise dieser alten Mediation. Anders wurde es erst, als der Gedanke wirksam wurde, die Vermittelung an Stelle der Staaten besonderen Vermittelungskommissionen zu übertragen. *Schücking* behandelt, wie es auch sonst vielfach geschieht, diesen ganz neuen Gedanken als die Fortentwicklung des alten Instituts der Mediation, auf Grund des Gesichtspunktes, daß die neuen Vermittelungskommissionen der alten Mediation insofern funktionell gleichen, als sie der Ergänzung der Schiedsgerichtsbarkeit in deren kriegverhütender Wirkung dienen. *Schücking* schließt seine eingehende Behandlung der amerikanischen Verträge *(Taft, Bryan)* (S. 172) in dem Sinne ab, daß „die ständige Organisation der Vermittelung“ als das Ziel der nächsten Entwickelung zu gelten habe, und daß diese Entwickelung „durch die Katastrophe des Weltkrieges zunächst völlig abgeschnitten wurde“. Hieran schließt nun der zweite Teil des Werkes an. Man könnte demselben den Titel geben: „Das völkerrechtliche Vermittelungsproblem im Rahmen des Völkerbundgedankens“. Der Inhalt dieses Teiles wird dadurch charakterisiert, daß hier jede äußere wie innere Verbindung mit der alten Mediation wegfällt. Eine Brücke mit der vorhergehenden Entwickelungsstufe allerdings besteht. Diese Entwicklungsstufe ist aber die Plattform der Vermittelungskommissionen, von welcher die ganz äußerlichen und schwächlichen Beziehungen zu der alten Mediation nunmehr ganz abgefallen sind. Andererseits aber setzt *Schückings* Darstellung den Umstand in klarstes Licht, daß der Genfer Völkerbund das Institut der Vermittelung keineswegs erübrigt, daß vielmehr die Fortentwicklung des Vermittelungsgedankens, wofür der schweizerisch-deutsche Vertrag vom 3. Dezember 1921 bisher das beste Modell bietet, unentbehrlich ist. In der dem *Schücking*'schen Werke zugrunde gelegten Formulierung „Das völkerrechtliche Institut der Vermittelung“ würde nach allem vielleicht zutreffender das Wort Institut durch das Wort Problem ersetzt werden. Denn das Gemeinsame in dem, was im Laufe der Zeit nacheinander Vermittelung geheißen hat und jetzt und künftig so heißt, ist im Sinne der juristischen Technik kein Rechtsinstitut, sondern ein völkerrechtspolitisches Problem, welches doch vielleicht später in internationalen Organisationen absorbiert wird, in welchen die Beziehung auch zu den Vermittelungskommissionen innerlich erloschen ist. Das gründliche, durch geistige und stilistische Lebhaftigkeit mit hohem Reiz ausgestatte Werk bildet eine neue wissenschaftliche Zierde der verdienstlichen Publikationsreihe des Nobel-Institutes. *Th. Niemeyer.*

Guggenheim, Paul. Beiträge zur völkerrechtlichen Lehre vom Staatenwechsel (Staatensukzession). (Völkerrechtliche Monographien, herausgegeben von *W. Schücking, K. Strupp* u. *H. Wehberg*, Heft 5.) XXVI, 200 S. 8⁰. Vahlen, Berlin 1925. 8 *RM.*

Das Völkerrecht beruht nicht auf dem Willen der Staaten, sondern auf einer über den Staaten stehenden Rechtsquelle (S. 2 und *passim*). Deshalb hat der Eintritt in die Staatengemeinschaft für den Neustaat die Bindung an die in ihr (der Staatengemeinschaft) geltenden Normen zur Folge (S. 14). Das Völkerrecht hat darüber Bestimmung zu treffen, wann ein neuer Staat entstanden ist (S. 16). Das Völkerrecht hat auch bei denjenigen Vorgängen, welche dem Bereich des Problems der Staatensukzession angehören, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen ein („in seinem — des Völkerrechts — Sinn“, S. 16) neuer Staat (als neuer) entstanden ist („Staatsdiskontinuität“ nennt dies der Verfasser) oder nur ein bestehender Staat sich verändert hat („Rechtskontinuität“ nach der Ausdrucksweise des Verfassers). Ein geltender Völkerrechtssatz in dieser Hinsicht bestimmt, daß obgleich Staatskontinuität bei Anlaß revolutionärer Verfassungsänderung staatsrechtlich unterbrochen ist, sie völkerrechtlich aufrechterhalten bleibt (S. 18). Ein anderer geltender Völkerrechtssatz ist der, daß eine Aenderung des Staatsgebietes die „Staatskontinuität“ (= Rechtskontinuität“, S. 18) nicht aufhebt. Durch völkerrechtliche Bestimmung kann aber auch einem im völkerrechtlichen Sinn neuen Staate Rechtsnachfolge („Folgestaatsverhältnis“, S. 24) nach einem anderen Staat ganz oder in Hinsicht einzelner Beziehungen gegeben werden. Konstruiert wird das Folgestaatsverhältnis grundsätzlich als „Uebergang der völkerrechtlichen Zuständigkeit eines Staates über das Gebiet als

Objekt eines verfügbaren Herrschaftsrechts" (S. 52—62) unter Ablehnung der Analogie des privatrechtlichen Sukzessionsbegriffes. Ein völkerrechtliches Gewohnheitsrecht statuiert der Verfasser für den Uebergang des „*domaine public*" im Sinn des französischen Verwaltungsrechtes (S. 76). Hinsichtlich des Finanzvermögens („*domaine privé*") unternimmt er die Aufstellung kasuistischer Sätze (S. 79 ff.), teils im Sinn der Feststellung überwiegender Praxis, teils als aus der Grundkonstruktion sich ergebender Sätze. Für den praktisch wichtigsten und schwierigsten Punkt, den Uebergang der Finanzschulden, kommt er zu der Formel einer „sich immer mehr akzentuierenden Staatenpraxis, die die Schuldübernahmeverpflichtung für die Fälle, in denen der Vorgängerstaat untergegangen ist, in gewissem Umfange zu einem Gewohnheitsrechtssatz des Völkerrechts entwickelt hat". Die mannigfaltige Durchführung und Modifizierung dieses Gedankens in der Staatenpraxis (S. 96—120) wird an einzelnen Beispielen dargelegt. Verwaltungsschulden folgen völkerrechtlich dem Gebiet, in dessen Interesse sie eingegangen sind (S. 121). Die vom Verfasser auf S. 122 Nr. II und S. 140—142 skizzierte Zusammenfassung besagt klar genug, daß es hier kein Völkerrecht gibt, sondern nur die Dynamik der Politik. Der Abschnitt über „die nichtentziehbaren Rechte privater Rechtssubjekte" (S. 122—135) kommt dem Verzicht auf die ernsthafte völkerrechtswissenschaftliche Würdigung dieser unglücklichen Materie gleich. Im Schlußkapitel (S. 142—165) wird erörtert, ob die Staatengemeinschaft „in der Lage ist, durch Organe kollektiver Willensäußerung den Staatenwechsel oder doch den Entstehungsvorgang von Neustaaten zu regeln". Diese Frage wird (S. 161) dahin beantwortet, daß durch die den Großmächten als Organen kollektiver Willensäußerung der Staatengemeinschaft zugestandene Zuständigkeit, Staatengründungen vorzunehmen, „das Recht der Großmächte auf ein weiteres Feld ausgedehnt werde, ohne daß den Staaten ihr Selbsterhaltungsrecht genommen oder überhaupt die materielle Völkerrechtsordnung geändert würde".

Der Verfasser hat im Titel seines Buches nicht die Lösung oder die erschöpfende Darstellung der Materie, sondern nur „Beiträge" angesagt. Er hat nicht nur mit den in verdienstlicher Auswahl beigebrachten Materialien, sondern auch durch kritische und schöpferische Gedanken den Gegenstand gefördert, der als Gegenstand „völkerrechtlicher Lehre" aus dem Stadium des rechtspolitischen Suchens in absehbarer Zeit wohl nicht herauskommen wird, gerade deswegen, weil immer deutlicher geworden ist und noch werden muß, daß nicht die Zusammenfassung zu dem Begriff der Staatensukzession (auch nicht mit der *Guggenheim*'schen, Zweigliederung), sondern die Detaillierung und gründliche Differenzierung der unter dem Sammelnamen einhergehenden Einzelprobleme, mit andern Worten der Verzicht auf den Sammelbegriff die Einzelfragen klären wird. *Th. Niemeyer.*

Philosophie des Rechts.

Binder, Julius. Philosophie des Rechts, Berlin (Georg Stilke) 1925. 1063 Seiten.

Der Verfasser ist, wie er selbst hervorhebt, nachdem er „dem geschichtlichen und persönlichen Positivismus verfallen war" (vgl. *Binder*, „Rechtsbegriff und Rechtsideen", 1915), in einer starken Entwickelung zu dem Standpunkt einer idealistischen Philosophie gelangt, als einem „System idealer Aufgaben, die in der empirischen Welt des Rechts ihre Erfüllung finden und nach denen wir die Gebilde dieses Rechtes daher auch beurteilen" (S. LIII). Dieses System sucht das vorliegende Werk zu entwickeln. „Rechtsphilosophie ist nicht ein Zweig der Rechtswissenschaft, sondern der Philosophie". In einer „Philosophischen Grundlegung" (S. 1—211) stellt der Verfasser die jüngsten Entwickelungen dar, um sich mit den rechtsphilosophischen Anschauungen und Methoden der gegenwärtigen Richtungen einzeln auseinanderzusetzen. Die „Marburger Richtung“, besonders aber *R. Stammler*, steht dabei im Vordergrunde. In dem 2. Kapitel „Der Begriff des Rechts“ (S. 212—410) wird sodann auf dem erweiterten Felde historischer und literarischer, besonders aber auch politischer Erstreckung, Begriff und Idee des Rechts behandelt. Den „Ideologieen der politischen Parteien“ ist ein besonderer Paragraph gewidmet. Als „Kategorien des Rechts“ werden (S. 425—438) behandelt: a) Rechtshoheit und Rechtsuntertänigkeit, b) Persönlichkeit der Rechtsgemeinschaft und Einzelpersönlichkeit, c) der Rechtszwang als Mittel der Rechtsgemeinschaft. Als „Grundbegriffe des Rechtes“ werden (§§ 15—24, S. 439—687) abgehandelt: die Person, die Ehe, die Familie, das Eigentum, der Vertrag, sodann der Staat, überstaatliches Recht, Staat und Gesellschaft, Recht und Revolution und endlich der Rechtszwang. Kapitel 4 (S. 688—790) untersucht „Wirklichkeit und Geltung des Rechtes“, Kapitel 5 (S. 791—835) das „Recht im System der Gemeinschaftswerte“, Kapitel 6 (S. 836—964) „Rechtswissenschaft“, Kapitel 7 „Gesetzgebung und Rechtsanwendung“, Kapitel 8 die „Geschichte des Rechtes“. — Was diese Uebersicht anzeigt, nämlich die eindringende Befassung mit allen Problemen des Rechtes, welche uns als allgemein und grundlegend im Bereich der großen sozialen Zusammenhänge wie in den einzelnen Verzweigungen der Gesetzgebung und der Rechtspflege erscheinen, das bestätigt sich bei der Beschäftigung mit dem Inhalt des *Binder*'schen Werkes in erstaunlichem Maße. Auch wenn nichts eigentlich Selbständiges, sondern nur die Auseinandersetzung mit „Anschauungen anderer“ in dem Buch steckte, wäre es wertvoll. Da aber die Auseinandersetzung besonders „anderen Anschauungen“ in Gestalt der Darlegung eigener Anschauung gilt, so darf diesem Werk der stolze Titel „Philosophie des Rechtes“ nicht streitig gemacht werden. Es gehen Ströme lebendigen Geistes von ihm aus. Die schönen Schlußworte sind für diesen Geist kennzeichnend: „Trotz all seiner Härte und Strenge offenbart sich im Rechte derselbe Geist der Freiheit, der die Sphären der Religion und der Sittlichkeit beherrscht .... (Es ist) Macht im Dienste der Ideen der Gemeinschaft, äußerer Zwang als Grundlage der Freiheit, Form des nationalen Gemeinschaftslebens, in dem allein der Einzelne frei sein und danach streben kann, die Ideen der Menschheit in seiner Person zu erfüllen“.

Th. Niemeyer.

Wolff, Karl, o. ö. Universitäts-Professor der Rechts- und Staatswissenschaften in Innsbruck. Grundlehre des Sollens, zugleich eine Theorie der Rechtserkenntnis. Ein Buch für Juristen und Philosophen. Innsbruck (Universitäts-Verlag Wagner) 1924. 213 Seiten.

Als „allgemeine Theorie des Normativen“ von *H. Kelsen* postuliert, von *R. Stammler* für etwas Unmögliches erklärt, wird unter dem Titel „Grundlehre des Sollens“ von dem Verfasser ein System aller derjenigen Bewußtseinserscheinungen aufgebaut, auf welche die Formel anwendbar ist: „Trieb zu bestimmtem Verhalten, welcher nicht oder nicht nur durch Unlust verursacht ist“ (S. 31—32). Mit dieser Formel will der Verfasser der „Aequivocation“ (warum nicht „Mehrdeutigkeit“?) Herr werden, welche an und für sich für das Wort „Sollen“ — sachlich — festzustellen ist. Mit jener Formel tritt der Verfasser an die „Sollsätze“ heran. „Sollsatz ist jeder Satz, der über ein Sollen aussagt“. „Der Sollsatz ist Sollurteil oder Forderung“. „Die Forderung ist *allonom* oder *orthonom*“ (die Worte *heteronom* und *autonom* werden vermieden). „Ein Sollsatz, der ein bedingtes Sollen ausdrückt, heißt ‚Sollgesetz‘“. Die der Rechtstechnik geläufige Gliederung: Tatbestand und Rechtsfolge wird als „Tatbestand und Sollfolge“ verallgemeinert (S. 43). Anstatt Wollen des Sollens wird „Zusinnbarkeit“ gesagt

(S. 9 ff.). Die „Zusinnbarkeitssätze“ (S. 44) werden in „Sollsätze“ und „Vorhabenssätze“ unterschieden. Dies alles wird in feiner, klarer und in sachlich fast durchweg unanfechtbarer Weise begründet und durchgeführt. Ueber das Einzelne kann hier nicht weiter berichtet werden. Als Beispiele seien nur folgende Sätze noch angeführt: „Ordnung ist ein Inbegriff gleichartiger bejahender Zusinnbarkeitssätze. Dabei sind die Sollsätze wesentliche, Vorhabenssätze unwesentliche Bestandteile“. „Alle ethischen Forderungen bilden zusammen eine Ordnung (Moral) und ebenso alle ästhetischen“ (S. 87). Mit einer Fülle von Beobachtungen, Kritiken, terminologischen Neubildungen, welche die strenge Gedankenfolge begleiten, nötigt der Verfasser, welcher über die ungewöhnliche Gabe klaren und allgemein verständlichen Gedankenausdrucks verfügt, den Leser zum Mitschreiten, bis er zu der Anwendung seiner dogmatischen Technik auf die praktischen, das heißt auf die rechtspolitischen Probleme der Rechtswissenschaft übergeht. Was er von Recht und Staat, von Suveränitätsbegriff, von der Beschränktheit der wertenden Tätigkeit des Richters, von Staatssukzession, Naturrecht, Völkerrecht (S. 2 leichtlich angekündigt, S. 200 leichtlich abgetan) sagt, ist der dialektischen und technischen Leistung, welche in dem Bauwerk des Buches das Wesentliche darstellt, nicht ebenbürtig. In ihrer apodiktischen Dogmatik entziehen sich diese Ausführungen der Kritik Andersgesonnener, was der Referent besonders auch hinsichtlich derjenigen Probleme bedauert, in deren Lösung er mit dem Verfasser hinsichtlich des Ergebnisses übereinstimmt, z. B. in der Ablehnung der drei fibelmäßigen Merkmale des Staatsbegriffes. *Th. Niemeyer.*

Staats- und Verwaltungsrecht.

Mayer, Otto. Deutsches Verwaltungsrecht. Bd. 1 u. 2. 3. Aufl. 382 u. 409 S. (*Binding:* Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft.) Duncker & Humblot, München u. Leipzig 1924.

Die dritte Auflage dieses zuerst 1895 erschienenen, in Deutschland und weit über Deutschland hinaus längst berühmt gewordenen Werkes ist von dem inzwischen (Ende August 1924) verstorbenen Verfasser*) mit dem Bemerken hinausgegeben: „Groß Neues ist ja seit 1914 und 1917 nicht nachzutragen. Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht.“ Dieser paradoxe Ausspruch entspricht der dogmatisch-naturrechtlichen Methode des Verfassers. Die Eigenart in der Behandlung des Stoffes, welche *O. Mayer* anwendet, besteht darin, daß er, man möchte sagen in Verbindung *Hegel*scher Identitätsphilosophie mit französischer Verwaltungsroutine, ein System konstruiert, welches mit rücksichtsloser Kühnheit das Historische, das Vergängliche, das Unzulängliche der positiven Gesetzgebung, geringachtet zugunsten dessen, was er „das Wirkliche“ nennt. *Mayer* hat ein System des gemeinen deutschen Verwaltungsrechts aufgestellt, welches den Anspruch autoritativer Geltung erhebt. Das Maß von praktischer Sachkenntnis, geistiger Kraft, Initiative, Konsequenz, womit *Mayer* in dieser Weise sich des Stoffes bemächtigt, hat, trotz vielfachem und oft starkem Widerspruch, das Werk zu zwingendem Erfolg geführt. Was die entschiedenste Ablehnung gefunden hat, ist die glatte Uebertragung von Grundbegriffen des französischen Verwaltungsrechts auf das deutsche Verwaltungsrecht. Einen Grundzug, um nicht zu sagen die Grundlage des *Mayer*'schen Systems aber bildet die

---

*) Die Selbstbiographie *O. Mayers* bei *Planitz*, Die Rechtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen (Leipzig, Felix Meiner, 1924) gibt sehr anschauliche Auskunft über des Verfassers Grundanschauungen und Entwickelung.

Heiligsprechung des als absolut und immanent behandelten Gegensatzes von öffentlichem Recht und Privatrecht, bei dessen Durchführung das durch Geschichte, Gerechtigkeit, innere Wahrhaftigkeit bedingte Verhältnis der beiden rechtlichen Gesichtspunkte: Staat und Individuum, logisch, und politisch vergewaltigt wird. *Dahlmann* hat gesagt, daß neue Wahrheiten mit ihrer scharfen Ecke in die Welt gestellt zu werden pflegen. Daß der Schöpfer eines verwaltungsrechtlichen Systems nicht damit anfangen kann, die Flüssigkeit, Relativität und konventionelle Natur der Unterscheidung von Privatrecht und öffentlichem Recht hervorzuheben, ist klar. Daß er in der Durchführung des Systems mehr das Recht der Verwaltung als das Recht in der Verwaltung, im Sinn des Rechtes der Individuen, also des Privatrechts betont, ist ein Charakteristikum seiner persönlichen Einstellung. Das *Mayer*'sche System ist ein königliches Bauunternehmen, mit welchem nicht nur Kärrner, sondern Meister noch lange zu schaffen haben werden, ehe man damit ins Reine kommt. Wenn die Staatsverwaltungen es sich in dem Bau erst bequem gemacht haben werden, werden sie ungern in Umbauten willigen. Auch das Völkerrecht wird von diesen Dingen berührt. „Staatsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht.“ (! ?) *Th. Niemeyer.*

Hatschek, Julius. Lehrbuch des deutschen und preußischen Verwaltungsrechts, 3. und 4. verb. Aufl. VI, 470 S. 8⁰. Deichert, Leipzig u. Erlangen 1924.

Die in der raschen Folge der Auflagen sich erweisende buchhändlerische Nachfrage erteilt dem *Hatschek*'schen Verwaltungsrecht das Zeugnis praktischer Brauchbarkeit zuverlässiger, als die Worte des Referenten es vermögen würden. Das Buch ist ein echtes Lehrbuch, für Anfänger ebenso geeignet wie für den Praktiker. Darüber hinaus aber eignet es sich auch als Hilfsmittel der Orientierung in Einzelfragen. Die Nachweise über Gesetzgebung, Rechtsprechung, Literatur sind ausgezeichnet. Beispiele, welche reichlich beigefügt sind, gereichen nicht nur dem Selbststudium zur Förderung, sondern werden auch dem Fachmann willkommen sein. *Th. Niemeyer.*

Vierkandt, Alfred, Professor der Soziologie und Philosophie an der Universität Berlin. Gesellschaftslehre. Stuttgart (Ferdinand Enke) 1923. 442 Seiten.

Der Verfasser sagt mit Recht: „Soziologie ist heute ein Sammelname für eine Reihe verschiedenartiger Bestrebungen, die es irgendwie mit menschlichen Gruppen, mit deren leiblichen oder seelischen Eigenschaften und deren Erzeugnissen, insbesondere der menschlichen Kultur zu tun haben“. Er unterscheidet in der Gegebenheit der neuesten Literatur zwei Grundrichtungen: 1. die enzyklopädisch-geschichtsphilosophische Richtung *(Lester Ward, Giddings, Ratzenhofer, Franz Oppenheimer, Max Scheler, Schäffer, Herbert Spencer, Müller-Lyer)*; 2. die analysierend-einzelwissenschaftliche Richtung *(Ferdinand Tönnies, Simmel, Gabriel Tarde, McDougall, Durkheim)*. Seine eigene Untersuchungsmethode knüpft der Verfasser unmittelbar an *Simmel* und *Tönnies* an. „Es ist im Grunde dasjenige Ziel, das bereits *Simmel* vorgeschwebt hat“. „Was *Tönnies* in seiner Entdeckung der Gemeinschaft als einer besonderen Lebensform begonnen hatte, ist hier folgerecht zu Ende geführt“. Formal und systematisch (im Gegensatz zu empirisch und historisch) nennt der Verfasser seine Methode, deren Wesen er dahin bestimmt, daß „die unübersehbare Fülle der Tatsachen auf einen verhältnismäßig geringen Bestand von Urphänomenen zurückgeführt wird“. Der Sinn dieser Methode stellt sich besonders einleuchtend und unmittelbar in den „gesellschaftlichen Grundverhältnissen“ (Kapitel 3, S. 179—294) dar, als welche in erster Linie aufgezeigt, dann aber weiter modifiziert werden: „Gemeinschaftsverhältnis, Kampfverhältnis, Machtverhältnis, Gefühlsverhältnis“. Die Gemeinschaften werden in Erlebensgemeinschaften und Wesensgemeinschaften, in anderer

Betrachtung als Lebensgemeinschaft, Zweckgemeinschaft, Gefühlsgemeinschaft (Beispiele: Erholungsgemeinschaft, Erhebungsgemeinschaft) unterschieden. Die positive historische Betrachtung („historisch" wird — *passim* — als „nicht systematisch" verstanden) ist nicht ausgeschlossen. Das vierte Kapitel (S. 295—341) behandelt ausdrücklich „die wichtigsten historischen Formen der Gemeinschaft", und unvermeidlich ist die gesamte Untersuchung durchsetzt mit historischen „Beispielen". — Für Recht und Rechtspolitik, für „Staat und Gesellschaft" im gewohnten Sinne ist in dieser formalen Soziologie grundsätzlich kein anderes als ein tertiäres Interesse vorhanden. Dennoch wird namentlich in den Paragraphen 37 und 43 von diesen Dingen ausführlich gehandelt. Die dort gegebenen Referate sind um so bemerkenswerter, als sie in (übrigens der gesamten Darstellung eigener) klarer Allgemeinverständlichkeit gehalten sind. Für den juristischen Fachmann und für den philosophischen Rechtsphilosophen geben diese Ausführungen vielfältig Anlaß zum Widerspruch, so z. B. in bezug auf das Verhältnis von Recht und Staat. Daß die formale Soziologie für die Rechtswissenschaft, für die Staatspraxis und insbesondere für die Rechtspolitik keine Früchte zu bieten hat, muß gegenüber diesen Darlegungen als evident bezeichnet werden. Das ist keine Kritik, am wenigsten eine Herabsetzung. Die Vertreter der formalen Soziologie lehnen ja die Gemeinsamkeit mit der „soziologischen Jurisprudenz" grundsätzlich ab. Daß diese Ausschließung funktionell nicht möglich ist, lehrt aber auch die *Vierkandt*'sche Gesellschaftslehre, welche der Rechtspolitik zwar nicht Früchte, aber kräftige Anreize darbietet. Es ist zu wünschen, daß nicht nur die wissenschaftlich-juristischen Forscher, sondern auch die zur Gesetzgebung und zur Rechtspflege berufenen Praktiker die in der formalen Soziologie enthältene Bildungskraft perzipieren.

Th. Niemeyer.

Verschiedenes.

Croce, Benedetto. Grundlagen der Politik. Uebertragen von *Hans Feist.* München (Meyer & Jessen) 1924. 62 S.

In lose gegliederter Folge werden unter den Titeln: 1. „Grundbegriffe"; 2. „Zur Geschichte der Philosophie der Politik"; 3. „Oekonomisch-politische und ethisch-politische Geschichte" geistvoll formulierte Einzelprobleme der Staats- und Sozial-Philosophie kritisch im Sinn einer praktischen Grundanschauung behandelt, welche unter Abwendung von Dogmatik, Logik, Autorität, Schulweisheit ganz und gar auf lebendige Anschauung, Gesinnung, Bildung, Willen gerichtet und durch den Pulsschlag persönlicher Geistigkeit bestimmt ist. Unter dem Sammeltitel Grundbegriffe behandelt *Croce* die Themata: „Der politische Sinn, Staat und Ethik, die politischen Parteien, die empirische Staatswissenschaft", unter Geschichte der Philosophie der Politik: *Machiavelli* und *Vico, Rousseau, Hegel, C. L. Haller, Janet, Bluntschli, Rümelin.* Folgende Proben in Form der Paraxodie gekleideter wertvollster Gedanken sind charakteristisch: „... das Vorurteil, die Gesetze hätten einen an sich bestehenden Inhalt, trennbar von den Handlungen, die in ihrem Licht oder ihrem Schatten vollführt werden"; „... daß es keine Wahrheit gibt, sondern nur den denkenden Gedanken .... und also auch keinen Staat, sondern nur die politischen Handlungen" (S. 8); „der Staat ist nicht ein Geschaffenes, sondern eine geistige Kategorie" (S. 10); „der ethische Staat duldet weder über noch neben sich andere Gemeinschaftsformen" (S. 18); „... was der Staat wirklich ist: elementare und begrenzte Form des praktischen Lebens, aus der das moralische Leben hervorquillt und sich in reichen und befruchtenden Wassern verbreitet" (S. 20); „die Wirklichkeit der Parteien .... die da bedeutet Mannigfaltigkeit der Gefühle und Temperamente, der geistigen Entwicklung, der Kultur, der Erziehung, der Berufung“ (S. 26); „Es ist allgemein bekannt, daß *Machiavelli* die Notwendigkeit und Autonomie der Politik entdeckte, der Politik jenseits von moralischem Gut und Böse ... Was aber gewöhnlich unbeachtet bleibt, ist die Bitterkeit, mit der *Machiavelli* diese Lehre von der Staatskunst und ihre innere Notwendigkeit verficht“ (S. 34—35). — Dem Verleger und dem Uebersetzer gebührt der Dank des deutschen Publikums, welchem das Italienische nicht zugänglich ist, für diese Publikation, welche weiteren Kreisen die Möglichkeit gewährt, wenn auch nicht ein Bild, so doch einen Umriß der Anschauungen eines der bemerkenswertesten Männer des geistigen und politischen Lebens im heutigen Italien kennen zu lernen, der nicht nur als Schriftsteller und Universitätslehrer (Neapel), sondern auch als Kultusminister hohes Ansehen und Einfluß erlangt, zeitweise die Bedeutung eines Schiboleths der Anschauungen gewonnen hat. *Th. Niemeyer.*

Alexander-Katz, Bruno. Das Patent- und Markenrecht aller Kulturländer. 2. Bd., 2. Aufl. Walther Rothschild, Berlin-Grunewald 1924. 447 u. 214 S.

Für die zweite Auflage der 1912 erschienenen zwei umfang- und inhaltreichen Bände über das Patent- und Markenrecht aller Kulturländer gebührt dem Verfasser besonderer Dank. Mannigfache und wesentliche Aenderungen haben diese Rechte in vielen Ländern durch den Weltkrieg und nach ihm erfahren. Zu dem Recht der in der ersten Auflage verzeichneten Staaten ist das der neuentstandenen Staaten getreten, so daß die Neubearbeitung der ersten Auflage ein dringendes Erfordernis wurde. *Alexander-Katz* gibt im ersten Band eine alle Aenderungen bis Ende Februar 1924 berücksichtigende ausführliche Darstellung der geltenden Rechtsvorschriften der Patent- und Markenschutzgesetzgebung aller wichtigen Handels- und Industrieländer der Erde, das Material jedes der in alphabetischer Reihenfolge verzeichneten Staaten übersichtlich und systematisch nach rechtlichen Gesichtspunkten ordnend. Die Abteilungen Patentrecht und Markenrecht bilden den Inhalt des ersten Bandes. Der zweite Band enthält eine Textausgabe der gesamten deutschen Gesetzgebung und der internationalen und Sonderverträge des Deutschen Reiches auf dem Gebiete des Patent-, Muster- und Zeichenwesens und des Urheberrechts. Die Verträge werden, soweit sie nicht deutsch abgefaßt sind, in deutscher Uebersetzung gegeben. Eine Quellenangabe vermißt man bei den einzelnen Abkommen ungern, insbesondere dort, wo nur die Uebersetzung oder ein Auszug gegeben wird. Der praktische Wert und Nutzen der vortrefflichen Bearbeitung steht für jeden, der sich mit dem deutschen wie internationalen Patent- und Markenrecht zu befassen hat, außer Frage. *C. Rühland.*

Date Due

The Ohio State University
3 2435 06761131 9

THE OHIO STATE UNIVERSITY BOOK DEPOSITORY
D AISLE SECT SHLF SIDE POS ITEM C
8 08 05 04 8 14 002 9